STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS
8

Werner Bundschuh

# BESTANDSAUFNAHME: HEIMAT DORNBIRN 1850 - 1950

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Werner Bundschuh
Bestandsaufnahme:
Heimat Dornbirn 1850–1950

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der
Johann-August-Malin-Gesellschaft

Gedruckt mit Unterstützung
der Stadt Dornbirn
der Vorarlberger Studiengesellschaft
und der Grünen Bildungswerkstätte

Vor 80 Jahren vollzog sich in Dornbirn ein entscheidender Wandel: Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Deutschliberalen aufgrund des Wahlrechtes, das die begüterte Schicht bevorzugte, den Ton angegeben und mit Dr. Johann Georg Waibel einen Langzeitbürgermeister gestellt. 1910 übernahmen die Christlichsozialen die Macht in der Gemeinde. Seit diesem Zeitpunkt ist Dornbirn – unterbrochen nur durch die nationalsozialistische Ära – eine "schwarze" Stadt.

Die Textilfabrikanten – zum überwiegenden Teil deutschnational/nationalsozialistisch – blieben jedoch die eigentlichen Herren in der Stadt. Nach dem Desaster des "Dritten Reiches" gab es eine Aussöhnung. Allerdings gingen nur wenige "Ehemalige" wieder in die Politik. Sie verlegten ihre Aktivitäten hauptsächlich in den wirtschaftlichen Bereich. 1949 wurde die "Dornbirner Export- und Mustermesse" gegründet.

In der traditionellen Geschichtsschreibung stehen die "Textilbarone" im Vordergrund. Von Not, Hunger und Elend ist den "Heimatbüchern" kaum die Rede. Doch: Nicht alle waren in dieser Stadt stets "so gut versorgt", wie es offizielle Darstellungen und Firmenbücher glauben machen wollen.

WERNER BUNDSCHUH, geb. 1951, Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, wohnhaft in Dornbirn. AHS-Lehrer am Bundesgymnasium Dornbirn und Lehrbeauftragter am Studienzentrum Bregenz.

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS
8

Werner Bundschuh

# BESTANDSAUFNAHME: HEIMAT DORNBIRN 1850 - 1950

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

©Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1990
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn
Lektorat: Harald Walser, Altach
Umbruch: Michael Jäger, Hohenems
Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria
ISBN 3-900754-08-X

# Inhaltsverzeichnis


Vorwort 7

Einleitung 8

1 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Ende der Monarchie (1918) 15

1.1. Ökonomische und soziale Rahmenbedingungen 15
1.1.1. Dornbirn wird Textilzentrum 15
1.1.2. Viele Arme, wenige Reiche: soziales Konfliktpotential 22
1.2. Anfänge des Parteienwesens 40
1.3. Die liberale Ära (1867 bis 1910) 49
1.4. Der Machtwechsel 1910: Dornbirn wird "schwarz" 103

2. Zusammenbruch der alten Ordnung: von der Monarchie zur Republik 115

2.1. "Ja, Majestät, hier ist es gut versorgt!" 115
2.2. Schlechte Startbedingungen in der Republik 124
2.3. Das Wahljahr 1919 135

3. Demokratisches Zwischenspiel: die Erste Republik 143

3.1. Demokratie mit ungleichen Lebensbedingungen 143
3.2. Die führende Kraft: der politische Katholizismus 153
3.3. Gemeinderatswahlen 1924 und 1929 166

4. "Austrofaschismus" – Kampf zwischen Haken- und Kruckenkreuz 170

4.1. Wirtschaftliche und soziale Situation während der dreißiger Jahre 170
4.2 Eine "neue Demokratie"? – Die Errichtung der austrofaschistischen Diktatur 179
4.3 "Nationale Befriedung"? – Arrangement mit den Nationalsozialisten 207

5. Daheim im Reich 214

5.1. "Sieg" und "Abrechnung" 214
5.2. Nicht alle profitieren... 221
5.3. Opfer des Nazi-Terrors 232

6. Ausblick: Anfänge der Zweiten Republik 240

7. Zusammenfassung 259

8. Anmerkungen 265

9. Abkürzungen 328

10. Quellen-, Literatur- und Bildverzeichnis 329

11. Register 349

# Vorwort

Vor drei Jahren gab ich gemeinsam mit Harald Walser die "Dornbirner Statt-Geschichten" heraus. Mit diesem Band sollte auf Leerstellen in der Forschung zur jüngeren Geschichte Dornbirns hingewiesen werden. Mit der nunmehr vorliegenden Studie wird ein weiterer Schritt unternommen, Lücken in der Stadt-Geschichtsschreibung zu schließen.

Ziel dieser Arbeit war es, jene Leitlinien aufzuzeigen, die für die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftliche Entwicklungen in der Gemeinde seit dem 19. Jahrhundert maßgeblich geworden sind.

Beim Zustandekommen dieses Buches habe ich manche Hilfe erfahren. Mein ganz besonderer Dank gilt:

- meinen Kollegen Werner Dreier, Gebhard Greber, Kurt Greussing, Meinrad Pichler, Wilhelm Stärk und ganz besonders Harald Walser. Ihre Begleitkritik war konstruktiv und wertvoll. Manche Anregung habe ich ihnen zu verdanken;
- dem Stadtarchivar Werner Matt, der mich in jeder Weise unterstützt hat;
- Reinhold Luger als Graphiker, Michael Jäger und Klaus Albrecht, die das Layout besorgten.

Das Verständnis meiner Familie hat das Erscheinen dieses Buches erst ermöglicht.

Mit meinem 1969 verstorbenen Vater, der dem "nationalen Lager" angehörte, hätte ich gerne über jene Zeit gesprochen, die in meiner Jugend tabuisiert wurde und die dennoch meine Erziehung mitbestimmt hat.

Dornbirn, im Herbst 1990 — Werner Bundschuh

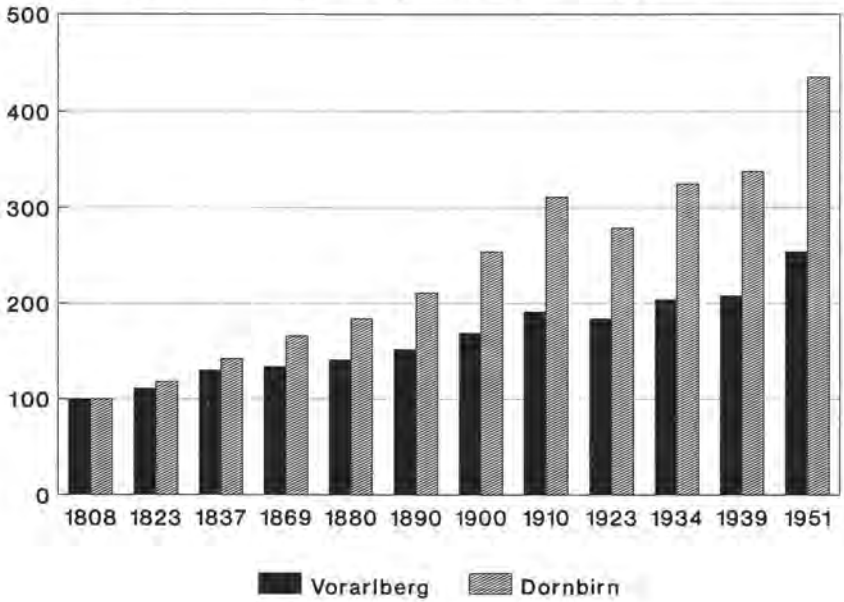
"Hier werden Arm und Reich
Hoch und Nieder gleich."
(Eingangspforte zum städtischen Friedhof)

# Einleitung

Dornbirn – die Wirtschaftsmetropole des Landes Vorarlberg – zählt heute über 40.000 Einwohner. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als das Aufkommen der Textilindustrie das Gesicht der Gemeinde tiefgreifend veränderte, waren es circa 5.000 gewesen.

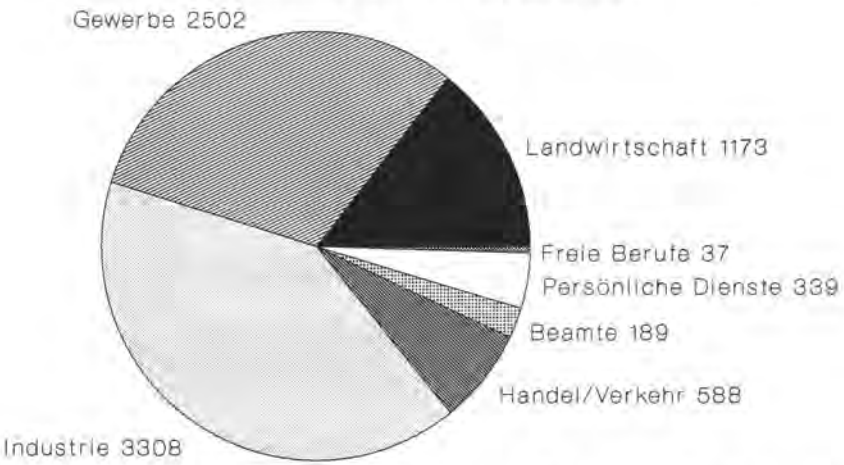
Die Bevölkerung wuchs in Dornbirn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts rund doppelt so stark wie im übrigen Vorarlberg.[1] Das änderte sich auch in der zweiten Jahrhunderthälfte nicht. Zwischen 1869 und 1910 verdoppelte sie sich, wobei die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr höher wurden.[2]

Bevölkerungsentwicklung im Vergleich zu Vorarlberg (1808 = Index 100)



1910 zählte Dornbirn 16.219 Einwohner.[3] Die Berufsstatistik aus diesem Jahr zeigt die für die Stadt typische Strukturierung: Neben dem landwirtschaftlichen Bereich existierte eine starke gewerbliche Wirtschaft. Den größten Beschäftigungsanteil wies jedoch der industrielle Sektor auf.[4] Es arbeiteten damals 1.537 männliche und 1.486 weibliche Arbeitskräfte – zusammen 3.023 – in den Fabriken, das waren rund 40 Prozent aller Arbeitnehmer.

Beschäftigungsstruktur im Jahre 1910




Bei einem Spaziergang durch die junge "Gartenstadt" – Dornbirn wurde erst 1901 zur Stadt erhoben – sprangen sicher neben den prächtigen Fabrikantenvillen[5] und den bescheideneren Arbeiterhäusern die Fabriksschlote ins Auge. Und angesichts der Marmorgräber unter den Arkaden des Friedhofs kamen dem nachdenklichen Betrachter vielleicht Zweifel, ob der Spruch über der Eingangspforte tatsächlich zutrifft: "Hier werden Arm und Reich/ Hoch und Nieder gleich."

Wer zählte überhaupt in Dornbirn zu den "Reichen", welche Schichten der Bevölkerung zu den "Armen"? Wie gestaltete sich das Zusammenleben der verschiedenen sozialen Schichten? Waren hier wirklich alle zu jeder Zeit "gut versorgt", oder lebten hier Menschen, die materielle Not und Existenzbedrohung kennengelernt hatten? Herrschte hier tatsächlich ein solcher Gemeinschaftssinn, wie Dr. Karl Bohle[6], der nachmalige Bürgermei-

ster und Ehrenbürger, anläßlich der fünfzigjährigen Stadterhebungsfeier 1951 behauptete? Damals schrieb er:

"Und wenn wir Dornbirner, unseren sprichwörtlichen Gemeinschaftssinn wahrend, auch weiterhin einig zusammenstehen und unsere Kräfte und unser Können aus Liebe zur angestammten Scholle vereinen, dann wird, wie in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten, auch in Zukunft Dornbirn aus eigener Kraft seine Wege gehen und der Welt beweisen, was alemannischer Fleiß und Unternehmergeist, gepaart mit Tüchtigkeit und Strebsamkeit, zu leisten imstande sind."[7]

Der überwiegende Teil der älteren historischen Arbeiten zur Stadtgeschichte vermeidet die Darstellung von politischen und gesellschaftlichen Konflikten.[8] Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß gesellschaftliche und politisch-ideologische Auseinandersetzungen in dieser Stadt keine Rolle gespielt hätten - im Gegenteil: Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessengegensätze zeigen sich hier in ihrer ganzen Schärfe.[9]

Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert akkumulierten hier heimische Textilfabrikanten - die nicht zu Unrecht Textilbarone genannt wurden - beträchtliche Vermögen. Ein im Gemeindeblatt veröffentlichtes "Zeugnis" aus dem Jahre 1910 ermöglichte der breiten Bevölkerung einen Blick in das Interieur einer Fabrikantenvilla:[10]

"Die Gesellschaft Gewerbehalle m.b.H. in Dornbirn hat für den Neubau der Villa des Herrn Viktor Hämmerle umfangreiche Bau- und Möbelschreinereiarbeiten geliefert. Unter anderem die schweren, reich profilierten, eichenen Wand- und Deckentäfel und Möbel für das Eßzimmer, das Herrenzimmer in amerikanisch Nußbaumholz, das Wohnzimmer in Ahorn natur, sowie eine größere Anzahl besserer Holz- und Polstermöbel."

Von dieser zahlenmäßig geringen, aber kapitalkräftigen bürgerlichen Oberschicht war - direkt oder indirekt - ein Großteil der Bevölkerung abhängig. Durch ihre wirtschaftliche Potenz erlangten die Textilbarone auch politische Macht. In der Regel gehörten sie dem liberal-deutschnationalen beziehungsweise später dem deutsch-völkischen und nationalsozialistischen Lager an.

Die Dominanz dieser Schicht spiegelt sich in der bisherigen Wirtschafts- und Industriegeschichtsschreibung dieser Stadt wider: Diese ist ein "deutliches Abbild der politischen und wirt-

schaftlich dominanten Kreise".[11] Die Arbeiten sind überwiegend deutschnational ausgerichtet.[12]

Eine besondere Rolle in der Dornbirner Industriegeschichtsschreibung spielt Dr. Hans Nägele (1884 bis 1973).[13] Er war von 1919 bis 1944 in erster Linie Hauptschriftleiter des "Vorarlberger Tagblattes". Diese Zeitung war nach dem Ersten Weltkrieg zunächst Sprachrohr der Großdeutschen Partei, ging jedoch bereits 1933 eine "Kampffront" mit der NSDAP ein und war von 1938 bis 1945 die wichtigste NS-Zeitung im Lande.

Nach Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde Nägele für achtzig Wochen im Anhaltelager Lochau interniert.[14] Danach setzte seine Schreibtätigkeit erneut ein.

Zwischen dem Wirtschaftsgeschichtsschreiber Nägele und den führenden Dornbirner Textilindustriellen existierte eine enge persönliche und weltanschauliche Bindung. Seine Unternehmerbiographien und Firmendarstellungen sind Auftragswerke, die den Charakter einer Haus- und Hofgeschichtsschreibung annehmen. Auch deshalb ist es notwendig, bestimmte Kapitel der Stadtgeschichte neu zu bearbeiten beziehungsweise erst zu schreiben.

Es fehlen Publikationen, die sich ausführlich mit der Mehrzahl der Dornbirner Bevölkerung befassen: Die Geschichte der heimischen Arbeiterschaft ist noch mangelhaft erforscht; deshalb bedarf die Geschichte "von oben" der Ergänzung durch die Perspektive "von unten".

Die traditionelle Wirtschafts- und Industriegeschichtschreibung muß einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Dabei sind Fragen zu stellen: Welche Rahmenbedingungen ermöglichten die Entstehung der großen heimischen Firmen? Unter welchen Bedingungen arbeiteten Frauen und Kinder im 19. Jahrhundert in den Textilfabriken? War es tatsächlich so, daß nur einige wenige Dornbirner und Dornbirnerinnen im Zeitraum von 1850 bis 1950 Not und Elend kennengelernt haben? Wie haben die Textilbarone ihre ökonomische Macht politisch genutzt? Waren die Unternehmer tatsächlich "immer" so sozial, wie es in den Jubelbänden zu lesen ist? Welche Rolle spielte hier die Arbeiterbewegung? Wie wurden die zugewanderten Arbeitskräften aus dem Trentino oder die Optanten aus Südtirol aufgenommen? Welche personellen Kontinuitäten gibt es von der Ersten Republik zur nationalsozialistischen Diktatur und zur Zweiten Republik?

Die kritische Beschäftigung mit der Stadtgeschichte zerstört

manch liebgewordenes Klischee von der idyllischen, konfliktfreien "Gartenstadt".

Auch in Dornbirn existierten Vorurteile gegenüber Minderheiten und Randgruppen. So lassen sich zum Beispiel krasse antisemitische Verhaltensweisen aufzeigen. Führende christlichsoziale Politiker wie der Ehrenbürger Prälat Dr. Karl Drexel oder Dr. Emil Schneider waren genau so wenig davor gefeit wie deutschnationale Fabrikanten. Noch 1946 – nach dem Holocaust – ging in Dornbirn das Gerücht um, daß "zwei Christenkinder von Juden ermordet wurden, weil die Juden für ihr kommendes Osterfest das Blut junger Christenmenschen für Ritualzwecke brauchten."[15]

Sogar in jüngster Zeit kam es in der Stadt zu einem gewalttätigen antisemitischen Vorfall. So meldete der "Kurier" am 13. Jänner 1987, daß ein 71 Jahre alter Herr als "Judensau" beschimpft und blutig geschlagen wurde.[16]

Solche Vorfälle passen nicht in die Vorstellung von der "heilen Heimat". Doch es ist Aufgabe des Historikers, auch unbequeme Fakten in Erinnerung zu rufen. Besonders die Behandlung der jüngeren Stadtgeschichte stößt oft auf Vorbehalte. Die Angst, "Gräben aufzureißen", ist weit verbreitet. Doch wie sorglos mit der Vergangenheit umgegangen wird, zeigt die Wiedergabe eines Interviews mit dem Alt-Messepräsidenten Kommerzialrat Oskar Rhomberg:

> "Unversehens gerät unser Gespräch auf politische 'Abwege'. Es sagt der Unternehmer: 'Der Staat ist für mich eine große Firma, da gehören taugliche Leiter hin.' Aber sie können halt keine Wirtschaftler sein, weil sie von der Politik getrieben werden, klingt es ein bißchen nachsichtig. 'Hie und da wäre auch in der Politik eine kleine Diktatur gut', lacht er verschmitzt."[17]

Und ganz nebenbei wird mitgeteilt, er habe als junger Unternehmer während des Zweiten Weltkrieges das "Kaufhaus Herzmansky in Wien geleitet". Daß es sich dabei um "arisierten" Besitz handelte, wird nicht thematisiert, von der Vertreibung und Ermordung jüdischer Mitbürger nicht gesprochen.

Daß sich die Stadt Dornbirn mit den ehemaligen Förderern der NSDAP leichter getan hat als mit dem Andenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ist eine unbestreitbare Tatsache.

Ein Indikator dafür, wer in einem Gemeinwesen besonders geschätzt wird, ist die "Ehrenbürgerverleihung". Nur drei Berufe

scheinen in Dornbirn Aussicht zu bieten, Ehrenbürger zu werden: Fabrikant, Geistlicher und Bürgermeister. Drei Ehrenbürger sind dem deutschnationalen Lager zuzurechnen (Dr. Georg Waibel und die beiden Fabrikanten Viktor Hämmerle und Hermann Rhomberg), vier dem katholisch-konservativen (die Geistlichen Ferdinand Gierer und Prälat Dr. Karl Drexel und die beiden ÖVP-Bürgermeister Dr. Günther Moosbrugger und Dr. Karl Bohle). Erster "Ehrenbürger" nach 1945 wurde 1960 Messepräsident Diplom-Kaufmann Hermann Rhomberg, der ehemalige "Betriebsführer" eines "nationalsozialistischen Musterbetriebes".

1976 fand eine Gedenkausstellung für die Geehrten statt. Die Stadt Dornbirn gab zu diesem Anlaß Kurzbiographien heraus.[18] Die Lebensläufe von Hermann Rhomberg und Viktor Hämmerle - ohne Hinweis auf die NS-Vergangenheit - verfaßten mit Helmut Lanzl[19] und Hans Nägele zwei ehemalige Propagandisten der NS-Ideologie. Die "schwarzen" Stadtpolitiker förderten damals die ideologisch motivierte "braune" Geschichtsschreibung ohne kritische Distanz.[20]

Industriekapitäne wie Hermann Rhomberg oder Rudolf Hämmerle (Ehrenringträger der Stadt) waren vor, während und nach dem "Dritten Reich" in öffentlichen Funktionen tätig und haben deshalb auch maßgeblich die Politik hierorts mitbestimmt. Die politische Karriere von Rudolf Hämmerle ist dabei besonders aufschlußreich: Trotz seiner Unterstützung der NSDAP war er im "Ständestaat" Stadtrat, im "Dritten Reich" Ratsherr, und in der Zweiten Republik wurde der ÖVP-Stadtrat sogar Abgeordneter zum Nationalrat.[22]

Die Geschichte einer Stadt ist nicht isoliert zu betrachten: Zu fragen ist, ob in ihr jene gesellschaftlichen und politischen Strömungen, Bruchlinien, Konflikte und Traditionen wiederzufinden sind, die für die gesamtpolitische Entwicklung in Österreich maßgeblich wurden. Seit dem Übergang der Habsburger-Monarchie zum Verfassungsstaat gab es in der Gemeindepolitik mehrere deutliche Zäsuren:

Von 1867 bis 1910 war Dornbirn eine Bastion der Liberalen beziehungsweise der Deutschnationalen. Mit Dr. Georg Waibel stellten sie einen Langzeitbürgermeister. Hier formierte sich gleichzeitig das konservativ-katholische Lager in der Kasino-Bewegung in besonderem Maße. Die "Kasiner" prägten den "Kulturkampf" durch ihre kompromißlose fundamentalistische Haltung. Sie

bekämpften den "gottlosen Liberalismus" und seinen "roten Sohn", den Sozialismus. Da die Mehrzahl der Bewohner – trotz der zunehmenden Industrialisierung – im bäuerlich-kleinbürgerlichen Milieu verhaftet blieb, fand die Kasino-Bewegung hier einen besonders fruchtbaren Boden.[22]

1910 ermöglichte es ein geändertes Wahlrecht, daß die Stadt einen "schwarzen" Bürgermeister erhielt. Die Christlichsozialen bestimmten nunmehr bis zur Okkupation durch Hitler-Deutschland im Jahre 1938 und erneut nach 1945 die Gemeindepolitik.

Unter dem christlichsozialen Bürgermeister Engelbert Luger vollzog sich der Wandel von der Monarchie zur Republik, unter seinen Nachfolgern Josef Rüf und Ludwig Rinderer der Übergang von der demokratischen Ordnung zum austrofaschistischen "christlichen Ständestaat". In der Zweiten Republik bestimmten die ÖVP-Bürgermeister Dr. Günther Anton Moosbrugger, Dr. Karl Bohle und Rudolf Sohm maßgeblich die Gemeindepolitik.[23]

Allerdings hatten die mächtigen Textilindustriellen stets ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Sie standen in der Regel im deutschnationalen-nationalsozialistischen Lager. Die Stadt wurde deshalb nicht zu Unrecht in den dreißiger Jahren als "braunes Nest" bezeichnet. Doch die Wahlergebnisse seit 1910 zeigen es: Die Mehrheit der Bevölkerung war christlichsozial, Dornbirn eine "Kafferstadt" – so früher ein geläufiger Spitzname.

Nicht nur die Jahre der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur werden in der traditionellen Heimatgeschichtsschreibung ausgeklammert, auch die Anfangsphase der Zweiten Republik blieb bisher unbehandelt: Die "Entnazifizierung" gehört zu jenen Kapiteln der jüngsten Geschichte, die noch mangelhaft erforscht sind.

Der Autor der vorliegenden Studie wurde in Dornbirn geboren, er wuchs hier auf und hat den Großteil seines Lebens in dieser Stadt verbracht. Die Erforschung der Stadtgeschichte ist für ihn somit auch eine Auseinandersetzung mit jenen politischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die seine eigene Identität mitbestimmt haben.

# 1. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Ende der Monarchie (1918)

## 1.1. Ökonomische und soziale Rahmenbedingungen

### 1.1.1. Dornbirn wird Textilzentrum

Bereits im Spätmittelalter waren das Bodenseegebiet und der oberschwäbische Raum ein "Industriegebiet", das durch die Verarbeitung und den Vertrieb von Leinwandprodukten gekennzeichnet war.[1] Der dafür notwendige Rohstoff, der Flachs, wurde auch in den vorarlbergischen Herrschaften angebaut.[2] Dieser Nebenerwerb war für den Unterhalt breitester Bevölkerungsschichten geradezu lebensnotwendig, da die landwirtschaftliche Produktion die Ernährung der Bevölkerung nicht gewährleisten konnte. Fiel dieser Nebenlohn weg, bedeutete das Hunger und Not.

In Vorarlberg[3] – genauer im Rheintal und im Walgau – ging seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Leinwandweberei zugunsten der sich immer mehr durchsetzenden Baumwollverarbeitung zurück. In dieser Wirtschaftsregion waren Handel, Zunftgewerbe, Heimindustrie und Landwirtschaft die Haupteinnahmequellen. Die Baumwollspinnerei hatte sich seit den 1730er Jahren im Bodenseeraum verbreitet.[4]

Die Voraussetzungen für die industrielle Revolution in Vorarlberg waren jenen in der Schweiz sehr ähnlich.[5] Vor allem das Handelszentrum St. Gallen[6] übte einen entscheidenden Einfluß darauf aus, daß sich in den vorarlbergischen Landen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Baumwollverarbeitung immer mehr verbreitete.[7] Die Aufträge dafür kamen aus der Schweiz. Vorarlberg profitierte von den internationalen Handelsbeziehungen des Nachbarlandes, und der Industrialisierungsprozeß war aufs engste mit den dortigen Entwicklungen verknüpft.

Die ersten "einheimischen" Spinnereien, die mit den Schweizer Verlegern in Konkurrenz traten, gab es in Feldkirch (1756) und in Bregenz (1764)[8]. Sie ließen im "Verlagsystem" in erster Linie die Landbevölkerung für sich arbeiten. Die Bregenzer Manufaktur – gegründet von Carl Bernhard Caspar von der Trave aus Rorschach – wurde für die Entwicklung in Dornbirn wichtig.[9]

Seit 1768 lassen sich hier Weber und Spinner nachweisen, die für diese Manufaktur arbeiteten.[10] Die Bregenzer Fabrik beschäftigte im Jahre 1774 ein Viertel ihrer Weber – nämlich zwanzig – in Dornbirn. Außerdem verdiente rund ein Drittel aller Dornbirner Haushalte – 238 von 638 – mit der Handspinnerei ein Zubrot. Die Aufträge dafür kamen von der Bregenzer Manufaktur. Damit war Dornbirn der wichtigste Stützpunkt dieses Unternehmens.[11]

Die Herkunft und die Lebensumstände der Dornbirner Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sind bisher noch wenig erforscht. Vermutlich stammten sie aus der Landwirtschaft und arbeiteten nur nebenberuflich oder während der Wintermonate für die Baumwollverleger.[12] In einer Statistik für das Jahr 1789 werden für Dornbirn 2.680 Baumwollspinner und 78 Weber angegeben.[13] Der Versuch der Bregenzer Textilfabrik, ein Verarbeitungsmonopol zu bekommen, scheiterte. Deshalb stellte sie um 1783 ihre Arbeit ein.[14]

### Die ersten Unternehmer und Fabrikbesitzer

Seit 1754 wurde in der Monarchie zwischen Polizei- und Kommerzialgewerben unterschieden. Während die ersteren für den örtlichen Bedarf produzierten, arbeiteten die zweiteren für den überregionalen Markt. Ein gravierender Unterschied bestand darin, daß die Polizeigewerbe der Zunftordnung unterstanden, die Kommerzialgewerbe jedoch nicht. Allerdings waren sie einer strengen staatlichen Überwachung unterworfen.[15] Der Übergang vom Handwerker zum "Unternehmer" war dabei genau so fließend wie der von der Manufaktur zur Fabrik.[16]

Als erster Dornbirner Verleger läßt sich 1771 Joseph Anton Herrburger – er gründete später die Firma "Herrburger & Rhomberg" – nachweisen: In diesem Jahre verbot das Oberamt Bregenz vier Webern, für Herrburger zu arbeiten und wies sie der Bregenzer Manufaktur zu.[17] Parallel zum Niedergang dieser Textil-

manufaktur erfolgte dann jedoch der Aufstieg der Dornbirner Konkurrenz.

Die Entwicklung der Dornbirner Textilindustrie wurde durch den "Loskauf von Ems" gefördert. Er erfolgte im Jahre 1771 und führte zu einer gewissen Aufbruchstimmung in der Gemeinde: Um 42.250 Gulden übernahm die Gemeinde den Grundbesitz, die Einkünfte und Rechte der Hohenemser Grafen in Dornbirn. Auch die ehemalig emsischen Leibeigenen gingen in ihren Besitz über.[18] Damit hatte die Gemeinde zwar eine hohe Schuldenlast auf sich genommen, doch auf der anderen Seite konnte nun über die einstigen gräflichen Güter verfügt werden. Davon profitierte die führende Schicht.[19]

Begüterte Bürger, die den "Loskauf" eingefädelt und dafür Kredite aufgenommen hatten, stiegen in der Folge verstärkt in das Baumwollgeschäft ein, weil sie sich davon schnelle Gewinne erhofften.

Adam Ulmer, Domenikus Rüf, Josef Winder und sein Sohn arbeiteten ab 1773 für Schweizer Handelshäuser als Verleger oder "Fergger".[20] Sie bezogen Rohgarn und lieferten die zu verarbeitenden Garne an die einzelnen Haushalte, kontrollierten die fertige Ware und rechneten sie mit dem eigentlichen Unternehmer ab.

Ab 1781 wurden hierorts auch Tücher gewoben. Bereits fünfzehn Jahre später waren circa 600 Webstühle in Betrieb (von 1.929 in ganz Vorarlberg).[21] Bleiche und Appretur der Stoffe erfolgte zunächst noch ausschließlich in der Schweiz, doch auf Veranlassung der Behörden, die den Grenzverkehr einschränken wollten, entstanden heimische Veredelungsbetriebe. Zwischen 1790 und 1794 errichteten Adam Ulmer, Franz Martin Rhomberg und ein gewisser Rein eine Appretur für Weißwaren.[22]

Hubert Weitensfelder hat für 1794 dreizehn Dornbirner Verleger namentlich angeführt. Die mit Abstand bedeutendsten waren Marx Alois Luoger – er war damals einer der reichsten Dornbirner, ging aber 1802/03 in Konkurs –, die beiden Namensvettern Johann Huber, Josef Anton Herrburger und Johann Josef Stauder.[23]

Mit der Zunahme an Verlegern[24] war die Notwendigkeit gegeben, auch außerhalb von Dornbirn Heimarbeiter zu beschäftigen. So ließen Dornbirner Fergger im Montafon, im Walsertal oder im Tannheimer Tal im Außerfern arbeiten.[25]

Häufig gerieten die Heimarbeiter mit den Ferggern in Konflikt. Einerseits versuchten die Spinner und Weber die Zwischenhändler

auf vielfältige Art zu hintergehen[26], andererseits behielten die Verleger Zwischengewinne ein, die durch ein ausgeklügeltes Abzugsystem für tatsächlich oder vermeintlich fehlerhafte Stücke nicht selten mißbräuchlich aufgefettet wurden.

Verleger, die zum Beispiel auf dem St. Galler Markt Garne besorgten, mußten dort eine Kaution hinterlegen. Deshalb stammten diese Zwischenhändler in der Regel aus begüterten Schichten. Besonders jene Verleger, die über eine kaufmännische Bildung verfügten und Handelserfahrung besaßen, machten den Schritt zum "Fabrikanten".[27] Aus dieser Schicht stammten auch die Dornbirner Ammänner.[28]

Der Baumwollverleger Josef Anton Herrburger – von 1787 bis 1790 war er Ammann – gründete gemeinsam mit seinem Schwiegersohn Josef Anton Rhomberg 1795 die Textilfirma "Herrburger & Rhomberg".[29] Der Zwanzigjährige Josef Anton Rhomberg war ein Sohn des angesehenen Hirschenwirts Franz Martin Rhomberg, der von 1778 bis 1786 das Amt des Gerichtsammannes bekleidet hatte.[30]

Aus der Familie Franz Martin Rhombergs stammten noch zwei weitere bedeutende Fabrikanten: Eine Tochter des Hirschenwirts war die Mutter von Franz Martin Rhomberg, dem Gründer der Firma Franz M. Rhomberg, deren Schwester die Mutter von Franz Martin Hämmerle, dem Gründer des Unternehmens F.M.Hämmerle.

Nach dem Tode von Josef Anton Herrburger (1798) führte Josef Anton Rhomberg die Firma weiter. Seine Frau wurde Gesellschafterin. Dem Firmenmitbegründer folgte sein gleichnamiger Sohn nach. Er wurde mehrmals zum Ammann gewählt und heiratete die Tochter des aus der Schweiz gebürtigen Altammannes Josef Lanter. Mit Josef Anton Rhomberg jun. wurde sein Vetter Lorenz Rhomberg (Ammann von 1829 bis 1831) Teilhaber der Firma Herrburger & Rhomberg, die zunächst nur das Verlagsgeschäft betrieb. Gemeinsam mit dem aus Bildstein stammenden Mechaniker Michael Lenz gründete Lorenz Rhomberg die Firma Rhomberg & Lenz, der auch Josef Anton Rhomberg sen. als Teilhaber angehörte.[31]

Von dieser Firma gingen wichtige technische Impulse aus: Während der napoleonisch-bayerischen Zeit erfolgte 1813 durch Rhomberg & Lenz nach Schweizer Vorbildern die Inbetriebnahme der ersten mechanischen Flachsspinnerei in Vorarlberg.

eine der ersten in Mitteleuropa.[32] Die Flachsspinnerei Juchen wurde jedoch wegen technischer Schwierigkeiten bald auf Baumwolle umgestellt.[33] Lorenz Rhomberg führte 1814 in Vorarlberg auch die Handbuntweberei ein.[34]

Neben den Rhombergs spielte in der ersten Industrialisierungsphase Karl Ulmer[35] eine wesentliche Rolle. Er gründete 1806 gemeinsam mit Johann Baptist Salzmann eine Indienne- und Blaudruckerei im Schwefel, die 1821 an Gabriel & J. Herosé aus Konstanz vermietet wurde. Diese Druckerei war die zweitälteste in Vorarlberg und zugleich die erste, die von Einheimischen geführt wurde.[36] Ulmer & Salzmann waren es auch, die eine ganz wesentliche Neuerung einführten: Sie stellten um 1830 die ersten mechanischen Webstühle in der Monarchie auf und leiteten damit den Übergang von der Handrohweberei zur mechanischen Verarbeitung ein.[37]

Die beiden Fabrikanten beteiligten sich noch an anderen Unternehmungen: Gemeinsam mit Alois Rhomberg gründete Ulmer eine Schnell- und Kunstbleiche, Johann Baptist Salzmann betrieb gemeinsam mit dem Baumwollverleger Josef Salzmann und mit Franz Josef Rhomberg die Firma Salzmann, Rhomberg & Comp.

1828 gründete Salzmann im Wallenmahd eine Bleiche, Baumwollfärberei und Druckerei, die bereits 1832 an Ludwig Kuster aus Rheineck verkauft wurde, der sie ab 1845 an den bei ihm tätigen Facharbeiter Johann Michael Fussenegger weiterverpachtete.

Salzmann betätigte sich in den verschiedensten Sparten der Baumwollindustrie. 1854/1855 stellte er die erste Dampfmaschine auf und leitete damit eine neue Ära ein: Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Fabriken ausschließlich auf die Wasserkraft angewiesen. 1816 arbeitete die erste Dampfmaschine in Österreich, 1840 in Thüringen die erste in Vorarlberg. Mit der Einführung des Dampfbetriebes nahmen die mechanischen Webstühle rasch zu.[38]

Doch nicht nur durch besondere unternehmerische Fähigkeiten fielen Karl Ulmer, dessen Sohn Adam und Johann Baptist Salzmann auf: Sie ließen sich auf ausgedehnte Schmuggelgeschäfte ein und standen deshalb mit den Behörden ständig auf Kriegsfuß.[39]

Die Schweizer Baumwollfabrikate waren seit 1817 mit einem fast vollständigen Importverbot belegt. Ulmer und Salzmann umgingen die bestehenden Gesetze und versuchten mit dem lukra-

tiven Schleichhandel die Bilanzen aufzubessern und sich im immer härter werdenden Konkurrenzkampf durchzusetzen. Denn immer mehr Geschäftsleute drängten in das Textilgeschäft. Doch nur wenige konnten sich auf dem unsicheren Markt durchsetzen.[40] Die Besitzverhältnisse waren zum Teil recht kompliziert, da es üblich war, durch Beteiligungen das Risiko zu mindern.[41]

Der erfolgreichste Textilunternehmer war Franz Martin Hämmerle (1815 bis 1878).[42] 1836 gründete er sein Unternehmen, das einen raschen Aufschwung nahm.[43]

Auf dem Veredelungssektor war Franz Martin Rhomberg (1811 bis 1864) besonders erfolgreich. Er betrieb seit 1832 gemeinsam mit seinem Vater im Rohrbach eine Garnfärberei.[44] Wenige Jahre später errichtete er eine Druckerei und begann mit selbstveredelten Waren zu handeln.[45] Ab 1853 besaß er auch eine Weberei (im Ortsteil Schmelzhütten) mit 160 Stühlen.

Die großen Textilfirmen produzierten hauptsächlich für den überregionalen Markt. Hauptabsatzgebiete waren die Schweiz, Oberitalien, der Balkan und der Osten der Monarchie.[46] Wichtig für die Entwicklung der Dornbirner Textilindustrie waren die Rüsch-Werke: Um 1820 kamen die Schweizer Mühlenbauer Pankraz Emanuel Rüsch und sein Sohn Josef Ignaz nach Dornbirn, um für Karl Ulmer und andere Auftraggeber zu arbeiten.[47] 1827 ließen sie sich in Dornbirn nieder und gründeten einen metallverarbeitenden Betrieb, der rasch expandierte, denn mit dem Aufblühen der Textilindustrie wuchs die Nachfrage nach Wasserrädern, Transmissionen und Textilmaschinen.[48]

Die Rüsch waren nicht die einzigen Schweizer, die sich in Vorarlberg niederließen: Bedeutende Schweizer Fabrikanten wie Schindler, Jenny, Escher oder Wyß gründeten hier Unternehmen und brachten neben ihrem Kapital Arbeitskräfte mit. Auch in den Dornbirner Fabriken arbeiteten Schweizer "Gastarbeiter", meist in führender Position.[49]

Um die Jahrhundertmitte arbeiteten in den hiesigen Fabriken ungefähr 1.550 Personen, ein Großteil davon Kinder und Frauen, die unter frühkapitalistischen Bedingungen produzierten.[50]

Das zunehmende ökonomische Gefälle zwischen den wenigen reichen Fabrikanten und den übrigen Gemeindemitgliedern erhöhte die sozialen Gegensätze und Spannungen, die unterschiedlichen Klasseninteressen wurden gegen die Jahrhundertmitte immer deutlicher. Der Unmut der Besitzlosen richtete sich

Die Spinnerei Mühlebündt von Herrburger & Rhomberg (oben) wurde 1864 errichtet. Solche Hochbauten waren bis um 1870 üblich, dann folgten die eingeschossigen Flachbauten.
Die Spinnerei Gütle von F.M.Hämmerle (unten) aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der Springbrunnen war damals der höchste in Europa.

zusehends gegen jene Fabriksherren, die gleichzeitig die Gemeindeämter bekleideten. Ihnen wurde vorgeworfen, daß sie bei politischen Entscheidungen nur ihre eigenen Interessen im Auge hätten.

Der Lohnarbeiter Georg Kalb lag über Jahre hinweg in Streit mit Gemeinde und Pfarrer Benedikt Schweinberger, weil ihm – wie vielen anderen Besitzlosen auch – aus "moralischen" und finanziellen Gründen die Heiratserlaubnis verweigert wurde. 1842 beschwerte sich der Arbeiter beim Kreisamt über die Zustände in Dornbirn und darüber, daß die Gemeinde ein Vermögen von "einer Million Gulden" besitze, er als armer Mann jedoch davon nichts sehe.[51]

## 1.1.2. Viele Arme, wenige Reiche: soziales Konfliktpotential

Im ausgehenden 18. Jahrhundert standen die heimischen Unternehmer – Verleger, Manufakturisten oder Industrielle – mit ihrer neuen Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit im Gegensatz zu den zünftisch organisierten Kleingewerbetreibenden. Sie bemühten sich um neue Produkte und Produktionsmethoden, um effektivere Organisationsformen in den Betrieben und um überregionale Absatzmärkte. Deshalb gerieten sie in Konflikt mit den traditionellen Wirtschaftsstrukturen und den in Vorarlberg vorherrschenden Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Dies bestimmte auch weitgehend ihr politisches Engagement.[1]

In der Regel standen die Unternehmer – auch die Dornbirner – im josephinischen Staat auf seiten der aufgeklärten Beamtenschaft, denn sie erhofften sich vom merkantilen Wirtschaftssystem Schutz und Sicherheit.

Viele empfanden jedoch die Neuerungen – nicht nur die kirchenpolitischen Maßnahmen des Kaisers – als unzumutbar, und es formierten sich Abwehrkräfte gegen die staatliche Obrigkeit. Die Auseinandersetzungen um die "josefinischen Reformen"[2] nahmen in Dornbirn gewalttätigen Charakter an.

Träger des Widerstandes waren vor allem kleinere und mittlere Bauern, die sich um den Löwenwirt Franz Josef Ulmer scharten.[3] Dabei konnten sich die Aufrührer auf die in der Gemeinde Unterprivilegierten – die Lohnarbeiter, Taglöhner und Mittellosen – stüt-

zen.[4] Der Verleger und Ammann Josef Anton Herrburger stand neben dem josefinischen Pfarrer Josef Anton von Leo, der wie viele "aufgeklärte" Geistliche die kirchenpolitischen Reformen des Kaisers unterstützte, im Zentrum der Angriffe der Reformgegner.[5] Die Befürworter der Reformen, die sich als "Ruhige" oder "Neuerer" bezeichneten, waren dagegen in der Oberschicht zu finden. Textilunternehmer, Händler, Beamte und ein Teil der Geistlichkeit zählten dazu. In einem Gesuch an das Kreisamt baten Angehörige der Dornbirner Oberschicht – Anhänger des geschickt zwischen den Fronten lavierenden Gerichtsschreibers Dr. Joseph Ganahl[6] – nicht "bei dem von dem Volk erregten tumultuarischen Unsinn" mitgezählt zu werden. Diese Oberschicht grenzte sich bewußt vom "Pöbel" ab.

Der Haß war auf beiden Seiten groß: Reformanhänger bezeichneten ihre Gegner als "Lumpen"[7], die Rebellen hingegen wollten "die reichen Kanalien im Dorf" massakrieren und "über die Klinge springen" lassen. Außerdem drohten sie mehrmals mit "französischen Auftritten".[8]

Die "josefinischen Unruhen" überlagerten einen anderen tiefgreifenden Konflikt in der Gemeinde: die Forderung nach Aufteilung der Allmende.

Bereits unter Kaiserin Maria Theresia (1740 bis 1780) wurde die Aufteilung der Allmende, der gemeinsam verwalteten Gemeindegüter, verfügt. Dieser Umverteilungsprozeß dauerte dann allerdings Jahrzehnte, und es kam immer wieder zu Konflikten zwischen den Teilungsbefürwortern und den Teilungsgegnern.

Ein Teil der Dornbirner Wälder wurde bereits 1760 zur privaten Nutzung freigegeben. Im Unruhejahr 1790 wurden weitere Waldteile verlost.[9] In der Folgezeit wuchs der Druck auf die Gemeindeoberen, auch die Aufteilung der Wiesen und Weiden voranzutreiben. Besonders die minderbemittelten Gemeindemitglieder drängten auf eine rasche Aufteilung der Allmende.[10]

Die einzelnen Dornbirner Viertel hatten immer mehr Grund an reiche Bürger verkauft,[11] sodaß die Gemeinde zusehends nur mehr über Boden minderer Qualität verfügte. Der Erlös aus den Grundstückverkäufen wurde nach Steuerleistung verteilt, sodaß die weniger Bemittelten davon nichts hatten. Außerdem war aufgrund der bestehenden Realteilung – die Kinder erbten nach dem Landsbrauch von 1581 zu gleichen Teilen – eine starke Parzellierung des Bodens erfolgt. Dies führte zu besonders hohen

Bodenpreisen.[12] Deshalb lag es im Interesse der Klein- und Kleinstgrundbesitzer, die Allmende aufzuteilen. Diesem Ansinnen traten die Vermögenden - etwa der Hirschenwirt und Altammann Franz Martin Rhomberg[13] - entschieden entgegen: Sie argumentierten damit, daß es in Dornbirn überhaupt keine Armen gebe, die auf eine Teilung angewiesen seien. Außerdem führten sie ins Treffen, daß dadurch der "Industrie" Arbeitskräfte entzogen würden.

Wie bei den "josefinischen Unruhen" spielte ein Angehöriger aus der Familie Ulmer eine wichtige Rolle: Adam Ulmer zählte zu den entschiedensten Befürwortern der Allmendteilung.[14]

Nach jahrelanger Verzögerung wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts circa 11 bis 12 Quadratkilometer Gemeindegrund aufgeteilt.[15] In der Krisenzeit der napoleonischen Kriege und der bayerischen Besatzung waren jedoch viele, die auf diese Weise Boden erhalten hatten, gezwungen, Notverkäufe zu tätigen. Besonders Angehörige der Rhomberg-Sippe erwarben solche Güter.[16]

Die Allmendaufteilung bot den ohnehin begüterten Schichten in der Gemeinde Gelegenheit, ihren Besitz weiter zu vergrößern. Eine Aufstellung der Schuldscheinbesitzer aus dem Jahre 1818 zeigt, wer in der Gemeinde in der Lage war, Geld zu verleihen und Grund und Boden zu erwerben: die Ammänner und Fabrikanten. Altammann Josef Lanter und dessen Schwiegersohn, der Fabrikant Lorenz Rhomberg, standen an der Spitze der Aufkäufer.[17]

Die Allmendteilung förderte letztlich die Besitz- und Kapitalakkumulation und sorgte damit für eine weitere Differenzierung der Startchancen beim einsetzenden Industrialisierungsprozeß. Denn auch die für die Errichtung von Fabriken wichtigen Wasserrechte erfuhren durch sie eine Besitzveränderung. Da die Fabriken mit Wasserkraft arbeiteten, war der Erwerb von Wasserrechten eine notwendige Voraussetzung für den Schritt zum Unternehmer.

Die begüterte Minderheit, die Anteile aufkaufen konnte, stammte aus jener Schicht, die die Gemeindepolitik dominierte. Dabei vermengten sich oft privates und öffentliches Interesse. Das Beispiel der Achregulierung soll dies exemplarisch aufzeigen.

Neben der Festlegung der Steuern und der Erstellung des Budgets zählte die Anlage von Wuhrbauten zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeindevorstehung. Der Plan, die schnell verfaulenden Holzwuhren durch Steinwuhren zu ersetzen, wurde in den

zwanziger Jahren vor allem von Lorenz Rhomberg vorangetrieben.[18] Mit der Planung wurde Kreisingenieur Alois Negrelli, der später die Pläne für den Suez-Kanal zeichnete, betraut.[19] Der angenehme Nebeneffekt bei der Achregulierung (ab 1828) für den Mitbesitzer der Firma Rhomberg & Lenz bestand darin, daß nun seine Spinnerei Juchen hochwassergeschützt war. Außerdem erhielt er das zum Maschinenantrieb benötigte Wasser weitaus regelmäßiger als zuvor.[20] Weiters setzte die Gemeinde – Ammann war zu dieser Zeit Josef Anton Rhomberg jun. – fest, daß diese Wuhrarbeiten als Gemeindefronarbeiten zu leisten waren. Somit ersparten sich die Fabrikbesitzer die Bezahlung der Bauarbeiten für den Werkskanal.

Die Verquickung von Ammannamt und Unternehmertum, die zunehmend als ungerecht empfundenen Frondienste und die Frage der Waldaufteilung führten zu Unzufriedenheit in der Gemeinde. 1842 brach der latent schwelende Konflikte offen aus: In diesem Jahr – so heißt es in der Turmchronik von 1857 – tauchte in Dornbirn, "aus welch primitiver Ursache ist nicht ermittelt, der Gedanke auf, die großen und wertvollen Gemeindewaldungen unter die einzelnen Familien als freies Eigenthum zu verteilen."[21]

Die Gemeindeoberen, die aus ihrer Sicht die Ereignisse von 1842 und 1848 der Nachwelt überliefert haben, berichten, daß sich viele Bürger dieser Forderung angeschlossen hätten. Ihre Bestrebungen werden allerdings verurteilt, und die Anhänger dieses Planes als "minderbefähigte Gemeindebürger", die "besonders unter der minderbemittelten Volksklasse" Zustimmung gefunden hätten, abqualifiziert. Nur eine verantwortungsbewußte "Minderzahl" habe sich energisch und erfolgreich dem Waldteilungsplan entgegengestemmt.[22]

Worum ging es? Dornbirn hatte um die Mitte des 19. Jahrhunderts nur sehr geringe Kirchen-, Schul- und Armenstiftungen aufzuweisen. Die Turmchronik von 1857 weist eine Berechnung der Gemeindeeinnahmen und -ausgaben auf, die aufgrund eines zehnjährigen Durchschnittswertes ermittelt wurden. Einnahmen in der Höhe von 12.799 Gulden stehen Passiva von 45.531 Gulden gegenüber. Der weitaus größte Posten auf der Aktivseite waren die Gemeindewaldungen: 9.171 Gulden, das sind fast drei Viertel der Einnahmen, flossen dem Gemeindebudget aus diesem Bereich zu. Das jährliche Gemeindedefizit belief sich im Schnitt dieser Jahre auf 32.732 Gulden.

Die Abdeckung des Gemeindedefizits erfolgte durch die Einhebung von Grund-, Häuser- und Vermögenssteuern, oft mehrmals im Jahr.[23]

Da auf der Einnahmenseite die Einkünfte aus den Gemeindewäldern den Löwenanteil ausmachten, lag es im Interesse der Wohlhabenden, diese Gemeinderealitäten nicht zu verlosen. Bei geringeren Gemeindeeinnahmen drohten ihnen vermehrte Steuerumlagen. Der Waldteilungsplan stieß deshalb auf den erbitterten Widerstand der Dornbirner Oberschicht.[24]

Die Frage der Waldaufteilung war jedoch nur ein Aspekt in dieser Auseinandersetzung. Der Konflikt entzündete sich an der Frage der zu leistenden Frondienste.

Im Februar 1842 verweigerten 19 Pferdebesitzer, die wegen des niederen Wasserstandes der Ache von der Gemeinde zu Frondiensten angehalten wurden, den Einsatz.[25] Als Rädelsführer wurde der Leinenweber Franz Xaver Rhomberg angesehen und deshalb verhaftet.[26] Daraufhin tauchten mehrere Drohbriefe auf, in denen besonders Lorenz Rhomberg und Ammann Martin Zumtobel angegriffen wurden.[27]

In diesen Schreiben wurden die Zustände in der Gemeinde angeprangert und den beiden vorgeworfen, die Macht im Ort an sich gerissen zu haben. In einem Schreiben hieß es, die Vorsteher der vier Viertel und die zwanzig Gemeindeausschußmitglieder seien "stumme Hunde", die von ihnen abhängig seien. Der Drohbriefschreiber beklagte des weiteren die ungerechten Fronlasten, vor allem beim Bau der St. Martins Kirche. Außerdem warf er der Gemeindeleitung finanzielle Unregelmäßigkeiten vor.

Als in einem Drohbrief angekündigt wurde, Dornbirn in Schutt und Asche zu legen, wenn sich die Zustände nicht schlagartig änderten, wies Kreishauptmann von Ebner die Gemeindevorstehung an, eine Abstimmung durchführen zu lassen. Dabei wurde erhoben, wer sich mit der Gemeindeleitung einverstanden erklärte und wieviele Gemeindemitglieder Änderungen wünschten.[28] 562 stimmten dabei für Veränderungen, 646 waren mit dem bestehenden Zustand zufrieden.[29]

Die Unzufriedenen hatten bei der Abstimmung auch die Möglichkeit, zehn Vertrauensmänner zu wählen. Als Deputierte ließen sich hauptsächlich Handwerker aufstellen.[30]

In den folgenden Monaten beruhigte sich die Lage nicht. Der Ruf nach Umwandlung der Frondienste in bezahlte Lohnarbeit

wurde immer lauter. Die gewählten Deputierten beklagten sich über die Willkür bei der Verteilung der Fronarbeiten und forderten die Aufteilung des Gemeindewaldes, da er nur einer begüterten Schicht von 200 Bürgern zugute komme.[31]

Kreishauptmann Ebner nahm in einem ausführlichen Bericht an das Gubernium in Innsbruck zum Konflikt in Dornbirn Stellung.[32] Er lehnte vor allem die Waldteilung ab, weil er in solchen Forderungen "communistische Tendenzen" der "Proletarier" erblickte.

Daß der Konflikt solche Ausmaße annehmen konnte, führte er unter anderem auf die Errichtung großer Gemeindebauten zurück, die den Unmut der ärmeren Schicht erregt hätten.[33] Außerdem lägen die beiden reichen Familien Rhomberg und Ulmer seit Jahren in Streit miteinander. Da die Rhombergs die Gemeindevorstehung dominierten, hätten sich die Ulmers auf die Seite der "Neuerer" geschlagen.[34]

Drei Mitglieder der Ulmer-Familie ließen sich auch als Deputierte wählen, sie legten dieses Amt allerdings wieder nieder.[35] Hätten sie sich gar nicht aufstellen lassen – so der Kreishauptmann –, wäre die Anzahl der Veränderungswilligen wesentlich geringer gewesen.

Mit Gubernial-Entscheidung vom 12. Dezember 1842[36] – der Kreishauptmann leitete diesen Beschluß wegen der Gemeindewahlen erst Anfang März 1843 weiter – wurde das Gemeinwerk aufgehoben und statt dessen die Gemeinwerksteuer und der Familiengulden eingeführt. Auf eine Waldteilung ging das Gubernium nicht ein, sondern es ordnete an, daß der Ertrag der Gemeindewaldungen vor allem zur Deckung der Gemeindeauslagen bestimmt sei.[37]

Bei den Wahlen ging der Herrburger & Rhomberg-Gesellschafter Franz Rhomberg, der bereits von 1832 bis 1834 das Amt des Ammannes bekleidet hatte, als Sieger hervor und zementierte damit die Vormachtstellung der Rhomberg-Familie.[38] Die Gubernial-Entscheidung bezüglich der Waldteilung und der Fronablöse wurde von den Deputierten, die nunmehr mit fünf Mitgliedern im Gemeindeausschuß vertreten waren, nicht akzeptiert, und sie erhoben – vergeblich – Einspruch bei der Hofkanzlei.[39] Die neugewählte Gemeindevertretung distanzierte sich von diesem Vorgehen und vom Vorwurf, daß in Dornbirn die kleinen Grundbesitzer und Handwerker stärker besteuert würden als die Kapitalisten.[40] Außerdem hätten die Deputierten ihre Funktion verloren

und seien nunmehr der Gemeinde verpflichtet. Sie gebärdeten sich allerdings "als Organ einer communistischen Partey".[41]

Bei diesem Gemeindekonflikt konnten sich eindeutig die reichen Fabrikanten, die "Kapitalisten", gegen die Forderungen der kleinen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden durchsetzen. Letztere verlangten auch eine höhere Vermögenssteuer, doch sie drangen mit ihren Vorstellungen nicht durch.

**Krise um die Jahrhundertmitte**

Die erwähnten Auseinandersetzungen waren auch Ausdruck einer schweren ökonomischen Krise. Die Baumwollfabrikation erlitt in den dreißiger und vierziger Jahren einen tiefen Einbruch, sodaß Kreishauptmann Ebner 1840 meinte:

> "Offenbar ist das goldene Zeitalter der Vorarlberger Industrie bereits vorüber. Sollte es gar zu einem Krieg kommen, würde sie wohl den Todesstoß erleiden und damit auch ein unbeschreibliches Elend der zahlreichen Fabrikarbeiter verbunden sein."[42]

Ab 1830 lassen sich in der Gemeinde deutliche Verarmungstendenzen feststellen. Merkmale dieser zunehmenden Pauperisierung waren das besonders rasche Bevölkerungswachstum, das Ansteigen der Armenfürsorge, die rigorose Ablehnung von armen Heiratswerbern und die Zunahme des Widerstandes gegen die "Herren" in der Gemeinde seitens der unzufriedenen kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker.[43]

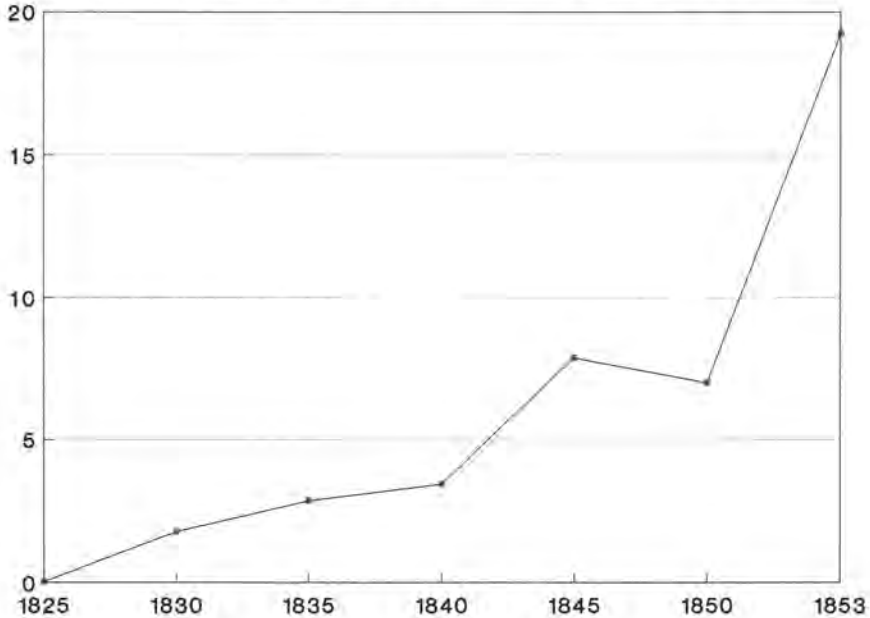
Die Ausgaben für die Armenversorgung stiegen explosionsartig an.[44] Wegen der von 1845 bis 1856 wütenden Kartoffelpest hatten die Kornpreise stark angezogen, und Brot wurde für viele praktisch unerschwinglich. Deshalb war die Ernährungssituation für viele Familien kritisch.

Die Kartoffel war für den Großteil der Haushalte das Hauptnahrungsmittel. Ein geringer Ernteertrag durch die Kartoffelpest führte deshalb zu Unterernährung und in weiterer Folge zum Auftreten von Krankheiten. Besonders von 1849 bis 1852 forderte eine Epidemie zahlreiche Todesopfer.[45]

Die begüterten Gemeindeoberen behaupteten in der Turmchronik (1857), daß die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch die "glänzenden Löhne" in den Fabriken wettgemacht würden.

und sie hatten für die Zunahme der Gemeindeausgaben für die Unterstützungsbedürftigen eine simple Erklärung parat: Bei den Fabrikarbeitern/innen finde das Sprichwort "Leicht gewonnen, schnell zerronnen" eben seine volle Bestätigung![46]

Entwicklung der Ausgaben für die Armenfürsorge von 1820 bis 1850




Angaben in tausend Gulden

## Auswanderung

Die verbreitete Armut führte um die Jahrhundertmitte zu einem verstärkten Exodus, vor allem in die Vereinigten Staaten.[47]

In der "Vorarlberger Zeitung" finden sich im Jahre 1849 Inserate, die für die Überfahrt nach Amerika warben.[48] In mehreren Kommentaren wurde gleichzeitig jedoch vor den Verlockungen des Goldrausches in Kalifornien gewarnt.[49] Viele jedoch sahen nur in der Neuen Welt die Möglichkeit, eine Existenz aufzubauen:

"Nach Amerika! Johann Rein von Dornbirn (Vorarlberg) beabsichtigt seinem Sohn Thomas Rein, welchem es in Amerika

recht gut geht, zu folgen; er ladet dazu noch ein paar auswanderungslustige rüstige Männer ein, die geneigt wären, sich mit ihm an den Arbeiten seines Sohnes zu beteiligen. Derselbe ist dort mit Kohlenbrennen und Aufscheitern des dazu nötigen Holzes beschäftigt und verdient sich bei dieser Arbeit, welche auch ausdauernd ist, täglich über 2 Gulden nach unserem Gelde."[50]

Oft riskierte zunächst nur ein Familienmitglied die Fahrt über den Atlantik. Der eine oder andere kehrte enttäuscht zurück, mancher blieb für immer verschollen, oder es kamen Briefe aus der Ferne, die das "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" in den verlockendsten Farben schilderten.[51]

In der Turmknopfchonik 1857 heißt es, daß in einem Zeitraum von fünf Jahren es

"bei 180–200 waren, welche in dem verhofften Eldorado ihr Glück versuchten, sogar Familienväter mit hochschwangeren Müttern und kaum der Wiege entwachsenen Kindern."

Nicht nur Angehörige der bäuerlichen Schicht und Fabriksarbeiter, auch zahlreiche Handwerker verließen ihre alte Heimat. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wanderten mehrere Hundert aus.[52] Die meisten von ihnen siedelten sich in Dubuque/Iowa – rund 250 Kilometer nordwestlich von Chikago – und in St. Paul/Minnesota an.

In fast jeder alten Dornbirner Familie lassen sich Auswanderer finden: Drei Brüder von Bürgermeister Johann Georg Waibel taten diesen Schritt ebenso wie der älteste Sohn des Kunstmalers Kaspar Rick.[53]

Besonders jene Dornbirner, die es in Amerika zu großem Reichtum oder zu besonderer Bekanntheit[54] gebracht hatten, beschäftigten die Phantasie der Zurückgebliebenen, allen voran der als Portraitmaler ausgewanderte Gründer der Drexel-Bank in Philadelphia, Franz Martin Drexel (1792 bis 1863).[55]

Doch solche Aufsteigerschicksale blieben die große Ausnahme: Der weitaus überwiegende Teil der Aussiedler fand in handwerklichen Berufen seine bescheidene Existenzgrundlage.[56]

## Nur wenige schafften es

Auch in der Heimatgemeinde schafften nur die allerwenigsten den Aufstieg zum vermögenden Unternehmer: Die Einteilung der

Steuerzahler aus dem Jahre 1869 zeigt, daß circa ein Fünftel als vermögenslos beziehungsweise überschuldet galt. Nur eine dünne Oberschicht der 8.508 Einwohner besaß ein Vermögen von über 10.000 Gulden.[57]

Die beiden ersten Generationen der Hämmerle-Dynastie: Ahnherr Franz Martin Hämmerle (1818 bis 1878) und seine Söhne Otto, Viktor, Theodor und Guntram (von links oben nach rechts unten).

Zu dieser vermögenden Schicht zählte Franz Martin Hämmerle. Ein kleine Überschlagsrechnung zeigt, welchen immensen Gewinn der Fabrikant im Laufe der Jahre herausgewirtschaftet hatte.

In seinen Fabriken arbeiteten 1872 490 Arbeitskräfte, davon 290 Frauen und 18 Kinder unter 14 Jahren. Der Wochenverdienst der Spuler und Spulerinnen betrug ganze drei Gulden.[58] Bei einem angenommenen Jahresdurchschnittsverdienst von 150 Gulden belief sich das Einkommen aller 490 Arbeiter zusammen auf 73.500 Gulden im Jahr. Nach eigenen Angaben betrug das erwirtschaftete Vermögen des Fabrikanten – ohne die erworbenen Realitäten – rund das Zwanzigfache des Jahreseinkommens

aller in den Fabriken beschäftigten Arbeiter!"[59] Dabei hatter er 1836 mit einer einzigen Zettelmaschine begonnen.

Auch die Vermögenssteuerfestlegung aus dem Jahre 1892 zeigt, daß einige wenige Unternehmerfamilien beträchtliche Vermögen anzuhäufen vermochten. Vor allem "alte Geschlechter" befanden sich darunter: Adolf Rhomberg, zu dieser Zeit Landeshauptmann und Teilhaber der Firma Herrburger & Rhomberg, gab zum Beispiel ein persönliches Vermögen von 444.203,80 Gulden an, seine Gattin eines von 206.018 Gulden.[60] Als Vergleich dazu: Kleingewerbetreibende und Handwerker sind in der Regel mit circa 50 – 100 Gulden ausgewiesen.

### Kinder- und Jugendarbeit

Eine Voraussetzung für die immensen Gewinne in der Textilindustrie war der Einsatz billiger Arbeitskräfte, vor allem von Kindern und jungen Frauen.

In den beiden Jahrzehnten nach der Jahrhundertmitte läßt sich ein Frauenanteil zwischen 40 und fast 60 Prozent feststellen. In der Regel verkauften Frauen jedoch ihre Arbeitskraft nur während eines bestimmten Lebensabschnittes an die Fabriksherren: Der Anteil der 12- bis 20jährigen Arbeiterinnen lag zwischen 1857 und 1869 bei 52 bis 66 Prozent, der Anteil der 20- bis 30jährigen bei 27 bis 33 Prozent.[61]

Insgesamt erhöhte die Einführung von Arbeitsmaschinen einerseits die psychischen und physischen Belastungen der Arbeitskräfte, andererseits wurden die Qualifikationsanforderungen für Weber und Spinner herabgesetzt. Deshalb konnten jüngere und billigere Arbeitskräfte in den Fabriken eingesetzt werden. Sicherlich wurden Kinder auch in der Heimindustrie ausgebeutet, aber mit der Errichtung von Fabriken zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreichte die Kinderarbeit eine neue Dimension. So berichtete Kreishauptmann Franz Anton Daubrawa im Jahre 1819, daß in der Baumwoll-Spinnerei Rhomberg & Lenz 147 Personen beschäftigt seien, die meisten davon Kinder, die Tag und Nacht arbeiten mußten. Diesen Einsatz sah er für problematisch an:

"Die Verwendung so vieler Kinder, besonders in der ‚Spinn-Fabrik, sah ich wahrlich sehr ungern, da die moralische und besonders ihre physische Bildung notwendig dabei leiden

muß. Es ist ein widriger Anblick, die armen Kinder eine ganze Tags- oder Nachtzeit, und zwar bei heftigsten Ölgeruche gleichsam an eine Stelle gebannt zu sehen, was wenigstens ihrem körperlichen Gedeihen sehr hinderlich sein muß."[62]

In den folgenden Jahrzehnten, während der Hochindustrialisierungsphase, blieb das Problem bestehen. Die Berufsangaben bei der Volkszählung 1857 zeigen, wie verbreitet die Kinderarbeit in den Fabriken gewesen ist. Als Beispiel sei der Haushalt von Martin Luger aus dem Hatlerdorf angeführt: Bei allen vier Kindern ist "Fabriksarbeiter" als Beschäftigung angegeben, dabei war sein jüngster Sohn Josef erst acht Jahre alt, die andern waren nur wenig älter.[63]

Noch 1884 wurde in einer Untersuchung festgestellt, daß man Kinder ab dem 10. Lebensjahr von Ostern bis Martini in Fabriken zum Spulen verwendete.[64]

Die Fabrikanten haben die gesetzlichen Bestimmungen über Kinderarbeit erst dann beachtet, als die Kinderarbeit in der maschinellen Großproduktion ohnehin überflüssig wurde.[65]

In den Firmenschriften ist die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft in den Fabriken bis heute ein Tabuthema. So werden in der jüngsten Jubiläumsschrift von F.M.Hämmerle die Beschäftigungszahlen von 1867 ohne Hinweis auf die Kinderarbeit angegeben.[66]

Das konservative "Vorarlberger Volksblatt" prangerte bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts immer wieder die menschenunwürdigen Zustände in den hiesigen Fabriken an:

"Dornbirn, 17. Mai... Für jeden Menschenfreund ist es zum Erbarmen, wenn er mitansehen muß, daß Kinder von 7, 8, 9, 10 Jahren in frühester Morgenstunde schon in die dumpfen Fabrikräume eingepfercht, den ganzen Tag dort zubringen und in später Abendstunde erst aus ihren Kerkern entlassen werden. Aber noch mehr muß dieß Gebahren jeden denkenden Menschen empören, wenn er die traurigen Folgen erwägt, die für Körper und Geist der Kinder daraus entstehen und die Ursache hievon in solchen Leuten finden muß, die sonst immer mit vollen Backen von Volksbeglückung, von Bildung und Intelligenz Phrasen freigebig herumwerfen, in der That aber das Gegentheil bewerkstelligen."[67]

Die überlangen Arbeitszeiten und die ungesunden Verhältnisse in den Fabriken führten bei vielen Arbeitskräften zu oft schweren

gesundheitlichen Schäden.[68] Besonders junge Frauen waren gesundheitsgefährdet:

"In einer hiesigen Weberei müssen die meist jugendlichen, durchgehends weiblichen Arbeiterinnen dreimal in der Woche, mit der angegebenen Mittagsunterbrechung von morgens 6 Uhr bis nachts 10 Uhr arbeiten. Rechnet man noch den mitunter bedeutend weiten Weg hinzu, den diese Arbeiterinnen von Hause zur Fabrik je zweimal im Tage hin und her zu machen haben, so bleibt wahrlich für Essen, Ruhe, Schlaf und etwaige häusliche Arbeiten wie Kochen und dgl. eine äußerst kurze Spanne Zeit.

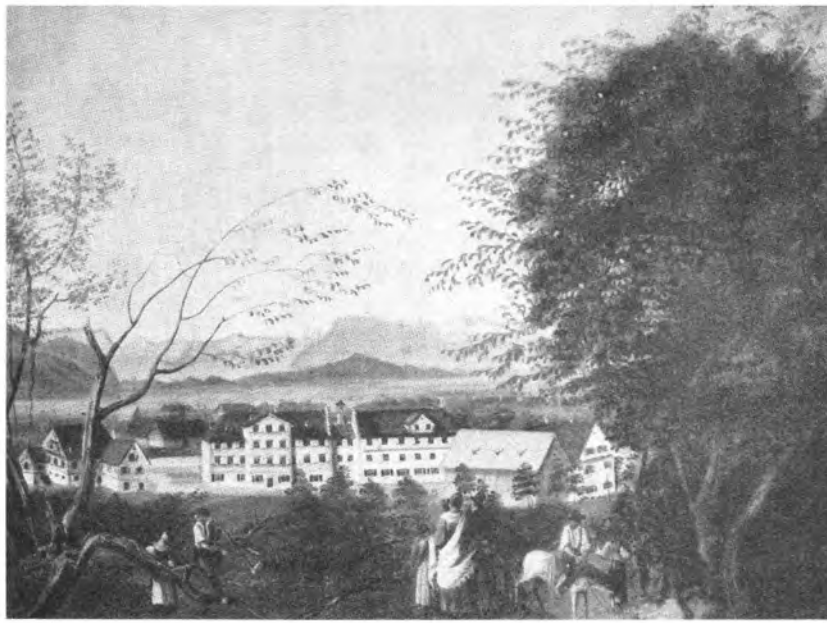
Ob darunter die Gesundheit leide, ob baldiges Siechthum bei dieser außerordentlichen Anstrengung bei einer meist ohnedem sehr primitiven Verköstigung eintrete, darum kümmert sich niemand, für das ist ja die Gemeinde mit ihrem Armenversorgungsapparat und Armenhaus da."[69]

Unter solchen Bedingungen wuchs die Tuberkulose zu einer Volksseuche heran und forderte ständig mehr Opfer.[70] 1890 stellte die Dornbirner Sanitätskommission fest, daß jeder vierte Todesfall auf diese Lungenkrankheit zurückzuführen sei.[71] Damit erreichte hier die gefürchtete Lungentuberkulose einen Spitzenwert in der gesamten Monarchie.[72] Als prophylaktische Maßnahme empfahl die Kommission, "tönerne und porzellanene Spucknäpfe" der "ärmeren Volksklasse" zur Verfügung zu stellen, um die Ansteckungsgefahr durch das Ausspucken auf den Fußboden zu verringern.[73]

Doch nicht nur in den Fabriken und in der Landwirtschaft wurden Kinder ausgebeutet, sondern auch in der Heimindustrie. Dort vor allem in der Stickerei.

Die Stickerei spielte in Dornbirn nicht jene Rolle wie etwa in Lustenau. Von 1845 bis 1858 beschäftigte die Schweizer Firma Riss & Stoffel in Dornbirn bis zu 200 – vorwiegend junge – Stickerinnen in Heimarbeit.[74] Danach erlangte die Stickerei lediglich während der Hochblüte der Handmaschine Ende der 1880er Jahre einige Bedeutung.[75]

Die Idylle täuscht: Kinder waren "billige" Arbeitskräfte, bis die technische Entwicklung die Kinderarbeit überflüssig machte.
In dieser adretten Aufmachung fotografierte der Fabrikant Viktor Hämmerle "seine" Textilarbeiterinnen nach dem Abschluß eines Kochkurses.



Die Stickereibetriebe waren meistens Familienbetriebe, in denen Kinder mitbeschäftigt wurden. In einem Bericht des Gewerbeinspektors heißt es 1885, daß

"... die Arbeitskräfte der Kinder in so übertriebenem Maße ausgebeutet werden, daß die in den Stickereigegenden domicilierenden Ärzte und sonstigen Menschenfreunde den physischen Ruin der jungen Generation mit Sicherheit voraussahen, falls dem eingerissenen Treiben nicht in irgendeiner Weise Einhalt gethan würde..."[76]

## Verankerung der Arbeitskräfte im bäuerlichen Milieu und Zuwanderung

Es gehörte zur Strategie der heimischen Textilunternehmen, die Arbeiterschaft vorwiegend aus der näheren Umgebung zu rekrutieren. Diese Arbeitskräfte besaßen oft einen – und sei es noch so kleinen – landwirtschaftlichen Besitz. Dadurch konnten sie sich in der Regel vor der ärgsten Not bewahren.[77] Schlechter war es um die zugewanderten Arbeitskräfte bestellt, die nur auf den Lohn angewiesen waren.[78]

Eine genaue sozialstatistische Untersuchung der Dorbirner Arbeiterschaft liegt noch nicht vor. Es lassen sich deshalb zur sozialen Herkunft und Zusammensetzung der Arbeitskräfte in den hiesigen Fabriken nur begrenzte Aussagen treffen. Auch über das Alltagsleben, die tatsächliche Lebensituation dieser Schicht, wissen wir sehr wenig. Die allgemeinen Entwicklungslinien können jedoch nachgezeichnet werden.[79]

Sowohl ein Teil der Handwerker als auch der Industriearbeiterschaft blieb im bäuerlichen Milieu verankert: So waren zum Beispiel im Hatlerdorf im Jahre 1857 noch fünfzig Bauern nebenberuflich im Gewerbe tätig, hauptsächlich als Maurer und Zimmerleute.[80]

Da wie in keinem anderen Kronland der Monarchie hier die Bodenzerstückelung fortgeschritten war, konnten auch viele der in den Fabriken Beschäftigten auf Landbesitz zurückgreifen. Im Zuge der Industrialisierung war deshalb ein industriell-gewerblich-landwirtschaftliches Mischmilieu entstanden: Während ein Teil der Familie in der Landwirtschaft tätig war, mußten die anderen Familienangehörigen – zumindest temporär – ihren Lebens-

unterhalt in der Fabrik bestreiten, und sie ergänzten damit das Familieneinkommen. Deshalb war die heimische Fabrikarbeiterschaft in der Regel nicht ausschließlich auf die Lohnarbeit angewiesen, wurde deshalb nicht völlig proletarisiert und wahrte weitgehend den Zusammenhang mit der bäuerlichen Lebensweise. Der Grundbesitz war somit eine wesentliche Ursache für die Erhaltung des tradierten sozialen Beziehungsgeflechtes.[81] Aus diesem Grund blieben die Dornbirner Textilarbeiter/innen auch zum Großteil im christlichsozialen Milieu verhaftet - mit den entsprechenden Auswirkungen auf ihre politische Einstellung.

Eine genaue Quantifizierung von landwirtschaftlicher Tätigkeit und Industriearbeit ist für Dornbirn noch nicht erfolgt, doch läßt sich für die Jahrhundertmitte überschlagsmäßig feststellen, daß bereits zu diesem Zeitpunkt die Mehrzahl der Familienmitglieder in den Fabriken arbeitete.[82] Interessant sind bei der Volkszählung 1857 die Angaben über den Großviehbestand. Sie zeigen, wie gering der Rückhalt in der Landwirtschaft größtenteils gewesen sein muß.[83]

Dennoch bot er einen gewissen Schutz vor unvorhergesehenen Ereignissen. Weil das soziale Netz im 19. Jahrhundert sehr weitmaschig war, führten Krankheiten oder Arbeitsunfälle oft zu bitterer Not. Die Betriebskrankenkassen - die erste in Vorarlberg wurde 1836 in der Textildruckerei Ulmer eingerichtet - halfen, dem entgegenzusteuern.[84]

Erst die Gewerbeordnung von 1866 schrieb eine obligatorische Krankenversicherung für Gesellen und Fabrikarbeiter vor, und 1874 wurde eine Allgemeine Arbeiterkrankenunterstützungskasse ins Leben gerufen.[85] Für die Wanderarbeiter errichtete man 1891 Naturalverpflegestation, um den

> "Haus- und Straßenbettel, sowie das Landstreichen in Vorarlberg zu beseitigen und armen nach Arbeit und Erwerb suchenden Menschen während der Suche nach Arbeit, Brot und Unterkunft zu bieten und dieselben auf diese Weise vom Bettel und vom Verbrechen abzuhalten."[86]

Auf das Betteln waren zum Teil auch die zugewanderten Welschtiroler angewiesen.[87] Im Dornbirner Gemeinderat wurde verschiedentlich Klage über diese "fremden Bettler" geführt. So beschwerte sich etwa der Gemeindevertreter Josef Andre Rhomberg im Jahre 1895 darüber,

"daß in dem Viertel Hatlerdorf mehrere südtirolische Familien,

welche mit vielen kleinen Kindern gesegnet seien, wohnen, die sich ausschließlich nur mit Betteln erhalten und hiedurch die übrigen Einwohner belästigen."[88]

Die "Welschtiroler" wurden in den Fabriken als Lohndrücker eingesetzt und bildeten jene Reserve auf dem Arbeitsmarkt, die bei Bedarf "abgebaut" werden konnte. Sie wurden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie mußten etwa bei F.M.Hämmerle einseitige Kündigungsfristen bis zu zwei Jahren akzeptieren. Ein System von ausgeklügelten Strafsanktionen erschwerte den Arbeitsplatzwechsel.[89]

Der Anteil der Italiener blieb im Vergleich zu anderen Industriegemeinden wie Bürs oder Hard in Dornbirn jedoch recht gering.

Laut Volkszählung 1890 lebten in Dornbirn 157 italienisch Sprechende,[90] 1900 gaben 379 Personen Italienisch/Ladinisch als Umgangssprache an.[91] Im Jahre 1910 betrug der Italieneranteil 3,6 Prozent, das sind rund 600 Personen.[92] Allerdings muß noch eine gewisse Anzahl von nichtgemeldeten Schwarzarbeitern dazugezählt werden, sodaß die tatsächliche Anzahl italienischer Arbeiter und Arbeiterinnen höher lag.

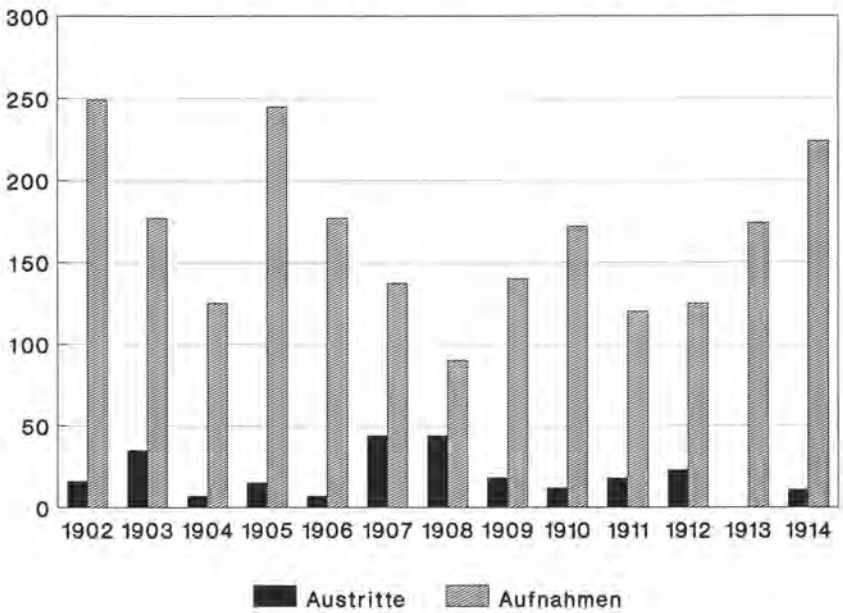
Durch die Zuwanderung von Arbeitskräften – der überwiegende Teil arbeitete in den Textilfabriken – wuchs die Dornbirner Bevölkerung im Vergleich zum Umland relativ rasch an.

Während also im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrere Hundert Dornbirner/innen ihren Heimatort verließen, um in der Fremde das Glück zu suchen, erfolgte gleichzeitig eine massive Zuwanderung von Arbeitskräften. Sichtlich war für viele die Aussicht, in den heimischen Fabriken arbeiten zu müssen, nicht besonders verlockend, und sie verließen deshalb lieber ihre Heimatgemeinde.

Die Migranten stammten in der Frühindustrialisierungsphase aus vielen Teilen Vorarlbergs, vor allem aus dem Bregenzerwald und dem Lechtal, aber auch aus Tirol, Schwaben und der Schweiz.[93] Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kamen die "Welschtiroler", zu Beginn unseres Jahrhunderts war die Zuwanderung von deutschen und schweizerischen Migranten besonders hoch: 1910 machte diese Gruppe mit 1.700 Personen fast sieben Prozent der Gesamtbevölkerung aus.[94]

Von 1900 bis 1910 wurden in Dornbirn 1.735 Personen neu in den "Heimatverband" aufgenommen, nur 267 sind jedoch im gleichen Zeitraum freiwillig ausgeschieden.[95]

Aufnahme und Austritte aus dem Heimatverband 1902–1914




Im folgenden Kapitel wird aufzuzeigen sein, wie sich diese sozialen und ökonomischen Strukturen in der Gemeindepolitik ausgewirkt haben.

## 1.2. Anfänge des Parteienwesens

### Die Revolution von 1848/49

Vor 1848 traten nur einige wenige begüterte liberale Fabrikbesitzer mit ihren obrigkeitskritischen Ideen an die Öffentlichkeit und wagten es – trotz der polizeistaatlichen Maßnahmen Metternichs –, die politischen Zustände zu kritisieren, weil sie ökonomisch kontraproduktiv waren.

Mit der Entstehung liberaler Clubs (ab 1834) nahmen die politischen Aktivitäten in Vorarlberg zu. Führender Kopf der Liberalen blieb über Jahrzehnte der Feldkircher Fabrikant Carl Ganahl. In Dornbirn zählte der Fabrikbesitzer Karl Ulmer zu jenen, die liberales Gedankengut artikulierten. Wie bei den "josefinischen Unruhen" und beim Gemeindekonflikt im Jahre 1842 unterstützten Angehörige der Ulmer-Familie den Widerstand gegen die Obrigkeit.[1]

Parteien im modernen Sinn gab es damals noch nicht. Allerdings zeigt der Gemeindekonflikt von 1842/43, daß es im Vorfeld der 48er Ereignisse zu einer verstärkten Anteilnahme breiterer Schichten am öffentlichen Leben gekommen ist. Für die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, die oft in bedrückender Armut lebenden Kleinbauern und die ein kärgliches Dasein fristende Textilarbeiterschaft, stand der Kampf ums tägliche Überleben im Vordergrund. Die oft mehr als bescheidene Schulbildung erlaubte es ihnen nicht, an den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit aktiv teilzunehmen.[2]

Das bürgerliches Patriziertum wollte um die Jahrhundertmitte seinen ökonomischen Einfluß in politische Macht ummünzen. Neben den Fabrikanten vertraten einzelne Ärzte und Juristen jenes liberale Gedankengut, das im Sinne der Aufklärung den klerikalen Anspruch auf absolute Wahrheit zurückwies.[3]

Eine bedeutende Rolle spielte in den Revolutionsjahren 1848/49 der Kandidat der Liberalen für die Nationalversammlung in Frankfurt, der in Dornbirn lebende Arzt Dr. Mathäus Schmidt.[4] Er war – wie der Fabrikant Johann Georg Ulmer – im April 1848 bei der Gründung des "Patriotischen Vereins der Volksfreunde", der ersten offiziellen politischen Vereinigung Vorarlbergs, beteiligt.

Die Liberalen des Landes stellten sich auf den Standpunkt, daß

Vorarlberg "von einem eigenen deutschen Volksstamme" bewohnt werde, und strebten die Loslösung von Tirol an. Weiters forderten sie den Anschluß an Deutschland.[5] Der "alemannische" Vorarlberger wurde vom "bajuwarischen" Tiroler ethnisch unterschieden, "Nichtalemannen" wurden ausgegrenzt. Nach der Vereinigung aller Deutschen in einem Staate sollte allerdings der Gegensatz zwischen Tirolern und Vorarlbergern keine Rolle mehr spielen.[6]

Die Dornbirner Liberalen um Dr. Schmidt zählten zu den slawenfeindlichen "Deutschtümlern", die von einem großen, starken und vereinten Deutschland träumten.[7] Nach einer Kundgebung des Lindauer Märzvereins am 6. Mai 1849 in Lindau, auf der auch Dornbirner die deutsche Verbrüderung feierten, wurde von der Behörde ein Verfahren gegen die Teilnehmer eingeleitet. Als daraufhin Unruhen ausbrachen, wurde eine Kompanie Soldaten von Bregenz nach Dornbirn verlegt.[8]

Der genaue Ablauf der Ereignisse in Dornbirn wurde bisher noch nicht untersucht.[9] In einer späteren Chronik heißt es zu den Ereignissen 1848/49 lapidar: Alles war "rebellisch, unzufrieden und ungehorsam". Weiters wird behauptet, daß nur noch bei F.M.Hämmerle gearbeitet wurde, alle anderen Fabriken seien geschlossen gewesen.[10]

In Dornbirn – wie auch in anderen Orten – versuchte man, die trostlose Lage der Fabrikarbeiterschaft am Vorabend der revolutionären Märztage 1848 durch die Austeilung von warmen Suppen in der "Rumfordsuppenanstalt"[11] zu mildern. Ein öffentliches "Arbeitsbeschaffungsprogramm" sollte – wie in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts – die Arbeitslosigkeit bekämpfen.[12] Auch an die Ausweisung landfremder Arbeitskräfte wurde gedacht.[13] Die Angst vor revolutionären Handlungen durch Arbeiter verstärkte sich bei den Besitzenden nach den Märztagen 1848. Die liberalen Fabrikanten und der konservative Klerus waren sich darin einig, daß ein sozialer Umsturz nicht in ihrem Interesse lag.

Dr. Schmidt und seine Anhänger stellten sich hinter die Forderung nach der Verleihung des Stimmrechtes an den Vierten Stand, weil sie der Meinung waren, daß der Arbeiterstand "versöhnt sein muß, wenn er sich nicht rächen soll".[14]

Im Zuge der Niederwerfung der Revolution durch die kaiserlichen Truppen und des darauf folgenden Strafgerichts wurden

die errungenen bürgerlichen Freiheiten sukzessive wieder eingeschränkt.

In Vorarlberg wurde der "Patriotische Verein der Volksfreunde" in einen Leseverein umgewandelt, die liberale "Vorarlberger Zeitung", deren Herausgeber Dr. Schmidt war, stellte 1850 ihr Erscheinen ein. Die Regierung löste 1852 die gerade entstandenen Turnvereine wieder auf. Dieser Regierungspolitik fiel auch der 1848 gegründete Dornbirner Turnverein zum Opfer:

> "Jedem, der in jener Zeit lebte, und den Vorgängen im Staatsleben seine Aufmerksamkeit schenkte, ist noch lebhaft erinnerlich, mit welcher Ängstlichkeit und polizeilicher Zudringlichkeit in jenen Jahren insbesondere dem Vereinsleben nachgespürt, mit welchen Argusaugen dasselbe überwacht, und mit welcher Willkür dasselbe niedergehalten wurde. Auch unser unschuldiger, alter Turnverein entging den Augen der Polizei nicht."[15]

Das konservative Dornbirner Gemeinderegiment stellte die Ereignisse von 1848/49 in der Turmchronik neun Jahre später als ein von "fremden Elementen" geschürtes Unterfangen dar. Die revolutionären Vorgänge galten als "Makel", der nur allmählich getilgt werden konnte:

> "Auch das... Sturmjahr 1848 brachte in Dornbirn einige Bewegung hervor, in Folge derer, weil ein Paar unbesonnene und übelberathene Individuen die k.k. Behörden insultierten, Dornbirn Allerhöchsten Ortes in ein ziemlich schiefes Licht gestellt wurde, als ob die ganze Einwohnerschaft mit dem Benehmen dieser Wenigen einverstanden gewesen wäre, was aber keineswegs der Fall war; denn im Allgemeinen sah man dieser Bewegung ruhig, argwöhnisch und mißtrauisch von der Ferne zu, nichts Gutes davon sich versprechend, und hätten nicht einige fremde Elemente geschäftig in die wilde Flamme geblasen, es wäre kaum Einer in Hier für eine so zweideutige und unklare Sache in Wärme gerathen, und Dornbirn wäre sicher Allerhöchsten Ortes von jenem Makel verschont geblieben, welcher nur schwer und allmählig sich abbleichen läßt."[16]

Die Revolution 1848/49 hatte dem Bürgertum nicht die angestrebten politischen Veränderungen gebracht. Als nach der Niederschlagung der Revolution die politische Betätigung unmöglich gemacht wurde, war der ökonomische Bereich für die Unternehmer das Hauptbetätigungsfeld. Die neue Gewerbeordnung von 1859[17] eröffnete außerdem neue Möglichkeiten.

## Liberale contra Klerikale: Politisierung der Öffentlichkeit

1855 schlossen Kaiser Franz Joseph I. und seine Regierung mit der katholischen Kirche ein Konkordat ab: Unter anderem wurden die Ehegerichtsbarkeit und das Eherecht der Kirche unterstellt, die volle Disziplinargewalt über Geistliche und Laien anerkannt, die staatliche Beihilfe zur Unterdrückung kirchenfeindlicher Bücher und Schriften zugestanden, die Aufhebung des Grundsatzes der Gleichberechtigung für Nichtkatholiken durchgeführt und der kirchliche Einfluß im Unterrichts- und Erziehungswesen rechtlich abgesichert. Das Konkordat wurde in Vorarlberg in der Folgezeit zum Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Klerikalen.[18]

Mit der Errichtung des Vorarlberger Landtages übernahmen 1861 zunächst die Liberalen die Herrschaft im Lande. Sie stellten drei Viertel der Abgeordneten und mit Carl Ganahl den "unbestrittenen Herrscher des Landtages".[19] Für rund zehn Jahre war das Landesparlament nun ein Forum für die liberale Politik. Da es nicht nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht bestellt wurde, darf aber von dieser Landtagsmajorität nicht abgeleitet werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung liberal eingestellt war.

Durch das von der liberalen Reichsregierung durchgesetzte Protestantenpatent vom 8. April 1861 erhielten die protestantischen Gläubigen wieder das Recht auf gemeinsame öffentliche Religionsausübung zugestanden. Dagegen traten in Vorarlberg die Katholisch-Konservativen mit aller Vehemenz auf.

Der Arzt Dr. Josef Anton Ölz aus Dornbirn verfaßte einen Aufruf, der sich gegen das von der Statthalterei befürwortete Ansuchen der Bregenzer Protestanten – es ging um die Genehmigung eines eigenen Friedhofes – richtete. Dieser Appell gilt als das früheste Dokument der konservativen Bewegung in Vorarlberg.[20]

Die Petition wurde in den Gemeinden zur Unterschrift herumgereicht, in den Schulhäusern und Sakristeien des Landes aufgelegt.[21] Zu Pfingsten wurde der Text von vielen Kanzeln verkündet. Dabei fand Ölz im ländlichen Bereich größeren Zuspruch als in den Städten. Dieser Aufruf wendete sich auch gegen die protestantischen Unternehmer: gegen die aus dem Glarnerland/Schweiz stammenden Jenny & Schindler[22] und gegen die schottische Adelsfamilie Douglas.[23]

Die Angehörigen der protestantischen Minderheit – das gleiche gilt für die jüdische Gemeinde in Hohenems[24] – wurden von den Konservativen ausgegrenzt. Das Auftreten gegen die Protestanten wurde von den Männern um Dr. Ölz[25] als "Landessache" ausgegeben, der Kampf um die Glaubenseinheit zum Anliegen aller "echten Vorarlberger" hochstilisiert. Damit waren die Weichen für die Zukunft gestellt: Ein Anliegen der katholischen Kirche galt den Konservativen als ein Anliegen des ganzen Landes. Fremde, Nichtkatholiken und Andersdenkende hatten in diesem Weltbild keinen Platz. Im 1866 gegründeten "Vorarlberger Volksblatt" bliesen militante junge Geistliche – die sogenannten "Jungbrixener" – zum Angriff gegen liberale Ansichten.[26] Entscheidende Impulse, die katholisch-konservativen Kräfte des Landes in Kasinos zusammenzuschließen, erhielten Dr. Josef Anton Ölz und der Weinhändler Johannes Thurnher – beide stammten aus Dornbirn – von den katholischen Führern des Großherzogtums Baden. Der bedeutendste katholische Verein wurde in der Folge das Dornbirner Kasino.[27]

In den ausgehenden sechziger Jahren änderte sich damit das politische Klima im Lande grundlegend: Auch in Dornbirn setzte der Kulturkampf in voller Schärfe ein. Bereits vor der Sammlung der konservativen Kräfte im Kasino (konstituierende Versammlung am 4. Oktober 1868) lassen sich Angriffe auf die liberale Gesetzgebung feststellen.

In der Ausgabe vom 24. August 1867 berichtet die liberale "Feldkircher Zeitung", daß eine Priesterprimiz in Dornbirn zu politischen Zwecken mißbraucht worden sei. Dieses Ereignis hätten Konservative dazu benutzt, ihr "politisches Glaubensbekenntnis" unter die Leute zu bringen.[28] Der Zeitungskorrespondent bemerkte dazu, daß dieser Vorfall in Dornbirn Tagesgespräch sei, und ironisch fügte er an, daß die "Partei des Fortschritts" durch solche Leute "nichts ernstliches zu fürchten habe, und es wäre sehr zu wünschen im Interesse des Fortschritts, daß sich beide Herren zusammen recht bald und öfter wieder öffentlich vernehmen ließen."

Die folgenden Jahre zeigten, daß diese Einschätzung grundfalsch war. Das Auftreten der Klerikalen gegen die liberalen Ehe- und Schulgesetze[29] führte zu einer 1867 noch nicht absehbaren Massenmobilisierung der Vorarlberger Bevölkerung. Die Entstehung der modernen Massenparteien brachte eine wesentliche Veränderung mit sich: Die weltanschaulichen Gruppierungen

versuchten im Kampf um die Wählergunst, eine möglichst große Anzahl von Menschen in ihrem ideologischen Sinne zu beeinflussen und zu lenken. Der emotional-appellative Charakter der einsetzenden Parteipropaganda zielte nicht zuletzt darauf ab, den Andersdenkenden zu diffamieren.

Martin und Johannes (rechts) Thurnher mobilisierten die katholische Basis gegen die liberalen Unternehmer. Sie traten für eine Änderung des Wahlrechtes ein: Alle Stimmen sollten gleich viel zählen.

"Kasiner" wie Dr. Josef Anton Ölz, Johannes Thurnher, Johann Kohler oder Martin Thurnher[30] vertraten eine Ideologie, in der andere politische Parteien nur als zu bekämpfende Gegner vorkamen, Toleranz setzten sie mit Schwäche gleich.[31] Ihre Kreuzzugmentalität war begründet im Anspruch, im Besitze der "absoluten Wahrheit" zu sein. Liberale und Sozialisten verfielen dem Verdikt der Gottlosigkeit. Liberalismus laufe in Wirklichkeit auf "Sklaverei" hinaus, war ein Grundthese der Konservativen:

"Was ist seine Gewissensfreiheit? Frechheit des Unglaubens und der Gottesleugnung, Sklavenjoch für die gläubigen Chri-

sten und ihre Kirche. Was ist seine Pressefreiheit? Zügellosigkeit einer ausgeschämten und geheimbezahlten Presse, und beständige Maßregelung der ehrlichen und katholischen Zeitungen. Was ist seine Redefreiheit? Ein Freibrief für die politischen und religiösen Maulwürfe..."[32]

Festigkeit im Glauben, Eintreten für die nach ihrer Meinung mit Füßen getretenen Rechte der Kirche und Unerbittlichkeit in der Abwehr aufklärerischer Ideen waren die Eckpfeiler ihres Weltbildes.

In den Statuten des Dornbirner Kasinos wurde in Paragraph 1 das Vereinsziel folgendermaßen definiert: Der Verein sei eine

"Verbindung entschieden katholischer Männer ... zum Zwecke der allgemeinen Aufklärung durch geeignete Vorträge einschlägiger Lektüre, Zeitungen, Broschüren, Bücher etc. etc. mit Ausschluß aller der Religion und Sittlichkeit gefährlichen ... Die Vorträge und Gespräche haben sich auf Gewerbe und Landwirtschaft, Welt- und Kirchengeschichte, Natur-, Erd-, und Völkerkunde, Zeit- und Tagesfragen, Landes- und Gemeindeinteressen zu beziehen."[33]

Kennzeichnend für die Vereinstätigkeit war die Verbindung von Geselligkeit und Belehrung. Bei den Vereinsabenden wechselten sich Vorträge und Reden mit Deklamationen, Gedichten, Liedern und Theateraufführungen ab.[34] Zur Unterweisung der Kasino-Mitglieder wurde eine Bibliothek mit mehreren hundert Bänden angeschafft. Außerdem erhielten sie gratis die "Vereinsblüthen", die Sonderbeilage des "Vorarlberger Volksblattes".[35]

Allein zwischen dem 26. Dezember 1869 und dem 18. Februar 1872 hielt das Kasino 60 Versammlungen mit 560 Vorträgen – die meisten zum unmittelbaren tagespolitischen Geschehen – ab.[36] Dabei wurden auch zahlreiche Resolutionen und Protestschreiben verfaßt:

"Besondere Anlässe und Begebenheiten auf kirchlichem und politischem Gebiete gaben fortwährend dem Casino Gelegenheit, seinen Grundsätzen entsprechenden Ausdruck zu verleihen, und zwar in Form von Resolutionen, Adressen, Eingaben aller Art, Protesten usw. Freudige Ereignisse in Kirche und Staat wurden stets in würdiger, erhebender Weise gefeiert."[37]

Das Kasino fand Anklang: Die Mitgliederzahl nahm in den Anfangsjahren sprunghaft zu. Am Gründungstag traten rund 260 Mitglieder dem Verein bei, bis Juni 1870 stieg die Zahl auf rund 500 an, im Februar 1873 wies die Statistik 606 Kasiner aus.[38]

Die führenden Köpfe im Kasino waren zweifellos Martin und Johannes Thurnher, doch mit ihnen agierte eine rund zehnköpfige Hauptgruppe, die das Vereinsleben bestimmte.[39]

Unterstützt wurden sie in ihren Bemühungen selbstverständlich von den Geistlichen, die im Kasino eine ganz wichtige Rolle spielten. Besonders bei Wahlen konnten die Ortspfarrer aufgrund ihrer Autorität erheblichen Druck ausüben: Sie stellten sich neben die Wahlurnen hin und schrieben jeden Wähler, der gegen die konservativen Kandidaten stimmte, auf. Sie redeten ihrer "Herde" ein, daß diejenigen, die nicht für die Kasinopartei eintraten, "verflucht und vom Himmel ausgeschlossen" seien.[40] Pfarrer Rudigier brachte die "Pflicht" der Katholiken auf die einfache Formel:

> "Wähle nie einen Liberalen, sondern stets katholisch-conservative Männer".[41]

Eine besondere Gefahr sahen die Kasiner im Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, denn die "Dezemberverfassung"[42] durchlöcherte das Konkordat von 1855. Die Festschreibung der bürgerlichen Grundrechte – vor allem die Garantie der Religionsfreiheit – wurde von den Konservativen vehement bekämpft. Den Liberalen wurde unterstellt, daß sie für eine Entchristlichung des öffentlichen Lebens eintreten würden. In der "Feldkircher Zeitung" wehrten sich diese gegen die Unterstellungen:

> "Da werden jene, welche die bekannte ultramontane Erklärung nicht unterschreiben, als Leute dargestellt, die den Krallen des leibhaftigen Gottseibeiuns verfallen sind, da werden Abgeordnete Lumpen genannt, da wird mit heiligem Eifer getobt und gepoltert. Es wird behauptet: das Christentum ist in Gefahr, die Religion will man aus der Schule hinauswerfen, das neue Ehegesetz erlaubt, daß es den Partheien nach Belieben frei stehe, sich zu trennen und mit anderen zu verbinden wie das liebe Vieh auf der Straße und dgl. Kraftausdrücke mehr."[43]

Als 1868 in den "Maigesetzen" die Aufsicht über das Schulwesen den staatlichen Behörden übertragen wurde, brach auch in Vorarlberg der "scharfe Parteienstreit" in voller Schärfe los.[44]

Die Gründung eines "Vereins der Verfassungsfreunde" 1868[45] vermochte die traditionelle Rekrutierungsbasis der Liberalen nicht entscheidend zu erweitern: Liberale Kernschichten blieben Fabrikanten, Beamte, Lehrer, Freiberufler und Handwerker. Innerhalb des liberalen Lagers versuchten die Männer um Dr. Waibel[46] die führende Rolle im Land zu übernehmen. In Dornbirn wur-

de 1870 ein liberaler Ortsverein, der "Konstitutionelle Verein", ins Leben gerufen.[47]

Die Gegenseite war wesentlich erfolgreicher und effizienter: Die Propaganda der Geistlichkeit, das konservative "Vorarlberger Volksblatt" und die Kasinos vermochten eine Massenbewegung ins Leben zu rufen, die wesentlich mit zu jener politischen Veränderung beitrug, die Vorarlberg ab 1870 zu einem "schwarzen" Land machte.[48]

Zehn Jahre nachdem Vorarlberg einen eigenen Landtag bekommen hatte[49], war das Land in zwei sich bekämpfende politische Parteien gespalten: Auf der einen Seite stand das liberal-bürgerliche, auf der anderen das katholisch-konservative Lager. Jahrelang prallten deshalb auch im Landtag die Ansichten der Dornbirner Abgeordneten aufeinander. Der liberal-deutschnationale Bürgermeister Dr. Waibel traf dort auf Dr. Ölz und Martin und Johannes Thurnher, die bei Landtagswahlen auf dem Lande siegreich blieben.[50]

Zurück zur Gemeindepolitik: Bis zum Jahre 1867 stammten im 19. Jahrhundert fast alle Gemeindeammänner und Bürgermeister in Dornbirn – wie bereits erwähnt – aus den Fabrikantenfamilien Rhomberg und gehörten dem konservativen Lager an.[51] Die Mehrzahl der Fabrikanten war nunmehr allerdings liberal-deutschnational eingestellt. Nur einige Gesellschafter der Firma Herrburger & Rhomberg, die bisher in der Gemeinde den Ton angegeben hatten, blieben katholisch-konservativ.[52]

Die Übernahme des Bürgermeisteramtes durch den liberalen Arnold Rüf (1868 bis 1869) erfolgte noch ohne größere Aufregung. Am 1. Mai 1869 trat jedoch mit dem Arzt Dr. Johann Georg Waibel ein entschiedener Liberaler an die Spitze der Gemeinde. Für 40 Jahre, bis zu seinem Tode am 22. Oktober 1908, stand er im Mittelpunkt von vehementen Angriffen der klerikal-konservativen Seite.[53]

Rekapitulieren wir kurz: Im Vierteljahrhundert nach der Revolution von 1848/49 erfolgte eine verstärkte Anteilnahme breiterer Bevölkerungsschichten am politischen Geschehen. Im Zuge des Kampfes um die Verfassung und die Grundrechte hatten sich politische Lager und Parteien formiert, die auch neue Wege zur Massenmobilisierung beschritten. In Dornbirn entbrannte ein besonders heftiger Parteienstreit: Hier stand einer konservativen Bevölkerungsmehrheit ein liberales Gemeinderegiment gegen-

über, das sich auf die ökonomische Macht der Unternehmer stützen konnte.

## 1.3. Die liberale Ära (1867 bis 1910)

### Erbitterte Wahlschlachten

Die Dominanz der Liberalen war in Dornbirn aufgrund des Wahlrechtes gewährleistet.

Das Gemeindewahlrecht vom 24. April 1864[1] gewichtete die Stimmen: Aufgrund der ungleichen Steuerleistungen war auch eine ungleiche Verteilung der politischen Macht vorgesehen. Die Stimmbürger wurden in drei Wahlkörper eingeteilt. Die 45 Wähler des 1. Wahlkörpers hatten zum Beispiel 1876 das gleiche Gewicht wie die 2.227 Wähler im 3. Wahlkörper. Dem zweiten Wahlkörper waren 310 Wähler zugeteilt. Jahrzehntelang wurde dieses Privilegienwahlrecht von den Konservativen beziehungsweise seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von den Christlichsozialen bekämpft. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts diese Barriere fiel, waren auch in Dornbirn die Tage liberaler Herrschaft gezählt.

Im heißumkämpften zweiten Wahlkörper trat 1870 und 1873 Franz Martin Hämmerle als Kandidat der Liberalen an. Beidemale erhielt der Textilindustrielle mit 153 beziehungsweise 154 Stimmen in diesem Wahlkörper die meisten Stimmen.[2] Nach dem Tod des Firmengründers traten die Söhne in seine Fußstapfen: Während Otto im ersten Wahlkörper antrat[3], ließ sich Viktor Hämmerle – wie sein Vater – jahrzehntelang in der Regel im zweiten Wahlkörper aufstellen.[4]

Wie erbittert der Kampf um die politische Vormacht in der Gemeinde 1870 ausgefochten wurde, schildert Martin Thurnher[5] in seinen "Notizen" sehr anschaulich.[6]

Die Analyse der Gemeindewahlergebnisse zeigt, wie die Wahlbeteiligung anläßlich dieser Wahl im 3. Wahlkörper sprunghaft angestiegen ist: Nahmen 1864 von 1.428 Wählern nur 66 (!), das sind ganze 4,62 Prozent, an der Wahl teil, so waren es 1870

von 1.863 Wahlberechtigten 1.341 oder 71,98 Prozent. Im ersten Wahlkörper, der ebenso wie der zweite und dritte zehn Gemeindeausschußmitglieder stellte, herrschten die Liberalen unangefochten. Dies blieb auch bei den folgenden Wahlen so.

In diesem Wahlkörper hatten die Fabrikanten ein völliges Übergewicht. Sie stellten zum Beispiel 1876 sieben der zehn Ausschußmitglieder: Die Fabrikanten Alfred Rüsch[7], Otto Hämmerle, August Rhomberg ("Färbers"), Engelbert Winder, Franz Karl Schneider (Goldfabrikant), August Salzmann und Wilhelm Fußenegger saßen als Vertreter im Gemeinderat. Nur der Wirt Johann Huber, Dr. Leo Herburger und Dr. Johann Georg Waibel, der Bürgermeister, gehörten nicht der Unternehmerschicht an.[8]

Der zweite Wahlkörper war zwischen den beiden Lagern heftig umkämpft, im dritten Wahlkörper dominierten die Konservativen beziehungsweise später die Christlichsozialen.[9] Das Wählerverzeichnis für den zweiten Wahlkörper wurde von den Konservativen regelmäßig angefochten.[10]

Unter den Bauern und kleinen Handwerkern befand sich seit 1864 im dritten Wahlkörper immer ein Fabrikant aus der Firma Herrburger und Rhomberg, der als Sprachrohr der zum Teil von den Fabrikanten abhängigen "kleinen Leute" auftrat. Eine Kandidatur in einem niedrigeren Wahlkörper als dem, welchem man selber angehörte, war möglich. Zunächst ließen sich die Gesellschafter Albert und Wilhelm Rhomberg aufstellen, dann kandidierte der Firmenprokurist August Rhomberg und von 1876 bis 1891 Adolf Rhomberg, der 1879 vergeblich als Bürgermeisterkandidat der Konservativen gegen Dr. Waibel antrat.

Nicht nur bei den Gemeinderatswahlen gingen die Wogen hoch. Die Landtagswahlen 1870 und 1871 fanden in einem besonders emotionalisierten Klima statt.

Die liberale Mehrheit der Dornbirner Gemeindevertretung wandte sich wegen des Eingreifens des Klerus in den Wahlkampf 1871 nicht nur an die Öffentlichkeit, sondern auch an das Ministerium des Innern.[11] In der 106. Sitzung des "katholischen Bürger-Kasinos" am 1. Jänner 1871 wurde gegen diese Vorgangsweise der Dornbirner Rathausmehrheit energischer Protest eingelegt:

> "Wir erheben feierlichen Protest als katholische Bürger der Gemeinde Dornbirn gegen solchen die Ehre derselben in doppelter Beziehung gefährdenden Beschluß einer nur die

Gesinnung einer kleinen Zahl Bürger vertretenden Gemeindeausschußmajorität; wir erklären mit aller Entschiedenheit, daß uns solches Vorgehen der derzeitigen Gemeindeausschußmajorität mit dem größten Mißtrauen gegen dieselbe erfüllen muß, und daß wir Katholiken uns dieses Mißtrauens so lange nicht erwehren können, als sie derartige gegen das Wirken des Klerus gerichtete und den Frieden der Gemeinde gefährdende Tendenzen verfolgt..."[12]

Nachdem sich die politischen Gewichte im Lande 1870 so entscheidend geändert hatten, sollte die Landtagswahl 1871 für die Liberalen das vernichtende Ergebnis des Vorjahres revidieren. Per kaiserlichem Patent vom 25. November 1871 wurde der Vorarlberger Landtag aufgelöst.[13] Die k.k. Statthalterei legte die Wahl des Dornbirner Abgeordneten auf den 15. Dezember fest.

Am Sonntag, den 10. Dezember 1871, erschien im Dornbirner Gemeindeblatt auf der ersten Seite ein Aufruf, der die Gemüter überaus erregte. Bürgermeister Dr. Johann Georg Waibel und die Gemeinderäte[14] verwahrten sich darin gegen die Einmischung des Generalvikars Amberg in den Wahlkampf.[15]

Diese öffentliche Erklärung der liberalen Gemeinderäte führte seitens des politischen Gegners zu wütenden Reaktionen: Johannes Thurnher[16] erhob in einer Presseklage den Vorwurf des "Mißbrauchs der Amtsgewalt". Die Konservativen wurden allerdings gezwungen, diese Anschuldigung im Rahmen eines Vergleiches abzuschwächen. Nunmehr war von "Kompetenzüberschreitung" des Gemeindevorstandes die Rede.

Auf der Hauptversammlung des "Vereins der Verfassungsfreunde" am 14. Juli 1872, die in Dornbirn im Gasthof "Zum weißen Kreuz" stattfand, wurde eine Resolution verabschiedet, die die Haltung von Bürgermeister Dr. Waibel unterstützte.[17] In einer ausführlichen Begründung wies Obmann Rudolf Ganahl, der Sohn Carl Ganahls, darauf hin, daß das auslösende Moment für die Abfassung der Gemeindeblatterklärung das Eingreifen des Generalvikars gewesen sei. Er habe durch den Wahlaufruf, nur "katholische Männer" zu wählen, eine berechtigte Reaktion hervorgerufen. Schließlich könne es nicht so sein, daß der Generalvikar Wahlempfehlungen abgeben dürfe, die Gemeindevorstehung jedoch nicht. Gegen dieses "Messen mit zweierlei Maß" müsse man sich zur Wehr setzen.

Auch bei Reichsratswahlen lieferten sich die beiden Lager

heiße Gefechte. Die beiden vom Landtag entsandten konservativen Reichsratsabgeordneten Albert Rhomberg und Dr. Josef Anton Ölz legten am 6. Dezember 1872 ihr Mandat nieder. Am 10. Dezember wählte der Landtag ostentativ Bischof Amberg und erneut Dr. Ölz. Dieser erklärte sich außerstande, im gegenwärtigen Reichsrat mitzuarbeiten, da dieser "auf dem einmal betretenen Wege der Verkümmerung der Rechte der Allerhöchsten Krone, der Länder und schließlich des Reiches" weitergehen wolle.[18]

Bischof Amberg legte bereits im Jänner sein Mandat nieder, Dr. Ölz blieb den Sitzungen im Reichsrat fern.[19] Die Liberalen sahen im Fernbleiben der konservativen Abgeordneten eine Schädigung der Landesinteressen.

> "Nicht genug, daß Herr August Rhomberg aus dem Reichsrathe davonlief, daß sein Nachfolger Herr Albert Rhomberg dem Reichsrathe ebenfalls den Rücken kehrte und Herr Dr. Ölz zum zweiten Male sich weigerte, nach Wien zu gehen, nicht genug damit, daß die Landtagsmajorität mit dem Reichsrathe tschechische Komödie gespielt hat; auch jetzt noch wird jenes vaterlandsverrätherische Spiel fortgesetzt und zwar mit aller Ehrlichkeit spottender Heuchelei, welche die Religion abermals zum Deckmantel hat, unter dem nur herrschsüchtige, das Wohl des Volkes untergrabende Parteizwecke verborgen liegen."[20]

Bei den "Notwahlen" zum Reichsrat siegten die Konservativen 1873 mit Dr. Ölz auf dem Lande, in der Städtegruppe – zu der auch der Markt Dornbirn zählte – erreichte der liberale Kandidat Landeshauptmann von Froschauer die Mehrheit.[21] In Dornbirn allerdings konnte sich der konservative Kandidat Albert Rhomberg klar durchsetzen: Auf ihn entfielen 574 Stimmen, auf seinen Gegenkandidaten nur 343.

Im "Volksblatt" wurde das Wahlergebnis darauf zurückgeführt, daß in Feldkirch und Bregenz ein "Heer von Fremdlingen" – gemeint waren damit die Staatsbeamten und Professoren – das Terrain beherrschten:

> "Wir sehen es bei Dornbirn und der Stadt Bludenz, daß dort, wo die Fremdlinge nicht in überwiegender Anzahl die Bürger verdrängen, die Wählerschaft in der Mehrheit conservativ gesinnt ist, und wenn wir die Stimmen der Fremdlinge von der Gesammtstimmenanzahl abrechnen, so resultiert daraus eine

hübsche conservative Mehrheit, so daß die Zahl der einheimischen Liberalen ganz bedeutend reduzirt erscheint."[22]

Deshalb seien die Konservativen nicht durch "Vorarlberger Liberale", sondern durch die "Fremden" und ein unbilliges Wahlrecht besiegt worden.

Je länger sich in Dornbirn die Liberalen am Ruder halten konnten, desto heftiger wurden die Angriffe des politischen Gegners.

### Das "Regiment Dr. Waibel": Angriffe seitens der Konservativen

Die Vertreter des politischen Katholizismus sahen im Papst ihren "Oberfeldherrn" im Kampfe gegen die Liberalen. Papst Pius IX. (1846 bis 1878) hatte in seiner Enzyklika "Quanta cura" 1864 alle liberalen Tendenzen verdammt.[23]

Der dreißigste Krönungstag Papst Pius IX., der im Ersten Vatikanischen Konzil 1870/71 die Unfehlbarkeitserklärung durchgesetzt hatte, wurde im Dornbirner Kasino besonders festlich begangen:

"Die Festversammlung galt, wie schon in früheren Jahren, der Feier des Krönungstages unseres allgeliebten Oberfeldherrn, Sr. Heiligkeit Pius IX. 90 Jungfrauen unserer Gemeinde ließen es sich nicht nehmen, zu Ehren des heiligen Vaters auch ihr Schärflein durch Kränze beizutragen, indem sie nach überstandener Tageshitze und Arbeit bis Mitternacht unverdrossen daran arbeiteten, den Saal zu einem wahren Blumentempel zu machen. Freudiger Ernst beseelte Aller Herzen und wurde noch gehoben durch die ausgezeichneten Vorträge...; den Gipfelpunkt der Begeisterung erreichte jedoch die Versammlung im Festtoaste, den der Vorstand auf den obersten Lehrer der Christenheit, den erhabenen Priestergreis Pius IX. ausbrachte, wo die nimmer enden wollenden Hochrufe das laute Zeugniß ablegten von unserer kindlich innigen, liebevollen Gesinnung zu unserem Heldenvorbild im Kampfe der Zeit."[24]

An solchen Festversammlungen nahmen an die tausend Besucher teil.[25]

Eine besondere Rolle im katholischen Festkalender spielten jedes Jahr die Fronleichnamsumzüge. Kein anderes katholisches Fest zeigte die jeweilige gesellschaftliche und politische Situation der Kirche anschaulicher als das Fronleichnamfest.[26] An diesem Tag wurde das Allerheiligste öffentlich zur Schau gestellt,

und die Inszenierung prunkvoller Umzüge diente dazu, die Macht der triumphierenden Kirche den Gläubigen vor Augen zu führen. Die weltlichen Amts- und Würdenträger schritten in hierarchischer Ordnung hinter der Monstranz durch die Gemeinde und legen so öffentlich ein Bekenntnis zum Katholizismus ab.

Bei der Fronleichnamsprozession waren religiöses Anliegen und Politik nicht zu trennen. Die liberalen Gemeindevertreter nahmen in Dornbirn demonstrativ am Umzug nicht teil.

In Dornbirn weigerten sich die liberalen Gemeindeausschußmitglieder demonstrativ, sich an diesen Fronleichnamsumzügen zu beteiligen. Dies führte zu heftigen Reaktionen seitens des katholischen Lagers:

> "Zu unserem größten Bedauern bemerkte man auch heuer bei diesem religiösen Feste weder den Herrn Bürgermeister, noch die Mitglieder des Gemeinderathes und Ausschusses. Während in den größeren Städten (von Landgemeinden gar nicht zu reden) z.B. in Wien, Linz, Innsbruck u.s.w., wo gewiß fast ausschließlich Vollblutliberale der Gemeindevertretung ange-

hören, meistens die Stadträthe in corpore bei den Prozessionen mitgehen, scheinen sich unsere Herren Gemeindevertreter zu schämen, in dem ganz katholischen Dornbirn einen Akt religiöser Bedeutung mitzumachen. Es ist, als ob diese Herren von der Intelligenz (!) sich des 'dummen Volkes' schämten, das sie doch gewählt haben soll."

Auf dieses schlechte Beispiel führt der Schreiber in der "Dornbirner Zeitung" im weiteren die "sinkende Religiosität und Verwilderung" in der Gemeinde zurück:

"Mußte man es doch mitansehen, daß drei bis vier erwachsene Leute in einem besuchten Biergasthaus im Markt saßen, und als das Allerheiligste vorbeigetragen wurde, nicht einmal ihre blöden Dickschädel entblößten, sondern, die Hüte auf ihren Flachköpfen, Cigarren im Maule, zum offenen Fenster heraus ihre Glossen über die Prozession machten, ein flegelhaftes Benehmen, welches die gerechte Entrüstung aller anständigen Leute erregte."[27]

Nicht nur während der Fronleichnamsprozessionen kam es zu solchen Zwischenfällen. Auch beim sonntäglichen Kirchgang wurde das "religiöse Gefühl" der Gläubigen durch Nichtbesucher "verletzt". Deshalb richtete die Dornbirner Geistlichkeit ein Memorandum an die Gemeindevertretung, um die Schließung der Wirtshäuser während des Gottesdienstes zu erreichen. Die Rathausmehrheit verschleppte diesen Antrag mehrere Monate, sodaß sich Adolf Rhomberg schließlich "wegen willkürlicher Erledigungsmethoden" des Gemeindeparlaments an den Landesausschuß wandte, da die Verlesung des Memorandums im Gemeinderat abgelehnt wurde.[28]

Für die konservative Partei war die Haltung der Männer um Dr. Waibel ein Sakrileg, ein sichtbares Zeichen, wohin der Liberalismus und seine "Freiheit" führe. In diesem Zusammenhang wurde auch die "Entheiligung" des Sonntages angeprangert: Arbeit an verbotenen Tagen stelle man als "Arbeitsfreiheit" dar, in Wirklichkeit handle es sich um "Sklaverei am Leibe, an der Seele, am Lohne, eine Sklaverei unter dem Joche des heidnischen Industrialismus. Gott bewahre uns vor dem Katzengolde der liberalen Freiheit."[29]

Im Vorarlberger Landtag wurde ein eigener "Sonntagsheiligungsausschuß" gegründet, der die Aufgabe hatte, die Einhaltung des Gebotes, an Sonntagen in die Kirche zu gehen, zu über-

wachen. Wer den Sonntag "entheilige", so stellte Martin Thurnher im Landtag fest, trage nicht nur zum Abbau der Religiosität bei, sondern fördere in weiterer Folge den Verfall der Sittlichkeit, die zunehmende Rohheit und Widersetzlichkeit der heranwachsenden Generation in Familie, Gesellschaft und Staat, die steigende Genußsucht, das Abhandenkommen der Sparsamkeit, die Verarmung des Volkes und den Niedergang des allgemeinen Wohlstandes.[30]

Wiederholte Male wandte sich das Kasino mit Beschwerden wegen der "Sonntagentheiligung" an die liberale Gemeindevertretung. So forderte Pfarrer Gebhard Fink in seiner Eigenschaft als Kasino-Vorstand zum Beispiel die Verlegung des Unterrichts in der gewerblichen Fortbildungsschule an Sonn- und Feiertagen von neun auf zehn Uhr, das Verbot von Turnübungen und des Handels mit Südfrüchten während der Meßzeit. Auch der Wirtshausausschank sollte eingestellt werden:

> "Wenn auch eine Gemeindevorstehung in dieser Beziehung kaum einen gründlichen Wandel zu schaffen vermag, so stünde es mindestens in der gemeindepolizeilichen Machtvollkommenheit, den Kirchplatz während des sonntäglichen Hauptgottesdienstes von der überaus zahlreichen Schar müßiger Herumsteher säubern zu lassen."[31]

Weil der katholisch-konservativen Seite die Gemeindevertretung in solchen Fragen viel zu lasch war, setzte sie alles daran, das "Waibel-Regiment" zu stürzen.

Nach den gravierenden Stimmenverlusten der Konservativen bei den Gemeinderatswahlen 1879 und 1882 in allen Wahlkörpern sollte die Wahl 1885 den Umschwung bringen. Anstelle eines speziellen Wahlaufrufes gab das klerikal-konservative Wahlkomitee eine Kampfschrift mit dem Titel "17 Jahre Regiment Dr. Waibel" heraus und verteilte sie in Dornbirn. In dieser Broschüre wurde mit der liberalen Gemeindevertretung aus konservativer Sicht abgerechnet, gegen den Bürgermeister wurden verschiedene Vorwürfe erhoben.[32] Besonders heftig attackierten die Konservativen den Bürgermeister wegen seiner Realschul-Politik.[33]

Seit 1852 bestand in Dornbirn eine dreiklassige "Unselbständige Unterrealschule", die in politisch-weltanschaulicher Hinsicht dem katholisch-konservativen Lager zuzuordnen war. Die Schule wurde von einem Geistlichen, Alois Berchtold, geleitet, die beiden anderen Lehrer, Martin Jochum und Jakob Künz, enga-

gierten sich im Dornbirner Kasino und im "Katholisch-pädagogischen Verein". Das Vorarlberger Landes-Realschulgesetz vom 30. April 1869 sah vor, daß die "wissenschaftlichen Fächer" von geprüften Mittelschullehrern zu unterrichten waren. Diesen Anforderungen konnte die "Unselbständige Unterrealschule" nicht entsprechen, und deshalb wandelte der liberale Gemeindeausschuß die Schule zunächst in eine "Knaben-Fortbildungsschule" um. 1875 bemühte sich die Gemeinde, eine vierklassige Staatsunterrealschule zu errichten. Für dieses Vorgehen waren nicht nur die Liberalen, auch die konservativen Gemeindeausschußmitglieder unterstützten das Anliegen von Bürgermeister Dr. Waibel. Der konservative Fabrikant und Abgeordnete Albert Rhomberg, der in dieser Frage mit dem Bürgermeister konform ging, biß bei seinen Gesinnungsgenossen im Landesausschuß jedoch auf Granit: Der Antrag wurde aus prinzipiellen Gründen abgeschmettert.

Die konservative Landesparteiführung bekämpfte die Schulgesetzgebung aus den Jahren 1868 und 1869 konsequent.[34] Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Behandlung von Schulfragen auf der Grundlage der liberalen Schulgesetze grundsätzlich nicht in Frage komme, da jede Schule, die errichtet werde,

> "nur eine Pflanzschule liberaler Grundsätze in den Herzen der heranwachsenden Jugend (sei), deren Gift von derselben fernzuhalten, die Aufgabe jedes, für das Wohl der Kirche und des Staates besorgten Katholiken sein muß."[35]

Deshalb blockten die "Fundamentalisten" um Johannes Thurnher und Dr. Ölz jeden Vorstoß für die Realschulerrichtung ab. Sie stellten sich damit gegen die konservativen Fabrikanten Albert, Wilhelm und Adolf Rhomberg, die aus pragmatischen Überlegungen für die Staatsunterrealschule eintraten.[36]

Die Politik der konservativen Partei war von einer ausgesprochenen Bildungs- und Wissenschaftsfeindlichkeit gekennzeichet.[37] Daß von einem weltlichen Schulwesen die Untergrabung von Religion, Moral und Sitte ausgehen mußte, war für die katholischen Fundamentalisten sonnenklar. Deshalb desavouierten sie jede weiterführende Bildung, bekämpften die modernen Naturwissenschaften und wollten die Aufsicht der Kirche über das Schulwesen erhalten wissen. Im Gesetz für die katholischen Volksschulen in Vorarlberg wurde 1876 in Artikel 2 festgelegt:

> "Die Pflicht der katholischen Familie ist: eine katholische Erziehung des Kindes. Katholisch erziehen kann die Familie das Kind

nicht ohne die Kirche. Die Kirche hat daher auf Grund des Familienrechtes, wie auf Grund ihrer göttlichen Mission das Recht auf Erziehung des Kindes durch Ertheilung des Unterrichtes in Glaubens- und Sittenlehre und Spendung der Gnadenmittel, sowie durch Überwachung jedes anderen Unterrichtes insoweit, daß derselbe in Harmonie mit ihrer eigenen Erziehungsthätigkeit verbleibe."[38]

Am 12. Juni 1878 wandelte der liberale Dornbirner Gemeindeausschuß die bestehende "Knaben-Fortbildungsschule" in eine zweiklassige "Communal-Unterrealschule" um. Die Eröffnung dieser Schule wurde in erster Linie durch die Spenden wohlhabender Geschäftsleute und Industrieller, die dem liberalen Lager angehörten, ermöglicht. Diese liberale Realschule wurde von den Konservativen jahrelang erbittert bekämpft.[39]

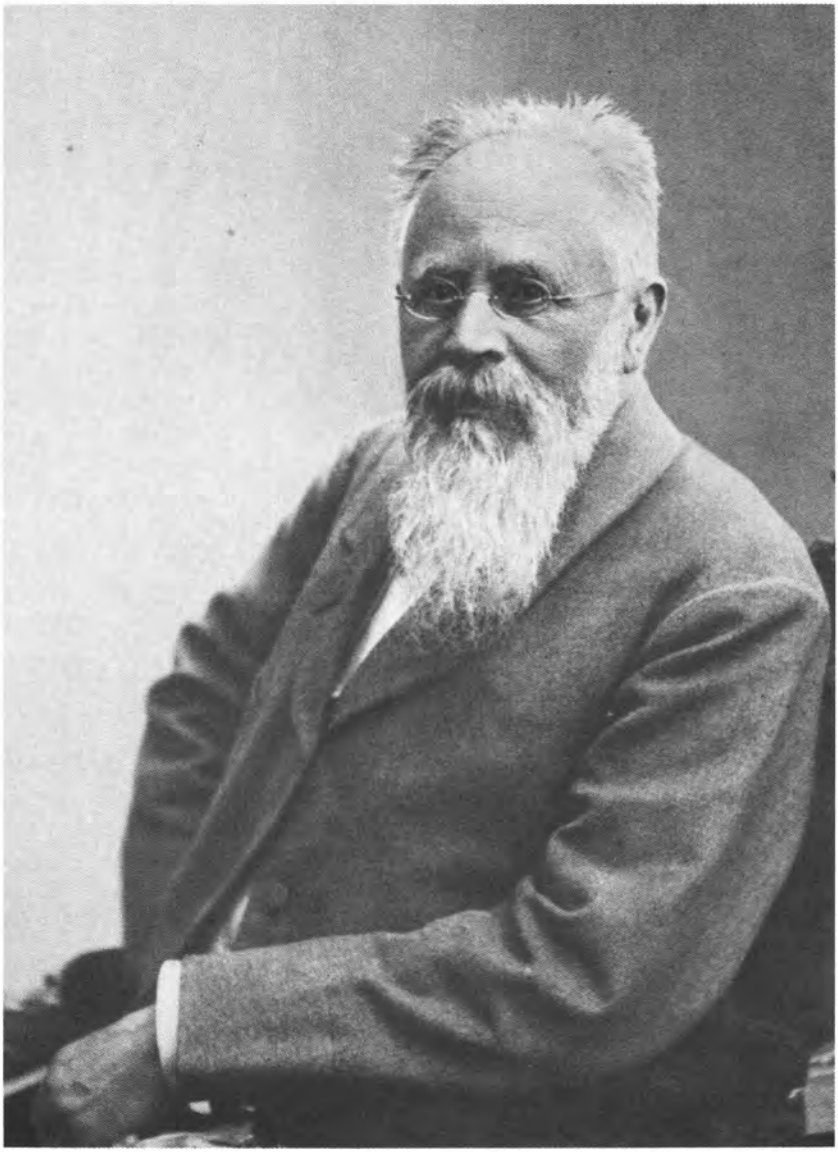
Die konservative Seite griff in "17 Jahre Regiment Dr. Waibel" das Realschulthema erneut auf. Wie wichtig die Auseinandersetzung auf dem schulpolitischen Sektor beiden weltanschaulichen Lagern war, läßt sich daran ablesen, daß in der Gemeindeblattentgegnung der Liberalen zunächst auf die Angriffe gegen die Realschule eingegangen wurde.[40]

Die Anschuldigungen gegen den Bürgermeister blieben nicht ohne Wirkung auf das emotionale Klima in der Gemeinde. Unter "Drohbrief" heißt es am 30. August 1885 im Gemeindeblatt:

"Am Tag vor der Wahl des 2. Wahlkörpers erhielt der Bürgermeister durch die Post einen Brief, worin es heißt: 'Mit Pulver und Blei macht man aus dem Bürgermeister und dem Doktor Herburger eine Leich, das wird sich bald weisen'."[41]

Da die Wahlentscheidung wieder im zweiten Wahlkörper fallen mußte, war es entscheidend, wer das Wahlrecht ausüben durfte. Johannes Thurnher und andere Konservative beeinspruchten die Wählerlisten, aber die k.k. Statthalterei wies diese Einsprüche wegen Überschreitung der Reklamationsfrist ab.[42]

Die Wahlen selbst verliefen ruhig und brachten eine erneute Bestätigung von Dr. Waibel. Die Wahlbeteiligung im ersten und dritten Wahlkörper lag bei rund 65 Prozent, im zweiten Wahlkörper, der die Wahl entscheiden mußte, bei über 90 Prozent. Die Liberalen erreichten im zweiten Wahlkörper 165, die Klerikalen 143 Stimmen. Gegenüber der Wahl von 1882 erhöhten die Klerikalen ihre Höchststimmenanzahl im dritten Wahlkörper von 584 auf 1.058.[43] Da eine Mehrfachnennung pro Wähler in den Wahlkörpern



Der deutschliberale Dr. Johann Georg Waibel war von 1869 bis 1908 Bürgermeister. Das "Regiment Waibel" wurde von den Konservativen scharf bekämpft.

erfolgte, lassen sich die abgegebenen Stimmen nicht einfach addieren.

Der Ansturm der Konservativen auf die Gemeindestube war gescheitert, obwohl 1885 vom Landtag die Gemeindewahlordnung geändert wurde. Nunmehr war vorgeschrieben, daß der erste Wahlkörper sechsmal (früher dreimal) soviele Wähler zu enthalten habe, als Ausschuß- und Ersatzmänner gewählt werden. Damit erweiterte sich das Wählerspektrum, und die Konservativen hofften, davon zu profitieren.

Beim Kampf um das Wahlrecht spielte Martin Thurnher die führende Rolle. Sein Ziel war es, das Wahlkörpersystem einzuschränken und damit die demokratische Mitbestimmung zu erweitern. In Dornbirn sollte 1884 der 1. Wahlkörper auf 130 Stimmberechtigte erweitert werden. Gegen diese Pläne setzten sich die liberalen Fabrikanten vehement zur Wehr: Die Firmen F.M.Hämmerle und Franz M. Rhomberg sowie Ignaz Rüsch, Johann Georg Ulmer, Josef Anton Winder, David und Johann Michael Fußenegger und Johann Baptist Salzmann wendeten sich an das Ministerium für Inneres und beschuldigten Martin Thurnher, er verfolge sozialdemokratische Tendenzen.[44]

Ein Blick auf das von den einzelen Wahlkörpern aufgebrachte Steueraufkommen zeigt, wie stark die ökonomische Dominanz dieser Oberschicht in der Gemeinde war. Das Steueraufkommen der 105 Wähler des 1. Wahlkörpers betrug deutlich mehr als das aller übrigen Steuerzahler zusammen.[45] Durch eine Veränderung der Wahlkörpereinteilung sollte zumindest der politische Einfluß der Fabrikanten in der Gemeinde geschwächt werden. Im Landtag stimmte auch der konservative Fabrikant Adolf Rhomberg für den Abbau der politischen Privilegien, um sozialdemokratische und kommunistische Strömungen nicht aufkommen zu lassen. Allerdings war er gegen die völlige Abschaffung der Wahlkörper.[46]

Eine erneute Wahlrechtsänderung ließ die Konservativen zu früh frohlocken: Anläßlich der nächsten Gemeinderatswahl 1888 wurde bereits ein "Todesmarsch für Dr. Waibel" komponiert und im Kasino gespielt, trotzdem blieb Dr. Waibel bis zu seinem Ableben 1908 Bürgermeister.

Auch in den neunziger Jahren blieb das Spannungsverhältnis zwischen den Liberalen und Konservativen in der Gemeindestube erhalten.

Anläßlich des 25jährigen Dienstjubiläums wurde Bürgermeister Waibel im Jahre 1894 auf Beschluß der Rathausmehrheit zum ersten Ehrenbürger von Dornbirn ernannt.[47] Diese Auszeichnung stieß auf den Widerspruch der konservativen Minorität. Die Ehrenbürgerverleihung wurde im "Volksblatt" als "Fasching der liberalen Intelligenz" und als "Götzenfest" abqualifiziert.[48]

### Interne Machtkämpfe im konservativen Lager

Eine Ursache dafür, daß es den Liberalen in Dornbirn gelang, die politisch dominierende Kraft zu bleiben, war die Uneinigkeit der Konservativen. Innerhalb dieses Lagers tobten heftige Richtungs- und Machtkämpfe, die traditionelle Führungsrolle der Rhomberg-Dynastie wurde im Kasino nicht widerspruchslos akzeptiert. Die Männer um Johannes Thurnher mobilisierten die Handwerker, Bauern und Arbeiter und schufen so eine moderne Massenbewegung. Diese "neokonservative" Richtung[49] hob sich deutlich von der "altkonservativen", zu der der Fabrikant Adolf Rhomberg zählte, ab.[50]

Die Altkonservativen waren bischofstreu und mißtrauten einer politischen Linie, die mit ihrer Massenagitation zu einer vermehrten politischen Mitbestimmung des "Volkes" beitrug. In ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik paßten sie sich an die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse an, während die "Neukonservativen" sich zunächst kapitalismuskritisch gaben.

Eine Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten: Wer vertrat damals eine "moderne", "fortschrittliche" Politik? Waren es die bildungsfreundlichen liberalen Fabrikanten, die jedoch eine Öffnung des Wahlrechtes ablehnten und damit eine elitäre Haltung zur Grundlage ihres politischen Handelns machten? Oder leitete die Massenmobilisierung durch die bildungsfeindlichen und fundamentalistischen Kasiner letztlich nicht doch eine neue Zeit mit einem modernen, auf Massenagitation ausgerichteten Politikverständnis ein?

Das Auftreten des Fabrikanten Adolf Rhomberg gegen die radikalen Fundamentalisten um Johannes Thurnher und die Gründung der "Dornbirner Zeitung" im Jahre 1880 führten zu einer Zerreißprobe innerhalb des konservativen Lagers. Mit Hilfe seiner Verwandten Albert und August Rhomberg versuchte der damals

Adolf Rhomberg zählte zum "altkonservativen" Flügel des katholischen Lagers. Von 1890 bis zum Ende der Monarchie war "seine Exzellenz" Landeshauptmann von Vorarlberg.

29jährige Adolf Rhomberg der sogenannten "mittelparteilichen Strömung innerhalb der konservativen Partei Vorarlbergs" zum Durchbruch zu verhelfen.[51]

In der Realschulfrage wurde der Riß zwischen der Landesparteileitung und den konservativen Fabrikanten aus dem Hause Herrburger & Rhomberg bereits offensichtlich. Der Konflikt hatte jedoch tiefere Wurzeln: Unter den Redakteuren Johann Georg Vonbank und Bernhard von Florencourt hatte sich das "Vorarlberger Volksblatt" der "sozialen Frage" angenommen und einen scharfen antikapitalistischen Ton angeschlagen. Bernhard von Florencourt zählte neben Johannes Thurnher zu den erbittertsten

Gegnern von Adolf Rhomberg. Der Hauptvorwurf des radikalen Flügels innerhalb der Konservativen lautete, Adolf Rhomberg strebe eine "Mittelpartei" an und wolle das konservative Lager spalten. Rudolf von Manndorff, Redakteur der von Adolf Rhomberg ins Leben gerufenen "Dornbirner Zeitung", wehrte sich gegen diese Vorwürfe:

> "Gegenüber den durchaus unwürdigen Anfeindungen von Leuten, welche aus Anlaß des Entstehens und Fortbestehens der 'Dornbirner Zeitung' um jeden Preis eine nur ihnen willkommene Spaltung der Konservativen des Landes herbeiführen wollen, hatten wir bisher und haben wir auch künftighin kein Wort der Erwiderung im Blatte; wir fürchten uns nicht vor dem Revolver, und lehnen die Verantwortung für die von unserem Willen unabhängigen Folgen einer auch nicht durch den Schatten eines Beweises gerechtfertigten systematischen Verhetzung auf jene übelberathenen Gesinnungsgenossen und Freunde ab, welche das 'Vorarlberger Volksblatt' und auch auswärtige katholische Zeitungen zur Verbreitung von Verdächtigungen mißbrauchen."[52]

Johannes Thurnher mobilisierte die anderen Kasinos gegen die "Dornbirner Zeitung" und versuchte mit allen Mitteln, Adolf Rhomberg, den Vorstand des Dornbirner Kasinos, zu desavouieren. Auch der Dornbirner Klerus distanzierte sich öffentlich von dieser Zeitungsgründung.[53]

Am 14. August 1880 erschien eine Broschüre mit dem Titel "Wer will die Spaltung?". In ihr übte von Manndorff scharfe Kritik an der konservativen Parteiführung. Dies führte zu wütenden Reaktionen im "Vorarlberger Volksblatt" und in den "Vereinsblüthen", der Hauspostille der Johannes-Thurnher-Fraktion. Bernhard von Florencourt, der seit 1879 des Landes verwiesen war[54], griff von Lindau aus in die Auseinandersetzung ein. Er verfaßte eine Streitschrift, in der die Vorbehalte gegen Adolf Rhomberg und die anderen konservativen Fabrikanten folgendermaßen artikuliert wurden:

> "Was im Großen und Ganzen die conservative Partei von Vorarlberg in Bezug auf Fragen, wie Grundeigenthum und Verschuldung, Arbeit und Kapital u. dgl. als richtig erkannte, aus dem Christenthum ableitete und programmmäßig (sic!) verfolgte, das betrachteten die Herren Rhomberg eher vom Standpunkte des Kapitalisten und Großindustriellen, und dar-

über gab es hüben und drüben nicht selten saure Gesichter und unwillige Bemerkungen. Auf diesen Punkt ist auch zumeist ihre Abneigung gegen das 'Volksblatt' zurückzuführen."[55]

Mit 1. Jänner 1881 stellte die "Dornbirner Zeitung" ihr Erscheinen ein. Adolf Rhomberg war nicht zuletzt durch bischöfliches Drängen zum Einlenken gezwungen worden.[56] Damit waren die Flügelkämpfe innerhalb der Konservativen allerdings nur scheinbar beendet: Bei der Landtagswahl 1884 brachen sie in Dornbirn erneut mit aller Heftigkeit los.[57]

Zum ersten Mal wurden der Gemeinde wegen ihrer Größe zwei Abgeordnete zugestanden. Das Mandat Martin Thurnhers war innerhalb der Konservativen unumstritten. Während das Ortskomitee Adolf Rhomberg als zweiten Kandidaten vorschlug, votierte das Landeswahlkomitee unter der Leitung von Johannes Thurnher für Dr. Ölz. Die Empörung über die Vorgangsweise der Landesparteileitung war so groß, daß es bei einer Wählerversammlung im Vereinshaus zu tumultartigen Auseinandersetzungen kam, die nur durch das Eingreifen des Kasinovorstandes Pfarrer Gebhard Fink geschlichtet werden konnten. Bei der Abstimmung über die Kandidaten erhielt Dr. Ölz ganze 14 Stimmen[58], bei der Wahl selbst errang Adolf Rhomberg einen klaren Sieg. Er wurde damit gegen den Willen von Johannes Thurnher in den Landtag gewählt. Ohne tatkräftige Unterstützung des Kasinovorstandes, der den Fabrikanten von der Kanzel herab unterstützte, wäre auch der dritte Anlauf von Adolf Rhomberg, sich innerparteilich durchzusetzen, zum Scheitern verurteilt gewesen. Johannes Thurnher, sein Intimfeind, setzte allerdings durch, daß er nicht in den konservativen Landtagsklub aufgenommen wurde.[59]

Bereits am 2. August 1884 ernannte ihn der Kaiser zum Landeshauptmann-Stellvertreter, seine Bestellung zum Landeshauptmann erfolgte am 21. September 1890. Diese Funktion übte er bis 1918 aus.[60]

Mit der Ernennung Adolf Rhombergs zum Landeshauptmann legte sich der Streit zwischen "scharfer" und "milder Tonart" bei den Konservativen. Allerdings waren damit die Richtungskämpfe nicht beendet. 1893 wurde in Dornbirn als Reaktion auf das Auftreten der Sozialdemokraten der erste christliche Arbeiterverein gegründet. Männer wie Karl Drexel vertraten den sozialen Flügel der Partei, der in einem Spannungsverhältnis zu den unternehmerfreundlichen Kreisen stand. Gegen den Willen von Adolf

Rhomberg wurde die katholisch-konservative Partei 1896 in "Christlichsoziale Partei" umbenannt.[61] Doch auch die "Sieger" steckten zurück: Der fundamentalistische Anspruch eines Johannes Thurnher wurde in der neuen Partei zurückgeschraubt, die antikapitalistischen Töne verschwanden fast völlig. Dennoch: Der altkonservative Flügel innerhalb der katholischen Bewegung – und besonders die Kirchenhierarchie – konnte sich mit dem demokratischen Anspruch der neuen Massenpartei bis weit ins 20. Jahrhundert nicht abfinden.[62]

Erst im Jahre 1908 wurde das "Konstitutionell katholische Bürgerkasino Dornbirn" auf Vorschlag von Dr. Karl Drexel "modernisiert" und in die "Christlichsoziale Partei von Dornbirn" umgewandelt.[63]

Doch kehren wir nochmals zurück ins 19. Jahrhundert. Neben den politischen Vereinen hatten damals auch etliche andere Organisationen eindeutig politischen Charakter. Speziell die Turnvereine – allen voran der TV 1862 – sind dafür ein Beleg.

### Politisierung des Vereinswesens: die deutschnationalen Organisationen

Trotz der langen Arbeitszeit war bei den Bauern und Industriearbeitern im 19. Jahrhundert ein zunehmendes Bedürfnis nach einer entspannenden und ausgleichenden Tätigkeit vorhanden.[64] Doch in der Zeit des Vormärzes unterdrückte der Metternichsche Polizeistaat die Gründung von Vereinen. So galt das Turnen als staatsgefährdende Tätigkeit und wurde behördlich verfolgt, weil die Turnvereine liberal und deutschnational ausgerichtet waren.[65]

Nur die Bolzenschützengesellschaft (gegründet 1836) und verschiedene Kapselschützengesellschaften fanden vor dem Auge der Obrigkeit Wohlwollen und konnten ihre martialische Tätigkeit auf dem offiziellen k.k. Schießstand in der Enz ausüben.[66]

Nach 1848 wehte für die Turner nur kurzfristig ein freierer Wind: Bereits 1853 wurde der kurz zuvor gegründete Turnverein wieder aufgelöst.[67] Nach 1860 änderte sich die Einstellung der Behörden gegenüber den Turnvereinen erneut. Am 23. August 1862 langte die behördliche Genehmigung der k.k. Statthalterei in Innsbruck für den neuen Turnverein ein. Die Turner traten an den Bürgermeister Albert Rhomberg mit der Bitte heran, er möge den großen Saal im Rathaus als Übungsraum zur Verfügung stellen. Der Bür-

germeister stimmte zu, weil hinter diesem Verein die wirtschaftliche Elite der Gemeinde stand.

In diesem Turnverein waren die führenden Liberalen der Stadt engagiert. 1862, im Gründungsjahr, umfaßte der Verein 38 Mitglieder, 10 Jahre später 80 und 1887, im 25. Jahre des Bestehens, 154. Von den Gründungsmitgliedern waren circa ein Drittel Fabrikanten: Otto und Wilhelm Fußenegger, Benedikt und Karl Rhomberg, Franz, Heinrich und Adam Salzmann, Engelbert Winder, Karl Ulmer, Arnold Rüf, Franz Schneider und Otto Hämmerle.[68]

Der Verein war deutschnational ausgerichtet und in der begüterten Bürgerschicht fest verankert. Anläßlich der 50-Jahrfeiern zum Gedenken an die Schlacht von Waterloo richteten die Dornbirner Turner am 12. Juni 1865 ein Schreiben an den Brüsseler Verein, in dem an den Sieg des "germanischen Freiheitssinnes" über die napoleonische "Zwingherrschaft" erinnert wurde. In diesem Brief hieß es:

> "Wir hier zwischen unseren Bergen, den ewigen Symbolen der Selbständigkeit und Freiheit, sind von demselben nationalen Bewußtsein durchdrungen, das Euch in den Niederungen unseres heimatlichen Stromes, des Rheines, zur fünfzigjährigen Jubelfeier einer Tat des germanischen Freiheitssinnes begeistert. Übereinstimmend mit Euch rufen daher auch wir zum 18.Juni: Völkerbund in Freiheit, Friede und Liebe gegen Übermacht und Zwingherrschaft. Völkerbund zur Handhabung und zum Schutze ihrer Selbständigkeit! Indem wir Euch zum 18. Juni ein kräftiges Gut Heil zurufen, entbieten wir Euch deutschen Gruß und Handschlag!"[69]

Die deutschnationale Gesinnung der Gemeindehonoratioren zeigte sich besonders 1870/71 bei den "Siegesfeiern" anläßlich der Gründung des Deutschen Kaiserreiches. Eine zentrale Rolle fiel dabei dem örtlichen Turnverein zu. Im März 1871 wurde auf dem Zanzenberg (Firmenbesitz von F.M.Hämmerle), eine große Freudenkundgebung für Preußen abgehalten. Diese Demonstration deutschnationalen Geistes - trotz eines offiziellen Verbotes durchgeführt - wurde vom politischen Gegner als Affront empfunden. Im "Vorarlberger Volksblatt" hieß es dazu:

> "Ungeachtet des vom Ministerium in wahrhaft österreichischem Sinne erlassenen Verbotes zur Abhaltung von Friedens- und Siegesfeiern, konnten es die Preußenfreunde Dornbirns nicht über's Herz bringen, ihren hochwogenden Sympathien für

die preußischen Pickelhaubenerfolge würdigen Ausdruck zu verleihen. Der Zanzenberg war ausersehen, der Signalplatz mit den 'deutschen Brüdern' jenseits des Bodensees zu werden. Fackelzug, Pöllerschüsse, Raketen, bengalische Feuer, dann einige 'Funken' auf höherliegenden Bergen und endlich einige in der früher einmal beschriebenen Weise gesungene Lieder bildeten den sonst harmlosen Verlauf der preußischen Siegesfeier.
Das ganze Arrangement zu dieser Siegesfeier, so wie deren Durchführung wurde durch den Turn- und Gesangsverein besorgt."[70]

Aufmarsch der Turner und Turnerinnen des deutschnationalen TV 1862 am Zanzenberg. In den siebziger Jahren entzweite insbesondere der Streit um den Bau der Jahn-Turnhalle die Gemeinde.

Zum großen Konflikt zwischen den Liberalen und den Konservativen in der Gemeinde kam es wenig später, als der deutschnationale Turnverein im Viertel Markt eine Turnhalle errichten wollte. Dieses Ansinnen traf auf den erbitterten Widerstand der katholisch-konservativen Seite.[71]

Am 14. Februar 1873 richtete ein liberales Komitee, dem Bürgermeister Dr. Waibel, Altbürgermeister Arnold Rüf und der Fabrikant Otto Hämmerle angehörten, an den Gemeinderat (unter

Vorsitz von Dr. Waibel!) ein Ansuchen um eine Baubewilligung für eine Turnhalle auf dem Platz neben der heutigen Volksschule Markt. Dieser Platz diente dem Turnverein bis dahin als Übungsstätte. Der ausgesuchte Standort lag direkt neben dem Treffpunkt der Klerikalen, dem Kasino. Mit dem Bau des Vereinshauses, dem Versammlungsort der Kasiner, war 1870 begonnen worden, die Einweihung erfolgte im Jänner 1873.[72]

Die Klerikalen sahen die Errichtung der Turnhalle als Provokation an. Da zudem eine weitgehende Personalunion zwischen dem liberalen Komitee des Turnvereins und dem Gemeinderat bestand, bekam der Turnhallenbau eine politische Dimension, die den Rahmen der Gemeindepolitik sprengte. Am 6. März 1873 wurde von der liberalen Rathausmehrheit die Baubewilligung erteilt. Gegen diesen Bescheid liefen die konservativen Gemeinderäte Sturm: Sie sahen in der Überlassung des Bauplatzes an den Turnverein eine Verschleuderung von Gemeindeeigentum.

Die beträchtlichen Baukosten von 12.934,21 Gulden für die "Jahn-Halle" wurden größtenteils mit Hilfe einer Aktienausgabe abgedeckt.[73] Der Vereinshausbau war ähnlich finanziert worden: Zur Abdeckung der Bauschulden waren Aktien zu je 50 Gulden ausgegeben worden.[74] Unter den liberalen Gemeinderäten befanden sich Mitglieder des Turnvereins und Aktionäre des Turnhallenbaus. Darin sahen die Konservativen eine Verletzung der Gemeindeordnung. Deshalb verließen die konservativen Gemeindevertreter bei der Abstimmung den Saal und legten beim Landesausschuß Berufung ein.[75] Dieser gab den Beschwerdeführern recht. In einer Resolution des Kasinos, die vom Vereinsvorstand und Reichsratsabgeordneten Dr. Ölz den 200 Anwesenden unterbreitet wurde, hieß es, daß die

> "versammelten Bürger von Dornbirn nicht umhin (können), ihr Befremden und ihre Entrüstung darüber auszusprechen, daß viele Mitglieder der liberalen Majorität unserer Gemeindevertretung ihre Stellung als Vertreter der Gemeinde mit Aufbietung aller Kraft und thunlich erachteter Mittel dazu benützen wollen, für eine großentheils von ihnen zu gründende Privatunternehmung unentgeltlich Grund und Boden von der Gemeinde zu erhalten, - indem wir ein solches Vorgehen mit der Stellung von Vertretern der Gemeinde nicht in Einklang zu bringen wissen."[76]

Bürgermeister Dr. Waibel trat aus dem Baukomitee aus und

meldete sich beim Turnverein ab, um "unbefangen" im Gemeinderat mitstimmen zu können. Andere Bauausschußmitglieder folgten seinem Beispiel. Der Gemeinderat faßte einen Beharrungsbeschluß[77], einem neuerlichen Protest wurde von der konservativen Landtagsmehrheit wiederum stattgegeben. Auch das Angebot des Turnvereins, den Turnunterricht für die Schüler bei einem Jahreszuschuß von 100 Gulden zu übernehmen, stieß bei den Konservativen auf wenig Gegenliebe:

> "Es ist uns schlechterdings unmöglich, uns zu jener Begeisterung für den Turnunterricht in der Schule emporzuschwingen, wie sie uns mit ganzer Gewalt aufgedrungen werden will und die uns vergessen ließe, daß wertvolle Gemeindegrundstücke zu gemeinnützigern Zwecken dienen können, als zur Aufstellung von Reck und Barren."[78]

Der ablehnende Bescheid der Landtagsmajorität wurde vom liberalen Landeshauptmann Dr. Anton Jussel sistiert, und er legte ihn dem Kaiser zum Entscheid vor. Am

> "5. September konnte der Vorstand die erfreuliche Meldung machen, daß der von Albert Rhomberg und Genossen gegen den Turnhallenbau erhobene Protest von Seiner Majestät abgewiesen wurde, und nun... dem Bau keine weiteren Hindernisse im Wege stehen."[79]

Am 24. September 1876 konnte die Turnhalle des Dornbirner Turnvereins, "eines richtigen deutschen Vereines", feierlich eröffnet werden.

Die "Textilbarone" versuchten auch in den folgenden Jahren über die Organisation und Unterstützung von Vereinen, die deutschnationale Bewegung zu stärken.[80]

Über ein Schauturnen auf dem Zanzenberg unter der Leitung von Viktor Hämmerle (Sohn von Franz Martin Hämmerle, 1855 bis 1946), an dem rund 200 Turner, vorwiegend Fabrikarbeiter, teilnahmen, schrieb ein Gesinnungsfreund aus Wien:

> "Das Schauturnen, dem sich die Aufführung von Kinderspielen anschloß, verlief in befriedigender Weise. Auf Barren und Reck wurde Überraschendes geleistet; und das militärisch präcise und stramme Verrichten der verschiedenen Bewegungen des Freiturnens, welche nach einem von erhöhtem Podium gegebenen Commando von der gesammten Turnerschaft gleichzeitig und wie mit einem Schlage ausgeführt wurden, sowie die ganze Benehmweise der hier versammelten jugendlichen Ar-

beiter ließen in wohltuender Weise einen lobenswerten Corpsgeist erkennen, der unzweifelhaft durch das Bestehen und die Art der Leitung des Turnvereines unter der dortigen Arbeiterschaft entwickelt und befestigt worden ist. An dem Turnverein und an den zwei bestehenden ebenfalls überwiegend aus der Arbeiterschaft zusammengestellten Gesangsvereinen betheiligten sich auch mit großer Hingebung und erfolgreicher Einwirkung Glieder der besten und angesehensten Familien Dornbirns."[81]

Seit den Vereinsgründungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Vereine politisch orientiert. Am 7. Juni 1871 wurde von den Liberalen ein "Turnclub" gegründet, der Kneipen – ähnlich denen von nationalen Studentenverbindungen – durchführte. Allerdings löste sich dieser Club bereits 1873 wieder auf.[82]

Auch die 1869 gegründete Sektion Vorarlberg des Deutschen Alpenvereins war ein Träger deutschnationalen Gedankengutes. Wie beim Turnverein gehörten führende Dornbirner Farbrikanten – etwa Otto Hämmerle – zu den Gründungsmitgliedern.[83] Bei zahlreichen Vereinen stand sein Bruder Viktor Pate: Der von ihm kurz vor dem Ersten Weltkrieg als Sektion des Turnvereins ins Leben gerufene Pfadfinderverein (1913) war wahrscheinlich der erste in Österreich.[84]

Besonders unterstützt wurden von den Fabrikanten auch die überregionalen "nationalen Schutzvereine" wie der "Deutsche Schulverein" und der Verein "Südmark".

Der Verein Südmark verfolgte das Ziel, "allen würdigen Stammesbrüdern, die an der Sprachgrenze einen schweren Kampf um die wirtschaftliche Existenz führen, ausreichend Hilfe zu leisten."[85]

Im Vereinsvorstand saßen um die Jahrhundertwende die beiden F.M.Hämmerle-Familienmitglieder Guntram und Wilhelm Hämmerle.[86]

Im "nationalen Kampf" sollten die Frauen nicht abseits stehen: Bei der Jahreshauptversammlung 1901 wurde von der Dornbirner Ortsgruppe des "Schulvereins" – der Fabrikant Baptist Hämmerle war Säckelwart – der Beschluß gefaßt, sich künftighin auch an "die deutschen Frauen und Mädchen" zu wenden.[87]

Diese Vereine waren personell auf das engste mit dem Turnverein verknüpft: Seit dem Jahre 1900 nahmen die Turner an den Jul- und Sonnwendfeiern des "Verein Südmark" teil, turnten bei Veranstaltungen vor oder organisierten das Abbrennen von

Die Fabrikanten gründeten Vereine, um deutschnationales Gedankengut zu fördern. Der Dornbirner Pfadfinderverein, eine Sektion des TV 1862, war einer der ersten in der ganzen Monarchie.
Im Turnverein waren ab 1901 nur mehr "Deutschblütige" erwünscht. Der "Arierparagraph" schloß "Juden" aus.

Feuern am Breitenberg oder auf der Stautenspitze.[88] Jahrzehnte später – in den dreißiger Jahren während der "illegalen Kampfzeit" – drückten die Turner damit ihre nationalsozialistische Gesinnung aus.

Von 1904 bis 1910 – in diesem Jahr kamen die Christlichsozialen in Dornbirn ans Ruder – wurde alljährlich in der Enz ein von den deutschnationalen Fabrikanten gesponsertes und den nationalen Vereinen organisiertes Volksfest durchgeführt, das völkisches Gedankengut verbreiten helfen sollte. Nach dem "Machtwechsel" wurde dieses Volksfest eingestellt.

Trotz aller sonstigen Gegensätze hatten die Deutschnationalen und die von ihnen bekämpften Klerikalen seit der Jahrhundertwende jedoch einen gewichtigen Berührungspunkt: den Antisemitismus.

**Seltene Einigkeit: "Nur Jünglinge deutschen Blutes..."**

In der Auseinandersetzung mit den Liberalen und den sich formierenden Sozialdemokraten setzten die Katholisch-Konservativen beziehungsweise die auf Stimmenfang ausgerichteten Christlichsozialen geschickt auf antisemitische Vorurteile. Das Dornbirner Kasino stellte diesbezüglich keine Ausnahme dar. In zahlreichen Vorträgen wurde den Mitgliedern die Gefahr "des Judentums" vor Augen geführt. So heißt es etwa im Kasino-Gedenkbuch:

> "Hr. Mühlemacher Fußenegger zeigte in seinem Vortrage den Einfluß, den sich die Juden bereits in allen Angelegenheiten und auf allen Gebieten zu erwerben gewußt haben."[89]

Aus der Sicht der Kasiner waren Freimaurer, Liberale, Kommunisten, Sozialdemokraten und Lutheraner jüdische Handlanger im Kampf gegen die katholische Kirche.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert waren antisemitische Ausfälle auch im "Vorarlberger Volksblatt" – an dessen Spitze ein Geistlicher als Chefredakteur stand – an der Tagesordnung.[90] Liberale wurden als "Judenfreunde" abqualifiziert. Bürgermeister Waibel bezeichnete man 1894 in diesem Blatt als "den judenliberalen Dr. Waibel".[91]

Gegen Ende März und Anfang April 1898 inserierten jüdische Geschäftsleute aus Lindau im Dornbirner Gemeindeblatt.[92] Dies

benützte das konservative "Vorarlberger Volksblatt" zu heftigen antisemitschen Attacken:

"Macht es rings bekannt
In dem deutschen Land:
Zu der Menschheit Nutz und Frommen
Ist der Levi angekommen.

Schon wieder werden die Mauerecken Dornbirns durch knoblauchduftende Placate verunziert ... Der 'Tourist' aus der Rathausgasse ist wieder da, es wird ihm aber schwerlich besser gehen. Bregenz scheint alljährlich einen ordentlichen Zuwachs an Hosenjuden zu bekommen und von dort aus wird das ganze Land mit Reclame und Pofelware überflutet. In Dornbirn hat sich gottlob bis jetzt nur ein einziger und dieser nur unter anderem Namen einzunisten getraut. Mögen wir noch lange mit dieser Landplage verschont bleiben.

Das Inserieren der Lindauerjuden wird hoffentlich ein Ende nehmen, nachdem im Gemeindeausschusse darüber gesprochen wurde. Wenn der semitischen Marktschreierei nicht energisch auf den Leib gerückt würde, könnten ehrliche Geschäftsleute alsbald nicht mehr bestehen und das sauer erworbene Geld der verführten Arbeiter würde für billigen Schund zum Land hinaus in die Taschen Levis wandern.

'Wann hat dieser Trug ein Ende,
Judenschwindel, Judenschund?
Mit der Zeit wirds doch zu bunt!
Wann wird unser Volk gesund?
Wann wird es in hellen Haufen nicht mehr zu Hebräern laufen
Sondern nur bei Christen kaufen?'"[93]

Im "Interesse der kleinen Leute" ersuchte der christlichsoziale Gemeindevertreter Gustav Rhomberg im Gemeinderat um Ausschaltung dieser Konkurrenz:

"Er habe über diese Sache nachgedacht und eine Parallele gezogen, zwischen den großen und kleinen Unternehmungen und gefunden, daß bei der Vergebung des Elektrizitätswerkes in Dornbirn gewisse Herren auch keine Conkurrenz haben wollten. Wenn schon die Großen die Concurrenz vermeiden, so soll man den kleinen Geschäftsleuten auch keine Concurrenz machen, weshalb er im Interesse der kleinen Leute ersuche, man wolle solche Inserate im Gemeindeblatte künftighin nicht mehr aufnehmen."

Bürgermeister Dr. Waibel konnte ihn beruhigen: Es seien hiesige Geschäftsleute bereits bei ihm vorstellig geworden, und künftighin würden solche Inserate im Gemeindeblatt nicht mehr erscheinen.[94]

Auch der christlichsoziale Arbeiterführer und nachmalige Ehrenbürger Prälat Dr. Karl Drexel war nicht frei von antisemitischen Vorurteilen. Besonders vor Wahlen scheute er sich nicht, antisemitische Argumente einzusetzen.

Anläßlich einer Wahlveranstaltung im Jahre 1900 habe er – so der Korrespondent des "Volksblattes" – aufgezeigt, daß Dornbirn kein Boden für "die sozialdemokratische Judenschutztruppe" sei, und die Wahlen würden den Beweis dafür liefern, daß Dornbirn "eine gott- und kaisertreue Bevölkerung hat, welche den Kampf mit allen Feinden der Religion und des Vaterlandes aufnimmt."[95]

Für solche Ausführungen wurde er von den Deutschfreisinnigen lobend hervorgehoben:

> "Dann besprach Herr Dr. Drexel die Zwischenfälle an den Universitäten, bezeichnete die Professorenschaft als größtenteils verjudet, teilweise 'rein beschnitten'... Der Redner wandte sich gegen die semitische Gefahr und betonte die Notwendigkeit des Rassenantisemitismus."[96]

Bis in die neunziger Jahre hinein sahen viele hiesige Liberale beziehungsweise Deutschnationale in den Vorarlberger Juden noch einen Bündnispartner in ihrem Kampf gegen die Machtansprüche der Klerikalen.[97] Aber die meisten Dornbirner Liberalen machten im ausgehenden 19. Jahrhundert einen weltanschaulichen Wandel durch: Sie verließen die gemäßigte Linie der "Feldkircher Zeitung".[98]

Auch der seit 1890 in Dornbirn herausgegebene "Vorarlberger Volksfreund" änderte sich: Er gab sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges betont völkisch und antisemitisch.[99] Finanziell wurde das Blatt vom "Konstitutionellen Verein" unterstützt, Schriftleiter war der Buchdruckereibesitzer Daniel Feuerstein, dem der spätere Waibel-Biograph und Franz-Martin-Hämmerle-Schwiegersohn Dr. Leo Herburger zur Seite stand.[100]

Die Richtungskämpfe innerhalb des nationalen Lagers[101] zwischen den gemäßigten "Altliberalen" und den radikalen "Völkischen" mündeten 1898 in die Bildung des "Deutschen Volksvereins für Vorarlberg". Innerhalb des "nationalen" Lagers nahm der Antisemitismus gegen die Jahrhundertwende augenscheinlich zu.

Ein besonderer Hort des Antisemitismus waren die deutschnationalen Turnvereine.[102] Bei der Hauptversammlung im Jahre 1900 beschloß auch der Dornbirner Turnverein – in dem lange Zeit die Liberalen die Mehrheit hatten – den Beitritt zur "Vereinigung deutschvölkischer Turnvereine des XV. Turnkreises (Deutsch-Österreich)".[103] Beim Kreisturntag am 26./27. Mai 1901 wurde mit 120 gegen 14 Stimmen beschlossen, daß

> "für alle Zeiten nur Jünglinge und Männer deutschen Namens und deutschen Blutes in den Reihen unseres Kreises Aufnahme finden dürfen."[104]

Treibende Kraft im Dornbirner Verein waren die beiden Hämmerle-Fabrikanten Otto und Viktor. Im Jahre 1902 wurde als Konkurrenzverein der christlichsoziale Turnerbund auf Initiative von Prälat Drexel gegründet.[105]

Im Jahresbericht des deutschnationalen Turnvereins wird dazu bemerkt, daß die beiden Fabrikanten den Verein,

> "der gerade in letzter Zeit von dem im Kasino gegründeten Trutzverein bedrängt werden konnte, auch fürderhin durch Rath und That wie durch Werbung von Mitgliedern in Bekanntenkreisen kräftig ... unterstützen. Von den aktiven Turnern bitte ich die Versicherung entgegenzunehmen, daß sie jederzeit einstehen werden für Deutschthum, Fortschritt, Freiheit und Recht! Gut Heil!'"[106]

Ein wesentlicher Aspekt war für die stramm deutschnationalen Turner die "Reinerhaltung des deutschen Blutes". Da die Deutsche Turnerschaft in ihren Statuten den "Arier-Paragraphen" nicht verankert hatte, wurde ein eigener Verband "Turnkreis Deutsch-Österreich", der streng völkisch ausgerichtet war, ins Leben gerufen. Die Dornbirner Turner begrüßten diese Trennung.[107]

Diese Entscheidung machte deutlich, welchen Wandel auch die wirtschaftliche Elite in der Gemeinde vollzogen hatte: Aus den ehemals liberalen Fabrikanten waren nunmehr "Völkisch-Nationale" geworden.

Über die Vereine beeinflußten die Fabrikanten das Gesellschaftsleben in der Gemeinde und die ideologische Haltung eines nicht unwesentlichen Teils der Bevölkerung.

## An der "Spitze des Fortschritts": die Dornbirner Unternehmer

Die deutschnationalen Unternehmer gaben nicht nur in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht den Ton an. Eine Reihe von technischen Neuerungen, die wichtige Impulse für die Gemeinde brachten, ging von ihnen aus.[108] Besonders das Haus F.M.Hämmerle sorgte im ausgehenden 19. Jahrhundert für zahlreiche innovative Schritte.

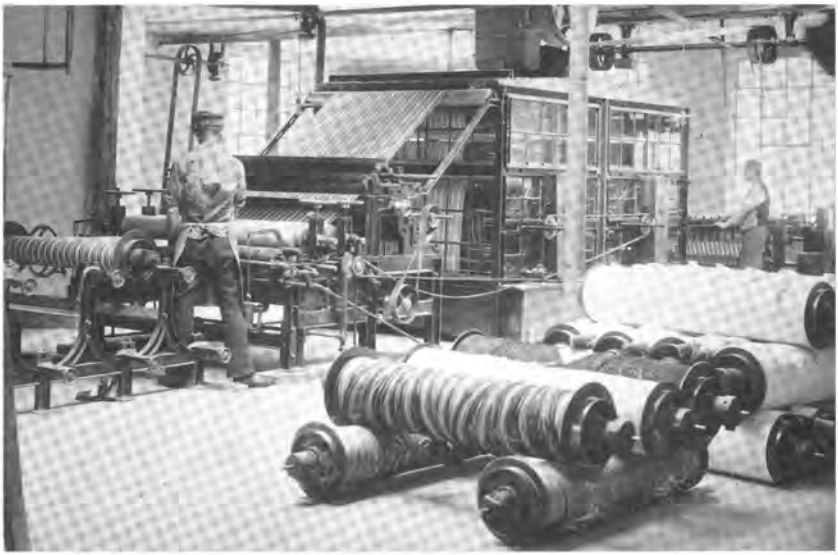
Hinlänglich bekannt ist die Tatsache, daß zwischen der Spinnerei Gütle[109] und dem Kontor Oberdorf, dem Stammhaus von F.M.Hämmerle, 1881 das erste Ferntelefon Österreich-Ungarns installiert und von Kaiser Franz Joseph I. in Betrieb genommen wurde.[110] 1883 wurde erstmals in Vorarlberg von dieser Firma eine Dynamomaschine eingesetzt, Ende 1884 in der Fabrik Fischbach die erste elektrische Lichtbogen-Lampe in Dornbirn verwendet. Otto Hämmerle sorgte dafür, daß in der Gemeinde die Straßenbeleuchtung[111] eingeführt wurde, Viktor Hämmerle veranlaßte, daß 1895 die erste Straßenwalze nach Vorarlberg kam, die er dann der Kommune zur Verfügung stellte.[112]

Die liberalen Fabrikanten brachten ihre fortschrittsorientierte Unternehmensphilosophie selbstverständlich auch in die Gemeindestube ein. Dabei – so wurde immer wieder von den Konservativen moniert – vermengten sich zum Teil Firmen- und öffentliches Interesse, Mäzenatentum und eigener Vorteil.

Besonders bei Straßenprojekten – zum Beispiel beim Ausbau der Straße von Dornbirn nach Alberschwende, der von Otto Hämmerle mit 30.000 Gulden unterstützt wurde[113]– oder beim Tramprojekt von Höchst nach Alberschwende[114] waren unternehmerisches Anliegen und Aspekte des Gemeinwohls aufs engste verknüpft.[115]

Der Ausbau des Verkehrsnetzes war für die Fabrikanten von vitalem Interesse: Bereits 1821 hatte zum Beispiel die Firma Herrburger & Rhomberg ihr gesamtes Vermögen verpfändet, um den Bau der Arlbergstraße zu ermöglichen.[116] Die heimischen Textilunternehmer forcierten den Bau der Vorarlberg-Bahn (1872) und den Ausbau der Arlbergbahn (1888). Für seine diesbezüglichen Verdienste wurde Otto Hämmerle mit dem Eisernen Kronenorden III. Klasse ausgezeichnet.[117]

Von den gleichen Personen – im Tramkomitee Dornbirn-Lustenau (1894) saßen unter anderem die Fabrikanten Karl



Auf dem neuesten Stand der Technik: Die Luftschlichtmaschine in der Fabrik Steinebach von F.M.Hämmerle (um die Jahrhundertwende).
Die liberalen Fabrikanten setzten sich für eine verbesserte Schulbildung ein (im Bild Volksschule Markt).

Fußenegger, Viktor Hämmerle und Ignaz Rüf[118] – wurde dieses Projekt ausgearbeitet und im Gemeinderat vertreten. Auf Antrag von Karl Fußenegger nahm die Gemeindevertretung folgende Resolution an:

> "Die Gemeinde-Vertretung erblickt in der baldigen Herstellung einer directen Bahnverbindung zwischen Lustenau bezw. der Schweizergrenze und Dornbirn ein wichtiges Interesse der Gemeinde Dornbirn, insbesondere der Gewerbetreibenden und des Handelsstandes in derselben und beauftragt die Gemeindevorstehung, allen auf diese Herstellung abzielenden Bestrebungen thunlichst entgegenzukommen."[119]

Auch bei anderen Projekten zeigte sich die Verknüpfung von öffentlichem Anliegen und Firmeninteresse, so bei der Elektrifizierung von Dornbirn, die besonders Ignaz Rüsch vorantrieb[120], und bei der Errichtung des Elektrizitätswerkes Ebensand.[121] Bei diesem Projekt kam es zu heftigen persönlichen Attacken gegen Ignaz Rüsch[122] und Viktor Hämmerle, dem vom konservativen Abgeordneten Gustav Rhomberg vorgeworfen wurde, er habe als Mitglied des Beleuchtungsausschusses bei der Vergabe des Elektrizitätswerkes mehr im persönlichen als im öffentlichen Interesse gehandelt.[123]

Nicht nur technische Innovationen gingen auf die liberalen Fabrikanten zurück, sondern auch Neuerungen in der Landwirtschaft und in der Viehzucht. So wandten sich zum Beispiel im Jahre 1890 Arnold Rüf, Karl Fußenegger, Alfred Rüsch, Franz Winder, Otto Hämmerle, August und Franz Rhomberg mit der Bitte an die Gemeindevorstehung, sie wolle wegen der Bedeutung der Rinderzucht in der Gemeinde eine Anzahl von Zuchtstieren ankaufen,

> "verpflegen und an den bestpassenden Örtlichkeiten zur Benützung aufstellen ohne hiefür ein direktes Sprunggeld einheben zu lassen, sondern die hieraus sich ergebenden jährlichen Auslagen in geeigneter Weise auf dem Steuerwege einzubringen."[124]

Das "Consortium Rüf & Co." versprach sich von diesem Vorschlag eine bessere und rationellere Viehzucht und stellte der Gemeinde deshalb einen Kredit von 5.000 Gulden zur Verfügung. In den Stierhaltungsausschuß wurden vier Mitglieder vom Gemeindeausschuß und drei vom Consortium entsandt.

Auf die Bedeutung der Schulpolitik wurde bereits bei der

Realschulproblematik hingewiesen. Anhand des Neubaues der Oberdorfer Volksschule soll die enge Verflechtung von Unternehmertum, liberalem Bildungsinteresse und Gemeindepolitik noch einmal belegt werden.

Auf Betreiben des Ortsschulrates Viktor Hämmerle wurde 1891 der Schulbau in die Wege geleitet. Der Kostenvoranschlag sah die stolze Summe von 36.000 Gulden - immerhin die Jahressteuereinkunft der Gemeinde[125] - vor. Viktor Hämmerle erklärte sich im Namen seiner Firma bereit, 13.000 Gulden zu übernehmen, die gleiche Summe, die die Gemeinde tatsächlich aufzubringen hatte. Der Fabrikant wollte auch allfällige Budgetüberschreitungen bezahlen.[126] Unter diesen Voraussetzungen wurde dem Projekt zugestimmt, und am 29. Oktober 1892 erfolgte die Eröffnung und Einweihung des neuen Schulhauses.

Bürgermeister-Stellvertreter Karl Fußenegger schloß seine Festansprache mit einem Hoch auf das "erhabene Oberhaupt des Staates, unter dessem mächtigem Schutz und weiser Gesetzgebung die Schule blühe und gedeihe, Sr. Majestät den Kaiser Franz Josef I."[127] Als zwei Jahre später Bürgermeister Waibel bei der Übergabe der Volksschule Markt den Kaiser "als den Geber und Beschützer der neuen Volksschulgesetze" feierte, erblickte das "Vorarlberger Volksblatt" darin eine unerlaubte politische Aussage und griff den Bürgermeister deswegen vehement an. Die Zeitung wurde daraufhin beschlagnahmt und ein Verfahren wegen "Majestätsbeleidigung" eingeleitet. Selbstverständlich dürfe der Kaiser als Garant der Volksschulgesetze - die von den Konservativen bekämpft wurden - angesprochen werden.[128]

Zukunftsorientierte Unternehmer ließen im ausgehenden 19. Jahrhundert einen Teil ihrer immensen Gewinne nicht nur der Gemeinde zukommen, sondern in Form von Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen auch der Arbeiterschaft. Bessere Arbeits- und Produktionsbedingungen steigerten nicht nur die Effektivität des Unternehmens, sondern erhöhten gleichzeitig die soziale Anerkennung der Unternehmensleitung. Besonders F.M.Hämmerle legte großen Wert darauf, in der Öffentlichkeit als humane Firma zu gelten. Die Fabrik in Gisingen (1894) wurde von den Zeitgenossen als vorbildlich eingestuft.

An besonderen Sozialeinrichtungen gab es bei F.M.Hämmerle im ausgehenden Jahrhundert unter anderem: die Anlage von Dusch- und Vollbädern im Oberdorf und im Gütle, eine

Schwimmschule im Oberdorf, Werkskantinen, die Besuchsmöglichkeit von Gemüsebau-, Obstkultur- und Bienenzuchtkursen, Bibliotheken und Firmenkindergärten (im Oberdorf wurden 40 bis 50 Kinder, im Gütle 20 betreut). Viktor Hämmerle stattete die Dornbirner Schulen kostenlos mit Unterrichtsbehelfen aus und gründete eine Koch- und Nähschule. Außerdem bestand neben der Betriebskrankenkassa seit 1885 zusätzlich noch eine Pensionskassa.

Die firmeneigenen Sozialeinrichtungen dienten nicht nur der Sozialisation der künftigen Arbeitskräfte, sondern steigerten auch die Selbstrekrutierungsrate innerhalb der Arbeiterschaft.[129]

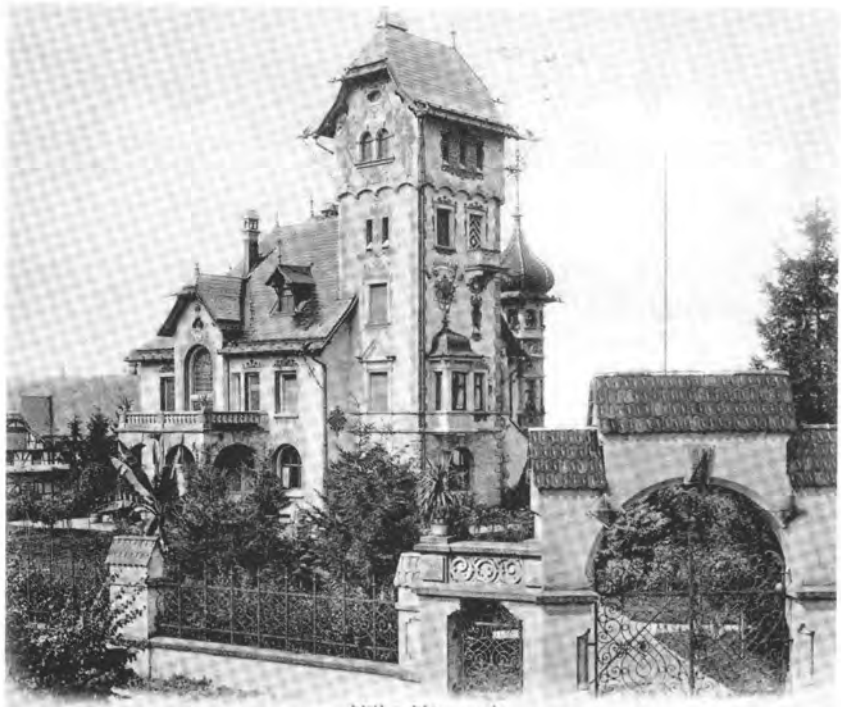
Aufgrund einer geschickten internen Sozialpolitik konnte sich die Firma weitgehend aus dem Schußfeld der öffentlichen Kritik heraushalten.

Die Sozialeinrichtungen galten als vorbildlich, jedoch beklagten sich Arbeiter gerade dieser Firma über die besondere Bevormundung und Abhängigkeit von den patriarchalischen Unternehmern.[130] Vor allem Viktor Hämmerle pflegte das Image eines "gütigen Patriarchen", der auf das Wohl seiner "Anvertrauten" achtet. Ein kurioses Beispiel patriarchalischen Selbstverständnisses sei hier angeführt:

Viktor Hämmerle, der sich besonders um die Stadtverschönerung und um die Entwicklung des Fremdenverkehrs verdient gemacht hat – etwa durch die Erschließung der Rappenlochschlucht –, verbot 1904 "seinen" Arbeitern beziehungsweise deren Frauen, an schönen Tagen im Gütle die Wäsche im Freien zum Trocknen aufzuhängen, um den Besuchern den Anblick von zerschlissenen Bettüchern und Unterhosen zu ersparen. Die Konsequenzen für die solcherart bevormundeten Arbeiterfamilien waren allerdings unangenehm: Da die Dachbodenfläche der Arbeiterhäuser zu klein war, mußten die nassen Wäschestücke zu Verwandten oder Bekannten zum Trocknen gebracht werden![131]

Die Errichtung von Arbeiterhäusern[132] durch die Dornbirner Fabrikanten galt vielen Zeitgenossen als Beispiel für die beson-

Fabrikantenvillen als Ausdruck deutschtümelnden Geschichtsbewußtseins (rechts oben).
Arbeiterhäuser in der Bündlittenstraße (Zustand 1980): Gemüseanbau und Kleintierhaltung zur Existenzsicherung.



Villa Hämmerle

ders humane Haltung der hiesigen "Textilbarone".[133] Mit dem Bau von Arbeiterhäusern verfolgten die Unternehmen allerdings nicht nur einen karitativen Zweck, sondern auch einen wirtschaftlichen. Erstens war damit eine indirekte Lohnbeeinflussung gegeben, denn die eingeplante teilweise Bedarfsdeckung durch die Anlage von Nutzgärten und die mögliche Kleintierhaltung half, die Löhne gering zu halten. Zweitens erhöhte die Überlassung von Wohnraum die Abhängigkeit des Arbeiters. Der Verlust des Arbeitsplatzes war mit dem Verlust der Wohnung gekoppelt. Und drittens bot ein möglichst seßhafter Arbeiterstamm Vorteile bei der Produktion. Anlernzeiten fielen weg, und die Sicherheit am Arbeitsplatz wurde durch erfahrene Arbeitskräfte erhöht.

Jedoch nicht nur liberale Fabrikanten pflegten das Image als "soziale Unternehmer". Auch die konservativen Gesellschafter von Herrburger & Rhomberg legten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wert darauf, als "Arbeiterfreunde" zu gelten und für ein relativ harmonisches Klima in ihren Fabriken zu sorgen.[134] Wichtige Miteigentümer wie Adolf oder Arthur Rhomberg fühlten sich der katholischen Sozialidee im Sinne eines Klemens Maria Hofbauer verpflichtet.[135] Zum hundertjährigen Firmenjubiläum wurde 1895 zum Beispiel ein Sozial- und Altersversicherungsfonds in der Höhe von 20.000 Gulden eingerichtet.[136] Allerdings darf auch der politische Aspekt nicht vergessen werden: Adolf Rhomberg machte innerhalb der christlich-konservativen Bewegung Karriere, stieg zum Landeshauptmann auf und konnte es sich gar nicht leisten, daß in seiner Fabrik unzumutbare Arbeitsbedingungen herrschten.

Mit solchen Fürsorgemaßnahmen für die Arbeiterschaft sollte auch der sich formierenden Arbeiterbewegung der Wind aus den Segeln genommen werden.

### Ein neuer Gegner: die sozialistische Arbeiterbewegung

Die Konservativen bekämpften den Liberalismus auch deswegen, weil sie in ihm den Nährboden des Sozialismus sahen. Den Lesern des "Volksblattes" wurde eindringlich vor Augen geführt, wohin der "rote Sohn" des Liberalismus führen werde:

"Die Dienstboten werden immer ungefügiger, die Schüler unbändiger, die Arbeiter roher und trotziger, die Gesellen in

allen Werkstätten überspannter, die Unterthanen gesetzloser, das Militär schwieriger oder unzuverlässiger und alle socialen Bande drohen mit gänzlicher Auflösung. Die arbeitende Classe ist die gelehrigste Schülerin des Liberalismus, macht Strike gegen Gott, die liberalen Regierungen gegen die Kirche, die Landesschulräthe gegen die christliche Religion und den Gottesdienst der Jugend, die Gesetzesmacher gegen alle göttlichen und kirchlichen Gebote, die Cultus- und Kriegsminister gegen die Jurisdiktion des Papstes und der Bischöfe, gegen katholische Glaubenslehren und gegen das Kirchengut – warum sollten die Arbeiter, die Dienstboten, die Schüler, die Soldaten, die Unterthanen so glorreichem Beispiele nicht nachfolgen? Und wird ihnen gewaltthätig Alles entrissen, der Glaube, die Moral, die Feier des Gottesdienstes, der Empfang der Sakramente, das christliche Gewissen und jegliches höhere Pflichtgefühl – warum sollten sie nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und auch ihre Forderung höher spannen oder mit ihren Arbeitgebern den Gewinn theilen, um sich eine Seligkeit auf Erden zu bereiten, welche ihnen muthwillig für das andere Leben geraubt oder lächerlich gemacht wird?"[137]

Das Versammlungsgesetz von 1867 ermöglichte die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen. Zunächst ging die Initiative dazu von liberalen Bürgern aus.[138] Diese Vereine, die sich unter dem Druck der Behörden "unpolitisch" geben mußten, wurden zu Keimzellen der sozialdemokratischen Bewegung. Denn die soziale Frage ließ sich nicht auf Dauer ausklammern.

Die Gründung des ersten Dornbirner Arbeiterbildungsvereines erfolgte 1873, wobei als Proponent der Berufsfotograf Jakob Steidl auftrat.[139] Der Verein erwies sich wie die übrigen des Landes als sehr kurzlebig: Bereits 1877 erfolgte die behördliche Auflösung aller Vorarlberger Arbeiterorganisationen.[140]

Im März des folgenden Jahres wurden von einem Gründungskomitee erneut Statuten für einen "Arbeiterfortbildungsverein Dornbirn" eingereicht.[141] Am Ostermontag des Jahres 1878 erfolgte im Mohrensaal die konstituierende Versammlung. Dieser Verein gab sich unpolitisch und widmete sich vorwiegend kulturellen und sportlichen Tätigkeiten.

Nach dem Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld (1888/89) begannen sich die Mitglieder wieder öffentlich zu ihrer Gesinnung zu bekennen.

Reinhard Mittersteiner hat nachgewiesen, daß in Dornbirn nicht das Textilarbeiterproletariat zum Träger der sozialistischen Bewegung geworden ist, sondern daß die Rekrutierung der "Genossen" hauptsächlich aus Handwerks- und Facharbeiterkreisen erfolgte.[142]

Die Metallarbeiter der Rüsch-Werke waren mehrmals die Speerspitze der Vorarlberger Arbeiterbewegung. In Streiks setzten sie ihre Interessen gegen die Betriebsleitung durch.

Im Jahre 1893 organisierten sich die Metallarbeiter, die Kleidermacher, die Schuhmacher und die Holzarbeiter – zu ihnen zählten zum Beispiel die Tischler, Bildhauer, Drechsler, Wagner, Mühlenbauer, Orgelbauer, Küfer, Zimmerleute und Bürstenmacher – gewerkschaftlich.[143]

Am 25. Februar 1894 wurde unter der Leitung des Fotografen Albert Winsauer ein Gewerbeverein ins Leben gerufen, der sich eines regen Zulaufes von Gesellen und Meistern erfreuen konnte. Bei der Gründungsversammlung im Oberdorfer Kronensaal waren 250 Gewerbetreibende aus allen Branchen anwe-

send. 143 traten dem Verein sofort bei. Zum Vorsitzenden wurde Albert Winsauer gewählt, zu seinem Stellvertreter der Sattler Josef Luger. In den Vorstand wurden weiters die Schuhmacher Josef Feuerle und Xaver Künz, die Schreiner Ignaz Rhomberg und Michael Zehrer, der Wirt Albert Danner, der Steinmetz Hermann Vetter und der Mühlemacher Johann Georg Thurnher berufen.[144]

Die Mitgliederzahlen schwankten in den folgenden Jahren zwischen 85 und 140. Besonders die Schreiner, Schneider und Schuster waren ein Mitgliederreservoir des "Gewerbevereins", der zahlenmäßig stärker als die eigentliche sozialdemokratische Parteiorganisation war.[145]

Vor allem am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, trugen die sozialdemokratischen Handwerker ihre Gesinnung zur Schau.[146] Dabei war es für die Handwerksgesellen, die von ihren Meistern in den Kleinbetrieben frei bekamen, leichter, diesen Tag zu begehen als für die Industriearbeiter, die von den Fabrikanten nicht selten mit Entlassung bedroht wurden. Dennoch feierten erstmals am 1. Mai 1890 rund 150 Dornbirner Arbeiter auf dem Zanzenberg, im Gütle und im Bad Haslach und trafen sich am Abend im Vereinsgasthaus "Rößle".[147]

Der Festablauf gestaltete sich in den folgenden Jahren nach demselben Muster:

> "Die hiesigen sozialistischen Arbeiter feierten den 1. Mai nach dem von ihnen mit roten Plakaten avisierten Programme. Frühschoppen im Kronensaal Oberdorf, ein Spaziergang zum Löwen Hatlerdorf; Nachmittags Sammlung im Rößle, dann Ausflug nach Schwarzach, allwo mit den Bregenzer Genossen Rendezvous im Löwen war. Der Hin- und Herzug verlief ruhig und anständig und werden sich circa 80 Arbeiter beteiligt haben. Abends 8 Uhr war Volksversammlung im Rößle."[148]

Auch einzelne Frauen nahmen an diesen Aufmärschen teil. Im Jahre 1894 sollen es neun - von rund 150 Teilnehmern - gewesen sein.[149]

Am 30. April 1893 beschloß eine außerordentliche Generalversammlung des "Politischen Vereines für Vorarlberg" - er bildete eine Art Dachverband für die Vorarlberger Sozialisten - die Verlegung der Vereinsleitung nach Dornbirn.[150] Damit fiel in den folgenden Jahren Dornbirn die Führungsrolle in der Landespartei zu. Die SDAP verfügte hier über ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem, von dem andere Ortsgruppen zu diesem Zeitpunkt

nur träumen konnten.[151] Ein besonderes Gewicht kam aufgrund der wirtschaftlichen Struktur Dornbirns der Organisation der Textilarbeiterschaft zu. Wie enorm schwierig es war, eine funktionstüchtige Textilarbeitergewerkschaft aufzubauen, zeigt die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Von den cica 2.500 bis 3.000 in der Textilindustrie Beschäftigten war nur ein verschwindender Teil gewerkschaftlich organisiert.[152] 1905 gehörten nur 30 der Freien Gewerkschaft an, 1907 – in diesem Jahr wurde der Höchststand während der Monarchie erreicht – 173 und 1912 nur noch 62.[153] Der Großteil der Arbeiterschaft aus dem landwirtschaftlich-industriellen Dornbirner Mischmilieu lehnte sozialdemokratisches Gedankengut ab und blieb dem katholischen Milieu treu.

Im "Vorarlberger Volksblatt" wurden die Anfangserfolge der Sozialdemokraten – besonders unter den Handwerkern – bissig kommentiert:

> "Diesen Leuten vertrauen ehrsame, wackere Handwerker ihr Geschick an, glauben ihrem Geschwätz mehr als dem Evangelium und bejubeln ein paar hergelaufene Hetzer, die von Vorarlberg und seinem Volke nichts, rein nichts verstehen.– Wahrlich es hat weit herunter geschneit und wirft einen eigenen Schatten auf den gesunden Sinn der Bürger Dornbirns".[154]

Der Aufschwung der Sozialdemokraten ab 1893 hing mit der Übersiedelung der beiden Arbeiterführer Johann Coufal und Ignaz Leimgruber nach Dornbirn zusammen. Diese beiden waren in der Lage, den rhetorisch geschulten Kadern der Konservativen – auch den Priestern – Paroli zu bieten. Der Elan von Ignaz Leimgruber wurde jedoch durch eine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung gebrochen (1894), Johann Coufal verstarb wenige Jahre später an der Tuberkulose (1898).

Ignaz Leimgruber hielt bei der Gründungsversammlung des "Gewerbevereins" das Hauptreferat und betonte darin die Wichtigkeit der Organisation der Kleingewerbetreibenden. Der im Saal anwesende k.k. Steuereinnehmer Schönegger witterte in den Ausführungen des Redners staatsgefährdende Gedanken und zeigte Leimgruber wegen "majestätsbeleidigender Äußerungen" an. Der Referent wurde daraufhin verhaftet und in Feldkirch zu drei Monaten verschärftem Kerker verurteilt.[155]

Der Lebenslauf von Johann Coufal ist typisch für die Generation der ersten Arbeiterführer in Vorarlberg: Er wurde 1847 in Mähren geboren und hatte in Wien das Tischlerhandwerk ge-

iernt. Dann zog er über Innsbruck und Meran in die Schweiz. Dort wurde er Ende der achtziger Jahre Sozialdemokrat. Bald darauf kam er nach Dornbirn, heiratete eine italienische Arbeiterin und baute hier die Parteiorganisation mit auf.[156] Nach 1898 besuchten die Genossen am ersten Mai regelmäßig das Grab Coufals auf dem Dornbirner Friedhof. Dieses Grab bestand aus einer abgebrochenen Marmorsäule, die die anderen Grabmäler überragte. Der Sockel trug die Inschrift: "Dem Kämpfer für Recht und Freiheit, gewidmet von seinen Parteigenossen und Freunden."[157] Coufal wurde zum Symbol der sozialdemokratischen Bewegung, und deshalb verfolgte ihn der Haß seiner Gegner über das Grab hinaus: Noch elf Jahre nach seinem Tod wurde der Ehrenkranz auf seiner Grabstätte an Allerheiligen von einem Vorübergehenden angespuckt.[158]

Gegen die Jahrhundertwende erfolgte der Einbruch: Querelen innerhalb der Partei führten zu einem raschen Mitgliederschwund. Die Obmänner in der lokalen Organisation wechselten in der Folge rasch: Zunächst stand der Schuhmachergeselle und spätere Straßenbahnschaffner Johann Heine an der Spitze, dann der Textilarbeiter Jacob Heinzle. Ihm folgten der aus Böhmen zugewanderte Schuhmachergeselle Thomas Lorenz und der Dachdeckermeister Martin Fußenegger nach.

Eine besondere Rolle spielte Josef Harrich. Er hatte sich 1899 in Dornbirn niedergelassen und vertrat eine anarchistische Minderheitenposition. Es gelang ihm innerhalb kürzester Zeit, die örtlichen Tischler- und Zimmerergesellen für sich einzunehmen und die Holzarbeitergewerkschaft von neun auf 79 Mitglieder auszubauen.

Über Einladung von Landeshauptmann Adolf Rhomberg und Karl Drexel trat er auch im Kasino auf. Dort ergriff er – wie der "Landbote von Vorarlberg" berichtet – das Wort,

> "um über Priester und Kirche herzufallen und in politischen Angelegenheiten einen colossalen Unsinn zu reden. In trefflicher Weise leuchteten die Herren Dr. Drexel, Landeshauptmann Rhomberg und Gustav Rhomberg dem Verfechter der 'freien Liebe' heim ... Heller Jubel herrschte unter den Anwesenden, als dem rothen Soci so trefflich heimgeleuchtet wurde. Schließlich wurde es dem socialdemocratischen Prediger zu heiß, unter Bravo-Rufen und Händeklatschen der Anwesenden ergriff er das Hasenpanier."[159]

Auch innerhalb der eigenen Partei war Harrich konfliktfreudig. Seine Auseinandersetzung mit der gemäßigten Mehrheitsfraktion eskalierte und endete damit, daß Harrich noch im folgenden Jahr auf Betreiben von Franz Pechota, dem ersten sozialdemokratischen Parteisekretär in Vorarlberg, aus der Partei ausgeschlossen wurde.[160]

Der Name Pechotas ist zwar verbunden mit einem anfänglichen Aufschwung der Partei, aber Pechota fügte der jungen sozialdemokratischen Bewegung großen Schaden zu: Grobe persönliche Verfehlungen - die Aufdeckung von "amourösen Abenteuern" führte zu einem Skandal - ließen die Sympathiewerte der Sozialdemokraten in den Keller stürzen.[161] Aufgrund des Mitgliederschwundes sah sich Johann Heine am 8. Februar 1904 gezwungen, die Auflösung des Arbeiterbildungsvereines bei der Statthalterei Innsbruck anzuzeigen.

Erst zwischen 1906 und 1908 - in der Hochkonjunkturphase - stabilisierte sich die SDAP wieder: Eine zentrale Rolle kam dabei Hermann Leibfried (1878 bis 1918), dem führenden Kopf der Vorarlberger Sozialdemokratie, und dem Parteisekretär Eduard Ertl zu.[162] Dornbirn blieb - obwohl der Parteisitz der SDAP kurzfristig nach Bregenz verlegt worden war - Zentrum der Vorarlberger Sozialdemokratie. Der durchschnittliche Mitgliederstand der Ortsgruppe Dornbirn betrug rund 80 Personen: im Vergleich zur Anzahl der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen dennoch eine marginale Zahl.[163] Sozialdemokratische Parteimitglieder waren allein schon aufgrund ihrer geringen Anzahl als Außenseiter abgestempelt. Sie wurden ausgegrenzt und diffamiert, wie Chefredakteur Hermann Leibfried, der 1911 im "Volksblatt" als "fremder, jüdischer Sozialdemokrat schlimmster Sorte" bezeichnet wurde.[164]

Aus dieser Minderheitenposition heraus bemühten sich die Sozialdemokraten, Vereine zu gründen, die einen Gegenentwurf zu bürgerlichen Lebensformen bieten sollten:

1902 formierte sich in Dornbirn ein sozialdemokratischer "Dramatischer Club", der mit Theateraufführungen das proletarische Bewußtsein stärken wollte. 1903 entstand auf Betreiben von Hermann Leibfried der erste proletarische Radfahrverein des Landes[165], seit 1898 existierte ein "roter" Arbeitergesangsverein, 1905 organisierten sich die "Naturfreunde", 1907 wurde der Arbeiterturnverein "Freiheit" ins Leben gerufen, der in den folgenden Jahren auch eine Senioren- und Frauenriege aufbaute.

Bereits in den 90er Jahren traten einzelne sozialistische Frauen an die Öffentlichkeit. Im "Vorarlberger Volksblatt" wurden diese Agitatorinnen als "freche Dirnen" abqualifiziert und beschimpft.[166] 1908 konstituierte sich in Dornbirn eine sozialdemokratische Frauensektion, in der die Textilarbeiterin Marie Leibfried-Brüstle (1869 bis 1930) den Hauptpart übernahm. Rund 40 Genossinnen gehörten vor dem Ersten Weltkrieg dieser Organisation an.[167]

Eine wichtige Rolle innerhalb der sozialistischen Bewegung nahm die Konsum-Genossenschaft ein. 1895 hatte Schulleiter Josef Gaßner die "Erste Vorarlberger landwirtschaftliche Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung" in Dornbirn ins Leben gerufen. Zweck des Vereines war die verbilligte Abgabe von Futtermitteln und Kunstdünger an die Genossenschaftsmitglieder. Als das Angebot auch Lebensmittel und häusliche Bedarfsgegenstände umfaßte, wurde der Bauernverein aufgelöst und 1899 in einen Konsumverein umgewandelt, der sich in der Folgezeit als wichtige sozialdemokratisch dominierte Institution erweisen sollte.[168] Er umfaßte 1902 bereits 454 Mitglieder, geriet aber vorübergehend in große finanzielle Schwierigkeiten.

Mit der Gründung der Genossenschaft wurden fünf Verkaufsstellen sowie eine Bäckerei eingerichtet. Die genossenschaftliche Bäckerei gab das Kilogramm Brot um zwei Kreuzer billiger ab als die übrigen Bäcker. Deshalb setzte 1908/09 ein erbitterter Kampf der Krämer unter der Leitung von Otto Zumtobel gegen den Konsumverein ein. Die Krämer forderten eine höhere Besteuerung der Genossenschaft. Der Konflikt wurde bis vor den obersten Verwaltungsgerichtshof getragen, der den Krämern Recht gab.[169] Die Genossenschaft florierte trotzdem: Es gelang ihr, den Umsatz, die Spareinlagen und die Mitgliederzahlen ständig zu erhöhen und neue Verkaufsstellen zu eröffnen. 1903 betrug der Umsatz noch 90.662,57 Kronen, bis 1914 wuchs er auf 758.109,65 Kronen an.

Für die Konsum-Genossenschaftsidee sollten auch die italienischsprechenden Migranten gewonnen werden, und es entstand kurzfristig ein italienischer Arbeiterkonsumverein.[170] Die SDAP versuchte um die Jahrhundertwende verstärkt, die aus dem Trentino zugewanderten "Welschtiroler" in die Partei einzubinden: 1898 wurde in Dornbirn eine "Società Italiana Lavoratori e Lavoratrici" mit Unterstützung der italienischen Parteiorganisation des Trentino[171] gegründet, der circa 80 Personen angehörten.[172]

Das Zusammenleben der einheimischen mit den italienischen

Sozialisten funktionierte nicht reibungslos. Die Migranten neigten zu starkem Spontaneismus, und deshalb brach die italienische Organisation auch ebenso rasch zusammen, wie sie entstanden war.[173]

Die mangelnde Effizienz der italienischen sozialistischen Arbeitervereine schürte den Unmut der einheimischen Genossen und Genossinnen.[174] Verstärkt wurden die Aversionen dadurch, daß die italienischen Arbeitskräfte zahlreiche Arbeitskämpfe ohne den Segen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft führten.[175] Nachdem sich die Landespartei 1906 von den Turbulenzen der vorangegangenen Jahre erholt hatte, wurde ein neuer Anlauf genommen, um die italienischen Zuwanderer für die SDAP zu gewinnen. Ein eigener italienischer Sekretär wurde angestellt. Genosse Gasperini entfaltete von Dornbirn aus eine geradezu unglaubliche Agitationstätigkeit.[176] Noch im selben Jahr jedoch verschwand Gasperini aus Vorarlberg, und damit war das Schicksal der italienischen Ortsgruppe der Dornbirner SDAP besiegelt. Die Auflösungserklärung wurde von Hermann Leibfried unterzeichnet.[177]

### Kampf der Unternehmermacht

Die Arbeiterschaft war zwar nur schwach organisiert, dennoch wuchs der Druck auf die patriarchalisch-liberalen Unternehmer, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu verbessern.

Im Oktober 1906 hatte nach einem spontanen Streik bei F.M.Hämmerle das Bündnis von sozialdemokratischen und christlichsozialen Arbeitern den 10-Stunden-Tag auch in der Dornbirner Textilindustrie erkämpft.[178]

Fast überall in der österreichischen Textilindustrie war diese Arbeitszeitverkürzung bereits 1902 in Kraft getreten, in Vorarlberg dauerte der Kampf bis 1908.[179] Die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung förderte auf seiten der Unternehmerschaft den Willen, den Arbeitsertrag zu optimieren. Dazu wurde die Kontrolluhr als Überwachungsmittel eingeführt. Die Arbeiter von F.M.Hämmerle beklagten sich bitter darüber, daß das Waschen und Reinigen der Hände nunmehr nach Arbeitsschluß zu geschehen hatte.[180]

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war Dornbirn Schauplatz von Arbeitskämpfen bisher unbekannten Ausmaßes. Dabei

1906 erkämpften die Textilarbeiter/innen den 10-Stunden-Tag. Links im Bild Hermann Leibfried (1878 bis 1918), Hauptorganisator der Sozialdemokraten, rechts ein Arbeiter.

kam es nicht nur in der Textilindustrie zu Arbeitsniederlegungen. 1910 streikten die Arbeiter der Rüsch-Ganahl-Werke.[181]

Am 25. Juli 1910 legten bis auf drei Mann sämtliche Eisengießer in den Rüsch-Werken die Arbeit nieder, nachdem Verhandlungen über den Mindestlohn gescheitert waren. Die Industriellenvereinigung unter Julius Rhomberg (1869 bis 1932) übte Druck auf die Firmenleitung aus, im Arbeitskampf nicht nachzugeben. Obwohl sie alles versuchte, den Streik zu brechen – sogar Streikbrecher wurden eingesetzt –, hatte die Firmenleitung keinen Erfolg. Die Holzarbeiter und Tischler unterstützten den Arbeitskampf ebenso wie die Textilarbeiter von Herrburger & Rhomberg, die unter massivem Druck standen: Julius Rhomberg hatte all jenen, die für die Streikenden eintraten, die Entlassung angedroht. Schließlich mußte jedoch die Firmenleitung den Streikenden wesentliche Zugeständnisse machen:

"Die Firma stellte sämtliche Arbeiter wieder ein und bewilligte

eine 10%ige Lohnerhöhung, wöchentliche, vorschußweise Entlohnung und Durchführung der bereits im Zuge gewesenen Verbesserungen hinsichtlich Heizung und Lüftung in der Gießerei."[182]

Julius Rhomberg hatte während des Ausstandes noch gespöttelt: "Eher geht mein Organismus in Kohlensäure über, als (daß) mit den Arbeitern Verträge geschlossen werden."[183]

Nun hatte der Industriellenpräsident eine deutliche Schlappe einstecken müssen – zur Freude der führenden Dornbirner Sozialdemokraten, die zu Beginn des Ausstandes nicht daran geglaubt hatten, daß ein so langwieriger Arbeitskampf durchzustehen sei. Erst nach 91 Streiktagen nahmen die Gießer die Arbeit wieder auf. Euphorisch wurde der Ausgang des Streikes in der "Vorarlberger Wacht" kommentiert:

"Es war ein zäher Kampf, wie Vorarlberg noch keinen erlebt hat; Kapital und Arbeit standen sich wohlbewaffnet gegenüber. Die Gießer standen wie die Felsen so fest da, keiner – bis auf einen alten Mann, der es nicht besser verstand, – wurde zum Verräter ... Die Gießer haben Bresche geschossen in den unbezwinglich scheinenden Turm der Industriellen-Organisation, wofür ihnen die gesamte Arbeiterschaft Vorarlbergs dankbar sein muß. Hoch die Solidarität und die Organisation der Arbeiter, die diesen schweren Kampf ermöglichte!"[184]

Es gab für die Sozialdemokraten einen weiteren Erfolg in diesem Zusammenhang: Hermann Leibfried, der Redakteur der "Vorarlberger Wacht", wurde in einem gegen ihn angestrengten Prozeß wegen "Ehrenbeleidigung der Streikbrecher" freigesprochen.[185] Dieses Urteil galt den Sozialdemokraten als besonderer Sieg über den Industriellenobmann Julius Rhomberg.[186]

Die Verschärfung des Konfliktes zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft zeigte sich auch in der Firma von Julius Rhomberg. Das Arbeitsklima hatte sich im traditionsreichen Textilbetrieb Herrburger & Rhomberg zu Beginn des Jahrhunderts entscheidend geändert. Mit Julius Rhomberg kam ein neuer Wind ins Unternehmen. Dieser Wandel im Firmenklima wurde in der "Vorarlberger Wacht" mehrfach beklagt und mit seiner Person in Verbindung gebracht:

"Es dürfte wohl kaum einen Fabrikanten land auf land ab geben, der stets so herausfordernd den Protzenstandpunkt, den Standpunkt 'Ich bin der Herr; jeder Arbeiter hat sich willenlos meinen Anordnungen und jedem meiner Antreiber zu fügen',

einnimmt. Ein Sklavenhalter des Altertums kann nicht herrischer aufgetreten sein."[187]

Julius Rhomberg ging auf Konfrontationskurs mit den Arbeitern und perfektionierte kapitalistische Ausbeutungsmethoden:

"In der Weberei Herrburger & Rhomberg in Dornbirn zwingt der Allgewaltige Julius, der Obmann des Industriellenbundes, daß die Weber neben einem großen schweren Jacquardstuhl, der ihre Kräfte vollauf in Anspruch nimmt, noch einen zweiten Stuhl bedienen. Aber anstatt nun ein paar Kronen mehr zu verdienen, ist der Verdienst ein geringerer worden, denn sofort wurde der Preis der Stücke vom Scharfmacher Julius Rhomberg stark herabgedrückt."[188]

Ein Streik war die Folge.[189]

Die Zunahme von Arbeitskämpfen in den Dornbirner Fabriken hing auch mit dem gewachsenen Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten zusammen. Sie saßen seit den Wahlen 1910 im Gemeinderat, dessen Zusammensetzung sich jedoch entscheidend verändert hatte. Die jahrzehntelange politische Vormachtstellung der Liberalen war von den Christlichsozialen gebrochen worden.

Die Mobilisierung und Organisierung breiter katholischer Bevölkerungsschichten innerhalb der Christlichsozialen Partei, die Einflußnahme des Klerus auf die Politik und die Änderung des Wahlrechtes bereiteten den Boden für den Machtwechsel in Dornbirn. Die politische Vorherrschaft der Deutschliberalen wurde am Vorabend des Ersten Weltkrieges beendet, die "Schwarzen" eroberten den Bürgermeistersessel. Ein wichtiger Faktor dabei war die Verankerung eines Großteils der Industriearbeiterschaft im konservativ-christlichsozialen Milieu.

### Die christlichsoziale Arbeiterbewegung

Die vom Kölner Schuhmachergesellen und Priester Adolf Kolping ausgehenden Bemühungen um die Gründung von Handwerksgesellenvereinen erfaßte um die Jahrhundertmitte auch die Habsburgermonarchie. Bis ins letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts existierte eine organisierte christliche Arbeiterbewegung nur ansatzweise in der Form von katholischen Gesellenvereinen.

Der Dornbirner Gesellenverein wurde am 16. Dezember 1860

Der katholische Gesellenverein sollte die Handwerksburschen vor den "Gefahren" des Sozialismus bewahren.

gegründet. Bis 1869 stand der Direktor und Religionslehrer der "Unselbständigen Unterrealschule" Alois Berchtold dem Verein vor, dann übernahm der Frühmesser Johann Georg Hilbe die Vereinsführung.

Unter geistlicher Anleitung sollten in den katholischen Gesellenvereinen die Handwerksburschen zu einem frommen Lebenswandel angehalten und gegenüber den "Gefahren" und "Verführungen" des Sozialismus gefeit werden. "Religion und Tugend, Arbeitsamkeit und Fleiß, Eintracht und Liebe, Frohsinn und Scherz" lautete ihr Wahlspruch.[190] Auf die brennenden Fragen des Industriezeitalters wurde vorwiegend mit einer idealisierenden Familienideologie und mit sozialromantischen Vorstellungen geantwortet:

> "Das Vereinslokal selbst, in welchem sich die Gesellen alle Abende nach vollendetem Tagwerke versammeln, kann weder Kirche noch Schule sein; aber das, was der Geselle daheim gehabt und verlassen hat, will es ihm sein, nämlich ein christliches Familienhaus, in dem er die Kennzeichen der Religion und des häuslichen Gottesdienstes wieder findet und an den Handwerksschildern, die der Schutzpatron seines Gewerbes mit dem Handwerksembleme in Verbindung ihm zeigen, eingedenk bleibt, daß Religion und Arbeit der goldene Boden des Volkes ist."[191]

Den Problemen der Industriearbeiterschaft stand der Großteil des Klerus weitgehend verständnislos gegenüber. Zwar hatte Bischof Immanuel Ketteler von Mainz in seinem 1864 erschienenen Werk "Die Arbeiterfrage und das Christentum" eine moderne christliche Antwort auf die brennenden sozialen Probleme vorgelegt, doch er blieb innerhalb des Klerus ein einsamer Rufer.[192] Dies gilt auch für Vorarlberg.

Als Reaktion auf das Aufblühen der sozialdemokratischen Bewegung erfolgte zu Beginn der neunziger Jahre die Bildung christlicher Arbeitervereine. In Dornbirn wurde am 26. November 1893 auf Betreiben von Kaplan Benedikt Längle und Johann Conrad Heinzle der erste christliche Arbeiterverein Vorarlbergs ins Leben gerufen, dessen sozialpolitisches Konzept auf der 1891 von Papst Leo XIII. erlassenen Enzyklika "Rerum novarum" fußte.[193]

Die katholischen Arbeitervereine verstanden sich als "unpolitische" Organisationen, die eine Hebung der religiös-sittlichen Haltung der Arbeiter anstrebten.[194] Sie trachteten danach, Arbeitskonflikte möglichst gar nicht entstehen zu lassen oder sie mit Hilfe

von Arbeiterausschüssen und Einigungsämtern friedlich zu bereinigen. Bei F.M.Hämmerle gab es einen solchen Arbeiterausschuß. Er kann als ein frühes Modell von betrieblicher Mitbestimmung gelten.[195]

Das Altarbild der von Landeshauptmann Adolf Rhomberg gestifteten Kapuzinerkirche[196] zeigt in eindrucksvoller Weise die weltanschauliche Grundposition der katholischen Arbeiterbewegung: Im Zentrum des Bildes steht der "Heilige Josef", der Schutzpatron der Arbeiter.[197] Der von Proletarisierung bedrohte Arbeiter wird von ihm auf den "rechten Weg" gewiesen und so aus der Gefahr gerettet, dem seelenverderbenden Sozialismus in die Fänge zu geraten. Kaiser Franz Joseph I. als Vertreter der weltlichen und Papst Leo XIII. als Repräsentant der geistlichen Macht helfen dem "Heiligen Josef" ebenso wie der Kapuziner im Vordergrund bei der Rettungsaktion. Für die ikonographische Deutung ist eine Figur besonders bedeutsam: Zwischen dem Heiligen und dem Arbeiter ist der Fabrikant mit seiner Frau – für die er das Kloster gestiftet hat – abgebildet. In den Händen hält er – vor dem landschaftlichen Hintergrund des Rheintals beziehungsweise Dornbirns – ein Modell des Klosters.

Der Gläubige wird auf diese Weise beim Meßbesuch mit den Grundanliegen der damaligen katholischen Soziallehre konfrontiert: Nicht Klassenkampf im Diesseits, sondern Seelenrettung im Jenseits ist das Hauptanliegen; nicht Aufbegehren gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen wird gepredigt, sondern das Ertragen des irdischen Jammertales in christlicher Demut. Allerdings hat der Unternehmer auch eine Schutzverpflichtung zu übernehmen und für "seine" Arbeiterschaft zu sorgen.

Der katholische Dornbirner Arbeiterverein wurde zum bedeutendsten in ganz Vorarlberg. Er zählte 1904 zwei Ehrenmitglieder, 373 aktive und 180 passive Mitglieder. Außerdem umfaßte die Jugendsektion 25 Mitglieder. Des weiteren waren 437 Arbeiterinnen organisiert, sodaß in diesem Jahr insgesamt 1.017 Mitglieder angegeben wurden.[198] Berufsmäßig wurden aufgelistet: 121 Fabriksarbeiter, 87 Gewerbetätige und Hilfsarbeiter, 55 Bauern, 45 Bauarbeiter, acht Sticker und 55 "gemischte Berufe". Bis zum Ersten Weltkrieg änderte sich die Mitgliederzahl der Aktiven kaum: 1913 waren es 342.[199]

An der Spitze des Vereines stand neben den Obmännern – die nach Johann Conrad Heinzle rasch wechselten – der Präses.

Fabrikant und Landeshauptmann Adolf Rhomberg unter "seinen" Kapuzinern. Er stiftete das Kloster. Die Musik des christlichen Arbeitervereins umrahmte die Veranstaltungen im Kasino.

Erster Präses war Kaplan Benedikt Längle. Ihm folgte Prälat Drexel nach. Von 1913 bis zu seinem Tode 1936 übte der Priester Lorenz Dür dieses Amt aus. Vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis 1927 war Alois Rohner Obmann, dann folgte Thaddäus Stohs bis 1932.[200]

Die verschiedenen Teilorganisationen bemühten sich um ein reichhaltiges Freizeitprogramm. Dem katholischen Arbeiterverein gehörten ein Arbeitersängerbund, eine Arbeitermusik ("Zäzilia") und ein Turnerbund an, auch ein Arbeiterinnenverein und eine katholische Arbeiterjugendorganisation existierten. Die christliche Textilarbeiterorganisation - der "Arbeiterbund" - hatte vor dem Ersten Weltkrieg nur circa 60 Mitglieder.

Die katholische Arbeiterbewegung hatte somit zwei Organisationsebenen, die wie "Leib und Seele im menschlichen Leben"[201] zusammengehörten: Die christlichen Gewerkschaften waren für die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft zuständig, die zahlreichen katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sollten die weltanschauliche und kulturpolitische Basisarbeit leisten, um den "verderblichen Einfluß" der Sozialdemokratie abzuwehren.

Der Appell an die katholische Tradition und Religion trug bei den einheimischen Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen, die noch dem bäuerlichen Milieu verhaftet waren, Früchte. So stand bei einem nicht unwesentlichen Teil der Arbeiterschaft das Katholische - nicht die klassenmäßige Bindung an die Arbeiterbewegung - im Vordergrund. In den katholischen Arbeitervereinen waren - wie zunächst bei den Sozialdemokraten - die Handwerker und Kleingewerbetreibenden bestimmend, die eigentlichen Adressaten, die Arbeiter und Arbeiterinnen, waren nur zu einem geringen Teil organisiert.

Die christliche Arbeiterbewegung war aufs engste mit der Person Karl Drexels (1872 bis 1954) verknüpft, der sich schon als junger Doktor der Theologie besonders für den Arbeiterstand engagiert hatte.[202] In einer Rede im Jahre 1909 umriß der politisch tätige Priester seine Auffassung von der sozialen Frage folgendermaßen:

> "Der Arbeiter verlangt vor allem mit Recht einen erhöhten Anteil an dem Ertrage der Arbeit gegenüber dem Kapital. Während dieses reichen Nutzen zog, sich fast unbegrenzt vergrößerte, in den Händen weniger sich ansammelte, blieb der Arbeiter arm, voll Sorge für die Tage der Krankheit und noch mehr des Alters. Kaum, daß er soviel verdiente, um sich erhalten zu können ... Die eine Richtung, die die christliche Weltan-

schauung mit ihren Gesetzen und Grundlagen festhält, erstrebt auf diesem Wege die richtige Lösung für die Arbeiterfrage. Die Sozialdemokratie, dieser gerade entgegengesetzt, steht ebenso fest und ausschließlich auf dem Boden des Materialismus ... Mögen alle Arbeiter verstehen, daß sie notwendig zusammenhalten müssen, wenn sie einen Erfolg erreichen wollen; mögen sie auch als christliche Arbeiter mit aller Entschiedenheit dahin trachten, daß christliche Grundsätze im öffentlichen Leben wieder zur Geltung kommen."[203]

Die Besitzenden – vor allem die liberalen Unternehmer – richteten heftige Angriffe gegen den Theologen: Sie warfen ihm vor, er

"stehe zu weit links, er halte es mit den Sozialdemokraten, ja mit den Bolschewiken, er sei ein richtiger Bauernspeck, außen schwarz, innen rot".[204]

1907/1908 wurde auf das Betreiben Drexels ein eigenes Arbeiterheim für den Vorarlberger Arbeiterbund, den Stickerbund[205] und den Dornbirner Arbeiterverein errichtet.

Wegen der angeblichen Nähe Drexels zu den Sozialdemokraten sah sich der Vorstand des Christlichen Arbeitervereins veranlaßt, im Gemeindeblatt zu dementieren, daß der Geistliche Wahlversammlungen der SDAP besuche. Im "Vorarlberger Volksblatt" heißt es in einem Kommentar dazu im Jahre 1900:

"Weshalb denn auch sollte hochw. Herr Dr. Drexel den Sozialdemokraten in ihre Versammlung nachlaufen. Anbrüllen lassen kann er sich auf einem Viehmarkte auch, daß man seine Worte im Gebrüll nicht mehr versteht."[206]

Die Bemühungen Drexels um die Arbeiter und Arbeiterinnen wurde auch im katholischen Lager nicht von allen mit Freude zur Kenntnis genommen: Der erzkonservative Dekan Anton Ender, der in der Parteileitung der Christlichsozialen Partei saß, war ein eingeschworener Gegner alles "Sozialistischen" oder dessen, was er darunter verstand. Deshalb betrachtete er sogar die katholische Arbeiterbewegung mit Argwohn.

### Parteipolitisches Engagement des Klerus und Religionskonflikte

Kraft seines Amtes als Stadtpfarrer – er war von 1908 bis 1922 in Dornbirn tätig – beeinflußte Dekan Anton Ender das geistige Klima in der Stadt nicht unwesentlich.[207] Konsequent bekämpfte er alle,

die seine Weltanschauung nicht teilten. Alles Nichtkatholische war ihm suspekt.

Dornbirn war fast zu 100 Prozent katholisch: 1910 lebten nur 237 Nichtkatholiken (1,46 Prozent) – davon 220 Evangelische – hier.[208] Der streitbare und politisch engagierte Geistliche versuchte – auch mit gerichtlichen Mitteln – "seine" Gemeinde von Nichtkatholiken freizuhalten.

1908 – kurz nach Amtsantritt – hielt der Dornbirner Ortsverein "Freie Schule"[209], eine sozialdemokratische Nebenorganisation, im Mohrensaal eine Versammlung ab, bei der ein gewisser Dr. Bernhard einen Vortrag über "Schule und Klerikalismus" hielt.[210] Der Redner griff darin mit scharfen Worten die Klerikalen an und rief die katholischen Eltern dazu auf, ihre Kinder von den religiösen Übungen fernzuhalten. Auf Veranlassung des Pfarrers ließ der hiesige Orts- und Bezirksschulrat ein weiteres Auftreten des Redners verbieten.[211]

Unter Dekan Ender hatten besonders die Kinder in der Schule zu leiden, wenn sich die Eltern dem umfassenden Herrschaftsanspruch der katholischen Kirche nicht fügen wollten. So mußte jedes Kind ein Kirchenbüchlein haben, in das der Kirchenbesuch eingetragen wurde. Wer keine Eintragung vorweisen konnte, mußte im Unterricht aufstehen und wurde solcherart angeprangert![212]

Zwischen feuerbestattenden Sozialisten[213], Liberalen und Protestanten bestand für Ender im Prinzip kein gravierender Unterschied.

Am 11. Juli 1910 hatte der protestantische Pastor Krcal zum erstenmal auf dem katholischen Friedhof in Dornbirn eine kurze Ansprache gehalten. Ender erhob dagegen Beschwerde beim Bezirksgericht. Er argumentierte damit, daß der Markter Friedhof ein konfessionell-katholischer Friedhof sei und er deshalb das Recht habe, die Abhaltung einer protestantischen Leichenrede zu verbieten.[214] Dieser Auffassung war auch das "Vorarlberger Volksblatt". Nicht Dekan Ender sei religiös unduldsam, sondern die protestantische Seite, die die Wohltätigkeiten der Katholiken nicht zu schätzen wisse: Man habe die Protestanten auf dem Markter Friedhof in geweihter Erde bestattet, ohne dafür etwas zu verlangen, man habe ihnen in der alten Realschule einen Raum für den Gottesdienst unentgeltlich überlassen, um den religiösen Frieden in der Gemeinde zu erhalten.

"Und was ist der Dank dafür? Der, daß der Pastor trotz des berechtigten Verbotes des Pfarrers eine Grabrede hält, daß der Pfarrer der Unduldsamkeit, des Fanatismus, ja der geistigen Abnormität bezichtigt wird, daß dem Pfarrer mit der Klage wegen Religionsstörung gedroht wird."[215]

Der junge Theologe Dr. Karl Drexel (1872 bis 1954) war maßgeblich am Aufbau der christlichsozialen Arbeiterbewegung beteiligt und vielen im eigenen Lager zuweit "links". So auch dem ultrakonservativen Dekan Ender, der von der Kanzel herab gegen den "Sozialismus" wetterte (rechts).

Ender nahm gegen den Bescheid, daß der protestantische Pfarrer auf dem Friedhof predigen dürfe, Rekurs bei der k.k. Statthalterei in Innsbruck. Diese gab nun Ender recht. Das protestantische Pfarramt wandte sich hierauf zunächst an das k.k. Kultusministerium, dann an den Obersten Gerichtshof, der schließlich nach fünf Jahren das anhängige Verfahren abschloß und dem protestantischen Pfarramt das Recht zugestand, auf einem katholischen Friedhof eine Leichenrede zu halten.

Während des Ersten Weltkrieges setzte der Dekan seinen Kampf gegen Protestanten, Adventisten und andere Glaubensgemeinschaften unvermindert fort. So warnte er im Gemeindeblatt vom 11. November und 13. Dezember 1914 vor einem "protestantischen Wanderprediger im Hotel Rhomberg".

Gegen den Adventisten-Wanderprediger Richard Pölzl aus Innsbruck erstattete er am 2. August 1917 bei der k.k. Bezirkshauptmannschaft Feldkirch Anzeige. Diese sah keinen Grund zu einer Verfolgung des Predigers. Ender wandte sich auch an das Generalvikariat, damit dieses das Strafverfahren weiterbetreibe. Im Antwortschreiben hieß es, in der Predigt solle "klug und planmäßig vor den Adventisten gewarnt werden. Die Zuhilfenahme des weltlichen Gerichtes habe in dieser Zeit wenig Aussicht auf Erfolg, mache die kirchliche Behörde odios und erschwere auch die Bekehrung der Fehlenden, auch das Ordinariat in Brixen habe bisher ein Einschreiten gegen die Adventisten in Tirol für nicht opportun oder notwendig erachtet."[216]

Dekan Ender – so der Festredner bei seinem fünfundzwanzigjährigen Priesterjubiläum 1913 – sei "stets mit aller Kraft für die Ehre Gottes und seiner Kirche eingetreten", deswegen seien ihm "auch die Leidensstunden nicht erspart (ge)blieben", weil er "oft böswillige Angriffe und Verkennung seiner besten Absichten ertragen mußte."[217]

Dekan Ender spielte im katholischen Vereinswesen der Stadt eine führende Rolle. Er war unter anderem Präses des christlichen Müttervereines und der Jungfrauenkongregation. Außerdem unterrichtete er Religion und übte das Amt eines k.k. Schulinspektors aus. Auch als Verfasser einer Kirchengeschichte machte er sich einen Namen. Vor Wahlen griff der wortgewaltige Prediger von der Kanzel herab massiv in den Wahlkampf ein. Er war jedoch nicht der einzige Geistliche, der Wahlagitation für die Christlichsoziale Partei betrieb.[218] Von der Kanzel herunter wurde gegen den politischen Gegner gepredigt und in der Kirche wurden Betstunden für den "richtigen" Wahlausgang abgehalten. Die Wähler und Wählerinnen sollten vor allem davon abgehalten werden, den Sozialisten die Stimme zu geben.[219]

Doch damit nicht genug: Der Oberdorfer Pfarrer Franz Josef Oberhauser soll zum Beispiel eine Vermieterin dazu gebracht haben, einem sozialdemokratischen Arbeiter die Wohnung zu kündigen, hatte doch eine Nachbarin behauptet, "daß ihre Hüh-

ner keine Eier mehr legen, weil sie der vorerwähnten Arbeiterfamilie Eier verkauft habe."[220]

In diesem katholischen Milieu waren die politischen Mehrheitsverhältnisse bei einem neuen Wahlrecht abzusehen: Die Textilmetropole Dornbirn hatte überwiegend eine "schwarze" Bevölkerung. Dies zeigte sich bei der Gemeinderatswahl 1910. Bei allen folgenden Gemeinderatswahlen – bis heute – wurde diese Mehrheit bestätigt.

## 1.4. Der Machtwechsel 1910: Dornbirn wird "schwarz"

### Weichenstellung: Das neue Gemeindewahlrecht

Die erste Wahl nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Männer waren die Reichsratswahlen am 14. Mai 1907. Sie brachten den Vorstoß der Massenparteien und den erwarteten Sieg der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten.

In Vorarlberg erfochten die Christlichsozialen einen grandiosen Erfolg: Alle vier zu vergebenden Mandate wurden errungen, Jodok Fink, Franz Loser, die beiden Dornbirner Martin Thurnher und Dr. Karl Drexel gewählt. Bei den kurz darauf folgenden Landtagswahlen konnte dieser Erfolg stimmenmäßig noch ausgebaut werden.[1]

Am 13. Jänner 1909 wurden die Weichen dafür gestellt, daß auch in Dornbirn die Tage der liberalen Vorherrschaft gezählt waren. An diesem Tag beschloß der christlichsozial dominierte Vorarlberger Landtag ein neues Gemeindewahlgesetz, dessen Ziel es war, endlich auch in den beiden größten Städten des Landes – in Dornbirn und Bregenz – den Bürgermeistersessel in "schwarze" Hände übergehen zu lassen. In Dornbirn gelang es, Bregenz blieb liberal.

Die neue Wahlordnung[2] sah neben der Wahlpflicht eine veränderte Wahlkörpereinteilung vor. Auf Gemeindeebene existierte damals kein gleiches Wahlrecht, die Wähler waren immer noch in Wahlkörper eingeteilt.

Nach § 15 der neuen Gemeindewahlordnung waren für den

ersten Wahlkörper nunmehr mindestens 24,28 Kronen an Grund-, Gebäude- und Erwerbssteuern zu entrichten. Die direkten Steuerleistungen für den zweiten Wahlkörper (dem ersten und zweiten Wahlkörper gehörten "vermöge ihrer persönlichen Eigenschaften gemäß § 16" Geistliche, Beamte, Doktoren, Ingenieure, Lehrer etc. an) wurden mit mindestens 7,47 Kronen und für den dritten Wahlkörper mit einem Heller festgesetzt. In den neugeschaffenen vierten Wahlkörper kamen jene, welche 20 oder weniger Kronen an Personaleinkommen- oder Rentensteuer zahlten oder mangels Einkommen überhaupt steuerbefreit waren. In diesem letzten Wahlkörper befand sich 1910 rund ein Drittel der 3.845 Wahlberechtigten. Nur 145 davon verfügten über ein steuerpflichtiges Einkommen.[3]

Mit dieser Wahlrechtsreform war gewährleistet, daß die weniger begüterten Schichten – vor allem jedoch das Kleinbürgertum – zu verstärktem politischen Einfluß gelangen konnten. Um jedoch möglichst viele Nichteinheimische von der Wahlurne fernzuhalten, mußten jene Angehörigen des vierten Wahlkörpers, die keine Steuern zahlten, männlichen Geschlechts und drei Jahre ortsansässig sein. Das aktive Wahlalter betrug 24 Jahre.[4] Diese Klauseln waren vor allem gegen das Wählerpotential der Sozialdemokraten gerichtet. Trotzdem war mit dem neuen Wahlrecht der Einzug von Sozialdemokraten in die Gemeindestube gesichert.

Die neue Wahlordnung sah auch eine Änderung des Frauenwahlrechts vor. Laut § 6 hatte die "in ehelicher Gemeinschaft lebende Gattin ihr Wahlrecht durch ihren Ehegatten auszuüben", das heißt, der Ehegatte konnte nur eine Stimme abgeben. Witwen, ledige Frauen oder Frauen, deren Männer von der Wahl ausgeschlossen waren[5], mußten jedoch nunmehr persönlich zur Wahl gehen und das Wahlrecht ausüben, sofern sie die erforderlichen Steuern zahlten. Die Frauenvollmachten wurden abgeschafft. Frauen, die keine Steuern zahlten, waren von der Wahl ausgeschlossen.

In Dornbirn waren von den 3.845 Wahlberechtigten 714 Frauen. Auch die Wahlkörpereinteilung wurde auf Betreiben von Prälat Drexel verändert, und zwar so, daß sich die Christlichsozialen davon den größten Vorteil erhofften.[6] Der christlichsoziale Arbeiterführer leistete somit seinem Freund Engelbert Luger, dem Wortführer des dritten Wahlkörpers in Dornbirn, entscheidende Schüt-

zenhilfe bei der Eroberung des Bürgermeistersessel. Dr. Waibels Parteifreund Dr. Herburger gab noch im Jahre 1909 eine Biographie des verstorbenen Bürgermeisters heraus. Voller Zorn schrieb er darin über das neue Wahlrecht:

> "Hätte man vor zehn Jahren beantragt, den Frauen das persönliche Wahlrecht, wie es die Sozialdemokraten immer verlangten, zu gewähren, die klerikale Majorität des Landtages hätte Zeter und Mordio geschrien ob dieser naturwidrigen Forderung. Und heute haben dieselben Machthaber nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern sogar die Wahlpflicht beschlossen und durchgeführt ... Pfui der Heuchelei!"[7]

Bei der Wahl am 6. April 1910 spekulierten die Christlichsozialen mit Recht darauf, daß ein Großteil der Frauenstimmen an sie fallen würde. Sie konnten weiters bei den Wahlen auf den bäuerlichen und den kleingewerbetreibenden Bevölkerungsanteil zählen, dazu noch auf die Stimmen eines Teils der Industriearbeiterschaft.

## Die Gemeinderatswahl 1910

Die Ausgangslage für die wahlwerbenden Parteien war nach der Wahlreform sehr unterschiedlich: Die Christlichsozialen, aber auch die Sozialdemokraten, sahen bei diesen Gemeinderatswahlen eine historische Chance; die Deutschfreisinnigen (so nannten sich die Völkisch-Liberalen zu diesem Zeitpunkt) lieferten ein Rückzugsgefecht.

Ihr Wahlkampf war darauf ausgerichtet, die Erinnerung an Dr. Waibel hochzuhalten. Im Wahlaufruf hieß es:

> "Seht die Gerechtigkeit, Heimatliebe und Selbstlosigkeit, von denen die 41 Arbeitsjahre der deutschfortschrittlichen Gemeindeverwaltung getragen waren – und seht Euch die Ungerechtigkeit, Selbstsucht und Herrschgier an, die die 'Wahlreform' diktiert haben und eine 'neue Zeit' einläuten wollen.
>
> Seht zurück auf Dr. Waibel – und dann auf die Männer, die den Greis ohne Fehl und Makel, den besten Sohn und treuesten Diener seiner Heimat geschmäht, ihm den Ruhegehalt und einen Flecken Heimaterde für ein Denkmal verweigert haben, und die nun um sein Erbe Würfeln wollen!"[8]

Anläßlich des 80. Geburtstages von Dr. Waibel 1908 hatte der

christlichsoziale Oppositionsführer Engelbert Luger zwar dem Bürgermeister zu diesem Festtag gratuliert, nicht jedoch zum vierzigjährigen Bürgermeisterjubiläum. Luger erklärte öffentlich, daß dies kein Anlaß für die Christlichsozialen sei, Freudenfeiern abzuhalten.[9]

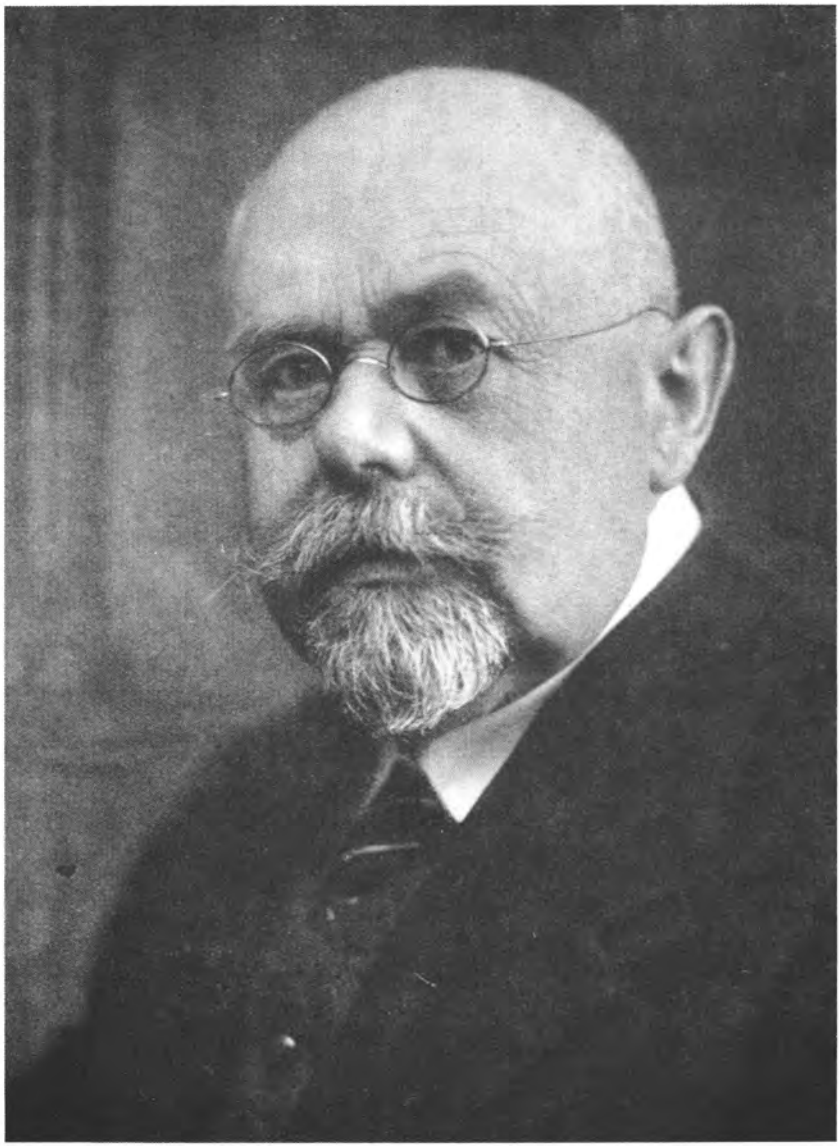
Die Deutschliberalen stellten im Stadtrat den Antrag, dem Ehrenbürger Dr. Waibel[10] den Gehalt auch nach seiner Pensionierung als Bürgermeister weiter zu bezahlen, sie stießen damit jedoch auf wenig Gegenliebe beim politischen Gegner. Dieses Ansinnen wurde von den Christlichsozialen ebenso abgelehnt wie die Errichtung eines Denkmales nach dem Tode des Bürgermeisters.[11]

Dr. Waibels Nachfolger, Bürgermeister Karl Fussenegger, stand bei den Gemeinderatswahlen auf verlorenem Posten. Die Zeit der liberal-deutschnationalen Vorherrschaft war endgültig abgelaufen. Der Wahlaufruf der Christlichsozialen Partei glich bereits einer vorweggenommenen "Regierungserklärung":

> "Der Wahlaufruf kennzeichnet die Stellung der christlichsozialen Partei, die für den Fall, daß die Wählerschaft ihr die Aufgabe gibt, die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, fest entschlossen ist, entsprechend ihrem Charakter als Volkspartei auch wirklich die Interessen des Volkes und zwar des ganzen Volkes, nicht blos einer Klasse oder wie bisher ehedem schon bevorzugten Gruppe zu pflegen und zu fördern."[12]

Angesichts der Chance, erstmals in den Gemeinderat zu gelangen, legten sich auch die Sozialdemokraten besonders ins Zeug. Hermann Leibfried, der Redakteur der neu gegründeten sozialdemokratischen Parteizeitung "Vorarlberger Wacht", holte sogar aus Wien Unterstützung.[13] Die Sozialdemokraten prangerten im Wahlkampf eine Reihe von sozialen Mißständen an und griffen besonders die Christlichsozialen – die voraussehbaren Wahlsieger – an. Dabei scheuten sie auch nicht davor zurück, antisemitische Töne anzuschlagen. In einem ausführlichen Grundsatzartikel zur bevorstehenden Gemeinderatswahl konnte man in der "Vorarlberger Wacht" lesen:

> "Die Christlichsozialen heißen die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit die Schutztruppe der Juden, sie selbst begünstigen durch ihre unverschämte Zoll- und Wirtschaftspolitik das jüdische wie das christliche Spekulantentum. Die Juden begaunern das Volk, sie bekümmern sich aber nicht um die



Erster "schwarzer" Bürgermeister von Dornbirn wurde 1910 der Malermeister Engelbert Luger (1861 bis 1926). Auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie übte er dieses Amt aus.

Seligkeit derselben, die Christlichsozialen tun das gleiche und predigen zum Hohne dem Volke noch vom Himmel und der christlichen Gerechtigkeit."[14]

Die Sozialdemokraten betonten besonders ihre Eigenständigkeit als politische Partei. Um in den Gemeinderat zu kommen, bedurften sie keines "Kompromisses", keines Wahlbündnisses mit den Liberalen, wie an anderen Orten. In ihrem Wahlaufruf hieß es:

"Es ist notwendig, daß sozialdemokratische Vertreter in den Gemeindeausschuß kommen, damit den Anschlägen auf die Schule endlich ein Damm gesetzt wird. Die Steuerreform muß so gelöst werden, daß nicht die kleinen Leute, sondern die Reichen, Wohlhabenden die Hauptlast tragen, deshalb verlangen wir die Einführung von stufenweise steigenden Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern."

Im weiteren wurde die Erhaltung der Konsumgenossenschaft, die Erbauung von Arbeiterwohnhäusern durch die Gemeinde, die Verbesserung der Wohnungssituation, die Unterstützung armer Familien mit Lebensmitteln und eine soziale Verwaltung des Krankenhauses und Armenhauses gefordert.[15]

Das Wahlergebnis brachte den erwarteten Umschwung der politischen Kräfte. Die Christlichsoziale Partei stellte mit Engelbert Luger den neuen Bürgermeister, die Sozialdemokraten zogen in die Gemeindestube ein.

Bei einer Wahlbeteiligung von 93,99 Prozent (von 3.842 Stimmberechtigten gaben 3.611 ihr Votum ab) entfielen auf die Christlichsozialen 2.109 Stimmen (60,05 Prozent der abgegebenen Stimmen), auf die Deutschfreisinnigen 779 (22,2 Prozent) und auf die Sozialdemokraten 624 (17,8 Prozent). 99 wählten ungültig.

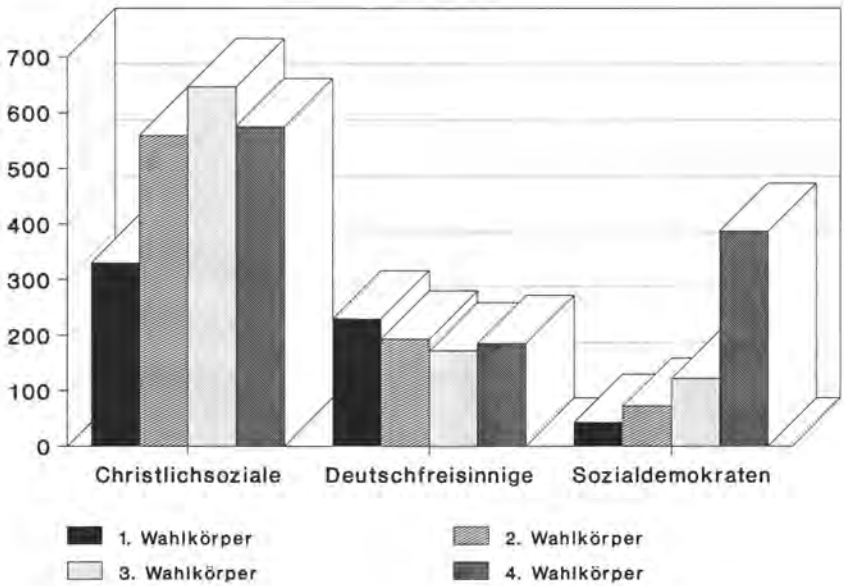
Die Christlichsozialen errangen in allen Wahlkörpern die Mehrheit.[16] Im neuen – auf 42 Mitglieder aufgestockten – Gemeinderat ergab sich damit folgende Sitzverteilung: 28 Christlichsoziale saßen 10 Deutschfreisinnigen und vier Sozialdemokraten gegenüber.

An der Spitze des ersten Wahlkörpers stand Dr. Karl Drexel, der Kopf der katholischen Arbeiterbewegung. Ihn verbanden enge freundschaftliche Beziehungen mit dem neuen Bürgermeister, der aus dem kleingewerblichen Milieu stammte.[17]

Die soziologische Zusammensetzung des Gemeinderates veränderte sich völlig. Waren bisher die Fabrikanten überpropor-

tional vertreten gewesen, so schieden sie nun aus der Gemeindevertretung völlig aus: Kein einziger Fabrikant zog in die neue Stadtversammlung ein. Gewerbetreibende, Lehrer, Kaufleute und Bauern gaben nunmehr den Ton an. Zu Stadträten wurden der Kaufmann Johann Thurnher (Bürgermeister-Stellvertreter), der Fotograf Albert Winsauer, der Buchhalter Franz Mayer, der Privatier Gustav Rhomberg, der Wagner Otto Fußenegger und der deutschfreisinnige Rechtsanwalt Dr. Franz Feierle gewählt.[18]

Wahlergebnis 1910




Das ungleiche Wahlrecht – die Einteilung der Wähler in Wahlkörper, die von der Steuerleistung abhingen – bevorzugte immer noch deutlich die besitzende Schicht: Obwohl die Deutschfreisinnigen nur 4,3 Prozent mehr Stimmen hatten als die Sozialdemoraten, stellten sie mehr als doppelt so viele Mandatare (10 gegenüber 4 Sozialdemokraten).

Die Gemeinderatswahl von 1910 brachte für Dornbirn eine

historische Wende: Politisch hatten nunmehr die Christlichsozialen das Sagen, doch aufgrund der ökonomischen Macht blieben die Deutschfreisinnnigen – nach 1918 die "Großdeutschen" – ein wesentlicher Faktor in der Gemeindepolitik. Denn auf die Fabrikanten, von denen weite Bevölkerungskreise wirtschaftlich abhängig waren, mußten die "schwarzen Stadtväter" Rücksicht nehmen. Weniger Rücksicht nahm die Rathausmehrheit hingegen auf die neue Kraft im Gemeindeparlament, auf die SDAP.

### Kein Spielraum für die Opposition

Die Gemeinderatswahlen fanden vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschaftskrise statt. Um 1910 stiegen die Lebensmittelpreise in der gesamten österreichisch-ungarischen Monarchie rapid an. Die inflationäre Entwicklung führte zu tiefer Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise.

Bürgermeister Luger stellte als christlichsozialer Abgeordneter im Landtag fest, daß die Fleischpreise in Dornbirn noch höher seien als anderenorts.[19] Die "Vorarlberger Wacht" geißelte diesen Mißstand mit scharfen Worten:

> "Wie schon seit Jahren bekannt, ist Dornbirn der teuerste Ort in Österreich. Die industrielle Arbeiterschaft leidet unbeschreiblich unter diesem Zustande. Die Industriellen Vorarlbergs, insbesondere die Dornbirner hatten goldene Zeiten, das beweist ihr an- wie aufgehäufter Reichtum, ihre Macht, ihr Besitz und nur die Arbeiter blieben das, was sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts waren: Proletarier!"[20]

In der Stadtvertretung wurde eine Resolution verabschiedet, in der an die k.k. Regierung die "dringende und entschiedene Forderung" gerichtet wurde, gegen die rasch steigende Teuerung bei Lebensmitteln einzuschreiten.[21]

Die Sozialdemokraten wollten in der Resolution eine klare Schuldzuweisung verankert sehen. Am 17. August 1910 hatten sich in der Mohrenhalle 500 Personen – vorwiegend Arbeiter – eingefunden, um energischen Protest gegen die Schutzzollpolitik der Regierung zu erheben. Ganz besonders richteten sich diese Angriffe der Anwesenden gegen die

"bürgerlichen Volksvertreter, und insbesondere die des Landes

Vorarlberg ... als gerade die unberufensten dieser Volksvertreter an der Spitze der agrarischen Vereinigungen stehen und systematisch die Wucherinteressen einiger Tausend Feudaler und Großgrundbesitzer fördern ... Der derzeitige Zustand, wie ihn die Machtgelüste der Großgrundbesitzer, die Untätigkeit der Mehrheit der Volksvertretung und nicht zuletzt das Sinnen der Regierung auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik hat werden lassen, ist nicht nur geeignet, die Unterernährung des ärmeren Volkes zu steigern, wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu provozieren, sondern eine völlige Degenerierung aller unteren Volksschichten herbeizuführen."[22]

Eduard Ertl brachte diese Resolution als Antrag der Sozialdemokraten im Gemeindeparlament ein. Die Zielrichtung der sozialdemokratischen Angriffe war klar: Die hohen Lebensmittelpreise, die besonders die ärmeren Schichten schwer trafen, wurden den führenden Landwirtschaftsvertretern des Landes angelastet – und das waren deutschfreisinnige Dornbirner Industrielle, allen voran Theodor[23] und Julius Rhomberg.

Der Textilindustrielle Theodor Rhomberg war seit 1903 Obmann des Vorarlberger Landwirtschaftsvereins und vertrat die Vorarlberger Bauernschaft im Zollbeirat. Ihm wurde von den sozialistischen Gemeindevertretern vorgeworfen, die Position der ungarischen Großagrarier zu stützen und auf die heimischen Kleinbauern keine Rücksicht zu nehmen.

Die christlichsozialen Gemeindevertreter stimmten Ertl nieder, obwohl sie prinzipiell der gleichen Ansicht waren. Doch die Rathausmajorität war keinesfalls gewillt, die Sozialdemokraten aufzuwerten, die mit Demonstrationen ihren Forderungen Nachdruck verleihen wollten.

Im Oktober demonstrierten Hunderte gegen die "total verkehrte Wirtschaftspolitik", und sie forderten die Stadtvertretung auf, die "enorme Fleischteuerung am hiesigen Ort" einzubremsen.[24]

Zu einer eindrucksvollen Massenkundgebung kam es in Dornbirn auch anläßlich der Niederschlagung einer Hungerrevolte in Wien durch das Militär. Bei dieser Demonstration – Hauptredner waren Ertl und Leibfried – sollen rund 1.000 Personen aufmarschiert sein.[25]

Mit dem Einzug in das Stadtparlament begann für die heimi-

schen Sozialdemokraten eine neue Ära. Mit Elan versuchten die sozialdemokratischen Stadtvertreter – Parteisekretär Eduard Ertl, Fabriksheizer Thomas Rein, Maschinensticker Franz Rusch und Buchbindermeister Franz Pazout – ihre Anliegen in die Gemeindevertretung einzubringen. Oppositionsführer Ertl legte sich besonders ins Zeug – und blitzte mit seinen Vorschlägen regelmäßig ab.

Bei einer der ersten Sitzungen des neuen Gemeinderates forderte er ein siebtes Stadtratsmandat, das den Sozialdemokraten zugute kommen sollte. Er stieß mit dieser Forderung genauso auf taube Ohren wie Josef Smetana, der im Namen der Deutschfreisinnigen ein zweites Mandat beantragte.[26]

Auch bei der Wohnungsfrage – einem zentralen Anliegen der Sozialdemokraten – konnten sie sich nicht durchsetzen.[27] Im Unterausschuß für kommunalen Wohnbau besaßen sie weder Sitz noch Stimme. Mit Erbitterung mußte Ertl kurz vor Kriegsausbruch feststellen, daß in die mit Hilfe von Steuergeldern erbauten Arbeiterhäuser ausschließlich christlichsoziale Familien einziehen konnten. Obmann des kommunalen "Ausschusses zur Erbauung von Arbeiterhäusern" war Karl Drexel.[28]

Die Steuerpolitik der neuen Rathausmehrheit rief ebenfalls heftigen Widerspruch bei den Sozialdemokraten hervor.

Noch im Jahre 1910 legte der Stadtrat einen Entwurf zur Neuregelung der Gemeindesteuern vor. Die Christlichsozialen setzten dabei neue Akzente: Die Vermögenssteuer wurde auf alle Gemeindemitglieder ausgedehnt. Bisher waren nur die Heimatberechtigten vermögenssteuerpflichtig gewesen. Außerdem wurden die Zuschläge auf die direkten Staatssteuern empfindlich erhöht. Es wurde festgelegt, daß ein Viertel des Abganges im Gemeindehaushalt auf diese Weise gedeckt werden sollte. Im ersten Budget betrug dieser Zuschlag 90 Prozent.[29]

Der Sozialdemokrat Ertl lehnte diese Steuerreform mit der Begründung ab, daß die von den Christlichsozialen versprochene Steuerprogression nicht eingeführt werde. Deshalb widerspreche diese Neuregelung den "Grundsätzen der Gerechtigkeit". Sie verschone außerdem die Besitzenden und belaste die "Kleinen, Minderbesitzenden", weil kein steuerfreies Existenzminimum vorgesehen sei.[30] In der "Vorarlberger Wacht" wurde die Steuerreform als "Volksbetrug" angeprangert.[31]

Aufgrund der Mehrheitsverhältnis konnte die Rathausopposi-

tion zwar Gegenpositionen entwerfen, Mißstände anprangern und eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, die Entscheidungen der Mehrheit beeinflussen konnte sie in den allerwenigsten Fällen. Im Prinzip scheiterten die Sozialdemokraten bei allen Initiativen, sei es in den Bereichen Wohnungsbau, Lebensmittelteuerung, Schlachthausfrage oder öffentliche Badeanstalt. Ließ sich mit einer sozialdemokratischen Idee eine Popularitätssteigerung erreichen, kopierten die Christlichsozialen "ohne Scham, wurden einem die Sozialisten zu lästig, bemühte man die Gerichte."[32]

1912 versuchten die Christlichsozialen den unbequemen Redakteur der "Vorarlberger Wacht", Hermann Leibfried, die Galionsfigur der Vorarlberger Sozialdemokratie, wegen "bescholtenen Lebenswandels" auszuweisen. Leibfried, der schon jahrelang mit der Witwe Coufals zusammenlebte, ohne daß jemand daran Anstoß genommen hatte, sollte auf diese Weise politisch kaltgestellt werden. Nach jahrelangem Kampf setzte sich schließlich Leibfried gegen die Stadtbehörden durch.[33]

Während die Sozialdemokraten und die Rathausmehrheit in kaum einer wichtigen kommunalpolitischen Frage übereinstimmten, waren die Konflikte zwischen den Christlichsozialen und den Deutschfreisinnigen begrenzterer Natur. Hauptsprecher der Freisinnigen war – und das zeigt, welche Verschiebung 1910 im Gemeinderat stattgefunden hat – neben Stadtrat Dr. Feierle der Gärtner Josef Smetana.

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschfreisinnigen beschwerten sich im ersten Jahr nach dem Machtwechsel mehrmals darüber, daß zu Protokoll gegebene Erklärungen im Gemeindeblatt nicht veröffentlicht wurden, beziehungsweise nur in entstellter Form.[34]

Nicht akzeptieren konnten die Deutschfreisinnigen die Subventionspolitik der Rathausmehrheit: Ansuchen des "Deutschen Schulvereins" und des Vereins "Südmark" um Förderung wurden abgelehnt.[35]

Dem ersten Budget der neuen Majorität versagten die Deutschnationalen die Zustimmung. Der Gemeindevoranschlag sah Einnahmen von 130.758.– und Ausgaben von 558.394.– Kronen vor. Der beträchtliche Abgang von 427.636.– Kronen sollte durch die Umlage von acht Vermögenssteuern, die Erhöhung der direkten Steuern für Heimatberechtigte um 90 Prozent, eine 60prozen-

tige Gemeinde-Besoldungssteuer und einen 359prozentigen Zuschlag für "Gemeindegenossen" abgedeckt werden. Namens der Deutschfreiheitlichen gab Stadtrat Dr. Feierle dazu folgende Erklärung ab:

> "Die heutige Gemeinde-Vertretungs-Mehrheit hat in früheren Jahren an der Gemeinde-Verwaltung eine derartige Kritik geübt, und für den Fall, als sie ans Ruder käme, derartige Versprechungen gemacht, daß die kühnsten Hoffnungen dadurch berechtigt gewesen wären.
> Der Erfolg bleibt hinter diesen Hoffnungen weit zurück. Ohne größere Leistungen als Gegengewicht - ein erhöhtes Budget und höhere Steuern."[36]

Doch bald erschienen solche innerstädtischen Budgetprobleme und Parteienkonflikte als marginal: Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges und zum Untergang der alten politischen Ordnung.

# 2. Zusammenbruch der alten Ordnung: von der Monarchie zur Republik

## 2.1. "Ja, Majestät, hier ist es gut versorgt!"

Im Jahre 1917 besuchte das Kaiserpaar Vorarlberg und stieg auch in Dornbirn aus. Kaiser Karl "redete eine der Damen an mit den Worten: 'Ich glaub, hier ist es gut versorgt'. 'Ja, Majestät, hier ist es gut versorgt', war die Antwort. Was sollte man auch anderes sagen!"[1]

Drei Jahre nach Kriegsbeginn war die Stimmung in der Bevölkerung schlecht. Der Kriegsverlauf hatte manche Hoffnung zerstört.

Nicht nur das Herrscherhaus und die Militärs hatten 1914 in den Krieg große Erwartungen gesetzt, sondern auch der Klerus erhoffte sich viel vom "heiligen Unternehmen", zu dem "der Herr der Welt seinen Segen gegeben hatte."[2] Stadtpfarrer Ender erwartete sich vom Krieg eine Intensivierung des religiösen Lebens. Und in der Tat: Mit Stolz konnte im Gemeindeblatt eine Zunahme von Kommunionsausteilungen veröffentlicht werden.[3] Der Krieg galt als Chance, die Gesellschaft christlich zu erneuern. Doch gleichzeitig wurde er auch als "Strafgericht Gottes" für die Verfehlungen des Volkes und für den Verfall von Sitte und Moral empfunden: Die "Verhöhnung" von Religion und Kirche, die "Ausschaltung" christlicher Grundsätze im Alltagsleben, die "laxe" Jugenderziehung, das "Nachäffen" fremder Sitten und die "schändlichen Auswüchse" der Frauenmode wurden als Gründe angegeben.[4] Mit Befriedigung konnte der Stadtpfarrer zu Beginn des letzten Kriegsjahres feststellen, daß der Krieg "viele tausend Sünden verhindert hatte", weil die Einwohner von Dornbirn "nicht mehr tanzen und auch sonst den fleischlichen Genüssen weniger nachsinnen können."[5]

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde zunächst von vielen mit Freude aufgenommen. Die schlechte Versorgungslage im Hinterland und der Blutzoll auf den Schlachtfeldern dämpften jedoch die anfängliche Kriegsbegeisterung.

Der Einsatz des Landsturmes auf dem russischen Kriegsschau-

Am 5. Juni 1917 besuchten Kaiser Karl und seine Frau Zita Dornbirn.
"Ja, Majestät, hier ist es gut versorgt!" hieß es.
In Wirklichkeit litt die Mehrzahl der Bevölkerung Hunger und Not:
Kinderausspeisung in der Turnhalle Markt.

platz ohne Zustimmung des Landtages stieß auf heftige Kritik. Landeshauptmann Adolf Rhomberg bemühte sich erfolglos, den Einsatzbefehl rückgängig zu machen.[6] Als am 23. Mai 1915 das Standschützenbataillon Dornbirn an die italienische Front aufbrach, war von der vormaligen überschwenglichen Kriegsbegeisterung wenig zu spüren:

> "Mit der Dornbirner Stadtmusik und der altehrwürdigen Schützenfahne an der Spitze marschierte das Baon stadtwärts. Der Gesamtstand beim Ausmarsch betrug 20 Offiziere, 2 Ärzte, 591 Mann, 29 Pferde, 10 Fuhrwerke und 6 Fahrküchen ... Das Spalier in der Bahnhofstraße bot einen herzzerreißenden Anblick. Zu Hunderten standen da bitterlich weinende Frauen. Manches Standschützenherz krampfte sich bei diesem Bild unter der schlichten Bluse in unsäglichem Abschiedsweh zusammen."[7]

Bei der allgemeinen Mobilisierung im Sommer 1914, bei der sämtliche Jahrgänge des Landsturmes und der Reserve bis zum 42. Lebensjahr einrücken mußten, waren circa 2.400 Dornbirner zur "Verteidigung" von "Gott, Kaiser und Vaterland" zu den Waffen gerufen worden. Schließlich standen im Laufe des Krieges über 4.000 Männer und Burschen im Felde, also mehr als ein Fünftel der Bevölkerung.[8] Bei rund 17.000 Einwohnern hatte Dornbirn im Ersten Weltkrieg 543 gefallene und 56 vermißte Soldaten aufzuweisen.[9] In der Turmchronik von 1936 wird folgende Opferbilanz angeführt:

> "Verwundet wurden 1.362 Mann, hievon blieben 352 dauernd invalid. 240 Witwen beweinten den Tod ihres Ernährers. Rund 700 Frontkämpfer gerieten in Kriegsgefangenschaft, aus welcher nach amtlichen Aufzeichnungen in den Jahren 1918 bis 1921 556 in die Heimat zurückkehrten u. zwar 196 aus Rußland, 351 aus Italien, 5 aus Frankreich, 3 aus England und 1 aus Serbien."[10]

Infolge des Krieges verschlechterte sich die Lage in der Landwirtschaft: Die Anbauflächen und die Ernteerträge gingen zurück, weil viele Bauern und landwirtschaftliche Arbeitskräfte eingezogen wurden. Besonders nach dem Kriegseintritt Rumäniens im Jahre 1916 fielen wichtige Kornlieferungen aus, und die Versorgungssituation wurde deshalb prekär.[11]

Maria Bohle, ehemals leitende Angestellte bei der städtischen Lebensmittelversorgung, verfaßte für die Turmchronik 1936 ein

"Stimmungsbild" über die Versorgungslage während des Ersten Weltkrieges.[12] Darin erweckt sie den Eindruck, als ob alle Dornbirner die Not der Kriegszeit gleichermaßen gespürt hätten:

Ein Großteil der Bewohner habe sich mit schlechtem Brot, Brennesselspinat oder mit Gerichten aus Futtermitteln ernähren müssen. Jene, welche keinen oder nur wenig Eigenbau betrieben, hätten buchstäblich Hunger gehabt.

> "Um dem entgegenzusteuern, griffen alle Stände zum Ackerbau und es war recht nett zu sehen, wie die Frau des Richters und des Bürgermeisters und die Doktors- und Professorensfrauen ins Ried gingen, genau wie die Bauersfrauen, nur mit dem Unterschied, daß das Dienstmädchen das Wägele mit dem Geräte zog und die Frau etwas später im schönen Kleid und feiner Kopfbedeckung nachkam. Wir nannten die Äcker genannter Herrschaften 'Die Professorenäcker'."

Auch das gesellschaftliche Ansehen verschob sich in diesen Jahren. Dazu wieder Maria Bohle:

> "Das Hamstern und das Tauschgeschäft stand in diesen Jahren in Hochblüte u. es war einem nie so klar, wie in jenen Zeiten, daß der Bauernstand der erste sei."

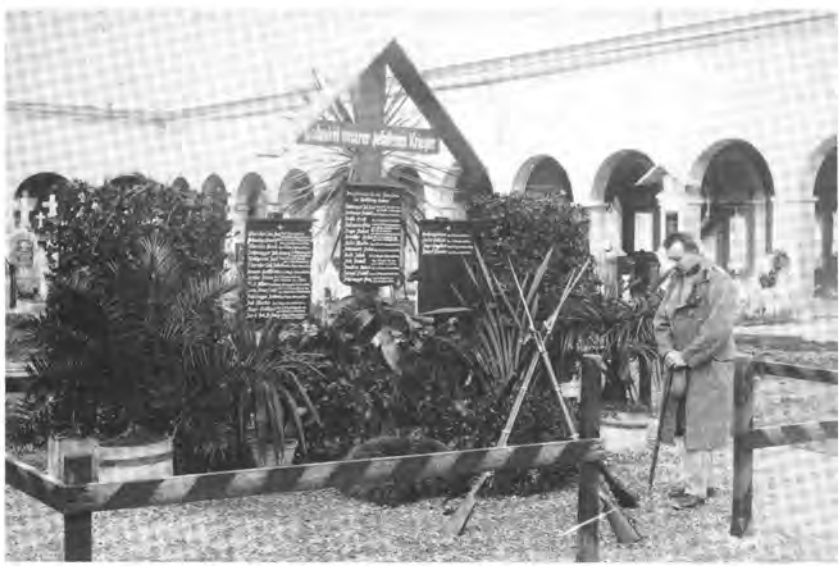
Theoretisch war Dornbirn in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung während des Krieges in einer günstigen Ausgangssituation. Ein großer Prozentsatz der "Gartenstadtbewohner" war in der Lage, sich durch den Anbau im eigenen Acker oder Garten teilweise oder ganz zu versorgen.[13] Trotzdem gab es ganz offensichtlich Engpässe. Bezirkshauptmann Cornet rügte unter anderem

> "den unhaltbaren Zustand der mangelhaften Versorgung eines Teils der Bevölkerung von Dornbirn mit der allernotwendigsten Verbrauchsmilch."[14]

Fritz Tiechl stellt in seiner Arbeit folgende Ursachen für das Auseinanderklaffen von theoretischer Versorgungskapazität und tatsächlicher Versorgungslage fest:

> "Es waren auch in Dornbirn die gleichen Gründe wie in anderen Städten dafür verantwortlich, nämlich mangelhafte Organisation und privates Profitstreben, die zu Schleichhandel und Schwarzmarktbetrieb führten. Von diesem Markt war ein großer Teil der Bevölkerung mangels ausreichender Mittel ausgeschlossen."[15]

Der eigens eingerichtete "Gemeindewirtschaftsrat" und die "Plan-



Die anfängliche Kriegsbegeisterung verflog rasch: Im Mai 1915 mußte das Standschützenbataillon ausrücken. Für viele war es ein Abschied für immer. Gestorben für "Gott, Kaiser und Vaterland!"

stelle für die Qualitätskontrolle der Lebensmittel" waren für eine gerechte Verteilung zuständig. Ende 1916 waren in Dornbirn bereits 37 Personen für die Lebensmittelversorgung tätig. Die städtischen Behörden verfügten aufgrund der Lebensmittelknappheit einschneidende Maßnahmen. So mußten etwa die Brotrationen um die Hälfte gekürzt werden. 1916 wurde aus Rationierungsgründen die Zuckerkarte und die Fettkarte, 1917 die Milchkarte und die Fleischkarte eingeführt.

Gegen Mißbräuche konnte die Stadtverwaltung – wie in solchen Fällen üblich – nicht viel mehr tun, als im Gemeindeblatt immer wieder an den guten Willen und die Solidarität der Bevölkerung zu appellieren:

> "Nach Ansicht der genannten Körperschaften befindet sich jedoch in unserer Stadtgemeinde immer noch eine erhebliche Anzahl von Einzelwirtschaften, welche über nicht rationierte Lebensmittel in solcher Menge verfügen oder solche sich beschaffen können, daß sie auch nach erfolgter Kürzung der Brotkarten nicht unbedingt und zur Gänze auf den ihr durch die gekürzte Karte gewährleisteten Bezug angewiesen sind. An diese, seien es Selbstversorger, seien es sonst in günstigen Vermögens- und Einkommensverhältnissen stehende Personen und Familien, wendet sich der Stadtrat mit der Bitte, auf einen Teil der gekürzten Brotkarte zu verzichten zugunsten der ganz Armen, in ihrer Versorgung mit den allernotwendigsten Lebensmittel schwer bedrohten Mitbürger."[16]

Die Ämter der Stadt waren mit den für das Heer und für andere Institutionen durchzuführenden Erhebungen und Erfassungen überlastet. Auch die Androhung schwerster Strafen für die Verheimlichung abgabepflichtiger Güter bewirkte wenig: Mangelnde Kontrolle führte dazu, daß sich einzelne zum Schaden der Allgemeinheit "ungerechtfertigte Vorteile" verschafften und sich schamlos bereicherten. Der Unmut der hungernden Bevölkerung richtete sich berechtigterweise gegen jene Bauern, von denen manche der Versuchung "übermäßigen Gewinns" erlagen und "selbst Tand und Luxus, ja sogar das Gold des Eheringes" zu fordern wagten.[17]

Die Stimmung in der Bevölkerung war aufgrund der schlechten Versorgungslage während des Krieges angespannt. Deshalb fanden Klatsch, Gerüchte und Verleumdungen einen guten Nährboden:

"Seit Beginn des Krieges hat der Stadtrat die Wahrnehmung gemacht, daß Personen in böswilliger Absicht oder aus bloßem Hange, herbe Kritik zu üben, über bestehende Einrichtungen grundfalsche Aussagen machen, übertriebene Schilderungen von Tatsachen geben und über hochstehende Personen in niederträchtiger Weise sich äußern."[18]

Als der Stadtrat zu Beginn des Jahres 1917 "den Erwerb und Personenstand ärmerer Familien" erheben ließ, meldeten sich rund 40 Prozent der Einwohner und gaben an, bedürftig zu sein. Die Armutsgrenze wurde amtlicherseits mit einem Tagesverdienst von einer Krone 50 Heller angenommen. Dabei kostete ein Kilo Brot 52 Heller und ein Liter Milch 32 Heller.[19]

Da die Textilindustrie nur begrenzt kriegswichtige Güter produzierte, kam es zu einem massiven Beschäftigungseinbruch durch Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen. Die Einfuhr von Baumwolle wurde durch die Kriegsereignisse äußerst erschwert. Für die Textilfirmen war es kaum mehr möglich, die für die Produktion notwendigen Rohstoffe zu erhalten. Das wirkte sich für die Metropole der Textilindustrie des Landes negativ aus: Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen in Vorarlberg stammte im ersten Kriegsjahr aus Dornbirn (1.452 von insgesamt 2.623 Arbeitssuchenden).[20]

Die Umstellung auf Papiergarnprodukte für das Heer war ein Weg für die Firmen, nicht zusperren zu müssen. Deshalb gründeten große Textilfirmen – unter ihnen F.M.Hämmerle und Herrburger & Rhomberg – die "Vorarlberger Papiergarnindustrie GesmbH" (VORPAG), die von staatlichen Stellen genügend Rohmaterial zugewiesen bekam. Während andere Firmen im Lande ihre Produktion völlig einstellen mußten, war F.M.Hämmerle bei Kriegsende in den Spinnereien immerhin zu 45 Prozent, in den Webereien zu 35 Prozent ausgelastet.[21]

Mit Notstandsprogrammen versuchte die Gemeinde der Lage Herr zu werden. Bei einer sehr geringen Bezahlung – der Tagessatz betrug die Hälfte eines Fabrikarbeiterlohnes – wurden circa 250 Personen beschäftigt.[22]

Aber es gab noch billigere Arbeitskräfte: die Kriegsgefangenen. Die k. und k. Heeresleitung stellte diese Gefangenen, die im Arbeiterheim untergebracht waren, "zur allgemeinen Verfügung". Für einen zehnstündigen Arbeitstag hatte der "Ausleiher" ohne Verpflegung 1.30 Kronen zu entrichten, mit Verpflegung 4.30

Russische Kriegsgefangene waren willkommene Arbeitskräfte.

Kronen.[23] Die Gefangenen fanden nicht nur in der Landwirtschaft Verwendung, sondern auch im Straßenbau. Beim Bau der Bödelestraße wurden circa hundert russische Kriegsgefangene eingesetzt. Der erste Streckenabschnitt bis Watzenegg wurde noch von einheimischen Arbeitskräften im Rahmen des Notprogrammes fertiggestellt, dann suchte die Stadt um die Zuweisung von Kriegsgefangenen an. Für die Achregulierung wurden fünfzig serbische Gefangene angefordert.[24]

Bis zur Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung im Frühjahr 1917 lag es im Ermessen der Unternehmer, welche Unterstützung sie den arbeitslosen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zukommen ließen.[25] Die reale Kaufkraft der Arbeiterlöhne nahm rapide ab und betrug nur mehr 2/3 der Vorkriegszeit. In dieser wirtschaftlichen Notsituation war es nun keineswegs so, daß die Firmen ihren Arbeitern ohne weiteres eine zeitgemäße Erhöhung des Lohnes zugestanden haben, fürchteten sie doch, daß eine generelle Lohnerhöhung nach Kriegsende nicht mehr rückgängig zu machen sei.

Daß freiwillige Zusatzzahlungen – etwa bei Dienstjubiläen – die unzureichenden Löhne nicht immer zur vollen Zufriedenheit der Beschäftigten kompensierten, zeigt ein mutiges Inserat im Gemeindeblatt. Auf eine ortsübliche Danksagung anläßlich eines Dienstjubiläums sahen sich zwei Arbeiter veranlaßt, sich vom devoten Stil der Danksagung zu distanzieren und eine öffentliche Gegenerklärung abzugeben:

"In Nr. 31 des Dornbirner Gemeindeblattes war anläßlich der 40-jährigen Dienstleistung bei der Firma F.M.Hämmerle in Dornbirn und durch eine Verabreichung eines Geldgeschenkes ein Dank der betreffenden 5 Arbeiter enthalten. Da in dieser Danksagung Sätze enthalten sind, welche uns 2 Brüder nicht zusagen und wir von einer so untertänigen Danksagung und 'Vergelts-Gott-Erklärung' nichts wissen wollten, sei festgestellt, daß wir Herrn Joh. Georg Albinger auf dessen Ersuchen wohl die Zustimmung gaben, eine Danksagung in's Gemeindeblatt hineinzugeben, doch waren wir der Meinung, es werde nur die ortsübliche Form gewählt. Unser Standpunkt war immer: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Josef Anton Meusburger. Alois Meusburger, Gütle."[26]

Die miserable wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft führte während des Krieges zu spontanen Arbeiterunruhen. Der Hunger trieb die Arbeiter auf die Straße.[27] Es mangelte nicht nur an Lebensmitteln, sondern es fehlte auch an Kleidern und Stoffen, der Verkauf von Leder und Schuhen stand unter öffentlicher Verwaltung. Aber auch hier kamen trotz der gesetzlichen Regelungen die Armen und Minderbemittelten zumeist schlechter weg. Auch damals regierte das Geld – so der Chronist Natter – "alles, die ganze Welt."[28]

In seinem Bericht über die Versorgungslage während des Ersten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit sah Martin Natter die Situation in Dornbirn wesentlich differenzierter als Maria Bohle:

"Den Landwirten erging es noch leidlich, auch den bemittelten Bürgern war die eigentliche große Not und Entbehrung erspart, aber die breite Schichte des Volkes mußte buchstäblich verstanden hungern und darben und viel-viel entbehren. Die Leute standen halbe Tage lang, ja oft schon beim Morgengrauen vor den Geschäften an, um gegen Vorweis der 'Karten' die ganz unzulänglichen Lebensmittel oder auch Bedarfs-

artikel kaufen zu können. Trotz aller Verbote und strenger Überwachung der aufgestellten Sonderordnung durch die behördlichen Organe konnten sich immerhin ein Teil der Leute auf Schleichwegen und im Warentausche das hinlänglich beschaffen, was dem allgemeinen Volke ganz oder doch sehr mangelte."[29]

## 2.2. Schlechte Startbedingungen in der Republik

Bereits im Februar 1916 demonstrierten mehrere hundert Arbeiter vor dem Rathaus. Damit sollte der tagende Gemeinderat gezwungen werden, die Lebensmittelversorgung zu verbessern und die Lebensmittelpreise herabzusetzen, da die Löhne zum Leben nicht mehr ausreichten. Um der Unruhen Herr zu werden, zog das Militärkommando unter dem Vorwand einer Übung 90 gefechtsmäßig ausgerüstete Mann zusammen. Sie griffen jedoch nicht ein.[1]

Die schlechten Lebensbedingungen[2] während des Krieges verstärkten den Wunsch nach Einstellung der Kriegshandlungen. Die Friedenssehnsucht wurde bei den Maifeiern, die 1917 wieder stattfinden durften, artikuliert:

"Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit soll heuer in allen Staaten eine internationale Friedens-Kundgebung der gepeinigten Menschheit sein. Die sozialdemokratische Partei Dornbirn ladet die hiesige Arbeiterschaft, überhaupt alle jene, die für die baldige Anbahnung von Friedensverhandlungen sind, höflich ein, am Dienstag, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Mohrensaale in der Versammlung des Sozialdemokratischen Wählervereins als Gäste zu erscheinen ... Wir hoffen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter am Dienstag Nachmittag in den Fabriken, Werkstätten die Arbeit ruhen lassen werden, um nach 3 Jahren blutigen Krieg endlich einmal einer großen internationalen Friedenskundgebung beizuwohnen."[3]

Als im Juni 1918 die Brotkarte um die Hälfte gekürzt wurde, kam es abermals zu Arbeiterdemonstrationen. Wie verzweifelt die Versorgungslage war, geht daraus hervor, daß sogar in den unter Kriegsrecht stehenden Rüsch-Ganahl-Werken – sie waren ein wichtiger Munitionsproduzent – die Arbeit niedergelegt wurde. Die Textilarbeiterschaft trat dem Ausstand bei, und rund 300 strei-

kende Arbeiter von F.M.Hämmerle marschierten zum Rathaus. Hier überreichten sie Bürgermeister Luger eine Petition, in der sie die Einführung des Achtstundentages, einen 30- bis 50prozentigen Lohnzuschlag und einen freien Samstagnachmittag ohne Lohnabzug forderten. Weiters bekundeten sie ihre Kriegsmüdigkeit und forderten den sofortigen Friedensschluß.[4]

Wenige Tage später streikten praktisch alle Dornbirner Textilarbeiter/innen. Sie weigerten sich, zu den bestehenden Reallöhnen weiterzuarbeiten und forderten mindestens einen Lohnzuschlag von 75 Prozent. Außerdem sollte die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden reduziert werden. Bei der von der Ortsgruppe der christlichen Textilarbeitergewerkschaft organisierten Versammlung im Vereinshaus waren rund 500 Demonstranten anwesend. Auch Sozialdemokraten waren darunter. Um den Arbeitsfrieden herzustellen, empfahl die Industriellenvereinigung, den Forderungen teilweise nachzukommen. Die Erhöhung wurde allerdings von einem sehr geringen Durchschnittslohn aus berechnet, so daß unter dem Strich nur eine geringe Verbesserung eintrat.[5]

Anfang November führte die militärische Niederlage der Mittelmächte zur Einstellung der Kampfhandlungen. Dadurch wurde die Versorgungslage jedoch nicht besser, und die aus der Konkursmasse des Habsburger-Reiches entstandene "Republik Deutschösterreich" hatte mit größten Problemen zu kämpfen.

## Angst vor den "Bolschewiken"

Mit der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im November 1918 zerbrachen auch alte Ordnungsideale, und es galt nun, sich in einem Staate einzurichten, dessen Überlebensfähigkeit von den allermeisten angezweifelt wurde. Bestehende Hierarchien verloren ihre Gültigkeit, die Ablösung des Kaisertums durch eine Republik setzte neue Maßstäbe. In der neuen Verfassung, die am 12. November 1918 verabschiedet wurde, hieß es in Artikel 2, daß die Republik Deutschösterreich "ein Bestandteil der Deutschen Republik" sei. Politische und wirtschaftliche Instabilität kennzeichneten die junge Republik. Die Austragung gesellschaftlicher Spannungen und Konflikte erfolgte auch mit Gewaltanwendung.[6]

In der Umbruchphase von der Monarchie zur Republik ver-

suchte ein Teil der Vorarlberger Arbeiterschaft seine Interessen auf der Straße durchzusetzen. Deshalb häuften sich von 1918 bis 1920 Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Streiks.[7] Die notleidende Bevölkerung – und das war in erster Linie die Arbeiterschaft – protestierte gegen die herrschende soziale Ungerechtigkeit, gegen Behördenwillkür und Unternehmermacht, sowie gegen die vorhandene Unterversorgung mit Lebensmitteln.[8]

Die Sozialdemokraten waren in Dornbirn im Stadtrat und im sogenannten "Wirtschaftsrat" vertreten. Die Aktivitäten der "Roten" wurden von den politischen Gegnern mit großem Mißtrauen verfolgt. Für die Turmchronik 1936 entwarf Martin Natter folgendes Bild vom Wirtschaftsrat und den Unruhen unter der Dornbirner Arbeiterschaft:

> "Der Gemeindeverwaltung stand ein 'Wirtschaftsrat' zur Seite, eine Kriegseinrichtung, der (sic!) es wohl zumeist recht gut meinen wollen mochte, aber dem Bürgermeister und Leiter der Lebensmittelversorgung oft genug das Leben verbitterte, ja manchmal zur Hölle machte. Dieser W.Rat war stark vertreten durch Abgeordnete aus der Schichte der Arbeiter und Minderbemittelten überhaupt, sodaß es dann an urwüchsigem Radikalismus im 'Protestieren' und 'Fordern' und im 'Bessermachenwollen' nicht fehlte."

Um den "urwüchsigen Radikalismus" der Dornbirner Arbeiterschaft zu dokumentieren, berichtet er jenen Vorfall, bei dem zum erstenmal die Vorarlberger Rätebewegung öffentlich in Erscheinung trat:[9]

> "An einem Sonntag Vormittag im Februar 1919 ging die Kunde durch die Stadt, es rolle ein Eisenbahnzug mit Vieh beladen von Bregenz nach Innerösterreich. Es waren gerade die Gottesdienststunden vorbei, viele Männer stunden wie üblich am Marktplatz bei der St. Martinskirche herum; im Nu sammelten sich Hunderte davor und stürmten nach dem Bahnhof und in denselben hinein, der Zug traf eben ein, sie hängten die Viehwagen ab, luden das Vieh aus und es wurde dasselbe in die städtische Markthalle verbracht. Es waren das keine Rebellen – aber von roten Rebellen geführte, aufgehetzte, verbitterte Bauern und notleidende Arbeiter."[10]

Dieser Vorfall ereignete sich am 9. März 1919 – nicht im Februar, wie Natter irrtümlich überliefert.[11] Das für den Transport nach Oberösterreich bestimmte Nutzvieh dürfe wegen des herrschen-

den Milch- und Fleischmangels nicht ausgeführt werden, wurde gefordert. Bürgermeister Luger sprach von einem Gewaltakt. Arbeiterrat Josef Wehinger und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franz Josef Riedmann forderten am Tag nach der "Aktion" die Verteilung des Fleisches der 73 "beschlagnahmten" Kühe an die Dornbirner Bevölkerung. Die Versammlung, die vom "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat" einberufen worden war, mußte aufgrund des gewaltigen Andrangs - die sozialistische "Wacht" spricht von 4.000 Teilnehmern - vom vorgesehenen Mohrensaal auf den Marktplatz verlegt werden. Bei der Versammlung prallten die Meinungen hart aufeinander. Der Obmann der Sozialdemokraten, der für die Lebensmittelversorgung zuständige Landesrat Fritz Preiß, setzte sich für die Freigabe des Viehs ein, kam aber mit seiner Meinung nicht durch. Schließlich erhielt Anton Linder von der aufgebrachten Menge ein Verhandlungsmandat mit der Landesregierung.

Am 12. März fanden diese Verhandlungen in Bregenz statt. Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiß, Julius Rhomberg und Bürgermeister Luger handelten mit dem "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat" im Auftrag der Landesviehverkehrskommission einen Kompromiß aus: Bis zum Herbst sollte ohne Zustimmung der Räte kein Vieh mehr ausgeführt werden. Vom beschlagnahmten Transport wurden acht Tiere geschlachtet, der Rest wurde freigegeben.[12]

Dies blieb die einzig größere Aktion der Vorarlberger Rätebewegung. Am 25. März 1919 beschloß die SDAP auf ihrer Landeskonferenz in Dornbirn, daß die "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte" integrierter Bestandteil der Landesorganisation seien.[13] Sozialdemokratische Spitzenfunktionäre wie der Landesparteisekretär und Dornbirner Stadtvertreter Anton Linder[14] wurden in den Landesausschuß gewählt.

Die "Viehbeschlagnahmung" von Dornbirn endete recht undramatisch. Allerdings brachte sie in einer Hinsicht Komplikationen mit sich: Die Angst von Fritz Preiß, daß durch das Auftreten des "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates" die Lebensmittelverhandlungen mit der Schweiz ins Stocken geraten könnten, war nicht unberechtigt. Bereits am 14. März drohte der Kommissär des eidgenössischen Ernährungsamtes, Major Stingelin, in einem Aufruf mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen.[15]

Am 25. März 1919 fand in Dornbirn eine außerordentliche Lan-

deskonferenz der Räte statt, auf der gegen das Vorgehen von Major Stingelin massiv protestiert wurde. Anfang April wurde der Major aus Vorarlberg abberufen.[16]

Das Dilemma der Sozialdemokraten trat bei der Viehbeschlagnahmungsaktion deutlich zutage: Auf der einen Seite standen der Verbalradikalismus der Räte und der revolutionäre Anspruch, auf der anderen Seite war die SDAP in das parlamentarische System eingebunden.

Die sozialistischen Vertreter im Gemeinde-Wirtschaftsrat – allen voran Josef Wehinger – traten im Ausschuß vehement gegen die Christlichsozialen auf. Besonders die "Früchteverwertungs-Anstalt", die von Dr. Emil Schneider geleitet wurde, war ein Stein des Anstoßes. Wochenlang stand die Gebarung dieser Gemeindeeinrichtung im Zentrum der politischen Auseinandersetzung.[17]

Wie gespannt die Lage während des Jahres 1919 blieb, zeigt ein Vorfall vom 27. November. An diesem Tag hielt der Gemeinde-Wirtschaftsrat eine nichtöffentliche Sitzung ab. Vor Beginn dieser Sitzung erschien "eine größere Anzahl Personen der sozialdemokratischen Partei im Sitzungssaale" und wollte an der Tagung teilnehmen. Die demonstrierenden Arbeiter diskutierten eineinhalb Stunden mit Bürgermeister Luger und den anderen Anwesenden und brachten eine Reihe von Klagen vor. Sie beschwerten sich darüber, daß der Gemeinde-Wirtschaftsrat seit zwei Monaten nicht getagt hatte, beschuldigten die Dornbirner Bauern der Milchhinterziehung und verlangten,

> "es sollen alle Bauern verhalten werden, alle Milch in die Sennerei abzuliefern, oder aber es sollen abwechselnd jetzt die Parteien die Milch bei den Bauern erhalten, welche bis jetzt an die Sennerei gewiesen wurden; es sollen die andern die Milchnot auch empfinden."

Weiters klagten sie über die über Dornbirn verhängte Käsesperre und die mangelnde Brennholzversorgung.[18] Bürgermeister Luger gab zu, "daß einzelne Milchlieferanten mehr liefern könnten", daß aber die Kontrolle wegen der Weitläufigkeit des Stadtgebietes sehr schwierig sei. Er vertröstete die Demonstranten und wies darauf hin,

> "daß derartige Aufläufe nicht geeignet seien, zur Linderung der Not Hilfe bringen zu können, das entspreche nicht dem Ernst der Lage, hindere die ernste und fruchtbringende Bera-

Nicht nur während des Ersten Weltkrieges hieß es wie hier Schlange stehen: Der Start in die Republik war gekennzeichnet durch Versorgungsmängel und den Zusammenbruch der Währung

tung, störe die Sachlichkeit der Verhandlungen, es verschärfe bestehende Gegensätze zwischen Produzent und Konsument und rufe den Widerstand anderer hervor; die Führer und Veranstalter leisteten sich selbst und der ganzen konsumierenden Bevölkerung durch solche Vorkommnisse schlechte Dienste."[19]

Die Mehrheitsfraktion warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten das Volk von der Straße in die Gemeindestube geholt und damit die Beratungen fast zwei Stunden verhindert sowie die "ruhige Arbeit" fast unmöglich gemacht. Nach dieser Auseinandersetzung verließen die sozialdemokratischen Mitglieder des Wirtschaftsrates den Sitzungssaal.

War die Gefahr eines Umsturzes durch die Räte in Vorarlberg in Wirklichkeit auch nicht gegeben, so boten die Unruhen in Dornbirn der Landesregierung doch einen willkommenen Vorwand, den Kampf gegen die "Bolschewiken" zu intensivieren. Die Räterepubliken im benachbarten Bayern und in Ungarn wurden

von den Konservativen als Bedrohung empfunden, und die Landesregierung hatte deshalb ein Hauptziel: Die Revolution sollte draußen vor der Tür bleiben.[20]

Die Bolschewiken-Furcht war auch Ausdruck der Zukunftsangst der bürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die sich von der neuen Gesellschaftsordnung bedroht fühlten. Die weltanschaulichen und religiösen Vorbehalte gegen die Republik erzeugten Verunsicherung und Angst, die auf der einen Seite zu einem Zusammenrücken der "Bürgerlichen" führte, auf der anderen Seite zu einer verstärkten Abwehr all jener, die nicht so empfanden und dachten. Dabei richtete sich das Mißtrauen nicht nur gegen die Kommunisten, die eine gewaltsame Veränderung der sozialen Verhältnisse anstrebten, sondern vor allem gegen die Sozialdemokraten, die ebenfalls als "Bolschewiken" apostrophiert wurden.[21] Die Abwehrhaltung gegen das "rote Wien", die Brandmarkung der Sozialdemokraten als "Bolschewiken" und ein ausgeprägter Antisemitismus gingen dabei Hand in Hand.[22]

Nach dem Krieg wurden "die" Juden von den Christlichsozialen in mehrfacher Hinsicht zum Feindbild und Sündenbock gestempelt. Neben alte Vorurteile - die Anschwärzung als Antichristen und Jesusmörder - traten neue: Sie wurden zum Symbol für Fremdrassigkeit und Nichtalemannentum, Kommunismus und Bolschewismus, sie wurden für den verlorenen Krieg und die Nachkriegsnot verantwortlich gemacht.[23]

Der Kampf gegen die "verjudete" Wiener Regierung war nach 1918 ein wesentliches Element christlichsozialer Politik in Vorarlberg.[24] Dies zeigte sich auch bei der Versammlung der christlichsozialen Ortspartei am 2. Dezember 1918, bei der Prof. Dr. Emil Schneider, der nachmalige Unterrichtsminister, zum Obmann gewählt wurde.[25] Zu seinem Stellvertreter bestellte man Martin Natter. Auf dieser Versammlung hielt der neue Stadtparteiobmann ein Grundsatzreferat über die künftige Politik der Christlichsozialen in "der neuen Zeit", das mit antisemitischen Äußerungen geradezu gespickt war:

> "Wir wählen, weil das Volk nun selbst der Staat ist, und wir einem Staate angehören müssen. Welchem Staate wir angehören werden, das ist noch ungeklärt; aber das eine ist uns bewußt, wenn man uns eine Wiener Judenregierung aufhalsen will, dann werden wir Vorarlberger entscheiden können, wohin wir nicht wollen ... Wir wollen nicht von der Klassenherr-

schaft des Großkapitals unterjocht bleiben, darum los von den Juden – und darum los von den Sozialdemokraten. Wir sind Christen und anerkennen Gottesgewalt über allem, auch über der Volksregierung; wir wollen, da wir schon keinen Kaiser-Herrscher mehr haben, vielweniger noch einen Juden ... haben, der in frecher Judenart das Volk knechtet, wie Kurt Eisner[26] die Bayern ... Von den Juden, ihrem ungeheuren Einflusse in Staat, Presse, Schule und Wissenschaft müssen wir uns lossagen mit Gewalt, wir sind 97 und sie 3 Prozent, und doch regieren sie uns: das ist eine Schande. Im Kampfe gegen das kapitalistische Judentum treffen wir die Sozialdemokraten, sie sind von den Juden geschult, gedrillt und geführt und unterstützt; mit dem Judenkapitalist [ist] ein Teil der Freisinnigen enge verbunden; hier müssen die Freisinnigen eine Operation vornehmen – auch wenn der Freisinn Opfer bringen müßte."[27]

Die Rede Schneiders fand Beifall im "Vorarlberger Volksblatt", das besonders die "Sachlichkeit" des Redners unterstrich. Diese Zeitung heizte die antibolschewistische Stimmung im Lande an und polemisierte gegen die Sozialdemokraten, die – wie im 19. Jahrhundert – als potentielle Staatsfeinde betrachtet wurden:

"Eine Gruppe von Sozialdemokraten, vielfach Landesfremde planen einen Anschlag auf die Freiheit und auf die Verfassung des Landes. Ihr Ideal ist die Räterepublik, die Gewaltherrschaft des Proletariats ... Die Fremden wollen herrschen; dem bodenständigen Vorarlberger, verwachsen mit der heimatlichen Scholle, droht das Gewaltjoch russischer Herkunft und halbasiatischer Art."[28]

Die reale Bedrohung der herrschenden Schichten war in Vorarlberg gering. Dennoch wurden die bewaffneten "Volksmilizen" ausgebaut, um die politische und militärische Macht des Bürgertums weiter zu stärken.[29]

Den Sozialdemokraten sollte auch auf der Straße Paroli geboten werden: Das Sprachrohr der Christlichsozialen, das "Volksblatt", rief deshalb zu antibolschewistischen Massenkundgebungen am Palmsonntag des Jahres 1919 auf.[30] Auch in Dornbirn demonstrierten die Bürgerlichen gegen die "bolschewistischen Kräfte".[31]

Bei dieser Massenkundgebung nahmen circa 5.000 Demonstranten teil. Neben Bürgermeister Engelbert Luger trat als Vertreter der deutsch-freiheitlichen Partei Dr. Bruno Karrer auf und

sprach über die "wahre Demokratie". Nach Ansicht des "Volksblattes" bildeten die Ausführungen des Christlichsozialen Martin Natter den Höhepunkt der Versammlung. Der Redner habe "den Bolschewismus und den Sozialismus auf Grund eigener, in Rußland gesammelter Erfahrungen trefflich gekennzeichnet" und nicht unterlassen, "die notwendigen Nutzanwendungen zu machen".[32]

## Hunger, Wohnungsnot und Heimkehrer

Die Handlungen der "roten Rebellen" wurden in starkem Maße von den elenden Lebensbedingungen und der materiellen Not in der Stadt diktiert, denn die Versorgungslage war in der unmittelbaren Nachkriegszeit für den überwiegenden Teil der Bevölkerung sehr prekär.[33]

In der sozialdemokratischen "Wacht" wurden für den herrschenden Mangel die heimischen Bauern hauptverantwortlich gemacht, da sie Wucherpreise verlangten:

> "Den Herrn Schwarzen fällt es zum Beispiel nicht ein, den Bauern, die ja die meisten christlichsoziale Wucherer sind, anzuraten, die Milch, die so manches arme Kind so bitter entbehren muß, etwas billiger zu verkaufen. Aber heute hat ja schon lange die Lehre von der christlichen Nächstenliebe dem Wucher weichen müssen, sonst könnte man nicht den armen Familien das Fett zu 20 Kr. verkaufen. Natürlich muß da das meiste für die Kapitalisten bleiben, denn jene zahlen ja 50 Kr. auch."[34]

Um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, versuchte die Stadtverwaltung einerseits den Anbau von Getreide mit allen Mitteln zu fördern, andererseits wurden die Kontrollen verschärft: Die "Ernteerfassungskommission" versuchte den Schwarzhandel in den Griff zu bekommen. Die neue Viehverkehrsordnung vom 23. April 1919 sah vor, daß der gesamte Viehbestand registriert werden mußte. Für jeden Viehbesitzer wurde ein Kontrollblatt angelegt, nach dem ihm die Viehlieferungen vorgeschrieben wurde. Auch die Preise wurden amtlich festgesetzt, und der Handel kontrolliert. Außerdem wurde ein eigenes "Milchamt" zur Erfassung der Milch geschaffen. Jenen Bauern, die zuwenig Milch lieferten, sollte die Brotkarte entzogen werden.[35]

Trotz dieser Maßnahmen verschlechterte sich die Situation im-

mer mehr. Die importierten Lebensmittel wurden ständig teurer, und die grassierende Maul- und Klauenseuche reduzierte das Schlachtvieh so, daß der Wirtschaftsrat zwei fleischlose Tage pro Woche einführen mußte.[36]

Verschiedene Hilfsaktionen suchten die ärgste Not zu lindern, so die Sammelaktionen des Frauenhilfswerkes, des städtischen Hilfsausschusses, der Witwen- und Waisen-Vereinigung[37] und der amerikanischen Kinderausspeisung. Besonders die Kinderverköstigung war für die unterernährten Jugendlichen geradezu lebenswichtig:

> "Die Stadt erhält in einigen Tagen eine Lebensmittelmenge, welche zur Verabreichung von täglich 1940 Kinder-Portionen während des Monats Juli ausreichen soll, wobei der Nährwert einer Portion einem Liter Vollmilch zu entsprechen hätte. An der Ausspeisung können bedürftige Kinder bis zum Alter von von 14 Jahren ohne Unterschied des Standes der Eltern teilnehmen. Nur Kinder aus Haushalten, die sich mit Milch selbst versorgen, sind ausgeschlossen, im Übrigen ist der Stand der körperlichen Bedürftigkeit maßgebend."[38]

Neben der Ernährungssituation stellte in der Nachkriegszeit die Wohnungsnot ein Hauptproblem für die ärmeren Schichten dar.[39] Für die Sozialdemokraten wurde die Wohnungsfrage zu einem kommunalpolitischen Dauerbrenner. Sie brachten unter anderem am 3. Dezember 1919 einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem gefordert wurde, eine zwölfgliedrige Kommission, bestehend aus je vier Vertretern aller Parteien einzusetzen. Deren Aufgabe hätte sein sollen, bezirksweise alle zu Wohnzwecken geeigneten Lokalitäten zu besichtigen und einen Wohnungskataster anzulegen. Insbesondere sollte die Kommission bei der Aufnahme aller Wohnungen prüfen, in wie weit Wohnungen unzulänglich benützt waren.[40]

Der Obmann des Wohnungsausschusses – der spätere Stadtchronist – Stadtvertreter Martin Natter erachtete eine Aufnahme von Haus zu Haus als nicht notwendig und befand die bestehenden Kontrollmechanismen für ausreichend. Mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Deutschnationalen wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

In der Nachkriegszeit wurden in Dornbirn Wohnbaracken als Wohnbehelfe erstellt[41], die bis in die dreißiger Jahre bestehen blieben. Die Wohnsituation in diesen Baracken war sehr trist und

bot kommunalpolitischen Zündstoff.[42] Ein weiteres gravierendes Problem für die kommunale Verwaltung stellte die Wiedereingliederung der heimkehrenden Soldaten dar, die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen waren.

Um der Arbeitslosigkeit im Lande Herr zu werden – die Zahl der Unterstützten betrug zu Jahresbeginn 1919 noch an die 10.000 – wurde eine Landesbehörde, die "Industrielle Bezirkskommission", eingerichtet.[43] Im Sommer mußten alle noch vorgemerkten Arbeitslosen vor einer Ärztekommission erscheinen. Die Untersuchung zeigte, daß mehr als die Hälfte nur für leichte Arbeiten einsetzbar war.[44] In Dornbirn wurden 115 Arbeitslose vorgeladen, von denen 62 nur leichte Tätigkeiten ausüben durften, 24 waren überhaupt arbeitsunfähig.[45]

Viele jedoch bekamen keine Unterstützung: Sie waren gezwungen, zu niedrigsten Stundenlöhnen Gelegenheitsarbeiten zu verrichten. Mehrere Arbeiter prangerten in der sozialdemokratischen "Wacht" die Praxis der Gemeinde an. Sie bezahle

> "50–54 Heller Stundenlohn, so daß der, der die Arbeitslosenunterstützung bezieht, besser dran ist. Glauben vielleicht die Herren, daß der Arbeiter, der bis zu den Ohren im Dreck steckt, von der Luft lebt und statt Kleider am Leibe nackt herumläuft. Sie, die einen schönen Gehalt einstecken und im Warmen, Trockenen sitzen, wollen sie es nicht begreifen oder sind sie noch so weit rückständig, daß sie die Lage der Arbeiter nicht erkennen?"[46]

Wie trist die Lage war, zeigt die Bilanz des Arbeitsamtes. Allerdings sind die Zahlen von 1919 problematisch, da alle Heimkehrer, die jemals in eine Krankenkassa Beiträge einbezahlt hatten, zunächst eine Arbeitslosenunterstützung erhielten.[47]

Im Zeitraum vom 18. November 1918 bis zum 31. Dezember 1919 wurden vom Dornbirner Arbeitsamt folgende Vermittlertätigkeiten durchgeführt: Offene Stellen: 2.453; Arbeitssuchende: 7.180; Vermittelte: 1.283.[48]

Auf Versammlungen machten die SDAP, der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat und die Textilarbeiter-Union auf das Los der Arbeitslosen und der Heimkehrer aufmerksam.[49] Doch ihre Integration war schwierig. Maria Bohle hielt dazu fest:

> "Leider fanden die heimkehrenden Krieger von der Front und aus der Gefangenschaft nicht das, was ihnen nach den ungeheuren Strapazen gebührt hätte. Sie wurden besonders von

jenen, welche im Hinterlande während des Krieges ihre Geschäfte machten, mit Mißtrauen angesehen und als Meuterer taxiert. Die Ehrung der heimkehrenden Helden, von der die Geschichte soviel schreibt, war zur Sage geworden."[50]

Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Spannungen kennzeichneten also die Anfangsphase der Republik. In diesem Klima der Unsicherheit fanden im Jahre 1919 die ersten Wahlen im neuen Staat statt.

## 2.3. Das Wahljahr 1919

Die politischen Fronten waren im Wahljahr 1919 klar abgesteckt: Die Christlichsozialen vertraten die Werte der katholischen Kirche, sie sahen "die Heimat" und "den Glauben" in Gefahr und wiesen "Angriffe auf das Eigentum" zurück. Die ersten Listenplätze bei den Gemeinderatswahlen nahmen Bürgermeister Engelbert Luger, der Fotograf Albert Winsauer, der Wagnermeister Otto Fußenegger, die Bauern Martin Wohlgenannt, Anton Klocker und Josef Anton Ölz, Professor Franz Binder und der Stadtbeamte Martin Natter ein.

Als politische Hauptgegner galten nunmehr die Sozialdemokraten, denen "nichtalemannisches Verhalten", "Freimaurerei" und "Bolschewismus" vorgeworfen wurde. Ihre Bekämpfung galt als Gewissenspflicht. Klerus und Industrielle waren sich darin einig, daß der Einfluß der Sozialdemokraten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingeschränkt werden sollte.

Die Deutsche Volkspartei[1] vertrat den rechten Laizismus: Sie war deutschnational, antiklerikal, antimarxistisch, wirtschaftsorientiert und antisemitisch.[2] Listenführer war der Rechtsanwalt Dr. Franz Feierle. Hinter ihm kandidierten bei der Gemeinderatswahl der Malermeister Friedrich Türtscher, der Fabrikant Hubert Rhomberg und der Schulleiter Hans Martin.

Die Liste der SDAP führte Realschulprofessor Johann Julius Emig an. Hinter ihm standen der Kassier der Konsumgenossenschaft Josef Diem und der Bauer Thomas Rein auf der Liste. An vierter Stelle war der Arbeitersekretär Anton Linder gereiht.[3]

Die ersten Wahlkämpfe in der neuen Republik wurden aggressiv geführt. Bei der großen christlichsozialen Wahlkundgebung am 9. Februar 1919 hielten Jodok Fink (zu dieser Zeit Staatsrat),

Landeshauptmann Dr. Otto Ender, Altlandeshauptmann "Exzellenz" Adolf Rhomberg und Dekan Ender Wahlreden, in denen sie ihrem christlichsozialen Fußvolk die eminente Bedeutung der ersten Nationalratswahlen am 16. Februar 1919 nahe brachten.[4] Zum ersten Mal schritt auch die Bevölkerung von Dornbirn zur Wahlurne nach Maßgabe eines allgemeinen, direkten und geheimen Wahlgesetzes mit Wahlpflicht.

Durch das Frauenwahlrecht hatte sich die Anzahl der Wahlberechtigten bei Nationalrats- und Landtagswahlen ungefähr verdoppelt.[5] Deshalb bemühten sich alle wahlwerbenden Parteien in besonderem Maße um dieses Wählerpotential. Dabei wurde den Wählerinnen das Blaue vom Himmel versprochen. Die Deutschnationalen sollen zum Beispiel ein Flugblatt herausgegeben haben, in dem sie ankündigt hätten, daß nach ihrem Wahlsieg keine Hausfrau mehr darben müsse.[6] Auch eine deutschnationale Frauenorganisation wurde geschaffen.

Am 26. Jänner 1919 fand die Gründungsversammlung des deutschen Frauenvereins Dornbirn statt, zu der alle "deutschen Frauen und Mädchen und die Mitglieder des deutschen Volksvereins für Vorarlberg" eingeladen wurden.[7]

Parallel dazu hielt der Christlichsoziale Volksverein für das Land Vorarlberg eine Frauenversammlung ab: Fachlehrerin Johanna Stricker aus Bludenz sprach zum Thema: "Warum und wie sollen wir wählen?", und Pfarrer Emanuel Thurnher hielt eine Referat über die "Christliche Frauenwürde im Sonnenlichte geschichtlicher Wahrheit":

> "Alle katholisch denkenden und fühlenden Frauen und Mädchen von Dornbirn erscheinen bei dieser Versammlung, um Zeugnis zu geben von ihrem Eintreten und Festhalten an alter Vorarlberger Frauenwürde und Frauensitte und um flammenden Einspruch zu erheben gegen die Angriffe auf ihre heiligsten Güter auf Erden, die Angriffe auf die christliche Schule und Familie, auf Frauenrechte und Frauenehre."[8]

Die christlichsoziale Propaganda, die die "heilige Verbindung" Frau-Kirche-Küche ins Zentrum rückte, brachte Erfolg: Die Christlichsozialen profitierten eindeutig vom Frauenwahlrecht, der politische Katholizismus wurde gestärkt.[9]

Die Sozialdemokratische Frauenorganisation Dornbirn, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg existierte, holte zwar als Rednerin die "Genossin Ducia" aus Innsbruck, konnte aber keine breite

Mobilisierung ihrer Vorarlberger Geschlechtsgenossinnen erreichen.[10]

Trotz Krieg und Übergang zur Republik blieb das Stärkeverhältnis der politischen Lager im Vergleich zu den letzten Wahlen in der Monarchie ungefähr gleich. Jedenfalls hielt sich die von Natter im "Politischen Gedenkblatt" behauptete Schwächung der bürgerlichen Parteien sehr in Grenzen:

> "Nach dem Weltkriege 1914 bis 1918 waren die bürgerlichen Parteien geschwächt; zahlenmäßig und auch an Stoßkraft gestärkt trat die Sozialdemokratie auf den Plan; Februar und März 1919 [gab es] große, nächtliche Monsterversammlungen der Roten auf dem Marktplatz, blutrünstige Reden wurden vom 'Roten Haus' aus gehalten. Eine mächtige bürgerliche Gegenkundgebung machte dem Spuk ein Ende; daneben trat noch der Bauernbund (bei uns Landbund) auf, Abtrünnige aus den bürgerlichen Lagern, geführt durch Liberale und weltanschaulich manchmal nicht weit von den Sozialdemokraten entfernt."[11]

Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 gaben von den 8.852 Wahlberechtigten 7.764 (87,7 Prozent) ihre Stimme ab. Auf die CVP entfielen 3.657 Stimmen (48,2 Prozent), auf die SDAP 2.242 (29,5 Prozent). Die DVP erreichte 1.591 Stimmen (20,9 Prozent), die neu gegründete Wirtschaftspartei nur 97 (1,3 Prozent).[12] Im Vergleich zum Landesergebnis schnitten die Christlichsozialen unterdurchschnittlich, die beiden anderen Lager überdurchschnittlich ab.[13]

Bei den Landtagswahlen am 27. April konnte die CVP ihren Stimmenanteil erhöhen. Von den 6.926 gültigen Stimmen entfielen 55,0 Prozent (3.806 Stimmen) auf diese Partei. Etwas schlechter fiel das Wahlergebnis für die Sozialdemokraten aus. Die SDAP erhielt 1.728 Stimmen (24,9 Prozent); die DVP büßte gegenüber der Februar-Wahl ebenfalls Stimmen ein (1.247 Stimmen; 18 Prozent).[14]

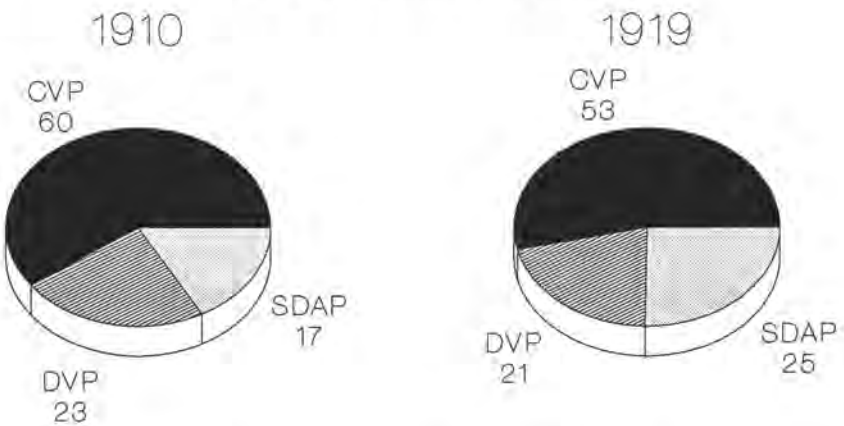
Ein Vergleich mit den Ergebnissen in den anderen Gemeinden zeigt, daß die DVP in Dornbirn ähnlich stark war wie in Bludenz, Feldkirch und Lustenau. Nur in Bregenz, wo die DVP den Bürgermeister stellte, lag der Stimmenanteil wesentlich höher, nämlich bei 25,3 Prozent. Im Landesdurchschnitt erreichte sie 10,7 Prozent.[15] Die Christlichsozialen, die in Dornbirn deutlich unter dem Landesschnitt blieben, konnten im Land mit 63,8 Prozent der Stimmen im

Rücken unangefochten regieren. Die SDAP war die zweitstärkste Fraktion mit 18,8 Prozent Stimmenanteil.[16]

Am 18. Mai schritten die Wählerinnen und Wähler zum drittenmal in diesem Jahr zur Wahlurne. An diesem Tag wurde der erste Gemeinderat der Ersten Republik gewählt.

Auch bei dieser Wahl wurden die bestehenden politischen Machtverhältnisse konsolidiert. Zwar konnten die Sozialdemokraten gegenüber der letzten Gemeinderatswahl in der Monarchie – jener "historischen" Wahl von 1910 – etwas zulegen, die absolute Mehrheit der CVP blieb jedoch bestehen. Somit wurde der Vorkriegsbürgermeister Engelbert Luger, der Listenführer der CVP, auch der erste Nachkriegsbürgermeister.

Vergleich der Gemeinderatswahlen 1910–1919




Bei einer Wahlbeteiligung von 89,86 Prozent (7.912 Wahlberechtigte, 7.110 gültige Stimmen) entfielen auf die CVP 53,1 Prozent der gültigen Wählerstimmen (3.658). Die Sozialdemokraten erzielten beinahe das gleiche Ergebnis wie bei den Landtagswahlen (1.752 Stimmen oder 25,4 Prozent). Sie blieben damit knapp vor der DVP, den ehemalig Deutschfreisinnigen, die auf 1.472 Stimmen kam (21,3 Prozent).[17]

Damit ergab sich für den neuen Gemeinderat folgende Mandatsverteilung: 22 Sitze für die CVP, zehn für die SDAP und acht für die DVP. Engelbert Luger wurde mit 21 von 40 Stimmen

zum Bürgermeister gewählt. 19 Stimmzettel waren leer.[18] Die CVP stellte neben dem Bürgermeister fünf Stadträte, die beiden anderen Parteien je zwei: Die CVP nominierte Albert Winsauer, Otto Fußenegger, Martin Wohlgenannt und Josef Rüf, die DVP Dr. Franz Josef Feierle und Johann Martin, die SDAP Professor Julius Emig und Josef Diem.[19]

Nach der Wahl hielt der Bürgermeister eine kurze Ansprache, in der er die Bewältigung der schwierigen Ernährungslage als die wichtigste Aufgabe der Gemeindevertretung herausstrich.[20]

Im Namen der SDAP überreichte Anton Linder dem designierten Bürgermeister eine Erklärung mit der Begründung, warum sich die Sozialdemokraten bei der Bürgermeisterwahl der Stimme enthalten werden. Die SDAP stellte darin fest, daß sie "jede Verantwortung" für die Wahl Lugers ablehne:

> "Eingedenk der Erfahrungen, die wir in den Jahren gemacht haben, da Sie, meine Herrn von der Majorität, unbeschränkt auf Grund eines Wahlrechtes die Macht in der Gemeinde inne hatten, können wir Ihnen kein Vertrauen entgegenbringen."[21]

Die berufsmäßige Zusammensetzung der Stadtvertretung zeigt, wie sehr die Gemeindepolitik in der "Industriestadt" Dornbirn vom bäuerlich-kleingewerblichen Milieu dominiert wurde. Die Arbeiterschaft war in diesem Gremium völlig unterrepräsentiert. Die Mehrheitsfraktion schickte acht Bauern, fünf Vertreter aus dem Kleingewerbe, drei Lehrer, zwei Angestellte, einen Professor, einen Ingenieur und zwei städtische Bedienstete (Stadtsekretär Rinderer, der 1934 Bürgermeister wurde, und den künftigen Stadtchronisten Natter) in die Gemeindevertretung.

Listenführer der DVP war Rechtsanwalt Dr. Franz Feierle. Neben Stadtrat Schuldirektor Johann Martin bildeten ein Malermeister, ein Fabrikant (Hubert Rhomberg), ein Privatbeamter, ein Wirt, ein Kaufmann und ein Ingenieur das rechtslaizistische Lager.

An der Spitze der SDAP-Vertretung stand Professor Emig. Neben dem Arbeitersekretär Anton Linder vertraten der Kassier der Konsumgenossenschaft, ein Bauer, ein Schneidermeister, ein Arzt, ein Postbeamter, ein Elektriker und eine einzige Frau, Fani Metzler, die Anliegen der Arbeiterpartei.

Interessante Ergebnisse bringt ein Vergleich der einzelnen Sprengel. Völlig "schwarz" wurde im bäuerlich-agrarisch strukturierten Sprengel 12 (IV. Bezirk-Haselstauden) gewählt. Hier fielen im Februar 1919 69 Prozent und im April 72,5 Prozent der Stim-

men (382 von 527) an die CVP. Bei den Gemeinderatswahlen mußte die Luger-Partei einen deutlichen Einbruch hinnehmen: Nur mehr 60,4 Prozent wählten die CVP. Auf Gemeindeebene wanderte ein Teil der christlichsozialen Wählerschaft zum völkischen Lager ab. Die DVP erreichte in diesem Sprengel bei den Landtagswahlen 14,9 Prozent der Stimmen, bei den Gemeinderatswahlen jedoch 22 Prozent.

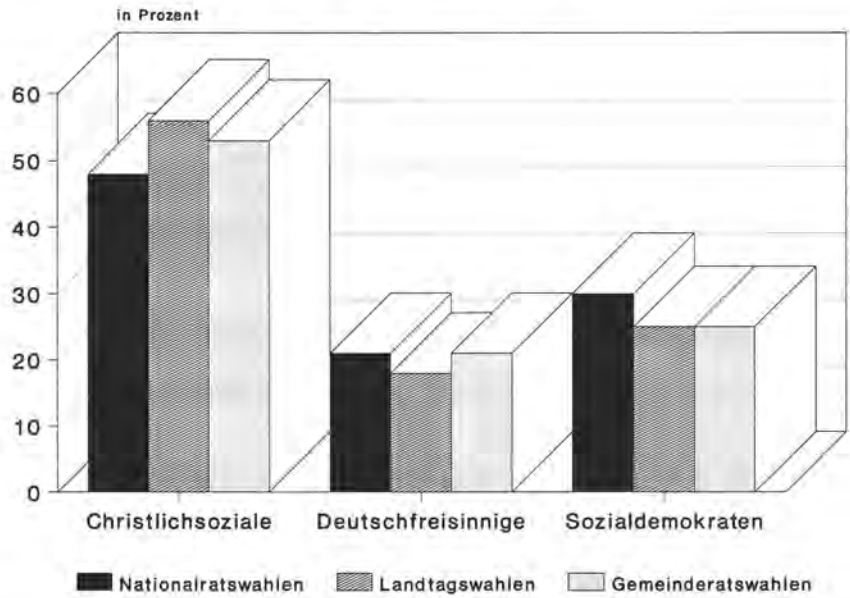
Besonders stark war die DVP naturgemäß im Zentrum (2. und 3. Sprengel). Hier waren die Stimmen fast genau gedrittelt. So stimmten bei den Gemeinderatswahlen 452 für die CVP, 407 für die SDAP und 404 für die DVP.

Als sozialdemokratische Hochburg erwies sich der Sprengel 1 im I. Bezirk.[22] Das Wahllokal befand sich ausgerechnet im katholischen Gesellenhaus. Am besten schnitt die SDAP in diesem Sprengel bei den Nationalratswahlen mit 46,3 Prozent der Stimmen (282 von 609) ab. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen war das Ergebnis etwas schwächer (41,7 Prozent bzw. 40,6 Prozent).

Bei den Nationalratswahlen 1920 wurden – wie im ganzen Land – in Dornbirn männliche und weibliche Stimmen gesondert gezählt (in elf von zwölf Sprengeln; im 3. Sprengel erfolgte keine Trennung der Stimmen).

Das Ergebnis ist eindeutig: Bei der CVP sind 2.130 Frauenstimmen gegenüber 1.382 Männerstimmen ausgewiesen. Ein Überhang an Frauenstimmen läßt sich auch im deutsch-völkischen Lager feststellen: 584 Frauen gaben der DVP ihre Stimme, jedoch nur 555 Männer. Bei den Sozialdemokraten dominierten eindeutig die Männer: 993 Männer wählten sozialdemokratisch, aber nur 783 Frauen (allein im 8. Wahlsprengel herrschte eine gegenläufige Tendenz, hier wählten nur 66 Männer die SDAP, jedoch 82 Frauen). In einzelnen Wahlsprengeln – im bäuerlich-agrarischen Bereich – wählten mehr als doppelt soviele Frauen als Männer christlichsozial (im Wahlsprengel 12: 226 Frauen gegenüber 111 Männern).[23]

Wahlvergleich 1919




## Die "Anschlußabstimmung"

Im Jahre 1919 fand noch ein weiterer Wahlgang statt: die "Anschlußabstimmung" an die Schweiz.[24]

Bereits einen Tag nach dem Regierungsverzicht von Kaiser Karl hielt der Lustenauer Lehrer Ferdinand Riedmann seine erste öffentliche Rede, in der er den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz forderte. Ihm schien dieses Land all das zu bieten, was Deutschösterreich fehlte: wirtschaftlicher Wohlstand und bürgerliche Sicherheit. Die Argumente Riedmanns und seines Mitstreiters Dr. Paul Pirker aus Bregenz im "Werbeausschuß für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz" fielen gerade bei jenen Bevölkerungsgruppen, die an den Folgen des verlorenen Krieges besonders zu tragen hatten, auf fruchtbaren Boden.[25] Jene Gruppen, die ihre soziale Stellung im neuen Staat weniger gefährdet sahen – die Ärzte, Rechtsanwälte, der höhre Klerus und der überwiegende Teil der Beamtenschaft, die geistig führende Schicht und die Fabrikanten – standen den Anschlußgedanken an die Schweiz

abwartend bis ablehnend gegenüber und tendierten eher nach Deutschland.

Die Abstimmung am 11. Mai brachte in Dornbirn einen deutlich höheren Anteil an Nein-Stimmen als im übrigen Lande (1.901 Nein-Stimmen).[26] Hier stimmten nur 4.839 mit Ja, das sind rund 70 Prozent der Stimmberechtigten und um 10 Prozent weniger als im Landesschnitt.[27]

Die deutschnationalen Anschlußgegner hatten sich im sogenannten "Schwabenkapitel" organisiert, das in Dornbirn sein Zentrum hatte.

Bei den Gegnern des Anschlusses an die Schweiz spielte die Tradition des Deutschnationalismus eine wesentliche Rolle.[28] Die Anhänger des rechten Laizismus stimmten deshalb am 11. Mai 1919 gegen die Anschlußpläne an die Schweiz. Sie wollten den "anderen Anschluß", den Anschluß an Deutschland, der durch die Ausrufung Deutschösterreichs scheinbar in die Nähe gerückt war. Die deutschnationalen Industriellen in Dornbirn zogen auch aus wirtschaftlichen Gründen eine "deutsche Lösung" - und den Anschluß Vorarlbergs an ein zu schaffendes "Großschwaben" - vor.[29]

Am Vorabend der Abstimmung wurden vom "Schwabenkapitel" - hinter dem die Industriellen standen - noch drei Versammlungen in Dornbirn abgehalten, um die "Frauen und Männer aller Stände, aller Parteien vor dem Schicksal, das unserem Lande droht", zu warnen.[30]

Fürchtete Hans Nägele bei einem Anschluß an die Schweiz die "Gefahr einer Überfremdung"[31] und beschwor den Verlust völkischer Substanz, so führte der Verband der Industriellen unter der Leitung von Julius Rhomberg politische und wirtschaftliche Argumente ins Treffen.[32]

Weder der Anschluß an die Schweiz noch der Anschluß an Deutschland ließ sich 1919 realisieren. Im Vertrag von St. Germain (Unterzeichnung am 10. September 1919) wurde die Angliederung der Republik Deutschösterreich an Deutschland untersagt.

Die Protagonisten des "Schwabenkapitels" allerdings treffen wir wieder: Sie werden in den dreißiger Jahren treibende Kräfte beim Aufkommen der NSDAP und bejubeln 1938 den "Anschluß" an Hitler-Deutschland als "Rückholung ins Reich". Neben Hans Nägele sei hier vor allem der Industrielle Theodor Rhomberg, der kurzfristige Vorsitzende der verbotenen NSDAP, erwähnt.[33]

# 3. Demokratisches Zwischenspiel: die Erste Republik

## 3.1. Demokratie mit ungleichen Lebensbedingungen

Um die dringendsten kommunalen Aufgaben zu lösen, fehlte der christlichsozialen Rathausmehrheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Geld. Die zu Beginn der zwanziger Jahre einsetzende Inflation ließ die Einnahmen-Ausgabenschere immer weiter auseinanderklaffen und führte zu einer desolaten Finanzsituation.

### Städtische Budgetpolitik

Die Gemeindevertretung versuchte mit Steuererhöhungen und Ausgabendrosselungen das immer größer werdende Budgetloch zu stopfen: Die Zuschläge zur Grundsteuer, zur Hausklassensteuer und zur Hauszinssteuer wurden angehoben, die Getränkesteuer wurde erhöht, eine Fremdenzimmerabgabe eingeführt, die Tanzveranstaltungen besteuert, die Hundetaxe angehoben, Straßenlampen aus Spargründen nicht mehr angezündet. In immer kürzeren Abständen nahm die Gemeinde Bundeskredite auf, um die notwendigsten Ausgaben bestreiten zu können: Obwohl der Stadtrat bereits während des Jahres 1922 zur Bestreitung der laufenden Kosten Kredite nötig hatte, mußte er im Jänner 1923 ein weiteres Darlehen von 450 Millionen Kronen anfordern, um das Budget 1922 auszugleichen. Auch im Ausland wurden Kredite aufgenommen: Die Sparkassa Berneck (Schweiz) gewährte der Stadt ein Darlehen von 200.000 Schweizerfranken.[1]

Ein Vergleich der Gemeindevoranschläge von 1922 und 1924 zeigt, welche Ausmaße die Inflationsspirale angenommen hatte: Die Ausgaben hatten sich innerhalb dieser beiden Jahre verzehnfacht, das Defizit vervierfacht.[2] Die letzte Phase der Hyperinflation setzte Mitte 1922 ein und entwertete die Kronenwährung vollständig.[3]

Das System der gleitenden Löhne sollte die Arbeiter und Angestellten vor den Auswirkungen der Inflation schützen, doch die

Löhne hielten mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt.[4] Die Gemeinde zahlte an die städtischen Angestellten, die Lehrer, die Geistlichen, die Spitalsärzte, die Kindergärtnerinnen usw. Teuerungszulagen bis zur Höhe von 75 Prozent des Grundlohnes aus.[5] Dennoch wurde der Mittelstand – öffentliche Bedienstete und andere Gehaltsempfänger – von der Inflation noch stärker als die Arbeiter getroffen. Nach der Währungsreform – der Schilling wurde eingeführt – stabilisierten sich die Budgetverhältnisse kurzfristig.

Mehrmals forderten die oppositionellen Sozialdemokraten und Deutschnationalen mehr Budget-Transparenz. Das Ansinnen, die wichtigsten Budgetposten im Gemeindeblatt zu verlautbaren, wurde jedoch vom christlichsozialen Bürgermeister mit dem Hinweis abgeschmettert, daß für die Bürger die Möglichkeit der Einsichtnahme im Rathaus bestehe.[6] Der deutschnationale Stadtvertreter Hans Martin gab namens seiner Fraktion 1925 eine Erklärung ab, in der er dagegen protestierte, daß die Ausführungen der Minderheitenvertreter "im Gemeindeblatt nicht jene Liebe und Sorgfalt in der Wiedergabe wie die Ausführungen der christlichsozialen Gemeindevertreter" fänden.[7]

Obwohl viele Wünsche der Opposition – vor allem ein Volksbad und der Neubau des Spitals wurden bei jeder Budgetdebatte gefordert – unerfüllt blieben, stimmten die Oppositionsparteien fast ausnahmslos den Budgetentwürfen zu. Regelmäßig gab der Obmann des Finanzausschusses, Vizebürgermeister Albert Winsauer, dem politischen Gegner dieselbe Antwort: Die Finanzlage der Stadt lasse diese Investitionen nicht zu. Die Stadt habe keine Rücklagen, der Spitalsneubau käme auf circa 1,5 Millionen Schillinge, die auf dem Kapitalmarkt nicht aufgetrieben werden könnten.[8]

Anhand des Budgets 1928 sollen die Hauptmerkmale der städtischen Bugetpolitik während der Ersten Republik veranschaulicht werden:

Die wesentlichsten Einnahmen waren die eingehobenen Steuern (S 294.221,23), die Zuschüsse vom Bund (S 334.035.–)[9] und die Lohnabgaben (271.5523,40). Die realen Gesamteinnahmen beliefen sich auf rund eine Million Schilling.

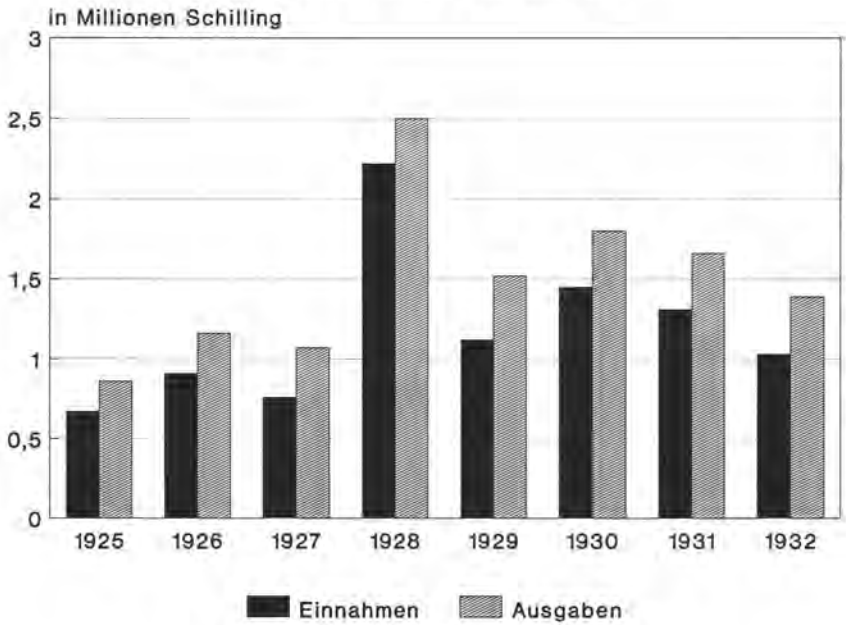
Mit diesen Eingängen konnten die notwendigsten Budgetposten bestritten werden: Aufwendungen für Zinsendienst und Rückzahlungen (S 320.291,83), die Besoldung der städtischen Angestellten (S 138.207,42), die Ausgaben für Brücken-, Straßen-

und Wasserbauten (S 240.013,80), die Ausgaben für das Schulwesen, das mit S 317,676,83 zu Buche schlug. Die restlichen Ausgaben lagen wesentlich darunter: Für die Armenfürsorge, den Gesundheitsdienst, das Polizei- und Feuerlöschwesen und die Vereinszuwendungen wurden insgesamt circa S 100.000.- aufgebracht.

Sämtliche Investitionen mußten mit Fremdkapital finanziert werden: In diesem Jahr wurden für die Neupflästerung allein 683.490.- Schilling aufgewendet. Für die Finanzierung der Wohnanlage Rüttenersch wurden S 172.260.- aufgenommen.

Die Einnahmen-Ausgaben-Explosion in der Budgetstatistik täuscht somit: In diesem Jahr wurde insgesamt S 1.227.405,07 Passivkapital eingesetzt. Die Schuldenaufnahme entsprach somit ungefähr der Jahreseinnahme.[10]

Budgetentwicklung 1925 bis 1932



Dieses Beispiel zeigt, wie gering der Spielraum für außerordentliche Aufwendungen war.

In diesen Jahren wurden für die Straßenpflästerung, für den Ausbau der Ebniter- und Bödelestraße und für die Fertigstellung der Trinkwasseranlage (1927) die meisten Mittel eingesetzt.

Mit dem Übergreifen der Weltwirtschaftskrise verschlechterte sich die Finanzlage der Stadt zu Beginn der dreißiger Jahre erneut beträchtlich.

### Kampf um bessere Lebensbedingungen

Während der Ersten Republik gingen in Dornbirn Demonstranten aus den verschiedensten Gründen auf die Straße. Dabei gab es große Aufmärsche, die von den parlamentarischen Parteien organisiert oder zumindest mitgetragen wurden, und spontane Aktionen mit anarchischem Charakter. Die letzteren stellten den Versuch dar, politische und wirtschaftliche Zielsetzungen durch den Druck der Straße zu verwirklichen.[11]

Bei den Arbeitskämpfen und Streiks, die sich aufgrund der sozialen Verhältnisse und der Nachkriegsinflation zu Beginn der zwanziger Jahre häuften, standen die staatlichen Institutionen – die Behörden und die Exekutive – in der Regel auf der Seite der wirtschaftlich Mächtigen.

Als am 21. Dezember 1919 im Möbelbetrieb Albert Niederer die Beschäftigten die Arbeit niederlegten, wandte sich der Firmenchef an die Landesregierung und ersuchte sie im Arbeitskonflikt um Beistand. Die Arbeiter, die bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung verlangten, hatten gleichzeitig gedroht, in die Schweiz und nach Deutschland abzuwandern. Dies sollte durch die Regierung unterbunden werden.[12]

Albert Niederer hatte bereits vor dem Weltkrieg bei einem Streik von sich reden gemacht: Der Schreinermeister bezog beim erwähnten Dornbirner Holzarbeiterstreik von 1910 Stellung gegen die Streikenden, was die Sozialdemokraten besonders schmerzlich traf, galt doch der Meister bis zu diesem Zeitpunkt als einer der ihren, und zwar als einer, der "das Maul nicht weit genug aufreißen" hatte können, um soziale Mißstände anzuprangern.[13] Niederer wurde nach dem Krieg Präsident des Vorarlberger Handels- und Gewerbebundes. Der ehemalige Sozialdemokrat

In der Anfangsphase der Republik kam es zu zahlreichen Streiks. So auch im Möbelbetrieb Albert Niederer.

wechselte damit auch die politische Front: Bei den Gemeinderatswahlen 1924 kandidierte er für die Großdeutsche Partei auf dem 3. Listenplatz, ab 1933 war er als "verbalradikaler Nationalsozialist" aktenkundig.[14]

Am wichtigsten waren in der Textilstadt aber Streikmaßnahmen in der Textilindustrie. Zu Beginn der zwanziger Jahre gab es eine Reihe von größeren und kleineren Arbeitskonflikten. Im März 1921 legte zum Beispiel die Belegschaft der Stickerei Studer die Arbeit nieder[15], im Mai brach ein wilder Streik bei I.M. Fußenegger aus.[16] Hierauf streikten im gleichen Monat – nachdem die Spinner, Weber und Bleicher eine Lohnerhöhung bis zu 70 Prozent gefordert hatten und die Industriellen nicht mehr als 15 Prozent zu geben bereit waren – sämtliche Textilbetriebe im Lande. Der Beschluß dazu ging von einer Demonstrationsversammlung in Dornbirn aus, auf der sowohl sozialdemokratische Funktionäre wie Samuel Spindler und Anton Linder als auch christlichsoziale Arbeitervertreter wie Martin Kaufmann für den Ausstand eintraten. Die Metallarbeiter unterstützen dieses Vorgehen und streikten ebenfalls.[17]

Auch am 23. und 26. August 1922 demonstrierten die Textilarbeiter, und vom 24. Mai bis zum 6. Juni 1923 streikten die Arbeiter in sämtlichen Dornbirner Bleichereien. Durch den Garnmangel mußten auch die Webereien die Arbeit einstellen. Die streikwilligen und kampfbereiten Textilarbeiter erreichten dabei ihr Streikziel: Die Löhne wurden erhöht.[18]

Einen untypischen Verlauf nahm der Streik bei der Firma Rüsch-Ganahl im Jahre 1924. Die Landesregierung trat in diesem Falle nämlich für die Streikenden ein.

Der Arbeitskonflikt brach aus, als die Firma mit dem Bau der Turbinen für das neue Wasserkraftwerk Gampadels einen Großauftrag des Landes Vorarlberg in Arbeit hatte. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen drohte die Firmenleitung sogar mit der Liquidation des Unternehmens. Am 14. Oktober fand im Mohrensaal eine Solidaritätskundgebung der Dornbirner Arbeiterschaft für die streikende Belegschaft statt. Nachdem die Streikenden auf ein Firmenultimatum, das die Entlassung der Streikführer bedeutet hätte, nicht eingegangen waren, wurden alle 89 Arbeiter fristlos gekündigt. Daraufhin suchten die Entlassenen um Arbeitslosenunterstützung an, ein Arbeitsschiedsgericht erklärte die Entlassungen jedoch für ungültig. Im ganzen Land wurde für die Streikenden gesammelt. Nunmehr schaltete sich die Landesregierung, die eine Verzögerung des Kraftwerkprojektes befürchtete, zugunsten der Belegschaft in den Arbeitskampf ein: Sie stellte der Firma eine Frist für die Beendigung des Konfliktes und drohte mit Auftragsentzug. Die Arbeiter, die mehrere Wochen vom kargen Streikgeld leben mußten, setzten sich in diesem Fall mit Hilfe der Landesregierung durch, die Firmenleitung mußte klein beigeben.[19]

Anders verlief der Textilarbeiterstreik im Jahre 1925: Er leitete den Niedergang der Textilarbeitergewerkschaft ein.

Sowohl die christlichsozialen Gewerkschafter als auch die sozialdemokratische Freie Textilarbeitergewerkschaft hatten Lohnforderungen angemeldet, die jedoch vom Industriellenverband unter Federführung von Julius Rhomberg sofort abgeschmettert wurden. Die Unternehmer drohten bei Streik mit Aussperrungen, einem Arbeitskampfmittel, das sie bereits mehrmals erfolgreich eingesetzt hatten. Am 31. Juli trafen sich im Dornbirner Arbeiterheim die Vertreter beider Gewerkschaften, um über einen Streikbeschluß zu beraten. Die am nächsten Tag

in den Betrieben durchgeführte Urabstimmung brachte jedoch keine entsprechende Mehrheit für die Streikwilligen.

Das führte zu Resignation und zu einem dramatischen Mitgliederschwund bei den Textilarbeitergewerkschaften, die nie besonders stark gewesen waren. Von den rund 10.000 Textilarbeitern in Vorarlberg waren 1926 nur mehr 772 in der Freien Textilarbeitergewerkschaft organisiert. Die Freie Textilarbeitergewerkschaft sank – ebenso wie die Christliche – in den folgenden Jahren zur völligen Bedeutungslosigkeit herab.[20]

Dennoch kam es auch in den folgenden Jahren zu weiteren erfolgreichen Arbeitskämpfen in anderen Branchen, so im Baugewerbe: Im April 1927 erkämpften sich die Dornbirner Bauarbeiter durch einen Streik höhere Löhne. In der Stadtvertretungssitzung vom 25. April verlas Bürgermeister Rüf einen Bericht der Bauleitung des städtischen Wasserwerkes. Durch den Streik der Bauarbeiter wurde die Fertigstellung des Werkes verzögert. Deshalb hatten alle Stadtratsfraktionen ein Interesse daran, den Arbeitskonflikt möglichst schnell zu beenden.

Der Abschluß eines Kollektivvertrages zwischen den Bauarbeitern und den Firmen Albrich und Genossen, Ruppel A.G. und Peter Sofia verzögerte sich über Gebühr. Deshalb legten am 20. April die Bauarbeiter die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus. Ein Verhandlungsteam unter Führung des Sekretärs der Freien Gewerkschaften der Bauarbeiter, Josef Pichler, begab sich zur Bauleitung des städtischen Wasserwerkes und bat, sie möge auf die Unternehmen entsprechend einwirken, damit es zum baldigen Abschluß eines Kollektivvertrages komme. Die Bauleitung nahm Kontakt mit den Baufirmen auf, die den Verband der Industriellen mit der Wahrung ihrer Interessen betrauten. Der Sozialdemokrat Anton Linder ersuchte den Stadtrat, einen Ausgleichsversuch zu machen, "zumal die Stadtgemeinde in Mitleidenschaft gezogen sei". Bürgermeister Rüf drängte ebenfalls auf rasche Wiederaufnahme der Arbeiten, allerdings appellierte er an die Firmen, der Arbeiterschaft zu geben, "was dem Bauvertrag und den heutigen Verhältnissen entspricht."[21] Die Baufirmen mußten schließlich im neuen Kollektivvertrag eine bessere Bezahlung zugestehen.[22] Es war der letzte große Streik in den zwanziger Jahren in Dornbirn.

Mitte der zwanziger Jahre hatten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konsolidiert. Nicht nur die Lebensbedin-

gungen der Arbeitnehmer besserten sich dadurch, sondern auch die Kommune konnte die Lösung des schwerwiegenden Wohnungsproblems in Angriff nehmen. Allerdings bestanden schwere Differenzen zwischen der Rathausmehrheit und der sozialdemokratischen Opposition, wie dies zu bewerkstelligen sei.

**Kampffeld Wohnungsbau:**
**für Eigenheime, gegen "unnatürliche Sozialisierung"**

Während der Ersten Republik konnte die in Dornbirn herrschende Wohnungsnot nicht behoben werden. Obwohl die Bevölkerung abgenommen hatte – 1914 zählte Dornbirn 17.416 Einwohner, fünf Jahre später nur mehr 13.526 –, war die Anzahl der Wohnparteien mit rund 3.300 gleich geblieben. Da aber 200 Mietwohnungen aufgelassen wurden, konnte der Wohnungsbedarf nicht gedeckt werden.[23] Beim Wohnungsfürsorgeamt waren im Jänner 1922 mehr als 400 wohnungssuchende Parteien vorgemerkt.[24]

Die großen Textilfirmen stellten zwar etliche Betriebswohnungen zur Verfügung, doch jene Arbeiter, die eine solche Wohnung erhielten, mußten damit rechnen, daß bei einer Entlassung auch die Wohnung verloren ging. Somit waren die billigen Betriebswohnungen nicht nur eine Hilfe für die Arbeiterschaft, sondern auch ein Druckmittel für die Unternehmer.[25]

Bis 1925 bestand für die Gemeinde die gesetzliche Möglichkeit, leerstehende Wohnungen "Wohnzwecken zuzuführen".[26] In Dornbirn wurde dies nicht praktiziert, daher änderte sich während der folgenden Jahre die prekäre Situation nicht. Delogierte Familien wurden 1927 notdürftig in einer Wohnbaracke im Schoren untergebracht. Doch es gab so viele wohnungslose Parteien, daß die Baracke in kürzester Zeit überfüllt war.[27]

Der Wohnungsbau, der praktisch völlig zum Erliegen gekommen war – von 1914 bis 1921 wurden nur sechs neue Wohnungen gebaut[28] –, war politisch heftig umstritten. Die Sozialdemokraten setzten verstärkt auf den genossenschaftlichen Wohnbau und die Erbauung von gemeindeeigenen Wohnungen, die Christlichsozialen sahen ihre Aufgabe in der Förderung des Eigenheimbaues. Zum einen vertraten sie die Hausbesitzer, die in den Mieterschutzgesetzen einen Eingriff in ihre Eigentumsrechte sahen, zum anderen hatten sie Angst vor einer "entwurzelten"

Industriearbeiterschaft. Sie wollten nicht "den Vorwurf einer unnatürlichen Sozialisierung sogar des kleinen Gebäudebesitzes ertragen müssen."[29]

Aber auch die Mittel fehlten, eine großangelegte Wohnungsbauoffensive zu starten: Bürgermeister Luger begab sich 1924 in der Hoffnung nach Wien, ein Bundesdarlehen aus den Mitteln der Arbeitslosenführsorge für den Wohnungsbau zu erhalten. Doch die Vorsprache blieb erfolglos.[30] Auch Kredite waren schwer zu bekommen. Die Bemühungen, im Jahre 1925 Darlehen in der Schweiz zu erhalten, scheiterten. Schließlich stellte die Krankenkassa Dornbirn ein Darlehen von 600 Millionen Kronen zur Verfügung.[31] Damit nahm die christlichsoziale Rathausmehrheit den Bau von Eigenheimen in Angriff: 1927 wurde die Wohnanlage im Steinat vollendet[32], in den Jahren 1928 und 1929 20 Ein- und Zweifamilienhäuser in Rüttenersch gebaut[33], im Jahre 1930 ebendort ein Sechsfamilienwohnhaus, im selben Jahr einige Wohnbauten an der Eisplatz- und Webergasse.

Die Darlehensvergabe folgte den "Satzungen des Wohnbaufonds des Landes Vorarlberg", ausgearbeitet von Dekan Fink.[34]

Doch mit diesem Eigentum-Wohnungsbauprogramm, das nur wenigen Familien zu einer Wohnung verhalf, konnte der drükkende Mangel an Wohnraum nicht beseitigt werden. Da im Jahrzehnt von 1920 bis 1930 die Bevölkerung um 2.079 Einwohner zunahm, verschärfte sich die Lage noch.

Während der "austrofaschistischen Zeit" – von 1933 bis 1938 – sollte nach der Vorstellung der christlichsozialen Stadtverwaltung die "Siedlerbewegung" die Wohnungsnot lindern.

Die Siedlerbewegung – die Aktion "Randsiedlungen" – hatte ihr Vorbild in Deutschland und wurde vom Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Josef Resch für Österreich übernommen.

Das Prinzip war einfach: Der Bund stellte einen günstigen Kredit zur Verfügung, die Stadt einen billigen Grund, auf dem sich meist arbeitslose Familienväter in Gemeinschaftsarbeit einfache Eigenheime erbauten. Die Baukosten wurden dabei möglichst niedrig gehalten. Standen die Häuser, so wurden sie unter den Erbauern verlost, damit keiner sich einen Vorteil schaffen konnte.

Die größte dieser Siedlungsanlagen in Vorarlberg war die Birkenwiese-Siedlung[35] mit 23 Häusern, die auf Initiative des Landtagsabgeordneten Josef Fäßler[36] zustande kam. Er war sozusagen der "Siedlervater".

Um den Bundeskredit für die Schaffung einer "Randsiedlung" zu erhalten, mußten bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden: Die Siedlerstellen mußten so groß sein, daß durch Kleintierhaltung der Lebensunterhalt erleichtert wurde (nicht unter 600 m², nicht über 2.500 m²); als Siedler kamen vorwiegend Langzeitarbeitslose, Kriegsinvalide und kinderreiche Familien in Frage. Die Kosten eines Hauses sollten S 5.000.– nicht überschreiten, von denen 90 Prozent der "Bundes-Wohn-und Siedlungsfond" als Darlehen gewährte, der Rest mußte vom Siedler als Eigenmittel aufgebracht werden.

Am 13. März 1934 wurde der Plan, eine Stadtrandsiedlung unter der Bahnlinie in der Höchsterstraße zu bauen, aufgegriffen und ein Ausschuß unter der Leitung des Bürgermeisters eingesetzt. Bereits am 11. April erfolgte der Baubeschluß. Da sich die Stadt nicht in der Lage sah, die Siedlung zu übernehmen, wurde im August die "Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Dornbirn G.m.b.H." gegründet. Obmann wurde Josef Fäßler.

Für dieses Projekt gewährte der Bund ein Darlehen in Höhe von S 103.500.–, die Stadt verkaufte den Grund zum Preis von 50 Groschen pro m², die Siedler hatten eine Eigenleistung im Gegenwert von S 1.000.– zu erbringen und S 500.– als Eigenmittel aufzubringen.[37]

Die Siedlerfeier und Häuser-Verlosung fand am 14. April 1935 im Vereinshaussaal statt:

> "Der junge Birkenwieslerbub Werner Thurnes durfte die Kärtchen ziehen, und die auf der Rückseite angeführten Verschen wurden von zwei Birkenwieslermädchen vorgelesen – die geraden Nummern von Waltraud Bell, die ungeraden von Reinelde Peter."[38]

Der Spruch bei Hausnummer 7 galt dabei als ein Grundmotto der Siedlerbewegung:

> "Pflanz Kartoffeln, Kraut und Rüben,
> Tu Dich fest im Guten üben,
> Schlachte Du das erste Schwein,
> Den Nachbarn lad' zum Wurstmal ein!"

Die "Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Dornbirn" baute in den folgenden Jahren im Porst 14 Häuser[39] und eine Wohnanlage im Vorach mit 26 Häusern.

Auch nach der Okkupation Österreichs im Jahre 1938 wurde dieser genossenschaftliche Wohnbau zunächst weitergeführt. Es

entstand die sogenannte "SS-Siedlung" Zanzenberg-Klotzacker mit 14 Wohneinheiten. Im April 1941 wurde im Gasthaus "Zur Flur" die Genossenschaft aufgelöst. Mit der Liquidation des Genossenschaftsvermögens in Höhe von RM 2.181.- wurde unter anderem Josef Fäßler beauftragt.[40]

Doch mit diesen Ausführungen haben wir vorausgegriffen: Zunächst gilt es jene ideologischen Positionen nachzuzeichnen, die auch in Dornbirn die Bevölkerung in den zwanziger und dreißiger Jahren entzweit haben.

## 3.2. Die führende Kraft: der politische Katholizismus

Für die Erste Republik gilt, was für die vorangegangenen Jahrzehnte festgestellt wurde: In Dornbirn prallten die weltanschaulichen Lager in aller Schärfe aufeinander, das Kulturkampfklima jener Zeit findet sich auch hier wieder.[1] Die politischen Frontstellungen wirkten tief auf das Alltagsleben ein. Dabei spielte der politische Katholizismus die führende Rolle.[2]

Es war schon davon die Rede, wie Dekan Ender von der Kanzel herab politisierte. Auch im eigenen Lager ortete er verderbliches sozialistisches Gedankengut. Am Josefitag 1919 wetterte er in der Kirche gegen die Haltung des christlichsozialen Arbeitervereines bei der Einführung des Achtstunden-Tages:

> "In der Werkstatt des hl. Josef war der Achtstundentag noch nicht eingeführt, und der hl. Josef stand nicht müßig auf den öffentlichen Plätzen herum und ließ sich von öffentlichen Geldern unterstützen."[3]

Gegen diese Äußerung protestierte der Dornbirner Arbeiterverein scharf, und er verlangte von der Parteileitung eine Zurechtweisung des Dekans. Der Seelsorger verbat sich eine Einmischung in seine Predigten.

Als Ender bei einer parteiinternen Klubsitzung für Altlandeshauptmann Adolf Rhomberg als Kandidat für die Landtagswahlen 1919 eintrat, war der Bruch endgültig: Martin Kaufmann verwahrte sich im Namen des christlichsozialen Dornbirner Arbeitervereins gegen diesen Vorschlag.[4] Der Konflikt ließ sich nicht beilegen und endete mit dem Austritt Enders aus der Parteileitung.[5]

Mit Altlandeshauptmann Adolf Rhomberg wurde 1921 eine der Galionsfiguren des politischen Katholizismus in Vorarlberg zu Grabe getragen.

Die rigorose Haltung Enders in "moralischen Fragen" sorgte für weitere Reibungsflächen. Als der Arbeiterverein in der Advents- und Weihnachtszeit 1919 das Schauspiel "Das Schloß am Meer" aufführte, beschwerte sich ein Pater beim Pfarramt wegen der angeblich moralisch zweideutigen Handlung, konnte doch der Verdacht eines vollzogenen Ehebruchs nicht von der Hand gewiesen werden. Dekan Ender stellte sich bei einer Predigt hinter diese Kritik. Dies rief den Christlichen Arbeiterverein erneut auf den Plan, und der Koflikt eskalierte so, daß Bischof Dr. Sigismund Waitz schlichtend eingreifen mußte.[6]

An der Spitze des katholischen Arbeitervereins standen während der Ersten Republik in Dornbirn der Priester Lorenz Dür (Präses von 1913 bis 1936), Alois Rohner (Obmann von 1918 bis 1927) und Thaddäus Stohs (Obmann von 1927 bis 1932). Ihm folgte Erwin Lintner nach.[7]

Zu Jahresbeginn 1919 zählte der Verein nur mehr 80 Mitglieder.[8] 1922 betrug der Mitgliederstand immerhin 157, doch dann stagnierte der Verein, und er mußte sogar Rückgänge hinnehmen. Am 1. Jänner 1928 hatte er nur mehr 92 Mitglieder. Die Schaffung einer eigenen Jungarbeitersektion im Jahre 1929 – treibende

Kraft war Hugo Heinzle – brachte nochmals kurzfristig einen neuen Schwung ins Vereinsleben. 1935 zählte man jedoch nur noch 65 Aktive.

Finanziell lebte der Verein vor allem von den Theateraufführungen, die von Johann Kilga organisiert wurden. Die Theatersektion war neben der Arbeitermusik "Zäzilia" das Herzstück des Vereins. Die Aufführungen sowohl der Theatergruppe als auch der Musik fanden – laut Jahresberichte der Obmänner – in der Öffentlichkeit breiten Anklang.[9] Durchschnittlich wurden im Jahr fünf Theaterstücke aufgeführt, 1929 zum Beispiel "Willis Frau" (einmal), "Der Dornenkranz einer Mutter", "Die Mühle im Edelgrund" und "Wetterleuchten" (je zweimal), "Die Hochzeit von Valeni" (dreimal).[10]

Als Hauptreferent bei den vierzehntägigen Vereinsabenden – im Schnitt waren circa 30 Personen anwesend – trat der Präses Lorenz Dür in Erscheinung. 1928 hielt er beispielsweise folgende Referate: "Ein Weltbild 1927", "Die heutigen modernen Zustände auf dem Gebiete der Kunst, Sittlichkeit und Religion", "Die Südtirolfrage im Parlament", "Freidenkerversammlung mit Christentum in Theorie und Praxis", "Bericht über die Landtagswahlen", "Christentum und Kapitalismus", "Sozialismus in Theorie und Praxis", "Henry Ford und seine Betriebe", "Kulturbilder und politische Rundschau", "Finanzgebarung des Landes", "Das Vereinsleben zur heutigen Zeit", "Zehn Jahre Republik", "Schwelende soziale Fragen und Wohnbauaktion der Regierung", "Die Ötztaler Ferner" und "Eine Reise in die Schweiz, Südtirol beziehungsweise Italien".[11]

Zum Vereinsleben gehörte außerdem die Teilnahme an Leichenbegängnissen, an Ausflügen und an diversen Prozessionen, vor allem aber an der Fronleichnamsprozession.

Der Verein konnte bei seinen Aktivitäten auf die wohlwollende Unterstützung der Stadtoberen rechnen: Die Bürgermeister Luger, Rüf und Rinderer waren Vereinsmitglieder, letzterer Vorstand der Arbeitermusik.[12]

Neben dem Katholischen Arbeiterverein existierte die Christliche Gewerkschaftsbewegung. Sie war das zweite Standbein der christlichen Arbeiterbewegung. Relativ stark waren die Christlichen Gewerkschaften in der Textilarbeiterschaft verankert. Dies zeigten die ersten Betriebsratwahlen im Jahre 1921.

Bei F.M.Hämmerle errangen die Christlichsozialen einen überwältigenden Wahlerfolg und stellten mit 17 von 28 Betriebsräten

die absolute Mehrheit. Nur auf 11 Mandate kamen die Sozialdemokraten. Anton Linder, der Sprecher der sozialdemokratischen Betriebsräte, und Samuel Spindler, der Gewerkschaftssekretär der Textilarbeiter, hatten eine bittere Niederlage einstecken müssen.[13] Linder erklärte hierauf, daß sich die sozialdemokratischen Betriebsräte bei den Vorstandswahlen der Stimme enthalten werden. Deshalb wurden in alle Funktionen christliche Gewerkschafter gewählt. Obmann wurde Otto Troidl.[14]

Wegen seiner Betriebsratobmanntätigkeit wurde er im Jahre 1923 vom Landesgericht Feldkirch wegen "Erpressung" zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Bei F.M.Hämmerle waren alle Beschäftigten entweder bei der sozialdemokratischen Union der Textilarbeiter oder beim christlichen Textilarbeiterverband organisiert. Drei Arbeiter weigerten sich, einer der beiden Organisationen beizutreten und versuchten, eine deutschnationale – "gelbe" – Gewerkschaft zu gründen. Es kam zum Konflikt mit den übrigen Arbeitern. Die Firmenleitung wurde informiert, und es gab schließlich ein Gerichtsverfahren, das mit der Verurteilung von drei christlichsozialen Betriebsräten – Troidl erhielt sechs Wochen Arrest – endete. Es wurde ihnen vorgeworfen, in den Betriebsratssitzungen Druck auf die drei Nichtmitglieder ausgeübt zu haben. In der sozialdemokratischen "Wacht" wurde dieses Urteil als "Klassenurteil" qualifiziert, das sich "würdig" in eine Reihe ähnlicher Urteile einfüge, mit dem Unterschied, daß dieses Mal christlichsoziale Arbeitervertreter davon betroffen seien.[15]

Otto Troidl war auch Arbeitervertreter der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterkammer.[16]

Bei den Arbeiterkammerwahlen – die ersten fanden in Vorarlberg 1921 statt[17] – trat, trotz partieller Zusammenarbeit, die tiefe Kluft zwischen den christlichsozialen und den sozialistischen Arbeitervertretern zutage. Antibolschewismus und Antisemitismus waren jene gemeinsame Grundlage, die Christlichsoziale mit den Deutschvölkischen – den "gelben" Gewerkschaften – verband.[18]

Ab Mitte der zwanziger Jahre mußten die Christlichsozialen Gewerkschaften empfindliche Mitgliedereinbußen hinnehmen. Damit wurde die ohnehin schwache Arbeiterbewegung weiter geschwächt, denn auch die Freien Gewerkschaften nahmen dramatisch ab.[19]

## Zur Durchsetzung christlicher Normen: Zensur

Im "schwarzen" Dornbirn reagierten die politisch Verantwortlichen besonders restriktiv auf vermeintliche Gefährdungen von "Sitte" und "Anstand" in der Öffentlichkeit. Wie wenig Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger/innen gesetzt wurde, zeigt zum Beispiel die eifrige Anwendung des Zensur-Paragraphen in dieser Stadt.

Besonders das neue Medium Kino schien dazu angetan zu sein, die Moral der Bevölkerung zu untergraben: Am 11. Dezember 1922 installierte die Vorarlberger Landesregierung einen "Kinozensurbeirat". In Dornbirn traten die hiesigen Zensoren Prof. Dr. Josef Gasser und Kaplan Oskar Schuchter sofort in Aktion: Ein Tag, nachdem der Erlaß in Kraft getreten war, glaubten sie beim Film "Das Haus in der Dragonergasse" einen "starken Stich ins Pikante" festzustellen, worauf der Film verboten wurde.[20] Es blieb nicht der einzige.[21]

Die "Vertrauensmänner" der Landesregierung agierten in Dornbirn besonders eifrig. In einem Bericht über den verbotenen Streifen "Vater G.m.b.H." stellten sie fest:

> "Die Bilder sind teilweise sehr anstößig und lüstern, die Tendenz des ganzen Filmes ist demoralisierend."[22]

Dieser Demoralisierung wollte Kaplan Schuchter entgegenwirken. Ihm war allerdings die Bregenzer Zensurstelle zu lasch, und er bat deshalb, vom Amt des Zensors entbunden zu werden.[23] Bürgermeister Engelbert Luger beschwerte sich über die mangelnde Konsequenz der Bregenzer Stelle persönlich bei der Landesregierung.[24]

Es wurden nicht nur Filme verboten, bei denen die Zensoren sexuelle Freizügigkeiten oder Angriffe auf die katholische Kirche witterten, sondern auch so berühmte Streifen wie die "Wolgaschiffer" oder Sergej Eisensteins Filmklassiker "Panzerkreuzer Potemkin" fielen dem Verdikt der Zensoren zum Opfer.[25]

Doch nicht nur im Kino duldeten die Christlichsozialen keine Abweichungen von der herrschenden Norm: Wer in Dornbirn einen Heimatschein erwerben wollte, mußte in den Augen der Stadtoberen einen "einwandfreien" Lebenswandel führen. Julie Jille-Mayer tat dies für den Bürgermeister nicht: Sie lebte in einer 1921 geschlossenen "Dispensehe".[26] Als die nach Tremles zuständige unbescholtene Frau 1927 um eine Heimatberechtigung in

Dornbirn ansuchte, wurde ihr Antrag von der christlichsozialen Mehrheit deswegen abgelehnt. Der Einspruch des sozialdemokratischen Stadtvertreters Anton Linder blieb erfolglos.[27]

Die Haltung der politisch Verantwortlichen in diesem Fall zeigt, wie sehr katholische Normen die Alltagspolitik beeinflußten. Durch den Ausbau des christlichsozialen Vereinswesen sollte diese Grundhaltung verbreitet werden. Besonders dem christlichen Turnerbund fiel dabei eine wichtige Rolle zu.

**Die christlichen Turner:**
**"Pünktlichkeit, Unterordnung und Pflichterfüllung"**

Christlichsozial ausgerichtete, deutschnationale und sozialdemokratische Vereine standen in einem ideologischen Konkurrenzverhältnis. So auch die Turnvereine. Dennoch kam es während der zwanziger Jahre in Dornbirn zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den "christlichen" und den "deutschnationalen" Turnern, die im gesellschaftlichen Leben Dornbirns eine wesentliche Rolle spielten. Der Arbeiter-Turnverein "Freiheit" hingegen wurde ausgegrenzt. Er mußte 1923 vorübergehend sogar seine Tätigkeit einstellen, weil ihm von der Stadt keine Turnhalle zur Benützung überlassen wurde. Deshalb entschloß sich der Verein "Arbeiterheim", eine eigene Turnhalle zu errichten.[28]

Den bürgerlichen Turnvereinen war der Ausbau der Sportstätte Enz ein gemeinsames Anliegen. Hier fand auch am 3. Juli 1922 das einzige gemeinsame Schauturnen der beiden Vereine statt.[29] Da die katholisch-konservativen Turner zunehmend ihr "Deutschtum" und ihre "völkische Grundeinstellung" betonten, gab es ideologische Berührungspunkte mit den Deutschnationalen. Außerdem hatten auch die christlichen Turner den Arierparagraphen in ihren Satzungen.[30] An der traditionellen Sonnwendfeier der "völkischen" Turner nahmen im Jahre 1922 die christlichsozialen Turner ebenfalls teil. Auch im Heimatdienst, der paramilitärischen Wehrformation des bürgerlichen Lagers, arbeiteten "völkische" und "christliche" Turner zusammen.[31]

Der Vorstand des Turnvereins forderte seine Mitglieder auf, sich der Heimatwehr anzuschließen. Ein Großteil der deutschnationalen Turnvereinsjugend versah hierauf seinen Dienst in der Dornbirner Organisation.[32] In den geschäftsführenden Ausschuß der

In einer Außenseiterposition befanden sich die Arbeiter-Turner. Es dominierten der deutschnationale Turnverein und der christliche Turnerbund.

Dornbirner Heimatwehr wurde 1927 der langjährige deutschnationale Stadtrat und Turner Hans Martin gewählt, in den militärischen Führungskader der örtlichen Heimatwehr gelangte der nachmalige NS-Landeshauptmann Anton Plankensteiner.[33]

Die christlichen Turner standen in Dornbirn eindeutig im Schatten des deutschnationalen Turnvereines.[34] Der christlichsoziale Turnerbund 1902 entfaltete jedoch in den zwanziger Jahren beträchtliche Aktivitäten, um dem deutschnationalen Konkurrenzverein Paroli zu bieten.[35]

Am 8. und 9. August 1925 organisierte der Verein das 6. schwäbisch-bayerische Bezirksturnen, an dem rund 3.000 Turner teilnahmen.[36] Im Ehrenausschuß befanden sich Dr. Emil Schneider (er wurde 1933 Verbandspräsident des Vorarlberger Rheingaus), Landeshauptmann Dr. Otto Ender, Bürgermeister Engelbert Luger und der Gründer des Dornbirner Turnerbundes, Nationalrat Prälat Dr. Karl Drexel.[37]

Die Diktion der christlichen Turner[38] unterschied sich nur unwesentlich von jener der Deutschnationalen. Bei Werbekampagnen Ende der zwanziger Jahre war von "deutschen Volksgenossen" und vom "Daseinskampf" die Rede.[39]

Das Turnen spielte bei der Militarisierung der Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit eine ganz wesentliche Rolle. Ein Zitat des Gauoberturnwarts und Heimwehrführers Anton Ulmer aus dem Jahre 1932 zeigt, welche Funktion dem Turnen beigemessen wurde und welche Bedeutung den Turneraufmärschen zukam:

"Turner, Ihr zählt zur Elite der Volksgenossen, Ihr seid die Sturmscharen, wenn Eure Banner entrollt werden und wenn die Straßen von Eurem Schritt tönen. Wenn Hunderte Armeen unter einem Kommando kühn sich recken, dann werden alle mitgerissen, dann erwachen auch jene wieder, die den Glauben an eine Auferstehung des Volkes verloren haben, wieder alle fühlen und empfinden es, ein Volk, das über derart sehnige, auf dem Boden unseres Väterglaubens wurzelnde Männer verfügt, kann nicht untergehen, - und sie gesellen sich zu uns und kämpfen mit uns ...

Die Turnstätte ist eine Schmiede unseres Volkes, wo jahrein, jahraus die Werksgesellen unter selbstloser Leitung und Überwachung arbeiten am Gebäude unseres Volkes. Da wird Pünktlichkeit, Unterordnung und Pflichterfüllung von jedem verlangt, Tugenden, die unserem Volke so bitter nottun. Wer in jungen Jahren lernt, zur richtigen Zeit am Platz zu erscheinen, wer sich daran gewöhnt, den Befehlen seiner Führer sich unterzuordnen, wer gelernt hat, auch dann, wenn es hie und da schwer wird, am Platze zu sein und seinen Mann zu stellen, der wird auch später im Leben draußen ein brauchbares Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden."[40]

In den Turnvereinen - sowohl in den bürgerlichen als auch in den sozialdemokratischen - wurden Disziplin und Unterordnung eingeübt. Der Übergang vom "Wehrsport" zu den paramilitärischen Formationen war fließend.

### Militarisierung der Gesellschaft: bewaffnete Wehrverbände

In Vorarlberg hatten die bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die sozialistische Minderheit schon zu einem frühen Zeitpunkt militarisiert.

Die Bolschewikenfurcht förderte die Zusammenarbeit im bürgerlichen Lager. Bereits 1919 wurden - auch wegen der Angst vor dem Übergreifen der bayerischen Rätebewegung auf Vorarlberg

– die bewaffneten Volksmilizen geschaffen.[41] Für Dornbirn kamen 700 Gewehre zur Verteilung.[42] Die Volksmiliz wurde in einem leerstehenden Fabriksgebäude der Firma F.M.Hämmerle untergebracht, die Miete dafür bezahlte die Stadt Dornbirn.[43] Bei der Bekämpfung der "Roten" waren sich die Konservativen und die Industriellen im Lande einig.[44]

Die Volkswehr[45] und das Heer, die zu Beginn der Ersten Republik mehrheitlich der Sozialdemokratie nahegestanden waren, wurden von den Konservativen unter Kontrolle gebracht und die Volksmilizen – die Vorläufer der Heimat- oder Heimwehr beziehungsweise des Heimatdienstes – als bürgerliches Machtinstrument bewaffnet, lange bevor die sozialistische Wehrformation, der Republikanische Schutzbund, ins Leben gerufen wurde. Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen trachteten danach, gemeinsam die gesamte bewaffnete Macht in ihre Hände zu bekommen.

Innerhalb des bürgerlichen Lagers wurde die militärische Tradition groß geschrieben und die geistige Militarisierung gefördert. Ein Beispiel dafür, wie auch die katholische Kirche ihren Beitrag dazu leistete, ist die Einweihung des Kriegerdenkmales am Portal der St. Martinskirche an Ostern 1924.[46]

An diesem Aufmarsch nahmen rund 30 Dornbirner Vereine, die Spitzen der Behörden und Ämter, die Stadtvertretung, der Klerus, Lehrer der städtischen Schulen, das Vorarlberger Offizierskorps, Alpenjäger aus Bregenz und Kriegerabordnungen von auswärts teil. Eine mehrtausendköpfige Menschenmenge war anwesend, als Bürgermeister Luger das Denkmal an Dekan und Stadtpfarrer Dietrich übergab. Die Festansprache hielt Prälat Dr. Karl Drexel.[47]

Am folgenden Tag feierte Bischof Waitz – ehemaliger Prinzenerzieher und Kriegsbefürworter[48] – einen Seelengottesdienst, bei dem er in seiner Predigt auf den Sinn des Kriegerdenkmals einging:

> "'Mein ist die Vergeltung', spricht Christus als ewiger Richter vom Denkmal herab und das tiefbewegt lauschende Volk nimmt den Sinn dieser Gottesworte in sich auf: Gott allein kann und wird die verstorbenen Helden für ihre Opfer würdig belohnen, vergänglich ist der Menschen schönste Tat; wenn Völker über andere Völker schon lange den Stab gebrochen haben und sie als die vermeintlich am Kriege Schuldtragenden in Unglück und große Not gestoßen und sie entehrt haben, ein-

Die Einweihung des Kriegerdenkmals von St. Martin: "Mein ist die Vergeltung!" hieß es in der Predigt von Bischof Waitz.

mal wird doch des ewigen Richters Urteil fallen und seine Gerechtigkeit allein wird Vergeltung üben an allen von Volk zu Volk."[49]

Die Verherrlichung des Krieges als "schönste Tat" und die Propagierung des Revanchegedankens sind Zentralthemen des Riesengemäldes von St. Martin. Dieses Gedankengut war sowohl bei den Christlichsozialen als auch bei den Deutschnationalen verwurzelt und gehörte zum weltanschaulichen Grundarsenal in den bürgerlichen Wehrverbänden.

Im Gegensatz zu den Organisationen in den anderen Bundesländern verstand sich der Ende 1926 gegründete "Heimatdienst" in Vorarlberg nicht als "Staat im Staate", sondern war dem christlichsozialen Landeshauptmann unterstellt.[50] Im "Heimatdienst" arbeiteten Christlichsoziale mit Deutschnationalen zusammen. Beide konnten sich von der Niederwerfung der Sozialdemokraten[51] etwas erhoffen: Die christlichsoziale Landesregierung strebte die völlige Kontrolle über die politische und gesellschaftliche Ent-

wicklung an, maßgebliche Teile der deutschnational orientierten Industrie bekämpften die Sozialgesetzgebung und "marxistisches Gedankengut" und unterstützten deshalb den Heimatdienst.[52] Die Aufmärsche des Heimatdienstes mit Hunderten von Teilnehmern – wie am 8. September 1929 in Dornbirn[53] – dienten nicht zuletzt der Einschüchterung des "inneren Feindes" und der Zurschaustellung der eigenen Macht.

Die bürgerliche Zweckallianz hielt bis zum Jahre 1933. Im Mai dieses Jahres traten die Mitglieder der NSDAP aus dem Heimatdienst aus, und damit war der Bruch zwischen den "Heimattreuen" und den Nationalsozialisten endgültig geworden.[54] Unmittelbarer Anlaß dafür dürfte gewesen sein, daß der von den Nationalsozialisten gehaßte Anton Ulmer als Landesführer des Heimatdienstes eingesetzt wurde.[55]

In den Depots der Heimwehren lagerten Waffen, bereit zum Einsatz gegen den politischen Feind – und das war bis zu diesem Zeitpunkt allein die Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische "Republikanische Schutzbund" war allerdings kein gleichwertiger Gegner – auch in Dornbirn nicht.

Die Ortsorganisation des Schutzbundes war am 3. September 1923 gegründet worden.[56] Sie umfaßte jedoch nie mehr als 80 bis 100 Mann[57] – rund ein Drittel der Stärke der Heimatwehr. Militärisch stellte der Schutzbund keine Bedrohung für das bürgerliche Lager dar. Er war praktisch unbewaffnet und wurde hauptsächlich als Ordnerdienst bei Demonstrationen und Versammlungen eingesetzt. So auch am 16. August 1926.

Circa 50 Mitglieder des Schutzbundes leisteten an diesem Tag Saalschutz in der Mohrenhalle. Dort fand eine Freidenkerversammlung statt, bei der der ehemalige Priester Anton Krenn die kirchlichen Institutionen scharf angriff. Daraufhin entstand eine regelrechte Saalschlacht, bei der es auch Verletzte gab. Militante Katholiken, die sich in ihrem religiösen Gefühl verletzt sahen, prügelten sich mit den Saalordnern, bis die Freidenkerversammlung von der Gendarmerie aufgelöst wurde.[58] Anton Linder lud hierauf die Interessenten in das sozialistische Arbeiterheim zur weiteren Diskussion ein. Die Vorarlberger Landesregierung unter Dr. Otto Ender, der die Freidenker als "Unglück für das Volk" bezeichnete, löste die geistige Auseinandersetzung auf ihre Art: Sie verbot Freidenkerversammlungen. Das "Volksblatt" stellte dazu unmißverständlich fest:

"Die Freidenker und Herr Krenn mögen sich aber merken, daß es im 'schwarzen' Vorarlberg nicht angeht, ungestraft das Heilige in den Kot zu ziehen und daß wir uns einfach nicht gefallen lassen, uns wegen des Glaubens als Tölpel hinzustellen."[59]

Anton Linder vermutete in der "Wacht", daß die Sprengung der Versammlung inszeniert war, um den Behörden einen Vorwand für das Verbot von Freidenkerversammlungen zu liefern.[60]

Besonders nach den Juli-Ereignissen des Jahres 1927 wurden die Sozialdemokraten noch stärker in die Defensive gedrängt. Am 15. Juli 1927 brannte in Wien der Justizpalast, und der Polizeieinsatz führte zur Tötung von circa hundert Menschen.[61] Als am 16. Juli auch in Vorarlberg der Verkehrsstreik begann, war die Landesregierung gut darauf vorbereitet, und noch vor dem offiziellen Streikende verkehrten hier wieder die Züge, die teilweise von Heimwehrleuten geführt wurden. Am Sonntag, den 17. Juli, wurden nur noch die Postämter in Bregenz und in Dornbirn bestreikt.[62]

Die repressive Vorgangsweise der Landesregierung und des Beamtenapparates versetzte dem an sich nicht großen Selbstbewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiter einen weiteren schweren Schlag.

Landeshauptmann Dr. Ender und der Obmann des Landesbauernbundes, der Dornbirner Ulrich Ilg (nach 1945 erster Landeshauptmann), waren im Landesbauernbund federführend, der als Antwort auf den Justizpalastbrand folgendes verlangte: Demonstrationsverbot, Versammlungsverbot, Einschränkung der Pressefreiheit und des Streikrechts, Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und vollkommene Legalisierung des Heimatdienstes.[63] Der künftige Weg der christlichsozialen Politik war damit vorgezeichnet. Jene Christlichsozialen, die einen demokratischen Weg verfolgen wollten, blieben in der Minderheit: Die Gedanken Jodok Finks oder Prälat Drexels konnten innerhalb der Partei keine Mehrheit mehr finden.[64]

Noch einmal gelang es den niederlagegewohnten Sozialdemokraten, eine Großkundgebung zu organisieren und ein kräftiges Lebenszeichen von sich zugeben: bei der "Republikanischen Kundgebung" am 29. September 1929 in Dornbirn. Die eigenen Mitglieder sollten Mut fassen, dem politischen Gegner sollte bewiesen werden, daß mit den Sozialdemokraten im Lande doch noch zu rechnen war. Die Kundgebungsteilnehmer traten

Der Republikanische Schutzbund (oben) war im Vergleich zur Heimatwehr (unten) schwach und defensiv ausgerichtet. In der Heimatwehr arbeiteten Konservative und Deutschnationale gegen die Sozialdemokraten zusammen.

für die Erhaltung der Demokratie ein und protestierten gegen den autoritären Kurs der Heimwehren. Zur Demonstration hatte die Landesexekutive der Freien Gewerkschaften und die Landesparteivertretung der Sozialdemokratischen Partei aufgerufen:

"Arbeiter, Genossen und Genossinnen beteiligt euch in Massen an dieser Kundgebung, zeigt, daß ihr gesonnen seid, einzutreten für die Republik und für die Demokratie."

Um 14 Uhr sammelten sich die Teilnehmer bei der Viehmarkthalle. An der Spitze marschierten die Arbeiter-Radfahrvereine, gefolgt von den Trommler- und Pfeiferkorps und dem Wehrzug der Turner. Es folgte eine uniformierte Abteilung des Republikanischen Schutzbundes, die Eisenbahnermusik Bregenz, die Eisenbahn- und Telegraphenordner und eine weitere Schutzbundabteilung. Somit waren an der Zugspitze die paramilitärischen Formationen konzentriert. Die weitere Zugfolge bestand aus der Stadtmusik Dornbirn, aus Sängern und Sängerinnen, Jugendlichen, der Bezirksgruppe des Organisationsbezirkes Bregenz, dem Harmonie-Musikverein "Sonnenberg" Nüziders und den "Bezirksgruppen" Bludenz und Feldkirch. Am Schluß marschierten die Angehörigen des Bezirkes Dornbirn.[65]

Auf dem Rathausplatz fand die große Schlußkundgebung statt. Dabei intonierte die Stadtmusik die "Internationale". Obwohl die SDAP landesweit nur 3.158 Mitglieder zählte[66], nahmen an der Demonstration rund 3.000 Personen teil. Damit war den Sozialdemokraten noch einmal eine große Mobilisierung gelungen - zum letzten Mal in der Ersten Republik.

## 3.3. Gemeinderatswahlen 1924 und 1929

Wie auf Landes- und Bundesebene blieb auch auf Gemeindeebene in den zwanziger Jahren die politische Vormachtstellung der Christlichsozialen erhalten.

Bei den Gemeinderatswahlen 1924 kam die CVP knapp über die Fünfzigprozentmarke. Von den 7.931 gültigen Stimmen entfielen 4.069 auf die Christlichsozialen (51,3 Prozent). Etwas an Terrain gegenüber den Gemeinderatswahlen von 1919 büßten auch die Sozialdemokraten ein. Auf sie entfielen 1.883 Stimmen (23.7 Prozent). 1.394 wählten großdeutsch (17.5 Prozent), 585 gaben ihre Stimme der Wahlgemeinschaft Landbund/Hausbesitzer (7.4 Pro-

zent), die dem deutschnationalen Flügel zuzurechnen war. Damit ging der rechte Laizismus gestärkt aus diesen Wahlen hervor, stand jetzt doch rund ein Viertel der Wähler und Wählerinnen hinter diesen Rechtsparteien.[1]

Da die Zahl der Gemeinderatsmandate nunmehr 36 statt 40 betrug, entfielen auf die CVP 19 (vorher 22), die SDAP neun (vorher zehn), die Großdeutschen sechs (zuvor acht) und auf den Landbund zwei Mandate.[2]

Bei der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung am 25. Februar kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung um die Anzahl der Stadtratsmitglieder. Die Großdeutschen und der Landbund wollten ihre Stimmen zusammengezählt wissen, um so ein größeres Gewicht zu bekommen. Dieser Vorstoß wurde sowohl von der CVP als auch von der SDAP zurückgewiesen.[3]

Bei der Bürgermeisterwahl erhielt Engelbert Luger von 36 nur 18 Stimmen, eine Stimme entfiel auf Stadtvertreter Albert Winsauer. Der Rest der Stimmzettel blieb leer. Dennoch blieb Luger, der seit 1910 an der Spitze der Gemeinde stand, Bürgermeister.[4]

Für die CVP zogen der Fotograf Albert Winsauer (Vizebürgermeister), der Wagnermeister Otto Fußenegger, die beiden Bauern Martin Wohlgenannt und Johann Zehrer sowie der Lehrer Josef Rüf als Stadträte in das Stadtparlament ein. Die SDAP entsandte den Konsumgenossenschaftskassier Josef Diem und den Schneidermeister Johann Sepp, das nationale Wahlbündnis den Schuldirektor Hans Martin.[5]

Die CVP stimmte der Bildung von Neunerausschüssen für die Finanzen, für die Haushaltungsschule und für die Forst- und Landwirtschaft zu, der Wohnbauausschuß erhielt sieben Mitglieder, alle anderen Unterausschüsse fünf. In den Neunerausschüssen überließ die CVP den Großdeutschen freiwillig ein Mandat, sodaß diese im Stärkenverhältnis fünf CVP und je zwei SDAP und Großdeutsche besetzt waren.

Am 6. Mai 1926 verstarb Bürgermeister Engelbert Luger.[6] An seine Stelle trat Josef Rüf[7], der die Christlichsozialen in die Gemeinderatswahlen 1929 führte.

Zum erstenmal kletterte die Zahl der Wahlberechtigten über 10.000.[8] Von den 9.089 gültigen Stimmen entfielen auf die CVP diesmal nur mehr 48,7 Prozent (4.424 Stimmen). Gestärkt gingen die Sozialdemokraten aus den Wahlen hervor: Sie blieben mit 2.470 Stimmen 3,5 Prozent über dem Ergebnis von 1924 (nunmehr

27,2 Prozent). Bei dieser Wahl schlossen die deutschnationalen Parteien ein Wahlbündnis. Die Wahlgemeinschaft von Großdeutschen und Landbund erreichte 2.195 Stimmen, das sind 24,1 Prozent. Die Nationalsozialisten, die bei der Landtagswahl 1928 in Dornbirn nur 78 Stimmen erhalten hatten, verzichteten auf eine eigene Kandidatur. Mit einer einzigen Reststimme abgesichert, konnte die CVP 18 Mandate behaupten, die SDAP stellte nunmehr zehn Stadtvertreter und das Wahlbündnis der nationalen Rechtsparteien acht. Damit bestand praktisch ein Patt in der Gemeindevertretung. Die Christlichsozialen behalfen sich in der Folgezeit damit, daß sie bei großzügiger Auslegung der Gesetze die wesentlichen Agenden der Stadtverwaltung beamteten Referenten übertrugen und damit weitgehend der politischen Kontrolle entzogen.[9]

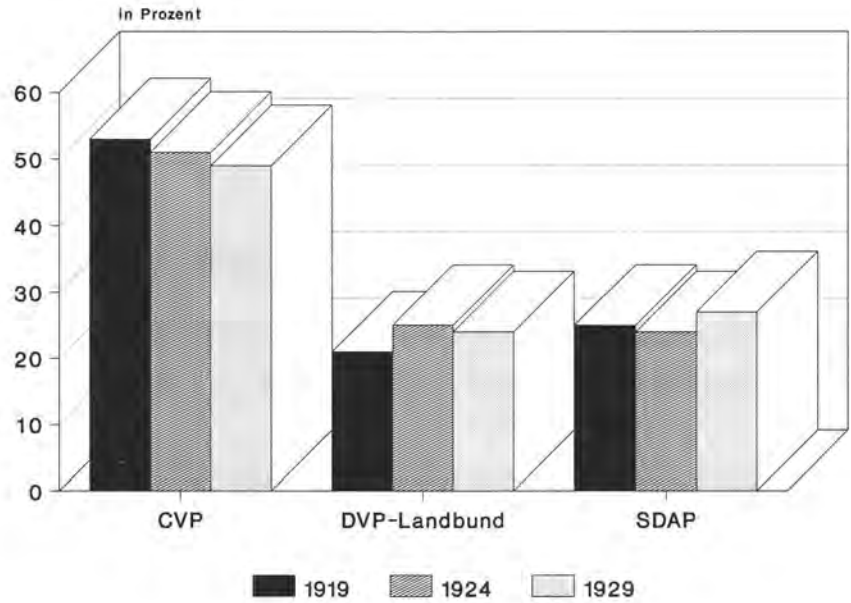
Bei der Bürgermeisterwahl wurden – anders als 1919 und 1923 – Gegenkandidaten aufgestellt. Im ersten Wahlgang entfielen auf Josef Rüf 18 Stimmen, 11 Stimmen auf den Sozialdemokraten Johann Sepp (obwohl die SDAP nur über zehn Mandate verfügte!) und sieben Stimmen auf den Großdeutschen Hans Martin. Ein Stimmzettel war leer. Da 37 statt 36 Stimmen abgegeben wurden, mußte der Wahlgang annulliert werden. Im zweiten Wahlgang erreichte jeder Kandidat die Mandatszahl seiner Partei, damit war ein dritter Wahlgang notwendig. Nunmehr erhielt Rüf 18, Sepp zehn Stimmen, die Großdeutschen gaben leere Stimmzettel ab und unterstützten damit indirekt den Kandidaten der Christlichsozialen. Damit war Josef Rüf als Bürgermeister wiedergewählt.

Der CVP standen nach den Stimmeneinbußen nur mehr vier Stadträte zu. Albert Winsauer blieb Vizebürgermeister, weiters wurden von den Christlichsozialen Jakob Mayer und Eduard Ulmer – der nachmalige Landesleiter der Vaterländischen Front – nominiert. Für die SDAP zog wiederum das Gespann Diem und Sepp in den Stadtrat ein. Die nationalen Rechtsparteien entsandten neben Hans Martin den Bauern Josef Diem. Als 8. Vertreter der Wahlgemeinschaft wurde Hermann Rhomberg (der künftige Messepräsident und Ehrenbürger) Stadtvertreter.

In seiner ersten Ansprache als wiedergewählter Bürgermeister gab Rüf der Hoffnung Ausdruck, daß Dornbirn ruhigen Zeiten entgegengehe.[10] Es blieb ein frommer Wunsch: Noch vor Ende der Legislaturperiode wurde die Demokratie beseitigt und die austro-

faschistische Diktatur errichtet.[11] Der politische Katholizismus setzte sich dabei gegen die Sozialdemokraten durch, der entscheidende Kampf mit den Nationalsozialisten ging jedoch verloren.

Entwicklung der politischen Lager in der Ersten Republik



# 4. "Austrofaschismus" – Kampf zwischen Haken- und Kruckenkreuz

## 4.1. Wirtschaftliche und soziale Situation während der dreißiger Jahre

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise[1] nach 1929 konnten während der austrofaschistischen Ära (1933 bis 1938) nicht überwunden werden, die wirtschaftliche Lage blieb konstant schlecht: Zirka 5.000 waren in Vorarlberg – trotz eines leichten Konjunkturaufschwunges – als arbeitslos vorgemerkt[2], Kurzarbeit war verbreitet, und die Beschäftigten mußten Lohneinbußen in Kauf nehmen. Auch die Gehälter, Löhne und Ruhegenüsse der Dornbirner Stadtbeamten wurden herabgesetzt.[3]

Während die Einkommen der Unselbständigen geringer wurden, gelang es den großen einheimischen Textilfabrikanten während der Weltwirtschaftskrise, die Situation ihrer Unternehmen zu verbessern: Standen bei F.M.Hämmerle 1922 noch 1.260 Webstühle, so waren es 1929 bereits 1.837, 1936 dann 1.937. Franz M. Rhomberg legte prozentuell noch mehr zu (313 statt 176). Einen geringeren Zuwachs hatte Herrburger & Rhomberg (von 268 auf 284). Bei David Fußenegger blieb die Anzahl beinahe unverändert (99 statt 100).[4]

Während die gesamtösterreichische Textilindustrie seit 1929 schwere Einbrüche hinnehmen mußte, wuchsen die Dornbirner Betriebe weiter. Die Firmenpolitik zielte darauf ab, auf Kosten der Arbeitsplätze Rationalisierungsmaßnahmen durchzuziehen.[5]

Durch Rationalisierungen gelang es den Textilunternehmern, die Produktivität zu erhöhen. Gleichzeitig wurde von den Großunternehmern sozialer und politischer Druck auf die Arbeiterschaft ausgeübt. Die "Vorarlberger Wacht" prangerte 1934 diese Unternehmerstrategie an:

> "Die Situation wird in Vorarlberg, wie anderswo auch, von einzelnen Unternehmern ausgenützt, die sich um keinen Kollektivvertrag, um keine private Abmachungen kümmernd, die Löhne und Gehälter auf ein geradezu menschenunwürdiges Niveau herabdrücken, dabei aber nicht selten nach außen hin

den Volksgemeinschaftsprediger spielen oder für die 'Arbeiterpartei' Hitlers schwärmen."[6]

Und in der Tat: Die Dornbirner Textilfabrikanten machten kein Hehl daraus, daß sie die Nationalsozialisten unterstützten und zu den Befürwortern einer großdeutschen Lösung gehörten.

Die Großunternehmer – allen voran die Firma F.M.Hämmerle – suchten den Weg auf den deutschen Markt. Besonders nach der Machtergreifung Hitlers im Jänner 1933 wollten sie an der deutschen Konjunktur teilhaben. Die Erwerbung der Meersburger Textilfabrik Raff & Söhne im Zuge der "Arisierungen" war hierzu für F.M.Hämmerle ein wesentlicher Schritt.[7]

Da die jüdischen Vorbesitzer ab 1933 keine Aufträge mehr erhalten hatten, war der Betrieb faktisch stillgelegt. Mit dem Erwerb durch die Dornbirner Firma im Jahre 1934 änderte sich die Lage. Der Schwiegersohn des Firmenchefs Viktor Hämmerle, Baron Gustav Wagner-Wehrborn, wurde mit der Leitung der Zweigniederlassung betraut. In einem Schreiben des Meersburger Bürgermeisters an das Badische Gewerbe-Aufsichtsamt wurde das Ansuchen der neuen Besitzer, die Laufzeit der 100 Webstühle von 36 auf 48 Wochenstunden zu erhöhen, als wichtige Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung in der Gemeinde unterstützt.[8] Gleichzeitig wurden 58 Jacquard-Maschinen von Dornbirn nach Meersburg verlegt. Politisch waren die neuen Fabriksherrn über jeden Zweifel erhaben:

"Da der Prokurist und Schwiegersohn eines der Besitzer der Österreichischen N.S.D.A.P. angehört(e), dürfte auch über die politische Zuverlässigkeit der Inhaber nichts zu bemerken sein."[9]

Während also in Dornbirn durch die Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitskräfte "freigesetzt" wurden, stellte man sie in der Meersburger Zweigniederlassung ein und konnte damit an der deutschen Rüstungskonjunktur teilhaben.[10]

Die Textilunternehmer nützten ihre wirtschaftliche Macht auch politisch. Wie sehr die wirtschaftliche und politische Situation in Dornbirn von den Textilfabrikanten beeinflußt wurde, zeigt die Einschätzung der Lage durch Oberst Ludwig Bechinie, dem Sicherheitsdirektor für Vorarlberg.

In einem Schreiben an das Bundeskanzleramt hielt er 1934 fest, daß die führenden Industriellenfamilien wie F.M.Hämmerle, Franz M. Rhomberg und Herrburger & Rhomberg im Lager der NSDAP

stünden und deshalb "Dornbirn und Umgebung" in diese Richtung gedrängt würde, da "doch Arbeiter, Gastwirte und Geschäftsleute aller Art" von diesen Unternehmern abhängig seien.[11]

Die austrofaschistischen Behörden waren auch machtlos dagegen, daß die Geldgeber der – nach dem 19. Juni 1933 illegalen – NSDAP nichtnationalsozialistische Arbeiter und Angestellte entließen.[12]

## "Mitbürger, die Not ist groß!"

Laut Volkszählung vom 22. März 1934 hatte Dornbirn bei einer Grundfläche von 121,02 km² (1931 erfolgte die Eingemeindung von Ebnit, zuvor 99,42 km²) 2.479 Häuser mit 4.035 Wohnparteien und 16.675 Einwohnern (davon 851 Ausländer).[13]

Diese Volkszählung – sie fand im "Ständestaat" statt – wies die Beschäftigten nach "Berufsständen"[14] aus:

> "Nach der wirtschaftlichen Zugehörigkeit entfallen auf Land und Forstwirtschaft 1686, auf Industrie und Gewerbe 9899, auf Handel und Verkehr 1965, auf Geld-Kredit- und Versicherungs-Wesen 130, auf freie Berufe 612, auf den öffentlichen Dienst 461, auf häusliche Dienst(e) 54 Personen. Ohne Beruf wurden 1470, ohne Berufsangabe 373 Personen gezählt."[15]

Neben der dominierenden Textilindustrie – die Arbeiterschaft war die zahlenmäßig stärkste gesellschaftliche Gruppe – gab es mehr als tausend Gewerbeberechtigte.[16]

Zur wirtschaftlichen Lage in der Stadt bemerkte Alwin Aßmann in der Turmknopfchronik:

> "In Dornbirn fließen die Einkommen zur Hauptsache aus der gutgehenden Textil-Industrie. Die Stundenlöhne der Arbeiter in dieser Industrie sind für Jugendliche (15 bis 17 Jahre) 25 bis 50 Groschen und steigen bis auf 1,02 S für die besten Arbeiter. Professionisten erhalten 36 bis 117 Groschen per Stunde. Meister beziehen 250 bis 320 S, Kanzleiangestellte 200 bis 300 S, Disponenten und Prokuristen 300 bis 400 S, Direktoren 600 bis 1.000 S monatlich.
>
> Öffentliche Angestellte bei Gemeinden, Land und Bund beziehen 150 bis 700 S, Bürgermeister bis 800 S. Bestbezahlt sind die Bankbeamten mit S 300 bis 1500 S monatlich."

## Einmal geben können! Nicht nehmen müssen!

Wie gerne wollte jeder Arbeitslose, jeder Ausgesteuerte einen beträchtlichen Teil seines Einkommens opfern, wenn er nur wieder Arbeit und Verdienst hätte.

Dürfen wir engherziger sein? Haben wir ein Recht dazu, unser Gewissen dem Ruf der Winterhilfe zu verschließen?

Lassen wir keine Bitterkeit in den Herzen unserer verarmten Mitbürger aufkommen! Geben wir ihnen den Glauben an die Zukunft, das Vertrauen zur Menschheit wieder!

Spenden wir freudig, rasch und reichlich für das

WINTERHILFSWERK DER STADT DORNBIRN

Die Spendierfreudigkeit für das "Winterhilfswerk" hing auch von der politischen Einstellung ab: Nicht alle waren gewillt, die "vaterländischen" Sammelaktionen zu unterstützen.

Als Vergleich dazu gab der Chronist die Preise für lebenswichtige Artikel an: Ein Kilo Kochmehl kostete 85 Groschen, dieselbe Menge halbschwarzes Brot 65 Groschen, Reis 60 Groschen, Zucker 1 Schilling 52 Groschen, Margarine-Speisefett S 1.60, Butter S 4.80, Rindfleisch S 3.40, Schweinefleisch S 3.60 und Kalbfleisch S 3.80. Ein Liter Bier kostete S 1.04, ein Liter Wein S 3.20. Für einen Anzug mußte man 200 Schilling auslegen, für ein Hemd 10 Schilling. Ein Paar Schuhe kamen auf 23 Schilling. Ein $m^3$ weiches Holz kostete 16 Schilling, ein Kilo Steinkohle 9 Groschen, ein Kilowatt Strom 72 Groschen, ein monatliches Zeitungsabonnement S 3.50, der Eintritt ins Kino S 1.20.

"Bei diesen Einkommensverhältnissen wurde die Fürsorgekanzlei im Rathaus eine Dauereinrichtung ebenso jährliche Winterhilfeaktionen."[17]

Im Mai 1935 gab es in Dornbirn 670 Arbeitslose, die von einer ganz bescheidenen Unterstützung leben mußten. Dazu kam noch eine beträchtliche Zahl von Ausgesteuerten, die nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung erhielt, so daß über 1.000 Arbeitslose anzunehmen sind.[18]

Wie verzweifelt die wirtschaftliche Lage weiter Bevölkerungskreise war, läßt sich auch an den Aktivitäten des "Winterhilfswerkes" zeigen.[19]

Allerdings sollen politische Motive einzelne davon abgehalten haben, für die "vaterländische" Sammlung zu spenden. Dies geht aus einem Aufruf für die Winterhilfsaktion 1934/35 im "Gemeindeblatt" hervor:

"Traurig und geradezu beschämend wäre es, wenn einzelne Mitbürger aus rein politischen Motiven sich dieser öffentlichen, allgemeinen Hilfe für die ärmsten unserer Volksgenossen nicht anschließen wollten.

Mitbürger, die Not ist groß! Sie mit vereinten Kräften zu lindern, ist vaterländische Tat!"[20]

Dieser Appell war an die nationalsozialistischen Unternehmer gerichtet: Sie unterstützten das "vaterländische" Winterhilfswerk nicht, weil es ihren politischen Intentionen widersprach.

Mit der Winterhilfsaktion 1934/35 wurden über 3.000 Dornbirner (900 Familien) unterstützt, das entsprach ungefähr der Einwohnerzahl des 3. Bezirkes. Pro Kopf wurden dafür rund S 15.- ausgegeben.[21]

Die wirtschaftliche Notlage führte zu einer verstärkten Bettel-

tätigkeit – und zur Abschiebung "unerwünschter" Personen.[22] 1936 wurden zum Beispiel 419 "Vaganten" im "Schubwege fortgeschafft."[23]

Insgesamt nahm der Druck auch auf "Unangepaßte" und politisch Andersdenkende zu. Die Vergabe von Stellen durch die öffentliche Hand erfolgte häufig nach politischen Gesichtspunkten.[24]

**Budgetpolitik: eisernes Sparen auf Kosten der Armen**

Die Stagnation der österreichischen Wirtschaft während der austrofaschistischen Ära war nicht zuletzt auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zurückzuführen. Oberste Prinzipien waren die Erhaltung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz und die Hartwährungspolitik. Dadurch wurde die Förderung der Binnennachfrage völlig vernachlässigt und eine hohe Arbeitslosenrate in Kauf genommen.[25]

Das Landesbudget 1934 sah Kürzungen vor allem auf dem Sozialsektor vor: Wohnungszulagen, außerordentliche Kinderzulagen und Dienstnehmerprämien wurden völlig gestrichen, im Gesundheits- und Fürsorgewesen gab es Einschränkungen, im Schulwesen wurde eisern gespart. Die größten Abstriche wurden im Straßen- und Wasserbau gemacht.[26]

Die Budgetpolitik der Stadt war durch das Bestreben, ja keine neuen Schulden zu machen, gekennzeichnet. Daher gingen von der städtischen Finanzpolitik so gut wie keine Beschäftigungsimpulse aus.

Wegen der miserablen Wirtschaftslage gingen die Einnahmen rapid zurück. Die fehlenden Bundesüberweisungen, die rückläufigen Lohnabgaben, die geringen Einkünfte bei den diversen Gemeindesteuern ließen das Budgetloch anwachsen.[27]

Sowohl die Deutschnationalen als auch die Sozialdemokraten stimmten der Vorlage 1933 zu. Sie verwahrten sich zwar in den Budgetreden gegen den autoritären Kurs der Bundes- und Landesregierung, betonten aber, daß die Finanzsituation der Gemeinde keinen Spielraum lasse.

Sah der Voranschlag für das Jahr 1933 noch Einnahmen in der Höhe von S 1.702.510.– vor, so waren es bei der Abrechnung tatsächlich nur S 1.531.867,07, also um S 170.642,93 weniger als pro-

gnostiziert. Bei den Ausgaben verhielt es sich umgekehrt: Vorgesehen waren S 1.721.522.–, aufgewendet mußten S 1.842.806,65 werden. Der Gebarungsabgang betrug demnach S 310.939,58. Die beträchtlichen Einnahmeeinbußen ergaben sich aus den geringeren Steuer–, Gebühren– und Abgabeeinnahmen der Gemeinde und aus den gekürzten Bundesüberweisungen aus den Abgabeertragsanteilen. Dazu kam eine Mehrerfordernis bei den Darlehenszinsen, die aus der Kursdifferenz des Schillings gegenüber dem Schweizer–Franken resultierte. Auch das Armen– und Fürsorgewesen der Stadt benötigte höhere Budgetmittel als vorhergeplant.[28]

Für das Budgetjahr 1934 war ein Abgang von S 411.355.– veranschlagt. Um für das Jahr 1934 ein ausgeglichenes Budget zu erhalten, mußte eingespart werden: Die Tätigkeit des städtischen Bauamtes wurde eingeschränkt, der Gutshof Martinsruh wurde verpachtet, die Gehälter und Pensionen der städtischen Beamten gekürzt, die Zuschüsse zur Musik–, Koch– und Nähschule verringert, ebenso die Mittel für die Volks– und Hauptschulen. Gleichzeitig wurden neue Einnahmequellen erschlossen: Für die bisher mietzinsfreien Dienstwohnungen wurde ein Miete festgelegt, der Mietzins bei städtischen Wohnungen rigoros eingetrieben. Die Wasserleitungsabgabe, die Gebäude– und Grundsteuern wurden erhöht.[29]

Die eiserne Sparpolitik zeitigte Früchte: 1935 schloß das Gemeindebudget mit einem Überschuß von S 72.531,61 ab: Einnahmen von S 1.651.061,12 standen Ausgaben von S 1.578.529,51 gegenüber.[30] Dieser Überschuß wurde zur Darlehenstilgung verwendet. Bei der Budgetplanung 1937 – die Zweimillionengrenze wurde knapp überschritten – analysierte Finanzreferent Vizebürgermeister Wilhelm Thurnher die Budgetsituation folgendermaßen:

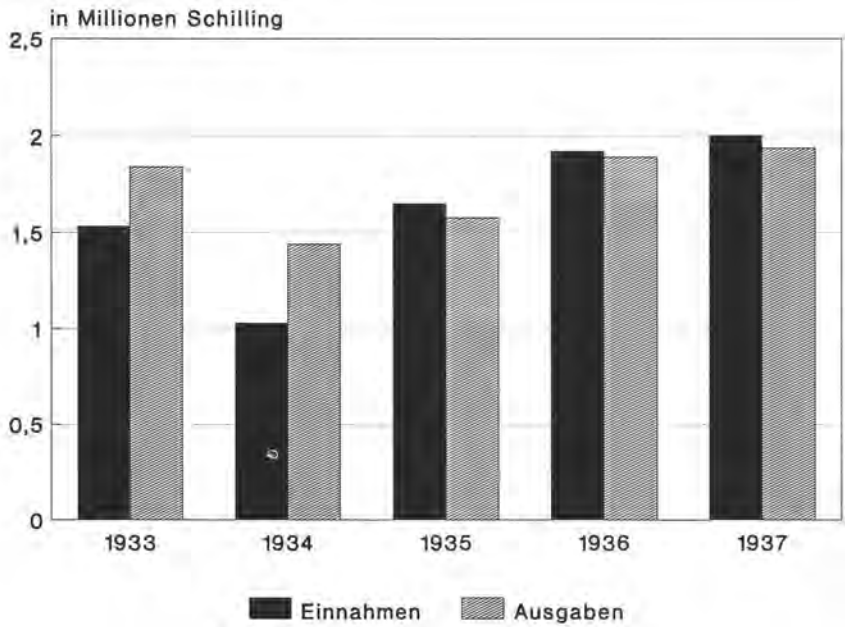
"1. Gesteigerte Erträgnisse in der Verwaltung des Gemeindevermögens,
2. Leichtes Ansteigen der allgemeinen Steuern und Abgaben,
3. Erleichterung im Zinsendienst, bewirkt durch die Frankenabwertung,
4. Steigende Schullasten,
5. Mehrkosten bei der allgemeinen Fürsorge,
6. Bedeutender Mehraufwand zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung."[31]

Eine Vermögensaufstellung der Stadt zu Jahresende 1936 ergab, daß der Vermögenszuwachs in diesem Jahr S 646.035,58 betrug, der "in einem Kursgewinne durch die Abwertung des Schweizerfranken, in anderem Vermögenszuwachs und im Erfolge der Jahresgebarung" begründet war.[32]

Das neu angelegte Gemeinde-Inventar zeigte folgendes Bild:

- achtzig Gebäude, einschließlich Spital, Armenhaus und Schlachthaus bewertet mit S 2.640.241.-
- 96.711,06 Ar Wald angegeben mit S 1.013.925.-
- 20.825,05 Ar Wiesen, Weiden, Äcker und Gärten bewertet mit S 392.675.-
- Gesamteinrichtung aller städtischen Betriebe, Gebäude und Anstalten S 569.631,80
- Wertpapiere in Höhe von S 99.207,05.

Budgetentwicklung im "Ständestaat"



Das Stammvermögen der Gemeinde betrug am 1. Jänner 1936 somit S 4.715.679,85. Vermögensbeständen von S 5.754.275,99 standen am Jahresende Verpflichtungen von S 3.910.694,10 gegenüber. Das Reinvermögen der Stadt belief sich deshalb zu diesem Zeitpunkt auf S 1.843.581,89.[33]

Aufgrund der Budgetpolitik, die kaum öffentliche Investitionen vorsah, blieb die kommunale Bautätigkeit bis 1938 bescheiden.

Das wichtigste Arbeitsbeschaffungsprojekt während der austrofaschistischen Zeit – als Teil der ausgerufenen "Arbeitsschlacht" – war die weitere Regulierung der Dornbirner Ache von der Mündung der Schwarzach bis zur Einmündung des Rheintalbinnenkanals. Mit Gemeindetagsbeschluß vom 19. August 1935 wurde der Achregulierung, die beträchtliche Mittel verschlang, zugestimmt.[34]

Bei Kanalarbeiten, bei der Verbreiterung der Ebniterstraße, bei Brückenbauarbeiten, bei Regulierungsarbeiten und bei Bauarbeiten – zum Beispiel auf der Birkenwiese – waren Arbeitskräfte eingesetzt, die von der öffentlichen Hand bezahlt wurden. 1937 waren bei 11 von der Gemeinde durchgeführten Projekten von Februar bis Mai im Schnitt 140 Arbeiter beschäftigt. Die Stadt wendete dafür S 85.197,35 auf. Die Ausgaben für das Arbeitsbeschaffungsprogramm sollten im Jahre 1938 auf S 150.000.– erhöht werden.[35]

Die während der austrofaschistischen Zeit in Bund, Land und Gemeinde konsequent betriebene deflationäre Politik ging hauptsächlich auf Kosten der Armen. Die Notstandshilfen wurden gekürzt und öffentliche Aufträge mit Hilfe des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" kostensparend durchgeführt, sodaß keine Impulse zur Beiseitigung der Arbeitslosigkeit vom Budget ausgingen. Wer Arbeit hatte, mußte während dieser Zeit Lohneinbußen in Kauf nehmen und eine arbeitsrechtliche Schlechterstellung akzeptieren. Damit wurde letztendlich den Nationalsozialisten in die Arme gearbeitet.

## 4.2. Eine "neue Demokratie"? – Die Errichtung der austrofaschistischen Diktatur

### "Im Namen Gottes des Allmächtigen..."

Im Austrofaschismus, dieser Synthese aus politischem Katholizismus und Heimwehrfaschismus, trafen sich ideologische Vorstellungen christlich-konservativer Herkunft mit dem radikalen Antimarxismus und Antibolschewismus der Heimwehren. Die Zerstörung der parlamentarisch-demokratischen Ordnungsprinzipien, die Zerschlagung der autonomen Arbeiterbewegung, ein fundamentaler Antiliberalismus und die Übernahme von Staatsvorstellungen, wie sie in der päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo anno" vorgegeben waren, bildeten die Eckpfeiler jenes "Ständestaates", der einen Kreuzzug gegen den "modernen Unglauben" zu führen vorgab.[1]

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Ära haben führende Vertreter des austrofaschistischen Dollfuß-Systems – wie der Verfassungsminister, Altbundeskanzler und Altlandeshauptmann Dr. Otto Ender oder der ehemalige Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft, Ulrich Ilg – den Mythos von der "anderen Demokratie" verbreitet.[2] Für sie war jenes Herrschaftsmodell, das 1933 die Erste Republik funktionell ("Selbstausschaltung des Parlaments") und 1934 formell (neue "ständische" Mai-Verfassung[3]) außer Kraft setzte, trotz allem "demokratisch" – und als Barriere gegen den Nationalsozialismus moralisch legitimiert. Dieser "Ständestaat" verfolgte Gegner, zerstörte Existenzen, verbot kommunistische, sozialistische und nationalsozialistische Organisationen und kassierte deren Vermögen, zerschlug die Gewerkschaften, schränkte das Streikrecht ein, löste die Landtage auf, sistierte andere demokratische Rechte, führte die Todesstrafe wieder ein, unterdrückte Nichtkatholiken und "Nonkonformisten". Davon wurde nach 1945 in diesem Lande lange Zeit nicht gesprochen.[4]

Aus der Perspektive eines Anhängers der "Vaterländischen Front" verfaßte Professor Dr. Josef Gasser für den Turmknopf von St. Martin am 5. November 1936 ein "Allgemeines Zeitbild":

> "Die Wunden des grausamen Weltkrieges sind noch nicht vernarbt und brennen noch immer; Handel und Verkehr sind vielfach gehemmt, ratlos stehen die Lenker der Staaten der

Lösung des Problems der Weltkrise gegenüber; die so verderblichen Ideen des Kommunismus und Bolschewismus richten in den Köpfen der breiten Volksmassen, namentlich in denen der untersten Schichten, eine unbeschreibliche Verwirrung an. Es droht Gefahr von Osten (Russland), es kommen furchtbare Botschaften aus dem Westen (Spanien), der Friede Europas steht auf der Messerscheide [sic!], das schlimmste Übel der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit – früher stand dieses Wort gar nicht im deutschen Wörterbuch – läßt sich bisher höchstens mildern, aber nicht bannen, und nur mit Bangen sehen wir der Zukunft entgegen."[5]

Nur ein "Lichtpunkt im dunklen Wirrsal der Gegenwart" wird für den Dornbirner Chronisten erkennbar,

"die Erstarkung des neuen Österreich, die Verwirklichung der großen Idee des christlichen Ständestaates."

Auf dem Weg in die austrofaschistische Diktatur. Der Heimatdienst wollte eine "andere Demokratie".

Ebenfalls als treuer Anhänger der Ständestaatideologie verfaßte Martin Natter zur selben Zeit für den Turmknopf ein "Politisches Gedenkblatt". Er hegte die Hoffnung, daß die "frühere Freundschaft beider Völker" – zwischen "Ständestaat" und "Hitler-Deutschland" – wieder aufleben möge. Die Hauptgefahr sah er darin, daß der Kommunismus "allenthalben sein drohendes Haupt erhebt".[6]

Auch nach dem Krieg, 1947, behielt Natter seine Grundansicht bei: Der "Ständestaat" war demokratisch und hatte keine Vorbereitungsfunktion für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Für den Dornbirner Chronisten bestand kein Zweifel, daß erst die Nationalsozialisten 1938 "die Demokratie" zerstört haben.[7]

Ein halbes Jahrhundert nach den historischen Schlüsseljahren 1933/34 und 1938 besteht immer noch eine emotionale Barriere, diese Jahre in lokalgeschichtlichen Darstellungen zu behandeln – lieber werden sie ausgespart oder floskelhaft übergangen.[8]

## Erstes Ziel erreicht: Ausschaltung der Sozialdemokraten

Nach der sogenannten "Selbstausschaltung des Parlaments" am 4. März 1933 ging die Regierung Dollfuß unverzüglich daran, die Notverordnungsdiktatur zu errichten.[9]

Am 15. März 1933 wurden im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung sozialdemokratische Parteilokale, Konsumvereinsgeschäfte sowie Privatwohnungen nach Waffen durchsucht. Auch das Dornbirner Arbeiterheim in der Viehmarktstraße wurde von Gendarmeriebeamten unter der Leitung von Dr. Rudolf Kopf, dem nachmaligen NS-Landesstatthalter, durchstöbert, Bundesrat und Landtagsabgeordneter Anton Linder für zwei Stunden in "Schutzhaft" genommen.[10] Die Regierung Dollfuß hob in der Folge das Streikrecht, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit praktisch auf und führte die Todesstrafe wieder ein. Am 26. Mai wurde die Kommunistische Partei verboten, am 19. Juni 1933 die NSDAP.[10]

Die Vorarlberger Parteileitung der Sozialdemokraten wurde am 12. Februar 1934 vom bewaffneten Aufstand völlig überrascht. Wie schwach die Position der Arbeiterbewegung in Vorarlberg war, läßt sich daran ermessen, daß hier die Behörden – anders

als in den anderen Bundesländern – das Standrecht nicht verfügten.[12]

Die führenden Sozialdemokraten – unter anderen Anton Linder – wurden verhaftet, jedoch nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmte die Polizei Zeitschriften, Bücher, Flugschriften usw. Die Kanzleiräume der SDAP in der Viehmarktstraße wurden geschlossen, der Konsumverein und die Gewah vorübergehend gesperrt. Geschlossen wurde auch das Gasthaus "Arbeiterheim".[13]

Anton Linder glaubte, durch Verhandlungen mit Landeshauptmann Ender seinen Gesinnungsgenossen helfen zu können. Als er jedoch einsehen mußte, daß er nur vereinnahmt und mißbraucht wurde, entschloß er sich zur Emigration.[14]

Den vier sozialdemokratischen Vertretern im Landtag erkannte man das Mandat ab. Das Bundesratsmandat von Anton Linder übernahm der treue Regimeanhänger Ulrich Ilg.[15] Auch die sozialdemokratischen Gemeinderatsmandate wurden für verfallen erklärt.

Die in Dornbirn erscheinende "Vorarlberger Wacht" wurde gleichgeschaltet, die sozialdemokratischen Vereine aufgelöst, ihr Vermögen konfisziert und die Freien Gewerkschaften verboten. Die Sozialdemokraten wurden in die Illegalität gezwungen.[16]

Die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung trugen die Errichtung des autoritären Ständestaates – wenn auch teilweise ohne große Begeisterung – mit. Am 2. März 1934 wurde ein neuer "Gewerkschaftsbund" geschaffen, der dem ständischen Aufbau Rechnung tragen sollte. Diese Organisation wurde im allgemeinen Sprachgebrauch "EG" (Einheitsgewerkschaft) genannt.[17]

Mit welch gemischten Gefühlen die Mitglieder des hiesigen Christlichen Arbeitervereins die Errichtung des "Ständestaates" erlebten, zeigt das Protokoll der Jahreshauptversammlung 1935. Das Vereinsjahr wurde vom Obmann Erwin Lintner als "sehr flau" bezeichnet, und in der Diskussion wurde offen artikuliert, was die Arbeiter vom "neuen Ständestaat" zu erwarten hatten. Aufgrund der Zerschlagung der Arbeiterbewegung fehlte das Gegengewicht zur Unternehmerseite:

> "In der freien Aussprache kam so recht zur Geltung, daß auf Grund der ständigen Rationalisierung der Arbeiter zur Verbitterung getrieben wird. Wir Arbeiter im Christlichen Ständestaat Österreich wollen als Menschen gewertet werden und nicht

durch Willkür einzelner freimaurerischer Unternehmer um ihres Mammons willen in Sklavenketten geschmiedet werden ... Mögen alle Mitglieder fest zusammenhalten, denn die heutige Welt ist hart und rücksichtslos; umso mehr vereinter Kräfte bedarf es, sich ihrer nicht nur zu erwehren, sondern sich selbst durchzusetzen."[18]

Bereits 1933 war der Umbau der Vorarlberger Arbeiterkammer erfolgt. Es wurden sogenannte Verwaltungskommissionen eingerichtet. Zum Vorsitzenden wurde der seit 1925 als Landessekretär der christlichen Gewerkschaften tätige Christian Eyring ernannt.[19] Die Handels- und Gewerbetreibenden faßte man im Österreichischen Gewerbebund zusammen. Die Ortsgruppe Dornbirn wurde am 16. Oktober 1934 gegründet. Kammeramtsdirektor Hofrat Dr. Karrer – er ist uns bereits als strammer Deutschnationaler begegnet – sprach bei der Gründungsversammlung über den "ständischen Aufbau".[20]

Diesem "Aufbau" widersetzten sich die Nationalsozialisten, die von den Industriellen unterstützt wurden.

## "... als ob die Hölle ihre Schleusen geöffnet hätte":[21] Gewalt und Terror der Nationalsozialisten

Die Jahre 1933/34 waren geprägt von gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb des bürgerlichen Lagers: Die aufstrebende NSDAP war nicht gewillt, der Etablierung des katholischen Konkurrenzfaschismus[22] tatenlos zuzusehen. Die Antwort auf die Errichtung der Dollfuß-Diktatur war Terror und Gewalt.

Bereits im Laufe des Jahres 1932 kriselte es innerhalb des Heimatdienstes: Die ideologischen Unterschiede zwischen den Christlichsozialen und den Nationalsozialisten wurden immer offensichtlicher. Dies zeigte sich auch bei der Jahreshauptversammlung der Christlichsozialen im Vereinshaus. Anton Plankensteiner trat dort auf und erklärte, warum er "mit Leib und Seele Nationalsozialist" geworden sei. Dr. Andreas Konzett – so der Berichterstatter der "Vorarlberger Wacht" – "zog sein feuriges Schwert gegen die Hakinger hervor" und las Zitate aus einschlägigen NS-Publikationen vor, unter anderem über die Rassenfrage und "die deutsche Frau als Zuchtfrau". Darob habe die Zuhörer und Zuhörerinnen "ein merkbares Grausen gepackt". Die

Reue – so der sozialdemokratische Korrespondent in der "Wacht" – komme jedoch spät:

> "Vor nicht gar langer Zeit stand ein guter Teil der Dornbirner Nazi mit ihrem jetzigen Führer als braver Heimwehrler den Christlichsozialen zur Seite und wurde von diesen gesegnet. Dieser Segen hat sich in anderer Weise ausgewirkt als vorgedacht war."[23]

Im Frühjahr 1933 brach der Heimatdienst endgültig auseinander: Der deutschnationale Flügel wanderte gemeinsam mit dem Großteil der mobilen Formationen geschlossen zur NSDAP ab.[24] Im April verzichtete die Landesleitung der Großdeutschen Partei auf die Herausgabe des "Vorarlberger Tagblattes", am 3. Mai trat die Partei aus der Großdeutschen Volkspartei für Österreich aus und löste sich damit praktisch auf. Den Mitgliedern wurde empfohlen, der NSDAP beizutreten. Damit war die NSDAP die alleinige Vertreterin des nationalen Lagers.[25]

Die Dornbirner Deutschnationalen waren in der Ersten Republik der Stimmenstärke nach nur die dritte politische Kraft, doch aufgrund der ökonomischen Potenz ihrer Geldgeber war der Einfluß der rechtslaizistischen Partei ein bestimmender Faktor in der Gemeindepolitik. Ideologisch wurde in den zwanziger Jahren jene Weichenstellung vollzogen, die Dornbirn wenige Jahre später zum "braunen Nest" machen sollte.[26]

Der Deutschnationalismus konnte sich auf eine Reihe von ideologievermittelnden Basisorganisationen stützen. Neben dem von Hans Nägele geleiteten "Vorarlberger Tagblatt" gab es eine Reihe von Vereinen, die dieses Gedankengut verbreiteten: In Dornbirn war Ende des 19. Jahrhunderts der "Deutsche Volksverein" gegründet worden. Daneben gab es "nationale" Gesangsvereine, den Turnverein 1862[27], den "Verein Südmark" und den "Deutschen Schulverein". Gefördert wurden sie von den hiesigen Fabrikanten, deren wirtschaftliche Interessen ebenfalls nach Deutschland ausgerichtet waren:

> "Nirgends im Lande hat man die nationalen Vereine ... so werktätig unterstützt wie in Dornbirn."[28]

Der deutschnationale Geist wurde in Dornbirn vor allem auch in der "Jungburschenschaft Germania" gefördert.[29] Treibende Kraft innerhalb der Verbindung war Helmut Lanzl (Verbindungsname Harald).[30]

Beim 25. Stiftungsfest Ostern 1927 trafen sich im Gasthaus "Flur"

die Activitas und rund 60 "Alte Herren" zum "Julkommers". In der Festbroschüre wurden die Zukunftsperspektiven der Verbindung entworfen:

"Die Jungburschenschaft soll sie erziehen im völkischen Sinne zu Männern, die einstehen werden für unseres Volkes Güter."

Das Namensverzeichnis der "Alten Herrn" zeigt, daß die "Germania" auf sehr finanzkräftige Mitglieder bauen konnte, gehörten doch führende Mitglieder des Hämmerle- und Rhomberg-Clans dieser Verbindung an, so unter anderen: Arthur Hämmerle, Rudolf Hämmerle (Verbindungsname "Welf"), Siegfried, Lorenz, Eugen, Walter und Theodor Rhomberg (alle diese "Alten Herren" werden mit der Berufsbezeichnung "Fabrikant" ausgewiesen). In dieser Verbindung wurde jenes Gedankengut verbreitet, das den fließenden Übergang zum Nationalsozialismus ermöglichte. Die "Germania" war die Dornbirner Kaderschmiede der NSDAP-Führungskräfte. Ihr gehörten nicht nur Fabrikanten an, sondern auch der NS-"Anschlußbürgermeister" Dr. Paul Waibel und Walter Weinzierl, der "Chronist" des "braunen Nestes".[31]

Im gleichen Gasthaus "Flur", der "Bude" der Germania, wurde 1924 eine der ersten Vorarlberger Ortsgruppen der NSDAP gegründet.[32]

Sie trat bereits in den zwanziger Jahren aggressiv auf: 1925 zogen die zahlenmäßig noch schwachen Nationalsozialisten im "Hirschensaal" bei einer Schlägerei mit "kommunistisch verhetzten Arbeitern" den kürzeren. Am 5. August 1932 zettelten sie bei einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung in der "Mohrenhalle" eine Saalschlacht an, die ebenfalls zu ihren Ungunsten ausging.[33]

Seit den Landtagswahlen 1932 – die NSDAP erreichte in Dornbirn 13,6 Prozent der Stimmen (1.221)[34] – erhielten die Nationalsozialisten vermehrt Unterstützung durch die Textilfabrikanten, die sich von den Großdeutschen zunehmend abwandten und die extreme Rechte unterstützten. So war etwa Rudolf Hämmerle, Teilhaber von F.M.Hämmerle, bereits im März 1931 der SS beigetreten.[35]

Seit Beginn des Jahres 1933 wurde vom Deutschen Reich aus ein großangelegter Propagandafeldzug gegen die Dollfuß-Regierung geführt. Am 5. Februar hielt die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Hitlerbewegung" im Mohrensaal eine große Kundgebung "des nationalen Willens" ab.[36] In zahlreichen

Versammlungen und mit Filmvorführungen, Familienabenden, Lichtbildervorträgen, einem Konzertabend zu Hitlers Geburtstag, einer Schlageter-Gedächtnisfeier[37] warb die Dornbirner Ortsgruppe der NSDAP für ihre Weltanschauung. Einen besonderen Höhepunkt nationalsozialistischer Propaganda stellte die Übertragung der Hitler-Rede anläßlich der Wahlen am 5. März dar.[38] Am 1. Mai 1933 – dem "Ehrentag aller deutschen Arbeiter" – wurden die nationalsozialistischen Maifeiern via Rundfunk im Mohrensaal übertragen.[39]

Der Führer der Vorarlberger Heimwehr, Anton Ulmer, war ein energischer Gegner der Nationalsozialisten.
Anton Plankensteiner (links) war zunächst illegaler Gauleiter und nach der Okkupation 1938 nationalsozialistischer Landeshauptmann.

Auf die Dornbirner Bevölkerung ging in diesen Monaten eine Propagandaflut sondergleichen nieder: Einerseits versuchte die Dollfuß-Regierung, Unterstützung für den autoritären "vaterländischen" Kurs zu erhalten, andererseits entfaltete die NSDAP ihre machtvolle Gegenoffensive.

Im Mai wurde der endgültige Bruch zwischen den beiden

"deutschen" Diktaturen – der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen – vollzogen. Am 27. Mai verhängte Hitler die sogenannte "Tausend-Mark-Sperre", die den Vorarlberger Fremdenverkehr beeinträchtigte.[40]

Die "Tausend-Mark-Sperre" – jeder deutsche Urlauber mußte an der Grenze eine Ausreisegebühr von tausend Reichsmark erlegen – war ein Teil des von Hitler-Deutschland geführten Wirtschaftskrieges, um das austrofaschistische Österreich in die Knie zu zwingen. Die heimischen Nationalsozialisten schlachteten diese Maßnahme propagandistisch aus: Viktor Hämmerle verschickte an alle Gemeindevertretungen einen Sonderdruck des "Vorarlberger Tagblattes"[41], in dem von der "Wahnsinnspolitik der Christlichsozialen" die Rede ist, "von einem zum Himmel schreienden System des Irrtums", das nur bittere Not und Arbeitslosigkeit mit sich bringe. Die Schuldzuweisung erfolgt in diesem Artikel erstens an die Christlichsozialen und zweitens an die "jüdische Presse".[42]

Am 16. Mai sollte in Dornbirn der Tonfilm "Adolf Hitler, der Schmied des deutschen Schicksals" aufgeführt werden, doch die Vorführung wurde von der Landesregierung untersagt.[43] In der Folgezeit gingen die Nationalsozialisten dazu über, das "System" – wie sie die Dollfuß-Diktatur nannten – auch mit Gewalt zu bekämpfen, um eine Destabilisierung der Regierung zu erreichen. Mit den Manuskripten von Walter Weinzierl und Martin Natter besitzen wir für diese "Kampfjahre" wichtige Quellen aus unterschiedlicher ideologischer Sicht.[44] Heute ist Weinzierl der Dornbirner Bevölkerung hauptsächlich als der Verfasser des Heimatliedes "Müsle gang ga schlofo" bekannt.[45]

In Weinzierls nationalsozialistischer Propagandadarstellung aus dem Jahre 1938 – verfaßt in der Jubelstimmung des "Siegers" – heißt es:

> "Bei uns in Dornbirn jagte nun eine nationalsozialistische Großversammlung die andere. Die Ortsgruppe hatte solche Massenbeitritte zur NSDAP, daß die Geschäftsstelle mit den Aufnahmen kaum mehr nachkam. In unserem 'Braunen Haus', dem Haus des Pg. Eugen Troll, herrschte Tag und Nacht ein totaler Betrieb. Die Säle und die Gärten Dornbirns erwiesen sich zu klein und hunderte von Partei- und Volksgenossen konnten aus diesem Grunde die Versammlungen nicht besuchen. Unsere Redner gingen immer schärfer ins Zeug und

wurden in ihren Angriffen immer radikaler. Die Gendarmeriebeamten, die vom System in unsere Versammlungen befohlen wurden, waren nicht nur machtlos, sondern wurden vielfach von der allgemeinen Begeisterung mitgerissen."[46]

Natter, der die vaterländische Propaganda herunterspielt, bezeichnete die NS-Bestrebungen als "sittenfremd und lästig":

"Die sogenannte Bewegung (NSDAP) begnügte sich nicht mehr wie die bisherigen Parteirichtungen mit gewöhnlichen Versammlungen, Kino-Werbungen und allfälligen Flugblättern und Plakatierungen - nein, es setzte eine land- und sittenfremde Propaganda ein, die sich allenthalben als lästig und brutal erwies! Kaum eine Straße oder ein Weg, wo nicht an manchen Zäunen und Häusern das Hakenkreuz als Wahrzeichen der Nazi angeschmiert wurde - der Gruß 'Heil Hitler', auf gut preußisch 'ail-itla', mißklang schon überall an die Ohren - oben am Satz des Breitenberges grüßte protzig das 'Sklavenzeichen' von der Felswand herab - und sonstiger Unfug aller Art hatte eingesetzt, sodaß auch seitens der behördlichen Stellen doch endlich eingeschritten werden mußte."[47]

Die Frage, wie stark die NSDAP in Dornbirn im Frühjahr 1933 tatsächlich gewesen ist, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Die Angaben des Gendarmeriepostens sind mit Sicherheit überhöht (6.000 bis 8.000 Mitglieder werden angegeben!), doch sie zeigen, wie stark das "braune Nest" eingeschätzt wurde.[48]

Der organisatorische Aufstieg der Vorarlberger NSDAP war eng mit der Person des Dornbirner Bankbeamten Toni Plankensteiner verbunden. Er war Mitglied des nationalen Turnvereins und bis 1930 Kompanieführer im Heimatdienst (Ortsgruppe Dornbirn). Am 6. November 1930 trat er der NSDAP bei und führte sie vor und nach dem Parteiverbot vom 19. Juni 1933 als "Bezirksverbandsleiter Vorarlberg" an. Er bezeichnete sich selbst als "Seele der nationalsozialistischen Bewegung in Vorarlberg und als legendären Kämpfer".[49]

Mitte des Jahres 1933 wurden die Auseinandersetzungen zwischen der NSDAP und der Vaterländischen Front immer erbitterter.[50] Die Behörden erließen ein Uniformverbot, am 30. Mai wurde das "Vorarlberger Tagblatt", das nationalsozialistische "Kampfblatt", unter Vorzensur gestellt. Trotz herrschenden Verbotes plakatierten die Nationalsozialisten weiter, schmuggelten den "Roten Adler"[51], die "Kampfzeitung" der NSDAP, illegal aus dem Reich ein

"Wer die Jugend hat, hat den Staat!" Austrofaschisten und Nationalsozialisten warben um die Jugend. Die "Hitlerjugend" (unten) war ab Juni 1933 illegal.

und verteilten Flugblätter. Die Besuche "vaterländischer" Politiker wurden zu Propagandaveranstaltungen der Nationalsozialisten umfunktioniert, am erfolgreichsten beim Kanzlerbesuch am 29. Juni 1933.

An diesem Peter- und Paulstag kam Dollfuß nach Dornbirn. Die Nationalsozialisten organisierten daraufhin – zehn Tage nach dem Parteiverbot – eine große antiösterreichische Kundgebung.[52]

Für sie wurde der Kanzlerbesuch zu einem wahren Propagandatriumph: Als der Kanzler durch die Bahnhofstraße fuhr, tönten ihm "Heil Hitler!"-Rufe entgegen, und die das "Horst-Wessel"-Lied singende Menge mußte von der Gendarmerie und von einer Abteilung des Bundesheeres in Schach gehalten werden. Dollfuß verließ Dornbirn auf schnellstem Wege. Voller Hohn heißt es bei Weinzierl:

> "Am Bahnhof begrüßten die Vertreter der Stadt und die Größen der V.F. den Unterdrücker deutscher Freiheit. Huldvoll lächelnd schwang er den Zylinder und trat seine historische Fahrt durch die Bahnhofstraße an. Spontan flogen die Hände der Menge zum Deutschen Gruß empor und ein tausendfaches 'Heil Hitler' begleitete den Erfinder des österr. Menschen auf seiner ganzen Fahrt. Da verkroch der kleine Mann (sich) ins Innere des Wagens und wurde nicht mehr gesehen ... Als Dollfuß seine Rede in der Viehmarkthalle beendet hatte, wagte er es nicht mehr, über den Marktplatz und durch die Hauptstraßen zu fahren, sondern flüchtete durch kleine Nebengassen aus Dornbirn. Seit diesem Tag, der selbstverständlich Massenverhaftungen und Geldstrafen mit sich brachte, trug Dornbirn den Ehrennamen 'Braunes Nest' und blieb während der Verbotszeit die Hochburg der NSDAP in Vorarlberg."[53]

Am nächsten Tag klebten an den Häusern Plakate und kursierten Flugzettel, in denen der Kanzler verspottet und verhöhnt wurde:

> "Dornbirner Glaubensbekenntnis!
> Ich glaube seit Peter und Paul an Dollfuß, den Liebling von Dornbirn; gekommen als Retter vor der braunen Pest, begrüßt von den Hitlern vom Bahnhof bis zum Marktplatz; nach einer Stunde abgefahren durch entlegene Gassen gegen Bregenz; am gleichen Abend noch aufgestiegen nach Wien, wo er sitzt in ganzer Größe zur Linken des unbekannten Soldaten Vaugoin.[54] Ich glaube an den deutschen Geist; die Auferstehung der Freiheit beim nächsten Wahltag; an Massenlager für Lum-

pen und Schieber; an knorrige Äste für ehrenfeste Früchte; an die Gemeinschaft des Volkes und an ein besseres Leben (im) Hitlerreiche Alldeutschland!"[55]

Ein Jahr nach seinem Dornbirn-Besuch war Dollfuß wieder in Vorarlberg, allerdings machte er nunmehr in Feldkirch Station, um dem "braunen Nest" auszuweichen.[56]

Der Peter- und Paulstag wurde von den Nationalsozialisten nach dem "Anschluß" 1938 als Erinnerungstag mit einem großen Aufmarsch der ehemaligen "Kämpfer" gefeiert.[57]

Auch andere vaterländische Veranstaltungen wurden von Nationalsozialisten gestört, so die Auftritte von Vizekanzler Emil Fey, der an Ostern 1934 im Lande weilte.[58]

Ruhig verliefen hingegen die weiteren Besuche von vaterländischen Spitzenpolitikern: 1935 kamen der Nachfolger von Dollfuß, Schuschnigg[59], und der Bundesführer des Österreichischen Heimatschutzes und der Vaterländischen Front, Vizekanzler Fürst Starhemberg[60], nach Dornbirn. Am 29. Oktober 1935 machte Bundespräsident Miklas eine Visite.[61]

Jedoch nicht nur der Dollfuß-Besuch verlief unplanmäßig: Als Bischof Dr. Sigismund Waitz Ende September 1933 vor der vaterländischen Lehrerschaft im "Vereinshaus" sprach, wurde im Saal eine Hakenkreuzfahne entrollt.[62]

Das Entrollen von Hakenkreuzfahnen, das Abbrennen von Höhenfeuern, das Beschmieren von Hauswänden mit nationalsozialistischen Parolen usw. war von den Behörden kaum erfolgreich zu bekämpfen. Am 30. Juli 1933 erschien im Gemeindeblatt unter dem Titel "Landfremdes, bubenhaftes Treiben" ein Artikel, der gegen die Hintermänner dieser Schmieraktionen gerichtet war.[63] Die nationale "Wahlgemeinschaft" reagierte im Stadtparlament prompt. Stadtvertreter Adolf Hemrich[64] verlangte, daß eine Erklärung seiner Fraktion zu Protokoll genommen werde:

"Wir protestieren auf das Nachdrücklichste gegen den darin angeschlagenen, ungebührlichen Ton gegenüber der national gesinnten Bürgerschaft, lehnen alle daraus entstehenden Folgerungen ab und verlangen, daß das Gemeindeblatt als amtliches Organ für die Folge keine einseitige parteipolitische Stellung bezieht und die national eingestellten Gemeindebürger nicht als Gemeindeangehörige 3. Güte betrachtet und dementsprechend behandelt werden."[65]

In seiner Antwort legte Bürgermeister Rüf Wert darauf, daß die

Angriffe nicht gegen die "national" gesinnte Dornbirner Bürgerschaft gerichtet gewesen seien, sondern gegen jene Personen,

> "die in letzter Zeit in unserer Stadt Brücken, Straßen, öffentliche Gebäude und sogar die Wohnhäuser friedlicher Bürger durch Anbringung von politischen Wahl- und Hetzsprüchen und Kennzeichen in der Nacht beschmiert und beschädigt haben."

Bürger, die "ihre Pflicht erfüllen" und "im wahren Sinn des Wortes 'national' gesinnt" seien, könnten sich "ganz unmöglich betroffen fühlen."[66]

Um die nationalsozialistische Propaganda einzuschränken, verbot die Sicherheitsdirektion das Abhören ausländischer Rundfunkstationen, die für die nationalsozialistische Bewegung warben.[67] Selbst die Durchführung eines Platzkonzertes wurde im Juli behördlich untersagt, weil

> "auf Grund der in letzter Zeit gemachten bedauerlichen Erfahrungen ... nicht Gewähr geboten (sei), daß derartige Aufführungen ohne Aufgebot von bedeutenden Sicherheitsvorkehrungen veranstaltet werden können."[68]

Nach dem Verbot der NSDAP griffen die "Illegalen" verstärkt zur Gewalt. Der Herbst 1933 stand im Zeichen einer nationalsozialistischen Terrorwelle. Aufgrund der Anzahl der Bölleranschläge entschloß sich der Landeshauptmann, am 2. Oktober 1933 nach Dornbirn einen "politischen Kommissär" zu entsenden.[69]

Um der Anschläge Herr zu werden, wurde die Exekutive verstärkt. Gendarmerie und Assistenzleute patrouillierten ständig in der Stadt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurde Militär angefordert.[70]

Dennoch gingen die Böllerattentate ungebremst weiter. Am 14. Oktober wurde in der Nähe der Unterkunft der in Dornbirn stationierten Kompanie des Infantrieregiments Nr. 6 ein Böller zur Explosion gebracht, worauf ein Wachsoldat das Feuer eröffnete, aber niemanden verletzte.[71]

Höhepunkt dieser herbstlichen Attentatswelle waren die Tage vom 7. bis 9. November 1933. So wurde am 8. November auf die sozialdemokratische Parteizentrale – in der auch die Redaktion der "Vorarlberger Wacht" untergebracht war – ein Anschlag verübt, der beträchtlichen Sachschaden verursachte. Der "exponierte Kommissär" Dr. Straub setzte hierauf die Sperrstunden in den Gaststätten herab und erließ ein Ausgehverbot nach 22 Uhr.[72]

Am 11. November – einem Tag nach der Wiedereinführung der

Eines der vielen Bombenattentate der Nationalsozialisten im Jahre 1933 war gegen die Zentrale der sozialdemokratischen Partei gerichtet, in welcher auch die Redaktion der "Vorarlberger Wacht" untergebracht war.

Todesstrafe – wurden zum erstenmal prominente Nationalsozialisten verhaftet, so Oberleutnant a.D. Ernst Exner, Eugen Elsensohn und der Fabrikantensohn Oskar Rhomberg.[73]

Die Aktionen der Nationalsozialisten waren bestens vorbereitet. Am 12. November legten sie kurz nach 22 Uhr die Stromversorgung lahm. Im Dunkeln kam es zu einer nächtlichen Demonstration, gegen die die Exekutive praktisch machtlos war. Weinzierl schildert diesen Abend so:

> "Überall krachte es, im Oberdorf, im Hatlerdorf, in der Stadtmitte und in der Haselstauden. Kurz nach 22 Uhr trat Kurzschluß ein, sodaß ganz Dornbirn im Dunkel lag. Das war das Signal zu einer großen Demonstration am Marktplatz und in der Marktstraße. Überall wurden Sprechchöre laut: Österreich erwache! Heil Hitler! – In der Marktstraße wurde von der Menge begeistert das Horst-Wessellied gesungen. Auf diese der Polizei unheimliche Massendemonstration im Dunkel, floh der Polizeikommandant Thurnher und seine Trabanten."[74]

Mehrmals wurde durch die Sprengung von elektrischen Überlandleitungen die Stromversorgung für mehrere Stunden unterbrochen.

Trotz des verschärften Vorgehens der Behörde waren im Dezember erneut Böllerattentate zu konstatieren.[75] Sie richteten sich unter anderem gegen das Rathaus – das schwer verwüstet wurde – und gegen die Wohnungen bekannter Heimwehrleute. Zu Beginn des neuen Jahres explodierten in Dornbirn bis zu 25 Böller täglich. Obwohl der Stadtrat exemplarische Strafen für das Abschießen von Feuerwerkskörpern an Silvester und Neujahr androhte[76], kam es in dieser Nacht zu weiteren Bölleranschlägen.

Auch das Wohnhaus von Martin Natter war Zielscheibe von Angriffen:

> "Die Fensterstöcke der ganzen östlichen Hausfront waren zertrümmert – der Schaden war groß nach dieser Richtung – aber unersetzlich, was in der Familie verblieb als Folge dieses verbrecherischen Anschlages: Der Sohn hatte gesundheitliche Schädigung erlitten, an der er noch manche Jahre zu tragen und Hemmungen im Studium zu erleiden hatte. Die Frau wurde herzleidend, erholte sich nach einer Operation wieder etwas – doch was uns die Nazi 1938 wieder angetan hatten, rief das alte Leiden wieder wach und entriß die Teure der Familie – sie mußte ihr Leben hingeben!"[77]

Verhaftete die Polizei bekannte Nationalsozialisten wie Gauleiter Plankensteiner, so löste dies Protestkundgebungen aus.[78]

Die Rückkehr führender Dornbirner Nationalsozialisten aus den "vaterländischen" Anhaltelagern – aus Wöllersdorf oder Kaisersteinbruch – gestaltete sich in der Regel so, daß die Freigelassenen im Triumphzug durch die Stadt geführt wurden. Als Baron Wagner-Wehrborn – der Schwiegersohn von Viktor Hämmerle – aus dem Anhaltelager zurückkehrte, wurde er von einer 2.000köpfigen Menschenmenge am Bahnhof empfangen. Die Firmeninhaber hatten dafür gesorgt, daß die Arbeiter zur Begrüßung erschienen. Die Behörden standen dieser Propagandaaktion machtlos gegenüber.[79]

Am Begräbnis von Bürgermeister Rüf am 7. Jänner 1934 nahmen die nationalen Industriellen nicht teil. Am gleichen Tag wurde der SS-Mann Alois Glatzl, der bei einem Schirennen ums Leben gekommen war, zu Grabe getragen. Diese Beerdigung wurde zu einer großen nationalsozialistischen Kundgebung, an

der zwischen 2.000 bis 4.000 Menschen teilnahmen, umfunktioniert. Im Trauerzug befand sich – im Gegensatz zur Bürgermeister-Beerdigung – eine große Anzahl von Fabrikanten. Diese hatten ihre Arbeiter zur Teilnahme vergattert. Der Präsident des Verbandes Vorarlberger Schiläufer, Ing. Theodor Rhomberg – ab März 1938 "Landessportführer" – leistete am offenen Grab den "Heil-Hitler-Gruß".[80]

Mit Verhaftungen, Ausweisungen und Hausdurchsuchungen versuchten die Behörden, die nationalsozialistischen Aktivitäten zu unterbinden.

Am 4. November 1933 wurde die evangelische Kirche nach Waffen durchsucht.[81] Die evangelische Gemeinde in Vorarlberg stand dem katholisch-austrofaschistischen Staat ablehnend gegenüber und zeigte unverhohlen Sympathien für die NSDAP. 1938 wurde der "Anschluß" von Pfarrer Pommer in Bregenz freudig begrüßt.[82]

Diebstahl von Waffen aus den Depots der Heimwehr war häufig. Bei einem dieser Waffendiebstähle konnte die Sommervilla des Fabrikanten Hubert Hämmerle als Versteck ausfindig gemacht werden.[83]

Allerdings gab es bei der Aufdeckung nationalsozialistischer Vergehen vielfach Probleme. Die Bekämpfung der Nationalsozialisten wurde von etlichen Gendarmen des Postens Dornbirn nicht nur lasch durchgeführt, sondern sie sabotierten sogar vielfach die Bemühungen ihres Postenkommandanten Hugo Lunardon.[84] So gab Lunardons Stellvertreter Franz Walch – er war Mitglied des Turnvereins – Informationen an die Nationalsozialisten weiter.[85]

Bei Zusammenstößen zwischen "Vaterländischen" und Nationalsozialisten gab es des öfteren Verletzte. Heimwehrführer Anton Ulmer versprach, daß jeder Heimwehrmann gedeckt würde, der "einem Verbrecher einen entsprechenden Denkzettel versetzt", und er forderte "rücksichtsloses Zugreifen dort, wo es die Not erfordert."[86]

Dieses gewalttätige Klima kostete auch Menschenleben: Beim Versuch, die Entführung des vermeintlichen Denunzianten Josef Hermann Moosbrugger über die Grenze nach Deutschland zu verhindern, kam der Heimwehrmann Edwin King ums Leben. Zwei der Täter stammten – wie Moosbrugger – aus Dornbirn: Manfred Ulrich Peter und Leopold Wittek.[87]

Am 28. Jänner 1934 wurde bei einer Theateraufführung im Ver-

einshaus – gespielt wurde "Jägerblut" – von einem Nationalsozialisten in den voll besetzten Saal eine Stinkbombe geworfen. Da durch die entstandene Panik die Ausgänge verstopft waren, flüchtete der Heimwehrmann Alois Muxel – wie einige andere – durch das Fenster. Ein Militärposten hielt Muxel irrtümlich für den Bombenwerfer. Da der Flüchtende auf Anrufe nicht reagierte, schoß der Posten und traf Muxel tödlich.[88]

Erst mit der Verhaftung der führenden SA- und SS-Männer im Juli 1934 gelang es den Behörden, den Terror einzudämmen. Bei den Erhebungen und Verhören stellte sich heraus, woher die NS-Terrortrupps ihre Mitglieder erhielten: Hauptrekrutierungsfeld war der Turnverein, der bereits 1927 unter Eugen Kölbl einen "Wehrzug" aufgestellt hatte. Die Hatler Turnhalle diente als Ausbildungsstätte, bis sie von der Vereinsleitung – Edwin Höfle stand an der Spitze – unter dem Druck der Behörden am 3. Juli 1933 geschlossen wurde.[89]

Neben den Turnern war es damals immer mehr die SS – ihre Mitglieder stammten vielfach aus dem TV 1862 –, die für den Terror verantwortlich zeichnete. Ein Jahr nach der Schließung der Hatler Turnhalle konnten an die 70 SS-Männer durch die Ermittlungen Lunardons ausgeforscht werden. Kein Zweifel bestand daran, daß der Tischler Alfons Mäser[90] hinter den Juni-Sprengstoffanschlägen stand.[91]

Seit dem 18. Juni 1934 waren der Besitz und die Herstellung von Sprengstoff mit der Todesstrafe bedroht. Nach der Ermordung von Kanzler Dollfuß am 25. Juli 1934 mußten die Verhafteten damit rechnen, daß an ihnen ein Exempel statuiert wurde.

Schließlich wurde dreizehn SS-Männern in Feldkirch der Prozeß gemacht. Die Intervention des Tiroler Bischofs und die Bemühungen nationalsozialistischer Industrieller – besonders von Erika Rhomberg, der "Mutter der SS" – verhinderten, daß die Angeklagten vor ein Standgericht kamen.[92] Sie wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Alfons Mäser erhielt fünfzehn Jahre verschärften Kerker, Wilfried Weiß und Alwin Mäser wurden zu zehn Jahren verurteilt, die restlichen Angeklagten erhielten Strafen bis zu sechs Jahren.[93]

Von 1933 bis zum "Anschluß" 1938 gab es laut Liste des Amtsgerichts Dornbirn 157 Verurteilungen wegen politischer Delikte, 122 davon wegen Sprengstoffvergehen und Hochverrat. Im Jahre 1934 gab es allein 80 Verurteilungen.[94]

Die illegale Tätigkeit der NSDAP hatte das Ziel, die bestehende austrofaschistische Herrschaft zu destabilisieren und die Bevölkerung zu verunsichern beziehungsweise durch die Anschläge Angst und Schrecken zu verbreiten.

Wer hinter der NSDAP stand, war in Dornbirn ein offenes Geheimnis: Die einflußreichen Textilfabrikanten finanzierten die Partei.[95] So wies Toni Plankensteiner wenige Tage vor dem Parteiverbot in einer Rede darauf hin, daß sich die Parteigänger durch allfällige Strafen nicht abschrecken lassen sollten, da diese ohnehin von den Dornbirner NS-Fabrikanten bezahlt würden.[96]

In der Bevölkerung war der Eindruck, daß gegen die NS-Fabrikanten nur sehr zögernd eingeschritten würde, weit verbreitet. Diesbezügliche Vorwürfe richtete der Sekretär des Christlichen Arbeitersekretariats, der Priester Lorenz Dür, mehrmals an die Sicherheitsdirektion.[97]

Der christlichsoziale Arbeitersekretär war den Nationalsozialisten besonders verhaßt. Weinzierl schrieb über den Priester:

> "Da ist in Dornbirn z.B. der hochwürdige Herr Arbeitersekretär Dür, dem der Zorn und die tierische Wut schon in seiner roten Visage geschrieben steht. Das sollte ein Priester der Religion christlicher Liebe sein! Er schändet das ehrwürdige Priesterkleid dadurch, daß er es trägt. Dieser Schuft will ein Vertreter des Arbeiters sein! Gearbeitet hat er noch nie, aber dazu beigetragen, daß deutsche Arbeiter brotlos wurden und in die Kerker geworfen wurden!"[98]

Die NS-Fabrikanten übten aufgrund ihrer ökonomischen Macht während des "Ständestaates" politischen Druck aus. Während Dollfuß den autoritären Staat installierte, entließen Dornbirner Industrielle Anhänger der Regierung.[99]

### Die austrofaschistische Stadtverwaltung

Um die Dornbirner Gemeindevertretung aufzulösen – der Schein der Legalität sollte gewahrt werden –, traten im Februar 1934 alle christlichsozialen Mandatare zurück. Damit verloren nach der Gemeindewahlordnung auch alle übrigen Mandate ihre Gültigkeit. Mit Erlaß vom 28. Februar 1934 verfügte die Vorarlberger Landesregierung, daß keine Neuwahlen durchgeführt werden durften.[100]

Am 4. Jänner 1934 war Bürgermeister Josef Rüf verstorben. Vor-

übergehend führte Vizebürgermeister Albert Winsauer die Stadtverwaltung. Die Landesregierung setzte nunmehr Stadtsekretär Ludwig Rinderer als Regierungskommissär ein. Er vertrat die Gemeinde in allen Angelegenheiten und war laut Ermächtigung "beschließendes, verwaltendes und vollziehendes Organ". Bei seiner "Antrittsrede" führte er aus:

> "Wir stehen im Werden einer neuen Zeit. Alte Formen verschwinden, Neues quillt zu Tage. Auch die öffentliche Verwaltung fordert neue Formen. Dornbirn geht den neuen Weg und es wurde deshalb in Vorbereitung der Neugestaltung ein Regierungskommissär mit einem Beirat bestellt."[101]

Ihm zur Seite stand ein elfköpfiger Ausschuß, der ebenfalls von der Landesregierung nominiert wurde. Diesem Beirat gehörten Ulrich Ilg – nunmehr neues Mitglied der Vorarlberger Landesregierung – und Eduard Ulmer[102], der künftige Landesleiter der "Vaterländischen Front", an. Auch zwei dem nationalsozialistischen Lager zuzurechnende Vertreter wies das Gremium auf: den langjährigen deutschnationalen Stadtrat Hans Martin und Dr. Paul Waibel. Dem Druck der Nationalsozialisten sollte auf diese Weise begegnet werden. Die beiden lehnten jedoch diese Berufung ab.[103]

An die Stelle der Gemeindevertretung trat im Dezember 1934 der "Gemeindetag", der am 15. Dezember Ludwig Rinderer zum neuen Bürgermeister kürte. Den Antrag, der einstimmig befürwortet wurde, stellte Minister a.D. Emil Schneider.[104] Der frischernannte Bürgermeister, der Dornbirn in die autoritär-katholische Zukunft führen sollte, skizzierte die künftige Gemeindepolitik und hob dabei die Rolle der Vaterländischen Front und des Heimatdienstes hervor.

Fünf Mitglieder des Gemeindetages wurden zu Stadträten gewählt:

Wilhelm Thurnher als Bürgermeisterstellvertreter, Eduard Ulmer, Ing. Rudolf Hämmerle, dessen Unterstützung der illegalen NSDAP ein offenes Geheimnis war, Josef Fäßler und Ulrich Ilg, der Landesbauernführer. Einzig der Firmenmitbesitzer von F.M.Hämmerle, Ing. Rudolf Hämmerle, war bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Politik tätig gewesen. Seine Nominierung begründete Dr. Emil Schneider mit dessen wirtschaftlichem Wissen.[105]

## Der Versuch, eine "ständische, christliche Ordnung" zu errichten

Der politische Katholizismus war der ideologische Hauptträger des Austrofaschismus, die "Vaterländische Front" jene Massenorganisation, die den Kampf um eine "christliche, ständische Ordnung" anführen sollte.[106]

Im Februar 1934 stand die katholische Kirche beinahe einmütig hinter der Regierung. Bundeskanzler Dollfuß regierte "im Namen Gottes" mit dem Segen der katholischen Obrigkeit. Das Bestreben, das öffentliche Leben zu rekatholisieren, mußte zwangsläufig auf Widerstand der linken und rechten Laizisten stoßen. Hauptproblem des "Ständestaates" war, daß seine religiös motivierte Ideologie in einer säkularisierten Gesellschaft ohne Massenbasis bleiben mußte.

Zum äußeren Erscheinungsbild des "neuen Österreich" gehörten die Militarisierung und Ästhetisierung der Politik. Eine ausgeprägte Symbolsprache – wie im italienischen Faschismus und im Nationalsozialismus – sollte die Massen mobilisieren. Dazu wurden zahlreiche Kundgebungen, Versammlungen und Aufmärsche abgehalten. Der Dollfuß-Führer-Mythos nahm in der "vaterländischen" Propagandaschlacht eine zentrale Stellung ein. Besonders die Jugend sollte für den katholischen "Führer" begeistert werden.[107]

In einem Werbeaufruf "An die vaterländisch gesinnte Bevölkerung von Dornbirn" hieß es im Juli 1933, wenige Wochen nach dem Verbot der NSDAP:

> "Der Beitritt zur vaterländischen Front beinhaltet und bezweckt: Das Bekenntnis zur Regierung und Führung Dr. Dollfuß. – Das Einstehen und Eintreten für ein freies und unabhängiges Österreich. Die Erneuerung dieses selbständigen Österreich in seiner Staatsverfassung und Verwaltung in freier Selbstbestimmung, nach christlich-deutscher Art. Die entschlossene Abwehr von Klassenkampf, Klassenherrschaft und Kulturkampf. – Die Freiheit des österreichisch-deutschen Volksstammes in Bezug auf Kirche, Staat und Kultur!"[108]

Die Durchsetzung katholischer Normen und Werte im Alltagsleben war ein wesentliches Anliegen der christlichsozialen Stadtpolitiker. Der Stadtrat kümmmerte sich deshalb um die Einhaltung der Sonntagsruhe, um das Verhalten bei religiösen Umzügen, um die Aktivierung der Teilnahme bei Pilgerfahrten

und Prozessionen und um die Aufrechterhaltung von "Sitte und Ordnung" beim Baden.

Die rigide und prüde Sexualmoral der Kirche schlug sich in der praktischen Gemeindepolitik nieder. Das gemischtgeschlechtliche Baden in der Ach wurde als "sittenwidrig" und amoralisch bekämpft.[109] Die städtischen Sicherheitsorgane wurden angewiesen, die Badestellen an der Ach ständig zu kontrollieren und "Schuldige" unnachsichtig abzustrafen.

Die 1935 vom Bäderausschuß[110] erlassene "Badeordnung für Dornbirn" dokumentiert eine ausgesprochene Körperfeindlichkeit. Das Getrenntbaden der Geschlechter und eine "züchtige" Badekleidung wurden zur Erhaltung von "Anstand" und "Ordnung" als notwendig erachtet.[111] Außerdem war das "Wandern, der Aufenthalt und das Arbeiten in freier Natur ohne anständige Bekleidung auch des Oberkörpers" per Landesgesetz verboten.[112]

Gegenüber der austrofaschistischen Ära ließ der Nationalsozialismus - gerade was die Rolle der Frau betraf - einen Modernisierungsschub erwarten: Die nach dem "Anschluß" feststellbare Liberalisierung der Badeordnungen, der Abbau diskriminierender Maßnahmen gegenüber ledigen Müttern oder die Organisierung des Frauensports auf breiter Basis wurden von vielen - auch von Nichtnationalsozialisten - als befreiender Akt wahrgenommen. Solche Erlebnisse "aus dem Alltag wirkten auf viele Menschen auch nachhaltiger - da selbst erlebt - als der Holocaust."[113]

Auch die Einhaltung der Sonntagsruhe wollten die Gemeindeverantwortlichen nach 1933 mit Strafandrohungen erzwingen.[114] In diesem Zusammenhang argumentierte die Stadtvertretung eigenartigerweise damit, daß in Dornbirn die Zahl der Arbeitslosen besonders hoch sei und deswegen die Gefährdung der Sonntagsruhe durch Arbeitende keineswegs hingenommen werden könne.

Das Verhalten bei religiösen Umzügen gab ebenfalls Anlaß zur Klage. In einem Schreiben der Katholischen Volksgemeinschaft wurde Klage geführt, daß bei religiösen Umzügen, Prozessionen und Begräbnissen Straßenpassanten, Zuschauer und andere ein das religiöse Empfinden der Teilnehmer verletzendes Verhalten an den Tag legten und ihrer Mißachtung gegenüber der Religion deutlich Ausdruck verliehen. Es wurde darin den Pfarrämtern aufgezeigt,

"nach welchen gesetzlichen Bestimmungen Unfug und Mißachtung gegenüber den öffentlichen Religionsübungen bekämpft werden können und wie die Bevölkerung, soweit sie nicht ohnehin katholisch denkt und fühlt und handelt, wieder zur vollen Beachtung des gesetzlichen Religionsschutzes gebracht werden soll."[115]

Im Sinne der Förderung der "christlichen Familie" als Keimzelle der "Neuordnung" verweigerte die Gemeinde Dornbirn Einschaltungen im Gemeindeblatt, in denen Wohnungen nur für kinderlose Parteien angeboten wurden oder bei denen sich kinderlose Ehepaare als Mieter besonders anpriesen.[116]

Bei der Errichtung einer "christlichen" Ordnung kam den Prozessionen eine bedeutende Funktion zu. Hier konnte die katholische Kirche Pracht und Prunk zur Schau stellen und öffentlich Stärke demonstrieren. Besonders die Marienwallfahrt zur Rankweiler Liebfrauenkirche am 1. Mai, die "Landeswallfahrt", die Fronleichnamsprozessionen und die Landesdank-Gottesdienste in Rankweil dienten zur Demonstration katholischer Machtentfaltung.

Am 15. Oktober 1933 rief die "Vaterländische Front" "alle Treugesinnten zu einem mächtigen, eindrucksvollen Treffen in Rankweil" auf. Neben einem Landes-Dankgottesdienst wurde eine große vaterländische Kundgebung für das selbständige Österreich und für "seinen heldenmütigen, aus grausamer Todesgefahr geretteten Volkskanzler Dr. Dollfuß"[117] abgehalten. Dabei sprachen die Landesführer Eduard und Anton Ulmer[118] aus Dornbirn sowie Dr. Wilhelm Mohr.[119]

An Fronleichnam marschierten die Gemeindeoberen, die Beamten und Lehrer durch die Stadt und zeigten, wie eng Politik, Behörden und Kirche verbunden waren. Die Prozession erhielt "geradezu staatlich-offiziellen Charakter".[120] Die "korporative" Teilnahme der katholischen Vereine an der Prozession und am Gottesdienst wurde vorausgesetzt. Die Prozessionsordnung spiegelt den Einfluß der katholischen Kirche wider. In Viererreihen zogen die Vertreter des politischen Katholizismus betend durch Dornbirn. Hinter dem Allerheiligsten marschierten die Mitglieder der Vaterländischen Front und der Heimwehr. Die Prozessionsordnung war genau festgelegt:

" 1. Volks-und Hauptschule
2. Bundesoberrealschule
3. Pfadfinder. Kath. Jugend- und Jungmännerbund

4. Kath. Gesellenverein
5. Kath. Arbeiterinnenverein
6. 'Stella'
7. Marianische Jungfrauenkongregation
8. Die Weißgekleideten mit der Muttergottesstatue
9. Kreuzschwestern
10. Jung-Österreich der Bundesrealschule
11. Stadtmusik
12. Erste Halbkompanie der H. W.
13. Kirchenchor
14. Ministranten, Kapuziner-Konvent und Klerus
15. Das Allerheiligste
16. Vertretungen der V.F. und der H.W.
17. Die Beamtenschaft der folgenden Behörden und Ämter: Bezirksgericht, Zollamt, Post-und Telegraphenamt, Bundesbahn, Steueraufsichts-Abteilung, Gewerbeförderungsinstitut, Stadtrat, Gemeindetag, Städtische Beamtenschaft, Gendarmerie und Zollwache
18. Zweite Halbkompagnie der H.W.
19. Arbeitermusik 'Zäzilia'
20. Christl. Arbeiterverein
21. Turnerbund
22. Jünglinge und Männer
23. Christl. Mütterverein und kath. Frauenbund
24. Jungfrauen und Frauen."[121]

Während bei den - nun verbotenen - Maifeiern der Sozialdemokraten Frauen aus Angst vor Repressionen nur in sehr geringer Zahl mitgegangen waren und Kindern seit 1925 die Teilnahme überhaupt verboten war, beteiligten sich Frauen und Kinder bei der Fronleichnamsprozession und bei Wallfahrten recht eifrig: In religiösen Belangen war ihr öffentliches Engagement willkommen.[122]

Die Heiligsprechung Bruder Konrads von Altötting, "des großen Wundertäters des deutschen Volkes", wurde 1934 in der Kapuzinerkirche in Dornbirn tagelang pompös gefeiert. Messen, Andachten, Predigten, Lichterprozessionen und Gebete gehörten zur Festfolge.[123]

Nach 1933 präsentierte sich die katholische Kirche als eine triumphierende Ecclesia, ganz im Sinne eines barocken, imperialen Katholizismus - wie in der Gegenreformationszeit.[124]

Baden ohne "züchtige" Kleidung und Frauenturnen galten im "Ständestaat" als Ärgernis: Im Alltagsleben sollten katholische Wertvorstellungen durchgesetzt werden.

Auch die 250jährige Wiederkehr des "Sieges über die Türken" wurde vom Regime propagandistisch ausgeschlachtet. Die Feiern dienten dazu, die Rettung des "Abendlandes" vor den "wilden Horden aus dem Osten" in Erinnerung zu rufen und gleichzeitig die neue "Ostgefahr" – gemeint waren nun die Bolschewiken und die Sozialdemokraten – zu beschwören.[125]

Vaterländische Abende, Weihestunden und große vaterländische Kundgebungen dienten der Selbstdarstellung der Herrschenden und dem Versuch, eine Massenbasis für das Regime zu schaffen. Im Laufe des Jahres 1934 gingen in der "Vaterländischen Front" die bestehenden christlichsozialen Organisationen, der Heimatdienst, der Bauernbund, aber auch die katholische Jugend auf. Über die Mitgliedschaft entschied in jedem Einzelfalle die Ortsgruppenführung. Ortsgruppenleiter in Dornbirn war der Arzt Dr. Rudolf Grabher.[126]

Das Regime knüpfte auch an altösterreichische Traditionen an.

In Dornbirn traten am 7. August 1933 die "Deutschmeister" auf.[127] Kriegergedenken und Aufmärsche der Heimwehr und der katholischen Vereine umrahmten das Marschkonzert dieser traditionellen Kapelle. Der Aufruf der "Vaterländischen Front" ist mit "Heil den Deutschmeistern!" unterzeichnet.[128]

Wie in jeder Diktatur galt die Propaganda besonders der Jugend. Die vaterländisch ausgerichtete "Jungfront" umfaßte in Vorarlberg circa 6.000 Jugendliche, die mit Zustimmung des Landesschulrates im paramiltiärisch organisierten "Österreichischen Jungvolk" – ab 1936 "Jung-Österreich" – erfaßt wurden.[129]

Zur "Ehre der Jugend" wurde am 27. Mai 1934 ein "Tag der Jugend 1934" abgehalten. Das Programm umfaßte einen Stafettenlauf quer durch Österreich und ein großes Fest auf der Birkenwiese. Auf Anordnung der Behörden hatten alle Schüler und Schülerinnen Dornbirns mit ihren Lehrern geschlossen daran teilzunehmen. Die Festvorbereitung besorgte der Direktor der Dornbirner Realschule, Minister a.D. Dr. Emil Schneider. Die Teilnehmer sammelten sich am Realschulplatz. Von dort ging es zum Festgottesdienst in die St. Martinskirche. Es erfolgte die Weihe der Schulfahnen und Wimpel. Der Religionsprofessor der Realschule, Geistlicher Rat Christian Hiller, hielt die Festansprache. Nach dem Gottesdienst wurden die Fahnen am Marktplatz aufgezogen. In Anwesenheit der 4. Kompanie des 6. Infanterieregimentes, von Stadt- und Behördenvertretern wurde das Kriegergedenken gefeiert. Von 12 Uhr 05 bis 12 Uhr 10 läuteten in Dornbirn alle Kirchenglocken "als Gruß der Jugend an die toten Helden des Vaterlandes." In geschlossener Formation marschierten die Jugendlichen zum Festplatz auf die Birkenwiese und zurück. Nach der Einholung der Fahnen auf dem Marktplatz wurde der Festzug aufgelöst.[129]

Am 3. September 1934 sprach der "vaterländische Reichsjugendführer" Hans Scheffel aus Wien im Vereinshaus. Bei der Veranstaltungsankündigung unterstrich die "Vaterländische Front" besonders das "karitative Wirken" Scheffels und seine Verbundenheit mit der katholischen Kirche. Als Zielgruppe wurden besonders die ehemaligen Mitglieder der katholischen Jugendverbände angesprochen.[130]

Im gleichen September organisierte die Ortsgruppe der "Vaterländischen Front" die Teilnahme von Dornbirner Kindern bei einem großen "vaterländischen" Kindertreffen in Wien.

Beim Vorarlberger "Jung-Österreich"-Jugendappell am 12. Mai 1935 war der Stellvertreter des Bundesführers, "Seine Erlaucht Graf Thurn-Valsassina", in Dornbirn.[131] Eine einheitlich geführte Staatsjugend, die neben sich keine anderen Verbände oder konfessionelle Gruppierungen duldete, wurde angestrebt. Die Staatsmacht war jedoch in der Praxis nicht in der Lage, diese Einheitsorganisation völlig zu verwirklichen. Die katholische Kirche wollte sich ihre eigenen Jugendorganisationen nicht nehmen lassen und unterstellte sie der "Katholischen Jungfront" – auch "Reichsbund der katholischen Jugend" oder "Konkordatsjugend" genannt –, nicht dem vaterländischen Jungvolk.[132] Auch die evangelischen Jugendgruppen und die Pfadfinder ließen sich nicht ohne weiteres einfügen, ganz zu schweigen von den in der Illegalität arbeitenden Jugendgruppen der Sozialisten, Kommunisten und der "Hitlerjugend".[133]

Die Erziehung der "Jung-Österreich-Jugend" war paramilitärisch ausgerichtet.[134] Öffentliche Aufmärsche boten Gelegenheit, die Wehrhaftigkeit "der Jugend" zu demonstrieren.[135]

Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft läßt sich auch am Kino-Programm ablesen. Filme wie die "Reiter von Deutsch-Ostafrika" oder "Stoßtrupp 1917" wurden den Jugendlichen zugänglich gemacht. Denn die Jugend, "die Erbin des Vermächtnisses der Front", sollte "vollen Anteil haben an dem Erleben des großen Krieges".[136]

Nach der Ermordung von Bundeskanzler Dr. Dollfuß beim Nazi-Putschversuch am 25. Juli 1934[137] wurde – mit Unterstützung der katholischen Amtskirche – der verstorbene Kanzler als Märtyrer der katholischen Sache verehrt, als Schutzpatron Österreichs gefeiert, ja er galt manchen als Heiliger, dem Altäre errichtet wurden.[138]

Am 28. Juli 1934 wurde für den ermordeten "Führer" im Vereinshaus eine große Trauerkundgebung abgehalten, bei der die Begräbnisfeierlichkeiten in Wien via Radio übertragen wurden. Beim Gedächtnisgottesdienst in der Stadtpfarrkirche trafen sich "alle vaterländisch Gesinnten" zum "Abschied vom Heldenkanzler". In einer Trauersitzung im Rathaus gelobte der Regierungskommissär dem "verewigten Heldenkanzler" Treue über den Tod hinaus.[139]

Das Andenken an den "verewigten Heldenkanzler" wurde am 24. und 25. Juli der darauffolgenden Jahre mit großen Trauerkundgebungen und Gedächtnisgottesdiensten hochgehalten.[140]

Das herrschende Regime setzte moderne Propagandamittel wie den Film gezielt ein, um den Kanzler-Mythos in Dollfuß-Filmen hochzuhalten. Diese Filme sollten das vaterländische Bewußtsein heben und dienten der geistigen Vorbereitung für den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus:

> "Wir erleben den Heldenkampf unseres unvergeßlichen Führers und Märtyrerkanzlers Dr. Dollfuß um unser liebes Vaterland. Er ist wieder für kurze Zeit unter uns. Wir sehen, wie er arbeitet, kämpft und wirbt und hören seine Reden umjubelt von hunderttausenden von Menschen, die er um die Fahne rot-weiß-rot schart. Ein Film, der jeden wieder hinein versetzt in die große Zeit des Ringens um die Erneuerung unseres Österreich."[141]

Auf Vorschlag der Ortsgruppe der Vaterländischen Front beschloß der Stadtrat einstimmig, den Rathausplatz in "Dollfuß-Platz" umzubenennen.[142]

Auch in Dornbirn wurde für die Errichtung eines Dollfuß-Denkmales in Wien gesammelt. Die Haussammlung erbrachte Spenden in Höhe von S 2.801,15.[143]

Besonders gefeiert wurde am 1. Mai 1935 der Jahrestag der Verfassungsproklamation. Die neue "ständische Ordnung" sollte Garant für eine harmonische Gesellschaft ohne Klassengegensätze sein. In einem Berufsstand sollte die gemeinsame Organisierung von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten erfolgen. Sieben solcher "Berufsstände" sah die Verfassung vor: die Bauernschaft, Industrie und Bergbau, Gewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen, die freien Berufe und öffentlicher Dienst.

Die Verfassung existierte allerdings zum größten Teil nur auf dem Papier.[144] Nur die "Berufsstandeswahl des Ortsbauernrates" wurde 1936 durchgeführt.[145] In der vaterländischen Propaganda wurde so getan, als ob die Verfassung mit der Wirklichkeit übereinstimmte.[146] Aber auch im täglichen Leben klaffte zwischen dem Propagandagetöse der "vaterländischen" Machthaber und der Realität eine breite Kluft: Die blanke wirtschaftliche Not machte viele zu Anhängern der Nationalsozialisten.

Die austrofaschistischen Machthaber saßen keineswegs so fest im Sattel, wie sie es ihren Anhängern glauben machen wollten. Gegen die nationalsozialistischen Unternehmer kämpfte die "Vaterländische Front" mit dem Rücken zur Wand, die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ließen sich nicht gewinnen, ja

nicht einmal alle Christlichsozialen scharten sich in patriotischer Begeisterung um die Führer der "Vaterländischen Front". So blieb deren Massenbasis schmal, und die Notwendigkeit, mit dem "nationalen" Lager zu einer Einigung zu gelangen, wuchs.

## 4.3. "Nationale Befriedung"? Arrangement mit den Nationalsozialisten

### Nicht mit der "neuen Zeit" und trotzdem Ehrenbürger: Prälat Drexel und Viktor Hämmerle

Das austrofaschistische Stadtregiment versuchte 1935, sowohl die illegalen Nationalsozialisten als auch jene Minderheit aus dem katholischen Lager, die dem herrschenden Kurs kritisch gegenüberstand, zu gewinnen. Trotz der begründeten Annahme, daß Kommerzialrat Viktor Hämmerle – der Seniorchef von F.M.Hämmerle – der verbotenen NSDAP finanzielle Zuwendungen zukommen ließ, wurde er – gleichzeitig mit Prälat Dr. Karl Drexel – am 27. Februar 1935 zum Ehrenbürger der Stadt Dornbirn ernannt. Dieser Ehrenbürgerschaftsverleihung kam eine eminente politische Bedeutung zu. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt Dornbirn zwei Ehrenbürger aufzuweisen: Am 5. März 1894 wurde der liberale Langzeitbürgermeister Dr. Johann Georg Waibel zum Ehrenbürger ernannt. Nachdem die Stadtverwaltung in die Hände der Christlichsozialen übergegangen war, wurde dem Geistlichen Rat und Stadtpfarrer im Hatlerdorf Ferdinand Gierer am 15. Juli 1922 diese Ehre erwiesen.[1]

Mit Dr. Drexel und Kommerzialrat Viktor Hämmerle wurden zwei Männer ausgezeichnet, die den "Ständestaat" kritisch beurteilten beziehungsweise ablehnten.

Der katholische Arbeiterführer Drexel warnte bereits in den zwanziger Jahren vor der antidemokratischen Entwicklung. Ihm war klar, daß eine Zerschlagung der Sozialdemokratie auch eine Schwächung der christlichen Arbeiterbewegung bedeuten mußte.[2] 1931 übernahm er den Posten eines Leiters des Bundesamtes für Statistik in Wien. Welch kritische Position er gegenüber

dem Schuschnigg-Kurs – der Kanzler lehnte eine Versöhnung mit den Sozialdemokraten ab – einnahm, zeigt sein Verhalten im Jahre 1937: Mitte 1937 nahm Karl Renner mit der katholischen Opposition gegen den "nationalen" Kurs des Kanzlers Kontakt auf. Im Zusammenspiel von Renner und Prälat Drexel kam es im Dezember zu einer Unterredung zwischen illegalen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und dem Gewerkschaftsführer der "vaterländischen" Einheitsgewerkschaft, Johann Staud. Dieses Treffen, das zu einer lagerübergreifenden Verständigung im Kampf gegen die Nationalsozialisten führen sollte, fand in der Wiener Wohnung von Prälat Drexel statt.[3]

Viktor Hämmerle hatte als überzeugter Deutschnationaler, der hochbetagt zu den Nationalsozialisten wechselte, für den bestehenden "christlichen Ständestaat" ebenfalls nichts übrig – allerdings aus anderen Gründen.[4]

Mit der Ehrenbürgerernennung dieser beiden Männer verfolgte die Stadtvertretung das Ziel, zur innenpolitischen Stabilisierung des austrofaschistischen Regimes beizutragen. Bürgermeister Rinderer führte in der Festsitzung aus:

> "Dieser Gemeindetag ist heute zusammengetreten, um Gelegenheit zu nehmen, einen sichtbaren Markstein zu stellen, daß es gerade in der Gemeinde, als einer Urzelle des neuen Staatsgebildes, ernst gemeint ist mit dem Umbruche der Zeit. Muß auch der Wille zum Kampfe für das hohe Ziel des verewigten Heldenkanzlers Dollfuß erkennbar und wirksam fortbestehen, so sollen doch auch gerade in seinem Sinne Friedenstaten den Weg in die schönere, österreichische Zukunft kennzeichnen."[5]

Die austrofaschistische Stadtverwaltung suchte eine Verständigung mit der Opposition in den eigenen Reihen und den "nationalen" Kräften, nicht jedoch mit den Sozialdemokraten.

### Keine Aussöhnung: Verfolgung von "Linken" und "Asozialen"

Leichter als die Abwehr des Nationalsozialismus fiel den Stadtoberen die Verfolgung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Minderheit.[6]

Nach dem Verbot der SDAP führten die linken Sozialdemokraten, die sich als "Revolutionäre Sozialisten" zusammengefunden hatten, den politischen Kampf gegen das Dollfuß-Schuschnigg-

Regime auch in Vorarlberg in der Illegalität weiter.[7] Die Behörden gingen im Kampf gegen die Sozialisten und die Kommunisten – letztere hatten bei den Landtagswahlen in Dornbirn immerhin 405 Stimmen oder 4,47 Prozent der Stimmen erhalten[8] – zunächst schärfer vor als gegen die Nationalsozialisten.

Im Februar 1935 wurde in Dornbirn die Ortsgruppe der KPÖ aufgedeckt, weil eine Schmugglerorganisation für Propagandamaterial "aufgeflogen" war.[9] Die Dorbirner Gendarmerie verhaftete als angeblichen Rädelsführer Ernst Josef Heinzle und weitere 37 Personen, darunter eine Frau. Die Behörde vermutete eine weitverzweigte, gefährliche Organisation. Bei den Verhören gaben mehrere Verhaftete zu, Mitarbeiter der illegalen KPÖ gewesen zu sein. Vor dem Bezirksgericht Dornbirn jedoch widerriefen fast alle Beschuldigten ihre Aussagen. Sie gaben an, zu diesen Aussagen gezwungen worden zu sein.[10] Ein Gerichtsverfahren wurde nicht durchgeführt, 32 Personen wurden auf dem Behördenwege abgestraft und zusammen zu mehr als 1.300 Tagen Arrest verurteilt.[11]

Der kommunistische Organisationsversuch erfolgte durch sozial Deklassierte. Die Hauptakteure waren Arbeitslose, die bei Notstandsarbeiten eingesetzt wurden. Als Motiv, sich als Zellenleiter anwerben zu lassen, gab Hans F. an:

> "Nachdem ich schon zwei Jahre hindurch arbeitslos bin und ich nur von einer kommunistischen Bewegung bessere wirtschaftliche Verhältnisse erhoffe, ließ ich mich dazu bewegen."[12]

Welche Folgen eine Abstrafung oder vermutete Beteiligung für die Betroffenen hatte, zeigt die Aussage von Erich K. bei der Gendarmerie:

> "Ich hätte an einer verbotenen politischen Betätigung schon deshalb kein Interesse gehabt, da ich bei F.M.Hämmerle, Fabrik Eulental, als Weber beschäftigt bin und teilweise meine Zieheltern unterstützen mußte und heuer heiraten wollte, was nun alles vereitelt wurde. Ich habe nämlich hiedurch meine Stellung verloren, da ich von der Bezirkshauptmannschaft mit vier Monaten Arrest bestraft wurde."[13]

Wie rigoros die Behörde gegen angebliche oder wirkliche Kommunisten oder Sozialdemokraten vorging, zeigt der Fall des Arbeiters Lorenz Bohle. Er wurde am 14. August 1936 verhaftet, nur weil er im Warteraum eines Arztes die Spanische Republik verteidigt hatte.[14]

Auch die zentrale Figur der Dornbirner Widerstandsgruppe

"AKO" ("Aktionistische Kampforganisation") – die 1940 von der Gestapo ausgehoben wurde[15] – machte mit den austrofaschistischen Behörden Bekanntschaft. Wilhelm Himmer galt den Austrofaschisten als unverbesserlicher "Asozialer".

Bereits am 21. November 1927 erfolgte die rechtskräftige Ausweisung von Wilhelm Himmer, der das Heimatrecht in Bludenz besaß, aus Dornbirn. Am 12. Juli 1934 erhielt er auf "Dauer seines Wohlverhaltens" eine befristete Aufenthaltsbewilligung. Im Dezember 1935 wurde sie ihm "wegen Wachebeleidigung und öffentlicher Gewalttätigkeit" entzogen, seine Berufung dagegen abgelehnt. In der nichtöffentlichen Sitzung vom 10. März 1936 stellte der Gemeindetag fest, daß Himmer überhaupt kein Recht habe, gegen diesen Entscheid zu berufen. Sein Einspruch wurde allerdings als Bittgesuch behandelt, das abzulehnen gewesen sei, da

> "der Bittsteller ein äußerst renitenter und gelegentlich rabiater Mensch ist, der sich fortgesetzt immer wieder in öffentlichen Gewalttätigkeiten gefällt und ergeht."[16]

Viele der von 1934 bis 1945 verfolgten Arbeiter gehörten – wie Himmer – nicht der organisierten Arbeiterschaft an, sondern es handelte sich bei ihnen um sozial Deklassierte, deren "Verschwinden" nicht "auffiel" oder ohne Bedauern zur Kenntnis genommen wurde.

Nach 1933 nahmen die Aktivitäten der KPÖ zu, weil ein Teil der Arbeiterschaft wegen des Zögerns der SDAP angesichts der zunehmenden Faschisierung enttäuscht war und sich deshalb radikalisierte.

### Der "deutsche Weg"

Mit der Annäherung Mussolinis an Hitler ab 1936 änderte sich die außenpolitische Situation Österreichs grundlegend, denn nun konnten die Begründer des Austrofaschismus nicht mehr auf ihren italienischen Schutzherrn zählen. Kanzler Schuschnigg sah nur eine Option: "den deutschen Weg" – eine demokratische Alternative stellte sich für ihn nicht.

Der Weg der "nationalen Befriedung", den die Schuschnigg-Regierung mit dem Juli-Abkommen 1936[17] einschlug, führte in eine Sackgasse. Ausdruck dieser "Befriedung nach rechts" war 1937 die Einführung sogenannter "Volkspolitischer Referate".

Während Bundeskanzler Dollfuß am "Peter- und Paul-Tag" 1933 aus dem "braunen Nest" vertrieben wurde, verlief der Besuch seines Nachfolgers zwei Jahre später störungsfrei. Links neben Kanzler Schuschnigg Bürgermeister Ludwig Rinderer und Vizebürgermeister Wilhelm Thurnher, rechts Eduard Ulmer, der Landesleiter der "Vaterländischen Front".

In Vorarlberg sorgte der Dornbirner Johann Martin Luger dafür, daß die NSDAP, die dadurch den Status der Halblegalität erhielt, innerhalb der Vaterländischen Front verstärkt Fuß fassen konnte. Auf ihn hatten sich der Landesführer der VF, Eduard Ulmer, und der "Gauleiter" der illegalen NSDAP, Toni Plankensteiner, geeinigt. Wie diese Besetzung zustande gekommen ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen Realitäten: Gauleiter Plankensteiner hatte für die NSDAP Verhandlungen mit Walter Prembaur, dem für Österreich zuständigen Referenten für die Volkspolitischen Referate, abgelehnt.[18] Daraufhin schlug Prembaur dem Landesführer der Vorarlberger Vaterländischen Front, Eduard Ulmer, niemand anderen als Plankensteiner selbst beziehungsweise den ebenfalls prominenten Nationalsozialisten Dr. Erich Feierle vor. Die Vaterländische Front lehnte dieses Ansinnen ab und machte sich auf die Suche nach einem geeigneten "nationalen" Kandidaten – aber sie fand keinen. Deshalb mußte die VF die NSDAP

ersuchen, ihrerseits einen Vorschlag zu machen. Die Wahl fiel auf Ing. Luger. Er wurde akzeptiert, entwickelte eine rege illegale Tätigkeit und benutzte seine Stellung zur Unterwanderung der VF.[19] Die Nationalsozialisten traten in der Folge immer offener auf.

Der Fabrikant Rudolf Hämmerle und der Prokurist Eugen Thurnher, Vertreter des "Standes Industrie und Bergbau" im Dornbirner Gemeindetag und "Exponenten der national gesinnten Bevölkerungskreise"[20], legten am 18. Mai 1937 ihr Mandat nieder, um gegen das bestehende Verbot des Turnvereins TV Dornbirn 1862 zu protestieren. Dieser war wegen der nationalsozialistischen Aktivitäten in den Jahren 1933/34 verboten worden[21] – im Gegensatz zu anderen "nationalen" Vereinen wie etwa dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein oder dem Verband Vorarlberger Schiläufer, in denen sich die Nationalsozialisten neu organisieren konnten.

Bürgermeister Rinderer bedauerte den Schritt der beiden Abgeordneten öffentlich, da die Wiederzulassung des Turnvereins nicht in seinen Kompetenzbereich falle und die Genehmigung der Bundesbehörden dafür erforderlich sei. Er stellte eine baldige Einigung in Aussicht.[22]

Die Politik der Regierung Schuschnigg, die darauf angelegt war, die Macht der bürgerlich-katholischen Seite zu erhalten, scheiterte. Das Berchtesgadener Abkommen zwischen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 bedeutete faktisch bereits die endgültige Kapitulation der "Vaterländischen" vor den Nationalsozialisten, die Hoffnungen, die daran geknüpft wurden, erwiesen sich als Illusion. Die örtliche Leitung der Vaterländischen Front veröffentlichte am 27. Februar 1938 auf der Titelseite des Gemeindeblattes einen Artikel mit der optimistischen Balkenüberschrift "5 Jahre schmerzlicher Bruderkampf vorbei!"[23], aber dies war Wunschdenken.

Seit Jahresbeginn hatten die Nationalsozialisten ständig Auftrieb erhalten. Das zeigte sich bei zahlreichen Kundgebungen. Eine besonders machtvolle Demonstration fand am 6. März auf dem Bödele[24] anläßlich des "Gauschiwettlaufes 1938" statt, der vom Vorarlberger Turngau organisiert wurde, um die Wiederzulassung der verbotenen Turnvereine zu erreichen. Die Veranstaltung entwickelte sich zu einem Propagandazug der Nationalsozialisten: Am Abend sollen an die 2.000 Menschen mitgemacht und mit "Heil-Hitler-Rufen" die Stadt beherrscht haben.[25]

Am 10. März 1938 lud die Führung der Vaterländischen Front anläßlich der geplanten Volksbefragung zur Selbständigkeit Österreichs die Ortsführer, die Ortsbauernführer, die Ortsgewerbebundobmänner, die Ortsmilizkommandanten, die Vertreterinnen der VF-Frauenschaft und des Mutterschutzwerkes in den Vereinshaussaal nach Dornbirn. Am 13. März 1938 sollten die Österreicher und Österreicherinnen für "ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!"[26] abstimmen. Am Morgen des 11. März erschien im "Volksblatt" noch ein Bericht über diese "Machtdemonstration"[27], doch die Kapitulation der österreichischen Regierung am Abend desselben Tages entschied die Frage "Haken- oder Kruckenkreuz?" endgültig. Am nächsten Vormittag betraten deutsche Soldaten österreichischen Boden.[28]

# 5. Daheim im Reich

## 5.1. "Sieg" und "Abrechnung"

Am 11. März 1938 waren die führenden Nationalsozialisten im Gasthaus "Weißes Kreuz", als Schuschnigg seinen Rücktritt bekanntgab. Die Protagonisten des "Ständestaates" harrten in der Wohnung von Landeshauptmann Dipl. Ing. Ernst Winsauer[1] bei einem Kaffee der weiteren Ereignisse. Nachdem sich die Nationalsozialisten über die Forderungen an die Landesregierung einig geworden waren, wurde der Landeshauptmann von Toni Plankensteiner telefonisch zur Übergabe der Amtsgeschäfte aufgefordert, was Winsauer widerstandslos zur Kenntnis nahm. Sowohl der neue als auch der alte Landeshauptmann stammten somit aus Dornbirn.

Inzwischen hatten der Standartenführer der SA, Erich Feierle, und SS-Sturmbannführer Alfons Mäser die Machtübernahme vorbereitet. Vor dem "Weißen Kreuz" versammelte sich eine vielhundertköpfige Volksmenge, und das Rathaus wurde umgehend mit einer Hakenkreuzfahne "geschmückt". Anschließend setzte sich ein Fackelzug durch die Stadt in Bewegung. Nach der Auflösung des Zuges spielte die "Haselstauder Musik die beiden deutschen Nationalhymnen".[2] Ohne Schwierigkeiten wurden von der SA und SS die öffentlichen Ämter besetzt.

Viele Dornbirner und Dornbirnerinnen begrüßten den Machtwechsel frenetisch. Über eine Dornbirner "Siegesfeier" berichtete das "Vorarlberger Tagblatt":

> "Endlos schien der Zug der Vorüberziehenden: SA und SS marschierte da in strammem, militärischem Schritte, Abteilungen der HJ kamen in ihrer ergreifend jugendlichen Begeisterung, BDM-Mädel, die in Sprechchören 'Ein Volk, ein Reich, ein Führer' ihrem Glauben und Wollen, ihrer Freude und Dankbarkeit unermüdlich Ausdruck gaben, die Formationen der Partei aus den verschiedenen Orten und Gegenden des Landes, immer wechselnd, unerschöpflich, wahrhaft ein Volk, das zum Marsche in eine neue glückverheißende Zukunft aufbricht."[3]

Der neue NS-Bürgermeister, Dr. Paul Waibel, taufte aus Anlaß dieser "Vereinigungsfeier" den Dornbirner Marktplatz in "Adolf-

Unterm Hakenkreuz: Viele wähnten sich am Ziel ihrer Träume.

Hitler-Platz" um. An jenem Tag, an dem die "vaterländische" Volksbefragung stattfinden hätte sollen, erschien das Gemeindeblatt mit dem Hakenkreuz.[4]

Am 15. März wurde im "braunen Nest" auf der Birkenwiese die große "Anschlußkundgebung" durchgeführt. Die ehemaligen "Illegalen" des "Gaues Vorarlberg" – die neuen Machthaber – ließen sich von einer zehntausendköpfigen Menschenmenge bejubeln. Toni Plankensteiner, der neue Landeshauptmann, und Dr. Paul Waibel, der neue Dornbirner Bürgermeister, verkündeten den Eintritt der "Heimat ins Deutsche Reich".[5]

Nach außen hin betonte der neue Bürgermeister die Kontinuität in der Gemeindeverwaltung. So dankte er anläßlich seiner Bestellung zum Bürgermeister seinem Vorgänger Ludwig Rinderer

> "für die aufopferungsvolle Arbeit, die er unserer Vaterstadt in schwerer Zeit gewidmet hat ... Ich wiederhole diese Dankespflicht, indem ich derselben die aufrichtigsten und besten Wünsche der gesamten Bürgerschaft für das weitere Wohlbefinden des Herrn Altbürgermeister beifüge."[6]

Diese moderaten Worte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten Gewalt und Terror verbunden waren. Noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März wurden bekannte "Vaterländische" von Nationalsozialisten aus den Wohnungen geholt, zum Teil mißhandelt und öffentlich verhöhnt. Der Landesobmann der Katholischen Jugend, Toni Winkler, wurde von den feiernden Nazis gezwungen, auf dem Marktplatz eine "Ehrenrunde" zu laufen. Dabei wurde er "beschimpft und angespuckt".[7]

Hinter den Kulissen begann die Gestapo mit Verhaftungen. Bereits in der "Anschlußnacht" ging der nun für die "Sicherheit" verantwortliche SS-Sturmbannführer Alfons Mäser daran, ehemalige Gegner in "Schutzhaft" zu nehmen. Jene Exponenten des "Ständestaates", die sich in den Augen der Nationalsozialisten als tatsächliche Gegner erwiesen hatten, mußten mit Verfolgung rechnen.[8]

Wegen seiner kompromißlosen Aufdeckung von Naziaktivitäten wurde der Gendarmeriepostenkommandant Hugo Lunardon mit besonderem Haß verfolgt. Wie Pfarrer Georg Schelling, der Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes", und fünf weitere Vorarlberger wurde Lunardon nach Dachau deportiert. Lunardons Leidensweg endete am 14. März 1940 im Konzentra-

tionslager Mauthausen.[9] Auch Alfons Kothbauer, der als "Verräter der Bewegung" galt, wurde in Dornbirn festgenommen, nach Dachau gebracht, wo er bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft verblieb.[10]

Die Entwaffung der Frontmiliz erfolgte in Dornbirn ohne Schwierigkeiten, und die führenden Männer der Vaterländischen Front und der Frontmiliz – Eduard und Anton Ulmer sowie Eugen Grabher, der Kommandant der Dornbirner Heimwehr – wurden, wie andere auch, verhaftet. Ihnen sollte im Lande der Prozeß gemacht werden.[11]

Das Vorgehen der Dornbirner Heimwehr in den Jahren 1933/34 gegen bestimmte Nationalsozialisten war den neuen Herren in Erinnerung geblieben. Der nationalsozialistische Schwanenwirt Jakob Greber war damals bei einer "vaterländischen Strafaktion" verprügelt und dabei schwer verletzt worden. Dies sollte in einem Schauprozeß "gesühnt" werden. Deshalb erfolgte die Verhaftung von neun Heimwehrmännern. Als Anführer der Prügelaktion galt den Nationalsozialisten Anton Blum.[12] Der ehemalige Hatler Heimwehr-Zugkommandant wurde nach Dachau deportiert, allerdings zum Prozeß nach Feldkirch zurückgebracht. Dabei gelang ihm am Weihnachtsabend die Flucht. Auf abenteuerliche Weise schlug er sich zunächst bis nach Dornbirn-Hatlerdorf durch, von dort gelangte er mit Hilfe von Freunden in die Schweiz.[13] Damit platzte der ganze Prozeß. Heimwehrführer Toni Ulmer wurde nach fast einjähriger Haft entlassen, auch Eugen Grabher kam frei.[14]

Die Verhängung der "Schutzhaft" über eine Reihe von Vorarlberger Persönlichkeiten sollte nicht nur die neue politische Lage dokumentieren, sondern ein Klima der Angst und Einschüchterung erzeugen.

Mit dem Einmarsch begann auch eine "Säuberungswelle" im öffentlichen Dienst. Mit der Erpressung von "Sühnespenden" – die je nach Stellung im "Ständestaat" bemessen waren – wurden Nazigegner wie Ulrich Ilg gemaßregelt.[15]

## "Wahlkampf der Ehre" und "Pfingstfreuden"

Am 10. April 1938 erfolgte die "Volksabstimmung" über den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.[16]

Gerade in Dornbirn wollten die neuen Herren ein "hundertprozentiges" Ergebnis vorweisen. Deshalb wurde ein Propagandafeldzug ohnegleichen in die Wege geleitet. Gauwahlleiter Toni Plankensteiner richtete zum "Wahlkampf der Ehre" einen flammenden Appell an "seine" Dornbirner/innen:

> "Wir werden unserem heißgeliebten Führer jenen Dank abstatten, den einzig und allein er von uns erwartet: Ja, ja, ja – freudig, jubelnd, jauchzend, daß der Traum der besten Deutschen seit Jahrhunderten so wunderbar in Erfüllung gegangen ist. Wir wollen uns verzehren in Arbeit und Leistung für unser Volk und für die Heimat, das sei unser Dank an Adolf Hitler."[17]

Am 3. April versammelten sich auf dem Realschulplatz in Anwesenheit ihrer Firmenchefs an die 4.000 Arbeiter. Wenige Tage später sollen gegen 25.000 Menschen an einer Massenkundgebung auf der Birkenwiese teilgenommen haben. Hier sprach auch der Wiener Reichsstatthalter Bürckel, der Generalbevollmächtigte für die "Anschluß-Abstimmung".[18]

Trotz Propaganda, Einschüchterungen und der Erklärung der österreichischen Bischöfe[19], die am 3. April von allen Kanzeln im Lande verlesen wurde, stimmten im Ländle 1,9 Prozent der Stimmberechtigten gegen den Anschluß. Dies war der höchste Prozentsatz in allen Bundesländern.

In Dornbirn kreuzten von den 11.660 Stimmberechtigten (mit den 680 Reichsdeutschen) 11.480 angeblich ihren Stimmzettel mit Ja an. 144 gaben ein Nein-Votum ab, 22 Stimmen waren ungültig (zusammen 1,43 Prozent). Die Wahlbeteiligung betrug 99,88 Prozent (14 waren zur Abstimmung nicht erschienen).[20] Kreiswahlleiter Anton Thurnher – gleichzeitig war er Kreisleiter der NSDAP – dankte den "Volksgenossen von Dornbirn" für ihr Abstimmungsverhalten mit den Worten:

> "Der denkwürdigste Tag in der deutschen Geschichte ist vorbei! In überwältigender Mehrheit hat das Volk von Dornbirn gezeigt, daß es deutsch ist und zu unserem geliebten Führer Adolf Hitler steht."[21]

Die Verhaltensweisen der Stadtbewohner waren nach dem vollzogenen "Anschluß", nach der Okkupation, sehr verschieden: Mancher, der vor dem Machtwechsel ein Nazi-Gegner war, mutierte über Nacht zum "Immer-schon-Anhänger". Andere paßten sich den neuen Verhältnissen nur widerwillig an. Mutige wie den ehemaligen Landesbauernführer Ulrich Ilg gab es nur

sehr wenige. Er weigerte sich, an der Abstimmung teilzunehmen. In seiner Autobiographie schildert der Alt-Landeshauptmann diese Entscheidung und ihre Folgen:

> "Am Abstimmungstag kamen zweimal Abgesandte ins Haus, um mich aufzufordern, an der Abstimmung teilzunehmen. Ich lehnte demonstrativ mit der Begründung ab, man könne von mir als Mandatsträger nicht verlangen, daß ich mit einer Ja-Stimme die Rechtmäßigkeit des vollzogenen Gewaltaktes unterschreibe. Eine Nein-Stimme habe ebenso keinen Wert, weil die vollzogene Tatsache nicht mehr rückgängig gemacht werde. Zur Verwunderung mancher Leute hat auch dieser Akt für mich keine weiteren Folgen gehabt, es sei denn, daß ich als wehrunwürdig auf einer schwarzen Liste geführt wurde."[22]

Die Mehrzahl verhielt sich so wie der Cafetier Peter Viertler, der "seiner Gartenstadt" an Pfingsten 1938 ein "Werbe-Poem" widmete. Diese nationalsozialistische Gebrauchslyrik spiegelt die Jubelstimmung wider, von der nur allzu viele erfaßt wurden:

> "Pfingstfreuden und Stadtzauber
>
> O Gartenstadt! Wer soll Dich nicht erfreut besingen,
> Wenn Deiner Glocken Töne durch die Aetherwellen dringen.
> ...
> In der Kampfzeit warst Du fest und voller Zuversicht,
> Deine Straßen waren oft gefüllt von Kämpfern dicht,
> Beim Umschwung der Badenweilermarsch ertönte
> und die Fackeln brannten,
> Die alten Kämpfer das schönste Freudenfest dies nannten.
> Der Haß entbrannte nicht zur Rache und es floß kein Blut,
> Weil Deine Herzen übervoll von der Vergebung Glut.
> In dieser wunderbaren Zeit kam ich in Eure traute Mitte,
> Und gestatte mir jetzt Euch höfl. einzuladen nebst der Bitte:
> Nach des Alltags Sorgen, Müh'n und Plagen,
> Sollt Ihr einen Besuch meines Kaffeehauses wagen.
> Willkommen und geehrt wer bei mir kehrt in Frieden ein,
> Mein Dank und Gruß wird stets Heil Hitler sein!"[23]

Viele wollten nach dem "Anschluß" als "alte Kämpfer" gelten und in NS-Organisationen aufgenommen werden. Nicht alle "Wendehälse" wurden genommen. So beschwerte sich etwa der Real-

Dornbirn zeigte bei der Volksabstimmung vom 10. April 1938, daß es "deutsch ist und zu seinem geliebten Führer Adolf Hitler steht".

schulprofessor Dr. Othmar A. darüber, daß ihm Schwierigkeiten gemacht würden, der SS beizutreten. Er sei stets im Herzen ein "illegaler Nationalsozialist" gewesen, obwohl er zugebe, daß er die "illegalen Kämpfer bis zuletzt für idealistische Schwärmer und Phantasten" gehalten habe, "die unersetzliche Energien für ein Problem verpufften", dessen Lösung er "als Historiker nur außenpolitisch sehen konnte".[24]

Die wirklichen "illegalen Kämpfer" im "braunen Nest" wurden für ihren Einsatz während der "Systemzeit" finanziell entschädigt: 160 Dornbirner/innen erhielten für die während der "illegalen Zeit" erlittenen "Verfolgungen" "Wiedergutmachungszahlungen". Den höchsten Betrag – S 3.288.– bekamen Alfons und Alwin Mäser, die 1934 wegen der Beteiligung an Sprengstoffattentaten zu 20 Jahren Kerker verurteilt worden waren.[25]

## 5.2. Nicht alle profitieren...

Das "Ostmarkgesetz" vom 14. April 1939 legte fest, daß das

> "ehemals österreichische Land Vorarlberg bis auf weiteres einen eigenen Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft (bildet), die vom Reichsstatthalter in Tirol geleitet wird."[1]

Die Dornbirner Nationalsozialisten – sie spielten die führende Rolle innerhalb der Landes-NSDAP – hatten insgeheim damit spekuliert, daß nach dem "Anschluß" Dornbirn die neue Landeshauptstadt werden würde. Doch der Machtkampf mit dem Tiroler Gauleiter Hofer ging verloren: Vorarlberg wurde dem Reichsgau Tirol unterstellt. Damit wurden auch die Hoffnungen von Bürgermeister Dr. Paul Waibel, der wie Landeshauptmann Plankensteiner zu jenen gehörte, die für die Selbständigkeit Vorarlbergs eintraten, enttäuscht.[2]

Das "braune "Nest" – das verwaltungsmäßig bis 1938 zum Bezirk Feldkirch gehört hatte – wollte nun zumindest anstelle von Feldkirch Sitz der NSDAP-Kreisleitung werden.[3] Mit zustimmender Kenntnisnahme von Reichskommissar Bürckel und Gauleiter Hofer wurde das erbitterte Tauziehen zwischen den beiden Städten am 1. Jänner 1939 entschieden: Dornbirn – das Zentrum der "Bewegung" vor 1938 – machte das Rennen und wurde neben Bregenz und Bludenz die dritte "Kreisstadt".[4] Kreisleiter war zunächst Anton Plankensteiner[5], 1942 wurde er vom Tiroler Klaus Mahnert abgelöst.[6]

Am 28. März 1939 erfolgte nach den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung die Ernennung von zwanzig Ratsherrn: An der Spitze der Gemeindeverwaltung stand Bürgermeister SS-Untersturmführer Dr. Paul Waibel, ihm beigeordnet waren Bürgermeisterstellvertreter Sepp Dreher[7], Anton Thurnher und Josef (Pepe) Mähr.[8]

Fiel die Verwaltungseinteilung im "Gau Tirol-Vorarlberg" nicht zur Zufriedenheit der heimischen Nationalsozialisten aus, so liefen doch die Geschäfte für die Textilfabrikanten, die bereits vor 1938 die Nationalsozialisten unterstützt hatten, kurzfristig gut an.[9]

Das Versprechen der Nationalsozialisten, "Arbeit und Brot" zu bringen, wurde zunächst auch in Dornbirn eingelöst. Das Mitnaschen am deutschen Rüstungsboom, Großinvestitionen[10] und die Arbeitsdienstverpflichtung führten kurz nach der Machtübernahme in Vorarlberg zur Vollbeschäftigung.[11]

# Dornbirner Gemeindeblatt

Erscheint jeden Sonntag. Preis für das 1. Halbjahr RM. 1.65; im Inland mit Postversendung RM. 3.40, Ausland RM. 4.70, einzelne Nummer RM. —.13. Preis pro Millimeterzeile Rpf. 2.25. Einschaltungen sind bis spätestens Donnerstag abends im Rathaus Zimmer 7 abzugeben.

Herausgabe und Verlag: Stadtgemeindeamt Dornbirn
Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Stadtbeamter Karl Hämmerle.
Druck: Buchdruckerei Daniel Feurstein Dornbirn.
D. A.: 4. Vierteljahr 3870 St., P. L. 1.

**Nummer 14** **Sonntag, 2. April 1939** **70. Jahrgang**


## Die Kreisstadt Dornbirn beruft ihre Ratsherren.

Der 28. März 1939 wird in der engeren Geschichte der Stadt Dornbirn ein denkwürdiger Tag bleiben. An ihm traten zum ersten Male die neuen Ratsherren zur Vereidigung im festlich geschmückten, neuhergerichteten Saale des Rathauses zusammen.

Landeshauptmann, Kreisleiter Toni Plankensteiner wies auf die Bedeutung dieses Ereignisses hin und begrüßte die 20 Ratsherren, die nach den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung zu diesem Amte berufen wurden. Er ließ ihnen gleichzeitig das Berufungsschreiben überreichen und wies darauf hin, daß dem verdienten Bürgermeister, SS-Untersturmführer Dr. Paul Waibel, der gleich nach der Machtübernahme die Führung der Stadt übernommen hatte, außer den soeben berufenen Gemeinderäten noch die drei Beigeordneten Sepp Dreher, der sich bisher als Stellvertreter des Bürgermeisters besonders verdient gemacht hat, Toni Thurnher und Pepe Mähr zur Seite stehen.

Ortsgruppenleiter Ernst Zumtobel nahm hierauf die Vereidigung der Gemeinderäte vor, die sich verpflichteten, dem Führer Treue und Gehorsam zu halten und ihre Pflicht stets zu erfüllen. Landrat Dr. Tschofen vereidigte den Bürgermeister, der dann selbst wieder die drei Beigeordneten Sepp Dreher, Toni Thurnher und Pepe Mähr vereidigte.

Landeshauptmann, Kreisleiter Toni Plankensteiner hob den Idealismus des Bürgermeisters hervor und freute sich, daß dieser tatkräftige Führer der Gemeinde in die Fußstapfen treten will, die seinerzeit schon sein Onkel als verdienter Bürgermeister für Dornbirn gegangen ist.

Er überreicht hierauf dem Bürgermeister die vom Gauleiter Bürkel gestiftete Urkunde über das Ergebnis der Wahl vom 10. April 1938. In Dornbirn hatten an diesem Tage 99.89% der Volksgenossen mit freudigem Ja gestimmt. Der Bürgermeister übernahm die Urkunde, die eine dauernde Erinnerung an jenen geschichtlichen Tag sein wird, in seine Obhut.

Landrat Dr. Tschofen erinnerte an den tieferen Sinn der Deutschen Gemeindeordnung. Diese will die Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit Partei und Staat zu höchsten Leistungen befähigen.

Bürgermeister Dr. Waibel dankte Kreisleiter Plankensteiner und Landrat Tschofen für ihre Ausführungen. Er wies darauf hin, daß in Dornbirn zuerst von allen Städten und Orten im Lande, die Ratsherren berufen worden seien. Er erinnerte an die Haltung dieser Stadt in der Kampfzeit und dankte für das Vertrauen, das der Landeshauptmann und Kreisleiter Toni Plankensteiner dem braunen Nest immer entgegengebracht habe.

Abschließend wendete sich der Bürgermeister noch einmal an die berufenen Ratsherren. Es sind dies: Brandstätter Alois, Bauer, Feierle Karl, Bauer, Fuchs Josef, Kaufmann, Feuerstein Eugen, Fabrikarbeiter, Hämmerle Rudolf, Ingenieur, Fabrikant, Huber August, Fabrikarbeiter, Köldi Eugen, Obersturmbannführer, Dr. Lanzl Helmut, Sekretär, Lecher Johann, Privatbeamter, Martin Johann, Schuldirektor i. R., Präg Rudolf, Optiker, Räf Anton, Baumeister, Rüf Philipp, Kaufmann, Rüsch Alfred, Ingenieur, Rhomberg Eugen, Fabrikant, Sigg Jakob, Schuhmachermeister, Sohm August, Eisendreher, Spiegel Andreas, Angestellter, Dr. Thurnher Albert, Rechtsanwalts-Anwärter und Zehrer Vitus, Privatbeamter.

Bürgermeister, SS-Untersturmführer Dr. Paul Waibel gab den Ratsherren noch die wichtigsten Bestimmungen aus der Deutschen Gemeindeordnung bekannt. Insbesondere besprach er die Bestimmungen über die Auswahl und die Bestellung der Ratsherren, die Selbstverwaltung der Gemeinden, ihre Aufgaben und rief die Gemeinderäte zur tatvollen Mitarbeit auf.

Manches ist bereits geleistet worden, noch vielmehr aber ist zu tun. Nationalsozialistischer Geist wird diese Arbeit führen und leiten und die Tat und der Erfolg werden sie krönen.

1295 Heil Hitler!

Am Jahrestag des "Anschlusses" berichtete Bürgermeister Dr. Paul Waibel, daß das Arbeitsamt bereits im August 1938 den vorgesetzten Stellen die Meldung erstatten konnte, daß alle Arbeitslosen untergebracht seien. Mehr als 2.500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis dahin "brotlos" gewesen seien, seien schon ein halbes Jahr nach der Machtübernahme wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden.[12]

Besonders offenkundig profitierte die Firma Franz M. Rhomberg, der einzige "nationalsozialistische Musterbetrieb" in Vorarlberg, von den politischen Beziehungen: Franz M. Rhomberg vergrößerte zum Beispiel die Belegschaft im Zeitraum vom 12. März 1938 bis zum 12. Dezember 1938 von 680 auf 1.003 "Gefolgschaftsmitglieder".[13]

Der "Betriebsführer" dieser Firma, der nachmalige Ehrenbürger Hermann Rhomberg, machte vor, während und nach dem Krieg Karriere: Gegen Ende der austrofaschistischen Ära vertrat er die Industrie im Vorarlberger Landtag, obwohl er als "Illegaler"[14] bekannt war. Während des Krieges wurde er zum "Luftwaffenbeauftragten" des Reichsluftfahrtministeriums und zum Bezirksbeauftragten des Rüstungskommandos im Wehrkreis XVIII ernannt. In dieser Eigenschaft konnte er seiner Firma Aufträge zuschanzen. Seit Februar 1943 war Hermann Rhomberg auch Vizepräsident der Gauwirtschaftskammer Tirol-Vorarlberg. Nach dem Krieg gründete er 1949 die Dornbirner Messe, stand ihr jahrelang als Präsident vor und bekleidete eine ganze Anzahl weiterer öffentlicher Funktionen. 1960 machte ihn die Stadt Dornbirn zum ersten Ehrenbürger nach dem Zweiten Weltkrieg.[15]

Die Dornbirner Industriellen wurden von der NSDAP zum Teil nicht nur mit hohen Posten bedacht – Musterbeispiel dafür ist Hermann Rhomberg –, sondern auch bei den sogenannten "Arisierungen" kamen sie nicht zu kurz:

Am 3. Mai 1938 erwarben Franz M. Rhomberg und F.M.Hämmerle zu einem Spottpreis gemeinsam die Wiener Firma A. Herzmansky KG. Dieses florierende "jüdische" Warenhaus beschäftigte circa 730 Personen, der Umsatz übertraf den Voranschlag des Landes Vorarlberg für das Jahr 1938 um das Doppelte! Geschäftsführer wurde der nachmalige Messepräsident Oskar Rhomberg.[16]

Nach Kriegsende mußten die beiden Dornbirner Textilfirmen allerdings das Kaufhaus wieder an den rechtmäßigen Besitzer Max Delfiner zurückgeben.[17]

Mit Kriegsbeginn änderte sich die wirtschaftliche Situation der Textilindustrie: Die Umstellung auf Kriegswirtschaft führte noch 1939 zu Kurzarbeit und Massenentlassungen.[18] Bereits 1939 kam es aufgrund der Rohstoffknappheit selbst in den Dornbirner Betrieben – und diese wurden bevorzugt versorgt[19] – zu Produktionsrückgängen:

> "Die Arbeitseinschränkungen haben sich ganz besonders für die Gemeinde Dornbirn, in der fast jeder vierte Bewohner mittelbar und ein sehr großer Teil unmittelbar von dieser Industrie beschäftigt werden, fühlbar gemacht. Der Bürgermeister hat nun mit allen in Betracht kommenden Stellen die Verbindung aufgenommen, daß die berufenen Körperschaften alles tun werden, um weitere Arbeitseinschränkungen nach Möglichkeit zu vermeiden und das Los der Betroffenen zu mildern."[20]

Mit der verstärkten Einbindung in die Rüstungsindustrie verbesserten die Textilfabrikanten ihre Situation.[21] Seit Oktober 1939 – also praktisch mit Kriegsbeginn – arbeitete F.M.Hämmerle als Zulieferbetrieb für die Dornier-, Heinkel- und Messerschmitt-Werke.[22] Die Firma wurde in ein Munitionsfertigungsprogramm eingebunden und sollte Feldhaubitzengranaten herstellen. Auch Franz M. Rhomberg profitierte von Wehrmachtsaufträgen und fertigte u. a. Fallschirme an.[23] Schließlich erwarben diese beiden Textilunternehmen die ehemaligen Rüsch-Werke (Ende 1941) und stiegen damit zu einem der wichtigsten Rüstungsbetriebe im Lande auf.[24]

Sowohl F.M.Hämmerle als auch Franz M. Rhomberg gründeten Subfirmen, die ausschließlich im Rüstungsbereich tätig waren.[25]

Die heimischen Betriebe schnitten beim "Leistungskampf" der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) stets hervorragend ab. 1939/40 wurden von insgesamt 28 "Gaudiplomen" im "Gau Tirol-Vorarlberg" fünf an Dornbirner Betriebe verliehen. Die Auszeichnung erhielten: F.M.Hämmerle, Herrburger & Rhomberg, das Hotel zum Hirschen (Grete Rhomberg), Benedikt Mäser und der "nationalsozialistische Musterbetrieb" Franz M. Rhomberg.[26]

1941 erhielt Franz M. Rhomberg außerdem die höchste Auszeichnung der DAF zuerkannt, die "Goldene Fahne".[27] Für die "vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit" und für "die vorbildliche Förderung von Kraft durch Freude" wurde F.M.Hämmerle zweimal mit dem "Leistungszeichen in Bronze" geehrt. Die letztgenannte Auszeichnung erhielt auch die Weberei Josef Kirchberger.[28]

Der Einstieg in die Metallbranche – zum Beispiel durch den

In den Fabriken der "alten Kämpfer" werkten nun die "Soldaten der Arbeit".

Erwerb der Rüsch-Werke – und die Diversifikation der Produktion[29] führten zur Anpassung der Textilfirmen an die Erfordernisse der Kriegswirtschaft – und zur Expansion. Sie stellten für die Nachkriegszeit rechtzeitig die Weichen, sodaß sich die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft während der NS-Zeit für Vorarlberg insgesamt positiv auswirkten.

Die Lage der Arbeiterschaft allerdings verschlechterte sich, und die von der NS-Propaganda versprochene Angleichung an den Lebensstandard im "Altreich" blieb – trotz Verbesserung etlicher Sozialleistungen wie Kinder- und Ehestandsdarlehen – aus.[30]

Mit Ausbruch des Krieges mußten sich alle individuellen Wünsche und Bedürfnisse den Erfordernissen der Kriegswirtschaft unterwerfen, nun galt es auch, an der "Heimatfront" Opfer zu bringen. So wurde die Arbeitszeit sukzessive hinaufgesetzt und unter Zwang die Arbeitsintensität ohne entsprechende Vergütung erhöht. Die DAF, die in der Theorie die Interessen der Arbeiter vertreten sollte, stärkte die Macht der Unternehmer auf Kosten der Arbeitnehmer.[31]

Zudem wurde die Versorgungslage der Bevölkerung – und damit auch der Arbeiterschaft – immer schlechter. Ab November 1941 erfolgten wieder Kinderausspeisungen. Rund 250 bedürftige Volks- und Hauptschüler erhielten nun täglich eine warme Suppe oder "mit Marmelade bestrichene Brotschnitten."[32] Besonders die Versorgung mit Gemüse war nicht gewährleistet. Das nationalsozialistische "Vorarlberger Tagblatt" ist voll von Berichten von der "Gartenbaufront":

> "Die am linken Ufer der Dornbirnerach zwischen der Schmelzhütter Brücke und dem Bahndamm gelegenen 4 ½ Hektar großen Grundstücke werden jetzt durch Bulgaren als Gemüseanbauflächen vorbereitet und teilweise schon bepflanzt. Die Firma F.M.Hämmerle hat einen in Mittebrunnen gelegenen 3 Hektar großen Wiesengrund für ihre Gefolgschaftsmitglieder in Gartenland umgewandelt. Daneben wurden Treibhäuser und Frühbeetanlagen größeren Umfangs geschaffen. Eine wesentliche Vergrößerung ihrer Anbauflächen hat auch die Firma Franz M. Rhomberg durchgeführt."[33]

Der Krieg hatte selbstverständlich auch gravierende Auswirkungen auf die "Arbeitseinsatzlage" an der "Heimatfront", denn mit Fortdauer des Krieges fehlten die Männer in den Fabriken und an anderen Arbeitsplätzen.

Die sogenannte "Uk-Stellung" für "unabkömmliche" Arbeitskräfte in den kriegswichtigen Betrieben war immer schwerer zu erlangen, und in den Fabriken nahmen neben den Frauen zusehends mehr Kriegsgefangene und Fremdarbeiter die Plätze ein.

### Fremdarbeiter und Kriegsgefangene

1944 befanden sich - ohne Gefangene - 1.300 ausländische Arbeiter/innen in Dornbirn. Rund 500 waren in Privatquartieren untergebracht.[34]

Zu Beginn des Jahres 1945 waren sicherlich ein Viertel aller Arbeiter und Angestellten in Vorarlberg Fremd- und Zwangsarbeiter, die in der Landwirtschaft und in der Industrie eingesetzt wurden. Die Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Dornbirn über die "im Kriegs-Arbeitseinsatz stehenden fremdvölkischen Arbeiter" - die Kriegsgefangenen sind hier nicht inkludiert - zeigt das kontinuierliche Anwachsen dieser polnischen, ukrainischen, russischen und anderen Nationen angehörenden Arbeitskräfte in Vorarlberg. Am 31. März 1945 waren 7.711 registriert.[35]

Die Lebensbedingungen dieser Menschen waren zum Teil katastrophal. Sie unterlagen zudem einer ausgeklügelten Reglementierung und einem unbarmherzigen Strafsystem. Die nationalsozialistischen Machthaber waren bestrebt, jeglichen Kontakt der von ihnen als "Untermenschen" betrachteten Fremd- und Zwangsarbeiter mit der deutschsprachigen Umgebung zu unterbinden. In Dornbirn gab es mehrere Lager. Bei den Rüsch-Werken waren vorwiegend sowjetische Kriegsgefangene untergebracht, im Sala und bei der Fischbachfabrik von F.M.Hämmerle[36] französische Gefangene.

Der Haß, mit dem insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen verfolgt wurden, zeigte sich noch gegen Kriegsende. Die HJ erhielt den Befehl, das "Russenlager" samt den 120 russischen Kriegsgefangenen beim Herannahen der ersten feindlichen Panzer zu sprengen. Dies konnte durch die Dornbirner Widerstandsbewegung verhindert werden. Die Gefangenen wurden am ersten Tag nach der Befreiung verlegt, und das leerstehende Lager wurde angezündet.[37]

Der Einsatz von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern diente

den NS-Machthabern dazu, die "Arbeitseinsatzlage" während des Krieges an der "Heimatfront" zu verbessern. Auch die zuwandernden Südtiroler/innen waren unter diesem Gesichtspunkt wichtig.

### "Willkommen im Gau!" Die Südtiroler Umsiedler kommen

Am 23. Juni 1939 wurde zwischen dem Deutschen Reich und dem faschistischen Mussolini-Italien jenes Abkommen geschlossen, das dazu führte, daß bis 1943 rund ein Drittel der Südtiroler Bevölkerung ihre Heimat verließ.[38]

Über 80 Prozent der deutschen und ladinischen Bevölkerung votierte für das Reich. Rund 74.500 Südtiroler "Optanten" wanderten tatsächlich ab. Von diesen Umsiedlern blieben 80 Prozent in Österreich, etwa ein Siebtel davon (14,3 Prozent) ließ sich in Vorarlberg nieder.[39]

Die Umsiedlung darf nicht nur unter dem Aspekt des politischen Zwanges gesehen werden: Der starke Bedarf an ungelernten Arbeitskräften seitens der Vorarlberger Textilindustrie[40], die in die Rüstungsindustrie des "Dritten Reiches" eingespannt war, und die schlechte ökonomische Situation der meisten Südtiroler Umsiedler bestimmten den Entschluß mit, die Heimat zu verlassen. Somit handelt es sich bei der Umsiedlung der Südtiroler um eine Form der Arbeitsmigration.[41]

Insgesamt kamen 10.681 Optanten nach Vorarlberg (davon 3.421 Männer, 3.574 Frauen und 3.686 Kinder).[42] Der Hauptzuzug erfolgte im Jahre 1940. In Dornbirn ließ sich etwas mehr als ein Fünftel von ihnen nieder. Die Südtiroler/innen machten damit circa zehn Prozent der Dornbirner Bevölkerung aus.[43]

Das vordringlichste Problem war die Schaffung von Wohnraum. Unter der Leitung von Dipl.-Ing. Alois Tschabrun, der am 27. Februar 1939 die "Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (VOGEWOSI) gegründet hatte, begann eine außergewöhnlich intensive Bautätigkeit.[44] Daß die VOGEWOSI sich in Dornbirn niederließ, war eine deutliche Willensbekundung im Rivalitätskampf zwischen Bregenz und Dornbirn: Der Bregenzer Bürgermeister Carl Solhardt stand in einem Nahverhältnis zu Gauleiter Hofer, während die Dornbirner Gruppierung um Landeshauptmann Plankensteiner die Eigenständig-

In kürzester Zeit wurde für die Südtiroler Optanten Wohnraum geschaffen. Im Bild die Siedlung Egeten I (1940/41).

keit Vorarlbergs erhalten wollte.[45] Im Zuge des forcierten Wohnungsbauprogrammes wurden in Vorarlberg mehr als 2.000 Wohneinheiten fertiggestellt.[46] Davon in Dornbirn, das am 11. April 1941 von Gauleiter Hofer zum "Wohnsiedlungsgebiet" erklärt wurde, 122 Häuser beziehungsweise 596 Wohneinheiten[47]:

| | Baubeginn | Zahl der Häuser |
|---|---|---|
| Sala | 15.11.1939 [48] | 60 |
| Kehlen | 1.2.1940 | 13 |
| Egeten I | 1.2.1940 | 15 |
| Rüttenersch | 1.2.1940 | 22 |
| Egeten II | 15.10.1940 | 12 |

Finanziert wurden die Südtiroler-Siedlungen[49] zu 65 Prozent der Gesamtkosten durch zinsfreie Kredite des Deutschen Reiches. Außerdem gab es für die Umsiedler sehr günstige Darlehen. Die Abwicklung der finanziellen Transaktionen oblag in Vorarlberg der Hypothekenbank.[50]

Als Bauland boten sich die noch unbebauten Teile des Salach- und des Edlach-Ersch sowie das Riedmahd Schoren an.[51] Außerdem wurden ehemalige Gegner der NSDAP durch Drohungen gezwungen, Grundstücke zu unterdurchschnittlichen Preisen zu verkaufen.[52] Auch Enteignungsverfahren wurden eingeleitet.[53]

Bereits am 15. November 1938 hatte sich der Stadtbeamte Alwin Aßmann im Auftrage des Dornbirner Bürgermeisters an dessen Amtskollegen in Kaufbeuren gewendet, um diesbezügliche Verfahrenshilfen zu erhalten. Da noch kein einheitliches Reichsenteignungsgesetz vorhanden sei, solle die Stadt das Buch "Die Zwangsenteignung in Bayern" anschaffen, empfahl der Befragte. Dies geschah umgehend.[54]

Um die "Heimkehrer ins Reich" unterbringen zu können, wurden die letzten Wohnreserven mobilisiert, jedes noch so kleine Zimmer mit Optanten belegt. Die Wohnungsbeschlagnahmungen durch die "Wohnungskommission" wurden nur widerwillig hingenommen.[55]

Mit der Beschaffung von Wohnraum waren für die Umsiedler, die zum Teil nur das besaßen, was sie auf dem Leibe trugen, noch nicht alle Probleme gelöst. Bei der Besichtigung der Häuser stellte die NS-Behörde fest, daß ein großer Mangel an Möbeln, Geschirr, Bettwäsche und dergleichen vorhanden war. Deshalb war eine große Aktion zwecks Beschaffung des "unbedingt erforderlichen Hausrates unvermeidlich".[56]

Die meisten Optanten kamen als Hilfskräfte in der Textilindustrie unter.[57] Die neuen Arbeitskräfte in den Fabriken waren lange Zeit vielfältigen Vorurteilen ausgesetzt, sie wurden diskriminiert und ausgegrenzt. Die "Tschingolar" und "Karrenzieher" – zwei gängige Schimpfnamen für die Zugewanderten – konnten sich erst in den fünfziger Jahren allmählich integrieren, als andere ihre Funktion in den Dornbirner Textilfabriken einnahmen: die Steirer und Kärntner.

## "Der Krieg, den wir führen, ist ein Krieg für Deutschlands Größe"

Mit dem Angriff auf Polen im September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst. Der vom Deutschen Reich begonnene Raub- und Eroberungskrieg diente dabei nicht nur der Erwerbung von Siedlungsgebieten im Osten, sondern er war ein "Welt-

anschauungskrieg", der die endgültige Abrechnung mit dem "Judentum" und dem "Marxismus" bringen sollte. Zehntausende Vorarlberger dienten in der Wehrmacht, "verteidigten das Vaterland" in Polen, am Nordkap, vor Moskau, in Nordafrika oder auf anderen Kriegsschauplätzen und über 7.700 starben für "den Führer".[58]

Bereits die ersten Kriegstage forderten unter den Dornbirner Soldaten Opfer: Oberleutnant Baron Gustav Wagner-Wehrborn, der Schwiegersohn von Viktor Hämmerle, Unteroffizier und Reserveoffiziersanwärter Karl Loser, SS-Sturmmann Ludwig Fels und Gebirgsjäger Wilfried Fußenegger fielen "in treuer Pflichterfüllung für das Vaterland".[59]

Die Frage, ob der Vater, Sohn oder Bruder aus dem "Felde" zurückkehre, gehörte nunmehr zu den Alltagssorgen der heimischen Familien. In der NS-Kriegspropaganda wurde der "Opfertod für den Führer" als "Glück" hingestellt. Es gab auch in Dornbirn Mütter, die diesen menschenverachtenden Zynismus nicht durchschauten. Im "Vorarlberger Landboten" erschien ein mit 20. September 1939 datierter Brief von einer "deutschen Mutter":

> "Sehr geehrter Herr Hauptmann!
> Habe heute Ihren Brief erhalten und weiß nun bestimmt, daß mein Sohn für das Vaterland gefallen ist. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Mühe. Ja, ich stehe nun wohl auf meine alten Tage alleine, aber ich will nicht klagen. Mein Sohn setzte schon in jungen Jahren vor dem Militärdienst sein Leben für den Führer ein und hat dasselbe nun auch für den Führer und das deutsche Volk geopfert. Für wahr, ein schönes Sterben! Es lebe Deutschland, es lebe der Führer! Nochmals recht herzlichen Dank! Mit deutschem Gruß Heil Hitler!
> Josefa H., Kassierin, Hotel Mohren"[60]

Anläßlich der "ersten Kriegsweihnacht" wandte sich der Bürgermeister an die Bevölkerung. Die traditionelle Weihnachtsbotschaft des Bürgermeisters diente nun dazu, die Kriegsbegeisterung und die Opferbereitschaft zu heben:

> "Der Krieg, den wir führen, ist ein Krieg für Deutschlands Größe und Deutschlands Freiheit und darum ist er ein Krieg, in dem wir alle – jeder an seinem Platze – bereit sein werden, jedes Opfer, das er von uns fordert zu bringen, denn wir alle und unsere Kinder und Kindeskinder werden dereinst den Sieg in Glück und Wohlstand erleben."[61]

Nicht nur die Hoffnungen des NS-Bürgermeisters, "dereinst den Sieg in Glück und Wohlstand" zu erleben, wurden enttäuscht.

Große Teile der Bevölkerung hatten sich allzu leicht von der Siegeseuphorie der "Blitzkriege", den Eroberungsphantasien und den Großmachtträumen der NS-Herrscher mitreißen lassen.[62]

In Wirklichkeit brachte die Nazi-Herrschaft Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Terror - besonders für die Arbeiterschaft - an der "Heimatfront" mit sich, und die Soldaten hatten für einen Unrechtsstaat ihre fragwürdige Pflicht "im totalen Krieg" bis zur völligen Niederlage des "Dritten Reiches" zu erfüllen.

Im Oktober 1944 befanden sich 3.300 Dornbirner in der Wehrmacht, 360 waren bis zu diesem Zeitpunkt gefallen.[63] Bis Kriegsende sollten es 837 Gefallene und Vermißte werden.[64]

## 5.3. Opfer des Nazi-Terrors

Der bodenständige Anteil am nationalsozialistischen Vernichtungswerk wurde nach 1945 in der Vorarlberger Geschichtsschreibung weitestgehend verschwiegen.[1] Auch in diesem Lande wurden während der NS-Gewaltherrschaft Oppositionelle und "Minderwertige" bis zur physischen Liquidierung verfolgt. Zu den Opfern zählten: politisch Mißliebige, rassisch Verfolgte, sogenannte "Asoziale", Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer, "Unangepaßte" und im Sinne der NS-Ideologie als "nicht lebenswert" eingestufte Personen.

Kein Wort findet sich etwa bei Nägele, mit welchen Methoden in den Betrieben - sei es bei F.M.Hämmerle, Franz M. Rhomberg oder bei Herrburger & Rhomberg - die "Arbeitsdisziplin" aufrecht erhalten wurde, wie "Hetzer und Meckerer" nun mit Hilfe der Gestapo zum Schweigen gebracht wurden, wie leicht "unzuverlässige" Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Reichsarbeitserziehungslager Reichenau bei Innsbruck oder gar mit dem KZ Bekanntschaft machten.[2] Mit Drohungen wurde die "Gefolgschaft" gefügig gemacht. Während die Arbeitnehmerrechte permanent abgebaut wurden, wuchs die Unternehmermacht durch die Installierung des "Führerprinzips".

Während die NS-Propaganda die "Schönheit der Arbeit" pries und die DAF mit den "Kraft durch Freude"-Aktionen die Arbeiter

zu gewinnen versuchte, war die tatsächliche Arbeitswirklichkeit durch Rechtlosigkeit, Verschickung, Militarisierung, Terror und Ausbeutung gekennzeichnet.[3]

Erste Konflikte entstanden im Zuge der Dienstverpflichtungen. Besonders junge Frauen waren von den Zwangsverschickungen ins "Altreich" betroffen. Oft konnten nur Drohungen die Desertion an der "inneren Front" verhindern.[4]

Mehrmals besuchte Kreisleiter Anton Plankensteiner die Dornbirner Textilbetriebe. Wenige Tage vor Ausbruch des Krieges hielt er bei F.M.Hämmerle einen Appell ab und pries dabei

> "den staatsmännischen Weitblick des Führers, der den Lebensraum des deutschen Volkes so gestalten wird, daß die Lebensgrundlage für das Gesamtvolk sichergestellt ist."[5]

Mit Ausbruch des Krieges verschlechterte sich die Arbeitssituation. In der Firmenzeitschrift "Dreihammer" (verantwortlicher Redakteur Dipl. Ing. Rudolf Hämmerle) kann man nachlesen, mit welchen Parolen versucht wurde, diese Tatsache zu überspielen:

> "Führer! Du hast dem deutschen Arbeiter nur ein geringes materielles Opfer auferlegt, umso mehr werden wir durch Fleiß und Leistung uns dieses Vertrauens würdig erweisen. Solange der Krieg dauert, wird kein Arbeiter versuchen, aus der Not des Volkes Gewinn zu schlagen."[6]

Das taten dafür Unternehmen wie F.M.Hämmerle oder Franz M. Rhomberg.[7]

Daß es den Machthabern trotz der Propagandaflut und der Gewaltmaßnahmen nicht gelungen ist, alle "Zweifelsucht" auszurotten, zeigt ein "Dreihammer"-Artikel, der die Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte zum Inhalt hat. Sichtlich bestand bei einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Restsolidarität mit den "Untermenschen", die es – auch mit Hilfe der Gestapo – auszumerzen galt:

> "Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es hier mit primitiven Menschen aus dem Osten zu tun haben ... Es gibt deutsche Menschen, in denen das anfänglich armselige Äußere dieser Menschen aus dem Osten ein tiefes Mitleidsgefühl hervorgebracht hat. Sie möchten daher die Ostarbeiterinnen ganz besonders in ihre Obhut nehmen, ja vor lauter Gefühlsduselei diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich von ihrem eigenen Munde absparen, zustecken. Das ist vollkommen falsch ... Es steht aber ein für allemal fest, daß eine allzu nachsichtige

Behandlung zur Frechheit, Aufsässigkeit und Arbeitsunlust führt, weil die Ostarbeiterinnen in Nachsicht nicht zuletzt Schwäche zu erkennen glauben."[8]

Für ein Klima der Angst und der Einschüchterung sorgten die Anzeigen bei der Gestapo: "Widerspenstige" Arbeiter wurden in das Reichsarbeitserziehungslager Reichenau eingewiesen, Regimegegner oder Fremdarbeiter ins Konzentrationslager überstellt.

Der Personalchef des "NS-Musterbetriebes" Franz M. Rhomberg überwachte die politische Einstellung "seiner" Arbeiter persönlich und stellte die "Ruhe und Ordnung" im Betrieb mit Anzeigen bei der Gestapo her. Diese Vorgangsweise hatte für die betroffenen Arbeiter drastische Folgen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Roman Frick, Vater von fünf minderjährigen Kindern, wurde nach einer Anzeige des Personalchefs wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen" und weil er es einer ukrainischen Fremdarbeiterin gestattet hatte, "Feindsender" zu hören, zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.[9] Der ehemalige sozialistische Betriebsrat Norbert Tost verweigerte bei Franz M. Rhomberg mit dem Argument, er wolle nicht "Kriegverlängerer" sein, bei einer Betriebssammlung eine Spende, was zu seiner Verhaftung durch die Gestapo führte.[10]

Die Ausgrenzung der Nazi-Opfer aus dem öffentlichen Bewußtsein war nach dem Krieg auch in Vorarlberg beinahe vollständig: Nur wenige blieben namentlich im Gedächtnis haften.[11] Dies gilt auch für die Dornbirner Opfer des "Tausendjährigen Reiches".[12]

Die Inhaftierung und Überstellung des Dornbirner Postenkommandanten Hugo Lunardon ins KZ Dachau und dann nach Mauthausen, wo er zu Tode gebracht wurde, war eine Folge jenes Hasses, den sich der Gendarm bei der Verfolgung nationalsozialistischer Terroranschläge zugezogen hatte. Aber nicht einmal der Staatsdiener Lunardon, der dem "Ständestaat" treue Dienste geleistet hatte, wurde nach 1945 in dieser Stadt wenigstens mit einer Gedenktafel geehrt. Zu klar lag auf der Hand, auf wessen Betreiben Lunardon in "Schutzhaft" genommen worden war.[13]

Jene, die als oppositionelle Arbeiter Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, wurden völlig totgeschwiegen. Ihr Schicksal zeigt, wie rigoros die Behörden in der NS-Zeit Ansätze oppositionellen Verhaltens auch in diesem Land verfolgt haben.

Manchem heimischen Arbeiter wurden Gespräche am Wirts-

Die Dornbirner Opfer der
nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
BODEMANN RUDOLF
HIMMER WILHELM
KILGA JULIUS
LAMPERT STEFAN
LUNARDON HUGO
PATERNO HILAR
PERLE FRANZ
SCHWENDINGER OSWALD
SOHM ARTHUR
WIELAND MARIA
WOHLGENANNT OTTO
Gewidmet von der Johann August Malin–Gesellschaft

haustisch zum Verhängnis: Karl Schoch – bereits in der austrofaschistischen Zeit kurz inhaftiert – wurde 1941 wieder verhaftet, weil er einen Träger des Abzeichens der NSDAP "einen Idioten und Deppen" genannt hatte. Seine Verhaftung zog andere nach sich. Schoch war bis Kriegsende in Haft.[14]

Eine ähnlich unvorsichtige Äußerung in einem Dornbirner Gasthaus kostete Otto Wohlgenannt sogar das Leben. Am 8. Oktober 1939 prophezeite er:

> "Jetzt kann man bald 'Heil Moskau' sagen: es wird ein Krieg kommen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Wenn England richtig beginnt, ist Deutschland bald erledigt."[15]

Wohlgenannt wurde denunziert, von der Gestapo verhaftet und am 10. April 1942 im Konzentrationslager Flossenbürg zu Tode gebracht.[16]

Im Frühjahr 1940 gelang der Gestapo die Aushebung der ersten organisierten Gruppe, die in Vorarlberg im Untergrund gegen den NS-Staat arbeitete, der "Aktionistischen Kampforganisation" (AKO) in Dornbirn.[17]

Die AKO – innerhalb dieser Widerstandsgruppe spielte Wilhelm Himmer eine zentrale Rolle – gab Richtlinien aus, die jedes Mitglied ausgehändigt erhielt. Als erster Punkt wurde angeführt:

> "Jedes Mitglied hat die Pflicht, dem Naziregime den größtmöglichen Schaden zuzufügen durch Gegenpropaganda (Flüsterpropaganda), Nachrichtendienst (auch militärisch), Vorbereitung von Anschlägen gegen öffentliches Eigentum und nazistische Einrichtungen."[18]

Zu Sabotageakten ist es nicht gekommen: Wilhelm Himmer zog einen Denunzianten mit ins Vertrauen. Im Jänner 1940 holte die Gestapo zum Schlag gegen die AKO aus und verhaftete die Gruppenmitglieder. In den folgenden Prozessen wurde ein für Vorarlberg einmaliges Exempel statuiert:[19]

- Wilhelm Himmer, der bereits von den austrofaschistischen Behörden als unverbesserlicher Asozialer eingestuft worden war, wurde am 20. März 1942 in Innsbruck zum Tode verurteilt und am 8. Juli 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
- Arthur Sohm wurde zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach einer Begnadigung zu 15 Jahren Zuchthaus wurde er ins KZ Mauthausen überstellt. Am 21. März 1944 verstarb er im Nebenlager Ebensee.
- Hilar Paterno – zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt – wurde 1943

aus dem bayerischen Gefängnis Kaisheim ins KZ Mauthausen gebracht. Am ersten Tag nach seiner Ankunft wurde er dort auf der "Todesstiege" erschlagen.[20]

- Elsa Himmer wurde zu einer zwölfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.
- Josef Wieland bekam sieben Jahre Zuchthaus. Er wurde 1943 nach Mauthausen überstellt und in einem Außenlager 1945 von englischen Truppen befreit.
- Johann Gutensohn wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Maria Wieland, die Frau von Josef Wieland, wurde durch die ständigen Gestapo-Verhöre, Hausdurchsuchungen und Mißhandlungen nervenkrank und verstarb 1944 vermutlich als Opfer der NS-Euthanasie.

Auch Personen, die der Gruppe nahegestanden hatten, wurden abgeurteilt:

- Josef Heinzle, Emil Huber, Johann Salizzoni, Josef Anton Schmid, Johann Peter und Josef Jäger wurden wegen "Nichtanzeigens hochverräterischer Umtriebe" zu Haftstrafen zwischen einem halben und eineinhalb Jahren verurteilt[21].
- Josef Höfel und Eugen Bohle erhielten wegen des Deliktes der "Vorbereitung zum Hochverrat" zwei beziehungsweise drei Jahre Gefängnis. Josef Höfel – er war zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt – wurde bei einem Fluchtversuch aus dem Gefangenenhaus Feldkirch erschossen.
- Das Schicksal von Franz Zauner und Adolf Lohs ist aus den Akten nicht mehr rekonstruierbar.

Doch die Verurteilung genügte den Dornbirner Nationalsozialisten nicht: Mehrmals wurde die Dornbirner Hitlerjugend zum Hause Sohms geführt, um es mit Steinen zu bewerfen.[22]

Die Überlebenden stießen nach ihrer Rückkehr aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen auf wenig Gegenliebe, und mancher will bis heute seinen Namen in Zusammenhang mit seiner Widerstandstätigkeit nicht genannt wissen.

Für die Dornbirner Opfer gab es nach Kriegsende keine öffentlichen Gedenkfeiern wie für Johann August Malin.[23] Dies hängt auch mit der sozialen Stellung der Nazi-Opfer zusammen. Da die Mitglieder der AKO aus dem Arbeitermilieu stammten, Wilhelm Himmer nach bürgerlichen Wertvorstellungen als "Asozialer" galt, dem – so eine verbreitete Meinung – "Recht geschehen war", wurde das Andenken an diese Opfer des Nationalsozialis-

mus von der Mit- und Nachwelt getilgt. Sohm und Paterno wurden dazu noch von der KPÖ als die ihren reklamiert.[24]

Aber auch jene, die in der deutschen Wehrmacht ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, blieben ein Ärgernis. Rudolf Bodemann wurde nach dem Krieg nicht gewürdigt: Er hatte in Briefen von der Front die Möglichkeit eines Widerstandes innerhalb der Wehrmacht angedeutet und sich in diesem Sinne auch exponiert. Am 26. Juni 1942 wurde er in Finnland nach einem Kriegsgerichtsurteil hingerichtet.[25]

Bereits vierzehn Tage nach seiner Einberufung in die deutsche Wehrmacht versuchte der damals 19jährige Textilarbeiter August Weiß, aus Gewissensgründen zu fliehen. Bei Frastanz wurde er verhaftet, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Soldaten-KZ Aschendorfer Moor bei Esterwege überstellt. Nach 12 Monaten erhielt er "Frontbewährung".[26]

Emil Kaufmann wurde wegen "Wehrkraftzersetzung" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.[27]

**Rassische Verfolgung**

Nach dem "Anschluß" machten die Nationalsozialisten Dornbirn zur "judenfreien Stadt".

Das Haus der jüdischen Familie Turteltaub wurde zur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe. Dipl. Ing. Edmund Turteltaub, seine Frau Gertrud und deren Söhne Hans und Walter wurden am 7. März 1939 gezwungen, die Stadt zu verlassen und nach Wien zu ziehen. Dort verliert sich ihre Spur.[28] Möglicherweise gelang ihnen die Flucht nach Südamerika.[29]

Nach dem Tode des Schneidermeisters Bernhard Schwarz – er war am 1. Februar 1940 im Stadtspital verstorben – und dem Tode von Leo Heilbrunner – er war am 12. Dezember in der "Heil- und Pflegeanstalt Valduna" verschieden, galt Dornbirn nunmehr als "judenfrei".[30]

Der aus Wien oder Berlin stammende Schneidergehilfe Joachim Albu wurde am 26. November 1942 wegen "Verheimlichung der jüdischen Abstammung" verhaftet, ins KZ Auschwitz, dann nach Lublin und Dachau deportiert.[31] Er war am 11. Juli 1939 nach Dornbirn zugezogen und Mitglied nationalsozialistischer Organisationen geworden. So war er bei der Hitlerjugend "Oberkameradschaftsführer" und beim Turnverein 1862. Mit einer

"deutschblütigen" Frau hatte er ein außereheliches Kind. Er überlebte das KZ, kam nach Dornbirn zurück, heiratete und wanderte 1947 nach Amerika aus.[32]

Am 15. "Ostermond" 1939 veröffentlichte der Dornbirner Heimatdichter Armin Diem – er gilt als der wichtigste Dornbirner Mundartautor – im "Feierabend" ein Gedicht, das jenen tiefverwurzelten Antisemitismus widerspiegelt, der sowohl im deutschnationalen als auch im christlichsozialen Lager eine lange Tradition hatte:

"In so a-n Ombruch ist a Gfell
Dear hoat dom Judo d'Macht und d'Stell
füor all aweack gnoh geall;
aso goht d'Wealt sin reachto Gang
eotz fröüt uon widor Liod und Gsang
dromm rüof-e allwil schneall
Heil Hitler"[33]

Dr. Bruno Amann, der langjährige Pressesprecher und Mitbegründer der Dornbirner Messe, hatte 1939 ein Buch mit dem Titel "Das Weltbild des Judentums, Grundlagen des völkischen Antisemitismus" publiziert, das von schlimmstem Antisemitismus strotzt.[34]

Das Schicksal der wenigen Dornbirner Juden interessierte nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft niemanden.

# 6. Ausblick: Anfänge der Zweiten Republik

## Kriegsende und Befreiung

In den letzten Kriegstagen formierte sich in Dornbirn eine fünfundvierzigköpfige Widerstandsgruppe, die dafür Sorge tragen wollte, daß das "braune Nest" den Kriegsausgang möglichst unbeschadet überstehe.[1] Denn es war damit zu rechnen, daß das "Zentrum der Bewegung" auch für den Abwehrkampf gegen den anrückenden Feind ausersehen war.[2] Der Kern der Widerstandsgruppe hatte sich bereits 1943 formiert. Beim ersten Treffen auf einem abgelegenen Bauernhof war auch ein Beauftragter der gesamtösterreichischen Widerstandsorganisation "O 5" anwesend.[3] Wer zur Dornbirner Widerstandsgruppe tatsächlich gehörte, ist bisher noch nicht erhoben.[4]

Die Dornbirner Befestigungsanlagen waren hauptsächlich gegen einen Angriff aus Richtung Schweiz errichtet worden. Das war mit ein Grund, warum die Stadt schließlich nicht verteidigt wurde, obwohl der fanatische stellvertretende Kreisleiter Dr. Manfred Reiter[5] bis zuletzt Zerstörungsbefehle ausgab. So sollte der Rundfunksender vernichtet werden, der dann aber dank des Einsatzes von Postamtsvorsteher Gottfried Ötti und Ing. Otto Schubert gerettet wurde.[6]

Sechs Stunden nach dem Einmarsch der französischen Truppen meldete sich Radio Vorarlberg:

> "Hier ist der österreichische Rundfunk, Sender Vorarlberg in Dornbirn. Wir beginnen als erste befreite österreichische Sendestation den Dienst. Sie hören die deutschen Nachrichten aus Paris."[7]

Die Männer der Widerstandsgruppe waren über die Absichten der Kreisleitung durch Informanten gut unterrichtet, und sie überwachten die Waffenlager. Besonderes Augenmerk richteten sie darauf, daß die kriegsbegeisterte Hitler-Jugend ihre "Endkampf-Absichten" nicht in die Tat umsetzen konnte. Im Amtsgericht und bei der Gendarmerie fanden sich ebenfalls Männer, die Schaden von der Stadt abwenden wollten. Die Mitglieder dieser konspirativen Gruppe wurden mit Geheimnummern versehen, die sie im Uhrwerk einer Taschenuhr aufbewahrten. Nur die allerengsten Vertrauten wußten, wer der Obmann der Widerstands-

gruppe war, wer die Aktionsbefehle herausgab oder wieviele Mitglieder die Gruppe umfaßte. Als hauptsächliche Arbeitsgebiete werden im Eigenbericht, der nach Kriegsende für die französische Militärregierung erstellt wurde, angegeben:

- die Vernichtung politischer Anzeigen durch Beamte des Gendarmeriepostens und die Verschleppung der Verfahren durch zuständige Richter
- die Verhinderung der Einrückung von sechzehn- und siebzehnjährigen Jungen
- die Bewaffnung der Mitglieder
- die Unterstützung von Verhafteten und deren Familienangehörigen
- die Verhinderung der Sprengung des Zwangsarbeiterlagers bei den ehemaligen Rüsch-Werken
- Entschärfung verschiedener Sprengsätze bei Brücken
- Entleerung von circa hundert Kampfflaschen der HJ, die auf Panzer und die einmarschierenden Truppen geworfen werden sollten
- die Anwesenheit bei Kreisleitungssitzungen, bei denen der Einsatz der Werwölfe besprochen wurde
- die Verfassung von Drohbriefen an Repräsentanten des NS-Regimes zur Erzwingung der kampflosen Übergabe von Dornbirn.

Eine der wesentlichen Aufgaben der Widerstandsgruppe bestand darin,

> "Soldaten und Offiziere, die mit der Kriegsführung nicht mehr einverstanden waren, zu verstecken. Viele Dutzende wurden in verläßlichen Häusern der Stadt und im Bregenzerwald untergebracht."[8]

Am 1. Mai 1945 seien im Gasthof "Löwen" in der Riedgasse noch 14 SS-Männer einquartiert worden, die auf jene Häuser schießen sollten, auf denen eine weiße Fahne gehißt wurde. Aber noch in der Nacht hätten sie die Stadt verlassen. Am Morgen floh auch der Stab des General Schmidt, und so war es möglich, die Stadt kampflos zu übergeben. Allerdings schossen Jagdbomber ständig auf die sich zurückziehenden deutschen Truppen. Ein Toter und einige Verletzte waren die Folge der Tiefflliegerangriffe. Weiters wurden Gebäude, Fahrzeuge und die Oberleitung der Bahn beschädigt.[9]

Zwischen Dornbirn und Hohenems kam es zu einer bewaffne-

ten Auseinandersetzung: Während auf dem Hatlerdorfer Kirchtum bereits die weiße Fahne wehte, stießen die Franzosen im Wallenmahd auf Widerstand. Bei diesem Gefecht wurden nicht nur Häuser zerstört. Fünf deutsche und mehrere französische Soldaten sowie der Bauer Otto Gisinger, der sein Vieh zusammentreiben wollte, fanden den Tod.[10] Ulrich Ilg schildert diesen Vorfall in seinen Lebenserinnerungen:

> "Bald vernahm man jedoch in der Richtung gegen Hohenems eine Schießerei und einige Zeit später war zu erfahren, daß Gisingers Haus im Wallenmahd in Brand geschossen wurde. Gegen Abend brachte eine Hausinsassin den Bericht, daß ihr Bruder von einer Kugel getroffen worden sei, als er Vieh ausgetrieben habe. Er liege am Rande des Landgrabens. Ich fuhr mit einem Handwagen hinaus und brachte den Leichnam mit einer Decke zugedeckt an französischen Nachschubwagen vorbei ins Spital."[11]

Am 2. Mai wandte sich Bürgermeister Dreher, der wie Dr. Manfred Reiter Drohbriefe erhalten hatte, mit einem Aufruf an die Stadtbevölkerung, in dem er alle aufforderte, "ihre Pflicht" zum Wohle "unserer Heimatstadt" zu erfüllen.[12] Zu dieser Art der "Pflichterfüllung" kam es nicht mehr: Eduard Ulmer, der ehemalige Leiter der Vaterländischen Front, und der Nationalsozialist Johann Martin Luger übergaben Dornbirn am 2. Mai 1945 der französischen Panzervorhut.[13]

Von direkten Kriegsschäden war Dornbirn weitestgehend verschont geblieben. Es gab drei Total- und sechs Teilschäden an Häusern mit einer Schadenssumme von S 55.300.–[14]

Unmittelbar vor dem Einmarsch der französischen Truppen kam es zu vereinzelten Plünderungsaktionen: So wurde aus der verlassenen Großmolkerei von Einheimischen Käse abtransportiert, bis die französischen Truppen Einhalt geboten.[15] Auch Fremdarbeiter sollen sich an den Plünderungen in Dornbirn beteiligt haben.[16]

Der "Blutordensträger" Bürgermeister Dreher blieb zunächst im Amt, ebenso wie Vizebürgermeister Ing. Alfred Rüsch.[17] Wie nach dem Ersten Weltkrieg galt es, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.[18]

Im Auftrag des Kommandanten der französischen Militärbehörde wurden in den ersten Nachkriegstagen folgende Anordnungen zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" getroffen:

Die Befreiung vom Nationalsozialismus erfolgte durch fremde Truppen. Anfang Mai 1945 rollte der erste französische Panzer in die Stadt ein.

Die Todesstrafe wurde jenen Personen angedroht, die sich an Ausschreitungen gegen die Besatzungsmacht beteiligten. Alle Männer vom 16. bis zum 50. Lebensjahre, die aus dem "Altreich" stammten und nach dem 12. März 1938 nach Dornbirn zugezogen waren, hatten am 7. Mai 1945 vormittags auf dem Viehmarktplatz zum Abmarsch gestellt zu sein. Die Soldaten der Wehrmacht, SS und Marine hatten sich zu melden. Strenge Strafen wurden jenen angedroht, die Soldaten versteckten. Keine Person durfte sich mehr als drei Kilometer außerhalb Dornbirns aufhalten. Jedes Läuten von Kirchenglocken wurde strengstens verboten. Geschäftsinhabern drohte bei erhöhten Warenpreisen die Beschlagnahmung des Geschäftes. Um die Versorgung zu gewährleisten, wurden Marken ausgegeben.[19]

Am 13. Mai wurde ein provisorischer Gemeindebeirat ins Leben gerufen. Ihm gehörten Ulrich Ilg, Josef Anton Fäßler, Johann Wohlgenannt, Eduard Ulmer, Georg Diem, Johann Sepp, Hugo Mayer und Franz Katzengruber an. Die Besetzung erfolgte paritätisch: Die ersten vier waren dem konservativen Lager zuzurechnen, die anderen vier dem sozialistischen.[20] Diese Männer bildeten auch ab dem 18. Mai den Gemeinderat.[21] An diesem Tag wurde Bürgermeister Sepp Dreher von der französischen Militärverwaltung abgesetzt. An seine Stelle trat der Harder Jurist Dr. Günther Anton Moosbrugger[22], der dann zwanzig Jahre lang dieses Amt inne hatte.

In seiner ersten Stellungnahme forderte der neue Bürgermeister die Bevölkerung auf, von Racheaktionen gegen Nationalsozialisten Abstand zu nehmen.[23]

Die gemeinsame Unterdrückung durch das NS-Regime, die materielle Not und die ungelösten Verwaltungs- und Wirtschaftsprobleme förderten die politische Zusammenarbeit der Bürgerkriegsgegner von 1934. An der Spitze der Gemeinde standen – wie in Land und Bund – Männer, die bereits vor dem "Anschluß" im öffentlichen Leben Funktionen bekleidet hatten. Die führende Rolle kam dabei den ehemaligen Christlichsozialen zu. Sie konnten sich nur teilweise oder zögernd von der "ständestaatlichen" Vergangenheit lösen.[24]

## Umorientierung in der "Parteiendemokratie"

Österreich wurde nach der Befreiung von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die bis zur Anerkennung der Provisorischen Regierung Renner strikte getrennt wurden.[25]

Die französische Militärregierung wurde von vielen weniger als Befreiungsmacht vom Nationalsozialismus denn als fremde Besatzungsarmee wahrgenommen, und mehrmals kam es in Dornbirn in den ersten Monaten zu Zwischenfällen. So wurden in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober 1945 am Fischbach gegen ein von französischen Truppen besetztes Haus Steine geworfen.[26] Die Militärregierung antwortete mit Ausgangsbeschränkungen und mit "Sühnemaßnahmen".[27]

Im achtköpfigen Vorarlberger Landesausschuß teilten sich die ÖVP und die SPÖ die Verantwortung im Verhältnis 5:3. Mit den Dornbirnern Ulrich Ilg und Eduard Ulmer betraten zwei ehemals führende Repräsentanten des austrofaschistischen Regimes erneut die politische Bühne.

Neben die neuerstandenen politischen Parteien trat zunächst die "Österreichische demokratische Widerstandsbewegung". Diese Organisation war nicht identisch mit einer Widerstandsbewegung während der NS-Zeit, sondern wurde erst nach Kriegsende gegründet. Sie hatte die Hauptaufgabe, politische Gutachten über ehemalige Nationalsozialisten zu erstellen. Ihre Ausschüsse waren auf Landes-, Bezirks- und Ortsebene in der Regel zur Hälfte mit VP- und zu je einem Viertel mit SP- beziehungsweise KP-Mitgliedern besetzt.[28] Wie mit den Ex-Nationalsozialisten umzugehen sei, wurde in diesen angeblich überparteilichen Gremien allerdings bald zum Politikum.

Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 1945[29] wurde die "Österreichische demokratische Widerstandsbewegung" - Obmann der Bezirksstelle Dornbirn war Herbert Stohs - politisch immer mehr an den Rand gedrängt.[30] Der Kampf um die nationalsozialistischen Stimmen hatte eingesetzt, und die politisch Verantwortlichen wußten, daß auf Dauer nicht alle NSDAP-Mitglieder und NSDAP-Anwärter - in Vorarlberg immerhin 16,4 Prozent der rund 92.400 Wähler und Wählerinnen - vom sozialen und politischen Leben ausgeschlossen werden konnten. Und so wurde bereits 1945 der antinazistische Konsens brüchig.[31]

Die ersten Nachkriegswahlen am 25. November 1945 brachten

in Dornbirn folgende Wahlergebnisse: Bei den Nationalratswahlen waren 9.190 Personen stimmberechtigt. Von den 8.084 gültigen Stimmen entfielen 5.050 (62,3 Prozent) auf die ÖVP, 2.770 auf die SPÖ (34,2 Prozent) und 275 auf die KPÖ (3,5 Prozent).

Beinahe gleich war der Stimmenanteil bei den gleichzeitig durchgeführten Landtagswahlen[32]: 5.160 gaben ihre Stimme der ÖVP, 2.644 der SPÖ und 273 der KPÖ.[33]

Der Antrag der KPÖ-Bezirksleitung Dornbirn, einen Vertreter in den provisorischen Gemeinderat entsenden zu dürfen, wurde aufgrund dieses Wahlergebnisses abgelehnt.[34]

Mit den Wahlen 1945 wurde die ÖVP – die Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei – mit Abstand die stärkste Kraft in der Gemeinde.

Austrofaschismus und NS-Zeit hatten fast nichts an der politischen Grundeinstellung der Dornbirner/innen geändert. Auch die Parteien zeigten Konstanz: Die Gemeinde-ÖVP blieb vor allem auf dem kulturpolitischen Sektor der Tradition verhaftet. So tat man sich schwer, alte Zensurgewohnheiten in der neuen Demokratie abzulegen. Theaterstücke mußten weiterhin zur Begutachtung vorgelegt werden[35] und über Auftrag des Bürgermeisters wurde am 25. Februar 1946 die Aufführung des Schauspiels "Beichte" eines gewissen Enigmatus verboten.[36] Bürgermeister Moosbrugger schrieb dem Direktor der "Westfilm-Gesellschaft m.b. H." Herbert Seidler:

> "Von berufener Seite wurde mir mitgeteilt, daß das von Ihnen im hiesigen Schloßbräusaal zur Aufführung gebrachte Schauspiel 'Beichte' die religiösen Gefühle eines Großteils der hiesigen Bevölkerung verletzt. Die bei Ihrer Aufführung anwesend gewesenen Gewährsmänner bestätigen die im 'Vorarlberger Volksblatt' erschienene Kritik als zutreffend. Das Problem der Beichte sei in dem Schauspiel in vollkommen falschen Lichte dargestellt."

Bei der geschlossenen Aufführung in Feldkirch war der Dornbirner Lehrer Georg Fontain als "Gutachter" anwesend. Der Bericht im "Volksblatt" und seine Stellungnahme veranlaßten den Bürgermeister, das Stück zu verbieten.[37]

Die Berufung des Harders Dr. Günther Anton Moosbrugger zum Bürgermeister war nicht unumstritten. Er blieb bis 1965 im Amt.

### Alltagsnöte

In der unmittelbaren Nachkriegszeit – einer Phase des Rückfalls in naturalwirtschaftliche Zustände[38]– ging es für viele um die Erhaltung der bloßen Existenz. Wie nach dem Ersten Weltkrieg bereitete neben der Ernährungsfrage die Beschaffung lebenswichtiger Güter die größten Sorgen. Weil Mangel an Kleidern, Schuhen und Hausrat aller Art herrschte, wurden diese Güter rationiert, ein Bezugsscheinsystem eingeführt und ein städtisches Wirtschaftsamt eingerichtet, das für eine gerechte Verteilung sorgen sollte.[39] Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Anträge nur in äußerster Not einzureichen und zu bedenken, daß "tausend andere Bewerber Anträge stellen". Es sei nicht nur zwecklos, sondern auch strafbar, die "Angestellten des städtischen Wirtschaftsamtes deswegen gröblichst zu beschimpfen oder sie gar der Parteilichkeit zu verdächtigen, weil einem Antrag nicht gleich entsprochen werden kann."[40] Kriegsversehrte, jugendliche Heim-

kehrer, kinderreiche Familien und gewisse Berufsgruppen – zum Beispiel Ärzte und Forstarbeiter – wurden vorrangig behandelt. Männeranzüge und Mäntel wurden vorwiegend an junge Heimkehrer ausgegeben, weil sie "ihren Kleidern entwachsen sind". Schuhe erhielten diejenigen, die im Freien arbeiten mußten. Ein besonderer Mangel herrschte an Fahrrädern und deren Bereifungen. Deswegen konnten nur diejenigen berücksichtigt werden, die ein Fahrrad dienstlich benötigten oder einen sehr weiten Weg zum Arbeitsplatz hatten, darunter in erster Linie Invalide.

Viele hatten durch die Kriegseinwirkungen ihren Hausrat zum Teil oder gänzlich eingebüßt:

> "Es gab in Dornbirn vor Monaten noch Kinder, die kein Bett hatten und am Boden schliefen, und es gibt auch heute noch viele Kinder, die gemeinsam in den Betten ihrer Eltern zu schlafen gezwungen sind."[42]

Wie groß die Not ein Jahr nach Kriegsende noch war, zeigt der Umstand, daß das Wirtschaftsamt wegen Überlastung 14 Tage zusperren mußte. Tausende Anträge waren eingegangen.

Besonders schlimm waren jene Auswärtigen dran, die aufgrund der Kriegswirren nach Dornbirn verschlagen wurden. Deutlich wird dies in einem Brief an Bürgermeister Dr. Moosbrugger:

Der Schreiber teilte im September 1945 dem Stadtoberhaupt mit, daß er sich seit über vier Monaten bemühe, Bezugsscheine für den Ankauf der allernotwendigsten Kleider-, Wäsche- und Gebrauchsgegenstände zu erhalten. Er habe durch die Bombardierung seiner Wohnung und seines Geschäftes in Wien alles verloren und sei völlig mittellos. Als "Landser" sei er von seiner Einheit abgeschnitten und nach Dornbirn verschlagen worden. Seither bemühe er sich beim hiesigen Wirtschaftsamt vergeblich, eine Unterstützung zu erhalten. Er ersuche um die Zuteilung eines Bezugsscheines für einen Mantel, einen Hut, ein paar Schuhe, ein Hemd, eine Unterhose, einen Hosenträger, zwei Selbstbinder, zwei Handtücher, zwei Paar Socken, drei Taschentücher und einen Koffer. Bisher sei er mit einem "kalten Lächeln" abgespeist worden. Als "abgetakelter Landser" habe er von keiner Behörde "nur einen Groschen Unterstützung begehrt oder bekommen":

> "Ich erbitte mir aber das, was mir als unbescholtener Staatsbürger, der schuldlos seine Kleidung, sein Geschäft und sein Heim verloren hat, zusteht: gleiches Recht und gleiche Behandlung."[42]

Leider ist aus den Quellen nicht zu ersehen, wie das Bittgesuch behandelt wurde.

**Keine Stunde Null...**

Die Sehnsucht nach einem völligen Neubeginn führte zur Einschätzung des Jahres 1945 als "Stunde Null" der österreichischen Geschichte. Dieser Mythos überlagerte die tasächlichen Voraussetzungen in der Gründungsphase der Zweiten Republik und stellte einen wichtigen Faktor in der Herausbildung eines österreichischen Identitätsgefühls dar.[43]

1946 veranlaßte das Bundeskanzleramt die Herausgabe eines "Rotbuches", das den ausländischen Regierungen zeigen sollte,

> "daß Österreich durch Terror überwältigt und als jeder freien Willensäußerung beraubtes besetztes Gebiet in den Dienst der nationalsozialistischen Aggressions- und Kriegspolitik gezwungen wurde und daher, so wie alle anderen besetzten Staaten, nicht für diese Politik verantwortlich gemacht werden kann."[44]

In dieser Zielvorgabe wird jene Opferrolle Österreichs postuliert, die für das Selbstverständnis der Zweiten Republik tragend wurde.[45] Nach der eigenen Schuld und Verantwortung wurde nicht gefragt. Der pensionierte ehemalige Stadtamtsleiter Martin Natter bekam die Aufgabe übertragen, die örtlichen Verhältnisse darzustellen.

In seinem Bericht heißt es, daß die "große Mehrheit der heimatlichen Bevölkerung zuverlässig 'österreichisch' geblieben ist" und daß "ihr auch der gesunde Widerstandsgeist" trotz der bestehenden Schwierigkeiten und Gefahren erhalten geblieben sei. Mancher "Nazibonze" könne davon ein Lied singen. Wie "ein unheimlicher Dämon" habe die NSDAP ihr Unwesen getrieben, doch nun sei er verschwunden.[46]

Nicht nur Natter war der Auffassung, daß der Nationalsozialismus gleichsam als Naturkatastrophe zu begreifen sei, die mit dem Anbruch der "neuen Zeit" vorbei sei.

Diese "neue Zeit" erforderte – so könnte man es pointiert ausdrücken – auf Gemeindeebene in erster Linie wieder neue Straßennamen.[47] Mit Stadtratsbeschluß vom 28. Juni 1945 wurden folgende Straßen-Umbenennungen vorgenommen:

1. Die Sudetenstraße erhielt die Bezeichnung Adolf Rhomberg-Straße.
2. Die bisherige Adolf Rhomberg-Straße wurde wieder zur Bahnhofstraße.
3. Die Holzweberstraße erhielt den alten Namen Pfarrer Moosbruggerstraße zurück.
4. Die Horst-Wessel-Straße wurde wieder zur Rosenstraße.
5. Die Dr. Erwin Fußeneggerstraße wurde in Unterer Kirchweg zurückbenannt.
6. Die Stuttgarterstraße war nunmehr wieder der Schwefel.
7. Die Dr. Albert Ritterstraße wurde nach dem Kirchenpatron St. Martin-Straße benannt.
8. Die Schlageterstraße wurde nach dem Maler Johann Kaspar Rick-Straße benannt.
9. Die Schönererstraße erhielt die Bezeichnung Sigbergstraße. Und der Adolf Hitler-Platz wurde in Freiheitsplatz umbenannt.

Damit schien den Bedürfnissen nach einer kommunalen "Entnazifizierung" bereits weitgehend Genüge getan. Die Frage, wie mit den ehemaligen Nazi-Größen und Nazi-Mitläufern des "braunen Nestes" umzugehen war, wurde zum Zankapfel zwischen den Parteien. Aber auch die Alliierten waren uneins, und dies führte zu einer unterschiedlichen "Entnazifizierung" in Österreich.[48] Landeshauptmann Ulrich Ilg und Eduard Ulmer, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung[49], vertraten gegenüber den "Ehemaligen" eine weiche Haltung, denn sie waren der Meinung, daß besonders die Industriellen – und sie gehörten fast durchwegs zur Kategorie der "Schwerbelasteten" – für den Wiederaufbau benötigt würden.[50]

Die "Entnazifizierung" vollzog sich nur schleppend. Im Jahre 1946 ging ihre Durchführung auf die österreichische Regierung über, allerdings behielt sich der Alliierte Rat das Recht vor, unter bestimmten Voraussetzungen selbst Personen aus Staat und Wirtschaft zu entfernen.[51] Nach dem Verbotsgesetz vom 5. Mai 1946 waren alle in Österreich registrierungspflichtig, "die zwischen

dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK) angehört haben."[52]

In die Registrierungslisten konnte bis zum 31. Juli öffentlich Einsicht genommen werden.[53]

Die Drei-Parteien-Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und KPÖ vom 30. März 1946 hatte den Übergang vom individuellen zum kollektiven Entnazifizierungsverfahren und die Gruppeneinteilung mit zwingenden "Sühnefolgen" für "Belastete" und "Minderbelastete" gebracht. Dazu wurde begonnen, einfache Mitglieder ganzer Organisationen (z.B. des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps) von der Registrierung auszunehmen, ein Verfahren, das bei den NS-Gesetzen 1947 erweitert wurde.[54]

Laut Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 übergaben die Franzosen die Lager Lochau und Rungelin an österreichische Dienststellen. Hier befanden sich zu diesem Zeitpunkt 486 Häftlinge. 58 von ihnen wurden Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Das Anhaltelager Brederis blieb weiterhin unter französischer Kontrolle. In diesem Lager waren 412 "Schwerbelastete" inhaftiert, unter ihnen die führenden Dornbirner Textilindustriellen.[55] Sie waren jedoch mit dieser Qualifizierung nicht einverstanden und erhoben dagegen - wie etwa auch der "Blutordenbürgermeister" Dreher - Einspruch.[56]

Nicht alle Dornbirner und Dornbirnerinnen waren mit der schleppenden Vorgangsweise bei der Entnazifizierung zufrieden. Aus unterschiedlichen Motiven wurden "Ehemalige" bei den französischen Militärbehörden[57] und bei den städtischen Organen angezeigt.

Am 4. April 1947 ging beim Bürgermeister ein Brief ein, der im Namen von "verschiedenen Geschäfts- und Bürgerleuten" von N.N. unterzeichnet und in ultimativem Ton abgefaßt war. Der Bürgermeister wurde darin aufgefordert, schleunigst dafür zu sorgen, daß einem ehemaligen Parteigenossen und dessen Tochter das "gutgehende" Geschäft genommen werde:

> "Wie kommt es, Herr Bürgermeister, daß dieses Fräulein noch ihr sehr gut gehendes Geschäft führen kann, keinen Tag im Lager saß, ebenso ihr Vater, der ja, wie die ganze Familie, als berüchtigte Nazifamilie bekannt war. Der jüngste Sohn hat das goldene Hitlerabzeichen."

Der Brief endete mit:

"Sollte dieser Fall nun nicht rechtlich geklärt werden und dieser fanatischen Nazin das Geschäft entzogen werden, so wenden wir uns an [die] richtige Stelle, auf jeden Fall haben wir nun lange genug zugesehen."[58]

Welche Maßnahmen der Bürgermeister einleitete, konnte nicht eruiert werden.

Mitverantwortliche und Mitwisser des NS-Terrorregimes, Mitläufer und Opportunisten, die sich hinter einem fragwürdigen "Pflichtbegriff" verschanzten, versuchten ihre Involvierung ins Unrechtsystem zu verniedlichen und herunterzuspielen und versuchten "Persilscheine" zu erhalten.[59] Ein selektiver Einblick in die diesbezügliche Bürgermeisterkorrespondez zeigt, wie sich im Laufe von drei Jahren - bis 1948/49 - die Einschätzung einzelner Persönlichkeiten durch die Behörde völlig ändern konnte. Galten einzelne Persönlichkeiten zunächst als bekannte "Illegale" und Anhänger des Nationalsozialismus, so schwächte sich dieses Urteil zunehmend ab.[60]

Die Erhebungen der Stadtpolizei gestalteten sich im Einzelfall schwierig, so im Falle von Walter Rhomberg, einem Teilhaber der Firma Herrburger & Rhomberg, der als "Illegaler" der SS-Standarte III/87 (Dornbirn) angehört hatte und Parteimitglied gewesen war.[61]

Trotzdem gab der Betriebsobmann von Herrburger & Rhomberg bei der Einvernahme an, daß weder er noch irgendeine andere Person ihn je in Uniform gesehen habe und er, der seit dem 1. März 1933 Mitglied der NSDAP gewesen sei, sich "in weiterer Folge für die Politik nicht mehr stark interessierte".[62]

Der weitere Lauf des Verfahrens ist aus den vorliegenden Schriftstücken nicht rekonstruierbar, doch eine generelle Feststellung kann getroffen werden: Nur kurze Zeit wurden die Gesellschafter der großen Textilfirmen, die ehemaligen NS-Betriebsführer, an der Ausübung ihrer Geschäfte gehindert. Zwar wurde die Leitung der Firmen zunächst sogenannten "Sequestern", ausgewählten Beamten[63], übertragen, aber es dauerte nicht lange, und die ursprünglichen Besitzverhältnisse waren wieder hergestellt.

Die mangelnde Bereitschaft, mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollständig zu brechen, wurde besonders in der kommunistischen "Tageszeitung" beklagt:

"Warum zweierlei Recht? Heute sind uns wieder zwei beson-

ders krasse Fälle im 'Ländle' bekannt geworden, die blitzlichtartig aufzeigen, wie die Lage heute ist.

Herr Arthur Hämmerle und Herr Eugen Rhomberg, beide bekannte 'Wirtschaftsführer' und Kriegs-Großgewinner, wurden - wie uns aus Dornbirn gemeldet wurde - 'krankheitshalber' aus dem Lager, in dem sie bisher als Nazi festgehalten waren, freigelassen.

Als Mitbesitzer zweier der größten Voralberger Textilfirmen, nämlich 'Hämmerle' und 'Herrburger und Rhomberg', gehören sie zu jener dünnen Schicht einflußreicher Großindustrieller, die kraft ihres Geldes und Einflusses schon früher entscheidenden Einfluß auf die Politik in Vorarlberg hatten - und wohl auch haben werden. Sie verfügen über die nötigen 'Beziehungen' und auch über das nötige Geld, um dafür zu sorgen, daß ihnen alles, was sie gegen Österreich taten, 'vergeben und vergessen' wird, denn Geld ist Macht und Macht geht vor Recht."[64]

Circa 11 Prozent der Dornbirner Bevölkerung wurden schließlich in den Registrierungslisten erfaßt.[55] Am 6. Juni 1947 fielen 2.382 Personen unter die "Entnazifizierungsgesetze"[66], und zwar in folgenden Sparten:

| | Land und Forstwirtschaft | Industrie | Verkehr | sonstige Erwerbstätige |
|---|---|---|---|---|
| Männer | 105 | 1.074 | 139 | 318 |
| Frauen | 1 | 176 | 3 | 100 |

| | freie Berufe | Haushalt | Studenten |
|---|---|---|---|
| Männer | 42 | - | 31 |
| Frauen | 5 | 360 | 28 |

Bei den behördlichen Anfragen und Erhebungen traten auch Fälle zutage, die zeigten, wie sich einzelne - anders als die Firmenchefs - gegen die unmenschliche Herren- und Rassenideologie als resistent erwiesen.

So im Falle des aus Prag zugezogenen Postinspektors Ernst Wolf, dem verschiedene Zeugen bescheinigten, daß er sich gegenüber den Kriegsgefangenen vorbildlich verhalten habe. Er habe ihnen Kleidungsstücke und Lebensmittel zukommen lassen

und sie in jeder erdenklichen Weise unterstützt. Eine Zeugin gab vor der Stadtpolizei an:

> "Ich war seit 1940 bei der Fa. F.M. Rhomberg in Dornbirn Schwefel beschäftigt. Ebenfalls dort beschäftigte franz. Kriegsgefangene erzählten mir im Jahre 1941 über Herrn Ernst Wolf und seine Beziehungen zu ihnen. Er würde ihnen alle Tage über die vom ausländischen Rundfunk verbreiteten Nachrichten Auskunft geben. Außerdem habe er ihnen Lebensmittelkarten und Kleidungsstücke zukommen lassen. Wolf habe ihnen auf der Straße immer abgewartet und durch geheime Zeichen Nachricht gegeben. Einer dieser Gefangenen namens Marcelin Fauinister aus Paris richtete vor einigen Tagen ein Schreiben an mich, in welchem er mich ersuchte Herrn Wolf für seine Taten zu danken und Grüße zu bestellen."[67]

Anderen Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern ging es nicht so gut. Bis heute sind das Schicksal der vom NS-Apparat verschleppten Zwangsarbeiter und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Nachkriegsindustrie kein Thema für eine breite öffentliche Diskussion.[68]

Die Vorarlberger "Wirtschaftsführer" erholten sich so rasch wie die gesamte Vorarlberger Wirtschaft von den Folgen der Nazi-Herrschaft.[69] Bruno Amann – selbst "Schwerbelasteter"[70], dann Mitinitiator und Pressechef der Dornbirner Messe – stellte 1949 nicht ohne Stolz fest:

> "Die weder von Kriegsschäden noch von Demontagen betroffene Wirtschaft ist seit 1947 in raschem Aufstiege, der keine Arbeitslosigkeit entstehen ließ. Die Baumwollindustrie ist wieder voll beschäftigt, die Wollindustrie folgt in einigem Abstande vor der exportgehemmten Klöppelindustrie. Die Bauindustrie ist der Nachfrage nicht mehr gewachsen, die übrigen Sektoren weisen eine gute Beschäftigung nach."[71]

Die wichtigsten Dornbirner Textilfirmen hatten bereits während des Krieges Weichen für die Zukunft gestellt und waren für die Nachkriegszeit bestens gerüstet: Franz M. Rhomberg und F.M.Hämmerle konnten von 1938 bis 1945 ihre Produktion sogar ausweiten und sich in anderen Branchen – insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie – etablieren.[72]

Dieser wirtschaftliche Erfolg – maßgeblich war die Marshall-Plan-Hilfe daran beteiligt – spiegelt sich auch in der Bevölkerungsstatistik wider:

Mit der Gründung der Export- und Mustermesse im Jahre 1949 war die gesellschaftliche Reintegration der ehemaligen "NS-Wirtschaftsführer" vollzogen.

Ende 1949 waren in Dornbirn – bei einer Wohnbevölkerung von circa 22.000 Einwohnern – in der Industrie 4.282 Arbeitnehmer beschäftigt, in Gewerbebetrieben 2.112.[73]

## Gemeinderatswahl 1950

Nach mehr als zwanzig Jahren wählten die Dornbirner und Dornbirnerinnen am 23. April 1950 wieder ihre Gemeindevertretung.

Von den 11.721 gültigen Stimmen – die "Ehemaligen" waren wieder stimmberechtigt – entfielen auf die ÖVP 5.393 Stimmen (46 Prozent; 17 Sitze), die SPÖ 3.140 Stimmen (26,8 Prozent; zehn Sitze), die Wahlpartei der Unabhängigen 2.716 Stimmen (23,2 Prozent; acht Sitze) und den Linksblock 472 Stimmen (4 Prozent; ein Sitz).[74]

Damit war auch das nationale Lager – es hatte sich in der "Wahlpartei der Unabhängigen" formiert[75] – wieder in alter Stärke

in die Gemeindestube eingezogen. Im Wahlkampf gab sich die "Wahlpartei der Unabhängigen" betont sachorientiert: Stadtplanung, Wohnbauförderung, Verkehrsprobleme, Schulbau und Fremdenverkehrsförderung wurden als Wahlkampfthemen aufgegriffen. Im Wahlaufruf hieß es:

> "Dornbirner! Laßt euch nicht beirren! Die Hetze gegen die Wahlpartei der Unabhängigen hat euch vielleicht in der Beurteilung der Sachlage im Oktober 1949[76] unsicher gemacht. Ein zweites Mal laßt ihr euch nicht täuschen!"[77]

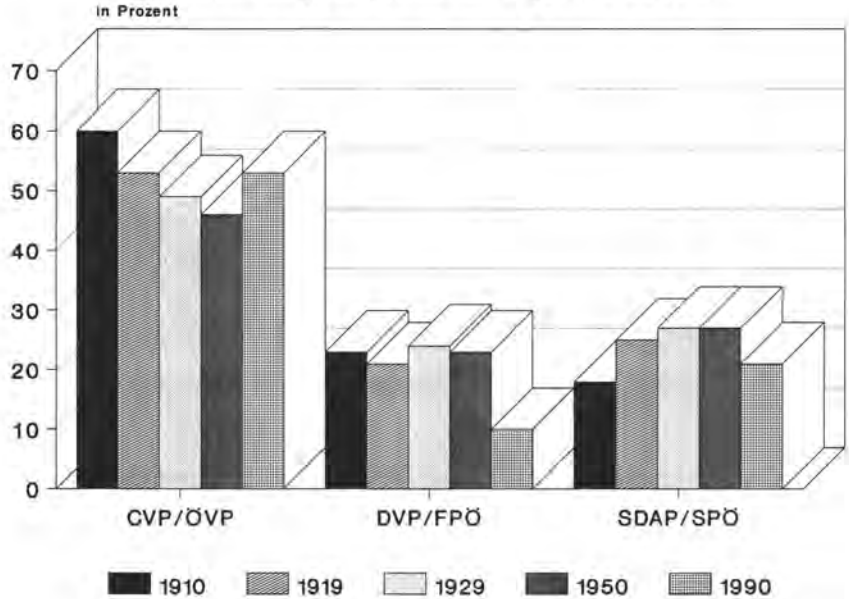
Die Nominierung von Rudolf Hämmerle konnte die ÖVP nicht vor empfindlichen Stimmeneinbußen bewahren. Mit acht Gemeindevertretern zog die WdU – die zum guten Teil aus "Ehemaligen" bestand – ins Stadtparlament ein: Eduard Krank, Alfred Rüsch (bis 1945 NS-Vizebürgermeister), Ludwig Winder, Hubert Zumtobel, Siegfried Rhomberg (Technischer Beamter, nach eigenen Angaben "Parteianwärter" und NSKK-Mitglied[78]), Alwin Aßmann (auch während der NS-Zeit Stadtbeamter und "Parteianwärter"), Ida Bammert-Ulmer (ehemalige Redakteurin des nationalsozialistischen "Vorarlberger Tagblattes") und Otto Thalmann.

Die Wahl der Stadträte mußte zweimal durchgeführt werden, nachdem die WdU bei der Landeswahlbehörde gegen den ersten Wahlgang – bei dem ihr kein Stadtrat zugestanden wurde – Protest eingelegt hatte. Die ÖVP stellte Rudolf Hämmerle, Johann Wohlgenannt und Anton Winsauer, die SPÖ Franz Katzengruber (Vizebürgermeister) und den langgedienten Johann Sepp, die WdU Hubert Zumtobel zur Wahl.

Das Wiedererstarken des "nationalen Lagers" in Dornbirn erfolgte trotz des Versuches der ÖVP, "nationale" Kandidaten wie Rudolf Hämmerle zu integrieren und auf vorderen Listenplätzen zu placieren. Daneben gab es weitere "Friedensangebote":

Sechs Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wurde in Dornbirn das fünfzigjährige Jubiläum der Stadterhebung gefeiert. Zu diesem Anlaß gab die Stadt ein "Heimatbuch" heraus.[80] Wie damals die Auftragsvergabe erfolgte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen Verhältnisse zu Beginn der fünfziger Jahre.

Die Entwicklung der politischen Lager 1910 bis 1990[79]




In der Stadtvertretungssitzung vom 30. Juni 1950 wandte sich der SPÖ-Stadtvertreter Fritz Stadler gegen die Subventionierung des "Dornbirner Heimatbuches" in Höhe von S 20.000.- und beantragte, diesen namhaften Betrag - immerhin entsprach er dem Jahreslohn von zwei Facharbeitern - lieber der Wohnbauförderung zuzuschlagen.[81] Die Ablehnung der Herausgabe des Jubelbuches durch den sozialistischen Stadtvertreter hing auch mit der Person des von der ÖVP-Mehrheitsfraktion vorgeschlagenen Redakteurs zusammen: Die Stadtvertretung übertrug diese Aufgabe Dr. Hans Nägele, dem ehemaligen Chefredakteur des nationalsozialistischen "Vorarlberger Tagblattes".

Ende der vierziger Jahre war die Phase der "Entnazifizierung" vorüber, und die "Ehemaligen" spielten in der Stadt wieder eine zentrale Rolle. Besonders Dipl.Ing. Rudolf Hämmerle, Gesellschafter von F.M.Hämmerle, stand im politischen Rampenlicht.

Gerade erst "entnazifiziert", setzte sich 1950 der nunmehrige "schwarze" Wirtschaftsstadtrat vehemt dafür ein, daß sein alter "Kampfgefährte" Nägele die Redaktion des Heimatbuches übertragen erhielt.

Es liegt auf der Hand, daß die wirtschaftlich führenden Kreise ein eminentes Interesse an einer möglichst verharmlosenden Darstellung der NS-Vergangenheit des "braunen Nestes" hatten. Und deshalb förderten die Ex-Financiers der NSDAP den ehemaligen "Tagblatt"-Chefredakteur und Firmenjubelbände-Schreiber Hans Nägele. Diese Strategie zeitigte einen durchschlagenden Erfolg: Die "nationale Sicht" dominierte weiterhin die Geschichtsschreibung in dieser Stadt.[82]

In den Festschriften des Jahres 1951 war daher die Vergangenheit des "braunen Nestes" kein Thema. Nägele, Bammert-Ulmer, Lanzl und Co. beherrschten unangefochten das historische Feld.[83] In den folgenden Jahrzehnten verfälschten sie in ihren Schriften – zum Teil mit städtischen Steuergeldern – die jüngste Geschichte dieser Stadt im Sinne ihrer Ideologie.

# 7. Zusammenfassung

Ab den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts setzte in Dornbirn der Aufschwung der Textilindustrie ein, die künftighin das Gemeinwesen prägte. In der Folgezeit ergab sich hier eine besonders enge Verbindung von Unternehmertum und Gemeindepolitik. Bis zum Jahre 1867 stammten fast alle Gemeindeammänner und Bürgermeister aus der Herrburger & Rhomberg - "Dynastie".

Der einsetzende Industrialisierungsprozeß führte zu einer verstärkten sozialen Differenzierung. Die unterschiedlichen Klasseninteressen wurden 1842 bei den Auseinandersetzungen um die Aufteilung der Gemeindewaldungen augenscheinlich. In diesem Gemeindekonflikt setzten sich jene Fabrikanten, die aus steuerlichen Überlegungen gegen eine Parzellierung votierten, durch. Dieser Konflikt spielte sich auf dem Hintergrund einer zunehmenden Verarmung vieler Bürger in der Gemeinde ab. Ein Grund für das Anwachsen der Unterschichten war das überproportionale Bevölkerungswachstum.

Während es einige Fabrikantenfamilien - zu ihnen gehörten in erster Linie die Besitzer der Firmen Herrburger & Rhomberg, F.M.Hämmerle und Franz M. Rhomberg - zu beträchtlichem Wohlstand brachten, waren die Lebensumstände breiter Bevölkerungskreise, besonders während der Krise um die Jahrhundertmitte, bedrückend.

Kinderarbeit, überlange Arbeitszeiten und eine miserable Bezahlung der Fabrikarbeit begleiteten den Aufstieg der "Textilbarone" und bildeten die Kehrseite des sich prunkvoll entfaltenden Bürgertums. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs der Druck auf die Unternehmer, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu verbessern.

Zur Strategie der heimischen Textilunternehmen gehörte die Rekrutierung der Arbeitskräfte aus der näheren Umgebung. Deshalb spielte die Zuwanderung aus dem Trentino nicht jene Rolle wie in anderen Industriegemeinden des Landes. Die heimischen Arbeitskräfte besaßen oft einen gewissen Rückhalt in der Landwirtschaft, der sie davor bewahrte, völlig von der Lohnarbeit abhängig zu werden.

Nach der Bildung der politischen Parteien standen die "Textil-

barone" - bis auf die Gesellschafter von Herrburger & Rhomberg - auf der Seite der Liberalen beziehungsweise der Deutschnationalen, die von 1867 bis 1910 den Bürgermeister stellten. Der überwiegende Teil der Bevölkerung - auch der Textilarbeiterschaft - blieb jedoch konservativ eingestellt.

Die Konservativen sammelten sich in der Kasino-Bewegung. Den "Kasinern" galten liberale und sozialistische Ideen als gotteslästerliche Irrlehren, die sie mit allen Mitteln bekämpften. Sie waren ausgesprochen bildungsfeindlich und religiös-fundamentalistisch. Unter dem liberalen Bürgermeister Dr. Johann Georg Waibel, der Dornbirn fast vierzig Jahre lang regierte, tobte deshalb der Kulturkampf äußerst heftig. Erbitterte Wahlschlachten waren die Folge: Besonders der zweite Wahlkörper war jeweils umstritten, denn im ersten hatten die Liberalen unangefochten die Mehrheit, im dritten die Konservativen.

Die liberalen Fabrikanten brachten ihre fortschrittsorientierte Unternehmerphilosophie in das Gemeindeparlament ein: So gaben sie etwa beim Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes oder bei der Elektrifizierung die wesentlichen Impulse. Dabei gingen öffentliches und privates Interesse Hand in Hand.

Zukunftsorientierte Unternehmer - allen voran die Eigentümer von F.M.Hämmerle - ließen einen Teil ihrer Gewinne in Form von Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde und der Arbeiterschaft zukommen. Dadurch wurden nicht nur soziale Spannungen gemindert, das Mäzenatentum verbesserte auch das Image der Firmenchefs in der Öffentlichkeit.

Besonders durch den Bau von Arbeiterhäusern und Betriebswohnungen entstand eine enge Bindung der Belegschaft an die Firmen, die im 19. Jahrhundert patriarchalisch geleitet wurden. Von den "Textilbaronen" waren weite Bevölkerungskreise direkt oder indirekt abhängig.

Ihr unmittelbarer Einfluß auf die Gemeindepolitik ging nach der Änderung des Wahlrechtes, das die Besitzenden eindeutig bevorzugt hatte, zurück: Die Wahlen von 1910 brachten einen "schwarzen" Bürgermeister, und die Christlichsozialen, die sich bei der Mobilisierung der Wähler/innen auf den Klerus stützen konnten, dominierten fortan das Gemeindeparlament. Auch nach dem Zerfall der Monarchie blieb die CVP unter Bürgermeister Engelbert Luger die politisch führende Kraft in der Gemeinde.

Besonders in der Anfangsphase der Ersten Republik suchte die

Arbeiterschaft ihren Forderungen mit Streiks Nachdruck zu verleihen. Die spektakulärste Aktion des mit Kriegsende entstandenen Dornbirner "Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates" war eine Viehbeschlagnahmung im Frühjahr 1919. Dennoch blieb die "linke" Arbeiterbewegung in der Industriestadt relativ schwach.

Die Angst vor einer "Bolschewisierung" war trotzdem vorhanden und führte besonders in den paramilitärischen Formationen zu einer engen Zusammenarbeit von Christlichsozialen und Deutschnationalen. Die bürgerlichen Wehrverbände waren dabei zahlenmäßig dem sozialistischen Republikanischen Schutzbund bei weitem überlegen. In der "Gartenstadt" konnten sich die Sozialdemokraten nicht einmal uneingeschränkt auf die Industriearbeiterschaft, die zum Großteil christlichsozial blieb, stützen.

In der Gemeindevertretung konnte die sozialdemokratische Opposition gegen die beiden bürgerlichen Parteien wenig ausrichten. Sie blitzte mit ihren Vorstößen regelmäßig ab. Ideologische Unterschiede traten vor allem beim Wohnungsbau zutage. Während die bürgerliche Mehrheit den Eigenheimbau forcierte, wollte die SDAP den sozialen Wohnbau gefördert sehen. Der akute Wohnraummangel blieb ein kommunalpolitischer Dauerbrenner.

Als die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre spürbar wurde, nahmen die Spannungen innerhalb der Gemeinde zu. Nur wenige – etwa der christlichsoziale Arbeiterführer Prälat Drexel – warnten vor dem austrofaschistischen Weg. Der überwiegende Teil der Stadt-CVP trug den Entdemokratisierungsprozeß unter Kanzler Dollfuß mit, so zum Beispiel der nachmalige Landeshauptmann Ulrich Ilg.

Während der austrofaschistischen Ära versuchten die Christlichsozialen das öffentliche Leben noch stärker katholischen Normen zu unterwerfen. Bei Prozessionen – besonders an Fronleichnam – dokumentierten die christlichsozialen Politiker ihre Verbundenheit mit der katholischen Kirche.

Die "andere Demokratie" – so bezeichneten die "Vaterländischen" den "Ständestaat" nach 1945 – wurde von den traditionell deutschnationalen Textilfabrikanten, die nun die NSDAP unterstützten, bekämpft. Ihre ökonomische Macht ermöglichte es ihnen, sogar Anhänger des herrschenden Regimes zu entlassen. Deshalb konnte sich der Führer der Nationalsozialisten, Anton

Plankensteiner, auch nach dem Verbot der NSDAP in aller Öffentlichkeit seiner mächtigen Hintermänner rühmen. In der Stadt kam es zu einer bis dahin unbekannten Verschärfung der politischen Auseinandersetzung: Dynamit und Böller ersetzten Argumente.

Erst mit der Verhaftung der führenden SA- und SS-Männer im Juli 1934 legte sich die nationalsozialistische Terrorwelle. Hauptrekrutierungsfeld der SA und SS war der Turnverein. Die Verfolgung der Hakenkreuzler erwies sich als schwierig, weil auch die städtischen Behörden zum Teil mit NS-Sympathisanten durchsetzt waren.

Das austrofaschistische Stadtregiment suchte zusehend den Ausgleich mit den "Nationalen". Deshalb blieb zum Beispiel der Fabrikant Rudolf Hämmerle, trotz seiner offenkundigen Unterstützung der Nationalsozialisten, bis 1937 im austrofaschistischen Stadtrat. Dann trat er aus Protest gegen die Nichtaufhebung des Verbotes des nationalen Turnvereins als Stadtvertreter zurück.

Die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre traf vor allem auch die heimische Arbeiterschaft, denn durch Rationalisierungen gelang es den Textilunternehmern - während Arbeitskräfte freigesetzt wurden - die Produktivität zu erhöhen. Von der austrofaschistischen Budgetsparpolitik, die vor allem die sozial Schwächeren traf, gingen so gut wie keine Impulse für einen Wirtschaftsaufschwung aus.

Nach dem "Anschluß" an Deutschland gehörten die großen Textilfirmen zu den Profiteuren des von ihnen unterstützten Regimes. "Arisierungen", Firmenübernahmen und das bevorzugte Mitnaschen am Rüstungskuchen stellte die Unternehmer zufrieden. Besonders die Firma Franz M. Rhomberg - sie galt als "nationalsozialistischer Musterbetrieb" - profitierte von den Beziehungen und der NS-Karriere ihres "Betriebführers" Hermann Rhomberg.

Der "Anschluß" wurde zunächst von vielen Dornbirnern/innen freudigst begrüßt. Doch mit Ausbruch des nationalsozialistischen Eroberungskrieges - insgesamt fielen im Zweiten Weltkrieg über 800 Dornbirner Soldaten - und den zunehmenden Belastungen an der "Heimatfront" - zum Beispiel durch die Verschärfung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken oder durch die Verschlechterung der Versorgungslage - nahm diese Begeisterung ab.

Die Kriegsereignisse brachten für die Stadt tiefgreifende demographische Veränderungen mit sich. 1944 zählte Dornbirn 20.000 Einwohner, vor dem Krieg waren es knapp über 17.000

gewesen. Besonders die Umsiedlung der Südtiroler/innen im Zuge der "Option" wirkte sich aus. Mehr als 2.000 "Heimkehrer ins Reich" kamen hierher, weil in der Textilindustrie Arbeitskräfte gebraucht wurden. Die Zuwanderer wurden in rasch errichteten Südtiroler-Siedlungen, die das Stadtbild veränderten, untergebracht.

Außerdem befanden sich während des Krieges insgesamt mehrere tausend Fremd- und Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene in Dornbirn, die vorwiegend zum Arbeitseinsatz in den heimischen Fabriken angehalten wurden.

Doch nicht nur die verschleppten "Untermenschen" waren dem Terror der Gestapo ausgeliefert. Die Liste der Dornbirner NS-Opfer ist lang: Zahlreiche Gegner des Nationalsozialismus kamen im KZ um oder wurden hingerichtet.

Weder Männer wie Wilhelm Himmer oder Arthur Sohm, die eine Widerstandsgruppe aufgebaut hatten und dafür ihr Leben ließen, noch der Dornbirner Postenkommandant Hugo Lunardon, für den die Bekämpfung der NSDAP Beamtenpflicht war und der dafür im KZ Mauthausen 1940 zu Tode gebracht wurde, erfuhren nach 1945 eine öffentliche Würdigung. Selbst bei einem so prominenten Nazi-Opfer wie Provikar Monsignore Dr. Carl Lampert, der von 1918 bis 1930 Frühmesser in St. Martin gewesen war, fehlt auf dem Friedhof ein Hinweis auf seinen gewaltsamen Tod.

Es liegt auf der Hand, daß die wirtschaftlich führenden Kreise nach 1945 ein eminentes Interesse an einer möglichst verharmlosenden Darstellung der NS-Vergangenheit hatten.

Die ÖVP-Mehrheitsfraktion bedachte ehemalige NS-Propagandisten wie Nägele, Lanzl oder Bammert-Ulmer mit der Abfassung von heimatkundlichen Werken. Deshalb dominierte in der Zeitgeschichtsschreibung – bis in die achtziger Jahre hinein – die "nationale" Sicht.

Die Phase der "Entnazifizierung" und die französische "Besatzungszeit" sind noch sehr mangelhaft erforscht. Wie die großen Textilfabriken – sie wurden nach 1945 zunächst von "Sequestern" verwaltet – wieder in den Besitz der "belasteten" Industriellen gelangt sind, ist im Detail noch nicht geklärt. Tatsache ist jedoch, daß spätestens mit der Gründung der Dornbirner Messe (1949) die Reintegration dieser ökonomischen und politischen Elite vollzogen war.

Bei den ersten Gemeinderatswahlen nach dem Zweiten Welt-

krieg im Jahre 1950 erreichte die ÖVP, die Nachfolgeorganisation der Christlichsozialen, "nur" 46 Prozent der Stimmen. Dies war das schlechteste Gemeindewahlergebnis des konservativen Lagers in den achtzig Jahren von 1910 bis 1990. Die SPÖ konnte bei diesen Wahlen knapp über 25 Prozent für sich verbuchen, das ehemalige deutschnationale und nationalsozialistische Wählerpotential – gesammelt im WdU, der Vorläuferorganisation der FPÖ – bewegte sich etwas unter dieser Marke. Damit zeigte sich erneut die Konstanz der politischen Lager in der Gemeinde.

Weder beim Übergang von der Monarchie zur Ersten Republik noch von der NS-Herrschaft zur Zweiten Republik gab es dramatische Verschiebungen im Wählerverhalten: Rund die Hälfte wählte "schwarz", je ein Viertel "rot" beziehungsweise "blau". Somit war eine satte Dreiviertelmehrheit des bürgerlichen Lagers gegeben.

Die Wahlanalysen zeigen recht deutlich, daß das gängige Schlagwort vom "braunen Nest" nur teilweise zutrifft. Seit der Bildung der politischen Lager war Dornbirn mehrheitlich "schwarz", allerdings hatten die "Blauen/Braunen" aufgrund ihres ökonomischen Gewichtes einen direkten oder indirekten Einfluß auf die Gemeindepolitik. Obwohl die Industriearbeiterschaft die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe war, blieb der Einfluß der Arbeiterbewegung hier gering: "Rot" war in Dornbirn keine Modefarbe.

Rot hingegen sahen die "schwarzen" Bürgermeister, wenn sie glaubten, daß "Sitte und Moral" in "ihrer" Stadt gefährdet seien. In der Ersten Republik beschwerte sich zum Beispiel Engelbert Luger persönlich bei der Landesregierung wegen der seiner Meinung nach zu laxen Zensur der Kinofilme. Auch nach 1945 hatte die "Obrigkeit" in Dornbirn ein waches Auge auf "gefährliche" kulturelle Veranstaltungen.

# 8. Anmerkungen

## Anmerkungen zur Einleitung

1 Zur Bevölkerungsentwicklung in Vorarlberg siehe Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 163 ff.

2 Ein Vergleich mit der Vorarlberger Bevölkerungsentwicklung zeigt das rasche Wachstum in Dornbirn (bis 1951):

| Jahr | Dornbirn | Index | Vorarlberg | Index |
|---|---|---|---|---|
| 1808 | 5.130 | 100 | 76.254 | 100 |
| 1823 | 6.045 | 118 | 84.723 | 111 |
| 1837 | 7.277 | 142 | 98.531 | 130 |
| 1869 | 8.508 | 166 | 102.731 | 134 |
| 1880 | 9.454 | 184 | 107.373 | 141 |
| 1890 | 10.810 | 211 | 116.073 | 152 |
| 1900 | 13.052 | 254 | 129.237 | 169 |
| 1910 | 15.969 | 311 | 145.408 | 191 |
| 1923 | 14.324 | 279 | 139.979 | 184 |
| 1934 | 16.675 | 325 | 155.402 | 204 |
| 1939 | 17.370 | 338 | 158.500 | 208 |
| 1951 | 22.382 | 436 | 193.657 | 254 |

Die Zahlen für Vorarlberg bei: Klein, Kurt: Die Bevölkerung Vorarlbergs 1754 bis 1869. Für Dornbirn siehe u.a. Volkszählungen Schachtel 47, 1813–1891, StAD. Berechnungen bei Hämmerle, Walter: Dornbirn. Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel. S. 9 f. und Feßler, Klaus: Bevölkerungsentwicklung in Dornbirn von 1900 bis 1945.

3 Volkszählung 1910. Schachtel 1892–1917 StAD; DGBl, Nr. 15, 9.4.1911.

4 In der Landwirtschaft waren 1.173 Personen tätig, im Gewerbe waren 2.502, im Handel und Verkehr 598 beschäftigt. Öffentliche Beamte sind 189 ausgewiesen, freiberuflich Schaffende 37. 339 befanden sich in häuslichen Diensten, 36 übten keine berufliche Tätigkeit aus. Volkszählung 1910, ebenda.

5 Zur Funktion der Fabrikantenvillen siehe die Ausführungen bei Bertsch, Christoph: ... und immer wieder das Bild von den Maschinenrädern, S. 29.
In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wohnten die Fabriksbesitzer noch in unmittelbarer Nähe ihrer Fabrik (z. B. wohnten die Besitzer von Herrburger & Rhomberg neben der Juchen-Fabrik; die Rüsch-Familie, die zunächst beim Betrieb in der Schmelzhütten wohnte, bezog erst 1886 die Villa in der Schulgasse 46). Die Anwesenheit des Unternehmers in unmittelbarer Nähe der Fabrik erschien mit der fortschreitenden Industrialisierung nicht mehr notwendig.
In Dornbirn läßt sich diese Tatsache anhand der Fabrikantenvillen im Oberdorf (z.B."Hubert Hämmerle-Villa" oder "Rote Villa" in der Dr. Waibel-Straße 12) nachweisen. Die äußere Gestaltung dokumentiert nicht nur den Herr-

schaftsanspruch der Fabrikanten, sondern auch ihre politische Gesinnung: Die "Hubert Hämmerle-Villa" und "Rüsch-Villa" sind im spätromantisch-deutschtümelnden Baustil (Anklänge an die Ludwig-Burgen!) errichtet; die "Stieger-Villa"(Schulgasse 44) dokumentiert mit ihrem "griechischen" Äußeren das humanistisch-bürgerliche Bildungsideal, die "Rote Villa"(Wingathof; Dr. Waibel-Str. 12) verkörpert den "französischen Schloßtypus".

6 Dr. Karl Bohle (1920-1985) war von 1965-1984 Bürgermeister (ÖVP); am 2.12.1984 wurde ihm die Ehrenbürgerurkunde überreicht.
7 Bohle, Karl: Gemeindevertretung und Stadtrat im Jubeljahre, S. 14.
8 Vgl. Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie.
9 Vgl. Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Statt-Geschichten.
10 DGBl, Nr. 44, 9.10.1910.
11 Pichler, Meinrad: Schriften zu Dornbirn, Vorwort.
12 Siehe dazu Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie.
13 Zur Person und Rolle Hans Nägeles siehe: Bundschuh, Werner: "Kreist das Blut der Ahnen". Derselbe: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 17 ff.
14 Vonbank, Elmar: Abschied von Hans Nägele, S. 89.
15 Vgl. Dusek/Pelinka/Weinzierl: Zeitgeschichte im Aufriß, S. 129.
16 Kurier, 13.1.1987.
17 NVT, Nr. 202, 31.8.1984, Beilage S. 15.
18 Stadt Dornbirn (Hg.): Gedenkausstellung Dornbirner Ehrenbürger in der Vorarlberger Naturschau 15.10.-14.11.1976.
19 Zur Rolle des NS-Propagandisten und "Ratsherrn" Dr. Helmut Lanzl als "Geschichtsschreiber" siehe Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 379 ff.
20 Ebenda, S. 19 ff.
21 Ebenda, S. 21.
22 Siehe Haffner, Leo: "Der Liberalismus bringt keinen Segen".
23 Dr. Günther Anton Moosbrugger (1945 - 1965), Dr. Karl Bohle (1965 - 1984), Rudolf Sohm (ab 1984).

## Anmerkungen zum Kapitel 1.1.1.

1 Vgl. Kuhn, Elmar: Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee.
2 Wie verbreitet der Flachsanbau auf eigenem Grund und Boden gewesen sein muß, läßt sich daran ablesen, daß im Rheintal ein eigenes Maß aus dem Gebrauch eines Viertels Flachssaat abgeleitet wurde: das "Viertel Land". Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Bd. III, S. 133.
3 Zur Problematik des Begriffes "Vorarlberg" siehe Markus Barnay: Die Erfindung des Vorarlbergers. Zur Wirtschaftsstruktur der Region "Vorarlberg" siehe ebenda, Kapitel 2.2.2.4Vgl. Kuhn, Elmar: Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee, S. 237.
5 Siehe dazu Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 9 ff.
6 1721 ließ hier Peter Bion als erster das Baumwollmischgewebe Barchent ver-

arbeiten. Zur Entwicklung der Baumwollverarbeitung in der Ostschweiz siehe Tanner, Albert: Das Schiffchen fliegt – die Maschine rauscht, hier S. 20 ff.

7 Arno Fitz hat den Prozeß der Proto- bzw. Frühindustrialisierung für Vorarlberg (mit spezieller Detailuntersuchung der Gemeinden Egg und Lustenau) untersucht.

8 Siehe dazu Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. 4, S. 260. Der Feldkircher Kaufmann und Stadtammann Peter Leone beschäftigte als Verleger im Oberland mehrere Hundert Bauern, die für ihn als Heimspinner und Heimweber tätig waren. Er darf als Pionier der Vorarlberger Textilindustrie bezeichnet werden. Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 17 ff.

9 Die Frühindustrialisierung in Dornbirn hat Hubert Weitensfelder eingehend untersucht. Dankenswerterweise stellte mir der Autor sein druckfertiges Skriptum zur Verfügung. Die Studie soll noch im Jahre 1990 veröffentlicht werden. Im folgenden wird diese Arbeit als "Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte" zitiert. Die Seitenangaben beziehen sich auf dieses Manuskript. Ein Exemplar befindet sich im StAD, Kopie der Arbeit im Besitz des Verfassers.

10 Siehe Volaucnik, Christoph: Anmerkungen zur Wirtschaftsentwicklung Dornbirns 1790–1813, S. 23.

11 Zur Beschäftigtenzahl siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. 4, S. 261. Im Jahr 1771 waren es 287. Vgl. Wreßnig, Ferdinand: Über die Entwicklung der Industrie in Vorarlberg, S. 55.
Das Unternehmen von Caspar von der Trave ging in die Hände des Augsburger Bankiers Obwexer über, der jedoch scheiterte.

12 Vgl. Volaucnik, Christoph: Anmerkungen zur Wirtschaftsentwicklung Dornbirns 1790–1813, S. 38.

13 Siehe Volaucnik, Christoph: Soziale Verhältnisse im 19. Jahrhundert, S. 48.

14 Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 22.

15 Siehe Mikoletzky, Hanns: Österreich, S. 230 ff.

16 Hubert Weitensfelder zeigt dies anhand eines Schreibens von Kreishauptmann Ebner aus dem Jahre 1836 (VLA, LGD, Schachtel 127, 1584/128).
Siehe Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, Kapitel "Der Streit um Begriffe", S. 74 ff.
Johann Salzmann wollte das Baumwollgeschäft seines Vaters weiterführen. Der Kreishauptmann war sich jedoch nicht im klaren darüber, ob es sich um ein Fabriksunternehmen, ein Handwerk oder ein Handelsunternehmen handelte. In seinem Schreiben an das Landgericht führte er aus, daß der Unterschied zwischen einem Fabrikbesitzer und einem Baumwollfabrikanten darin bestehe, daß der erstere mit eigenen Arbeitern produziere, der letztere nur als Mittelsmann agiere.

17 Bilgeri, Bendikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 261.

18 Siehe Schieri, Monika: Der Loskaufvertrag von 1771.
Bis 1777 hatten sich sieben Haushalte und fünf Ledige noch immer nicht aus der dornbirnerischen Leibeigenschaft befreien können. Siehe Niederstätter, Alois: Der "Loskauf von Ems", S. 57.

19 Vgl. Niederstätter, Alois: Der "Loskauf von Ems", S. 57.
20 Diese Jahreszahl wird in "Die Textilindustrie Dornbirns" genannt. Wie Fitz feststellt, beziehen sich diese Jahreszahlen auf eine eigenständige Unternehmertätigkeit durch ortsansässige Verleger. Fitz, Arno Johannes: Die Frühindustrialisierung Vorarlbergs und ihre Auswirkungen auf die Familienstruktur, S. 130.
21 "Die ersten Artikel waren rohe Gewebe, sogenannte Cottontücher, diesen folgten Calicots, glatte Mousselines, Percalls, Jaconats, die noch auswärts gebleicht und bedruckt werden mußten." Siehe: Die Textilindustrie Dornbirns. Hg. anläßlich der Gewerbeausstellung 1900.
22 Vgl. Rhomberg, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung der Baumwollindustrie in Dornbirn und Umgebung, S. 2.
23 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, Tabelle 2, S. 45.
24 Vgl. Aufstellungen von Volaucnik, Christoph: Anmerkungen zur Wirtschaftsentwicklung Dornbirns 1790–1813, S. 28 f.
25 Vgl. Rhomberg, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung der Baumwollindustrie in Dornbirn und Umgebung, S. 2.
26 Siehe Schreiben des Vogteiamtes Feldkirch vom 31.12.1787. StAD, Schachtel 16/21.
27 Siehe Volaucnik, Christoph: Anmerkungen zur Wirtschaftsentwicklung Dornbirns 1790–1813, S. 31 ff.
28 Siehe Weitensfelder, Hubert: Gemeindepolitik als Geschichte, S. 55.
29 Sie war damit eine der ältesten im Lande und existierte bis zu Beginn der achtziger Jahre. Siehe u.a.: Nägele, Hans: Herrburger und Rhomberg.
30 Zur Person des "Hirschenwirts" siehe Nägele, Hans: Dornbirner Unternehmer, S. 15 ff.
31 Zur Familiengeschichte der Rhomberg-Sippe siehe Hämmerle, Rudolf: Geschichte der Familie Rhomberg mit Auszug aus dem Dornbirner Familienbuch, hier S. 164 ff.
32 Siehe dazu Bertsch, Christoph: Fabrikarchitektur in Vorarlberg, S. 20 f.
33 In dieser Baumwollspinnerei wurden 1822 "die Erstlinge der von Mehemed Ali gebauten Moko-Baumwolle aus Egypten versponnen." Die Verarbeitung amerikanischer Baumwolle setzte erst später ein. Siehe: Die Textilindustrie Dornbirns. Hg. anläßlich der Gewerbeausstellung 1900.
Zur Entstehungsgeschichte von Rhomberg & Lenz siehe Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 80 ff.
34 Rhomberg, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung der Baumwollindustrie in Dornbirn und Umgebung, S. 4.
35 Sohn des Dorfvorstehers Anton Ulmer.
36 Siehe Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, Kapitel "Die Fabriken von Ulmer und Salzmann", S. 84 ff. Zu den Firmengründungen siehe auch Mittersteiner, Rheinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 335 ff.
37 Siehe dazu: Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg Vorarlberg, S. 160.
Auf Karl Ulmer geht auch der Ausbau des Müllerbaches zurück ("Karles-Graben"). Der Müllerbach lieferte die Antriebskraft für die "Wasserwebe-

rei". 1834 wurden die ersten "Bobbinetwebstühle" zur Erzeugung von Tüll angeschafft. Mit einem solchen Webstuhl wurden fünf Handweber ersetzt.

38 1858 erhielt die Weberei der Firma Franz M. Rhomberg in der Schmelzhütte zur vorhandenen Wasserkraft eine Dampfkesselanlage der Firma Kuhn aus Stuttgart mit einer Leistung von 12 bis 36 PS. Diese Anlage war bis 1921 in Betrieb und ist heute noch an diesem Standort zu besichtigen.

39 Weitenstelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 88 ff. Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte S. 57 ff.

40 Einen groben Überblick über die in Dornbirn bestehenden Fabriken gibt die Turmchronik von 1857.
Bei Reperaturen am St. Martinsturm wurde am Samstag, den 10. Oktober 1936, das Kreuz mit der Kugel abgenommen. In der Kreuzkugel befand sich auch die Urschrift der Turmchronik 1857. Anstelle der Urschrift wurde eine Abschrift in die Kugel gegeben. Im folgenden wird die beglaubigte Abschrift vom 20. Oktober 1936 als "Turmknopfchronik 1857" zitiert.
Neben den Fabriken von Herrburger & Rhomberg, F.M.Hämmerle und Franz M. Rhomberg werden darin noch folgende Unternehmen angeführt:
- Andre Winder beschäftigte in einer Schönfärberei, einer Appretur, einer Zwirnerei und in einer Bleiche am Weppach 30 Arbeiter.
- Michael Fussenegger betrieb eine Bleiche und eine Appretur im Wallenmahd mit 60 Arbeitern.
- Konrad Lässer besaß eine "Bijonterie-Fabrik" (20 Arbeiter).

41 Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 335 ff.

42 Sein Vater Josef Andrä Hämmerle betätigte sich neben der Landwirtschaft als Krämer und als Numerant.
Numeranten wurden von der Gemeinde vorgeschlagen und von der Regierung eingesetzt. Mit diesem Amt waren beträchtliche Einkünfte verbunden.
Als Numerant mußte er Webstücke mit einem Stempel und einer Nummer versehen, damit die Gewebe zollfrei in die österreichischen Erblande eingeführt werden konnten. Verheiratet war er mit Viktoria Rhomberg, einer Tochter des Hirschenwirts. Franz Martin, der zweite Sohn aus dieser Ehe, machte sich mit einundzwanzig Jahren selbständig. Eine kleine Mitgift aus der ersten Ehe mit Katharina Rhomberg – einer Tochter des Stabhalters Franz Josef Rhomberg – hatte diesen Schritt ermöglicht. Vom ehemaligen Lehrherrn Baptist Salzmann bezog er zunächst das Garn, das er im Stücklohn weiterverarbeiten ließ. Somit war er Fergger geworden. Mit seinen Gewinnen ließ er die Garne färben und verkaufte die fertigen Artikel auf den Märkten des Landes. Bald arbeiteten 20 bis 30 Weber für ihn, und 1840 stellte er den ersten Buchhalter ein. Drei Jahre später übersiedelte er in das Gebäude Kirchgasse 4, das Stammhaus der Firma. Der Aufstieg vollzog sich nun rasch: 1846 erbaute der Unternehmer die Fabrik Steinebach (Schönfärberei, mechanische Wasser- und Handweberei mit 200 Stühlen; 350 Arbeitskräfte). Vgl. Dreihammer, Jubiläumsausgabe 1986, (S. 4).

43 1847 erhielt er die Landesfabrikbefugnis, die außer ihm noch Herrburger & Rhomberg sowie Ulmer & Salzmann besaßen. Schachtel 16/2, StAD.

44 Vgl. Rhomberg, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung der Baumwollindustrie in Dornbirn und Umgebung, S. 5.
45 Zu seiner Person siehe Nägele, Hans: Dornbirner Unternehmer, S. 40 ff.
46 Siehe Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 67 ff.
47 Sie stammten aus Münchweilen im Kanton Thurgau.
48 Als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Antriebstechniken änderten, stellte diese Firma unter anderem Turbinen her. Vgl. Diem, Julius/ Karrer, Bruno: Dornbirns Gewerbe und Industrie, S. 190.
Aus diesem Betrieb stammte auch die erste Turbine der Firma F.M.Hämmerle (1857).
49 Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 181.
50 Vgl. Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890. Vom Arbeiterbildungsverein zur Arbeiterpartei.
Zur sozialen Lage der Arbeiterschaft siehe die grundlegende Arbeit von Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918.
51 VLA, LGD, Schachtel 117, Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 138.

## Anmerkungen zum Kapitel 1.1.2.

1 Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 194.
2 Siehe dazu: Häfele, Franz: Die Josefinischen Unruhen in Dornbirn.
Ulmer, Andreas: Die Volkserhebung gegen die Josefinischen Neuerungen in Dornbirn (1789–1791).
Bernhard, Reinhold: Vorarlberg im Brennpunkt politischen und geistigen Wandels 1789–1801, S. 52 ff.
Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 153 ff.
Kalb, Franz: Dornbirner Sturmtage um 1790.
3 Die Anführer der Hatler-Unruhen waren: Franz Josef Ulmer, 40 Jahre alt, Löwenwirt (mit dem beträchtlichen Vermögen von 14.000 Gulden); der 44jährige Bauer Jakob Mayer, der 77jährige Johann Georg Luger, der 34jährige Bauer Jakob Rusch und der 47jährige Bauer Konrad Salzmann.
Rusch und Salzmann wurden sogar zum Papst nach Rom geschickt, um die Anliegen zu deponieren. Papst Pius VI. verwies sie an den zuständigen Bischof von Konstanz.
Während Ulmer in der Haft verstarb, wurden die vier anderen bald wieder freigelassen. Die Verhafteten mußten jedoch die immense Summe von 8.213 Gulden für die Einquartierung des Militärs bezahlen. Auch alle, die die Petition unterschrieben hatten, wurden zur Kassa gebeten. Die Gerichts- und Gemeinderäte lehnte es ab, für die Einquartierung zu bezahlen, da sie zwei Jahre lang "Verfolgung" und "viel Ungemach" erlitten hätten. Siehe Ulmer, Andreas: Die Volkserhebung gegen die Josefinischen Neuerungen in Dornbirn, S. 219 ff.
4 Wanner, Gerhard: Frühindustrialisierung und gesellschaftspolitischer Wandel im Zeichen der 'Vorarlberger Konter-Revolution' (1789–1800), S. 27 ff.

5 Er versprach 1786 bei seiner Wahl zum Ammann, dafür Sorge zu tragen, daß in Dornbirn die alte kirchliche Andachtsordnung erhalten bleibe. Drei Jahre später jedoch entlud sich der schwelende Konflikt: Der Eingriff in die religiösen Bräuche (Etwa im kaiserlichen Erlaß vom 10.6.1788 waren folgende Punkte angeführt: 1) Verbot, an Samstagen und an Vorabenden von Festen abends die Glocken zu läuten. 2) Verbot, am 1. Mai und bei Gefahr eines Frosteinbruches zu läuten. 3) Verbot, bei drohenden Gewittern u. ä. Andachten zu halten. 4) Schuljugend muß in der Kirche den vorgeschriebenen "Normalgesang" singen. 5) An abgeschafften Feiertagen ist der Gottesdienst in der Früh abzuhalten.) führte zu offenem Widerstand gegen die geistliche und weltliche Obrigkeit.
Vgl. Ulmer, Andreas: Die Volkserhebung gegen die Josefinischen Neuerungen in Dornbirn, S. 51.
6 Vgl. Niederstätter, Alois: Dr. Joseph Ganahl von Zanzenberg (1759–1833).
7 Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Bd. 4, S. 154.
8 Ebenda.
9 Siehe Kalb, Franz: Die zweite Waldteilung von 1790, S. 24.
10 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, 1. Teil "Die Allmendteilung", S. 11 ff.
11 Kalb, Franz: Die Verwaltung der Gerichtsgemeinde, S. 45.
12 Siehe dazu Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 247.
13 Protokoll vom 28.7.1801, 61/9, StAD.
14 Ebenda.
15 Von drei der vier Viertel sind die Allmendeteilungsbücher erhalten. Die Berechnung stammt von Hubert Weitensfelder. Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 25.
16 Hubert Weitensfelder weist allein von 1807 bis 1814 42 solche Verkäufe nach.
17 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, Tabelle 1, S. 29.
18 Vgl. Nägele, Hans: Herrburger und Rhomberg, S. 40.
19 Vgl. Matt, Werner: Das Wirken der Gemeinde, S. 58.
20 Vgl. Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 120.
21 Turmknopfchronik 1857, StAD.
22 Die Turmangaben 1857 haben für die Gemeinde unterschrieben:
der Fabrikant David Fußenegger als Bürgermeister, die Gemeinderäte Johann Georg Ulmer, Josef Ölz, Adam Ulmer, Josef Rein und Martin Feuerstein; Pfarrer und k.k. Schulinspektor Martin Fußenegger und der Katechet und Direktor der k.k. Haupt- u. Unterrealschule J. Alois Berchtold.
23 "Die höchste Vermögenssteuerzahl pro Jahr innerhalb 20 Jahren war sieben, die niedrigste zwei." Turmknopfchronik 1857, Kapitel Gemeindeverwaltung.
24 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 132 ff. Er hat diesen Gemeindekonflikt eingehend analysiert und dargestellt.
25 Schreiben der Gemeindevorstehung vom 9.2.1842 an das Landgericht. VLA, LGD, Schachtel 117, 391/6. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 133.
26 Ebenda.

27 VLA, KA I, Schachtel 393. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 134.
28 VLA, LGD, Schachtel 117, 2934/10. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 135.
29 Abstimmungsverzeichnisse nach Viertel im VLA, LGD, Schachtel 117. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte , S. 135.
30 Ebenda.
31 VLA, KA I, Schachtel 393. Schreiben der Deputierten vom 5.8.1842 an das Kreisamt. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 140.
32 VLA, KA I, Schachtel 393. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 141 ff.
33 Der Bau einer Kavalleriekaserne, die Kirchenerweiterung im Markt und die ständigen Wuhrarbeiten ließen die unentgeltlichen Frondienste anwachsen.
34 VLA, KA I, Schachtel 393. Schreiben des Kreishauptmannes Ebner an das Gubernium in Innsbruck. Vgl. Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 145 f.
35 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 136.
36 Abgedruckt DGBl, Nr. 22, 29.5.1898.
37 Jahrzehnte später waren die Gemeindewaldungen immer noch ein Zankapfel im Gemeinderat. 1898 brachte der christlichsoziale Gemeindevertreter Engelbert Luger das Problem erneut vor. Im Sitzungsprotokoll heißt es:
"A.-M. Engelbert Luger bemerkt ..., er habe von einem Fachmann gehört, daß die Gemeindewaldungen einen sehr großen Wert haben, so daß es hieraus jedem Gemeindebürger ein Jahreserträgnis von ca. fl 3.- treffen würde. Bisher sei dieses Erträgnis zur Deckung der Gemeindeauslagen verwendet worden, wodurch der Nutzen hauptsächlich den großen Steueranten zugute gekommen sei. Er glaube, daß auf diese Weise die größten vier Fabriksfirmen in Dornbirn bisher mehr Nutzen aus den Gemeindewaldungen gezogen haben, als alle übrigen Bürger mitsammen; dies entspreche nicht der Billigkeit und Gerechtigkeit, denn der ärmste Bürger habe auf den Nutzen aus den Gemeindewaldungen ebensogut und in dem Maße Anspruch wie der Millionär." DGBL, 10.4.1898; vgl. Sitzungsprotokoll der 7. Gemeindeausschußsitzung vom 6.4.1898.
Engelbert Luger wurde 1910 erster christlichsozialer Bürgermeister von Dornbirn (bis 1926). Er war ein enger Freund von Prälat Dr. Drexel, dem Gründer des christlich-sozialen Arbeitervereins.
38 VLA, LGD, Schachtel 117, Wahlergebnis. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 147.
39 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 150.
40 Siehe Schreiben der Deputierten vom 10.9.1844 an das Kreisamt. VLA, LGD, Schachtel 117. Zitiert nach: Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 151.
41 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 151.
42 Tiefenthaler, Meinrad: Berichte des Kreishauptmannes Ebner, S. 205.
43 Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte, S. 132 ff.
Entwicklung der Armenfürsorge vgl. Graphik S. 29.

44 Die Unterstützung "erreichte in den Jahren 1852 u. 1853, in welche in Folge der Erdäpfelkrankheit u. der theuren Lebensmittel die Armenzahl, welche der Unterstützung benöthigten, aufs Höchste stieg, eine Ziffer von 19.234 Gulden." Siehe Turmknopfchronik 1857, StAD.
Die gemeindeeigene Armenfürsorge begann 1797. Nach 1814 wurde ein Armenrat und Armenfond eingerichtet. Das Armenhaus (Neuerrichtung 1847) betreuten die Barmherzigen Schwestern. Siehe Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Sozialfürsorge.

45 Turmknopfchronik 1857, StAD.

46 Ebenda.

47 Siehe Turmknopfchronik 1857, Kapitel Auswanderung.
Lanzl, Helmut: Die Auswanderer der Kreisstadt Dornbirn. Derselbe: Dornbirner in aller Welt. Von den 281 Auswanderern, die Lanzl behandelt, zogen 160 Familien nach den USA.

48 Vorarlberger Zeitung, Nr. 43, 28.8.1849.

49 Vorarlberger Zeitung, Nr. 5, 17.4.1849.

50 Vorarlberger Zeitung, Nr. 68, 23.11.1849.

51 Vgl. Albrich, Franz: Auswanderer nach Amerika, S. 80. Als Beispiele führt er den Lehrer Kaspar Kaufmann vom Knie, Martin Hilbe vom Beckenmann, Georg Huber vom Kellenbühel und Anton Klocker vom Zanzenberg an.

52 Besonders viele mit dem Namen Luger oder Rhomberg befanden sich darunter. Vgl. Hämmerle, Rudolf: Geschichte der Familie Rhomberg, S. 198 ff. Im Jahre 1950 schienen im Telefonbuch von Dubuque 27 aus Dornbirn stammende Rhomberg auf, dazu noch eine Reihe von Luger.

53 Albrich, Franz: Auswanderer nach Amerika, S. 82.

54 Zum Beispiel der in 1846 in Haselstauden geborene Josef Anton Bobleter, der es zum Bürgermeister von Neu-Ulm und zum Brigadegeneral der Nationalgarde brachte. Vgl. Lanzl, Helmut: Dornbirner in aller Welt, S. 111.
Ein Sohn des 1866 ausgewanderten Schuhmachers Johann Kaspar Gasser, Herbert Spencer, wurde Direktor des Rockefeller Institutes für Medizinische Forschung in New York. 1944 erhielt er den Nobelpreis für Medizin.

55 Siehe Albrich, Franz: Auswanderer nach Amerika, S. 82. Franz Martin Drexel verließ 1817 den alten Kontinent und versuchte in Amerika sein Glück. 1837 stieg der bekannte Portraitmaler ins Bankgeschäft ein. Während des "Goldrausches" gründete er 1849 in Kalifornien eine Zweigstelle und brachte es zu einem beträchtlichen Reichtum.

56 Die schriftstellerischen Arbeiten des Freidenkers und Aufklärers Johann Josef Rhomberg, der als Neunzehnjähriger nach Amerika kam, spiegeln den Existenzkampf in der neuen Heimat wider. Siehe dazu Pichler, Meinrad: "... die amerikanische Prosa in Poesie verwandeln ..."

57 In Haselstauden waren in der höchsten Vermögensklasse 0,5 Prozent, im Hatlerdorf 2,5 Prozent, im Oberdorf 2,2 Prozent und im Markt immerhin 7,59 Prozent der Steuerzahler. Siehe Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Sozialfürsorge, S. 47.

58 Beim Vergleich der Jahreslöhne in der Baumwollindustrie mit den Lebenshaltungskosten kommt Manfred Scheuch zum Schluß, daß erst zu Beginn

der achtziger Jahre ein Durchschnittslohn erreicht wurde, welcher einer Fabrikarbeiterin die volle Bestreitung der Lebenshaltungskosten ermöglichte. Die große Mehrheit der in der Baumwollindustrie Beschäftigten erreichte bis zu diesem Zeitpunkt das Existenzminimum nicht. Bis zu Beginn unseres Jahrhunderts lebten die Arbeiterfamilien in ständiger Nachbarschaft des Elends:

"In Jahren starker Preiserhöhungen – welchen die Löhne erfahrungsgemäß nur zögernd folgten – war nackte Not auch bei Vorarlbergs Arbeitern, zumal wenn sie keinen Rückhalt in einer und sei sie noch so kleinen Landwirtschaft hatten, ein sicherer Gast." Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, S. 75 (bzw. S. 69).

59 1878 teilte Otto Hämmerle dem Steuerrat der Gemeinde mit, daß das zu versteuernde Vermögen seines Vaters

"ohne Fabriken und Rentitäten sich auf etwa eine und eine halbe Million Gulden belaufen dürfte." Beilage zum Vermögenssteuerregulierungsbuch 1878, StAD, zitiert nach Huber, Franz Josef: "Das Wasser machte es möglich", S. 22 f.

60 Siehe Vermögenssteuer 1892, Markt, StAD. Die Firmenbesitzer von F.M.Hämmerle gaben um die 100.000 Gulden an. Zur Auseinandersetzung um die Höhe der Vermögenssteuer siehe Steuerbuch.

61 Siehe Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Armenfürsorge, S. 50.

62 Tiefenthaler, Meinrad (Hg.): Die Berichte des Kreishauptmannes Ebner, S. 52.

63 Volkszählung 1857 – Hatlerdorf, Haus Nr. 4, StAD.

64 Siehe Volaucnik, Christoph: Soziale Verhältnisse im 19. Jahrhundert, S. 49.
Eine Untersuchung des Arbeitsstatistischen Amtes in Vorarlberg ergab 1908, daß 40,1 Prozent der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren regelmäßig Arbeiten verrichteten (zu je einem Drittel im Haushalt, in der Landwirtschaft und in der Industrie). Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft in Vorarlberg, S. 92.

65 Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890, S. 27.

66 Vgl. Dreihammer. Werkzeitschrift von F.M.Hämmerle. Jubiläumsausgabe:"Die Firma F.M. Hämmerle verfügt über 11.240 Selfaktorspindeln, zu deren Bedienung 52 männliche und 42 weibliche Arbeiter benötigt werden, eine mechanische Weberei mit 175 Webstühlen und 35 männlichen und 140 weiblichen Arbeitern, eine Bleiche mit 10 und eine Färberei mit 16 Arbeitern. Diese Fabriken Hämmerles mit 38 Aufsehern und Hilfsarbeitern zählen zusammen 415 Personen."

67 VV, Nr. 43, 28.5.1869.

68 Ein Bericht des Kreisphysikus Dr. Setmann aus den vierziger Jahren stellt die Folgen der Fabriksarbeit drastisch vor Augen:
"Man kann tagtäglich in den kalten Herbst- und Frühlingsmorgen solche Kinder scharenweise ohne Fußbekleidung und halbnackt aus den Fabriken laufen sehen und so wieder zurückkehren sehen, aus diesem Dampfbad plötzlich, bald in die kalte rauhe Luft, bald wieder zurück. Ein Herd von Krankheiten, die man unter dem Namen der rheumatischen catharrhali-

schen kennt, und die unter den mannigfaltigsten Formen, als Augenweh, Bräune, Husten, Lungenentzündung, Erbrechen, Durchfälle, Ruhren, Rothlauf, Gliederreißen, bei Mädchen Schwäche des Gebärmuttersystems, Unordnung in der monatlichen Reinigung, weißer Fluß, Blutflüsse usw. auftreten, sind früher oder später die leidigen Folgen davon." Bericht des Kreisphysikus Dr. Setmann bei Wanner, Gerhard: Kinderarbeit, S. 39 f.

69 VV, Nr.96, 30.11.1883.

70 Siehe Volaucnik, Christoph, Die Entwicklung der Sozialfürsorge, S. 54.

71 DGBl, Nr. 47, 23.11.1890.

72 1909 starben in Vorarlberg 17,2 Prozent an der Lungentuberkulose. Einen höhren Wert hatte nur noch Triest (18,6%) aufzuweisen. Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, S. 96 (bzw. S. 88 f.).

73 DGBl, Nr. 47, 23.11.1890.

74 Volaucnik, Christoph: Die Dornbirner Stickereiindustrie, S. 41.

75 1884 wurde eine Stickereigenossenschaft gegründet, 1887 waren 170 Handstickmaschinen im Einsatz. Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, Tabelle 23, S. 359.
Die Kettenstickerei war bis 1898 völlig von der Schweiz abhängig. In diesem Jahr wurde in Dornbirn die Stickereiexportfirma Zumtobel gegründet, die in St. Gallen, Wien und New York Verkaufsfilialen besaß und damit zum Konkurrent der Schweizer Unternehmen wurde. Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 87.

76 Zitiert nach Volaucnik, Christoph: Die Dornbirner Stickereiindustrie, S. 42.

77 Siehe dazu Scheuch, Manfred: Die Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs, S. 69 (bzw. S. 65).

78 Vgl. Johler, Reinhard: Behinderte Klassenbildung – am Beispiel Vorarlbergs, S. 52 f.

79 Christoph Volaucnik arbeitet derzeit an einer Dissertation zur Sozialgeschichte Dornbirns im 19. Jahrhundert. Zum Alltagsleben siehe Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 251 ff.

80 Volaucnik, Christoph: Die heimischen Handwerker, S. 45.

81 Vgl. Johler, Reinhard: Behinderte Klassenbildung – am Beispiel Vorarlbergs, S. 52 f.

82 Volkszählung 1857, StAD. Typisches Beispiel ist der Haushalt von Martin Huber (Nr. 31). Das Familienoberhaupt gibt als Beruf "Landwirtschaft" an, von seinen sieben Kindern arbeiten drei in der Fabrik (ein Mädchen im Alter von 13 Jahren, zwei Buben elf und zwölf Jahre alt), eines in der Landwirtschaft, drei sind noch zu jung zum Arbeiten, aber auch sie werden in der Fabrik gelandet sein, denn als Besitz werden nur zwei Ziegen ausgewiesen.

83 Vgl. Haus Nr. 88 oder Nr. 95, ebenda. : Bei diesen Familien sollen die Eltern in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen sein, die Kinder hingegen in der Fabrik gearbeit haben, doch ist kein einziges Stück Großvieh, nicht einmal eine Ziege, ausgewiesen.

84 Eine 1826 gegründete Bruderlade unterstützte kranke Handwerksgesellen. Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Sozialfürsorge, S. 51.
In Dornbirn entstanden in den folgenden Jahren weitere Betriebskassen: Es

gab schließlich eine allgemeine Dornbirner Krankenkasse, weiters die Kasse der vereinten Genossenschaften, die Kasse der Kaufleute, der Baugenossenschaft, die Filiale des Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungsvereines, die Bezirkskasse, acht Betriebskrankenkassen der Textilindustrie und eine der Maschinenfabrikation. Angaben nach Fechner, Rudolf: Arbeiter-Wohlfahrteinrichtungen zu Dornbirn, S. 7.
In die verschiedenen Fabrikskrankenkassen zahlten Arbeiter, Angestellte und Unternehmer ein.

85 Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Sozialfürsorge, S. 52.

86 Kundmachung des Landesausschusses für Vorarlberg, 31.8.1891. Siehe DGBl, Nr. 38, 20.9.1891.
Von 1901 bis 1910 wurden in der Dornbirner Station 40.119 Aufnahmen registriert, das ergibt im Schnitt 11 Besucher pro Tag. Schachtel 80-24, StAD.

87 Vgl. VV, Nr. 93, 26.4.1887.

88 DGBl, Nr. 9, 3.3.1895.
Ab den siebziger Jahren erfolgte eine massive Zuwanderung von italienischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen nach Vorarlberg. Sie stammten hauptsächlich aus den Gebirgstälern des Trentino, besonders aus dem Val Sugana (Distrikt Borgo). Aufgrund der ökonomischen Bedingungen in ihrer Heimat waren sie gezwungen, sich in industrialisierten Gebieten auf den großen Baustellen (zum Beispiel beim Arlbergtunnelbau) oder in den Textilfabriken um Arbeit umzusehen. Dabei kamen in der Textilbranche hauptsächlich junge Frauen unter: Vier von fünf Zuwanderern, die in den Spinnereien und Webereien arbeiteten, waren weiblichen Geschlechts.
Vgl. Ulmer, Ferdinand: Das Eindringen der Italiener in Vorarlberg, S. 29 f.
Siehe dazu Sutterlütti, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg 1870-1918.
Johler, Reinhard: Wahrnehmungswelten.
Zur Arbeitszuwanderung in Vorarlberg generell: Greußing, Kurt: 100 Jahre "Gastarbeit" in Vorarlberg.

89 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 354.

90 Karton 47, 1813-1891, StAD.

91 Karton 47, 1892-1917, StAD.

92 Siehe Sutterlütti, Robert: Italiener in Vorarlberg 1870-1914, S. 133 ff.

93 Vgl. Niederstätter, Alois: Die Dornbirner Bevölkerung in der Feudalzeit, S. 34. Er stellt diese Zuwanderungsgruppen auch für das 16. und 17. Jahrhundert fest.

94 Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 364 und Tabelle 24, S. 365.

95 Siehe Feßler, Klaus: Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung in Dornbirn von 1900 bis 1945, S. 132.

## Anmerkungen zum Kapitel 1.2.

1 Zur Entstehung der politischen Parteien siehe: Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien in Vorarlberg von 1870-1918. Sie bezeichnet Carl Ganahl als "den unbestrittenen Herrscher des Landtages in den ersten zehn Jahren" (1861 bis 1870). Ebenda, S. 43.
2 Vgl. Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule, S. 28 ff.
3 Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 146 ff.
Die umfassendste Arbeit zum Revolutionsjahr 1848 stammt von Geist, Paula: Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49. Diese Arbeit wurde von einem eindeutigen deutschnationalen- liberalen Standpunkt aus verfaßt.
Die Forderungen von 1848 und ihre Erfüllung im Staatsgrundgesetz von 1867 sind durchdrungen vom Geiste bürgerlicher Ordnungsvorstellungen: Gleichheit aller vor dem Gesetz, Freiheit der Person, Meinungs- und Pressefreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Unantastbarkeit des Eigentums und die Gewerbefreiheit setzten jenen Rahmen, in dem sich die weitere gesellschaftliche Entwicklung vollziehen sollte.
4 Dr. Schmidt wurde 1810 in Vulpmes in Tirol geboren und wurde deshalb von den Konservativen als "Landfremder" gebrandmarkt.
Er ließ sich 1843 in Dornbirn als praktischer Arzt nieder und verstarb hier im Jahre 1892. Siehe DGBl, Nr. 2, 7.1.1892.
5 Siehe dazu Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 159 ff.
6 Dreier, Werner: Vorarlberg und die Anschlußfrage, S. 184.
7 Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 296. Vortrag von Dr. Schmidt am 8. Mai 1848.
8 Geist, Paula: Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49, S. 57.
9 Die Quellenlage ist besonders mager, da im Stadtarchiv kaum Hinweise zu finden sind.
10 Albrich-Chronik, 1. Teil, S. 116, StAD.
11 Öffentliche Gratisausspeisung für Bedürftige.
12 Albrich-Chronik, 1. Teil, S. 115, StAD.
13 Vgl. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 295.
14 Ebenda, S. 296.
15 Turnverein Dornbirn (Hg.): Gedenkschrift des Turnvereins Dornbirn zum 25-jährigen Gründungsfeste 1862-1887, S. 2.
16 Turmchronik 1857; offensichtliche Tippfehler in der beglaubigten Abschrift korrigiert.
Vom 10. bis zum 15.10.1850 weilte Kaiser Franz Joseph I. in Bregenz und konferierte dort mit König Maximilian II. von Bayern und König Wilhelm I. von Württemberg. Den Gemeindevertretern wurde keine kaiserliche Audienz gewährt.
Ab 1851 wurde in Österreich der Neoabsolutismus eingeführt, das liberale Gemeindegesetz weitestgehend aufgehoben.
17 Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft, S. 58.
18 Siehe Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 20 ff.

19 Der Ausdruck stammt von Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien in Vorarlberg von 1870–1918, S. 43.

20 In ihm heißt es: "Wir wollen in unseren Ortschaften nicht zweierlei Kirchen und Schulen, wir wollen nicht vergrößerte Lasten und Umlagen in der Gemeinde, wir wollen unseren kargen Boden selbst besitzen und bearbeiten, wir wollen unsere bürgerlichen Gewerbe selbst betreiben, wir wollen keine Dienstbarkeit unter fremdem Kapitale und fremder Intelligenz; wir wollen unsere alte Freiheit und unsere altehrwürdigen Sitten nicht verkaufen, wir wollen die Einheit des Glaubens, wie wir sie von unseren Vätern ererbten, ungeschmälert auf unsere Kinder überliefern ..." Zitiert nach Haffner, Leo: Die Aufklärung und die Konservativen, S. 23.

21 Siehe dazu Olschbaur, Wolfgang: Zur Gründungsgeschichte der evangelischen Gemeinde in Vorarlberg, S. 25.

22 Jenny & Schindler errichteten um 1825 zunächst in Hard eine Türkischrotfärberei und Druckerei, dann in Kennelbach eine Spinnerei.

23 John Douglas errichtete in Thüringen eine der ersten Baumwollspinnereien des Landes.

24 Siehe Walser, Harald: Emanzipation und Ausgrenzung.

25 Der Arzt Dr. Josef Anton Ölz (1812 bis 1893) war Vereinsvorstand des Dornbirner Kasinos, von 1870 bis 1884 konservativer Landtagsabgeordneter, von 1870 bis 1891 Reichsratabgeordneter.
1929 wurde in Dornbirn eine Straße nach ihm benannt. In der Begründung des Gemeinderates hieß es:
"Dr. Ölz betätigte sich im politischen Leben hervorragend und erwarb sich dabei um seine Heimat und sein Vaterland reiche Verdienste. Er war ein überzeugungstreuer, katholischer Mann, eine landbekannte Persönlichkeit und allgemein ob seiner Fähigkeiten und seines Charakters hoch geachtet." DGBl, Nr. 28, 14.7.1929.

26 Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 204.

27 Siehe dazu Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn.
Vgl. Berichte über die Tätigkeit des Dornbirner Kasinos. Separatdruck (26.12.1869–18.2.1872); Vereins- Blüthen (Nr. 20, 27.10.1876; Nr. 5, 16.3.1877).

28 Hochwürden Vonbank habe gesagt: "Ja, hätten wir 12 Stück solcher Männer wie Dr. Turnherr in unserem Vaterlande, der Liberalismus würde aufhören gefährlich zu sein, wir würden ihn mit Glanz in die Luft sprengen." FZ, Nr. 68, 24.8.1867.

29 Siehe dazu die Resolutionen und Petitionen im Anhang des Separatdrucks des Berichts über die Tätigkeit des katholischen Bürger-Kasinos Dornbirn, S. 79 ff.
Am 28.1.1870 stellte Dr. Rechbauer den Antrag auf Einführung der obligatorischen Zivilehe im Reichstag. Dagegen kämpften die Kasiner "mit Mannesmut" (Vereins-Blüten, Nr. 1, 1870) an.

30 Zur Kasino- Bewegung siehe die Arbeiten von Leo Haffner.
Hier: Die Kasiner, S. 42–55; speziell der Abschnitt "Die Führungsrolle des Dornbirner Kasinos" S. 47–52.

31 Vgl. Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 46 ff.

32 Vereins-Blüthen, Nr. 13, 4.7.1873.
33 Vereinsstatuten, zitiert nach Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 31.
34 Ebenda, S. 34.
35 Rechenschaftsberichte des Kasinos hatten eine Auflage von 4.000 Stück. Vereinsblüthen, Nr. 20, 27.10.1876.
36 Tätigkeitsbericht des katholischen Bürger-Kasinos (1869–1872), S. 72 ff. Vom 8.2.1874 bis 5.3.1876 wurden bei 42 Versammlungen 297 Vorträge gehalten. Vereins-Blüthen, Nr. 20, 27.10.1876.
37 Tätigkeitsbericht des Dornbirner Kasinos (1878–1879), S. 4.
Das Dornbirner Kasino richtete zum Beispiel an das k.k. Ministerpräsidium ein Schreiben, indem gegen den "Raub" des Kirchenstaates schärfster Protest eingelegt wurde: "Die auch nur stillschweigende Anerkennung dieses Raubes lockert auf's Gefährlichste den Begriff von dem Rechte des Besitzstandes und des Eigenthumes, sowohl von Personen als auch von Gesellschaften, sie gefährdet auf's Schwerste die Freiheit aller Katholiken im Verkehre mit dem Mittelpunkte der katholischen Kirche, welche sie für ihren Glauben und für ihre inneren Einrichtungen zu fordern berechtigt sind, sie verletzen auf das Tiefste die Gefühle der Achtung, Treue und Hingabe gegen die höchste Autorität in der Kirche, verletzt nicht weniger und folgenschwerer dieselben Gefühle der Hochschätzung und Liebe der Völker zum monarchischen Prinzipe, sie ist geeignet, in bedenklichstem Grade die dem angestammten Fürsten schuldige Hochachtung, Treue und Anhänglichkeit in den Herzen der Völker zu erschüttern." Separatdruck des Berichtes über die Tätigkeit des katholischen Bürger-Kasinos in Dornbirn (1869–1872), S. 81 f.
38 Der Tätigkeitsbericht des Kasinos (1872–1873), S. VIII, spricht von 550 aktiven Mitgliedern, da ungefähr 50 Vereinsmitglieder bereits verstorben waren.
39 Siehe Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 78 f.
40 FZ, Nr. 101, 20.12.1871.
41 Zur Rolle der Geistlichkeit im Kasino vgl. Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 45 ff., hier S. 46.
42 Siehe u. a. Brauneder, Wilhelm: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich.
43 VZ, Nr. 99, 13.12.1867.
44 Siehe dazu Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule.
45 Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien in Vorarlberg von 1870–1918, S. 14.
46 Dr. Waibel (1828–1908) war von Beruf Arzt. Am 1. März 1869 wurde er Bürgermeister und übte dieses Amt bis zu seinem Tode aus. Von 1870 bis 1908 war er Mitglied des Vorarlberger Landtages, von 1878 bis 1897 im Reichsrat.
47 Petsche-Rüsch, Dora, ebenda, S. 15.
48 Diesen Übergang hat Leo Haffner am ausführlichsten bearbeitet. Siehe auch Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, Kapitel 5.1.1.
49 Am 26.2.1861 bekam das Land ein Landesparlament mit 20 Abgeordneten (14 aus den Gemeinden, vier aus den drei Städten und dem Markt

Dornbirn, einem Vertreter der Handelskammer und dem Generalvikar); ausführendes Organ war der selbstgewählte Landesausschuß; an der Spitze stand ein vom Kaiser aus den Reihen der Abgeordneten ernannter Landeshauptmann.
Siehe u.a.: Land Vorarlberg (Hg.): Landstände und Landtag. Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 16.
Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd.IV, S. 356 ff.
Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 200 f.

50 Vgl. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 381.

51 Josef Anton Rhomberg I. (1804–1807), Josef Rhomberg (1810–1817), Josef Anton Rhomberg II. (1827–29, 1837–1840, 1846–48), Lorenz Rhomberg (1829–31), Franz Rhomberg (1832–34, 1843–45, 1849–53), Albert Rhomberg (1858–64) und Wilhelm Rhomberg (1864–67).

52 Vgl. Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 61 ff.

53 Zu seiner Biographie siehe: Herburger, Leo: Dr. J. G. Waibel, sein Leben und Wirken.
Herburger war ein Parteigänger Waibels. Seine Waibel-Biographie trägt den Charakter einer Kampfschrift. Nach dem Tode des Bürgermeisters kam es um die Errichtung eines Denkmals für den Langzeit-Bürgermeister zu einer heftigen Kontroverse mit der neuen christlich-sozialen Rathausmehrheit (Denkmalenthüllung am 29.5.1910).

## Anmerkungen zum Kapitel 1.3.

1 Siehe Gemeinde-Ordnung und Gemeinde-Wahlordnung für das Land Vorarlberg vom 22. April 1864.
Für den komplizierten Wahlmodus siehe § 20–32. Zunächst wählte der dritte, hierauf der zweite, zuletzt der erste Wahlkörper. Dabei war es möglich, daß ein Kandidat zunächst im dritten, dann im zweiten oder ersten Wahlkörper kandidierte. Jeder Wähler konnte so viele Personen wählen, wie im Wahlkörper als Ausschuß- und Ersatzmänner vorgesehen waren.

2 DGBl. Nr. 35, 28.8.1870.

3 Wahlresultat der Gemeinderatswahlen 1876 in Vereins-Blüthen, Nr. 18, 29.9.1876.

4 Vgl. z.B. DGBl, Nr. 49, 9.12. 1894.

5 Martin Thurnher (1844 bis 1922), Landtags- und Reichsratsabgeordneter, Landeshauptmannstellvertreter. Siehe Haffner, Leo:"Der Liberalismus bringt keinen Segen".

6 Siehe Haffner, Leo: "Der Liberalismus bringt keinen Segen", S. 94 f.

7 Karl Alfred Rüsch (1831–1892) führte seit 1855 die Maschinenfabrik und Eisengießerei im Ortsteil "Schmelzhütten". Er gehörte von 1865 bis 1879 der Gemeindevertretung an, jahrzehntelang war er auch Ortsschulrat. Siehe DGBl, Nr. 20, 15.5.1892.

8 Vereins-Blüthen, Nr. 18, 29.9.1876.

9 Siehe die Wahlergebnisse von 1864 bis 1885 im DGBl, Nr. 35, 1885.

10 Abdruck der Wähler-Reklamations-Akten in den Vereins-Blüthen (z.B. Nr. 17. 15.9.1876).
11 DGBl, Nr.52, 24.12.1871.
12 Separatdruck des Berichtes über die Thätigkeit des katholischen Bürger-Kasino Dornbirn, S. 82 f.
13 Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 379 ff.
14 Neben Bürgermeister Waibel gehörten die liberalen Gemeinderäte Arnold Rüf, Alfred Rüsch, Anton Albrich und Ulrich Salzmann dem Gemeindevorstand an.
15 DGBL, Nr.50, 10.12.1871.
16 Zu Johannes Thurnher (1829 bis 1909), langjähriger Reichs- und Landtagsabgeordneter der Konservativen, siehe VV, Nr. 220, 28.9.1909 und VV, Nr. 238, 19.10.1909.
17 FZ, Nr. 57, 17.7.1872.
18 VV, Nr. 12, 11.2.1873.
19 Siehe dazu Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. 4, S. 380.
20 FZ, Nr. 30, 12.3.1873.
21 VV, Nr. 24, 25.3.1873. Auf von Froschauer entfielen 1079, auf Albert Rhomberg 995 Stimmen.
22 VV, Nr. 25, 28.3.1873.
23 Er verurteilte unter anderem folgende zeitgenössischen Ansichten:
"15. Jedermann ist frei, die Religion zu wählen und zu bekennen, die er geführt vom Licht der Vernunft, für wahr hält.
24. Die Kirche hat nicht die Macht, Gewalt anzuwenden, und sie hat keine direkte oder indirekte weltliche Macht.
77. In der heutigen Zeit ist es nicht mehr angebracht, daß die katholische Religion die einzige Staatsreligion ist und alle anderen Formen des Glaubens ausgeschlossen werden.
80. Der römische Oberhirte kann und soll sich mit Fortschritt, Liberalismus und moderner Zivilisation versöhnen und abfinden." Rosa, Peter de: Gottes erste Diener, S. 304 f.
24 Tätigkeitsbericht von Obmann Josef Othmar Rudigier, Vereins-Blüthen, Nr. 5, 16.3.1877.
25 Siehe Vereins-Blüthen, Nr. 20, 27.10. 1876. Hier heißt es über die Krönungsfeiern von 1874 und 1875:
"Die erste war eine geschlossene, an der gegen 300 Mitglieder theilnahmen, die zweite aber eine öffentliche, bei der wohl an die 1000 Personen anwesend waren. Diese letztere gestaltete sich besonders festlich. Schon der Eingang zum Vereinshause war mit Bögen, Kränzen und Gewinden dekorirt und erst der Vereinssaal strahlte in vollem Blumenflor. Oben in der Mitte war das Bild des heiligsten Herzens Jesu, zu beiden Seiten die wohlgetroffenen Porträts Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Se. Majestät des Kaisers Franz Josef reich bekränzt angebracht ..."
26 Zur politischen Bedeutung des Fronleichnamfestes siehe Pichler, Meinrad: "Ussar mit da Fahna".
27 DZ, Nr. 5, 29.5.1880.

28 DZ, 24.2.1880.
Entscheidung des Landesausschusses: 1. Schließung der Gasthöfe ist Sache des Gemeindeausschusses 2. Der Beschwerde ist stattzugeben und die Gegenerklärung dem Protokoll beizufügen.
29 Vereins-Blüthen, Nr. 13, 4.7.1873.
30 Vgl. Haffner, Leo: "Der Liberalismus bringt keinen Segen", S. 100.
31 DGBl, Nr. 20, 15.5.1892.
32 Vgl. 17 Jahre Regiment Dr. Waibel. Erwiderung des Bürgermeisters im Gemeindeblatt: Nr. 38, 20.9.1885 (weiters: 1885 S. 507, S. 524, S. 540, S. 671, S. 717; 1886 S. 41).
33 Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 44 ff.
34 Siehe Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule, S. 111 ff.
35 VV, Nr. 73, 10.9.1875. Vgl. Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 28.
36 Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 112 ff.
37 Zur Bildungs- und Wissenschaftsfeindlichkeit der Konservativen siehe Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 31 ff.
38 Das Gesetz wurde am 21.3.1876 von Johannes Thurnher und Johann Kohler im Landesausschuß eingebracht und am 10.4. beschlossen. Vereins-Blüthen, Nr. 6, 24.3. 1876.
39 Stärk, Wilhelm: Geschichte der Realschule, S. 36 ff.
40 DGBl, Nr. 38, 20.9.1885.
41 DGBl, Nr. 35, 30.8.1885.
42 Ebenda.
43 Ebenda.
44 Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 179.
45 Vgl. z.B. DGBl. Nr. 41, 11.10.1891. Der 1. Wahlkörper hatte zu diesem Zeitpunkt ein Steueraufkommen von 50.113,26, der 2. Wahlkörper von 19.128,42 und der 3. Wahlkörper von 19.107,81 Gulden.
46 Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 180.
47 VVfr, Nr. 5, 2.3.1894.
48 VVfr, Nr. 6, 16.3.1894.
49 Siehe dazu Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 134 f.
50 Adolf Rhomberg, der spätere Landeshauptmann, war ein Anhänger des "romantischen Konservativismus". Als seine Frau schwer erkrankte, legte er ein Gelübde ab und stiftete in Dornbirn ein Kapuzinerkloster, das am 4. September 1894 von Bischof Dr. Johannes Zobl eingeweiht wurde. Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 76.
51 Siehe dazu die Kapitel "Herkunft, Persönlichkeit und Weltbild des konservativen Politikers Adolf Rhomberg", "Der politische Radikalismus der konservativen Partei Vorarlbergs" und "Der Widerstand formiert sich – Die mittelparteilichen Strömungen in der konservativen Partei Vorarlbergs" in Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 58–139.
52 Beilage zu Nr. 8 der DZ, 19.6.1880.
53 Siehe "Zur Geschichte der Dornbirner Zeitung" in Vereins-Blüthen, Nr. 13,

1880. Resolution der Dorbirner Seelsorger.

54 Florencourt wurde mehrmals wegen Ehrenbeleidigung, begangen an k. u. k. Offizieren und k.k. Beamten angeklagt, verurteilt und eingesperrt. 1871 hatte er 9 Monate und 8 Tage Haft zu verbüßen. Sechs Wochen vor Ende der Haftzeit richtete der Landtag an den Kaiser ein Gnadengesuch, das von Landeshauptmann Dr. Anton Jussel nicht befürwortet wurde (VV, Nr. 75, 19.9.1871).
Im Mai 1879 wurde er wegen "Aufwiegelung, Aufreizung und Ehrenbeleidigung" aus Tirol und Vorarlberg ausgewiesen. Zur Person Florencourts siehe Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 91–100.

55 Florencourt, Bernhard von: Schriftstücke zur Geschichte der konservativen Partei von Vorarlberg im Jahre 1880, S. 24 f.

56 Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 133 ff.

57 Siehe Brief des Lustenauer Pfarrers Thomas Hagen vom 5.8.1884 an den Fürstbischof in Brixen. Zitiert bei Haffner, Leo: Die Aufklärung und die Konservativen, S. 18 f. Zur Auseinandersetzung im Kasino vgl. Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 49 ff.

58 Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 50.

59 Siehe Kapitel "Widerstand gegen Adolf Rhomberg" in den "Notizen" von Martin Thurnher bei Haffner, Leo: "Der Liberalismus bringt keinen Segen", S. 107–110.

60 Sein schärfster Gegenspieler, Bernhard von Florencourt, der Redakteur des "Vorarlberger Volksblattes", forderte im Einklang mit den konservativen Parteiführern und unterstützt von einigen jungen Geistlichen die Errichtung eines eigenen Vorarlberger Bistums.
Die Kirchenhierarchie wehrte sich gegen diese "Demokratisierung". Der "Bistumsstreit" führte am 8. Februar 1888 zum Rücktritt von Parteiführer Johannes Thurnher und seinem Stellvertreter Johann Kohler. Auf der 16. Generalversammlung des Katholisch-politischen Volksvereines für Vorarlberg im Dornbirner Vereinshaus legten die beiden Hauptvertreter der "scharfen Richtung" ihre Funktionen innerhalb der Konservativen Partei nieder. In Dornbirn hielten sich die Anhänger der "milden Richtung", vertreten durch Adolf Rhomberg, und der "scharfen", personifiziert in Johannes Thurnher, bei den Wahlen fast die Waage. So erreichte bei der Gemeinderatswahl 1888 Adolf Rhomberg zwar mit 893 die meisten Stimmen im 3. Wahlkörper, Johannes Thurnher, der in Dornbirn nie besonders gut abgeschnitten hatte, aber für ihn außergewöhnliche 882 Stimmen.
Siehe dazu Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 185 ff. Zum Streit zwischen der "scharfen" und "milden Tonart" siehe Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 263 ff.

61 Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 264 f.

62 Vgl. Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 135.

63 Vgl. Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 98 ff.

64 Siehe Huck, Gerhard (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit, S. 12.

65 Zur Geschichte des Turnens siehe Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung in Vorarlberg unter

besonderer Berücksichtigung des Turnvereins Dornbirn 1862.

66 Siehe Rhomberg, Harald: Sport und Erholung im 19. Jahrhundert, S. 75.

67 Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 82.

68 Gedenkschrift des Turnvereins Dornbirn zum 25jährigen Gründungsfeste 1862–1887, S. 11 f. (auch die Mitgliedszahlen sind dieser Schrift entnommen). Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung des völkisch-deutschen Turnens, S. 190 f.

69 Gedenkschrift des Turnvereins Dornbirn zum 25jährigen Gründungsfeste 1862–1887, S. 11 f.

70 Besonderes Mißfallen des konservativen "Vorarlberger Volksblattes" fand die Tatsache, daß "der Vorstand des Turnvereins Niemand Anderer (sic!)als der Chef der Polizei und zugleich der Chef der politischen Behörde von Dornbirn Herr Bürgermeister Dr. Waibel, der Vorstand des Gesangsvereins aber Hr. Arnold Rüf, der allzeit 'Getreue', der berühmte Bezirksschulrath, ist." VV, Nr. 25, 28.3.1871.

71 Zum Turnhallen-Bau vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 88 f.

72 VV, Nr. 28, 8.4.1873.

73 Der Ankauf solcher Anteilsscheine kam faktisch einer Spende gleich. Siehe Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 88.

74 Vgl. Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 63 ff.

75 VV, Nr. 62, 5.8.1873.

76 VV, Nr. 66, 19.8.1873.

77 VV, Nr. 59, 25.7.1873.

78 Ebenda.

79 Siehe Gedenkschrift zum 25jährigen Jubiläum des Turnvereins, Kapitel "Der Turnhallenbau", S. 40–46, hier S. 43.

80 Siehe u.a. die Gründung des Gesangsvereins Frohsinn Dornbirn-Oberdorf im Jahre 1888 durch Viktor Hämmerle. Rhomberg, Hubert: Sport und Erholung im 19. Jahrhundert, S. 76.

81 Flechner, Rudolf: Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen zu Dornbirn in Vorarlberg, S. 2.

82 Der Rest der Turnklubkasse wurde am 30. 8. 1873 "vertrunken und verzehrt". Gedenkschrift zum 25jährigen Jubiläum des Turnvereins, S. 31.

83 Nägele, Hans: Dornbirner Unternehmer, S. 62.

84 s' Fäscht. 60 Jahre Pfadfinder in Dornbirn. In dieser Festschrift wird Viktor Hämmerle als der "inoffizielle Stadtvater" tituliert. Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 100 f. Vgl. Kemmerling-Unterthurner, Ulrike: Dornbirner Jugendvereine und ihr politischer Hintergrund, S. 63.

85 VVfr, Nr. 5, 19.4.1901.

86 Guntram Hämmerle (1862–1923) war der jüngste Sohn Franz Martin Hämmerles, Wilhelm (1876–1917) der zweitälteste Sohn Otto Hämmerles. Siehe Dreihammer, Jubiläumsausgabe 1986.

87 VVfr, Nr. 5, 19.4.1901.
88 Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 107.
89 Gedenkbuch des Dornbirner Kasinos, S. 437. Zitiert nach Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn, S. 73. Siehe Kapitel "Antisemitismus im Kasino von Dornbirn", S. 70 ff.
90 Zur Geschichte der Juden in Vorarlberg siehe:
Tänzer, Aron: Der Geschichte der Juden in Hohenems und im übrigen Vorarlberg.
Peter, Norbert: Christlicher Antisemitismus am Beispiel der Hohenemser Judengemeinde.
Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft".
91 Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 153.
92 Inserat Siegfried Kochmann ("Größtes, billigstes u. reelstes Special-Geschäft für fertige Herren- u. Knabenkleider, sowie Herren- u. Knaben-Hüte u.- Mützen") vom 27.3.1898 und von Max Spiegel, ebenfalls Textilbranche, vom 10.4.1898.
93 VV, Nr. 97, 1.5.1898.
94 DGBl, Nr. 18, 1.5.1898.
95 VV, Nr. 259, 13.11.1900.
96 BT, Nr. 8, 11.1.1908.
97 Siehe Walser, Harald: Emanzipation und Ausgrenzung, S. 128.
98 In der Zeit vor der Jahrhundertwende fehlen deutschnationale antisemitische Belegstellen weitestgehend. Der Antisemitismus war auf das christlichsoziale Lager beschränkt. Siehe Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 143 ff.
99 Von 1890–97 "Vorarlberger Volksfreund", dann "Bregenzer Tagblatt", ab 1901 wieder "Vorarlberger Volksfreund". Siehe dazu: Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien in Vorarlberg 1870–1918, S. 153 f.
100 Zum Programm siehe: VVfr, Nr. 1, 22.3.1910.
Um die wirtschaftliche Grundlage des Blattes zu sichern, wurde 1913 von Dr. August Zumtobel mit Hilfe seiner Parteifreunde die "Vorarlberger Buchdruckereigesellschaft" gegründet. Nach dem Krieg ging die Zeitung in das deutschnationale "Vorarlberger Tagblatt" über, dessen Chefredakteur Dr. Hans Nägele wurde.
101 Zur Auseinandersetzung zwischen der Schönerer-Bewegung ('Radikale' um Hermann Wolf in Bregenz) und den Anhängern von Otto Steinwender (Obmann des Verbandes der Deutschen Volkspartei; 'Deutsch-bürgerlicher Verein' in Feldkirch) siehe Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien in Vorarlberg von 1870–1918, S. 156 ff.
102 Zur Einführung des Arierparagraphen im Vorarlberger Turngau siehe Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 62 ff.
103 Siehe Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 105 ff. Vgl. Hartmann, Armin: 125 Jahre Turnen in Dornbirn, S. 16.

**Anmerkungen von Seite 75 bis 78**

104 Hartmann, Armin: 125 Jahre Turnen in Dornbirn, S. 17.
105 Zur Geschichte des Turnens im Rahmen des konservativen "Vorarlberger Rheingaus" siehe Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 67 ff.
106 Hartmann, Armin: 125 Jahre Turnen in Dornbirn, S. 19 f. 1902 wurde in Dornbirn von christlich-sozialen Turnern der Turnerbund 1902 gegründet. Der im Zitat vorkommende Ausdruck "Trutzverein" bezieht sich auf diesen Verein.
107 Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 107.
108 Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 108 f.
109 Der Aufschwung der Weberei und Druckerei veranlaßte den Firmengründer Franz Martin Hämmerle zu Beginn der sechziger Jahre, am Ende der unwegsamen Talschlucht der Dornbirner Ache in vier Kilometer Entfernung von der Gemeinde eine eigene Garnproduktion aufzuziehen. Die schwierigen Terrainverhältnisse erforderten ausgiebige Bodenarbeiten. Zunächst baute man einen Stauwehr. Die abgelegene Lage wurde durch die günstige Wasserkraftgewinnung kompensiert. Nach der Errichtung eines Gasthauses wurde 1864 die Anlage von Gütle I errichtet, ein mehrstöckiger traditioneller Zweckhochbau für 11.000 Spindeln. Bereits vier Jahre später konnte Gütle II in Betrieb genommen werden. Verkörpert Gütle I noch den klassischen Fabriktypus, so leitet Gütle II, ein moderner Shedbau, eine Fabrikarchitektur ein, die für den Rest des Jahrhunderts vorbildhaft wurde. Diese neuen "Industrieschlösser" mit funktionslosen Verzierungen sind der sichtbare Ausdruck eines neuen unternehmerischen Selbstbewußtseins. In Zusammenhang mit dem Ausbau der Wasserkraft wurde der damals mit 60 m Wasserfontäne höchste Springbrunnen Europas in Gang gesetzt. Das Industrieensemble im Gütle wurde um 1870 mit der Errichtung eines Arbeiterwohnhauses abgeschlossen. Vgl. Bertsch, Christoph: ... und immer wieder das Bild von Maschinenrädern, S. 48 ff.
110 DGBl, Nr. 33, 10.8.1881.
111 Otto Hämmerle gehörte von 1876 bis 1888 der Gemeindevertretung an.
112 Vgl. Dreihammer, Jubiläumsausgabe 1986.
113 Nägele, Hans: Dornbirner Unternehmer, S. 61.
114 F.M.Hämmerle und Herrburger & Rhomberg erhielten 1890 vom Handelsministerium die Erlaubnis für technische Vorarbeiten für eine Dampftramway auf dieser Strecke, um den verkehrstechnischen Anschluß an die Schweiz zu verbessern. Siehe dazu Feßler, Josef: Die elektrische Bahn Dornbirn-Lustenau, S. 191 ff.
115 Vgl. Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte, S. 72 ff.
116 Vgl. Nägele, Hans: Herrburger & Rhomberg, S. 38.
117 Nägele, Hans: Die Dornbirner Industrie, S. 255.
118 VVfr, Nr. 4, 16.2.1894. Im Jahre 1902 wurde die Bahn in Betrieb genommen.
119 DGBl, Nr. 18, 30.4.1893.
120 Ebenda.

121 Protokoll der 16. Sitzung des Gemeinderates, 22.12.1897, StAD.
122 Protokoll der 9. Gemeindeausschußsitzung, 27.4.1898, StAD.
123 DGBl, Nr. 22, 29.5.1898.
124 DGBl, Nr. 30, 27.7.1890.
125 Der Gemeindevoranschlag für das Jahr 1891 sah Einnahmen in Höhe von 36.669,47 Gulden vor. DGBl, Nr. 14, 5.4.1891.
126 Ebenda.
127 DGBl, Nr. 45, 6.11.1892.
128 VVfr, Nr. 19, 5.10.1894.
129 "Für die der Volksschule entwachsenen Arbeiterkinder, die sich mit wenigen Ausnahmen dem Berufe ihrer in den Fabriken beschäftigten Eltern zuwenden, ist dann für weitere Ausbildung in mehrfacher Richtung gesorgt." Flechner, Rudolf: Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen zu Dornbirn in Vorarlberg, S. 3.
130 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 355 ff.
131 Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 356.
132 Z.B. die Arbeiterwohnhäuser von F.M. Hämmerle in der Bündlittenstraße, erbaut 1907 von Otto Malaun.
133 Vgl. Flechner, Rudolf: Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen zu Dornbirn in Vorarlberg, S.4 f.
134 Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 146 f.
135 Zur katholischen Soziallehre siehe Katholische Arbeitnehmerbewegung Österreichs (Hg.): Dokumente.
136 Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 334, Fußnote 11.
137 VV, Nr. 36, 6.5.1873.
138 Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890, S. 38.
139 Ebenda, S. 39.
Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Dornbirn siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 366–421 und derselbe: Die Genossen Handwerker. Zur Geschichte der Dornbirner Sozialdemokratie in der Monarchie.
140 Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890, S. 46 ff.
141 Dieses Proponentenkomitee bestand aus Hermann Hillizer, Julius Remmlinger, Geza Vaneso, Franz Senkau und Paul Fitz.
142 Mittersteiner, Reinhard, Die Genossen Handwerker, S. 125.
143 Vgl. Einladung zur konstituierenden Versammlung, DGBl, Nr. 13, 26.3.1893.
144 VVfr, Nr. 5, 2.3.1894.
145 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 368.
146 Siehe dazu Johler, Reinhard: "Jeatzt würds heall, jeatzt würds liacht".
147 Johler, Reinhard, ebenda, S. 226.
148 VVfr, Nr. 9, 5.5.1893.
149 VVfr, Nr. 9, 4.5.1894.
150 Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 74 ff.

151 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 137.
152 1910 gab es in Dornbirn 1.537 männliche und 1.486 weibliche – zusammen 3.023 – Fabriksarbeiter, das sind rund 40 Prozent aller Arbeitnehmer. Volkszählung 1910. Schachtel 1892–1917 StAD; DGBl, Nr. 15, 9.4.1911.
153 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 112.
154 VV, Nr. 58, 13.3.1894.
155 VVfr, Nr. 11, 1.6.1894.
156 Vgl. Johler, Reinhard: Behinderte Klassenbildung – am Beispiel Vorarlbergs, S. 55.
157 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 130.
158 Ebenda.
159 LvV, Nr. 15, 16.4.1900.
160 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 374 f.
161 Zur "Pechota-Affaire" siehe Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 132 ff.
162 Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 84 ff. und derselbe: Die Genossen Handwerker, S. 134 ff.
163 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 159.
164 Zitiert nach Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 161.
165 In der Sitzung vom 20. 11. 1893 erließ der Gemeindeausschuß eine Radfahrverordnung. Siehe DGBl, Nr. 16, 17.4.1898.
166 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 76.
167 VW, Nr. 41, 13.10.1910.
168 Siehe Scheiner, Alfred: Festschrift der Konsumgenossenschaft Dornbirn, S. 15 ff.
169 Ebenda, S. 23.
170 Vgl. Sutterlütti, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg 1870–1918, S. 55.
171 Siehe Oberkofler, Gerhard: Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Trentino.
172 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 148 ff. und derselbe: Peripherie und Sozialismus, S. 406 ff.
173 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 154.
174 Zum politischen Bewußtsein der italienischen Arbeitsmigranten siehe Greussing, Kurt: Die Veränderung des politischen Bewußtseins der italienischen Arbeitszuwanderer in Vorarlberg.
175 Diese spontanen Arbeitsniederlegungen dauerten manchmal nur wenige Stunden.
176 VV, Nr. 66, 27.3.1909.
177 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 158.
178 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise, S. 109.
179 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 109.

180 VW, Nr. 27, 10.6.1911.

181 Feßler, Klaus: "Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüsch-Ganahl im Jahre 1910 und seine Hintergründe".
In der Industriegeschichtsschreibung steht die Textilindustrie eindeutig im Vordergrund. Unternehmerpersönlichkeiten wie der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüsch (1861 bis 1925) wurden von Nägele nicht behandelt, obwohl Rüsch um die Jahrhundertwende in Dornbirn und im Land einen ganz erheblichen Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur ausübte. Siehe dazu Feßler, Klaus: Der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüsch.
Josef Ignaz Rüsch übernahm von seinem Vater Karl Alfred Rüsch (1831 bis 1892) die 1827 gegründete Maschinenfabrik und Eisengießerei in der "Schmelzhütten". Politisch stand er im Lager der Deutschfreisinnigen. Von 1888 bis 1901 war er Mitglied des Dornbirner Gemeindeausschusses, ab 1909 des Vorarlberger Landtages. Am 24.10.1903 wurde er bei der Gründungsversammlung der Sektion Vorarlberg des Bundes Österreichischer Industrieller in Dornbirn zum Obmann gewählt, von 1908 bis 1918 war er Stellvertreter von Julius Rhomberg. 1905 fusionierte der renommierte Familienbetrieb Rüsch mit dem größten Vorarlberger Konkurrenzunternehmen, der Gießerei und Maschinenwerkstätte Carl Ganahl in Frastanz. J. I. Rüsch wurde in der neuen Aktiengesellschaft, der "Vereinigten Maschinenfabriken Rüsch-Ganahl", Präsident des Verwaltungsrates (bis 1913).

182 Bericht der k.k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1910. Wien 1911. S. 264. Zitiert nach Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. S. 144.

183 Zitiert nach Mittersteiner, Reinhard, ebenda, S. 145.

184 VW, Nr. 43, 27.10.1910.

185 Siehe Feßler, Klaus: Szenen aus der Fabrik, S. 39.

186 Zur Biographie siehe Hämmerle, Rudolf: Geschichte der Familie Rhomberg. S. 176 ff.

187 VW, Nr. 25, 19.6.1913.

188 VW, Nr. 48, 26.10.1911. Im Werk Mittebrunnen erfolgte der teilweise Umstieg von alten Jacquardstühlen auf das neue Zweistuhlsystem; dabei wurde den Arbeitern/innen der Lohn um 25%, den Webern um 1 bis 3,8 Heller pro Decke gekürzt. Nach Arbeitsniederlegungen wurden diese Kürzungen rückgängig gemacht. Im Vorfeld des großen Streiks stand die Ankündigung von Julius Rhomberg, daß das Warten auf den Lohnzettel nicht mehr bezahlt würde.

189 Anlaß für den zweiwöchigen Streik von 1913 war die Nichterfüllung einer Forderung von fünf Arbeiterinnen nach Anbringung einer simplen Schutzvorrichtung an den Jacquard-Webstühlen. Die Bitte um eine branchenübliche Sitzgelegenheit bei den Webstühlen – damit die Andreherinnen nicht stundenlang in verkrüppelter Haltung arbeiten mußten – wurde nicht akzeptiert. Nach einer spontanen Arbeitsniederlegung beantwortete der Firmenchef die Forderung mit Entlassung der Arbeiterinnen. Es war das berühmte Tüpfelchen auf dem i. Solidarisch wurde der Betrieb bestreikt. Aber in Julius Rhomberg stand den Arbeitern und Arbeiterinnen

ein Unternehmer gegenüber, der zu keinen Zugeständnissen bereit war und aus dem Streik unbedingt als Sieger hervorgehen wollte.
Der Streikaufruf erfolgte nach einer Versammlung im Hotel "Hirschen". Nur 12 von 107 Arbeitern und Arbeiterinnen erschienen am nächsten Tag zur Arbeit. Daraufhin wurden Firmenwohnungen gekündigt. Deshalb legte auch die Belegschaft in der Fabrik Juchen die Arbeit nieder. Julius Rhomberg lehnte die Aufnahme von Verhandlungen mit den Streikenden ab. Mitbesitzer Landeshauptmann Adolf Rhomberg und Bürgermeister Luger wurden als Vermittler eingeschaltet. Die Solidarität der Arbeiterschaft führte unter schweren finanziellen Opfern schließlich zum Erfolg: Die Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt und die geforderten Sitzgelegenheiten auch bei Herrburger & Rhomberg angebracht. Siehe u.a. VV, Nr. 137, 18.6.1913. Der Streik war auch Anlaß für eine heftige Fehde zwischen dem "Volksblatt" und der sozialistischen "Wacht":
"Die heutige 'Wacht' müht sich mit allen Kräften ab, das 'Volksblatt' wegen seiner Haltung zum jetzigen Streik als Kapitalistenblatt hinzustellen. Dieses Beginnen steht der 'Wacht' am allerschlechtesten an, da es ja gerade die Sozialdemokratie ist, die Fall für Fall die Arbeiterinteressen an den judenliberalen Manchester-Liberalismus verrät. "VV, Nr. 147, 29.6.1913.

190 Siehe Rechenschaftsbeicht über den katholischen Gesellen-Verein von Dornbirn in Vereins-Blüthen, Nr. 3, 1870, S. 38–42, hier S. 39.

191 Ebenda, S. 40.

192 Zur Entwicklung der katholisch-sozialen Bewegung in Österreich siehe: Dokumente. Zu Vorarlberg vgl. Methlagl, Walter: Der Traum des Bauern Franz Michael Felder, S. 70 ff. Siehe auch Natter, Bernhard: Ein "Schutzdamm gegen die Sturmfluten des Sozialismus", S. 106 ff.

193 Protokoll der konstituierenden Versammlung des christlichen Arbeitervereins vom 26.11.1893, StAD.

194 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise, S. 116.

195 Ebenda, S. 117.

196 Einweihung am 4. September 1894. Siehe dazu Haffner, Leo: Die Kasiner, S. 74 ff.

197 Neben dem "Heiligen Josef" wurde der "Heilige Franziskus" als "Arbeiter Franz" mit Vorbildfunktion für die Arbeiter ausgestattet und als "Sozialheiliger" angepriesen. Der "Josefitag" wurde von den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen als Hauptfest begangen.

198 Protokoll der 23. Generalversammlung des christlichen Arbeitervereins vom 12.5.1904, StAD.

199 Protokoll der Generalversammlung des christlichen Arbeitervereins vom 11.3.1914, StAD.

200 Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 191.

201 "Der Arbeiter", Nr. 46, 1929. Zitiert nach Natter, Bernhard: Ein "Schutzdamm gegen die Sturmfluten des Sozialismus", S. 107.

202 Siehe die Biographie von Deuring, Hermann: Prälat Dr. Karl Drexel.

203 Rede Dr. Karl Drexels am 24.10.1909 in St. Johann. Zitiert nach: Deuring, Hermann, ebenda, S. 44 ff.

204 Ebenda, S. 42.
205 Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918, S. 123 ff.
Zur Bedeutung der Stickerei als Nebenerwerbsquelle in Dornbirn siehe: Winsauer, Franz Gebhard: Lehrer und Sticker. Erinnerungen, Erfahrungen und Überlegungen des 83jährigen.
206 VV, Nr. 259, 13.11.1900.
207 Zu seiner Biographie siehe Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender.
208 Volkszählung 1910. Schachtel 1892–1917, StAD; DGBl, Nr. 15, 9.4.1911.
209 Der Verein "Freie Schule" war eine besondere Form von sozialdemokratischer Nebenorganisation. In Vorarlberg arbeitete diese Organisation mit den antiklerikal eingestellten Liberalen zusammen.
210 BTB, Nr. 236, 14.10.1908.
211 Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender, S. 37.
212 Siehe Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus, S. 420 f.
213 Er remonstrierte mehrmals gegen das Ordinariat in Brixen, das ihm zu lasche Entscheidungen fällte, wie etwa im Falle Ulrich Rhombergs. Der Dornbirner Hotelier bat 1916 das Pfarramt um die Erlaubnis, seinen an der italienischen Front gefallenen Sohn und den in St. Gallen feuerbestatteten Bruder auf der Familiengrabstätte beisetzen zu dürfen. Das bischöfliche Ordinariat in Brixen entschied, daß zwar eine Einsegnung des feuerbestatteten Bruders keinesfalls statthaft sei, aber daß von kirchlicher Seite keine weiteren Schritte unternommen würden, da die Beisetzung in einem Familiengrab gesetzlich niemandem verwehrt werden könne. Mit dieser "liberalen" Haltung war der Dekan allerdings keineswegs einverstanden. Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender, S. 38 f.
214 VV, Nr. 39, 16.2.1913.
215 Ebenda.
216 Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender, S. 40.
217 VV, Nr. 151, 4.7.1913.
218 Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise, S. 87.
219 Siehe z.B. VVfr, Nr. 23, 7.12.1894; VW, Nr. 27, 10.6.1911.
220 VZ, Nr. 24, 1900. Zitiert nach Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 141.

## Anmerkungen zum Kapitel 1.4.

1 Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 493 f.
2 Siehe Gemeindewahlordnung für das Land Vorarlberg vom 13.1.1909.
3 1.243 von insgesamt 3.845, das sind 32,4 Prozent. Davon zahlten 145 Personal- oder Rentensteuern, der Rest war von Steuern mangels Einkommen befreit.
4 DGBl, Nr. 5, 30.1.1910. Eine einjährige Ortsansässigkeit war für alle Wähler, deren Wahlrecht nicht auf direkte Steuerleistungen gründete, erforderlich.

5 Festgelegt in den Paragraphen 2 bis 5. Vermögensgründe oder gerichtliche Urteile konnten ein Wahlausschließungsgrund sein, aber auch Angehörige des Militärs waren davon betroffen. Sie durften nicht wählen.
6 Siehe dazu die Angriffe der Deutschfreisinnigen auf die Wahlrechtsreform im BTB, Nr. 230, 7.10.1908 und Nr. 231, 8.10.1908.
7 Herburger, Leo: Dr. Johann Georg Waibel, S. 36.
8 DGBl, Nr. 13, 27.3.1910.
9 Herburger, Leo: Dr. Johann Georg Waibel, S. 25.
10 Erster Dornbirner Ehrenbürger (seit 5.3.1894).
11 Gegen diesen Antrag stimmte der 3. Wahlkörper mit Engelbert Luger an der Spitze. Am 29.5.1910 wurde trotzdem auf dem Rathausplatz durch das Dr. Waibel-Denkmal-Komitee das Dr. Waibel-Denkmal unter Mitwirkung zahlreicher Vereine enthüllt. DGBl, Nr. 22, 29.5.1910.
12 DGBl, Nr. 14, 3.4.1910.
13 Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 138 ff.
14 VW, Nr. 11, 17.3.1910.
15 DGBl, Nr. 13, 27.3.1910.
16 DGBl, Nr. 15, 10.4.1910.
17 Engelbert Luger war von Beruf Malermeister.
18 DGBl, Nr. 15, 10.4.1910.
19 Zur wirtschaftlichen Lage um 1910 siehe die Ausführungen von Feßler, Klaus: Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüsch-Ganahl im Jahre 1910, S. 15 ff.
20 VW, Nr. 34, 25.8.1910.
21 DGBl, Nr. 35, 28.8.1910.
22 Ebenda.
23 Theodor Rhomberg sen. (1845 bis 1918), Gründer der Vorarlberger Viehzuchtgenossenschaft, Mitglied im Zollbeirat.
24 VW, Nr. 41, 13.10.1910.
25 VW, Nr. 43, 21.9.1911.
26 DGBl, Nr. 29, 17.7.1910.
27 Vgl. DGBl, Nr. 21, 22.5.1910. Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 141 f.
28 Kostenvoranschläge und Pläne für Ein- und Zweifamilienhäuser 1911/1912 siehe Schachtel 26/7 StAD. Diese Häuser wurden aufgrund des staatlichen Wohnungsfürsorgestatuts vom 14.6.1910 erbaut.
29 DGBl, Nr. 4., 22.1.1911.
30 DGBl, Nr. 48, 27.11.1910.
31 VW, Nr. 27, 10.6.1911.
32 Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 142 f.
33 Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise, S. 92.
34 Vgl. DGBl, Nr. 29, 17.7.1910; DGBl, Nr. 2. 8.1.1911.
35 DGBl, Nr. 14, 2.4.1911.
36 DGBl, Nr. 4, 22.1.1911.

## Anmerkungen zum Kapitel 2.1.

1 Bohle, Maria: Stimmungsbild zum Bericht "Die Lebensmittelversorgung der Stadt Dornbirn im Krieg u. nach dem Krieg." In: Turmknopfchronik 1936/ Zu II/10, StAD.
2 VV, Nr. 181, 11.8.1914 und VV, Nr. 212, 18.9.1914.
3 DGBl, Nr. 2, 9.1.1916.
4 Siehe Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 56.
5 VW, Nr. 8, 21.2.1918.
6 Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 76.
7 Huchler, Rudolf: Das Standschützen-Bataillon Dornbirn im Weltkriege, S. 18.
8 Siehe Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 82 f.
9 Siehe Kapitel "Die Kriegsverluste Dornbirns von 1914-1918" bei Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 82 ff. Vgl. Gisinger, Arno: Für Gott, Kaiser und Vaterland, S. 43 f.
10 Dornbirn im Weltkrieg 1914 bis 1918, Turmchronik II/9, StAD.
Ein Jahr nach Kriegsende waren 404 Männer aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt: Aus Italien 273, aus Rußland 125, aus Frankreich 3, aus England 2 und aus der Türkei 1. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 111 Dornbirner in italienischer, 118 in russischer und einer in englischer Kriegsgefangenschaft. Protokoll der 8. Stadtvertretersitzung, 5.11.1919, StAD.
11 Zur Ernährungssituation siehe: Böhler, Ingrid – Schnetzer, Norbert: Die Krisenjahre der Ernährungswirtschaft in der Stadt Dornbirn.
Vgl.: Schnetzer, Norbert: Landwirtschaft, S. 91 ff.
12 Bohle, Maria: Stimmungsbild zum Bericht "Die Lebensmittelversorgung der Stadt Dornbirn im Krieg u. nach dem Krieg." In: Turmknopfchronik 1936 , Zu II/10, StAD.
13 Der Stadtrat stellte 1916 im Gemeindeblatt fest: "Dornbirn ist wie kaum eine andere Stadt in Österreich in der Lage, die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung weitgehend aus eigenen Erzeugnissen zu decken." DGBl, Nr.52, 1916.
14 DGBl, Nr. 39, 1917.
15 Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 15. Siehe Kapitel "Die Lebensmittelversorgung in Dornbirn".
16 DGBl, Nr. 25, 23.6.1918.
17 DGBl, Nr. 38, 1918.
18 DGBl, Nr. 43, 1914.
19 Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 13. Vgl. Böhler, Ingrid – Schnetzer, Norbert: Die Krisenjahre der Ernährungswirtschaft in der Stadt Dornbirn, S. 51.
20 DGBl, Nr. 39, 1914. Vgl. Volaucnik, Christoph: Soziale Lage der Arbeiter und Lohnsituation, S. 87.
21 Volaucnik, Christoph: Industrie und Gewerbe, S. 79.
22 Siehe Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 5 u. 40 ff.
23 DGBl, Nr. 17, 29.4.1917.

24 Siehe dazu Scheffknecht, Wolfgang: Kriegsflüchtlinge und Kriegsgefangene, S. 65.
25 Zu den Teuerungszulagen vgl. Volaucnik, Christoph: Soziale Lage der Arbeiter und Lohnsituation, S. 88.
26 DGBl, 10.8.1918.
27 Vgl. dazu den folgenden Abschnitt.
28 Natter, Martin: Ergänzung zum Bericht über die Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Volksversorgung in der Kriegs- und Nachkriegszeit. In: Turmknopfchronik 1936/ Zu II/12, StAD.
29 Ebenda.

## Anmerkungen zum Kapitel 2.2.

1 Binder, Ingo: Geschichte von Dornbirn von 1860–1918, S. 116.
2 Siehe dazu Böhler, Ingrid – Schnetzer, Norbert: Die Krisenjahre der Ernährungswirtschaft in der Stadt Dornbirn.
3 DGBl, Nr. 17, 29.4.1917.
4 VW, Nr. 26, 28.6.1918. Vgl. Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 43 und Volaucnik, Christoph: Soziale Lage der Arbeiter und Lohnsituation, S. 88.
5 VV, Nr. 145, 27.6.1918.
6 Zur Rolle der Gewalt in der I. Republik siehe Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik.
7 Für Vorarlberg siehe dazu in erster Linie die grundlegende Arbeit von Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer'. Vorarlberg im Umbruch 1918–1938. Weiters: 7. Kapitel ("Landesbewußtsein in Vorarlberg 1918–1933: Alle Mannen, alle Frauen-Alemannen") bei Barnay, Markus: Erfindung des Vorarlbergers, S. 325–398.
Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. V. Kanton oder Bundesland, Untergang und Wiederkehr; Greussing, Kurt: Grenzstationen – Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934–38; Wanner, Gerhard: Vorarlberger Zeitgeschichte. Erste Republik 1918–1938.
8 Besonders im Winter 1918/19 verschärfte sich die Lebenssituation für weite Bevölkerungskreise, und für viele ging es ums nackte Überleben. Siehe Aufruf des Kulturrates für Vorarlberg "An die Bevölkerung Vorarlbergs!" am 16.3.1919 im DGBl, Nr. 11, 16.3.1919.
9 Siehe dazu Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 32 ff.
10 Natter, Martin: Turmknopfchronik 1936. Ergänzung zum Bericht über die Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Volksversorgung in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Zu II/12, StAD. Offensichtliche Tippfehler im Manuskript korrigiert. Gleichsam als Beruhigung, daß es in Dornbirn nicht nur "rote Rebellen" gegeben hat, fährt er mit einem Lob für seine christlichsozialen Parteifreunde fort:
"Es sei aber löblicherweise der Nachwelt überliefert, daß Dornbirn unter dem damaligen Bürgermeister Engelbert Luger und seinem Adlatus Josef Rüf, dem Leiter der Lebensmittelversorgung und nachmaligen Bürgermei-

ster in dieser Notzeit gut und gerecht verwaltet und betreut war und daß diese Männer die Schwierigkeiten so gut als möglich zum Wohle der Gesamtheit und aber auch mit Bedachtnahme auf die notleidende Bevölkerung meisterten – mustergültig für Land und Gemeinden."

11 Siehe Greussing, Kurt: Grenzstationen, S. 116.

12 DGBl, Nr. 12, 23.3.1919.

13 "Mitglied konnte nur werden, wer seiner 'Berufsorganisation oder politischen Organisation angehört und in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes' erkannte." Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 35.

14 Anton Linder stammte aus Turn-Severin/Mähren (geb.1880). Er wuchs in Wien auf, lernte das Tapeziererhandwerk und kam 1904 nach Vorarlberg. Er übte u.a. folgende Ämter aus: 1913 Arbeitersekretär, ab 1918 Landesparteisekretär, Landtagsabgeordneter (1918 bis 1934), Bundesrat (1918 bis 1934), Mitglied der Dornbirner Stadtvertretung (1918 bis 1934), Obmann der Landesgewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften. Nach der Zerschlagung der SDAP Flucht in die Schweiz. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1945 Landessekretär des ÖGB, Wahl in den Nationalrat (SPÖ), von 1946 bis 1956 Erster Präsident der Arbeiterkammer für Vorarlberg in der Zweiten Republik. Siehe Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934, S. 188; Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921–1938, S. 111.

15 DGBl, Nr. 11, 16.3.1919. Zu den Hintergründen der Schweizer Lebensmittellieferungen siehe Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben, S. 81 f.

16 Dreier, Werner: Vom Kaiser zum 'Führer', S. 37.

17 VW, Nr. 34, 11.2.1919.

18 DGBl, Nr. 48, 30.11.1919.

19 Ebenda.

20 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 41.

21 Zur Gewaltanwendung während der "österreichischen Revolution" siehe Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik, hier S. 22 ff.
Weiters: Stadler, Karl R.: Die Gründung der Republik, S. 77 ff.

22 Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 341 ff.

23 Vgl. VAB, Nr. 7, 1921.
Im Parteiprogramm der Christlichsozialen Partei Vorarlbergs wurde im Leitsatz Nr. 8 der Antisemitismus verankert. In ihm heißt es, die Partei "bekämpft mit aller Entschiedenheit die Vorherrschaft des Judentums, sowie überhaupt den unheilvollen Einfluß des jüdischen Geistes auf allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten." VV, Nr. 231, 9.10.1920.

24 Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft". Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945, S. 167 ff.

25 Dr. Emil Schneider (1883 bis 1961): 1919 wurde er Nationalratsabgeordneter, von 1922–1926 war er Unterrichtsminister. 1927 kam er als Direktor an die Dornbirner Realschule zurück. 1938 wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Schuldienst entfernt.

26 Kurt Eisner (1867 bis 1919) war Redakteur des sozialistischen "Vorwärts" in Berlin. Als Führer der Unabhängigen Sozialisten rief er in München am 7.11.1918 die Republik aus und wurde Ministerpräsident. Auf dem Weg zur Eröffnung des Landtages wurde er am 21.2.1919 von Graf Arco-Valley erschossen. Daraufhin erfolgte die Ausrufung der Münchner Räterepublik.

27 VV, Nr. 289, 15.12.1918.

28 VV, Nr. 84, 12.4.1919.

29 Siehe dazu Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen.
Zur Entstehung der Heimwehren siehe Rape, Ludger: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920–1923.

30 In Vorarlberg fanden 16 solche Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern/innen statt. Das Generalmotto lautete: "Für Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt des Volkes. Der Vorarlberger spricht zum Vorarlberger." VV, Nr. 84, 12.4.1919.

31 DGBl, Nr. 15, 13.4.1919.

32 VV, Nr. 86, 15.4.1919.

33 "Schwer bedrängt von der herrschenden Ernährungsnot befinden sich die unbemittelten Kreise des Vorarlberger Volkes in einer überaus traurigen Lage.
Die ohnedies schon vorhandene Unterernährung steigert sich von Tag zu Tag dadurch, daß die Preise auch der auf Karten erhältlichen Lebensmittel eine Höhe erreichen, die es den Unbemittelten nicht mehr möglich macht, diese Lebensmittel zur Gänze zu kaufen." Aus einem Aufruf des Landeshauptmanns Dr. Ender vom 4.4.1919, DGBl, Nr. 16, 20.4.1919. Vgl. dazu Reitschuler, Günter: Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933, S. 68 ff; Böhler, Ingrid – Schnetzer, Norbert: Die Krisenjahre der Ernährungswirtschaft in der Stadt Dornbirn.

34 VW, Nr. 11, 15.1.1919.

35 Reitschuler, Günter: Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933, S. 71.

36 Ebenda, S. 70.

37 "Das Frauenhilfswerk, Ortsgruppe Dornbirn ist die Sammelstelle für den Militär-Witwen- und Waisenfonds, Landesstelle Bregenz und hat auf dem Gebiete der Hinterbliebenen-Fürsorge, besonders im letzten Jahre eine segensreiche Tätigkeit entfaltet ... Der städtische Hilfsausschuß verfügt über laufende Spenden, die wöchentlich im Gemeindeblatt ausgewiesen und über Beschluß des Ausschusses nur auf Grund eingehender Erhebung der Bedürftigkeit zur Unterstützung von in Not befindlichen Gemeindeangehörigen verwendet werden.
Die Witwen- und Waisen-Vereinigung, eine freie Organisation der Kriegs-Hinterbliebenen, welche zur Wahrung der staatlichen Begünstigungen und Gebühren (Durchführung der gesetzlichen Versorgungsansprüche, Tabaktrafiken-Vergebung, Verzugsrechte bei Vergebung staatlicher Lieferungen und Aufträge, Arbeitsvermittlung u.s.w.) gegründet wurde, hält sich bei der Vermittlung um Unterstützung an die vorerwähnten Sammelstellen

und verwendet ihr allenfalls direkt zugedachte Spenden zur Beteiligung von dringend bedürftigen Mitgliedern nach Übereinkunft mit der Ortsgruppe des Frauenhilfswerkes." DGBl, Nr.37, 7.9.1919.

38 Protokoll der 5. Stadtvertretungssitzung, 25.6.1919, StAD. Von 1919 bis Oktober 1922 hieß diese Aktion zur Versorgung Vorarlberger Kinder "Amerikanisches Kinderhilfswerk", dann bis zur Einstellung im Jahre 1924 "Amerikanisch-Österreichisches Kinderhilfswerk". Siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 23.

39 Zur Wohnnungsnot und materiellen Lage in Vorarlberg siehe: Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934, S. 162 ff. und derselbe: Zwischen Kaiser und Führer, S. 87 ff. "Vorarlberg war damals, stärker noch als heute, das Land des Einfamilienhauses: 60 Prozent der Vorarlberger lebten 1923 im eigenen Heim. Das bedeutete eine soziale Scheidung in vorwiegend 'eingesessene' Eigenheimbesitzer und zugewanderte Mieter. Der öffentliche Wohnbau lag im argen. Die bürgerlichen Parteien taten nichts für den sozialen Wohnbau, hätten doch davon hauptsächlich Parteigänger der Sozialdemokraten profitiert." Dreier, ebenda, S. 88.

40 Protokoll der 9. Stadtvertretungssitzung am 3.12.1919, StAD.

41 Z. B. der Holzbau in der Dammstraße Nr. 30.

42 1934 heißt es über diesen Holzbau der Unterbau habe "durch die Feuchtigkeit stark gelitten und ist faul. Der ganze Bau muß bald abgetragen werden. Ein Ersatz ist unerläßlich und dringend nötig. Es soll jedoch nicht eine neue Wohnbaracke nach Art der bisherigen erstellt, sondern eine für Familien in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung entsprechende Wohngelegenheit geschaffen werden." DGBl, Nr. 41, 14.10.1934.

43 Siehe Denkschrift der industriellen Bezirkskommission Bregenz.

44 Ebenda, S. 17.

45 Ebenda, S. 18.

46 VW, Nr. 7, 10.1.1919.

47 Vgl. Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934, S. 125.

48 Vgl. Reitschuler, Günter: Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933, S. 83.

49 DGBl, Nr. 13, 30.3.1919.

50 Bohle, Maria: Stimmungsbild zum Bericht "Die Lebensmittelversorgung der Stadt Dornbirn im Krieg u. nach dem Kriege", Turmchronik 1936, Zu II/10, StAD.

## Anmerkungen zum Kapitel 2.3.

1 Sie kandidierte während der Ersten Republik unter verschiedenen Namen, hauptsächlich als "Großdeutsche Volkspartei".

2 Siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 161 ff.

3 Kandidatenliste der Parteien im DGBl, Nr. 19, 11.5.1919.

4 DGBl, Nr. 6, 9.2.1919.

5 Zur Rolle der Frau in Vorarlberg in den Jahren 1914-1933 siehe Ebenhoch, Ulrike: Die Frau in Vorarlberg 1914-1933.
6 VW, Nr. 44, 21.2.1919.
7 DGBl, Nr.4, 26.1.1919.
8 Ebenda.
9 Kaufmann, Fritz: Sozialdemokratie in Österreich, S. 120.
10 DGBl, Nr. 4, 26.1.1919. Zur Lebensgeschichte der Tiroler Landtagsabgeordneten Maria Ducia (1875 bis 1959) siehe Mayr, Andrea:"Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen".
11 Natter, Martin: Turmknopfchronik 1936, Politisches Gedenkblatt, II/13.
12 DGBl, Nr. 8, 23.2.1919.
13 Landesergebnis: CVP 62%; SDAP 21,8%; DVP 13,5%. Diese Feststellung trifft auch auf die folgenden Wahlen zu. Siehe Dreier, Werner: Vom Kaiser zum 'Führer, Wahlergebnisse S. 270 ff.
14 DGBl, Nr. 18, 4.5.1919.
Die Wirtschaftspartei kam auf 145 Stimmen. Listenführer der CVP im Bezirk Feldkirch war Bürgermeister Luger,bei der DVP Dr. Anton Zumtobel.
15 Dreier, Werner: Die Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934, Tabelle S. 316.
16 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 272.
Mandatsverteilung im Vorarlberger Landtag: 22 CVP, 5 SDAP, 2 DVP, 1 Unabhängiger Bauernbund (kandidierte in Dornbirn nicht).
17 DGBl, Nr. 23, 8.6.1919.
18 VW, Nr. 128, 6.6.1919.
19 DGBl, Nr. 23, 8.6.1919.
20 Protokoll zur konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung am 4. Juni 1919, StAD. Die Erklärung ist von den 10 sozialdemokratischen Stadtvertretern unterschrieben. Sie wurde im Gemeindeblatt nicht veröffentlicht.
21 Neben Prof. Emig und Linder vertraten der Kassier der Konsumgenossenschaft Josef Diem (Stadtrat), der Bauer Thomas Rein, der Schneidermeister Johann Sepp, der Arzt Dr. Franz Rhomberg, der Postbeamte Xaver Winkler und der Elektriker Josef Wehinger die SDAP. Dazu kam mit Georg Diem ein Metallarbeiter. Die einzige Frau in den Reihen der SDAP war Fani Metzler.
22 Markt: Adolf Rhombergstraße, Altweg, Apfelgasse, Bildgasse, Bohnenmahdstraße, Eisenbahnlinie, Gilmstraße, Grabenweg, Mähdlegasse, Mittenbrunnen, Pfarrgasse, Sala, Sandgasse, Schlachthausstraße, Stiftergasse, Vorach und Wiesenstraße.
23 DGBl, Nr. 43, 23.10.1920.
24 Diese Abstimmung wird für Bilgeri zum Angelpunkt seiner Geschichtsbetrachtung: "Der unglückliche Ausgang der Schweizer Anschlußbewegung entschied die politische Zukunft des Landes. Österreich wurde Vorarlbergs Schicksal." (Geschichte Vorarlbergs, Bd V, S. 89). Siehe dazu die Kritik von Pichler, Meinrad: Chronologie einer politischen Enttäuschung, S. 12 f.
Vgl. Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918-1920).

25 Siehe das Kapitel "Interessenslagen-Haltungen. Die Haltung der Bevölkerung oder die Liebe geht durch den Magen" in Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben, S. 33-41.
26 47.208 Ja-Stimmen, das waren rund 80% Stimmen für die Anschlußbestrebungen an die Schweiz (11.241 Nein-Stimmen). Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd V, S. 57.
27 DGBl, Nr. 20, 18.5.1919.
28 Siehe Dreier, Werner: Vorarlberg und die Anschlußfrage, S. 193 ff.; derselbe: Der deutsche Anschluß.
29 Siehe Dreier, Werner: Vorarlberg und die Anschlußfrage, S. 201 ff.
30 DGBl, Nr. 19, 11.5.1919.
31 Siehe Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 341.
32 Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschluß an die Schweiz an den Bundesrat in Bern (Dornbirn, 7.3.1919). Zitiert bei: Karrer, Bruno: Vorarlberg. Eine Entgegnung auf Dr. Pirkers Schrift 'Das Vorarlberg', S. 15 f.
33 Dreier, Werner: Der deutsche Anschluß, S. 148.

## Anmerkungen zum Kapitel 3.1.

1 Protokoll der Gemeinderatsitzung, 1924/3, StAD.
2 Siehe Voranschläge der Stadtgemeinde Dornbirn, StAD.
3 Am 4. Oktober 1922 wurde von der österreichischen Regierung die Völkerbundanleihe, die sogenannten "Genfer Protokolle", unterzeichnet. Die Wirtschaftspolitik des konservativen katholischen Prälaten und Kanzlers Ignaz Seipel führte zwar zur Budgetkonsolidierung und zur Währungssanierung, behinderte jedoch eine rechtzeitige Modernisierung und Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft.
4 Werner Dreier gibt an, daß von 1914 bis Sommer 1922 die Lebenshaltungskosten um das 7.173-fache, die Löhne jedoch nur um das 4.206-fache gestiegen seien. Vgl. Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung, S. 164.
5 Vgl. Protokoll der Gemeinderatsitzung, 1924/4, StAD.
6 Protokoll der Gemeinderatssitzung, 1923/8, StAD.
7 Protokoll der Gemeinderatssitzung, 1925/4, StAD.
8 Protokoll der Gemeinderatssitzung, 1929/5, StAD.
9 Durch ein neues Finanzgesetz wurde 1922 den Gemeinden die Möglichkeit für freie Steuereinhebungen genommen. Die Gemeinden erhielten dafür Ertragsanteile an staatlichen Steuern. Vgl. Protokoll der Gemeinderatssitzung, 1923/8, StAD.
10 Abrechung der Stadt Dornbirn 1928, StAD.
11 Siehe dazu Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 32 ff.
Am 21. Juli 1919 rief die SDAP in Dornbirn – wie an anderen Orten – zu einer "Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden" auf. Neben solchen Aufmärschen, die "große" politische Inhalte betrafen, gab es insbesondere von 1919 bis 1925 Demonstrationen mit sozialem Hintergrund. Dreier, Werner, ebenda, S. 45.
12 Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 122.

13 VW, Nr. 41, 1910. Vgl. Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker, S. 146.
14 Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 122.
15 VAB, Nr. 13, 26.3.1921.
16 VAB, Nr. 19, 7.5.1921.
17 VW, 7.5.1921.
18 Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 182 f.
19 Ebenda.
20 Siehe Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung, S. 180.
21 Protokoll der 3. Stadtvertretungssitzung, 25.4.1927, StAD.
22 Zur Streikbewegung der Bauarbeiter im Jahre 1927 in Vorarlberg siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 126 ff.
23 VAB, Nr. 31, 30.6.1921.
24 Vgl. Reitschuler, Günter: Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933, S. 26.
25 Noch 1986 waren etwa bei F.M.Hämmerle 1.000 Betriebsangehörige in 497 Firmenwohnungen untergebracht. Dreihammer, Jubiläumsausgabe 1986.
26 Protokoll der Gemeinderatsitzung, 1924/4, StAD.
27 Siehe Schreiben der Armenverwaltung an den Stadtrat vom 11.5.1927, Schachtel 26/1, StAD.
28 VAB, Nr. 31, 30.6.1921.
29 Schreiben der Wohnungsfürsorge der Stadt Dornbirn an die Landesregierung, 10.6.1921. Schachtel 26/1, StAD.
30 Protokoll der Gemeinderatsitzung, 1924/4, StAD.
31 Protokoll der Gemeinderatsitzung, 1925/3, StAD.
32 Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 30.5.1927, StAD. Gesamtkosten S 147.636.–; Eigenmittel der Hausbesitzer S 34.636.–.
33 Gesamtkosten von S 585.758,64. Die Mieten betrugen zwischen S 100.– und 135.– pro Monat. Schachtel 26/1 (Mappe 26–9), StAD.
34 Am 28.1.1928. Das Land gab niederverzinsliche Darlehen an die Gemeinden, diese gaben sie z.B. an Wohnungsgenossenschaften weiter.
35 Zur Entstehung siehe Festschrift "40 Jahre Stadtrandsiedlung Birkenwiese 1935–1975".
36 Josef Fäßler vertrat während der Zeit von 1933–1938 die christlichsozialen Arbeiter im Landtag. Er war entsandt als Repräsentant des "Standes Gewerbe". Vgl. Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 264.
37 Festschrift "40 Jahre Stadtrandsiedlung Birkenwiese 1935–1975".
38 Ebenda.
39 Erläuterungsbericht von Ing. Johann Martin Luger, 15.10.1940; Schachtel 26/1, StAD.
40 VT, Nr. 96, 24.4.1941.

## Anmerkungen zum Kapitel 3.2

1 Günter Reitschuler vermied in seiner Hausarbeit "Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933" auf die politischen Gegensätze in der Stadt während der Ersten Republik einzugehen. Zur Darstellung der Ersten Republik siehe Bundschuh, Werner: Heimatgeschichtsschreibung als Ideologie, S. 217 ff.

2 Der Historiker Ernst Hanisch definierte den Begriff "politischer Katholizismus" folgendermaßen: "Zu ihm gehörte die Hierarchie und der Klerus, sofern sie politisch relevante Aussagen machten und sofern sie politisch agierten; zu ihm gehörte die Christlichsoziale Partei in ihrer Kerngruppe – allerdings nicht zur Gänze ...; zu ihm gehörten eine breite Auffächerung von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich als Katholiken bekannten und die politisch Stellung bezogen." Hanisch, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938, S. 2.

3 Zitiert nach Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender, S. 40.

4 Kaufmann führte vor allem die Haltung Adolf Rhombergs beim Weberstreik 1913 ins Treffen. Rhomberg habe damals dem "Vorarlberger Volksblatt" die Aufnahme streikfreundlicher Artikel verboten, obwohl sich die christlichsoziale Arbeiterorganisation hinter die Forderungen der Streikenden gestellt habe. Dekan Ender informierte den Altlandeshauptmann über diese Vorhaltungen und verlas in der Vertrauensmännerversammlung eine Gegenerklärung.

5 Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender, S. 41.

6 Ebenda, S. 42.

7 Siehe Protokolle der Jahreshauptversammlungen des Christlichen Arbeitervereins, Privatarchiv Herbert Stohs, Dornbirn. Kopien im Besitze des Verfassers.

8 Protokoll der Jahreshauptversammlung des Christlichen Arbeitervereins vom 17.3.1920.

9 Vgl. Protokoll der Generalversammlung des Christlichen Arbeitervereins am 13.2.1932; Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 193.

10 Tätigkeitsbericht des Christlichen Arbeitervereins von Obmann Thaddäus Stohs, 1.2.1930.

11 Tätigkeitsbericht des Christlichen Arbeitervereins von Obmann Thaddäus Stohs, 2.3.1929.

12 Protokoll der Generalversammlung des Christlichen Arbeitervereins, 13.4.1935.

13 VAB, Nr. 44, 29.10.1921.

14 VAB, Nr. 50, 10.12.1921.

15 VW, Nr. 25, 5.9.1923.

16 Vgl. Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921–1938, S. 112. Troidl war auch Redakteur des Vorarlberger Arbeiterblattes und Mitglied der Industriellen Bezirkskommission. 1925 zog er nach Wien um.

17 Ergebnis in der Arbeitersektion 1921: Freie Gewerkschaften 13 Sitze, Christli-

che Gewerkschaften 13, Deutsch-völkische Liste 1 Mandat. VV, Nr. 100, 3.5.1921.
1926 verloren die Freien Gewerkschaften insgesamt 2 Mandate (jetzt 20), die Christlichen Gewerkschaften gewannen 2 (nunmehr 16), die Deutschen Gewerkschaften hielten ihren Stand von 4.

18 Vgl. Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 15.

19 Waren 1922 in Vorarlberg noch 6.174 Mitglieder bei den Christlichen Gewerkschaften registriert, so nahm bis 1932 die Zahl um die Hälfte ab. Nur mehr 2.988 gehörten damals der Christlichen Gewerkschaft an. Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 192. Zur Mitgliederentwicklung der Freien Gewerkschaften siehe Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934, S. 212.

20 VLA IIa 127/1926, Brief vom 21.2.1923.

21 Vgl. Walser, Harald: "... Ein Stich ins Pikante" – Filmzensur in Vorarlberg nach dem Ersten Weltkrieg.

22 Ebenda.

23 VLA IIa 1927/1926. Brief vom 15.10.1924.

24 VLA IIa 127/126, Schreiben vom 19.4.1926.

25 Sitzungsprotokoll des XII. Vorarlberger Landtages (1927), S. 10.

26 Ihr erster Mann galt als vermißt.

27 Protokoll der Stadtvertretungssitzung vom 18. Juli 1927, StAD.

28 VW, Nr. 26, 8.9.1923.

29 Chronik des Turnvereines, 3.7.1922; Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 129.

30 Ebenda, S. 130.

31 Zum 1926 geschaffenen Heimatdienst – in ihm waren die Streikbrecherorganisation "Notbann" und die Heimwehren vereint – siehe Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung, S. 176 f.

32 Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung in Vorarlberg, S. 130 ff.

33 Plankensteiner wurde am 16.3.1890 in Bregenz geboren, besuchte die Dornbirner Realschule und machte den Ersten Weltkrieg (mehrmals verwundet und ausgezeichnet) mit. Der ehemalige Hauptmann der k. u. k. Armee arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg als Bankbeamter in Dornbirn. Aufgrund seiner illegalen NS-Tätigkeit verbrachte er 1933/34 mehrere Monate in Anhaltelagern und Gefängnissen. Nach dem "Anschluß" bis zur Eingliederung des Landes in den Gau Tirol-Vorarlberg war er Landeshauptmann. 1942 wurde er wegen seiner Auseinandersetzungen mit Gauleiter Hofer nach Neustadt versetzt. Das Kriegsende erlebte er als Ortskommandant von Dornbirn. Er wurde von den französischen Truppen gefangengesetzt und ins Anhaltelager Brederis überstellt. 1948 wurde er zu elf Jahren Kerker verurteilt, jedoch noch am Tage der Urteilsverkündung (3.6.) begnadigt und 1950 freigelassen. Er starb am 30.10.1969. Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 38 f.

34 1902 wurde im Rahmen des christlichsozialen Arbeitervereins eine Turnsek-

tion gegründet. Initiator war Dr. Karl Drexel.
Die christlichen Turner schlossen sich 1906 zum "Vorarlberger Turner- und Athletenverband" zusammen. 1909 wurde der Verband Mitglied der "Deutschen Turnerschaft", die 7.500 Vereine umfaßte. Siehe Ulmer, Anton: Der Turnerbund.
1913 turnten 64 Aktive und 40 "Zöglinge" beim Turnerbund, 180 unterstützten den Verein. Protokoll der Generalversammlung des christlichen Arbeitervereins vom 11.3.1914, StAD.

35 Vgl. VAB, Nr. 21, 30.7.1921, Bericht über das Turnwaldfest.

36 Bereits 1914 hätte Dornbirn Treffpunkt der christlichen Turner sein sollen, doch durch den Ausbruch des Weltkrieges wurde die Austragung des Turnfestes unmöglich. Die wirtschaftliche Not nach Kriegsende führte zu einer neuerlichen Verschiebung.

37 Festschrift vom 6. schwäbisch-bayrischen Bezirksturnen in Dornbirn am 8. und 9. August 1925.

38 Mitglied der Deutschen Turnerschaft XII, Kreis Vorarlberg Rheingau.

39 Siehe DGBl, Nr. 39, 29.9.1929.

40 VV, 4.7.1932. Zitiert nach Wanner, Gerhard: Vorarlberger Zeitgeschichte. Erste Republik 1918–38, S. 165.

41 Siehe dazu Rape, Ludger: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayrische Rechte 1920–1923. Weiters: Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen.

42 Dreier, Werner, ebenda, S. 52.

43 "Der Bürgermeister besorgt die Berichterstattung und führt aus, daß die Volkswehr in dem leerstehenden Fabriksgebäude der Firma Hämmerle am Fischbach untergebracht werden soll. Von der Firma Hämmerle liegt ein Vertragsentwurf vor, nach welchem die Stadtgemeinde im 1. Stock des genannten Gebäudes 3 Räume samt Abortanlagen am 5. Mai übernimmt und ab 1. Mai ds. Js. monatlich im Nachhinein 100 Kr. Mitzins zu entrichten hat." Protokoll der 2. Stadtvertretungssitzung, 7.5.1919, StAD.

44 In der militärischen und politischen Führung der Heimwehr im Lande dominierten zunächst die Deutschnationalen. Der Industriellenpräsident Julius Rhomberg war zu Beginn der zwanziger Jahre als Vorsitzender des Finanzausschusses tätig, stellvertretender Vorsitzender war der einflußreiche DVP-Landtagsabgeordnete Handelskammeramtsdirektor Dr. Bruno Karrer.
Dr. Bruno Karrer war seit 1910 Sekretär der Handelskammer, ab 1920 mit dem neuen Titel Kammeramtsdirektor (bis 1921); diese Funktion bekleidete er erneut von 1927–38. Siehe: 100 Jahre Handelskammer und Gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, S. 31.

45 Siehe dazu Greussing, Kurt: Grenzstationen – Umbruch und Diktatur, S. 113 f.

46 Prof. Josef Huber aus Feldkirch hatte ein monumentales, von martialisch-revanchistischem Gedankengut durchtränktes Gemälde geschaffen; die beiden Gedenktafeln für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges stammen von Willi Zimmermann und Franz Mäser. Siehe dazu: Ulmer, Andreas: Kriegergedächtnisbild und Giebelfeldmosaik von Professor Josef Huber, Feldkirch, an der Stadtpfarrkirche St. Martin, Dornbirn. Auf S. 10 heißt es

dort: "Die Darstellung des Gerichtes und der Hölle allerdings muß in diesem Zusammenhang vornehmlich auf die ruchlosen Anstifter und Schürer des Weltkrieges gedeutet werden, wie denn auch der Meister in der kurzen Beschreibung des Bildes selbst sagt, daß wir vom obersten Richter hoffen, er 'werde die Kriegslügen aufdecken'."

47 DGBl, Nr. 17, 27.4.1924.
48 Siehe z.B. die "Pfingstbetrachtung" 1915: "Die gebenedeite Mutter des Herrn, des Erzhauses Trost und Hilfe in bedrängter Zeit, Österreichs Schutzherrin und Königin Ungarns, Patronin Wiens und der Völker Vertrauen, selbst 'furchtbar den Feinden wie ein geordnetes Kriegsheer', hat überreich uns gesegnet und mit mächtiger Hand unsere Heere geleitet und zum Siege geführt." VV, Nr. 116, 23.5.1915.
49 DGBl, Nr. 17, 27.4.1924, Titelblatt.
50 Siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 27 f.
Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 207 ff.
51 Sie empfanden den Heimatdienst als Bedrohung. VW, Nr. 3, 8.1.1927.
52 Siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 208.
53 DGBl, Nr. 36, 8.9.1929.
54 VT, Nr. 112, 11.5.1933. Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 28.
55 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 28.
56 VW, Nr. 26, 8.9.1923.
57 Bericht des Landesgendarmeriekommandos an das Bundeskanzleramt vom 7.10.1932, AVA BKA-22/Vorarlberg 1918-1933, Karton 5.169. Zitiert nach: Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934, S. 436.
58 VV, Nr. 116, Nr. 17.8.1926.
59 Ebenda.
60 VW, Nr. 67, 21.8.1926.
61 Ein daraufhin ausgerufener Generalstreik wurde in Vorarlberg nicht befolgt.
62 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 217.
63 VLReg. Pers. 562/1927. Vgl. Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung, S. 178.
64 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 232.
65 DGBl, Nr. 39, 29.9.1929.
66 Zur Entwicklung der Mitgliederstärke bei der SDAP siehe Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934, S. 162 ff.

## Anmerkungen zum Kapitel 3.3.

1 Bei den Landtagswahlen am 21.10.1923 hatten die Großdeutschen in Dornbirn wesentlich schlechter abgeschnitten: Sie erhielten nur 956 Stimmen (12,3%), der Landbund 493 (6.3%). Landesergebnis: 9,1% bzw. 8,9%. Die SDAP konnte bei diesen Wahlen 26,8% der Stimmen (2.083) auf sich vereinen, die CVP 53,0%. Die Kommunisten erhielten in Dornbirn ganze 16 Stimmen. DGBl, Nr. 43, 28.10.1923.
2 DGBL, Nr. 8, 24.2.1924.
3 DGBl, Nr. 9, 2.3.1924.

4 Protokoll der konstituierenden Gemeinderatsitzung vom 25.2.1924, StAD.
5 Ebenda.
6 Protokoll der Trauerkundgebung im Gemeinderat vom 8.5.1926, StAD.
7 Protokoll der Gemeindratsitzung, 1926/7, StAD.
8 Wahlergebnis siehe DGBl, Nr. 6, 10.2.1929.
9 Siehe Budgetrede von Anton Linder im Jahre 1932. Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 27.6.1932, StAD.
10 DGBl, Nr. 8, 24.2.1929.
11 Landeshauptmann Dr. Otto Ender – ein Wegbereiter der Dollfuß-Diktatur – sah bereits 1925 für Österreich nur drei Möglichkeiten: "Drei Ärzte kommen in Betracht: die rechtmäßige Gewalt, oder ein faschistischer Diktator oder eine Moskauer Schreckensherrschaft." VV, Nr. 293, 23.12.1925. Unter der Leitung von Landeshauptmann Dr. Ender beschritt die CVP spätestens seit 1927 den Weg der "rechtmäßigen Gewalt". Ender schwebte ein autoritärer Staat unter katholischen Auspizien vor. Dazu mußten die Sozialisten politisch völlig ausgeschaltet werden, wie dies 1934 dann tatsächlich geschehen ist. Siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und'Führer', Kapitel: "Vom Rücktritt Enders im Juni 1931 zur Etablierung des austrofaschistischen Systems 1934: Autoritärer Staat versus Austrofaschismus" S. 226–243.

## Anmerkungen zum Kapitel 4.1.

1 Im Winter 1932/33 erreichte die Zahl der Arbeitssuchenden in Vorarlberg mit 10.000 einen Höhepunkt, im Jänner 1934 wurden nur mehr 18.571 Beschäftigte gezählt ("Normalstand" 32.000 bis 33.000 Vollbeschäftigte). Von den 155.402 Einwohnern Vorarlbergs lebten im März 1934 23.047 Personen mit einem, 5.230 mit zwei und 1.977 mit drei Arbeitslosen in einem Haushalt. Angabe nach Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 262. Zur sozialen Lage siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 5 ff.
2 Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 251. Siehe Arbeitslosenstatistik, ebenda, S. 276.
3 DGBl, Nr. 27, 7.7.1935. So wurden zum Beispiel die Dienstverträge der Dornbirner Gemeindebediensteten Eugen Gabriel und Alwin Aßmann um 15 Prozent gekürzt. DGBl, Nr. 32, 12.8.1934.
4 Vgl. Kammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, S. 162. Im Jahre 1936 waren es 1.937 von insgesamt 5.515.
5 Zur Betriebspolitik der Textilindustriellen in den dreißiger Jahren siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 23 ff.
6 VW, Nr. 143, 21.7.1934.
7 Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 31.
8 Schreiben vom 7.9.1934, Stadtarchiv Meersburg.
9 Schreiben des Meersburger Bürgermeister vom 5.12.1934 an die Industrie- und Handelskammer Konstanz, Stadtarchiv Meersburg.
10 Ebenda.

11 AVA, BKA-22/Vorarlberg/1934. Karton 5170. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 28.
12 Siehe dazu Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 28 f.
13 Summe der Wohnstätten (Wohnbevölkerung): Markt 1.195 (8.106); Hatlerdorf 598 (4.400); Ebnit 39 (115) Oberdorf 427 (2.898); Haselstauden 220 (1.156); Vergleichszahlen 1923: 2.207 Wohnhäuser mit 14.324 Einwohnern. Angaben laut DGBl, Nr. 15, 15.4.1934.
Für die Turmknopfchronik faßte Prof. Dr. Josef Gasser das Ergebnis der Volkszählung zusammen. Er gibt 4.083 Wohnparteien mit 16.650 Einwohnern an, "davon 7886 männlichen, 8764 weiblichen Geschlechtes. 16.279 bekennen sich zur römisch-katholischen, 292 (hauptsächlich von auswärts Zugezogene) zur evangelischen Kirche. Die restlichen 78 setzen sich aus 7 Israeliten, aus 29 Bekennern anderer Konfessionen und aus 42 Konfessionslosen zusammen." Am 31.12.1936 betrug die Einwohnerzahl 17.105 Personen (8.054 männliche und 9.051 weibliche). 993 davon besaßen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. DGBl, Nr. 3, 1937.
14 Deshalb ist ein Vergleich mit anderen Statistiken nur schwer möglich.
15 Turmknopfchronik 1936, II/3, StAD.
16 "Eine kurze Statistik der verschiedenen Gewerbe ... in Gruppen zusammengefaßt, ergibt 390 Handelsgewerbe, 57 Lebensmittelgewerbe, 144 Bau- und Holzverarbeitende Gewerbe, 87 Gast- und Schankgewerbe, 142 Bekleidungsgewerbe, 61 metallverarbeitende Gewerbe, 30 Transportgewerbe, 78 Textilgewerbe und außerdem noch 88 verschiedene Gewerbe." Turmknopfchronik 1936, II/7, StAD.
17 Aßmann, Alwin: Zur wirtschaftlichen Lage der Jetztzeit. Turmknopfchronik 1936, II/8, StAD.
18 DGBl, Nr. 18, 5.5.1935.
19 1932/33 gingen in Dornbirn für das Winterhilfswerk S 5.244,05 ein. Daneben spendeten heimische Firmen und einzelne Geschäfte 6.964 Meter an Stoff, verschiedene Spender stellten 180 kg Kochmehl, 120 kg Blutwurst, 600 kg Äpfel, 270 kg Weizengrieß, 1.265 kg Kartoffeln und 60 kg Gemüse zur Verfügung. 65 Parteien stellten Brennmaterial zur Verfügung, 83 Parteien Lebensmittel und 377 Kleider- und Wäschepakete. Diese Spenden kamen 824 bedürftigen Familien (bzw. 2.745 Personen) zugute. Ein Teil der eingegangenen Bareinnahmen und Lebensmittel bekam die am 10. Jänner eröffnete "Suppenküche" überwiesen. Im Jänner betrug die tägliche Suppenausgabe im katholischen Frauenheim in der Annagasse bis zu 250 Liter. Natter, Martin: Die Heimat Dornbirn (Stadtchronik).
20 DGBl, Nr. 38, 23.9.1934.
21 Das Hilfswerk konnte Geld, Kleider, Lebensmittel und Heizmaterialien von insgesamt S 45.586.- verteilen. In der städtischen "Suppenküche" wurden 14.654 Mittagessen ausgegeben. In die Hilfsaktion war auch die Ausgabe von rund 38.000 kg an verbilligtem Fleisch, Butter und Käse einbezogen. "Die Verteilung aller Werte geschah soweit als möglich nach dem Grundsatz der Bedürftigkeit. Beschwerden nach dieser Richtung erwiesen sich als haltlose Vermutungen, Böswilligkeit oder Unkenntnis des wahren

Sachverhaltes." Sitzungsprotokoll des Gemeindetages, 1935/11, 11.9.1935.
22 DGBl, Nr. 9, 4.3.1934: "Seit einigen Monaten aber ist wahrzunehmen, daß ganz unerwünschte fremde Leute sich langsam wieder einfinden, um dem Bettel von Haus zu Haus wieder nachzugehen und es liegen aus letzter Zeit mehrere Anzeigen vor, daß solche Bettler in den Häusern Diebstähle ausführten oder zumindest versuchten oder auch anderen Unfug trieben."
23 DGBl, Nr. 29, 18.7.1937.
24 Vgl. Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeindetages vom 14.10.1935, StAD.
25 Zur Wirtschaftspolitik des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes siehe u.a.: Mattl, Siegfried: Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich.
26 Voranschlag 1934. Siehe Wanner, Gerhard: Erste Republik 1914-1918, S. 94 f.
27 Vgl. DGBl, Nr. 34, 11.6.1933
28 DGBl, Nr. 32, 12.8.1934.
29 Ebenda.
30 DGBl, Nr. 21, 24.5.1936.
31 DGBl, Nr. 52, 27.12.1936.
32 DGBl, Nr. 29, 18.7.1937.
33 Ebenda.
34 DGBl, Nr. 34, 25.8.1935.
35 DGBl, Nr. 51, 19.12.1937.

## Anmerkungen zum Kapitel 4.2.

1 Zur Ideologie des "Austrofaschismus" siehe Talos, Emmerich: Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen.
2 Siehe Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 20 ff.
Vgl. dazu Dreier, Werner: Politischer Katholizismus in Vorarlberg, S. 149.
3 Das Recht im "Bundesstaat Österreich" – so die Eigenbezeichnung des "Ständestaates – ging nicht mehr vom Volke aus, sondern die Verfassung von 1934 begann mit den Worten: "Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung." Siehe Bundesgesetzblatt, Jg. 1934, 1. Stück vom 1. Mai 1934.
4 Vgl.: Greussing, Kurt: Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 348.
5 Turmknopfchronik 1936, StAD.
6 Ebenda.
7 Der Stadtamtsleiter i.R. und Stadtarchivar Natter wurde mit Stadtratsbeschluß vom 1.Februar 1946 mit der Abfassung einer Stadtchronik betraut.
Der ehemalige christlichsoziale Stadtpolitiker und "vaterländisch" gesinnte Stadtbeamte war aus der Sicht der neugegründeten ÖVP für diese Aufgabe prädestiniert. Zur Geschichtsschreibung Natters siehe Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 274 ff.
8 Vgl. Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, Kapitel "Es ist bes-

ser, den Mantel des Schweigens auszubreiten ...", S. 264–279.

9 Bereits am folgenden Tag einigten sich die drei maßgeblichen christlichsozialen Politiker, Bundesparteiobmann Carl Vaugoin, Klubobmann Karl Buresch und Leopold Kunschak, auf jenen Kurs, der den Christlichsozialen ein unbehindertes Regieren garantieren sollte. Vgl. Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei und Errichtung des 'Autoritären Ständestaates' in Österreich, S. 69.

10 Siehe Dreier, Werner: Die letzten Tage der Demokratie.

11 Mit den Stimmen der Sozialdemokraten wurden im Vorarlberger Landtag die beiden nationalsozialistischen Mandate (Meinrad Hämmerle aus Dornbirn, Rudolf Gunz aus Hard) aberkannt. Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 240.
Zur Biographie von Meinrad Hämmerle siehe Pichler, Meinrad: Zwischen allen Fronten.

12 VW, Nr. 20, 20.2.1934. Vgl. Brändle, Hermann: Im Einklang. Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse, S. 147.

13 VW, Nr. 148, 20.2.1934.

14 DMG, Schachtel II, DÖW 7521; Brändle, Hermann: Im Einklang. Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse, S. 148.

15 Vgl. Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 22.

16 Vgl. Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 271 ff.

17 Zur Geschichte der Gewerkschftsbewegung in dieser Zeit siehe u.a. Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befreiung, S. 160 ff.
Da die Gewinne der Unternehmer in den Jahren nach 1934 zunahmen, gleichzeitig die Löhne jedoch gekürzt und die Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wurden, wurde ab 1937 innerhalb der christlichen Arbeitervertretung Kritik laut. Siehe Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921–1938, S. 103.

18 Protokoll der Jahreshauptversammlung des Christlichen Arbeitervereins, 9.5.1936. Vgl. Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 195.

19 Sein Stellvertreter war der Dornbirner Ferdinand Leuprecht (ehemals Christliche Gewerkschaft). Weitere Dornbirner in der Verwaltungskommission waren: Roman Huber (Heimwehr), Ferdinand Nägele, Bruno Metzler und Toni Rusch.

20 DGBl, Nr. 41, 14.10.1934.

21 Zitat stammt vom Leiter der Vaterländischen Front, Dr. Rudolf Grabher. DGBl, Nr. 27, 8.7.1934.

22 Siehe dazu Dreier, Werner: Versuch einer faschistischen Alternative: Vorarlberg 1933–1938.

23 VW, Nr. 79, 5.7.1932.

24 Dreier, Werner: Versuch einer faschistischen Alternative: Vorarlberg 1933–1938, S. 37.

25 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 37.

26 Zur Entwicklung des deutschnationalen Lagers in Österreich siehe Carsten, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler.

27 Siehe Weber, Wolfgang: "Alles uns und dem gesamten Deutschen Volk zu

Liebe" – zum politisch-ideologischen Aspekt des Deutschen Turnens in Dornbirn.

28 Nägele, Hans: Toni Plankensteiner, S. 3.

29 Am "22. Hornung 1902" wurde in Dornbirn die deutschvölkische Studentenverbindung "Germania" gegründet. Damals waren Pennäler-Verbindungen an den Schulen noch verboten, und sie waren deshalb an der Realschule ständig vom "Auffliegen" bedroht. 1908 spaltete sich die "Alemannia" von der "Germania" ab, 1915 kam es zur Wiedervereinigung in der "Verbindung deutschvölkischer Studenten Germania". Im Jänner 1921 erfolgte die Namensänderung in "Jungburschenschaft Germania". Siehe dazu: Jungburschenschaft Germania Dornbirn 1902–1927. Zum 25. Stiftungsfest Ostern 1927.

30 Ebenda, S. 23. Zu Helmut Lanzl siehe Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 379 ff.: Helmut Lanzl war nach 1938 NS-Pressebeauftragter und Ratsherr. Zu Beginn der fünfziger Jahre trat er – wie Nägele – als "Heimatgeschichtsschreiber" auf.

31 Siehe Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Idelogie, S. 359.

32 Zur Geschichte der NSDAP in Vorarlberg siehe die Arbeiten von Harald Walser.
Walser gibt in "Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938", S. 30, den 1.2.1924 als Gründungsdatum an. Bilgeri behauptet, die Gründung der Ortsgruppe sei bereits am 18.1. erfolgt. Siehe Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Band V, S. 174.

33 VW, Nr. 95, 9.8.1932. Ausführliche Darstellung bei Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied", S. 171 ff.

34 Der Landesschnitt betrug 10,5%. Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 272.

35 DMG, Schachtel VI/1, Berlin Document Center, Personalakt Rudolf Hämmerle. Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 40.

36 DGBl, Nr. 6, 5.2.1933.

37 Albert Leo Schlageter (1894 bis 1923) wurde von einem französischen Kriegsgericht während des Ruhrkampfes zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen. Er galt den Nationalsozialisten als "Märtyrer der Bewegung".

38 DGBl, Nr. 10, 5.3.1933.

39 DGBl, Nr. 18, 30.4.1933. Zur Umwertung des 1. Mais durch die Nationalsozialisten siehe Lauber/Rothenstein: Der 1. Mai unter dem Hakenkreuz.

40 Zur "Tausend-Mark-Sperre" siehe Dreier, Werner: Doppelte Wahrheit. Vgl. dazu Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 15 ff.

41 VT, Nr. 130, 7.6.1933.

42 Vgl. Dreier, Werner: Doppelte Wahrheit, S. 68.

43 DGBl, Nr. 21, 21.5.1933.

44 Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, StAD.
Nach dem Krieg betätigte er sich als Liedertextdichter (im DGBl wurde am 26.8.1988 das Lied 'Mi Ländle'/'Uf Watzenegg domma' in der Serie 'Dornbirner Lieder' vorgestellt), als Heimatkundeforscher ("Was man aus uralten

Zeiten bei uns finden kann"; 1969; "Über den alten Bergbau in Vorarlberg"; 1972) und als "Dichter".
1969 erschien sein Gedichtband "Erblühe Mensch zu neuer Weisheit", der eine "Christus-Trilogie" enthält: "Vater, dich rufe ich, denn so der Tag aufsteht, vermag ich Dich nicht zu erkennen. Da feilschen und streiten die Menschen um schnöde Dinge. In ihrem Lärme vergeht Dein Wort und in ihrem Gewühle verliert sich dein Bild." Weinzierl, Walter, ebenda, S. 31.

45 "Müsle gang ga schlofo..." ist ein Volkslied geworden. Abdruck in Gesangsbüchern, im Gemeindeblatt in der Serie "Dornbirner Lieder" (DGBl. Nr. 38, 23.9.1988).

46 Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 1.
Dornbirn war nicht nur Zentrum der Gesamtpartei, sondern auch der Nebenorganisationen: SA, SS, HJ, NSKK.

47 Natter, Martin: Die Heimat Dornbirn im Zeitgeschehen 1933 bis 1946 (Stadtchronik).

48 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 36. Im Herbst 1933 fiel der Sicherheitspolizei der Ortsgruppenplan der NSDAP in die Hände (Walser, Harald, ebenda, S. 59 ff.).

49 Zur Person siehe: Walser, Harald, ebenda, S. 38.

50 Mitte 1933 ist ein "Gedicht" entstanden, das – so Walter Weinzierl – die damalige Stimmung unter den Nationalsozialisten am besten zum Ausdruck bringe:
"Es kommt der Tag und die Freiheit naht
Und mögt ihr sie noch so verdammen.
Ihr hebt nicht der Zeiten gewaltigen Lauf,
Ihr haltet den Strom und die Sonne nicht auf.
-Uns stehen die Herzen in Flammen!
Bald hallen die Täler vom Freiheitsgesang!
Was wollt ihr mit Kerker und Banden?
Wir kommen und räumen! Das Volk ist erwacht;
Das Hakenkreuz leuchtet durch Not, Zeit und Nacht
Und macht eure Lügen zuschanden.
Empor die Fahnen, die Wahrheit siegt!
Zum Kampfe geschlossen die Reihen!
Dem Führer verschworen, dem Volke geweiht,
Wir schaffen Großdeutschland, das mächtige Reich,
Das Land der Frohen und Freien!" Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 3.

51 Der "Rote Adler" wurde am 3.12.1932 zum erstenmal als offizielles Organ der NSDAP für Tirol und Vorarlberg herausgegeben. Ab dem Parteiverbot wurde das Propagandablatt in München gedruckt, nach dem mißglückten Putsch 1934 bis auf Einzelnummern eingestellt. Siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 105 ff.

52 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 116 ff.

53 Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 4.

54 Carl Vaugoin (1873 bis 1949), christlichsozialer Spitzenpolitiker. Als Heeresmi-

nister (1921 bis 1933) drängte er den Einfluß der Sozialdemokraten in der Armee zurück und polte sie politisch um. 1930 bildete er kurzfristig ein Minderheitenkabinett aus Christlichsozialen und Heimwehr-Politikern. Er war maßgeblich an der Errichtung des "Ständestaates" beteiligt. Von 1930 bis 1933 Obmann der Christlichsozialen Partei.
Vgl. dazu Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei und Errichtung des "Autoritären Ständestaates"; S. 65 ff.

55 Text nach Weinzierl, Walter, Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933 bis 1938, S. 4.

56 Siehe: Vaterländische Front (Hg.): Bundeskanzler Dr. Dollfuß in Vorarlberg. Festprogramm 29. Juni 1934.
Beim Jahrestag der Dollfuß-Ermordung nahmen die "Vaterländische Front" und der Stadtrat 1935 auf diesen Tag Bezug: "Mit einiger Beschämung denken wir der Geschehnisse am 29. Juni 1933, da der Kanzler anläßlich seiner ersten Länderbesuche auch nach Dornbirn kam. Doch dieses Gedenken hoch überragend steht die Erinnerung, da er in glänzendem Siegeszug wiederkam; wie er sich gleichsam im Sturme die Herzen aller Gutgesinnten eroberte und als Volkskanzler in Vorarlberg allgemein begeistert umjubelt wurde, so am 29. Juni 1934 in Feldkirch und hundertmal zuvor und nachher noch im ganzen Vaterlande." DGBl, Nr. 29, 21.7.1935.

57 DGBl, Nr. 13, 1.4.1934. Zu den Störaktionen siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 117 ff.

58 DGBl, Nr. 13, 1.4.1934.

59 DGBl, Nr. 6, 10.2.1935. Am 29.6.1937, dem Peter- und Paulstag, weilte Schuschnigg erneut in Dornbirn. DGBl, Nr. 26, 27.6.1937.

60 Am 30.3.1935.

61 DGBl, Nr. 46, 17.11.1935.

62 "Man kann sich das Entsetzen der Versammelten vorstellen. Jedenfalls aber, als sich das berüchtigte Stadtoberhaupt von Dornbirn, der Bürgermeister Rüf, vom ersten Schrecken einigermaßen erholt hatte, beschwor er die Versammlung über dieses gräßliche Ereignis strengstes Stillschweigen zu bewahren, weshalb es auch bald an die Öffentlichkeit kam." Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933-1938, S. 8.

63 DGBl, Nr. 31, 30.7.1933.

64 Der Buchhalter Adolf Hemrich war langjähriger Vorstand des Turnvereins. Nach ihm wurde 1928 die "Adolf Hemrich-Hütte" in der Nähe des Lankliftes am Bödele benannt. 1929 kandidierte er auf der Wahlgemeinschaftsliste von Großdeutschen und Landbund an 4. Stelle. Vgl. DGBl, Nr. 6, 10.2.1929.

65 DGBl, Nr. 34, 20.8.1933. Protokoll der 7. Stadtvertretungssitzung am 16.8.1933.

66 DGBl, Nr. 34, 20.8.1933

67 DGBl, Nr. 29, 16.7.1933. Erlaß ist von Sicherheitsdirektor Rada unterzeichnet.

68 DGBl, Nr. 30, 23.7.1933.

69 "Dr. Straub hat als politischer Kommissär bestimmte staatspolizeiliche Aufgaben der Bezirkshauptmannschaft für den Bereich der Gemeinden Dornbirn, Hohenems und Lustenau zu besorgen. Dazu gehören die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ausgenom-

men die örtliche Sicherheitspolizei, vom Paßwesen die Erteilung von Ausreisebewilligungen, das Pressewesen, Versammlungsangelegenheiten und Fremdenpolizei, das Waffen-, Munitions- und Sprengmittelwesen, das Meldewesen." DGBl, Nr. 41, 8.10.1933.
Zur Tätigkeit des Polizeikommissärs Dr. Straub stellte Weinzierl in seiner "Kampfschrift" höhnisch fest: "Wir Dornbirner Nationalsozialisten freuten uns über die uns erwiesene Ehre und erwarteten gespannt die gewiß segensreiche Tätigkeit dieses ausgemachten Falotten, der vor Jahren in einem Wiener Korps Band und Mütze gleichzeitig mit Horst Wessel getragen hatte. Wie wir später erfuhren hat er sich nicht gescheut, um 250 Schilling monatlichen Judaslohn den Nationalsozialismus im braunen Nest und seiner Umgebung auf das Gemeinste zu bekämpfen." Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933-1938, S. 9.

70 Am 7.10.1933 wurde eine Soldatenkompanie aus Krems hierher verlegt.

71 DGBl, Nr. 43, 22.10.1933.

72 DGBl, Nr. 46, 12.11.1933.

73 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 95.

74 Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933-1938, S. 13. Siehe dazu: Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 95.

75 Zur illegalen NS-Tätigkeit siehe DMG, Schachtel V.

76 DGBl, Nr. 53, 31.12.1933.

77 In der "Stadtchronik" von Martin Natter findet sich eine Aufstellung der Nazi-Attentate ("Registriertes unfügliches u. verbrecherisches Treiben der Nazi!"). Ebenda.

78 Verhaftung am 15.1.1934. Siehe den Telefonbericht des Gendarmeriepostens Dornbirn bei Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners, S. 215.

79 "Am Vorabend des Geburtstages vom Führer ging das Gerücht herum, daß Toni Plankensteiner und Karl Luger heute in Dornbirn ankämen. Wieder steht eine große Menschenmenge am Bahnhof, wird aber diesmal von zahlreichen Hilfspolizisten mit gefälltem Bajonett zurückgetrieben." Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933-1938, S. 43. Plankensteiner kam erst am nächsten Tag in Dornbirn an. Siehe dazu Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 55.

80 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 109.

81 Olschbaur, Wolfgang/ Schwarz, Karl (Hg.): Evangelisch in Vorarlberg, S. 83.

82 Ebenda, S. 86: "Ein Traumbild schöner Zeit ist über Nacht zur Wirklichkeit geworden."

83 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 95.

84 Zur Person Lunardons siehe Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners.

85 In einem Schreiben der Bregenzer Dienststelle an die Gestapo-Zentrale heißt es nach dem "Anschluß" über diesen Beamten: "Walch war einer der wenigen Gendarmeriebeamten, auf die sich die Nationalsozialisten wirklich 100prozentig verlassen konnten ... In erster Linie hat er die SS mit Nachrichten versorgt, dann sind Fälle bekannt, in denen er Parteigenossen oder Anhänger der Partei aufmerksam machte, daß eine Hausdurchsuchung bevorstehe, oder sonst irgend eine Amtshandlung gegen sie eingeleitet sei,

wodurch meistens eine Verabredung möglich wurde." Zitiert nach Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners, S. 220.

86 VV, Nr. 140, 21.6.1934.

87 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 92 ff. Siehe Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 12.

88 Siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 100.

89 Walser, Harald, ebenda, S. 101 und derselbe, Der Tod eines Staatsdieners, S. 222 ff.
Bei den nationalsozialistischen Ausschreitungen in Dornbirn waren in erster Linie Mitglieder der SA und SS beteiligt. Die Dornbirner SS wurde im Dezember 1931 gegründet. Nach Otto Wohlgenannt – er flüchtete nach dem Parteiverbot ins Reich – führte Alfons Mäser die SS an. Siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 65 ff.

90 Alfons Mäser wurde 1899 in Dornbirn geboren. Seine Eltern führten das Gasthaus "Krone" im Oberdorf. Nach dem Ersten Weltkrieg erlernte er das Tischlerhandwerk. 1933 trat er der NSDAP bei und baute die Vorarlberger SS, deren Führer er bis 1945 war, auf. Von 1934 bis 1937 war er wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen inhaftiert. Nach dem "Anschluß" war er für das "Sicherheitswesen" verantwortlich und "geschäftsführender Landesrat". 1940 wurde er Vize-Bürgermeister von Dornbirn. 1947 vom Volksgerichtshof Innsbruck zu 4 Jahren Kerker verurteilt. VLA, Nachlaß Naumann.

91 "Der 14. Juli war wieder ein besonders schwarzer Tag für Dornbirn, denn an diesem Tage wurde von der Exekutive die Liste der SS-Männer Dornbirns gefunden oder besser gesagt, sie wurde ihr durch einen Fanatiker des Systems in die Hand gespielt", heißt es bei Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 54.

92 Siehe dazu Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners, S. 223 f.

93 DMG, Schachtel V, DÖW 7314.

94 DMG, Schachtel V, DÖW 8346.

95 Siehe besonders das Kapitel "Der Einfluß von Unternehmern auf die Entwicklung der Partei" bei Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 53 ff.

96 Ebenda, S. 53.

97 Siehe u.a. Walser,Harald: Wer stand hinter der NSDAP?, S. 293. Schreiben von Lorenz Dür am 16.10.1933, in dem er vier namentlich genannten Gendarmeriebeamten vorwirft, "besondere Aufmerksamkeit und Ergebenheit gegenüber den NS-Fabrikanten" zu zeigen. Lorenz Dür verstarb am 13.9.1936. DGBl, Nr. 38, 20.9.1936.

98 Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938, S. 11.

99 DGBl, Nr. 17, 28.4.1935.

100 DGBl, Nr. 9, 4.3.1934.

101 Protokoll der 1. Sitzung 1934/2, StAD.

102 Eduard Ulmer (30.11.1899 bis 4.5.1970), von Beruf Kaufmann, war ehemaliger Landesleiter der "Vaterländischen Front", von 1945 bis 1959 Wirtschaftsreferent in der Landesregierung , von 1959 bis 1963 außerdem Landesstatthalter. Er gehörte der ÖVP an. Vgl. ORF (Hg.): Ende und Anfang, S. 25.

103 DGBl. Nr. 9, 4.3.1934; Protokoll der 1. Sitzung 1934/2.
Weinzierl behauptet, der neue Regierungskommissär habe sogar den Vorschlag unterbreitet, der neue Gemeinderat sollte sich aus fünf vaterländisch gesinnten und aus fünf nationalsozialistischen Vertretern zusammensetzen! Die Dornbirner Nationalsozialisten hätten diesen weitgehenden Vorschlag abgelehnt, da die vorgesehenen Nationalsozialisten zuwenig prominent gewesen seien. Bei dieser Aussage ist allerdings Skepsis angebracht!
Demnach zeigen diese Bemühungen des Regierungskommissärs, nationale Kräfte miteinzubinden, wie sehr die vorangegangenen Terrormonate – Ende 1933 gab es eine nationalsozialistische Böllerattentatswelle – bei den vaterländischen Machthabern Wirkung gezeigt haben.
104 DGBl. Nr. 51, 23.12.1934.
105 Ebenda.
106 Zum Aufbau der "Vaterländischen Front" siehe Dreier, Werner: Versuch einer faschistischen Alternative: Vorarlberg 1933–1938, S. 39 ff.
107 Siehe dazu Winkel, Herwig: Volks- und Hauptschulen in der NS-Zeit, S. 23 f.
108 DGBl. Nr. 30, 23.7.1933.
109 DGBl. Nr. 29, 16.7.1933. Der Kampf gegen die Badenden an der Ach scheint wenig gefruchtet zu haben. Ein Jahr später findet sich ein wortidenter Artikel im Gemeindeblatt! (DGBl. Nr. 25, 24.6.1934).
110 Ihm gehörten Bürgermeister Rinderer, Vizebürgermeister Thurnher, die Stadträte Fäßler und Ing. Hämmerle sowie die Gemeindetagsmitglieder Marte, Illetschko, Heinzle und Eugen Thurnher an (DGBl. 7.7.1935).
111 DGBl. Nr. 26, 30.6.1935 und Nr. 23, 6.6.1937.
112 DGBl. Nr. 23, 6.6.1937.
113 Walser, Harald: Im Gleichschritt in die Emanzipation? Vorarlbergs Frauen im NS-Staat, S. 59.
114 DGBl. Nr. 18, 5.5.1935.
115 DGBl. Nr. 24, 16.6.1935.
116 DGBl. Nr. 43, 28.10.1934.
117 Dollfuß war nur knapp einem Revolverattentat des 22jährigen Rudolf Drtil entgangen. Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 82.
118 Anton Ulmer (1894 bis 1972) war Landeskommandant der Heimwehr und Frontmiliz. Die 1936 gesetzlich verankerte Frontmiliz sollte zur "Unterstützung der bewaffneten Macht und der Staatsexekutive" dienen. Siehe Protokoll der Gemeindetagsitzung vom 21.9.1936, Schreiben Anton Ulmers an Bürgermeister Rinderer, StAD.
119 DGBl. Nr. 42,15.10.1933.
120 Nunmehr marschierten die Eisenbahner mit, die faschistische Heimwehr eskortierte das Allerheiligste. Siehe dazu Pichler, Meinrad: "Ussar mit da Fahna!", S. 82 f.
121 DGBl. Nr. 24, 16.6.1935.
122 Der katholische Frauenbund Dornbirn war recht aktiv und veranstaltete vaterländische Informationsveranstaltungen. So sprach am 1.10.1934 Frau Dr. Alma Motzko aus Wien im Frauenheim zum Thema: "Österreichs Le-

benskampf und katholische Frauenarbeit." DGBl, Nr. 39, 30.9.1934.

123 DGBl, Nr. 39, 30.9.1934.

124 Siehe Hanisch, Ernst: Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des 'Austrofaschismus', S. 61. Beim großen Allgemeinen Deutschen Katholikentag am 9.9. 1933 in Wien, bei den Konkordatsverhandlungen – es sollte die Position von 1855 wiedergewonnen werden –, bei der Aufhebung des Glöckel-Erlasses oder bei der Auflösung des Freidenkerbundes demonstrierte die Dollfuß-Regierung ihre Verbundenheit mit der katholischen Kirche.

125 DGBl, Nr. 20, 14.5.1933.

126 DGBl, Nr. 7, 18.2.1934.

127 DGBl, Nr. 32, 6.8.1933.

128 Siehe Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 253. In einem Schulungsheftchen für Jungführer heißt es über das Ziel von vaterländischen Werbekampagnen: "Das österreichische Jungvolk muß die österreichische Jugendbewegung werden und die Jugend in seinen Reihen sammeln. Das Ö.J.V. muß die österreichische Jugend wieder zu Gott und Vaterland zurückführen und sie zu wirklich im Geiste des Vaterlandes gefestigten Österreichern erziehen." Jungvolk am Werk. Jungführerschulungslager 1937, S. 58.

129 DGBl, Nr. 22, 3.6.1934.

130 "Hans Scheffel ist der Begründer mehrerer sozialer Jugendhilfswerke von Wien, wie der Aktion 'Jugend in Not', 'Jugend am Werk', Schöpfer des 'Theodorenheimes', in dem obdachlose Jugendliche ein Heim gefunden hat. Im Frühjahr schlossen sich sämtliche katholischen Jugendverbände beiderlei Geschlechts zur Österreichischen Jungfront zusammen, zu deren Führer er von Kardinal Innitzer und Dr. Dollfuß ernannt wurde. Scheffel führt daher über 250.000 junge Menschen." DGBl, Nr. 35, 2.9.1934.

131 DGBl, Nr. 19, 12.5.1935.

132 Siehe Dreier, Werner: Versuch einer faschistischen Alternative: Vorarlberg 1933–1938, S. 41.

133 Siehe dazu Pichler, Meinrad: 'Wer auf die Fahne des Führers schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört.' Vorarlberger Jugend unter der NS-Herrschaft, S. 109 f.

134 "Die Vorbereitung für die Wehrhaftigkeit eines Volkes liegt in der militärischen Schulung Aller, die bei der Jugend beginnen muß. Durch diese wird der Junge moralisch ertüchtigt, die physische Leistungsfähigkeit gefördert, sowie technische Geschicklichkeit und Verständnis für alle weiteren Aufgaben gewonnen", heißt es in der "Exerzierordnung". Jung-Vaterland-Bücherei, S. 1.

135 "Die Jugend marschiert am Sonntag auf, sich der Öffentlichkeit mit ihren Führern zu zeigen. Wir Erwachsenen, besonders aber die Eltern können den Jungens keine größere Freude bereiten, als wenn wir dabei sind und dadurch bekunden, daß wir gutheißen, was sie tun, und daß wir ihnen Beifall zollen, weil sie stramm sind und es gut machen." DGBl, Nr.18, 5.5.1935.

136 DGBl, Nr. 3, 20.1.1935.
137 Siehe u.a.: Jagschitz, Gerhard: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich.
138 In einer gemeinsamen Erklärung der "Vaterländischen Front" und des Regierungskommissärs Rinderer hieß es:
"Und wenn Frauen und Kinder zur Stunde noch weinen und wenn selbst die härteren Männer feuchten Auges sich begegnen und in stummem Schmerze sich grüßen, die Geschichte wird einst diese Tränen eines Volkes verstehen, da davon die Rede sein wird, es haben dem österreichischen Volke in seiner aufrichtig schmerzlichen Trauer um den unvergesslichen Kanzler alle Völker von Europa das tiefe Beileid und Mitempfinden ausgesprochen – ja die ganze gesittete Welt habe mitgetrauert.
In einem Schaufenster an der Marktstraße steht von Blumen umrankt im Trauerflor das Bildnis unseres Kanzlers, links oben das österreichische Wappen, für das er gekämpft und den Märtyrertod erlitten, rechts oben das Wappen der Vaterländischen Front als Sinnbild der Idee des Führers, in der er unter uns weiterlebt und uns unvergesslich bleiben wird. Am Bilde schmiegt sich eine glühend rote Rose an und darunter steht: 'Treue um Treue.'
Wir schauen das Bild und die Symbole und flehen scheidend, es möge der Größe des geforderten Opfers entsprechend der Himmel unser liebes Vaterland Österreich segnen und sein Volk beschützen." DGBl, Nr. 30, 29.7.1934.
139 DGBl, Nr. 31, 5.8.1934.
140 DGBl, Nr. 29, 21.7.1935.
141 DGBl, Nr. 3, 20.1.1935.
142 DGBl, Nr. 38, 23.9.1934.
143 Haussammlungsergebnis im DGBl, Nr. 39, 30.9.1934. Bis 1936 unterstützte die österreichische Amtskirche die Schuschnigg-Regierung bei der Dollfuß-Mythenbildung uneingeschränkt, dann meldete Kardinal Innitzer erste leise Kritik an. Der Kardinal beschwerte sich darüber, daß in den Kinos und Theatern noch immer die "Negerkultur" der Nachkriegszeit vorherrsche und deswegen die Parole vom christlichen Österreich zu früh ausgegeben worden sei. Siehe Hanisch, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938, S. 25.
144 Vgl. Talos, Emmerich: Das Herrschaftssystem 1934–38, S. 359 ff.
145 DGBl, Nr. 19, 10.5.1936.
146 DGBl, Nr. 17, 28.4.1935.

## Anmerkungen zum Kapitel 4.3.

1 Siehe Stadt Dornbirn (Hg.): Gedenkausstellung Dornbirner Ehrenbürger.
2 Siehe dazu Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S.232 ff.
3 Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung, S. 292.
4 Vgl. Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 384 ff.

5 Protokoll der Festsitzung am 25.2.1935; DGBl, Nr. 9, 3.3.1935.
6 Siehe Egger, Gernot: Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer...
7 Greussing, Kurt: Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938. Siehe dazu auch Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 271 ff. Weiters: Brändle, Hermann/ Egger, Gernot: Verfolgung und Widerstand 1933-1938.
8 Die Kommunisten hatten bei den Landtagswahlen 1932 2.614 Stimmen (3,1%) erhalten.
9 DMG, Schachtel III/1, LGF Vr 6/36.
10 I.: Heinrich Petter, Dornbirn, 18.11.1982; Egger, Gernot: Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938, S. 57.
11 DMG, Schachtel III/1, LGF Vr 6/36.
12 Ebenda.
13 DMG, Schachtel III/1, LGV Vr.6/36; Egger, Gernot: Die KPÖ in Vorarlberg 1933-38, S. 57 f.
14 DMG, Schachtel III/1, LGF Vr 488/36; Egger, Gernot: Die KPÖ in Vorarlberg 1933-38, S. 61.
15 Siehe Kapitel 5.3.
16 Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeindetages vom 10.3.1936, 1936/2.
17 Siehe u.a. Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich, S. 349 ff.
18 Prembaur, Walter: Im letzten Kampf um Österreich, S. 51 ff.
19 Siehe dazu Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 139 f. und Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer', S. 254.
20 DGBl, Nr. 21, 23.5.1937.
21 Vgl. Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung, S. 135 ff.
22 Ebenda.
23 DGBl, Nr. 9, 27.2.1938.
24 Seit 1901 wurde das Bödele ob Dornbirn als Schigelände genutzt und - unter Patronanz der Dornbirner Textilindustriellen - zum Schizentrum ausgebaut. 1935 stellte das Alpenhotel Bödele, das sich im Besitze der Söhne von Otto Hämmerle befand, bei der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen den Antrag, der Bahnhof Dornbirn möge in "Dornbirn-Bödele" umbenannt werden. Der angestrebten Namensänderung wurde vom Gemeindetag nicht zugestimmt (Protokoll der Gemeindetagssitzung vom 19.8.1935).
25 Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 149.
26 Amtsblatt für das Land Vorarlberg, 20. Folge, 2. Jg., 11.3.1938.
27 VV, Nr. 58, 11.3.1938.
28 Siehe dazu: Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938.
Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.1.

1 Zur Rolle Winsauers im "Ständestaat" siehe Hammerl, Johannes: Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934-1938, S. 166 ff.
2 VT, Nr. 59, 12.3.1938. Vgl. Weber, Jochen: Dornbirn zur Zeit des Anschlusses von Österreich an das Deutsche Reich, Kap. 3.3.
3 VT, Nr. 61, 15.3.1938.
4 DGBl, Nr. 11, 13.3.1938.
5 VLA, BH Feldkirch, III-Zl. 12/1938 (Berichte der Gendarmerieposten). Siehe Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 154.
6 DGBl, Nr. 12, 20.3.1938.
7 NVT, 13.3.1979; Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938, S. 22 und derselbe: Politische Verfolgungen der ersten Tage, S. 71 ff.
8 Siehe Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938, S. 22 ff.
9 Zum Leidensweg des Dornbirner Gendarmen siehe Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners.
10 DMG, Schachtel VII/1; OF 7125/2/54 beim Amt der Salzburger Landesregierung; Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage, S. 72 f.
11 DMG, Schachtel VII/1, DÖW 1405 und LGF Vr 301/38. Zu ihnen zählten u.a. Johann Bösch, Wilhelm Luger, Johann und Leopold Natter, Johann Mäser, Alois, Josef und Walter Tschirf.
12 DMG, Schachtel VII/1, LGF Vr 301/38.
13 Daniel Amann hat im Rahmen des Projektes "Dorobiorar G'schichta II" (Ausschreibung DGBl, Nr. 5, 5.2.1988) mit seiner Tante Frau Wilma Spiegel ein Interview gemacht, in dem sie die Ereignisse dieser Nacht schildert. Tonband im Besitz des Verfassers.
14 DMG, Schachtel VII/1, LGF Vr 301/38. Siehe Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage, S. 77 ff.
15 Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 34: Ilg wurde zum Sicherheitsdirektor Alfons Mäser ins Rathaus bestellt. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß von ihm eine entsprechende Sühnezahlung erwartet würde. "Ich konnte sagen, daß ich infolge Hausneubau nur Schulden, aber kein Geld habe, doch wäre ich in der Lage, ein paar Säcke Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot wurde angenommen."
16 Für Vorarlberg siehe u.a. Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938, S. 27 ff. und Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 66 ff.
17 DGBl, Nr. 13, 27.3.1938.
18 VLA, BH Feldkirch, III-Zl. 12/1938; Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 159.
19 Abgedruckt im DGBl, Nr. 14, 3.4.1938. Hier heißt es u.a.:
"Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind

auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde."
Der Feldkircher Weihbischof Franz Tschann hatte diesen Aufruf nicht unterzeichnet, er war aber auch nicht öffentlich gegen ihn aufgetreten.

20 DGBl, 17.4.1938. Rechnet man die 676 Stimmen der Reichsdeutschen – von ihnen hatten fünf mit Nein gestimmt – ab, so ergibt sich folgendes Abstimmungsergebnis: Abgegebene Stimmen: 10.970; 22 ungültige und 10.948 gültige Stimmen, davon 10.809 mit Ja, 139 mit Nein (1,47%).
21 DGBl, Nr. 16, 17.4.1938.
22 Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 34.
23 DGBl, Nr. 23, 5.6.1938.
24 Schreiben von Prof. Dr. Othmar A. an die Sturmbannführung des Sturmbannes 87 in Dornbirn, 27.5.1938. VLA, Akten des Landesschulrates 998/1938. Vgl. Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dorbirner Realschule, S. 176 f.
25 Siehe Auszahlungen der "Hypothekenbank Innsbruck", Ordner "Listen 1–12", StAD.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.2.

1 Zur Umorganisation siehe DMG, Schachtel VI/1, VLA VLReg Präs 276/38. Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 87 ff.
2 Ebenda, S. 114 ff.
3 DGBl, Nr. 29, 17.7.1938.
4 Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 17. Parteigliederung in der "Ostmark": Reichskommissar–Gauleiter–Kreisleiter–Ortsgruppenleiter. Verwaltung: Reichsstatthalter–Landräte–Bürgermeister.
5 Auf Grund seiner Differenzen mit Gauleiter Hofer wurde er 1942 als Kreisleiter nach Neustadt im Gau Saarpfalz versetzt.
6 Siehe Mahnert, Klaus: Mildernde Umstände. Bericht über den Lebensabschnitt 1913–1945, S. 83 und S. 106 ff.
7 Er wurde Waibels Nachfolger, nachdem dieser – infolge der Auseinandersetzung mit Gauleiter Hofer – das Amt niedergelegt hatte und als Soldat in die Wehrmacht eintrat.
8 DGBl, Nr. 14, 2.4.1939. Josef Mähr war "Gauschatzmeister". Siehe Liste "Erinnerungsmedaillenträger 13. März", StAD.
9 Zur Rolle der Textilfabrikanten siehe in erster Linie Walser, Harald: Bombengeschäfte, hier S. 46 ff.
10 Siehe z.B. in Vorarlberg den langgeplanten Ausbau der Elektrizitätswerke, Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 76 ff.
11 Siehe dazu Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 46 ff.
12 DGBl, Nr. 11, 12.3.1939.
"Wenn wir uns also die Frage vorlegen: Was verdanken wir dem Anschluß? Dann ist es vor allem das herrliche Gefühl freudigen Stolzes darüber, daß wir nun nicht mehr wie ehedem einem kleinen von aller Welt verhätschel-

ten, von aller Welt aber auch verlassenen, dem gänzlichen Bankrott geweihten Staatswesen angehören, sondern als vollwertige Glieder eines geeinigten Volkes, dem größten, glücklichsten und machtvollsten Reiche Europas." Bürgermeister Waibel, ebenda.

13 Werkblatt der Betriebsgemeinschaft der Firma Franz M. Rhomberg, 1/1939, S. 3. Vgl. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 282. Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 49.

14 DMG, Schachtel IXX, LGF Vr 493/46.
Er hatte die NSDAP-Parteinummer 6,360.950. Neueintretende erhielten nach dem "Anschluß" Nummern über 6.600.000.

15 Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 39 f.

16 NVT, 31.8.1984; NVT 7.12.1989; Festschrift 125 Jahre Herzmansky 1863–1988. Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 32 ff.

17 Festschrift 125 Jahre Herzmansky 1863–1988.

18 Siehe Walser, Harald: 'Arbeit für den Endsieg', S. 76 f. Derselbe: Bombengeschäfte, S. 54.

19 Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 96.

20 Protokoll der Ratsherrnsitzung vom 30.10.1939, 1939/4.

21 Zu den Wehrmachtsaufträgen siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 147 ff.

22 Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 204.

23 MAF, RW 20-18/12, Kriegstagebuch 18.12.1939; Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 100 und S. 161.

24 MAF, RW 21-28/5, Kriegstagebuch, 4.4.1941; Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 199 ff. Derselbe: Die Rüschwerke – ein Dornbirner Rüstungsunternehmen.

25 Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 205.

26 VT, Nr. 102, 30.4.1940.

27 VT, Nr. 99, 28.4.1942.

28 VT, Nr. 101, 30.4.1942.

29 Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 198 ff.

30 Vgl. ebenda, S. 219 ff.

31 Vgl. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 281.

32 VT, Nr. 95, 23.4.1942.

33 VT, Nr. 89, 15.4.43. Die Firmen – z. B. Franz M. Rhomberg – vergaben Gartenanteile zum Eigenanbau. Besondere Verdienste erwarb sich bei der "Hebung des Gartenbaus" Viktor Hämmerle (VT, Nr. 96, 24.4.1941). Das von den bulgarischen Gärtnern angebaute Gemüse sollte den "werktätigen Frauen" zugute kommen (VT, Nr. 104, 30.4.1943). Zu den Anbaumengen in den "Werksgärten" siehe VT, Nr. 286, 13.11.1943.

34 Protokoll der Ratsherrnsitzung vom 30.10.1944, 1944/3.

35 DMG, Schachtel XII. Siehe VWSSt 1945, S. 3–9. Vgl. Brändle, Hermann/ Greußing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 163 und Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 240 ff.

36 Protokoll der Ratsherrnsitzung vom 27.3.1943, StAD: Erweiterung des Gefangenenlagers bei der Fischbachfabrik um 2 Wohnbaracken und eine Abort-

baracke. Zur Situation der Gefangenen siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 258 ff.

37 Bericht der Dornbirner Widerstandsbewegung, StAD. Vgl. Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, S. 107.

38 Siehe Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten in Vorarlberg. Ihre Eingliederung in Bevölkerung, Siedlung und Wirtschaft. Derselbe: "Willkommen im Gau!" Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. Speziell zu Dornbirn: Heiligenbilder statt Führerbilder.
Am 21. August 1939 wurde im italienischen Parlament das Gesetz Nr. 1241 über die "Entlassung von Südtirolern aus der italienischen Staatsbürgerschaft zwecks Erwerbung der deutschen Staatsbürgerschaft" verabschiedet, am 30. August die Hauptkommission für die Wertfestsetzung bei der Besitzablösung der Südtiroler Umsiedler eingesetzt und am 21. Oktober Richtlinien für die "Rückwanderung der Reichsdeutschen und Abwanderung aus dem Alto Adige in das Deutsche Reich" erlassen. Diese wurden am 26. Oktober veröffentlicht.

39 Neben den dünnbesiedelten Agrargebieten im Osten waren z.B. die Krim oder Burgund als Ansiedlungsräume vorgesehen. Im Laufe des Krieges mußten diese großen Umsiedelungsprojekte aufgegeben werden. In erster Linie ließen sich die Südtiroler nördlich des Brenners nieder. Siehe Greber, Gebhard: "Willkommen im Gau!", S. 8 und derselbe: Die Südtiroler Optanten, S. 27.

40 Siehe Ansuchen der Dornbirner Industriellen um Zuweisung Südtiroler Arbeitskräfte; Mappe Südtirolersiedlungen (-Sala), StAD.

41 Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 113 ff.

42 Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten, S. 27.

43 Südtiroler in Dornbirn:
September 1945 1.896
Dezember 1945 1.993
März 1946 2.011 = 10% der Bevölkerung
1950/51 1.878
Greber, Gebhard, ebenda, Tabelle 8, S. 36.

44 Siehe dazu die Selbstdarstellung von Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden.

45 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 114 ff.

46 Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 114 und Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten, Tabelle 7, S. 30.

47 Greber, Gebhard: Heiligenbilder statt Führerbilder, S. 109.

48 Firstfeier 13.9.1940; Mappe Südtirolersiedlungen(-Sala), StAD.

49 Bauprotokolle 1940, Mappe Südtirolersiedlungen(-Sala), StAD.

50 Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 114.

51 Kalb, Franz: Dornbirn, junge Stadt aus vielen Dörfer, S. 109.

52 Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 116. Vgl. Mappe Südtirolersiedlungen(-Sala), StAD: Bei "energischer Unterstützung des Bürgermeisters" werde sich die Grundstücksfrage lösen lassen.

53 Mappe Südtirolersiedlungen(-Sala), StAD.

54 Ebenda.
55 Akt "Wohnungsbeschlagnahmungen Südtiroler 1940–1942", StAD. Siehe dazu Greber, Gebhard: Heiligenbilder statt Führerbilder, S. 110 ff.
56 Akt "Wohnungsbeschlagnahmung Südtiroler 1940–1942", StAD.
57 52,2% der Optanten waren in Vorarlberg in Industrie und Gewerbe tätig.
58 Insgesamt fielen 5.780 Vorarlberger Soldaten, 1.959 wurden vermißt. Siehe Wanner, Gerhard: 1938. Der Anschluß Vorarlbergs an das Dritte Reich.
59 Protokoll der Ratsherrnsitzung vom 30.10.1939, 1939/4.
60 Vorarlberger Landbote, 2.11.1939.
61 DGBl, Nr. 52, 24.12.1939.
62 Siehe Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Österreicher und der Zweite Weltkrieg, S. 24 ff.
63 Protokoll der Ratsherrnsitzung vom 30.10.1944, 1944/3, StAD.
64 Bohle, Albert: Dornbirn 1901–1976, S. 32.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.3.

1 Siehe Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit.
2 Siehe Walser, Harald: "Arbeit für den Endsieg", S. 90 ff. und dergleiche: Bombengeschäfte, S. 264 ff.
3 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945.
4 Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 58 ff.
5 Vorarlberger Landbote, 24.8.1939. In der gleichen Woche besuchte Plankensteiner die Betriebe J. M. Fußenegger und David Fußenegger.
6 Dreihammer, 1. Jg., Heft 11, November 1939.
7 Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 104 f.
8 Dreihammer, 6. Jg., Jänner–Februar, Heft 1/2, 1944, S. 4.
9 DMG, Schachtel XIII, DWÖ 9163.
10 DMG, Schachtel XIII, LGF Sa Er. Siehe Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition, S. 132.
11 Etwa Provikar Lampert oder Karoline Redler. Siehe dazu grundsätzlich: August-Johann-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945.
12 Zum Umgang mit den Dornbirner Opfern vgl. Bundschuh, Werner: "Es ist besser, den Mantel des Schweigens auszubreiten ..."
Siehe Lexikon-Teil von "Herren und Menschen", S. 265 ff.
Auf S. 91 ist ein Foto der Dornbirner Widerstandskämpfer bzw. von Angehörigen von Getöteten, das kurz nach Kriegsende aufgenommen wurde, abgebildet. Namentlich sind angeführt: Andreas Bösch, Josef Weber, Johann Gutensohn, Anna Fässler, Eugen Bohle, Josef Wieland, Norbert Tost, Johann Kaufmann, Johann Jäger, Ernst Rein und Theresia Sohm.
13 Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners, S. 224 ff.
14 DMG, Schachtel III/1, LGF Vr 6/36 und DÖW 8142; Egger, Gernot: Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer ..., S. 202 ff.
15 DMG; Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition, S. 136.

16 DMG, Schachtel VII/1. Namensverzeichnis des KZ-Verbandes über die politisch Hingerichteten.
17 DMG, Schachtel VIII/2, DÖW 8197; ausführliche Darstellung der Dornbirner Widerstandsgruppe bei Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen, S. 85 ff.
18 Ebenda.
19 DMG, Schachtel VIII/2, Volksgerichtshof Berlin 6 J 132/40 g.
20 DMG, Schachtel VIII/2, DWÖ 8197.
21 DMG, Schachtel VIII/2.
22 Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen, S. 92.
23 Malin wurde am 9.11.1942 in München-Stadelheim hingerichtet. Am 11.11.1945 fand in Satteins eine Gedenkfeier statt. DGBl, Nr. 25, 11.11.1945.
24 VTZ, Nr. 242, 19.10.1946. Dort heißt es, sie "künden vom Heroismus der Kommunistischen Partei in Vorarlberg, die zwar klein und verfolgt, trotzdem auch in den schwersten Stunden die Fackel unseres Glaubens hochhielt und nie versiegte." Charakteristisch für das Milieu, aus dem die AKO-Mitglieder stammten, ist der Lebenslauf des Landessekretärs der KPÖ nach 1945, Fritz Bickel. Aus dem Bregenzerwald stammend, lernte er als Wanderarbeiter in Deutschland das Schlosserhandwerk. 1929 wurde er Ortsgruppenleiter des "Rotfrontkämpferbundes" in Gaisburg (Vorort von Stuttgart). 1932 wurde er des "Hochverrates" angeklagt, am Tag der "Machtübernahme" am 30.1.1933 verhaftet und ins KZ Heuberg überstellt. Nach seiner Entlassung 1935 des Landes verwiesen, kam er völlig mittellos nach Dornbirn. "Als im Jahre 1939 die Gestapo einen Teil der Dornbirner Organisation aufdeckte, wurde auch er gesucht und konnte sich nur dadurch der Verhaftung entziehen, daß er auf eine Alp in den Bergen ging, wo er bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht verblieb. Schwerkriegsverletzt kehrte er 1942 zurück, arbeitete kurze Zeit im Arbeitsamt, aus dem er aber wegen seiner Einstellung bald hinausgeworfen wurde. Später wurde er Leiter von Russenlagern und blieb es bis zu deren Auflösung nach der Befreiung." VTZ, ebenda.
25 DMG, Schachtel VII/1, Namensverzeichnis des KZ-Verbandes über die politisch Hingerichteten; siehe Pichler, Meinrad: Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht, S. 143.
26 I.: August Weiß am 1.7.1988.
DMG, Schachtel X, Gericht der Division Nr. 188.
27 DMG, Schachtel X, DWÖ 7904.
28 DMG, Schreiben des Amtes der Stadt Dornbirn, ZI I/3 1983.
29 Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 219.
30 DMG, Meldeamt Dornbirn und Schreiben Landrat Feldkirch vom 15.7 1940 sowie 14.1.1941. Siehe Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 220.
31 DMG, Schachtel VII/1, Liste KZ-Angehörige, StAD. Vgl. Register in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 267.
32 Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 222.
33 Feierabend, Beilage zum VT, 15. Ostermond 1939; Dreier, Werner: Ein Gedicht und ein Freitod. Zwei Seiten einer Tradition – Zum Tode des

Samuel Spindler, S. 14.
34 Siehe Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 199 ff.

## Anmerkungen zum Kapitel 6.

1 Bericht über die Tätigkeit der Dornbirner-Widerstandsgruppe, Manuskript StAD.
2 Siehe dazu Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, S. 104 ff.
Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945, S. 180 ff.
Walser, Harald: Die letzten Tage des Krieges, S. 224 ff.
3 Walser, Harald, ebenda, S. 224.
4 Adolf Wohlgenannt erinnert sich an ein Treffen von Regimegegnern zu Jahresbeginn 1945, welches vom ehemaligen christlichsozialen Landtagsabgeordneten Josef Fäßler initiiert wurde. Er vermutet, daß Fäßler eine Schlüsselrolle gespielt hat. I.: Adolf Wohlgenannt, 31.12.1989.
5 Liste "Politische Leiter", Ordner "Listen 1-12", StAD.
6 Siehe dazu Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, S. 109 ff.
7 Ebenda, S. 110.
8 Ebenda, S. 106.
9 Zum Vormarsch der französischen Truppen siehe Löffler, Dietlinde: Vorarlberg 1945, hier S. 91 ff.
10 Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, S. 106 und Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945, S. 92.
11 Ig, Ulrich: Lebenserinnerungen, S. 38.
12 Beilage DGBl. 1945/46.
13 Ulmer, Eduard: Erinnerungsvermerk an den Einmarsch der französischen Truppen in Dornbirn am 2. Mai 1945, abgefaßt am 19. Juli 1966. StAD.
14 Siehe Schindler, Heinz: Die vier Städte Vorarlbergs, S. 253 f.
15 I.: Adolf Wohlgenannt, 31.12.1989.
16 Löffler-Bolka, Dietlinde, Vorarlberg 1945, S. 92.
17 In der April-Nummer 1988 der Zeitschrift "Der Wiener" wurde eine Liste der "Blutordensträger" in Österreich veröffentlicht. Von den 29 namentlich angeführten Vorarlbergern stammen 14 - also fast die Hälfte - aus Dornbirn: Boor Jakob, Bösch Bernhard, Bröll Erwin, Dreher Josef, Kremmel Cornelius, Ludwig Wilhelm, Mäser Alfons, Mäser Alwin, Österle Hans, Perle Alois, Schluge Theodor, Schwärzler Emanuel, Wehinger Rudolf und Weiß Otto.
Vgl. dazu "Liste der Blutordens- und Ehrenzeichenträger", StAD. Es werden dort weiters genannt: Alster Franz, Bössner Ernst, Sinz Gebhard, Skala Josef und Spitzer Karl.
18 Siehe Aufruf des Bürgermeisters am 4. Mai 1945, Beilage DGBl, 1945/46.
Zur wirtschaftlichen Situation in der Stadt in den Jahren 1945/46 siehe u.a. den Bericht des städtischen Wirtschaftsamtes über die Antragsstellung und Verteilung bewirtschafteter Waren im DGBl, Nr. 46, 17.11.1946.
Die französischen Behörden haben im Jänner 1946 folgende Lebensmittelmengen nach Vorarlberg eingeführt: Getreide 383 Tonnen, Würste 10 Ton-

nen, Mehl 659 Tonnen, Fisolen 49 Tonnen, Zucker 108 Tonnen, Erbsen 210 Tonnen, Kaffee 40 Tonnen, Eipulver 10 Tonnen, Konserven 44 Tonnen, Mehl 55 Tonnen (DGBl, Nr. 9, 3.3.1946). Vgl. Weber, Wolfgang: Anmerkungen zur Stadtgeschichte 1945–1955, S. 142 ff.

19 Aufruf vom 6. Mai 1945, gezeichnet Bürgermeister Dreher.

20 DGBl, Nr. 1, 13.5. 1945.

21 Der Aufbau einer neuen Zivilverwaltung erfolgte auf drei Ebenen: Am 24.5.1945 wurde der "Vorarlberger Landesausschuß" unter Leitung von Ulrich Ilg installiert, auf Gemeindeebene setzte die Militärregierung Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeinderäte ein und drittens gab es die überparteiliche "Österreichische demokratische Widerstandsbewegung", die bei der Entnazifizierung mithelfen sollte.

22 Er blieb als ÖVP-Bürgermeister bis zum 25.4.1965 im Amt. 1976 wurde er Ehrenbürger der Stadt. Er verstarb am 5.8.1979.

23 DGBl, Nr. 2, 27.5.1945.

24 Der spätere Leiter der Landespressestelle Hans Huebmer lehnte in einem Artikel im "Volksblatt" 1945 den Begriff "Austrofaschismus" strikt ab und behauptete, "daß von einem österreichischen Faschismus nicht die Rede sein kann, weil dazu die einfachsten Voraussetzungen fehlen." VV, Nr. 24, 14.12.1945, Artikel: "Gab es einen Austrofaschismus?"

25 Zur Gründungsphase der Zweiten Republik in Vorarlberg siehe Bischof, Günter/ Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation.

26 DGBl, Nr. 21, 14.10.1945. Im Wiederholungsfalle drohte die französische Militärregierung scharfe Gegenmaßnahmen - etwa die Festnahme von Geiseln - an.

27 DGBl, Nr. 16, 9.9.1945. So mußten am 28. Juli 1945 alle 12 bis 17 Jahre alten Kinder und Jugendliche aus dem Gebiet innerhalb der "nördlichen Zone" (entlang der Bahnlinie) Tannenzapfen einsammeln.

28 Greussing, Kurt: Schichtwechsel - Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 344.

29 Siehe dazu Hölzl, Norbert: Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971.

30 Siehe Greussing, Kurt: Schichtwechsel- Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 343 ff.

31 Zu den Voraussetzungen der Nationalratswahlen 1945 und 1949 siehe Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949, hier S. 134.

32 Vgl. Greussing, Kurt: Schichtwechsel- Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 346 ff. 33

33 DGBl, Nr. 28, 2.12.1945.

34 DGBl, Nr. 29, 9.12.1945.

35 Kurt Kaiser, der Intendant der Vorarlberger Landesbühne, stellte fest, daß diese Zensurpraxis "weit über den Rahmen der nationalsozialistischen Zensurstellen hinaus(ging)." Fritsch, Sibylle: Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg, S. 74.

36 Schreiben des Dienstellenleiters der Stadtpolizei an den Bürgermeister vom 25.2.1946, Zl.1012/46, Ordner 1945/46, StAD.

37 Gutachten von Georg Fontain und Zeitungsbericht, Ordner 1945/46, StAD.
38 Siehe Polizeiberichte 1945/46 bezüglich Schleichhandel, StAD.
Vgl. Weber, Wolfgang: Anmerkungen zur Dornbirner Stadtgeschichte 1945–1955, S. 144.
39 DGBl. Nr. 46, 17.11.1946.
40 Ebenda.
41 Ebenda.
42 Brief von Fritz Valentin an den Bürgermeister. Mappe "Verschiedene Ansuchen", StAD.
43 Siehe Brix, Emil: Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik, S. 99.
44 Schreiben der Landeshauptmannschaft Vorarlberg vom 8.4.1946, Zl. 86/2, StAD, Ordner 1946.
45 Siehe dazu Mattl, Siegfried/ Stuhlpfarrer, Karl: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik.
46 Antwortschreiben an die Presse- und Rundfunkstelle bei der Landeshauptmannschaft Bregenz, Ordner 1946, StAD.
47 DGBl. Nr. 8, 7.7.1945.
48 Siehe Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich, S. 88 ff.
49 Siehe Gespräche in: Österreichischer Rundfunk (Hg.): Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945. Niederschrift von Radiointerviews, die 1965 für eine Hörfunk-Dokumentation über die Bildung einer provisorischen Landesregierung im Mai 1945 aufgenommen worden sind.
50 Siehe Ilg, Ulrich: Lebenserinnerungen, S. 49.
51 Zu den einzelnen Etappen der Entnazifizierung in Österreich siehe die Arbeit von Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich.
52 Veröffentlichung im DGBL, Nr. 13, 31.3.1946. Meldezeit war in Vorarlberg vom 25.3. bis 17.4.1946. Zusätzliche Erläuterungen im DGBl, Nr. 14, 7.4.1946.
53 DGBl, Nr. 29, 21.7.1946.
54 Siefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich, S. 114 ff.
Kundmachung des Verbotgesetzes 1947 im DGBl, Nr. 20, 18.5.1947.
55 VTZ, Nr. 275, 28.11.1946.
56 Siehe Einspruchsliste in der Mappe "Allgemeine Korrespondenz", StAD. Hier sind 87 Einsprüche von Dornbirnern verzeichnet.
57 Die französischen Militärbehörden stellten dazu fest: "Solchen Anzeigen wird keine Folge gegeben. Wenn jemand glaubt, der Gerechtigkeit Genüge tun zu müssen, so kann er dies, insofern er aufrichtiger Charakter ist, durch Bekanntgabe seines Namens tun. Diese anonymen Anzeigen zeugen von großer Unaufrichtigkeit und Böswilligkeit." DGBl, Nr. 9, 3.3.1946.
58 Ordner 1947, StAD.
59 Zur Problematik des "Pflichtbegriffes" in diesem Zusammenhang siehe Oberkofler, Gerhard / Rabofsky, Eduard: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich; Hanisch, Ernst: Westösterreich, S. 437 ff.
60 Ordner 1946–1948, StAD.
61 Schreiben der Stadtpolizei an Gouverneur Goudouneix vom 26. April 1946, Zl. 218/46/ad. Im gleichen Schreiben werden die Parteimitgliedsnummern

von Eugen, Theodor und Lorenz Rhomberg angegeben. Alle sollen bereits 1932/33 in die Partei aufgenommen worden sein. Siehe Ordner 1946, StAD.

62 Ebenda.

63 Vgl. Österreichischer Rundfunk (Hg.): Ende und Anfang. Interview mit Eduard Ulmer, S. 28.

64 VTZ, Nr. 247, 25.10.1946.

65 Ende 1946 waren in Dornbirn 20.486 Personen amtlich gemeldet: 17.131 Österreicher, 2.016 Südtiroler, 547 Reichsdeutsche und 792 sonstige Ausländer.
Zur Bevölkerungsentwicklung nach 1938 siehe Feßler, Klaus: Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung von 1900–1945, S. 138 ff.

66 Registrierungslisten Orner 42/BH, StAD.

67 Ernst Wolf wurde am 4.9.1943 deswegen von der Gestapo verhaftet und für 14 Tage in Untersuchungshaft genommen. Schreiben der Stadtpolizei Dornbirn an Capitain Goudouneix vom 15.5. 1946, Zl. 2959/46, Ordner 1946, StAD.

68 Siehe Freund, Florian/ Perz, Bertrand: Industrialisierung durch Zwangsarbeit. Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 240 ff.

69 Zu den Wirtschaftsdaten siehe Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, Tabellen S. 398 ff.
Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 271 ff.

70 Siehe Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 199 ff.

71 Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg, S. 4.

72 Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 274.

73 Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer, S. 466.

74 DGBl, Nr. 18, 30.4.1950.

75 Bei den Nationalratswahlen am 9.10.1949 hatte der VdU 2.488 Stimmen auf sich vereinigen können. Siehe zu den Wahlen in Vorarlberg Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. V, S. 201 f.

76 Bezieht sich auf die Zulassung der VdU zur Nationalratswahl 1949.

77 DGBl, Nr. 16, 16.4.1950.

78 Ordner 42/BH, StAD.

79 Bei den Gemeinderatswahlen 1990 errichte die ÖVP 53,4%, die SPÖ 20,9% und die FPÖ 10,5% der gültigen Stimmen. Die "Offene Bürgerliste", die 1985 zum ersten Mal kandidierte, bekam 15,2%. Die KPÖ trat nicht mehr an. NTV, 2.4.1990.

80 Stadt Dornbirn (Hg.): Die Gartenstadt Dornbirn. Ein Heimatbuch zum 50. Jahrestag der Stadterhebung.

81 DGBl, Nr. 26, 9. 7.1950.

82 Vgl. Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 371 ff.

83 Ebenda, S. 461 ff.

# 9. Abkürzungen

| | |
|---|---|
| AKO | Aktionistische Kampforganisation |
| BH | Bezirkshauptmannschaft |
| BT(B) | Bregenzer Tagblatt |
| CVP | Christlichsoziale Volkspartei |
| DAF | Deutsche Arbeitsfront |
| DGBl | Dornbirner Gemeindeblatt |
| DMG | Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft im VLA |
| DÖW | Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| DZ | Dornbirner Zeitung |
| FZ | Feldkircher Zeitung |
| HJ | Hitlerjugend |
| KdF | Kraft durch Freude |
| LGF | Akten des Land(es)gerichtes Feldkirch |
| LvV | Landbote von Vorarlberg |
| MAF | Militärarchiv Freiburg |
| MS | Manuskript |
| NS | Nationalsozialismus, nationalsozialistisch |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NVT | Neue Vorarlberger Tageszeitung |
| NSKF | Nationalsozialistisches Fliegerkorps |
| NSKK | Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps |
| o.J. | ohne Jahr |
| o.O. | ohne Ort |
| Pg | Parteigenosse |
| RM | Reichsmark |
| SA | Sturmabteilung |
| SDAP(Ö) | Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Österreichs) |
| SS | Schutzstaffel |
| StAD | Stadtarchiv Dornbirn |
| VAB | Vorarlberger Arbeiterblatt |
| VdU | Verband der Unabhängigen |
| VF | Vaterländische Front |
| VL | Vorarlberger Landeszeitung |
| VLA | Vorarlberger Landesarchiv |
| VLReg. | Vorarlberger Landesregierung |
| VN | Vorarlberger Nachrichten |
| VT | Vorarlberger Tagblatt |
| VTZ | Vorarlberger Tageszeitung |
| VV | Vorarlberger Volksblatt |
| VVB | Vorarlberger Volksbote |
| VVfr | Vorarlberger Volksfreund |
| VW | Vorarlberger Wacht |
| VWSSt | Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik |
| WdU | Wahlpartei der Unabhängigen |

# 10. Quellen-, Literatur- und Bildverzeichnis

## Benützte Archive

Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft im Vorarlberger Landesarchiv
Stadtarchiv Dornbirn
Stadtarchiv Meersburg
Vorarlberger Landesarchiv

## Ungedruckte Quellen

Albrich-Chronik (ca. 1920), StAD.
Lanzl, Helmut: Die Auswanderer der Kreisstadt Dornbirn (1941), StAD.
Mahnert, Klaus: Mildernde Umstände. Bericht über den Lebensabschnitt 1913–1945. Innsbruck 1977. Kopie im Besitz des Verfassers.
Nägele, Hans: Vorarlbergs Kampf um seine Selbständigkeit. Die Annexion des Landes durch den Gauleiter Hofer 1938 bis 1940, StAD.
Nägele, Hans: Toni Plankensteiner. o.O., o.J., Kopie im Besitz des Verfassers.
Natter, Martin: Die Heimat Dornbirn im Zeitgeschehen 1933 bis 1946 (Stadtchronik), 1946, StAD.
Protokolle des Christlichen Arbeitervereins Dornbirn. Privatarchiv Herbert Stohs, Dornbirn. Kopien im Besitz des Verfassers.
Turmknopfchronik der Kirche St. Martin 1857 (Abschrift), StAD.
Turmknopfchronik der Kirche St. Martin 1936, StAD.
Weinzierl, Walter: Dornbirns Kampf um die Befreiung 1933–1938 (ca. 1939), StAD.

## Literaturverzeichnis


Albrich, Franz: Auswanderer nach Amerika. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V. Dornbirn 1988, S. 79–84.

Albrich, Thomas: Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 1). Innsbruck 1987.

Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 3). Innsbruck 1988.

Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg. Dornbirn 1949.

Bammert-Ulmer, Ida: Der Turnverein 1862. In: Festschrift '100 Jahre Turnen in Dornbirn'. Dornbirn 1962, S. 25–38.

Bammert-Ulmer, Ida: Die Dornbirner und ihr Museum. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. II. Dornbirn 1988, S. 39–45.

Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988.

Bernhard, Reinhold: Vorarlberg im Brennpunkt politischen und geistigen Wandels 1789–1801 (= Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1). Dornbirn 1984.

Bertsch, Christoph: Fabrikarchitektur. Entwicklung und Bedeutung einer Baugattung anhand Vorarlberger Beispiele des 19. und 20. Jahrhunderts. Braunschweig 1981.

Bertsch, Christoph: ... und immer wieder das Bild von den Maschinenrädern. Beiträge zu einer Kunstgeschichte der Industriellen Revolution. Berlin 1986.

Bilgeri, Benedikt: Vorarlberger Demokratie vor 1861. In: Land Vorarlberg (Hg.): Landstände und Landtag. Bregenz 1961, S. 11–90.

Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt. Politik-Verfassung-Wirtschaft. Wien-München 1980.

Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Bd. IV. Zwischen Absolutismus und halber Autonomie. Wien-Köln-Graz 1982.

Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Bd. V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr. Wien-Köln-Graz 1987.

Binder, Ingo: Geschichte von Dornbirn von 1860–1918. Hausarbeit Innsbruck 1948.

Bischof, Günter/ Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4). Innsbruck 1988.

Böhler, Ingrid/ Schnetzer, Norbert: Die Krisenjahre der Ernährungswirtschaft in der Stadt Dornbirn. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 45–53.

Bohle, Albert: Dornbirn 1901–1976. Zahlen-Daten-Namen. Dornbirn 1976.

Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München 1983.

Brändle, Hermann: Im Einklang. Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte von ca. 1870 bis 1945. Bregenz 1982, S. 143–155.

Brauneder, Wilhelm: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich (= Politische Bildung 54). Wien 1987.

Brix, Emil: Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik. In: Bischof, Günter/ Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4) Innsbruck 1988, S. 93–104.

Bundschuh, Werner: Kreist das "Blut der Ahnen?". Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Statt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 29–82.

Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Statt-Geschichten. Dornbirn 1987.

Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie. Studie zur Darstellung der Geschichte Dornbirns (1850–1950). Dissertation Innsbruck 1988.

Bundschuh, Werner: "Es ist besser, den Mantel des Schweigens auszubreiten ..." In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 123–130.

Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick. Wien 1980.

Butschek, Felix: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945. Wien 1978.

Carsten, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1977.

Cipolla, Carlo/ Borchard K. (Hg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 3. Die Industrielle Revolution. Stuttgart–New York 1985.

Denk-Mal (Hg.): Kreuz und quer. Von der Unmoral der Kirche. Bludenz o. J. (1987).

Denkschrift der industriellen Bezirkskommission Bregenz aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes 1918–1928. Dornbirn 1928.

Deuring, Hermann: Prälat Dr. Karl Drexel. Dornbirn 1956.

Die Textilindustrie Dornbirns. Hg. anläßlich der Gewerbe-Ausstellung 1900. Dornbirn 1900.

Diem, Julius/ Karrer, Bruno: Dornbirns Gewerbe und Industrie. In: Heimat, 7. Jg., 1926. Sonderheft Dornbirn, S. 173–191.

Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 51–73.

Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik. Dissertation Innsbruck 1984.

Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 158–224.

Dreier, Werner: Doppelte Wahrheit. Ein Beitrag zur Geschichte der Tausendmarksperre. In: Montfort, 37. Jg. 1985, Heft 1, S. 63–71.

Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und 'Führer'. Vorarlberg im Umbruch 1918–1938. Bregenz 1986.

Dreier, Werner: Politischer Katholizismus in Vorarlberg. In: Denk-Mal (Hg.): Kreuz und quer. Bludenz (1987), S. 141–157.

Dreier, Werner: "Hier gab es keinen Unterschied". Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung Dornbirns in der Ersten Republik. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Statt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 169–199.

Dreier, Werner: Vorarlberg und die Anschlußfrage. In: Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Innsbruck 1988, S. 183–220.

Dreier, Werner: Versuch einer faschistischen Alternative: Vorarlberg 1933–1938. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Vorarlberg 1938. Bregenz 1988, S. 29–45.

Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988.

Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft. Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988, S. 132–249.

Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920). Bregenz 1989.

Dreier, Werner: Der deutsche Anschluß. In: Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920). Bregenz 1989, S. 119–153.

Dreier, Werner: Die letzten Tage der Demokratie. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 80–87.

Dusek, Peter/ Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich von 1918 bis in die achtziger Jahre. Wien 1981.

Ebenhoch, Ulrike: Die Stellung der Frau in der Geschichte Vorarlbergs 1914–1933 (=Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3). Dornbirn 1986.

Egger, Gernot: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934–1938. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 259–280.

Egger, Gernot: Die KPÖ in Vorarlberg 1933–1938. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945. Bregenz 1985, S. 44–68.

Egger, Gernot: "Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer..." Verfolgung oppositioneller Arbeiter im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 200–209.

Feßler, Josef: Die elektrische Bahn Dornbirn–Lustenau. In: Heimat. 7. Jg., 1926. Sonderheft Dornbirn, S. 191–198.

Feßler, Klaus: Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüsch–Ganahl im Jahre 1910 und seine Hintergründe. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. III, Dornbirn 1988, S. 15–45.

Feßler, Klaus: Der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüsch. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. III, Dornbirn 1988, S. 3–14.

Feßler, Klaus: Bevölkerungsentwicklung in Dornbirn von 1900 bis 1945. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 131–140.

Festschrift vom 6. schwäbisch-bayerischen Bezirksturnen in Dornbirn am 8. und 9. August 1925.

Fitz, Arno Johannes: Die Frühindustrialisierung Vorarlbergs und ihre Auswirkungen auf die Familienstruktur. Dissertation Wien 1981.

Fitz, Arno Johannes: Familie und Frühindustrialisierung in Vorarlberg (= Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2). Dornbirn 1985.

Flechner, Rudolf: Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen zu Dornbirn in Vorarlberg. (=Mittheilungen Nr. XV und XVI des Gewerbe-hygienischen Museums in Wien). Wien 1891.

Florencourt, Bernhard von: Schriftstücke zur Geschichte der konservativen Partei von Vorarlberg im Jahre 1880. Lindau 1881.

Freud, Florian/ Perz Bertrand: Industrialisierung durch Zwangsarbeit. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 95-114.

Fritsch, Sibylle: Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg mit besonderer Berücksichtigung der Bregenzer Festspiele (1945-1947). Dissertation Wien 1975.

Fußenegger, Jakob: Zeitzeuge eines Jahrzehnts. Dornbirn 1988.

Galanda, Brigitte: Ideologie des Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich. 5. Auflage. Wien 1981, S. 51-138.

Geist, Paula: Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49. Bern-Bregenz-Stuttgart 1922.

Gemeindewahlordnung für das Land Vorarlberg. Gesetz vom 22. April 1864. Innsbruck und Feldkirch 1867.

Gemeindewahlordnung für das Land Vorarlberg. Gesetz vom 13. Jänner 1909. Bregenz 1909.

Gille, Bertrand: Bankwesen und Industrialisierung. In: Cipolla, Carlo/ Borchard K. (Hg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3. Die Industrielle Revolution. Stuttgart-New York 1985, S. 119-164.

Gisinger, Arno: Für Gott, Kaiser und Vaterland. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 40-44.

Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten in Vorarlberg. Ihre Eingliederung in Bevölkerung, Siedlung und Wirtschaft. Hausarbeit Innsbruck 1977.

Greber, Gebhard: Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Montfort, 31. Jg., Heft 4, 1979, S. 259-294.

Greber, Gebhard: "Sie sollen uns willkommen sein." - Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Bludenzer Geschichtsblätter. Heft 6, Bludenz 1990, S. 11-64.

Greber, Gebhard: Heiligenbilder statt Führerbilder. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 108-122.

Greussing, Kurt: Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938. In: Botz, Gerhard u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München- Zürich 1978, S. 341-359.

Greussing, Kurt: Grenzstationen - Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur

neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 107–143.

Greussing, Kurt: Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 341–357.

Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984.

Greussing, Kurt: 100 Jahre "Gastarbeit" in Vorarlberg. In: Bludenzer Geschichtsblätter Heft 3/4, Bludenz 1989, S. 3–18.

Greussing, Kurt: Die Veränderung des politischen Bewußtseins der italienischen Arbeitszuwanderer in Vorarlberg. In: Bludenzer Geschichtsblätter. Heft 3/4, Bludenz 1989, S. 25–34.

Greussing, Kurt (Hg.): Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989.

Großmann, Ralf/ Wimmer, Rudolf: Schule und Politische Bildung I. Die historische Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich. (=Klagenfurter Beiträge zur bildungswissenschaftlichen Forschung 6). Klagenfurt 1979.

Gulick, Charles: Österreich von Habsburg zu Hitler. Wien 1976.

Hätele, Franz: Die Josefinischen Unruhen in Dornbirn. In: Feierabend. Wochenbeilage zum "Vorarlberger Tagblatt". 6. Jg., 21. Lenz 1924, S. 49–50.

Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservativismus. Bregenz 1977.

Haffner, Leo: Die Aufklärung und die Konservativen. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholisch-Konservativen Partei in Vorarlberg. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 10–31.

Haffner, Leo: "Der Liberalismus bringt keinen Segen." Martin Thurnher – ein Leben für den Konservativismus. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald: Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 83–121.

Hammerle, Johannes: Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934–1938. Hausarbeit Innsbruck 1981.

Hammerle, Johannes: Die Christlichsozialen und der Ständestaat. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Vorarlberg 1938. Bregenz 1988, S. 29–45.

Hämmerle, Rudolf: Geschichte der Familie Rhomberg mit Auszug aus dem Dornbirner Familienbuch. Dornbirn 1974.

Hämmerle, Walter: Dornbirn. Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel. Dissertation Innsbruck 1974.

Hanisch, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938. Wien-Salzburg 1977.

Hanisch, Ernst: Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des "Austrofaschismus". In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. 4. erweiterte Auflage. Wien 1988, S. 53–73.

Hanisch, Ernst: Westösterreich. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 437-456.

Hartmann, Armin: 125 Jahre Turnen in Dornbirn. Dornbirn 1987.

Herburger, Leo: Dr. Johann Georg Waibel, sein Leben und Wirken. Dornbirn 1909.

Herrburger & Rhomberg (Hg.): Das 100-jährige Jubiläum der Firma 1795-1895. o.J. o.O.

Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938 (= Studien und Quellen zur Zeitgeschichte 1). Wien 1978.

Hölzl, Norbert: Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971. Wien 1974.

Huchler, Rudolf: Das Standschützen-Bataillon Dornbirn im Weltkriege. Dornbirn 1927.

Huck, Gerhard: Sozialgeschichte der Freizeit. Wuppertal 1980.

Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985.

Jäger, Reinhard: Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Konservativismus im Bodenseeraum von 1830 bis 1870. Hausarbeit Innsbruck 1983.

Jagschitz, Gerhard: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz-Wien-Köln 1976.

Jedlicka, Ludwig/ Neck, Rudolf (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Wien 1975.

Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985.

Johler, Reinhard: "Jetzt würds heall, jeatzt würds liacht". Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip:Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 225-258.

Johler, Reinhard: Behinderte Klassenbildung - am Beispiel Vorarlberg. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde, Heft 2, 1986, S. 51-57.

Johler, Reinhard: Wahrnehmungswelten. Die Einwanderung italienischsprachiger Arbeiter und Arbeiterinnen in Vorarlberg 1870-1914. Diplomarbeit Universität Wien 1986.

Jung-Vaterland (Hg.): Vormilitärische Ausbildung. Exerzierordnung (= Jung-Vaterland- Bücherei). Wien o.J.

Junius-Verlag (Hg.): Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung. Texte aus der Zwischenkriegszeit. Wien 1981.

Kalb, Franz: Dornbirn wie es früher war. Dornbirn 1984.

Kalb, Franz: Die zweite Waldteilung von 1790. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 25-26.

Kalb, Franz: Dornbirner Sturmtage um 1790. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 11-16.

Kalb, Franz: Dornbirn, junge Stadt aus vielen Dörfern. In: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins. Bregenz 1989, S. 101–111.

Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952.

Karrer, Bruno: Vorarlberg. Eine Entgegnung auf Dr. Pirkers Schrift "Das Vorarlberg". Feldkirch o.J. (1920).

Katholische Arbeitnehmerbewegung Österreichs (Hg.): Dokumente. Etappen der katholisch-sozialen Bewegung in Österreich seit 1850. Wien (1980).

Kaufmann, Fritz: Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart. Wien– München 1978.

Kemmerling-Unterthurner, Ulrike: Dornbirner Jugendvereine und ihr politischer Hintergrund. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 62–69.

Kernbauer, Hans/ März, Eduard/ Weber, Fritz: Die wirtschaftliche Entwicklung. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz-Wien-Köln 1983, S. 343–379.

Kuhn, Elmar: Industrialisierung in Oberschwaben und am See. 2 Bände (= Geschichte am See 24/1 und 24/2). Friedrichshafen 1984.

Land Vorarlberg (Hg.): Landstände und Landtag in Vorarlberg. Geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der Wiedererrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861–1961). Bregenz 1961.

Lanzl, Helmut: Dornbirner in aller Welt. In: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1961. Bregenz 1962, S. 106–146.

Lanzl, Helmut/ Kersten, Bruno: Dornbirn im Wandel der Zeiten. Dornbirn 1951.

Lauber Heinz/ Rothstein Birgit: Der 1. Mai unter dem Hakenkreuz – Hitlers "Machtergreifung" in Arbeiterschaft und in Betrieben. Augen- und Zeitzeugen, Daten, Fakten, Dokumente, Quellentexte, Thesen und Bewertungen. Gerlingen 1983.

Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten. In: Bischof, Günter/ Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4). Innsbruck 1988, S. 127–153.

Leissing, Uwe: Die Kasinobewegung in Dornbirn. Ein Beitrag zur katholisch-konservativen Parteientwicklung in Vorarlberg. Diplomarbeit Universität Innsbruck 1990.

Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg 1945. Bregenz 1975.

Mayr, Andrea: "Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen". Leben und Politik der Tiroler Landtagsabgeordneten Maria Ducia (1875–1959). In: Greussing, Kurt (Hg.): Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989, S. 126–130.

Mathis, Hildetraud: Die Malerfamilien Rhomberg und Rick. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 72–74.

Matt, Werner: Das Wirken der Gemeinde. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 57–61.

Mattl, Siegfried: Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. 4. erweiterte Auflage. Wien 1988, S. 133–159.

Mattl, Siegfried/ Stuhlpfarrer, Karl: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988, S. 601–624.

Metzler, Franz Gebhard: Monsignore Anton Ender. Dekan und Stadtpfarrer in Feldkirch. Feldkirch (1954).

Mikoletzky, Hanns Leo: Österreich. Das große 18. Jahrhundert. Wien 1967.

Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip:Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 73–132.

Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. Zur Geschichte der Dornbirner Sozialdemokratie in der Monarchie. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald: Dornbirner Statt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 122–168.

Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus. Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889–1918). Dissertation Wien 1988.

Moosbrugger, Günther Anton: Dornbirn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Stadt Dornbirn (Hg.): Die Gartenstadt Dornbirn. Ein Heimatbuch zum 50. Jahrestage der Stadterhebung. Dornbirn 1951, S. 7–14.

Moosbrugger, Pius: Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832. Dornbirn 1898.

Nägele, Hans: Zum 80. Geburtstag Victor Hämmerles. In: Feierabend. Sonderheft des Vorarlberger Tagblattes vom 23.2.1935.

Nägele, Hans: Hundert Jahre F.M.Hämmerle. Dornbirn 1936.

Nägele, Hans: Die Vorarlberger Textilindustrie (= Der Bindenschild. Darstellungen aus dem Gebiete der materiellen Kultur und Wirtschaft Österreichs. Heft 2). Wien 1947.

Nägele, Hans: Das Textilland Vorarlberg. Dornbirn 1949.

Nägele, Hans: Herrburger und Rhomberg. Dornbirn–Innsbruck–Wien 1795–1945. Dornbirn 1949.

Nägele, Hans: Die Dornbirner Industrie. In: Stadt Dornbirn (Hg.): Die Gartenstadt Dornbirn. Ein Heimatbuch zum 50. Jahrestage der Stadterhebung. Dornbirn 1951, S. 243–267.

Nägele, Hans: Victor Hämmerle zum 100. Geburtstag. Dornbirn 1955.

Nägele, Hans: Hermann Rhomberg. Wien 1962.

Nägele, Hans: Dornbirner Unternehmer. Lustenau 1965.

Nägele, Hans: Carl Ganahl, Victor Hämmerle, Andre Gaßner. Drei Persönlichkeiten der Vorarlberger Textilindustrie. Lustenau 1966.

Nägele, Hans: Vorarlberg im Industriezeitalter. Lehren und Folgen der Wirtschaftsgeschichte des Landes. Bregenz 1974.

Natter, Bernhard: "Ein Schutzdamm gegen die Sturmfluten des Sozialismus". Zur politischen Funktion der Bildungs- und Kulturarbeit der katholischen Arbeiterbewegung in Tirol vor 1934. In: Greussing, Kurt (Hg.): Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989, S. 106–110.

Neugebauer, Wolfgang/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u.a.(Hg.): Österreich und der Zweite Weltkrieg. Wien 1989.

Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politischer Theorien und Ideologien. Reinbek bei Hamburg 1977.

Niederstätter, Alois: In memoriam Dipl. Ing. Rudolf Hämmerle. In: Montfort, 36. Jg. 1984, S. 276–278.

Niederstätter, Alois: Dornbirner Landsbräuche des 16. und 17. Jahrhunderts. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. I, Dornbirn 1987, S. 27–41.

Niederstätter, Alois: Die Dornbirner Bevölkerung in der Feudalzeit. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IV, Dornbirn 1988, S. 33–36.

Niederstätter, Alois: Der "Loskauf von Ems". In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IV, Dornbirn 1988, S. 55–57.

Niederstätter, Alois: Dr. Joseph Ganahl (1759–1833). In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 31–35.

Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule (=Schriften zur Vorarlberger Landeskunde Bd. 7). Dornbirn 1967.

Oberkofler, Gerhard: Der 15. Juli 1927 in Tirol (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 23). Wien 1982.

Oberkofler, Gerhard: Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Trentino. In: Konrad, Helmut (Hg.): Die deutsche und die österreichische Arbeiterbewegung zur Zeit der Zweiten Internationale (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 24). Wien 1982, S. 67–88.

Oberkofler, Gerhard: Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890. Vom Arbeiterbildungsverein zur Arbeiterpartei. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 22–72.

Oberkofler, Gerhard/ Rabofsky, Eduard: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938. Wien 1988.

Olschbaur, Wolfgang: Zur Gründungsgeschichte der evangelischen Gemeinde in Vorarlberg. In: Olschbaur, Wolfgang/ Schwarz, Karl: Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum. Bregenz 1987, S. 22–35.

Olschbaur, Wolfgang/ Schwarz, Karl: Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum. Bregenz 1987.

Österreichischer Rundfunk (Hg.): Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945. Dornbirn (1965).

Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938. Wien- München-Zürich 1972.

Peter, Norbert: Christlicher Antisemitismus am Beispiel der Hohenemser Judengemeinde. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 32-50.

Petsche-Rüsch, Dora: Die Entwicklung der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870 bis 1918. Dissertation Innsbruck 1948.

Pichler, Meinrad: "... die amerikanische Prosa in Poesie verwandeln..." Vorläufige Anmerkungen zu Leben und Werk des Vorarlberger Amerikaauswanderers Johann Josef Rhomberg (= Österreich in Geschichte und Literatur. 25. Jg., Heft 6, Wien 1981, S. 363-380).

Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte von ca. 1870 bis 1945. Bregenz 1982.

Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 191-206.

Pichler, Meinrad: Schriften zu Dornbirn. Eine bibliographische Sammlung. Bregenz 1983.

Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit." Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 281-298.

Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 71-84.

Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 85-102.

Pichler, Meinrad: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S.258-261.

Pichler, Meinrad: "Ussar mit da Fahna!" In: Allmende, Nr. 14, 1986, S. 78-86.

Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 15-31.

Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988.

Pichler, Meinrad: "Wer auf die Fahne des Führers schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört." Vorarlberger Jugend unter der NS-Herrschaft. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 109-125.

Pichler, Meinrad: Bei der Arbeit. Bilder aus der Vorarlberger Arbeitswelt von 1880 bis 1938. Bregenz 1989.

Pichler, Meinrad: Zwischen allen Fronten. Aufstieg und Fall des Arbeiterfunktionärs Meinrad Hämmerle. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde Nr. IX. Dornbirn 1990, S. 101–107.

Prembaur, Walter: Im letzten Kampf um Österreich. Wien-Leipzig 1939.

Rape, Ludger: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920–1923. Wien 1977.

Rape, Ludger: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920–1923. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 74–94.

Reitschuler, Günter: Die Geschichte Dornbirns von 1919 bis zum März 1933. Hausarbeit Innsbruck 1973.

Rhomberg, Harald: Sport und Erholung im 19. Jahrhundert. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1988, S. 75–77.

Rhomberg, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung der Baumwollindustrie in Dornbirn und Umgebung. In: Beitrag zur Geschichte der Entwicklung der Baumwollindustrie in Vorarlberg. Feldkirch 1873.

Rosa, Peter de: Gottes erste Diener. Die dunkle Seite des Papsttums. München 1989

Ruppert, Wolfgang: Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland. München 1983.

Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien 1978.

Scheffknecht, Wolfgang: Kriegsflüchtlinge und Kriegsgefangene in Vorarlberg. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Lochau (1989), S. 62–71.

Scheiner, Alfred (Hg.): Festschrift zur Konsumgenossenschaft Dornbirn. 1899–1929. Zur Erinnerung an das dreißigjährige Bestehen der Konsumgenossenschaft Dornbirn. Dornbirn (1929).

Schelling, Georg: Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in Vorarlberg. Ergänzt und mit Register versehen von Meinrad Pichler. Bregenz (1987).

Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918. Wien 1961. 2. Auflage (neue Paginierung). Feldkirch 1978.

Schieri, Monika: Der Loskaufvertrag von 1771. In: Montfort, 23. Jg., 1971, S. 245–263.

Schnetzer, Norbert: Landwirtschaft. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Lochau (1989), S. 91–97.

Schindler, Heinz: Die vier Städte Vorarlbergs. Dissertation Wien 1949.

Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981.

Spann, Gustav: Zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges. In: Neugebauer,

Wolfgang/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u.a.(Hg.): Österreich und der Zweite Weltkrieg. Wien 1989, S. 9–38.

Sparkasse Dornbirn (Hg.): 90 Jahre Dornbirner Sparkasse im Dienste der heimischen Wirtschaft. Dornbirn (1958).

Stadler, Karl: Die Gründung der Republik. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1. Graz-Wien-Köln 1983, S. 55–84.

Stadt Dornbirn (Hg.): Die Gartenstadt Dornbirn. Ein Heimatbuch zum 50. Jahrestage der Stadterhebung. Dornbirn 1951.

Stadt Dornbirn (Hg.): Gedenkausstellung Dornbirner Ehrenbürger in der Vorarlberger Naturschau 15.10–14.11.1976. Dornbirn 1976.

Stärk, Wilhelm: Wesen und Art des Dornbirners. Eine Anthologie der schönsten Lesefrüchte. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 14–28.

Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dornbirner Realschule (1878–1950). Dissertation Innsbruck 1989.

Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei und Errichtung des "Autoritären Ständestaates". In: Jedlicka, Ludwig/ Neck, Rudolf (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975, S. 65–81.

Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981.

Sutterlütti, Robert: Italiener in Vorarlberg 1870–1914: Materielle Not und sozialer Widerstand. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip:Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 133–157.

Sutterlütti, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg 1870–1918. In: Bludenzer Geschichtsblätter. Heft 3/4, Bludenz 1989, S. 35–83.

Tänzer, Aron: Die Geschichte der Juden in Hohenems und im übrigen Vorarlberg. Meran 1905. Unveränderter Nachdruck Bregenz 1982.

Talos, Emmerich: Das Herrschaftssystem 1934–1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. 4. erweiterte Auflage. Wien 1988, S. 345–369.

Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): 'Austrofaschismus'. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. 4. erweiterte Auflage. Wien 1988.

Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988.

Tanner, Albert: Das Schiffchen fliegt – die Maschine rauscht. Weber, Sticker und Unternehmer in der Ostschweiz. Zürich 1985.

Thalmann, Otto (Hg.): 50 Jahre Stadt Dornbirn 1901–1951. Dornbirn 1951.

Tiechl, Fritz: Dornbirn im Ersten Weltkrieg. Hausarbeit Innsbruck (1972).

Tiefenthaler, Meinrad (Hg.): Die Berichte des Kreishauptmannes Ebner (= Schriften zur Vorarlberger Landeskunde. Bd. 2). Dornbirn 1950.

Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden. Bregenz 1986.

Turnerschaft der Stadt Dornbirn (Hg.): Festschrift 100 Jahre Turnen in Dornbirn. Dornbirn 1962.

Turnverein Dornbirn (Hg.): Gedenkschrift des Turnvereins Dornbirn zum 25-jährigen Gründungsfeste 1862-1887. Dornbirn 1887.

Ulmer, Andreas: Kriegergedächtnisbild und Giebelmosaik von Professor Josef Huber, Feldkirch, an der Stadtpfarrkirche St. Martin, Dornbirn. Hg. von der Stadt Dornbirn, Dornbirn 1925.

Ulmer, Andreas: Die Volkserhebung gegen die Josefinischen Neuerungen in Dornbirn (1789-91). In: Montfort, 3. Jg., 1948, S. 50-60 und S. 196-231.

Ulmer, Anton: Der Turnerbund. In: Turnerschaft der Stadt Dornbirn (Hg.): Festschrift 100 Jahre Turnen in Dornbirn. Dornbirn 1962, S. 41-48.

Ulmer, Ferdinand: Das Eindringen der Italiener in Vorarlberg. Eine historische Reminiszenz. In: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 2. Jg., Bd. 1, Bregenz 1946, S. 5-41.

Vallaster, Christoph: Ehrenbürger in Vorarlberg. Ehrenbürger der Vorarlberger Städte und Marktgemeinden. Bregenz 1986.

Vaterländische Front (Hg.): Bundeskanzler Dr. Dollfuß in Vorarlberg. Festprogramm 29. Juni 1934.

Volaucnik, Christoph: Die Entwicklung der Sozialfürsorge. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. VI, Dornbirn 1989, S. 47-57.

Volaucnik, Christoph: Die heimischen Handwerker. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1989, S. 44-47.

Volaucnik, Christoph: Die Dornbirner Stickereiindustrie. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V, Dornbirn 1989, S. 41-43.

Volaucnik, Christoph: Industrie und Gewerbe. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914-1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Lochau (1989), S. 79-86.

Volaucnik, Christoph: Soziale Lage der Arbeiter und Lohnsituation. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914-1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Lochau (1989), S. 87-90.

Volaucnik, Christoph: Anmerkungen zur Wirtschaftsentwicklung Dornbirns 1790-1813. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. VII, Dornbirn 1989, S. 23-40.

Vonbank, Elmar: Abschied von Hans Nägele. In: Montfort, 25. Jg., 1973, Heft 1, S. 86-91.

Walser, Harald: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 96-106.

Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-38 (= Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 28). Wien 1983.

Walser, Harald: Anspruch und Wirklichkeit. Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 308–340.

Walser, Harald: Die letzten Tage des Krieges. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945. Bregenz 1985, S. 214–233.

Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners. Hugo Lunardon und der Nationalsozialismus in Dornbirn. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 210–240.

Walser, Harald: Der Stoff, aus dem Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem "Anschluß". In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 32–58.

Walser, Harald: Geschichte der Vorarlberger NSDAP. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Vorarlberg 1938. Bregenz 1988, S. 49–57.

Walser, Harald: "... Ein starker Stich ins Pikante" – Filmzensur in Vorarlberg nach dem Ersten Weltkrieg. In: Kultur, 4. Jg., Nr. 3, Dornbirn 1989, S. 4–5.

Walser, Harald: Emanzipation und Ausgrenzung. Die Hohenemser Judengemeinde im 19. Jahrhundert. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988, S. 84–131.

Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Bregenz 1989.

Walser, Harald: Die Rüschwerke – ein Dornbirner Rüstungsunternehmen. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX, Dornbirn 1990, S. 95–100.

Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921–1938. Feldkirch 1977.

Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik. In: Montfort, 32. Jg. 1980, Heft 2, S. 104–116.

Wanner, Gerhard: Frühindustrialisierung und gesellschaftspolitischer Wandel im Zeichen der "Vorarlberger Konterrevolution" (1789–1800). In: Wanner, Gerhard (Hg.): Neue Perspektiven 1809. Lochau 1985, S. 19–33.

Wanner, Gerhard: Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Feldkirch 1986.

Wanner, Gerhard: Vorarlberger Zeitgeschichte. Quellen-Darstellung-Bilder. Erste Republik 1918–1938. Lochau 1984.

Wanner, Gerhard: 1938. Der Anschluß Vorarlbergs an das Dritte Reich. Lochau (1988).

Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der Erste Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Lochau (1989).

Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte. Feldkirch 1990.

Weber, Jochen: Dornbirn zur Zeit des Anschlusses von Österreich an das Deutsche Reich. Fachbereichsarbeit aus Geschichte Dornbirn 1988.

Weber, Wolfgang: Zur Entwicklung und Bedeutung der völkisch-deutschen Turnbewegung in Vorarlberg unter besonderer Berücksichtigung des Turnvereins Dornbirn 1862. Diplomarbeit Universität Innsbruck 1989.

Weber, Wolfgang: "Alles uns und dem gesamten Deutschen Volk zu Liebe" – zum politisch-ideologischen Aspekt des Deutschen Turnens in Dornbirn. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX. Dornbirn 1990, S. 70–74.

Weber, Wolfgang: Anmerkungen zur Stadtgeschichte 1945–1955. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. IX. Dornbirn 1990, S. 141–149.

Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bde. Wien 1983.

Weitensfelder, Hubert: Gemeindepolitik als Geschichte. In: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde. Nr. V. Dornbirn 1988, S. 55–56.

Weitensfelder, Hubert: Interessen und Konflikte. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Dornbirns zwischen 1770 und 1850. Erscheint im Herbst 1990.

Winkel, Herwig: Die Volks- und Hauptschulen Vorarlbergs in der Zeit des Nationalsozialismus (= Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart Bd. 4). Dornbirn 1988.

Winsauer, Franz Gebhard: Lehrer und Sticker. Erinnerungen, Erfahrungen und Überlegungen des 83-jährigen. Dornbirn (1974).

Wreßnig, Ferdinand: Über die Entwicklung der Industrie in Vorarlberg. Dissertation Innsbruck 1927.

Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Wien 1974.

## Bildquellennachweis

Aus Bertsch, Christoph: ... und immer wieder das Bild von den Maschinenrädern. 81 (unten)

Sammlung Hengl/ Stadtarchiv Dornbirn 116 (oben), 119 (oben)

Johann-August-Malin-Gesellschaft 91 (links), 193, 235

Aus Metzler, Gebhard: Dekan Ender 101 (rechts)

Stadtarchiv Dornbirn 21 (oben), 31, 35, 54, 59, 62, 67, 71 (unten), 77, 81 (oben), 84, 97, 101 (links), 107, 116 (unten), 119 (unten), 122, 129, 154, 162, 165, 173, 180, 186 (links), 189, 203, 211, 215, 229, 243, 247, 255

Stadtarchiv Feldkirch 186 (rechts)

Vorarlberger Landesarchiv, Naumann-Nachlaß 45

Dr. Peter Wladika 21 (unten), 71 (oben), 91 (rechts), 94, 147, 159

# 11. Register

## Personen- und Firmenregister


Albinger Johann Georg 123
Baufirma Albrich 149
Albrich Anton 281
Albu Joachim 238
Alster Franz 324
Amberg, Bischof 51 f.
Amann Bruno 239, 254
Amann Daniel 318
Arco-Valley Anton, Graf 296
Aßmann Alwin 172, 230, 256, 305
Bammert-Ulmer Ida 256, 258, 263
Bechinie Ludwig 171
Bell Waltraud 152
Berchtold Alois 56, 95, 271
Bickel Fritz 323
Bilgeri Benedikt 298, 309
Binder Franz 135
Bion Peter 266
Blum Anton 217
Bregenzer Textilmanufaktur 16
Bobleter Josef Anton 273
Bodemann Rudolf 235, 239
Bösch Bernhard 324
Bösch Andreas 322
Bösch Johann 318
Bössner Ernst 324
Bohle Eugen 237, 322
Bohle Karl 9, 13 f., 266
Bohle Lorenz 209
Bohle Maria 117 ff., 123, 134
Boor Jakob 324
Bröll Edwin 324
Buresch Karl 308
Bürckel Josef 218, 221
Cornet, Bezirkshauptmann 117
Coufal Johann 86 f., 113
Danner Albert 85
Daubrawa Franz Anton von 32
Delfiner Max 223
Diem Armin 239
Diem Georg 244, 298
Diem Josef 135, 167 f., 298
Dietrich Alois 161
Dollfuß Engelbert 181, 183, 185 ff., 190 f., 196 f., 199, 201, 205 f., 208, 211, 261, 305, 307, 311, 314 ff.
Dornier- Werke 224
Adelsfamilie Douglas 43
Douglas John 278
Dreher Josef 221, 242, 244, 251, 324
Drexel Franz Martin 30, 273
Drexel Karl 12 f., 64 f., 74 f., 87, 98 f., 101, 103 f., 108, 112, 159, 161, 164, 207, 261, 272, 290
Drtil Rudolf 314
Ducia Maria 136, 298
Dür Lorenz 98, 154 f., 197, 313
Ebner Johann Ritter von 26–28
Eisenstein Sergej 157
Eisner Kurt 131, 296
Elsensohn Eugen 193
Emig Julius 135, 139, 296
Ender Anton 99–102, 115, 136, 153 f., 301
Ender Otto 136, 159, 163 f., 179, 182, 296, 305
Enigmatus 246
Ertl Eduard 88, 112 f.
Escher Gustav Albrecht 20
Exner Ernst 193
Eyring Christian 183
Fäßler Anna 322
Fäßler Josef Anton 151 ff., 198, 244, 300, 314, 324
Fauinister Marcelin 254
Feierle Erich 211, 214
Feierle Franz Josef 109, 113 f., 135, 139
Fels Ludwig 231
Feuerle Josef 85
Feuerstein Daniel 74
Feuerstein Martin 271
Fey Emil 191
Fink Barnabas 151
Fink Gebhard 56, 64
Fink Jodok 103, 135, 164
Fitz Arno 267 f.
Fitz Paul 287
Florencourt Berhard von 62 f., 283
Fontain Georg 246, 326
Franz Ferdinand, Thronfolger 114
Franz Joseph I., Kaiser 43, 69, 76, 79, 96, 277, 281

Frick Roman 234
Froschauer Sebastian von 52, 281
Firma David Fussenegger 170
Firma J.M. Fussenegger 147, 322
Fussenegger David 60, 271, 322
Fussenegger Johann Michael 19, 60, 269
Fussenegger Karl 78 f., 106
Fussenegger Martin, Dachdecker 87
Fussenegger Martin 271
Fussenegger Otto 66
Fussenegger Otto, Wagner 109, 135, 139, 167
Fussenegger Wilfried 231
Fussenegger Wilhelm 50, 66
Fussenegger, Mühlemacher 72
Firma Gabriel & Herosé 19
Gabriel Eugen 305
Ganahl Carl 40, 43, 51, 277, 289
Ganahl Josef 23
Ganahl Rudolf 51
Gasperini Domenico 90
Gasser Johann Kaspar 273
Gasser Josef 157, 179, 306
Gaßner Josef 89
Gierer Ferdinand 13, 207
Gisinger Otto 242
Glatzl Alois 194
Goudounaix Alain 326
Grabher Eugen 217
Grabher Rudolf 203, 308
Greber Jakob 217
Gunz Rudolf 308
Gutensohn Johann 237, 322
Firma F.M.Hämmerle 18, 21, 31, 33, 38, 41, 60, 66, 70, 76 f., 79, 90, 96, 121, 123, 125, 155 f., 161, 170 f., 185, 198, 207, 209, 223 f., 226 f., 232 f., 254, 257, 259 f., 269, 274, 286 f., 300, 303
Hämmerle Arthur 185, 253
Hämmerle Baptist 70
Hämmerle Franz Martin 18, 20, 31, 49, 69, 74, 269, 284, 286
Hämmerle Guntram 31, 70, 284
Hämmerle Hubert 195, 265
Hämmerle Josef Andrä 269
Hämmerle Meinrad 308
Hämmerle Otto 31, 49 f., 66 f., 70, 75 f., 78, 274, 284, 286, 317
Hämmerle Rudolf 13, 185, 198, 212, 233, 256 f., 314
Hämmerle Theodor 31
Hämmerle Viktor 10, 13, 31, 34, 49, 69 f., 75 f., 78 ff., 171, 187, 194, 207 f., 231, 284, 320
Hämmerle Viktoria 269
Hämmerle Wilhelm 70, 284
Haffner Leo 279
Hagen Thomas 283
Hanisch Ernst 301
Harrich Josef 87 f.
Heilbrunner Leo 238
Heine Johann 87 f.
Heinkel- Werke 224
Heinzle Conrad 95 f.
Heinzle Jacob 87
Heinzle Ernst Josef
Heinzle Josef 237
Heinzle Hugo 155, 314
Hemrich Adolf 191, 311
Herburger Leo 50, 58, 74, 105, 280
Herrburger Joseph Anton 16 ff., 23
Firma Herrburger & Rhomberg 16, 18, 21, 27, 32, 48, 62, 76, 91 f., 93, 121, 170 f., 224, 232, 252 f., 259 f., 265, 269, 286
Firma Herzmansky AG 12, 223
Hilbe Johann Georg 95
Hilbe Martin 273
Hiller Christian 204
Hillizer Hermann 287
Himmer Elsa 237
Himmer Wilhelm 210, 235 ff., 263
Hitler Adolf 171, 186 f., 210, 212, 218, 220
Hofbauer Klemens Maria 82
Hofer Franz 221, 228 f., 302, 319
Höfel Josef 237
Höfle Edwin 195
Huber Emil 237
Huber Georg 273
Huber Johann 17, 50
Huber Josef 303
Huber Martin 275
Huber Roman 308
Huebmer Hans 325
Ilg Ulrich 164, 179, 182, 198, 217 f., 244 f., 250, 261, 318, 325

Innitzer Theodor 315 f.
Jäger Johann 322
Jäger Josef 237
Firma Jenny & Schindler 43, 278
Jenny Melchior 20
Jille-Mayer Julie 157
Jochum Martin 56
Josef II., Kaiser 22
Jussel Anton 69, 283
Kaiser Kurt 325
Kalb Georg 22
Karl I., Kaiser 115 f., 141
Karrer Bruno 131, 183, 303
Katzengruber Franz 244, 256
Kaufmann Emil 238
Kaufmann Johann 322
Kaufmann Kaspar 273
Kaufmann Martin 147, 153, 301
Ketteler Immanuel 95
Kilga Johann 155
Kilga Julius 235
King Edwin 195
Firma Josef Kirchberger 224
Klocker Anton 135
Klocker Anton, Auswanderer 273
Kochmann Siegfried 285
Kölbl Eugen 195
Kohler Johann 45, 282 f.
Kothbauer Alfons 217
Kolping Adolf 93
Konrad von Altötting 202
Konzett Andreas 183
Kopf Rudolf 181
Krank Eduard 256
Krcal Karl 100
Krenn Anton 163 f.
Kremmel Cornelius 324
Kunschak Leopold 308
Künz Jakob 56
Künz Xaver 85
Kuster Ludwig 19
Lampert Carl 263, 322
Längle Benedikt 95, 98
Lässer Konrad 269
Lampert Stefan 235
Lanter Josef 24
Lanzl Helmut 13, 184, 258, 263, 266, 308
Leibfried Hermann 88, 90 ff., 106, 111, 113
Leibfried-Brüstle Marie 89
Leimgruber Ignaz 86
Lenz Michael 18
Leo XIII., Papst 95 f.
Leo Josef Anton von 23
Leone Peter 267
Leuprecht Ferdinand 308
Linder Anton 127, 135, 139, 147, 149, 156, 158, 163 f., 181 f., 295, 298, 305
Lintner Erwin 154, 182
Lohs Adolf 237
Lorenz Thomas
Loser Franz 103
Loser Karl 231
Ludwig Wilhelm 324
Luger Engelbert 14, 104-108, 110, 127 f., 131, 135, 138 f., 151, 155, 157, 159, 161, 167, 167, 260, 264, 272, 290, 292, 298
Luger Johann Georg 270
Luger Johann Martin 211 f., 242, 300
Luger Josef 85
Luger Karl 312
Luger Martin 33
Luger Wilhelm 318
Lunardon Hugo 195 f., 216, 234 f., 263
Luoger Marx Alois 17
Mähr Josef 221
Mäser Alfons 196, 214, 216, 220, 313, 318, 324
Mäser Alwin 196, 220, 324
Firma Benedikt Mäser 224
Mäser Johann 318
Mahnert Klaus 221
Malaun Otto 287
Malin Johann August 237, 323
Mandorff Rudolf von 63
Maria Theresia, Kaiserin 23
Martin Hans 135, 139, 144, 159, 167 f., 198
Maximilian II. von Bayern, König 277
Mayer Franz 109
Mayer Hugo 244
Mayer Jakob 168
Mayer Jakob, Bauer 270
Messerschmitt- Werke 224
Metternich, Fürst von 40, 65
Metzler Bruno 308
Metzler Fani 139, 298
Meusburger Alois 123

Meusburger Josef Anton 123
Muxel Alois 196
Miklas Wilhelm 191
Mittersteiner Reinhard 84
Mohr Wilhelm 201
Moosbrugger Günther Anton 13 f., 244 f., 247 f.
Moosbrugger Josef Hermann 195
Motzko Alma 314
Mussolini Benito 210, 228
Nägele Ferdinand 308
Nägele Hans 11, 13, 142, 184, 190, 232, 257 f., 263, 266, 285, 289
Natter Johann 318
Natter Leopold 318
Natter Martin 123, 126, 130, 132 f., 135, 137, 139, 181, 187 f., 194, 249, 307, 312
Negrelli Alois 25
Niederer Albert 146 f.
Oberhauser Franz Josef 102
Ölz Josef 271
Ölz Josef Anton, Dr. 43 ff., 48, 52, 57, 64, 68, 278
Ölz Josef Anton, Bauer 135
Österle Hans 324
Ötti Gottfried 240
Paterno Hilar 235 f., 238
Pazout Franz 112
Pechota Franz 88, 288
Perle Alois 324
Perle Franz 235
Peter Johann 237
Peter Manfred Ulrich 195
Peter Reinelde 152
Petter Heinrich 317
Pichler Josef 149
Pirker Paul 141
Pius IX., Papst 53, 281
Plankensteiner Anton 159, 183, 186, 188, 194, 197, 211, 214, 216, 218, 221, 228, 233, 262, 302, 312
Pölzl Richard 102
Pommer Helmuth 195
Preiß Fritz 127
Prembauer Walter 211
Firma Raff & Söhne 171
Redler Karoline 322
Rein Ernst 322
Rein Johann 29
Rein Josef 271
Rein Thomas 29, 298
Rein Thomas, Fabriksheizer 112
Rein Thomas, Bauer 135
Reiter Manfred 240, 242
Reitschuler Günter 301
Remmlinger Julius 287
Renner Karl 208
Resch Josef 151
Firma Franz M. Rhomberg 18, 20, 60, 170 f., 223 f., 226, 232 ff., 254, 258, 262, 269, 320
Firma Rhomberg & Lenz 18, 25, 32, 267
Rhomberg Adolf 32, 55, 57 f., 60–65, 82, 87, 96 f., 117, 136, 153 f., 282 f., 290, 301
Rhomberg Albert 52, 57, 61, 65, 69, 279, 281
Rhomberg Alois 19
Rhomberg Arthur 82
Rhomberg August 50, 52, 61, 78
Rhomberg Benedikt 66
Rhomberg Erika 196
Rhomberg Eugen 185, 253, 326
Rhomberg Franz, Bürgermeister 27, 279
Rhomberg Franz 78
Rhomberg Franz, Dr. 298
Rhomberg Franz Josef 19
Rhomberg Franz Josef, Stabhalter 269
Rhomberg Franz Martin, Hirschenwirt 18, 24
Rhomberg Franz Martin d. Ältere 17
Rhomberg Franz Martin d. Jüngere, Fabrikant 20
Rhomberg Franz Xaver
Rhomberg Grete 224
Rhomberg Gustav 73, 78, 87, 109
Rhomberg Hermann 13, 168, 223, 262
Rhomberg Hubert 135, 139
Rhomberg Ignaz 85
Rhomberg Johann Josef 273
Rhomberg Josef 279
Rhomberg Josef Andre 37
Rhomberg Josef Anton, sen. 18, 279
Rhomberg Josef Anton, jun. 18, 25, 279

Rhomberg Julius 91 ff., 111, 127, 142, 148, 289 f., 303
Rhomberg Karl 66
Rhomberg Lorenz d. Ä. 18 f., 24 ff., 279
Rhomberg Lorenz 185, 326
Rhomberg Oskar 12, 193, 223
Rhomberg Siegfried 185, 256
Rhomberg Theodor sen. 111, 292
Rhomberg Theodor jun. 142, 185, 195, 326
Rhomberg Ulrich 291
Rhomberg Viktoria 269
Rhomberg Walter 185, 252
Rhomberg Wilhelm 57
Rick Kaspar 30
Riedmann Ferdinand 141
Riedmann Franz Josef 127
Rinderer Ludwig 14, 139, 155, 198, 208, 211 f., 216, 314, 316
Firma Riss & Stoffel 34
Rohner Alois 98, 154
Rudigier Josef Othmar 47, 281
Rüf Arnold 48, 66 f., 78, 281, 284
Rüf Domenikus 17
Rüf Josef 14, 139, 149, 155, 167 f., 191, 194, 197, 311
Firma Ruppel AG 149
Rusch Anton 308
Rusch Franz 112
Rusch Jakob 270
Rüsch-(Ganahl-) Werke 20, 91, 124, 148, 226 f., 241, 265, 289
Rüsch Alfred Karl 50, 78, 280, 289
Rüsch Alfred 242, 256
Rüsch Ignaz Josef 20, 60, 78, 289
Rüsch Pankraz Emanuel 20
Salizzoni Johann 237
Firma Salzmann, Rhomberg & Comp. 19
Salzmann Adam 66
Salzmann August 50
Salzmann Franz 66
Salzmann Heinrich 66
Salzmann Johann 267
Salzmann Johann Baptist d. Ä. 19, 269
Salzmann Johann Baptist d. J. 60
Salzmann Josef 19
Salzmann Konrad 270
Salzmann Ulrich 281
Scheffel Hans 204, 315
Schelling Georg 216
Scheuch Manfred 273
Schindler Samuel 20
Schlageter Albert Leo 186, 309
Schluge Theodor 324
Schmidt Hans 241
Schmidt Josef Anton 237
Schmidt Mathäus 40–42, 277
Schneider Emil 12, 128, 130 f., 159, 198, 204, 295
Schneider Franz Karl 50
Schoch Karl 66, 236
Schönegger, Steuereintreiber 86
Schönerer Georg von 285
Schubert Otto 240
Schuchter Oskar 157
Schuschnigg, Kurt von 191, 208, 210 ff., 214, 307, 311
Schwarz Bernhard 238
Schwärzler Emanuel 324
Schweinberger Benedikt 22
Schwendinger Oswald 235
Seidler Herbert 246
Seipel Ignaz 299
Senkau Franz 287
Sepp Johann 167 f., 244, 256, 298
Setmann, Dr. 274
Sinz Gebhard 324
Skala Josef 324
Smetana Josef 112 f.
Baufirma Peter Sofia 149
Sohlhardt Carl 228
Sohm Arthur 235–238, 263
Sohm Theresia 322
Sohm Rudolf 14
Spencer Herbert 273
Spiegel Max 285
Spiegel Wilma 318
Spindler Samuel 147, 156
Stadler Fritz 257
Starhemberg Ernst Rüdiger von 191
Staud Johann 208
Stauder Johann Josef 17
Steidl Jakob 83
Steinwender Otto 285
Stingelin, Major 127 f.

Stohs Herbert 245
Stohs Thaddäus 98, 154, 301
Straub Adolf 191, 311
Stricker Johanna 136
Stickerei Studer 147
Thalmann Otto 256
Thurn-Valsassina, Graf 205
Thurnes Werner 152
Thurnher Anton 218, 221
Thurnher Emanuel 136
Thurnher Eugen 212, 314
Thurnher Johann Georg 85
Thurnher Johannes 44 f., 47 f., 51, 61–65, 281 ff.
Thurnher Johannes, Vizebürgermeister 109
Thurnher Martin 45, 47 ff., 56, 60, 64, 103, 280, 283
Thurnher Wilhelm 176, 198, 211, 314
Tiechl Fritz 118
Tost Norbert 234, 322
Trave Carl Bernhard von 16, 267
Troidl Otto 156, 301
Troll Eugen 187
Tschabrun Alois 228
Tschann Franz 319
Tschirf Alois 318
Tschirf Josef 318
Tschirf Walter 318
Türtscher Friedrich 135
Turteltaub Edmund 238
Turteltaub Gertrud 238
Turteltaub Hans 238
Turteltaub Walter 238
Textildruckerei Ulmer 37
Firma Ulmer & Salzmann 19, 269
Ulmer Adam 17, 19, 24, 271
Ulmer Anton, Dorfvorsteher 268
Ulmer Anton 160, 163, 186, 195, 201, 217, 314
Ulmer Eduard 168, 198, 201, 211, 217, 242, 244 f., 250, 313
Ulmer Franz Josef 22, 270
Ulmer Johann Georg 40, 60, 271
Ulmer Karl 19 f., 40, 66, 268
Valentin Fritz 326
Vaneso Geza 287
Vaugoin Carl 190, 308, 310
Vetter Hermann 85
Viertler Peter 219
Volaucnik Christoph 275
Vonbank Johann Georg 62
Vorarlberger Buchdruckereigesellschaft 285
VOGEWOSI 228
VORPAG 121
Wagner-Wehrborn Gustav, Baron 171, 194, 231
Waibel Johann Georg 13, 30, 47 f., 50 f., 53, 55, 57–61, 67 f., 72, 74, 79, 104 f., 207, 260, 279 f., 284
Waibel Paul 185, 198, 214, 216, 221, 223, 320
Waitz Sigismund 154, 161 f., 191
Walch Franz 195
Walser Harald 309
Weber Josef 322
Wehinger Josef 127 f., 298
Wehinger Rudolf 324
Weinzierl Walter 185, 187, 190, 193, 197, 310, 312, 314
Weiß August 238, 323
Weiß Otto 324
Weiß Wilfried 196
Weitensfelder Hubert 17, 267, 271
Wessel Horst 190, 193
Wieland Josef 237, 322
Wieland Maria 235, 237
Wilhelm I. von Württemberg, König 277
Winder Andre 269
Winder Engelbert 50, 66
Winder Franz 78
Winder Josef 17
Winder Josef Anton 60
Winder Ludwig 256
Winkler Anton 216
Winkler Xaver 298
Winsauer Albert 84 f., 109, 135, 139, 144, 167 f., 198
Winsauer Anton 256
Winsauer Ernst 214, 318
Wittek Leopold 195
Wohlgenannt Adolf 324
Wohlgenannt Johann 244, 256
Wohlgenannt Martin 135, 139, 167

Wohlgenannt Otto 313
Wohlgenannt Otto, NS-Opfer 235 f.
Wolf Ernst 253, 326
Wolf Hermann 285
Zauner Franz 237
Zehrer Johann 167
Zehrer Michael 85
Zita, Kaiserin 116
Zobl Johannes 282
Firma Stickereiexport Zumtobel 275
Zumtobel Anton 298
Zumtobel August 285
Zumtobel Hubert 256
Zumtobel Martin 86
Zumtobel Otto 89

## Ortsregister

Alberschwende 76
Auschwitz 238
Berchtesgaden 212
Berlin 238
Berlin-Plötzensee 236
Bern 299
Berneck 143
Bildstein 18
Bludenz 52, 136, 166, 210, 221
Brederis 251, 302
Bregenz 16, 41, 52, 73, 85, 88, 103, 126, 137, 157, 164, 166, 190, 221, 228, 277, 285, 302, 312
Brixen 102, 283, 291
Brüssel
Bürs 38
Chikago
Dachau 216 f., 234, 238
Dubuque/Iowa 30, 273
Ebensee 236
Esterwege/Aschendorfer Moor 238
Feldkirch 16, 40, 52, 102, 137, 156, 166, 191, 196, 217, 221, 237, 247, 285, 311
Flossenbürg 236
Frastanz 238, 289
Gaisburg bei Stuttgart 323
Gampadels 148
Genf 299
Gisingen 79
Hainfeld 83
Hard 38, 308
Heuberg 323
Höchst 76
Hohenems 17, 242 f., 311
Innsbruck 27, 54, 65, 87, 88, 101 f., 232, 236, 313
Kaisersteinbruch 194
Kaisheim 237
Kaufbeuren 230
Konstanz 19
Lindau 41, 63, 72 f.
Linz 54
Lochau 251
Lublin 238
Lustenau 74, 137, 283, 311
Mainz 95
Manchester 290
Mauthausen 217, 234, 236 f., 263
Meersburg 305
Meran 87
München 296, 310
München-Stadelheim 323
Neustadt 302, 319
Neu-Ulm 273
New York 273, 275
Nütziders 166
Paris 254
Philadelphia
Prag 253
Rankweil 201
Reichenau 232, 234
Rheineck 19
Rorschach 16
Rungelin 251
Satteins 323
Schwarzach 85
St. Gallen 15, 18, 275, 291
St. Germain
St. Johann 290
St. Paul/ Minnesota 30
Thüringen 19, 278
Turn-Severin/ Mähren 295
Tremles 156
Waterloo 66
Wien 52, 54, 86, 111, 130, 190, 204-208, 218, 248, 275, 301, 312, 314 f.
Wöllersdorf 194

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS
8

Während des Ersten Weltkrieges besuchten Kaiser Karl und seine Frau Zita Dornbirn. Der Herrscher wandte sich dabei mit den Worten "Ich glaube, hier ist es gut versorgt!" an eine der Empfangsdamen. "Ja, Majestät, hier ist es gut versorgt!" war die pflichtschuldige Antwort.

Die Wirklichkeit sah anders aus: Während den Landwirten und begüterten Bürgern - allen voran den "Textilbaronen" - ärgere Entbehrungen erspart blieben, mußten breite Bevölkerungsschichten in der Vorarlberger Industriemetropole buchstäblich hungern. Vor allem die Arbeiterschaft und die Lohnabhängigen litten in der "Gartenstadt" unter der miserablen Wirtschaftslage. Trotz der staatlichen Reglementierungen waren die Güter des täglichen Bedarfs ungleich verteilt. Auch damals regierte das Geld - so der christlichsoziale Stadtchronist Martin Natter - "alles, die ganze Welt". Dornbirn machte keine Ausnahme.

ISBN 3-900754-08-X

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT